KULTURBILDER

THE UNIVERSITY
OF ILLINOIS
LIBRARY

901
C76g
v.2
HISTORY
DEPARTMENT

Kulturbilder

Geschichte der Revolutionen

vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution

von

A. Conrady

Zweiter Band

Mit 178 Bildern und Dokumenten aus der Zeit

Verlag · Buchhandlung Vorwärts · Berlin

IX.

Herrschaft und Sturz der Independenten, das kleine Parlament.

Eroberung Irlands. — Agrarische Umwälzung in Irland. — Dunbar-Worcester. — Die Schiffahrtsakte und der Seekrieg mit Holland. — Schlechte wirtschaftliche Lage. — Steuerlasten. — Konfiskationen. — Parlamentarische Korruption. — Merkantilistische Wirtschaftspolitik der Independenten. — Ausbleiben populärer Reformen. — Armee drängt nach Reformen und Neuwahlen. — Cromwell als Oppositionsführer. — Bittschriften an Cromwell. — Die Levellers. — Der Führer der wahren Gleichmacher und seine Utopie. — Die Anhänger der fünften Monarchie. — Harrison und Lambert. — Hinhaltepolitik des Parlaments. — Cromwell löst das lange Parlament auf. — Provisorische Regierung. — Das kleine Parlament und seine Reformarbeit. — Hetze gegen das kleine Parlament. — Die Kundgebungen der Anhänger der fünften Monarchie. — Cromwell neigt zum Umfall. — Seine sozialen Anschauungen. — Das kleine Parlament und die Gleichmacher. — Lilburnes zweite Freisprechung. — Der Ausgang des kleinen Parlaments. — Beginn der Reaktion.

Die Aufständischen in Irland hatten sich im Besitz fast der ganzen Insel behaupten können, solange es dem englischen Parlament nicht möglich gewesen war, größere Streitkräfte hinüberzuwerfen. Sie waren dem verflossenen König sogar als geeignete Nothelfer erschienen, um England botmäßig zu machen. Die Lage der Aufständischen verschlechterte sich aber sehr rasch, sobald die Regierung der Republik einen größeren Truppenkörper nach Irland absandte, um die grüne Insel zurückzuerobern. Mit ungefähr 10 000 Mann Kerntruppen landete Cromwell am 18. August 1649 in Dublin. Er trat einen ununterbrochenen Siegeslauf an und führte den Krieg mit solch erbarmungslosem Fanatismus, daß der Name Cromwells bis auf den heutigen Tag für irische Vorstellung der Inbegriff teuflischer Grausamkeit ist. Die erste große Waffentat dieses Feldzugs war die Erstürmung von Drogheda am 11. September 1649. Während Cromwell an der Spitze seiner Truppen durch eine Bresche in die Festung eindrang, erteilte er Befehl, keinen Pardon zu geben. So wurde die ganze Garnison niedergemacht. Dasselbe geschah mit ungefähr 1000 Einwohnern, die sich in die Kirche geflüchtet hatten und die Messe hörten: „Ihre Mönche und Priester", sagt Cromwell, „wurden gemeinschaftlich mit den übrigen aufs Haupt geschlagen." Und er schreibt weiter über das Blutbad: „Ich bin überzeugt, daß

586050

dies ein gerechtes Gottesgericht über diese barbarischen Schelme ist, die ihre Hände mit so viel unschuldigem Blut besudelt haben, und daß es in Zukunft Blutvergießen verhindern wird; das erscheint mir ein genügender Grund für solche Handlungen, die sonst nur Bedauern und Gewissensbisse erregen können."

Ein ähnliches Gemetzel erfolgte einen Monat später bei der Einnahme von Wexford. Aus Furcht vor dem gleichen Geschick öffneten die Bewohner mancher anderen Plätze dem puritanischen Heer ihre Tore, ohne Widerstand zu leisten. Und wo die Iren kämpften, unterlagen sie, unter sich nicht einig, schlecht bewaffnet und undiszipliniert, dem zwar nicht an Zahl, aber in jeder anderen Hinsicht überlegenen Heer Cromwells. Als der siegreiche Feldherr der Republik im Frühling 1650 nach England zurückberufen wurde, war der irische Widerstand allerdings noch nicht völlig gebrochen, wohl aber aussichtslos. In den nächsten Jahren vollendeten Cromwells Nachfolger im irischen Kommando, Ireton und — nach dessen Tod (November 1651) — Edmund Ludlow die Eroberung der unglücklichen Insel. Vom Monat April 1653 ab war keine befestigte Stellung mehr in irischen Händen. Wohl machten noch Banden von „Tories" (irisch so viel wie Räuber) das Land unsicher, im großen und ganzen aber war die Ruhe hergestellt — die Kirchhofsruhe: ungefähr eine halbe Million Menschen war seit 1641 in Irland ums Leben gekommen. Zehntausende verließen die Heimat, um in Frankreich oder Spanien Kriegsdienste zu nehmen. Tausende, darunter viele Weiber und Kinder, wurden auf englischen Schiffen nach Westindien deportiert, um dort auf den Plantagen als Sklaven verwandt zu werden. Hunderte wurden wegen des Protestantengemetzels von 1641 hingerichtet.

Am folgenschwersten waren die Strafverfügungen, die in die Besitzverhältnisse Irlands eingriffen. Es wurde jetzt Ernst gemacht mit der Durchführung der Konfiskationspolitik, die schon vor einem Jahrzehnt vom Parlament eingeleitet worden war. 1650 bestimmte es im einzelnen, wie mit dem irischen Grundbesitz verfahren werden solle. Die Schuldigsten sollten alles verlieren, die große Masse von Aufständischen zwei Drittel, wer das Parlament nicht aktiv unterstützt habe, ein Drittel. Die zum Teil Expropriierten sollten den Rest nicht an Ort und Stelle behalten, sondern in die Provinz Connaught verpflanzt werden. Mit alledem meinte man nun nicht die Masse der irischen Landbevölkerung zu treffen, für die eine Amnestie erging, sondern nur die „Gentry". Faktisch aber lief das Verfahren bei der Beschaffenheit der irischen Agrarverhältnisse darauf hinaus, die Masse erst zu abhängigen Pächtern zu machen, indem sie nun mit englischen Landlords zum erstenmal wirkliche Herren bekamen. Die neuen Besitzer waren teils alte Offiziere und Soldaten der Republik, die für ihre Soldrückstände irischen Grundbesitz annahmen, teils Scharen von Leuten, die für ihre Darlehen an den Staat nun auf irische Kosten Güter bekamen. Im ganzen waren einige 30 000 Engländer zu irischen Grundbesitzern geworden, als im späteren Verlauf der fünfziger Jahre die Agrarrevolution perfekt war, in der die unglückliche Bevölkerung der grünen Insel zu Heloten der angelsächsischen Herren herabsank.

Während der Kampf mit den Iren noch tobte, gingen die Leiter der englischen Republik bereits an die Eroberung Schottlands, des letzten Teiles der britischen Inseln, der ihnen noch nicht botmäßig war. Eine neue Auseinandersetzung

war freilich nicht zu vermeiden; denn das schottische Parlament hatte gleich nach der Hinrichtung Karls I. seinen gleichnamigen Sohn zum Könige proklamiert und damit der Republik den Krieg erklärt. Die Presbyterianer, die im schottischen Parlament dominierten, knüpften aber die Anerkennung Karl Stuarts an die Bedingung, daß er sich auf den Covenant verpflichten müsse. Der junge Mensch hatte nun wenig Neigung, nach der presbyterianischen Pfeife zu tanzen. Er verhandelte zwar von seinem festländischen Zufluchtsort aus mit dem schottischen Parlament, setzte aber seine Hoffnung zunächst auf die royalistischen Widersacher der Presbyterianer und auf die hochländischen Clans. Mit seinem geheimen Einverständnis landete im Frühjahr 1650 Montrose auf schottischem Boden. Da aber der erhoffte Zulauf der Hochländer ausblieb, wurde Montroses kleine Söldnerschar von Truppen des schottischen Parlaments zersprengt, Montrose selbst gefangen genommen, zum Tode verurteilt und in Edinburg gehängt. Karl, der die Doppelzüngigkeit seines Vaters geerbt hatte, verleugnete den Unglücklichen gegenüber den Presbyterianern und biß nun in den sauren Apfel, deren Bedingungen zu akzeptieren: mit dem geheimen Vorbehalt natürlich, sich darüber hinwegzusetzen, sobald er mit schottischer Hilfe König von England geworden sein würde. Dies ist keine willkürliche Annahme; sondern Briefe, die Karl nach Irland richtete, sprechen es mit dürren Worten aus, daß er die Presbyterianer hintergehen wollte. Sie trauten übrigens seinen glatten Worten sehr wenig und hielten ihn, als er im Juni unter ihnen erschien, mehr wie einen Gefangenen denn wie einen König. Und anstatt daß er an der Spitze eines Schottenheeres in England einmarschieren konnte, erschienen schon einen Monat nach seiner Landung republikanische Streitkräfte in Schottland.

230. Generalleutnant Edmund Ludlow als Befehlshaber im irischen Feldzug

An der Spitze der englischen Invasionsarmee stand als nunmehriger Obergeneral Oliver Cromwell. Fairfax, dessen Gattin eifrige Presbyterianerin war, hatte Gewissensbedenken gegen einen Angriffskrieg nach Schottland und demissionierte deshalb vom Oberbefehl: zu seinem Nachfolger wurde am 26. Juni 1650 Cromwell ernannt. Das Kriegsglück war ihm diesmal zunächst nicht sonderlich günstig.

Am 3. September 1650 aber kam es bei Dunbar zu einer Schlacht, die mit dem vollständigen Siege der Republikaner endigte. Nach dieser schottischen Niederlage fielen Edinburg und eine Reihe von anderen Plätzen in Cromwells Hände. Die Schotten gaben das Spiel aber noch nicht verloren, sondern brachten zum Frühjahr 1651 ein neues Heer auf die Beine. Dessen Lage wurde aber im Verlauf des Sommers infolge erfolgreicher Operationen Cromwells immer schwieriger.

Der schottische Kriegsrat entschloß sich schließlich zu einem verzweifelten Schachzug, den Karl Stuart angeraten hatte. Anfang August 1651 setzte sich das schottische Heer nach Süden in Bewegung; man gab Schottland preis, um in England einzufallen. Karl prophezeite goldene Berge. Er gab sich der sicheren Erwartung hin, sein Erscheinen auf englischem Boden werde eine allgemeine Volkserhebung zu seinen Gunsten zur Folge haben. Die Enttäuschung war groß. Der royalistische Zuzug blieb fast gleich Null. Dagegen wurde Cromwell, der mit einem Teil des englischen Heeres in Eilmärschen hinter den Schotten herzog, immer mehr verstärkt durch Milizen, die zu den Waffen geeilt waren, um die Invasion Karl Stuarts und seiner Schotten abzuwehren. Das Heer unter Cromwells Befehl zählte an 40 000 Mann, zur größeren Hälfte Milizen, als es am 3. September 1651 bei Worcester mit dem höchstens halb so starken Gegner zusammenstieß. Die Niederlage der Schotten war zerschmetternd: was nicht fiel, wurde teils in der Schlacht, teils auf der Flucht von dem erbitterten Landvolk gefangen genommen. Unter den wenigen, die entkamen, war Karl Stuart: nach abenteuerlichen Fluchterlebnissen rettete er sich schließlich nach Frankreich hinüber.

Das Los der Gefangenen, worunter ein großer Teil des schottischen Adels, war hart: die meisten von ihnen wurden auf Befehl des Staatsrates nach den westindischen Pflanzungen deportiert. Ihr Vermögen sowie überhaupt der Besitz aller derer, die dem Prätendenten nach England gefolgt waren, verfiel der Konfiskation. Desgleichen wurden die schottischen Krongüter eingezogen. Von Widerstand war kaum noch die Rede. Monk, der jetzt die englischen Streitkräfte in Schottland befehligte, vollendete ohne große Mühe die Eroberung des Landes bis an den Fuß der hochländischen Gebirge. Die Schotten wurden zwar keineswegs so brutal behandelt wie die unglücklichen Bewohner der grünen Insel, teilten aber darin das Geschick Irlands, daß sie ihre Unabhängigkeit einbüßten. Und sie litten auch genug unter der Härte englischer Beamten, unter schweren Auflagen und unter militärischer Einquartierung. Seit Oktober 1652 wurde die Vereinigung Schottlands mit der englischen Republik betrieben, 1654 erklärt. In der Unionsakte sind besonders bemerkenswert die Absätze, die darauf hinausliefen, die schottische Gesellschaftsordnung der englischen anzupassen, und dazu bestimmt waren, der Einverleibung in die Republik beim Landvolk Freunde zu machen. Diese Bestimmungen waren gegen den Feudalismus gerichtet, von dem in Schottland viel mehr übrig geblieben war, als in England. Es wurde nicht nur die Hörigkeit beseitigt, sondern überhaupt alle Lehnspflichten. Die Kriegsdienstpflicht und die anderen persönlichen Dienstpflichten fielen weg, desgleichen die Patrimonialgerichtsbarkeit der Grundherren. Indessen wurden die Hintersassen nicht etwa zu freien Eigentümern gemacht, sondern zu Grundrenten entrichtenden Pächtern. Dabei blieb das Besthaupt, wo üblich, bestehen, und für die sonstigen Abgaben beim Besitzwechsel

231. Karl II. auf der Flucht nach der Schlacht bei Worcester. Aus der Nachbarschaft des Schlachtfeldes und der republikanischen Verfolger half dem Stuartprinzen eine royalistische Dame entkommen, die ihn auf eine Reise nach der Gegend von Bristol, als ihren Lakaien verkleidet, mitnahm; in dieser Eigenschaft ritt er mit ihr auf einem Pferde.

wurde nur vorgesehen, daß sie nicht die Höhe einer Jahresrente übersteigen dürften. Sonst ist aus der Unionsakte noch hervorzuheben der Wegfall der Grenzzölle, so daß Schottland hinfort nicht nur zum Herrschaftsbereich, sondern auch zum Wirtschaftsgebiet der Republik gehörte.

Beides noch weiter zu vergrößern, war inzwischen das Bestreben der englischen Staatsmänner auch gegenüber dem europäischen Festlande gewesen. Im Jahre 1651 versuchten sie eine Union mit der niederländischen Republik herbeizuführen. Der Gedanke einer engen Verbindung zwischen den beiden Schwesterrepubliken war ein Lieblingsgedanke zahlreicher englischer Idealisten und hatte bei ihnen auch einen idealen Hintergrund. Wenn dagegen die Leiter der englischen Politik diesen Gedanken aufgriffen und ihn durch Oliver St. John im Haag vertreten ließen, so lagen dabei ganz andere Erwägungen, Pläne äußerst realpolitischer Natur, zugrunde. Jedenfalls, die niederländischen Staatsmänner erblickten in dem englischen Vorschlage die gar nicht ernst zu nehmende, dummdreiste Zumutung, England in aller Freundschaft den niederländischen Handel und Kolonialbesitz auszuliefern. Daß es in der Tat von englischer Seite darauf abgesehen war, der niederländischen Handelsherrschaft ein Ende zu machen, zeigte sich, sobald die Unionsverhandlungen ohne Erfolg zu Ende gegangen waren. Da brachte im englischen Parlament Whitelocke im Einverständnis mit St. John am 5. August 1651 eine Bill ein, die am 9. Oktober zum Gesetz erhoben wurde und unter dem Namen „Navigationsakte" (Schiffahrtsgesetz) berühmt geworden ist.

Das Gesetz sah vor, daß Waren aller Art hinfort nach England nur auf englischen Schiffen oder auf Schiffen des Landes eingeführt werden dürften, wo die betreffende Ware produziert worden war. In allgemeinen Ausdrücken gehalten, war diese Bestimmung doch so gut wie ausschließlich gegen den niederländischen Zwischenhandel gerichtet. Die niederländische Frachtfahrt erfuhr gewaltige Einbuße, wenn die niederländischen Schiffe nicht mehr Erzeugnisse aus aller Herren Länder, sondern nur mehr niederländische Erzeugnisse nach England importieren durften. Eine andere Bestimmung der Navigationsakte traf die niederländische Fischerei: die Einfuhr von Heringen, Stock- und Walfischen auf nichtenglischen Schiffen wurde mit Prohibitivzöllen belegt. Die Niederlande verlangten sofort die Zurücknahme der Navigationsakte. Während darüber noch verhandelt wurde, begann der Konkurrenzkampf der beiden Republiken schon gewaltsame Formen anzunehmen. In England wie in Holland wurden Kaperbriefe ausgegeben, und im Frühjahr 1652 fand, ohne voraufgegangene Kriegserklärung, die erste Schlacht zwischen regulären Geschwadern beider Mächte statt. Damit begann ein zweijähriger Seekrieg, der mit Aufbietung aller Kräfte geführt ward. Die Schlachten fielen bald zu niederländischen, bald zu englischen Gunsten aus. Im ganzen aber war auf die Dauer das Kriegsglück mehr der englischen Republik hold; der Ruf ihrer Admirale, vor allem der von Blake, stellte bald den ihrer berühmten holländischen Gegner de Ruyter und Tromp in den Schatten.

Trotz aller Siege trat England in das Jahr 1653 nicht bei begeisterter oder auch nur befriedigter Stimmung ein. Der Krieg mit den Niederlanden stärkte nicht die Position der regierenden Independentenpartei, sondern im Gegenteil die Opposition gegen sie, trug ganz erheblich dazu bei, daß die Massen sich gegen sie wandten. Dies erklärt

sich aus mehreren Gründen. Ein sehr wesentlicher Grund war, daß der Krieg auch für England eine bedeutende Handelsstockung mit sich führte. Wenn die britische Flotte auch schließlich den Kanal beherrschte, so dominierte dagegen die niederländische in der Ostsee und im Mittelmeer und war dadurch in der Lage, England den baltischen und den Levantehandel abzuschneiden. In den ersten Monaten des Jahres 1653 gab es in London zahlreiche Bankerotte von Citykaufleuten. Kein Zweifel, daß dadurch beträchtliche Massen von Menschen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die ganze Masse der Londoner Bevölkerung aber fühlte schmerzlich noch eine andere durch den Krieg herbeigeführte Störung. Die Kohlenzufuhr von Newcastle her wurde durch die Holländer unterbrochen. Der Preis der Kohlen stieg von 2 Lstr. per Chaldron auf 6, und selbst zu diesem Preise waren Kohlen schwer erhältlich. Diese Kohlennot erregte, wie uns Mitte April 1653 berichtet wird, unter der Bevölkerung große Erbitterung, so daß der Zeitungsschreiber allgemeines, gegenseitiges Halsabschneiden in Bälde erwartet, wenn die Teuerung fortdauert. Zahlreiche Handelsschiffe konnten nicht in See gehen, weil es an Pech, Teer und Takelage fehlte.

232. Montrose, Parteigänger Karls II.

Sehr verhaßt war auch das Pressen von Seeleuten für die Flotte, das mit Ermächtigung der Regierung in großem Maßstabe und in der brutalsten Weise betrieben ward. Kauffahrteischiffen ward der größte Teil ihrer Mannschaften weggeholt, um die durch die Schlachten gerissenen Lücken auf den Kriegsschiffen zu füllen. Mitte März wurden in London 1000 Mann gepreßt, darunter zahlreiche Landratten, die nie zu Schiff gewesen waren und nun plötzlich aus den Betten geholt wurden, um zur See zu gehen. Kein Wunder, daß bei dieser Methode des Rekrutierens der Schutz des Handels ganz unzulänglich blieb und noch immer Handelsschiffe in die Hände des Feindes fielen, obwohl die Flotte von Jahr zu Jahr größer geworden war. Seit 1649 hatte das Parlament die Verstärkung der Marine mit fieberhaftem Eifer betrieben. Zahlreiche Kauffahrteischiffe waren angekauft und in Dienst gestellt, zahlreiche Fregatten gebaut worden. Im Herbst 1652 erging wieder Befehl, 30 neue Fregatten zu bauen, die 300 000 Pfund

kosteten. Der Aufwand für die Flotte war außerordentlich groß, und das war ein weiterer sehr wichtiger Grund für die Unpopularität des Krieges. Das Volk hatte, soweit es den Independenten günstig gewesen war, von ihrem Regiment besonders auch Erleichterung des Steuerdrucks erhofft. Wie aber die Dinge lagen, kam es sogar zu einer Erschwerung der Abgabenlast.

Die Finanzwirtschaft der Independenten wirkte überhaupt außerordentlich darauf hin, ihnen alle Sympathien unter den Massen zu entfremden, weil sie alle Erwartungen getäuscht hatten. Einmal am Ruder, waren sie in Finanzsachen genau denselben Kurs weiter gesteuert, den die Presbyterianer vor ihnen innegehalten hatten. Sie übernahmen von den Presbyterianern Zölle, Akzise und Landtaxe, und sie blieben unentwegt dabei — mit dem einen Unterschied, daß die gesamte Steuersumme immer mehr wuchs. Unter anderem wurden in den letzten Monaten des Jahres 1650 die Zölle um 15 Proz. erhöht zur Bestreitung maritimer Ausgaben. Im Dezember 1652 wurde die Steuerlast von neuem um 30 000 Pfund monatlich erhöht, wiederum für die Flotte. Trotzdem reichten die ordentlichen Einnahmen bei weitem nicht aus, um den Geldbedarf der Republik zu decken. Der größere Teil des Bedarfs mußte vielmehr durch außerordentliche Einnahmequellen aufgebracht werden, und selbst dann blieben noch stattliche Defizite, wogegen man sich mit Anleihen und Ausgabe von Staatsschuldscheinen zu helfen suchte, die auf konfiszierten Grundbesitz hypothekiert waren.

Konfiskationen waren die Hauptquelle der außerordentlichen Einnahmen der Republik außer Strafgeldern von Royalisten, die zur „Komposition" zugelassen worden waren. Neben Kron- und Kirchengut wurden jetzt auch in ausgedehntem Maße konfiszierte Güter von „Delinquenten" unter den Hammer gebracht. Die größte Konfiskationsliste der Art fällt in den Monat November des Jahres 1652. Sie enthält nicht weniger als 618 Namen von „Verrätern", deren gesamter Besitz eingezogen wurde. Es kann kein Zweifel bestehen, daß bei Aufstellung dieser und ähnlicher Listen mit großer Willkür verfahren worden ist, die weit über die royalistischen Kreise hinaus Empörung und Beunruhigung erregte, weil es sich größtenteils um Leute handelte, die nie eine politische Rolle gespielt hatten. „Gleich Schafherden," so hat sich der nunmehrige Führer der parlamentarischen Opposition gegen die regierende Partei, kein anderer als Oliver Cromwell, später einmal ausgesprochen, „gleich Schafherden wurden die Leute, zu vierzig an einem Morgen, zur Konfiskation ihrer Grundstücke und beweglichen Güter getrieben, ohne daß irgendwer den Grund angeben konnte, weshalb sie auch nur einen Schilling zahlen zu müssen verdient hätten. Es tat mir und vielen anderen in der Seele weh, aber wir wußten nicht zu helfen, wir hatten nur unsere Klage über den Vorgang und unser verneinendes Votum, das wir dagegen einlegten, wenn die Gelegenheit sich darbot."

Noch viel mehr aber lehnte sich das Rechtsgefühl weitester Kreise gegen die Korruption auf, der ein großer Teil des Parlaments verfallen war. Den Wortführern des Parlaments freilich ließ sich persönlich Ehrenrühriges nicht nachsagen: Männer wie Vane, Sydney, Marten hatten nur insofern Dreck am Stecken, als sie zu den Dingen schwiegen, die auch ihnen kein Geheimnis sein konnten. Die Mehrzahl der parlamentarischen Independenten aber ent-

wickelte sich immer mehr zu einer Clique von schamlosen Beutepolitikern, die ihren Einfluß zu ihrer und ihrer Gevatterschaft Bereicherung benutzte. Es war allbekannt, daß zahlreiche Abgeordnete, die früher nichts gehabt, jetzt im Golde wühlten. Ueberall wurde geklagt, daß Mitglieder des Parlaments aus den Konfiskationen persönlichen Vorteil gezogen, so daß ihr Einkommen in wenigen Jahren auf 1000, 1500, 2000 Pfund gestiegen, der Republik aber geringe Einnahme aus dem Verkauf erwachsen sei. Man bewilligte sich fleißig gegenseitig Ersatz für angebliche Verluste im Staatsdienst usw. Alle einträglichen Aemter wurden, oft genug ohne Rücksicht auf Befähigung, mit Mitgliedern der maßgebenden Clique besetzt. Bestechung in großem Maßstabe war im Schwang. Kurz, es war gerade, wie zu Zeiten der Presbyterianer.

233. Henry Ireton

Ein paar Einzelfälle seien angeführt, die zeigen, wie tief der Krebsschaden sich eingefressen hatte. Im Juni 1651 wurde der Abgeordnete Lord Howard, weil er sich von „Delinquenten" hatte bestechen lassen, aus dem Parlament ausgeschlossen, mit einer Geldbuße von 10 000 Pfund belegt und in den Tower gesperrt. Bald aber wurde ihm die Geldstrafe erlassen und die Freiheit wiedergegeben; er wußte offenbar zuviel. Gelegentlich einer Prisenaffäre wurde der Kaufmann Stainer vom Haus über Briefe vernommen, worin er aus London nach Antwerpen geschrieben hatte: „Wir haben uns hier verschiedene große Herren zu Freunden gemacht, die sich für uns verwenden werden, wenn die Sache zur Verhandlung kommt." Die Erklärung, die er gab, war ganz ungenügend. Er ward aber nach 14 Tagen freigelassen, und man hörte nichts mehr von der Geschichte. Gegen den Abgeordneten Blagrave wurde öffentlich die Anklage erhoben, daß er sich Ernennungen zu verschiedenen Aemtern habe bezahlen lassen. Die Sache wurde an einen Ausschuß verwiesen und hier begraben.

Im Sommer 1652 stellte sich heraus, daß Schatzscheine im Betrage von 115 045 Pfund gefälscht worden waren. Das Parlament ließ sich darüber Bericht erstatten. Es geschah aber nicht das Geringste, um das Verbrechen aufzuklären und zu ahnden. Der zeitgenössische Gewährsmann meint dazu: auf diese Art würden alle Ländereien von England, Schottland und Irland nicht hinreichen,

234. Holländischer Admiral van Trump

um die öffentlichen Schuldscheine zu befriedigen. Diese Schuldscheine waren eine angenehme Sache — nicht für die kleinen Gläubiger der Republik, die damit für ihre Dienste oder gelieferte Waren bezahlt wurden; denn der Kurs war sehr schwankend und stand zeitweilig unter einem Drittel des Nennwertes: für die Spekulanten aber war das zweifellos angenehm. Diese Jobberei war denn auch ein wichtiges Band, das die kapitalistischen Interessenten in Land und Parlament verband, wie Butler im „Hudibras" spottet:

„Das Band der Staats- und Kirchengüter,
die durch die Schacherei der Brüder
in Umlauf sind von Hand zu Hand,
statt barer Münze bares Land,
das wir nach Maße der Kabalen
bald steigen lassen und bald fallen . . ."

Ueber all diesen Geldgeschäften war das parlamentarische Independententum, wie ernstlich auch ehemals seine guten Vorsätze gewesen sein mögen, völlig zu einer Vertretung kapitalistischer Interessen geworden. Nur als solche hat auch der Rumpf des langen Parlaments gesetzgeberisch Beträchtliches geleistet. Seine schöpferische Tätigkeit liegt so gut wie ausschließlich auf dem Gebiet einer kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Die Navigationsakte war keine vereinzelte Maßnahme, sondern entsprang einer systematischen, zielbewußten Wirtschaftspolitik im Sinne jenes merkantilistischen Programms, das vom Parlament schon in der großen Remonstranz aufgestellt worden war. Daß dieselben wirtschaftspolitischen Ideen auch jetzt unter der Herrschaft der Independenten dominierten, zeigt mit großer Deutlichkeit die Instruktion, die dem am 6. August 1650 niedergesetzten ständigen „Ausschuß zur Regelung des Handels" als Richtschnur mitgegeben wurde. Sie sollten auf alle Art bedacht sein, Handel und Gewerbe im ganzen Lande zu fördern und z. B. in Erwägung ziehen, wie Flüsse und Häfen für die Schiffahrt brauchbarer gemacht werden könnten. Besonders aber sollten sie dem Auslandshandel die Wege ebnen, auf neue Absatzgebiete für einheimische Erzeugnisse ihr Augenmerk richten. Sie sollten sich damit beschäftigen, wie sich Freihäfen einrichten ließen, in die ausländische Waren ohne Zollzahlung eingeführt werden könnten, wenn sie wieder exportiert werden sollten.

Ein weiterer Punkt beruht auf der Handelsbilanzlehre der Merkantilisten: es sollte nämlich daran gedacht werden, eine genaue Statistik aller ein- und ausgeführten Waren einzurichten, damit die Republik nicht ärmer werde, indem sie jährlich aus dem Auslande Waren von größerem Wert erhalte, als aus England ausgeführt würden. Auf die gleichen Theorien geht die Instruktion in bezug auf den Geldverkehr mit dem Auslande zurück Bemerkenswert ist auch Punkt 8, der sich mit der Frage der Zölle und Akzisen beschäftigt: sie sollten untersuchen, was für Zölle, Auflagen und Akzisen zweckmäßig auf alle Waren, einheimische und fremde, zu legen seien, und wie sie am besten geregelt werden könnten, so daß weder der Handel geschädigt, noch der Staat außerstande gesetzt werde, die öffentlichen Ausgaben zu bestreiten. Den Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit voll durchzuführen, sahen die parlamentarischen Independenten offenbar als untunlich an. In dieser Hinsicht wird nämlich der Handelsausschuß angewiesen, in Erwägung zu ziehen, ob es notwendig sei, einen offeneren Handel als den der Kompagnien zu gestatten, und wie das zu geschehen habe, wobei aber Sorge zu tragen sei, daß Leitung und Ordnung im Handel erhalten und Konfusion vermieden werde; sie sollten sich über die Verfassungen der verschiedenen Kaufmanns- und Handwerkerkorporationen informieren, damit, wenn darunter etwelche zum Schaden des Publikums seien, solche „niedergelegt" werden möchten.

Der vorletzte Punkt legt Gewicht auf die große Bedeutung der Fischerei an den Küsten von England, Schottland, Irland, Grönland, Neufundland und Neuengland. Und sehr interessant ist schließlich der letzte Punkt: „zu überlegen, wie die englischen Pflanzungen in Amerika und anderswo am besten verwaltet und ihre Erzeugnisse vervielfältigt werden könnten, damit diese Pflanzungen allein die englische Republik mit allen notwendigen Bedürfnissen versorgen könnten".

Nicht auf allen Gebieten, die diese Instruktion in Betracht zieht, ist das lange Parlament noch zu gesetzgeberischer Betätigung vorgeschritten. Aber es liegen doch außer der Navigationsakte noch andere Maßregeln von einschneidender Bedeutung vor. Am wichtigsten sind die Verfügungen, die darauf abzielen, England zum Zentrum der Tuchindustrie zu machen, was bislang Holland war. Schon am 22. Juni 1649 hat der Staatsrat Zeit dazu gefunden, sich hiermit zu beschäftigen. Unter diesem Datum schreibt er an das Parlament, es habe vor seiner Vertagung eine Reihe von Gesetzen zu verabschieden, darunter eines, das die Ausfuhr von Wolle und Walkererde verbiete. Das Wollausfuhrverbot ward 1652 auch auf Schottland ausgedehnt und gleichzeitig bestimmt, daß alle Wolleinfuhr nach England zollfrei bleiben solle.

Diese merkantilistischen Maßnahmen konnten nun füglich keine allzu große Begeisterung im Volk hervorrufen, und weiter geschah doch nichts, wenigstens nicht für das Kleinbürgertum. Dagegen nahm das Parlament allerdings zugunsten des Kleinbauerntums verschiedene Anläufe. So beschäftigte es sich schon in den Notzeiten von 1649 mit einer „Akte zur Unterstützung wohlgesinnter Pächter gegen übelgesinnte Grundherren, die für ihre Besitzungen Kompositionen gezahlt haben, die Renten ihrer Pächter steigern oder sie exmittieren". Das war allerdings eine volkstümliche Ankündigung zu einer Zeit, wo die royalistische Gentry bei neuer

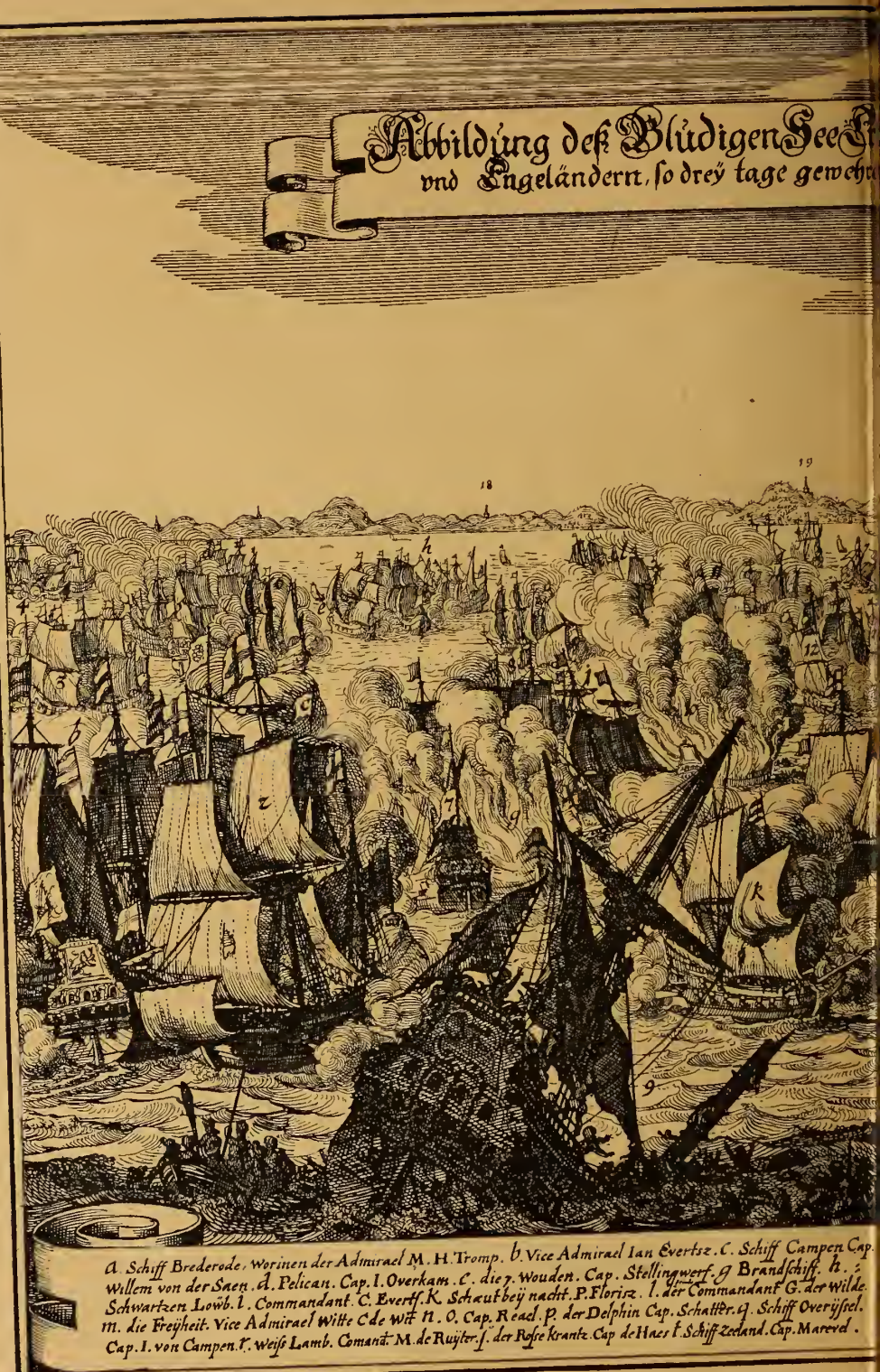


Abbildung deß Blůdigen See
vnd Kugeländern, so drey tage gewehr
18
19
a. Schiff Brederode, worinen der Admirael M. H. Tromp. b. Vice Admirael Ian Evertsz. c. Schiff Campen Cap.
Willem von der Snen. d. Pelican. Cap. I. Overkam. e. die 7. Wouden. Cap. Stellingwerf. g Brandschiff. h.
Schwartzen Lowb. i. Commandant. C. Evertss. K. Schaut beÿ nacht. P. Florisz. l. der Commandant G. der Wilde
m. die Freÿheit. Vice Admirael Wilte C de wit n. o. Cap. Reael. p. der Delphin Cap. Schatter. q. Schiff Overÿssel.
Cap. I. von Campen. r. weiss Lamb. Comandt. M. de Ruÿter. s. der Rosse krantz Cap de Haes t. Schiff Zeland. Cap. Marevel.

der Englische Admirael Monck. 2. Vice Admirael. 3. Maÿ blum Cap. W. Nieuman. 4. Schiff Phoenix. Cap.
en Cox. 5. Schiff Asreurance Cap. Hollant. 6. S. Lauwrel Cap. I. Stockes. 7. Schaut bey nacht führete
weisse fahn. 8. S. der kauffman. 9. S. Pellican. 10. Fregat Portsmuyden. 11. S. Dragon. Cap. I. Seman.
S. de Prosperous. Cap. Crisp. 13 S. Andrew Cap. T. Graves. 14. S. Resolution 15. Admirael Pen: 16. Worch-
er. 16. S. S. Iacob. 17. Gülden Kock. Cap. Edmund Chapman. 18. Egmont op See. 19. Wyckop See 20. Santvort.

ndern und Engländern
h. 1653

Inanspruchnahme durch Strafgelder geneigt sein mußte, sich auf Kosten der abhängigen Bauern schadlos zu halten. Im März 1652 kamen ans Parlament weitere Akte, die darauf abzielten, die feudalen Reste im Erbpachtsverhältnis der Copyholders zu beseitigen. Der Treueid für den Grundherrn sollte wegfallen und die willkürlichen Abgaben beim Besitzwechsel festgelegt werden. An eine wirkliche Bauernbefreiung, d. h. an eine Verwandlung der Copyholders in Freisassen, war aber so wenig gedacht, daß gleichzeitig eine Akte zur schnelleren Eintreibung von Renten in Aussicht genommen wurde. Auch, was sonst zwischen Bauern und Gentry einen Hauptstreitpunkt bildete, die Frage der Gemeindeländereien, wurde von dem Parlament nicht zugunsten der Bauern gelöst. Vielmehr wurden gleich in den ersten Zeiten der Republik die großen Entwässerungsanlagen wieder in Angriff genommen, die als Einhegungen schon in der parlamentslosen Zeit Karls I. Ausbrüche des Volkswillens hervorgerufen hatten. Auch jetzt, in den fünfziger Jahren, kam es wieder hier und anderswo zu Tumulten von Landvolk, das sich in seinen Rechten auf die Gemeindeländereien beeinträchtigt sah. Ueberhaupt haben die Independenten nichts getan, um durch radikale Maßregeln zugunsten des Landvolks ihre Macht auf den Felsen zu gründen.

Etwas getan wurde bald nach der Hinrichtung Karls I. für das lohnarbeitende Proletariat durch eine Verfügung, die dahin ging, daß die Löhne neu angesetzt werden sollten, und zwar mit der Maßgabe, daß eine Erhöhung wünschenswert sei. Viel Aufhebens ist von dieser Maßregel nicht zu machen; denn die Erhöhung der Löhne war eine unbedingte Notwendigkeit bei den Hungersnotpreisen für Lebensmittel. Sonst wäre etwa noch zu erwähnen, daß das Parlament sich hin und wieder mit der Frage beschäftigte, wie für die Armen Arbeit beschafft werden könne. Wenn in dieser Hinsicht etwas unmittelbar Wirksames geschehen wäre, so hätte das gewiß in weiten Kreisen Befriedigung erregt bei dem schweren Druck, mit dem die Armensteuer auf dem Kleinbürgertum lastete. Aber es kam bei den Beratungen des Parlaments in dieser Materie nichts Positives heraus.

Ebensowenig wurde aus der Reform der Gesetze, worüber ein besonderer Ausschuß und auch das Plenum des Parlaments öfters beriet. Hier fehlte es am guten Willen. Allein schon die Interessiertheit der im Parlament so zahlreich vertretenen Juristen verhinderte, daß aus der Gesetzesreform etwas wurde. Auch auf dem Gebiet der Kirchenpolitik leistete das Parlament herzlich wenig. Eine Staatskirche sollte aufrechterhalten bleiben, und im allgemeinen wurde die presbyterianische Geistlichkeit im Besitz der Pfründen belassen. Nur wurden im Jahre 1650 die alten Konformitätsgesetze abgeschafft, die jedermann bei Strafe verpflichteten, Sonntags dem öffentlichen Gottesdienste beizuwohnen; es blieb aber dabei, daß man an irgendwelchem Gottesdienst teilnehmen müsse. Die Mittel zur Bezahlung der Geistlichkeit wurden nach wie vor durch die Zehnten aufgebracht. Wohl erklärte das Parlament gelegentlich, daß die Zehnten aufgehoben werden sollten, wenn eine andere Art, die Geistlichkeit zu bezahlen, ausfindig gemacht sein würde. Daraus wurde aber nichts, und so blieb alles beim alten.

Sehr wenig populär war die puritanische Sittengesetzgebung der Republik. Unter anderem wurde das Fluchen mit Geldstrafe belegt, außereheliche Intimität

unverheirateter Personen mit Gefängnis, verheirateter mit dem Tode bedroht. Das Blutgesetz über den Ehebruch blieb aber auf dem Papier stehen, weil die Geschworenen durchweg nicht zum Schuldigsprechen zu bringen waren. Diese puritanische Besorgnis um Gottesfurcht und fromme Sitte stand in einem gar zu augenfälligen Gegensatz zu der Korruption, die so offenbar im Parlament herrschte, und verstärkte durch ihre Gewaltsamkeit den Eindruck, daß die regierende Koterie die reine Tyrannei übe. Anders denn als Tyrannei kann man auch das Bestreben des Staatsrats und des Parlaments nicht bezeichnen, jede freie Meinungsäußerung im Lande zu ersticken. „Haltet ein wachsames Auge auf das Zusammenströmen des Volkes unter irgendwelchem Vorwande gerichtet," instruiert einmal im Jahre 1651 der Staatsrat seine Organe in den Grafschaften, „die größte Sorgfalt muß getragen werden, solche Zusammenkünfte der Menge zu verhindern, die Vorwände benutzen könnten, um einen Aufstand zu beginnen, oder Pläne zur Unterbrechung des öffentlichen Friedens betreiben könnten." Auch auf den Kanzeln sollte nichts gegen die Regierung gesagt werden dürfen. Wie die Redefreiheit, so suchte das Parlament auch die Preßfreiheit zu unterdrücken. Zeitungen und Bücher durften nur mit Erlaubnis der Regierung herauskommen und sollten nur an wenigen Orten gedruckt werden können, damit die Kontrolle leichter sei.

236. Englischer Admiral Robert Blake

Die Opposition ward freilich trotzdem immer lauter. Im Parlament selbst trat sie scharf zutage. Allerdings war es hier bloß eine kleine Minderheit, die der regierenden Clique bei jeder Gelegenheit entgegentrat; aber hinter dieser Minderheit stand geschlossen eine organisierte Macht von größter Bedeutung, die einzige Macht, die dem Parlament noch geraume Zeit als Stütze gegen das Volk hätte dienen können: die Armee. Das Heer kam jetzt, nach den Siegen, die der Republik im Innern Ruhe verschafft hatten, auf seine Reformforderungen zurück. Insbesondere verlangte es ein Wahlgesetz und Parlamentsauflösung. Dieser Frage war das Parlament seit Januar 1650 wiederholt nähergetreten. Schon damals war beschlossen worden, daß das zukünftige Parlament aus 400 Mitgliedern bestehen, die Wahlkreise neu und gleichmäßiger eingeteilt werden sollten. Man war

sich auch schon darüber klar geworden, daß das Wahlrecht irgendwie auf die Mittelklasse beschränkt werden müsse. Definitive Entscheidungen wurden immer weiter hinausgeschoben, besonders in bezug auf die Frage der Parlamentsauflösung, die nach dem Siege von Worcester sehr dringlich wurde, weil nun jeder Vorwand fehlte, weshalb das Parlament weitertagen müsse, zusammengeschrumpft, wie es war. Hatten doch bloß noch 179 Abgeordnete das Recht zu sitzen, und davon erschienen gewöhnlich nur 60, höchstens 80. Nach Worcester hielten es denn auch selbst die Parlamentarier für notwendig, wenigstens so zu tun, als wenn sie einem neuen, kompletten Parlament Platz machen wollten. Sie faßten den Beschluß, daß das gegenwärtige Parlament nicht länger tagen solle als bis zum 4. November des Jahres 1654. Nicht genug damit, daß sie also auf drei weitere Jahre ihre Mandate festhalten wollten, lag es klar genug zutage, daß sie nach einem Modus suchten, um auch über diesen fernen Termin hinaus sich an der Macht und an der Staatskrippe zu behaupten.

Wie also nun alles nach wie vor auf die lange Bank geschoben wurde, begann die Armee oder vielmehr der Offizierrat, der 1649 gebremst hatte, denn doch allmählich die Geduld zu verlieren. Am 13. August 1652 einigte sich der Offizierrat auf eine Petition an das Parlament, die Reformen und baldige Auflösung verlangte. Daß mit diesen Drängern nicht zu spaßen sei, zeigte die Mitwirkung des so langmütigen Feldherrn, Oliver Cromwells. Der General hatte sich an die Spitze der Opposition gestellt, und er war der populärste Mann des Landes geworden. Diese Volkstümlichkeit verdankte er nicht allein seinen militärischen Erfolgen über die Iren und Schotten; gewiß hatten ihm die glänzenden Siege von Dunbar und Worcester in den Augen der Bevölkerung eine überragende Stellung verliehen. Wenn ihn aber nach der Schlacht bei Worcester ungeheure Volksmengen, besonders bei seinem Einzug in London, als Befreier begrüßten, so war hiermit gewiß nicht allein sein Sieg über die Konterrevolution und ihre auswärtigen Verbündeten gemeint, sondern es sprach daraus ohne Zweifel auch die Erwartung, daß er dem Lande nun wirklich zur Freiheit verhelfen werde. Hatte er sich doch seit seiner Rückkehr aus Irland des öfteren in diesem Sinn ausgesprochen, und zwar mit solchem Nachdruck, daß selbst sein alter Gegner John Lilburne wenigstens zeitweilig an Cromwells Ernst nicht mehr zweifelte.

Als Cromwell 1650 nach Schottland abging, begleitete ihn Lilburne ein gut Stück Weges nordwärts, bis nach Ware. Dort speisten sie zusammen und umarmten sich beim Abschied am anderen Morgen. Cromwell gab dabei das Versprechen: er werde alles tun, was in seiner Macht stehe, um England den Genuß der wirklichen Frucht aller Versprechungen und Erklärungen der Armee zu verschaffen. Lilburne sah diese wirkliche Frucht in der Einrichtung aufeinanderfolgender Parlamente, die vom Volk nach gleichem Recht gewählt würden. Er zweifelte auch noch am Schluß des folgenden Jahres nicht daran, daß Cromwell seinen Versprechungen getreu bleiben wolle. Denn im Dezember 1651 hatten sie eine lange, vertrauliche Unterredung, in deren Verlauf Cromwell unter anderem erklärte, daß er alle früheren Streitgründe zwischen ihnen vergessen habe.

Zur selben Zeit, wo er Lilburne gegenüber jene Zusagen machte, äußerte er sich in ähnlichem Sinn zu Edmund Ludlow, der auch von früher her Mißtrauen

237. Holländischer Admiral De Ruyter

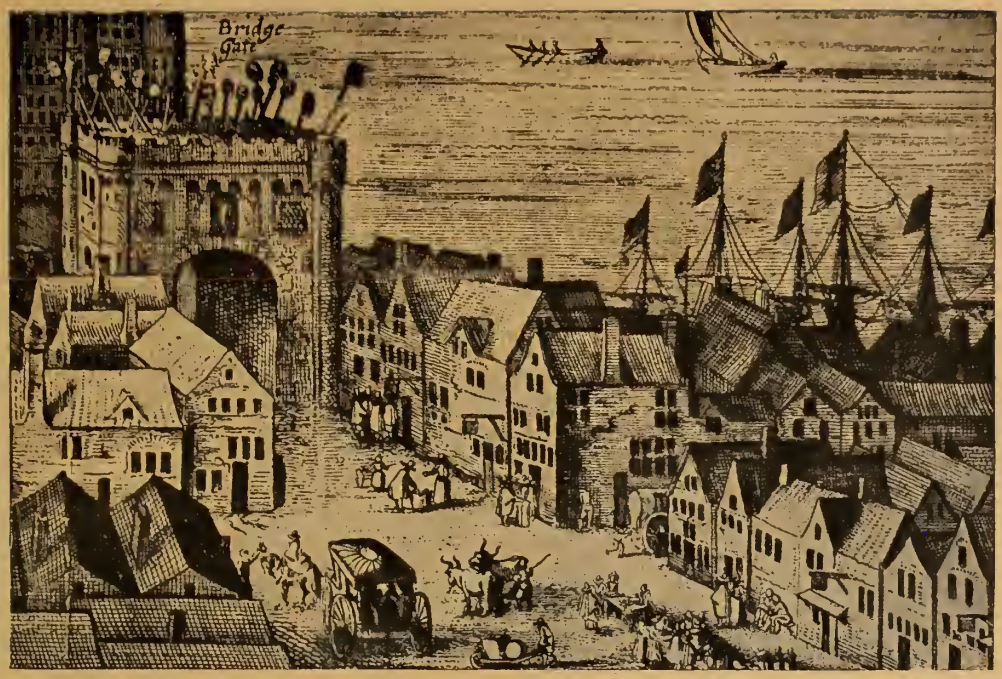
gegen den General hegte. Cromwell sagte u. a. zu Ludlow, daß er nichts mehr wünsche, als die Republik auf Freiheit und Gleichheit zu begründen, worin er das einzige wahrscheinliche Mittel gegen eine royalistische Reaktion erblicke. Er halte für die Absicht des Herrn in diesen Tagen, das Volk von jeder Last zu befreien. Er verhehlte sich nicht, daß dabei Schwierigkeiten zu überwinden seien. Die Advokaten seien noch zu stark für ihn gewesen, die da schrien, daß die, welche

nach der Reform des Gesetzes strebten, auf die Vernichtung des Eigentums ausgingen. Wie das Gesetz jetzt beschaffen sei, diene es nur zum Unterhalt der Juristen und zur Ermutigung der Reichen, die Armen zu unterdrücken.

Als der General dann auf dem Schlachtfeld von Dunbar vor der Entscheidung stand, versprach er, wenn ihm der Herr den Sieg gebe, so wolle er für die Aufhebung der Zehnten „und so weiter" sorgen. Im gleichen Sinn einer umfassenden Reform schrieb er nach der Schlacht an das Parlament: „Helfet den Unterdrückten, höret die Seufzer der armen Gefangenen in England. Es gefalle euch, die Mißbräuche aller Berufe zu reformieren; und wenn einer darunter ist, der viele arm macht, um einige wenige zu bereichern, so paßt das nicht in eine Republik." Cromwell durfte sich immer mehr berufen fühlen, die Reformforderungen zu vertreten; denn bald wandte man sich von allen Seiten an ihn mit Bitten und Beschwerden.

Zu den ersten Bittschriften, die an den General gerichtet wurden, gehörte eine Eingabe, die Cromwell am 27. Oktober 1651 aus den Londoner Gefängnissen erhielt. Darin wurde Klage geführt über die Härte der Gesetze, denen das Merkzeichen der normannischen Sklaverei aufgeprägt sei. Für reiche Gefangene sei das Gefängnis ein Asyl, ein Ort der Marter dagegen für den Armen, der nicht imstande sei, Richter und Aufseher zu bestechen. Sie bitten den General, in dessen Hand das Schwert gelegt sei, sie von Druck und Sklaverei zu befreien, die Grundgesetze und Freiheiten der Nation wieder herzustellen und eine neue Volksvertretung wählen zu lassen, damit den Armen Gerechtigkeit widerfahre und die willkürlichen Verhaftungen und Einkerkerungen aufhören.

Sechs Wochen später kamen aus den verschiedensten Teilen des Landes zahlreiche Petitionen, an den General und seine Offiziere gerichtet, in denen über den Druck der Akzise und der Landtaxe geklagt und Remedur gefordert wird. Ferner wird Abschaffung der Mißbräuche verlangt, die durch die Zahl, Anmaßung, Schlauheit und Geldgier der Advokaten, Notare und Schreiber in die Handhabung der Gesetze und der Justiz gebracht worden und so groß seien, daß die armen Landleute die Heilung schlimmer fänden, als das Uebel. Schließlich wird um die Beseitigung der unerträglichen Last der Zehnten gebeten, die, nur zu den Zwecken des Papismus eingeführt, dem Volke die Früchte des Landes entreiße und es zu Sklaven mache. Cromwell und die Offiziere werden aufgefordert, da ihnen Gott das Schwert nicht umsonst gegeben haben werde, beim Parlament die Befreiung der Unterdrückten zu vermitteln. In einer Petition aus dem Norden, die im Februar 1652 einging und ans Parlament gerichtet war, heißt es u. a.: man wolle die Gerechtigkeit nicht kaufen müssen; sie soll sein wie ein Strom, aus welchem der Aermste schöpfen, und den der Reiche nicht nach einer anderen Richtung ableiten könne; man möge sorgen, daß jedermann ernte, was er säe, und die Früchte seines Weinstocks selbst genieße. Viel umfassender ist eine von vielen tausend Leuten unterzeichnete ans Parlament gerichtete Petition aus dem Juni 1652, die neben den Forderungen der Handelsfreiheit, der Gewissens- und Preßfreiheit, der Aufhebung von Zehnten und indirekten Steuern auch die erhebt, daß die hauptsächlichen noch übriggebliebenen Abzeichen der normannischen Eroberung und Hauptstützen der königlichen Tyrannei abgeschafft würden. Als solche aber zählt die Petition auf



238. Ansicht der Londoner Vorstadt Southwark mit dem Zugang zur Themsebrücke. Auf dem Brückenkopf sind nach damaliger englischer Sitte die Köpfe von Hingerichteten aufgepflanzt

nicht nur die Erbfolge der Erstgeborenen und das noch existierende Vormundschaftsgericht, sondern vor allem anderen „copyholds und dergleichen", d. h. die Bittsteller wollen die Aufhebung des normannischen Gesetzes oder mit anderen Worten des Feudalismus, zur völligen Bauernbefreiung ausgedehnt wissen. Sie schlugen übrigens auch vor, daß den Armen wüst liegende Ländereien angewiesen werden müßten.

Schließlich sei noch eine Petition der wohlgesinnten „Einwohner der Londoner City, von Westminster, Southwark und angrenzenden Orten" hervorgehoben, die am 28. Januar 1652 an Cromwell und die übrigen Offiziere gerichtet wurde. Sie ist deshalb besonders bemerkenswert, weil sie zweifellos von den Londoner Levellers herrührt. Sie verlangt u. a. schleunige Parlamentsauflösung und Neuwahlen nach den Grundsätzen des Volksvertrags. Die Bittsteller verwahren sich aber gegen den Gedanken, daß sie etwa Gewalt ausgeübt wissen wollten, weil nichts von gefährlicheren Konsequenzen sei. Die merkwürdigste Stelle in dieser Petition verlangt Gewerbe- und Handelsfreiheit und Ersetzung aller indirekten Abgaben durch Einkommen- und Vermögenssteuern.

Sonst ist über die Wirksamkeit der Levellers Lilburneſcher Richtung aus den letzten Jahren des langen Parlaments nicht eben viel zu berichten. Das Wichtigste ist, daß sie ihren berühmten Führer eingebüßt hatten. Lilburne hatte sich während der Jahre 1650 und 1651 abwartend verhalten. In den letzten Monaten des Jahres 1651 aber geriet er wegen einer Privatangelegenheit eines seiner Anverwandten in Streit mit dem Abgeordneten Haselrig, zu dessen Gunsten dann

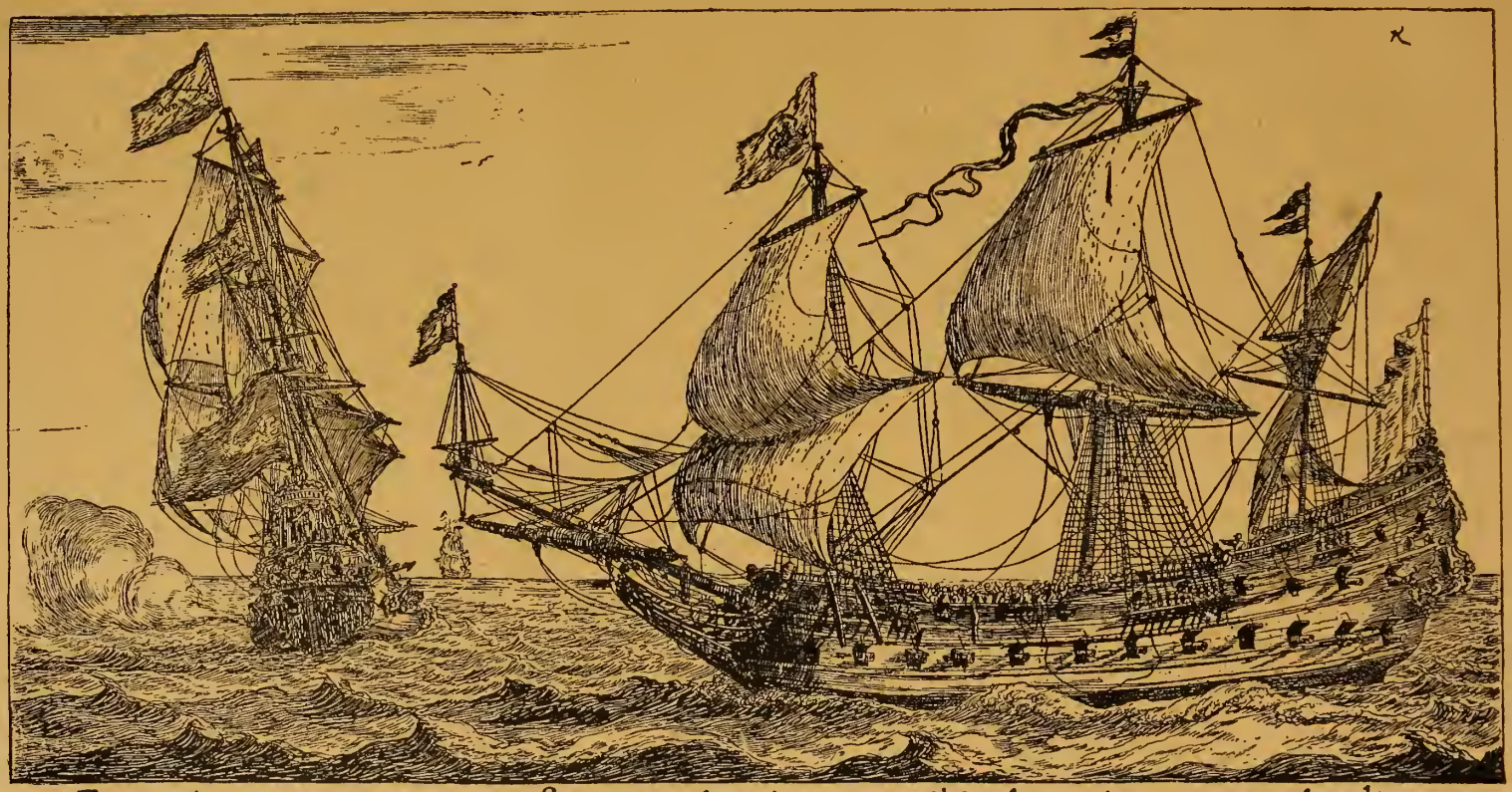
das Parlament entschied. Lilburne glaubte an korrupte Praktiken dieses Granden und seiner Gevatterschaft und griff ihn sowie den Spruch des Parlaments in einem Pamphlet aufs schärfste an.

Das kam dem Parlament sehr gelegen, um sich des gefürchteten Demokratenführers endlich zu entledigen. Im Anfang des Jahres 1652 verurteilte es ihn wegen Unbotmäßigkeit usw. zu 7000 Pfund Geldstrafe und lebenslänglicher Verbannung aus England, mit dem Hinzufügen, daß er des Todes schuldig sei, wenn er zurückkehre. Die haarsträubende Ungerechtigkeit dieses Spruches, den das Parlament noch dazu in eigener Sache fällte, bedarf keiner Beleuchtung. Lilburne aber war nun beseitigt: er ging nach Holland ins Exil. Wenn er in England hätte bleiben können, so wäre gewiß mehr von der Wirksamkeit der Levellers in diesen Jahren zu berichten. Aber auch ihm wäre es gewiß nicht möglich gewesen, zu erreichen, daß die Levellers beim Eintritt des Umschwungs als organisierte Partei des bürgerlichen und bäuerlichen Anhangs gründlicher Reformen dagestanden hätten. Dem standen einmal die andauernden Intrigen etwelcher Leveller mit den Royalisten im Wege und dann auch ganz besonders der der Partei einmal anhaftende Name, der sie beim Kleinbürger- und Bauerntum des Kommunismus verdächtig machte.

Zu denen, die auf Cromwell Hoffnungen setzten, gehörte auch der Führer der wahren Gleichmacher, Gerard Winstanley. Das ersieht man aus seinem im Frühjahr 1652 erschienenen Buch „Gesetz der Freiheit in Programmform oder Wiederherstellung des wahren Regierungssystems". Dieses Regierungssystem ist in politischer Hinsicht rein demokratisch. Alle Beamten in Gemeinde, Grafschaft und Republik sollen gewählt werden und zwar, um Korruption zu verhindern, nur auf ein Jahr. Das Stimmrecht steht jedem zu, der das zwanzigste Jahr vollendet hat. Der politischen Gleichheit entspricht die ökonomische. Der Unterschied zwischen arm und reich soll wegfallen. Reichtümer können nicht auf ehrliche Weise erworben werden, sondern sind ein Ergebnis der Ausbeutung. Die Ausbeutung betrachtet Winstanley vornehmlich unter den Gesichtspunkten der Monopolisierung von Grund und Boden sowie der Uebervorteilung im Handel.

Das Land ist Gemeinbesitz. Wer Anspruch auf Privateigentum daran erhebt, wird mit einem Jahre Zwangsarbeit und mit Brandmarkung bestraft. Wer Grund und Boden oder Bodenfrüchte tatsächlich verkauft, wird mit dem Tode bestraft. Wer einen anderen verleiten will, ihm sonst etwas abzukaufen oder zu verkaufen, wird mit einem Jahr Freiheitsverlust bestraft. Die gleiche Strafe steht darauf, wenn einer Arbeit mietet oder seine Arbeit vermietet; die Gesamtheit ist der einzige Arbeitgeber. Geld gibt es nicht mehr, mit der einen Ausnahme, daß es für den Austausch mit anderen nicht zum Kommunismus fortgeschrittenen Nationen gebraucht werden darf. Aber diese Handelsbeziehungen zum Auslande sind der Gemeinschaft vorbehalten. Die ausgeführten Güter gehören der Gesamtheit, und die eingeführten fließen in die öffentlichen Magazine. In diese fließt auch alles, was im Inland erzeugt wird, gleichviel, ob es in öffentlichen Werkstätten produziert worden oder Arbeitsergebnis der Einzeltätigkeit ist.

Durchaus kommunistisch ist die Verteilung der Produkte. Jeder entnimmt, was er braucht, den öffentlichen Magazinen. Gegen übermäßigen Verbrauch wird nötigenfalls mit Strafen eingeschritten. Dasselbe geschieht, wenn jemand nicht



239. Zwei von Holland gegen das engliſche Parlament ausgerüſtete Fregatten

ein angemessenes Quantum Arbeit leistet. Zur Arbeit ist jeder verpflichtet, der noch nicht vierzig Jahre alt ist. Für die Aelteren ist die Arbeit Sache des freien Willens. Der Unterricht ist öffentlich und allgemein. Ihn zu erteilen, ist die Hauptpflicht der Geistlichkeit. Mit Eheschließung und dergleichen hat sie nichts mehr zu schaffen. Die Ehe ist eine rein bürgerliche Einrichtung. Winstanley verlangt die Zivilehe. Er verlangt auch, daß sie aus genügenden Gründen durch Willenserklärung beider Teile aufgelöst werden kann. Advokaten wird es überhaupt nicht mehr geben, weil es kein Kaufen und Verkaufen mehr gibt. Das Gesetz soll so klar sein, daß es keiner besonderen Kaste zu seiner Auslegung mehr bedarf. Für das Fundament der wahren republikanischen Freiheit erklärt Winstanley den freien Genuß der Erde, deren gemeinsamer Besitz jedem Menschen den Unterhalt garantiert. Es gibt keine Armen mehr und England steht dann ebenso glorreich da wie das Reich Israel, dessen Ruhm darin bestand, daß sie keinen Bettler unter sich hatten und zwar wegen ihrer vorbildlichen kommunistischen Bestimmungen im mosaischen Gesetzbuch. Soviel über Winstanleys Zukunftsideal.

Die Winstanleysche Utopie schwebt nicht einfach in der Luft, losgelöst vom Boden der gegebenen Wirklichkeit, sondern wird durch ein längeres Widmungsschreiben mit der vorliegenden politischen und ökonomischen Situation verknüpft. Wie das ganze Buch in erster Linie Cromwell, sodann den englischen Brüdern und schließlich allen Nationen der Welt zugeeignet ist, so wendet sich auch das Widmungsschreiben an Cromwell und zwar an Cromwell allein. Winstanley legt dem zum ersten im Lande aufgestiegenen General wiederholt dringend ans Herz, nicht nur den Namen der Einrichtungen zu ändern, sondern auch ihr Wesen. Cromwell sei die hohe Ehre zuteil geworden, der Führer eines Volkes zu sein, das einen unterdrückenden Pharao ausgestoßen habe. Aber noch sei nicht die Gewalt beseitigt, die jener ausgeübt und vertreten, seien das Land und die Freiheit nicht Gemeingut derer, die Gut und Blut dafür eingesetzt. Nicht Cromwell als einzelner, nicht er und seine Offiziere hätten den König besiegt, sondern sie hätten dies nur mit Hilfe der gemeinen Leute getan, die teils mit ihrer Person ihnen Beistand geleistet, teils daheim für den Unterhalt der Armee gearbeitet hätten. Folglich müsse auch allen der Sieg in gleicher Weise zugute kommen. Cromwell habe zwei Wege vor sich. Entweder das Land dem Volke zuzustellen und so die ihm gewordene Ehre zu verdienen oder aber die Macht bloß in die Hände anderer Personen übergehen zu lassen, und dann sei es um seine Ehre und Weisheit geschehen; er werde dann zugrunde gehen oder eine größere Sklaverei als die, welche bisher geherrscht, heraufführen.

Winstanley geht dann dazu über, die Beschwerden aufzuzählen, unter denen das Volk leide. In erster Linie nennt er die fortdauernde Bedrückung durch die freiheitsfeindliche Geistlichkeit, die durch die Zehnten die Ersparnisse der Armen aufzehre. In Recht und Gesetz sei alles beim alten; man habe bloß den Namen königliches Gesetz in Staatsgesetz umgetauft. Und soweit die Gesetze gut seien, würden sie durch die Obrigkeiten gebeugt. Auch bei der Steuereinschätzung bewirke der Einfluß, den die Großen ausübten, die größten Ungerechtigkeiten. Ferner werde das Volk durch die Zölle und indirekten Steuern schwer bedrückt. Am schlimmsten von allem aber sei, daß die Grundherren noch immer das Land

als Tyrannen regierten. Die wirtschaftlichen Mißstände auf dem Lande seien sehr groß. Die Grundherren bedrückten ihre Brüder in der alten Weise, forderten von ihnen Buß- und andere feudale Abgaben und verjagten sie vom Gemeindelande, wenn sie nicht Pachtzins zahlten. Auf das Gemeindeland trieben die reichen Grundeigentümer so viel Vieh, daß die ärmeren Bauern und Tagelöhner kaum eine Kuh halten könnten, und zwar bewiese sich die neue Gentry noch habgieriger als die von der Normannenzeit her eingesessene.

Winstanley kommt dann auch auf den Skandal der Verkäufe von Kron- und Kirchenländereien zu sprechen, die an Spekulanten aller Art und an landgierige Offiziere veräußert würden, anstatt der Allgemeinheit zugeführt zu werden. Mit ähnlicher Beweisführung, wie in den Kundgebungen von 1649, weist er Cromwell darauf hin, daß weder von der alten noch von der neuen Gentry jemand einen gültigen Rechtstitel auf seinen Besitz habe. Deshalb soll aber doch kein Zwang ausgeübt werden, dem in Aussicht genommenen Kommunismus sich anzuschließen. Nur soviel muß verlangt werden, daß die Gemeindeländereien zur Einrichtung des Gemeinschaftsstaates freigegeben werden.

240. David Lesley, Oberbefehlshaber der schottischen Armee in der Schlacht bei Dunbar, nach der Schlacht bei Worcester von den Republikanern gefangen genommen

Den Anspruch des armen Volkes auf die Gemeindeländereien praktisch durchzusetzen, war inzwischen von Gesinnungsgenossen Winstanleys noch verschiedentlich versucht worden. Ungefähr ein Jahr nach dem Auftauchen der Diggers am St. Georgshügel spielte ein neuer Versuch mit einer Gräberkolonie auf Gemeindeland bei Wellingborough in der Grafschaft Northampton, wo eine größere Anzahl brotloser Arbeiter zu der von den wahren Gleichmachern vorgeschlagenen Art der Selbsthilfe gegriffen hatten. Auch bei Coxhall in der Grafschaft Kent wurde es im Frühjahr 1650 mit einer Ackerbaugenossenschaft auf Gemeindeland versucht. Die wahren Gleichmacher, darunter Winstanley und Coster, riefen zur Unterstützung und Nachahmung dieser kommunistischen Pioniere auf, wie damals auch kommunistische Sendboten an einer langen Reihe von Orten für die Sache der Gemeinschaft Propaganda gemacht haben. Der Staatsrat der Republik ging wieder, wie 1649, gegen die wahren Gleichmacher vor, indem besonders nach der Grafschaft

241. Puritanische Frauentracht

Northampton Weisung gegeben wurde, sie zu unterdrücken. Wir vernehmen denn auch nach dem Frühling 1650 nichts mehr von gemeinsamem Auftreten dieser Richtung. Indes verschwand damit keineswegs der Kommunismus aus der praktischen Politik.

Männer, die den wirtschaftlichen Anschauungen Winstanleys sehr nahe standen, hatten damals auf Cromwell und den Offiziersrat beträchtlichen Einfluß. Sie nannten sich freilich nicht wahre Levellers, sondern Männer der fünften Monarchie oder auch Heilige und unterschieden sich namentlich in ihren politischen, weniger in ihren ökonomischen Anschauungen, wesentlich von Winstanley und seinen Genossen. Allerdings sprachen sie sich in ihren Schriften über wirtschaftliche Fragen nicht mit der durchsichtigen Klarheit aus wie der Führer der wahren Levellers, sondern bewegten sich viel mehr als dieser in dem biblischen Jargon. Ihre ganze Denk- und Redeweise trug überhaupt ein starkes mystisches Gepräge. Sie bekannten sich zum Glauben an die fünfte Monarchie oder das tausendjährige Reich, das die Bibel prophezeit. Es ist kein Zweifel, daß sie es ebenso im Sinn eines irdischen Gemeinwesens von kommunistischem Charakter auffaßten wie die Urchristen und wie etwa die Wiedertäufer der Reformationszeit. Um sie insbesondere mit den verrufenen Revolutionären von Münster zu identifizieren, wurden denn auch die englischen Gläubigen der fünften Monarchie vielfach als Anabaptisten, als Wiedertäufer, bezeichnet; auch heißen sie öfter Millennarier im Hinblick auf das von ihnen gepredigte Millennium, zu Deutsch: tausendjähriges Reich.

Ihre Anhängerschaft war in den beginnenden fünfziger Jahren mächtig angewachsen. „Leute, die durch lange Wirren verarmt sind," schreibt ein Zeitgenosse, „mußten notwendig große Neigung haben, auf die zu hören, die ein goldenes Zeitalter unter dem Namen Christi und der Heiligen vor der Tür stehend erklärten . . ." In diesem Gottesreich sollten die Adligen, Reichen und Mächtigen gestürzt und ihres Besitzes beraubt werden, ihre Reichtümer den Heiligen zufallen. Es braucht nicht bezweifelt zu werden, daß die Angabe ihrer Gegner, sie seien „Männer, die alle Dinge zu gemeinsamem Besitz machen wollten", ihr Endziel im ganzen richtig zusammenfaßt. Ihre Ideen waren aber, wie gesagt, nicht so ausgearbeitet wie die Winstanleys, sondern lehnten sich in erster Linie an den Agrarkommunismus des Alten Testaments an. Sie beschränkten sich indes nicht auf die Proklamierung ihres gottesstaatlichen Endzieles, sondern sie stellten auch Reformforderungen auf. Sie verlangten eine gründliche Umgestaltung der Gesetze, Abschaffung des ganzen „normannischen Gesetzes" und ferner Aufhebung der drückenden Steuerlasten.

„Obwohl sie", sagt einer ihrer Gegner, „große Worte von der Herrschaft der Heiligen sprechen und niemand als das Geschlecht der Heiligen einzuladen scheinen, so besteht doch die Lockspeise, die sie auslegen, um die Leute einzufangen, in der Aufhebung von Zöllen, Akzise, Steuern, Zehnten."

242. Puritanische Männertracht

Nach alledem darf man wohl sagen, daß die Anhänger der fünften Monarchie in ökonomischen Fragen den Ansichten Winstanleys sehr nahe standen. Dagegen hatten sie ganz eigentümliche politische Anschauungen. Sie wollten keineswegs eine Volksabstimmung über die Gestaltung der Zukunft entscheiden lassen, sondern verlangten, daß die „Heiligen" aus ihrer Mitte eine kleine Anzahl vertrauenswürdiger Personen erwählen sollten, die England den Weg zur Befreiung vom normannischen Joch weisen würden. Sie waren grundsätzliche Gegner des Parlamentarismus. Schon zur Zeit der Hinrichtung Karls I. schrieb einer ihrer Wortführer, Salmon, das Parlament sei nicht weniger absolut und tyrannisch als der König: eine Auffassung, in der sie seitdem natürlich nur bestärkt worden waren. Daß nach den Presbyterianern nun auch die Independenten, auf die so große Hoffnungen gesetzt worden waren, in Tyrannen ausarteten, erklärt zum Teil den Widerwillen der Millennarier gegen den Parlamentarismus; der Glaube daran hatte auch außerhalb ihrer Kreise abgenommen. Sehr viele bezweifelten, daß das Volk, sich selbst überlassen, imstande sein würde, eine richtige Wahl zu treffen, die die Vornahme von gründlichen Reformen sicherstellte. Die Anhänger der fünften Monarchie aber zweifelten gar nicht daran, daß die Wahl in den meisten Fällen nicht auf ihre Gesinnungsgenossen fallen würde, und daß also von einem neuen Parlament, auch nach dem Volksvertrag, eine Neugestaltung der Gesellschaft nicht zu erwarten wäre. Das Bewußtsein, daß die Masse der Besitzlosen noch keineswegs sich ihrer Interessen bewußt sei, und das ungeduldige Verlangen, trotzdem sofort ans Ziel zu kommen, war gewiß die Hauptwurzel der politischen Stellungnahme der Millennarier.

Daß sie die Masse der Nation nicht hinter sich hatten, wurde ihnen mitunter sehr fühlbar gemacht. So fand Anfang April 1653 auf dem Smithfield-Markt in London unter freiem Himmel ein Meeting der Anhänger der fünften Monarchie statt, wo ein Hutmacher predigen sollte. Es waren aber weit mehr Gegner erschienen, und zwar an die 6000 Mann, die den Redner mit Verwünschungen begrüßten und ihn mit einem Hagel von Steinen überschütteten. Er wurde bloß durch das Eingreifen der Citybehörden davor gerettet, gelyncht zu werden. Die erregte Menge brachte, wie der zeitgenössische Berichterstatter

243. Generalmajor Thomas Harrison

schreibt, „vielen Haß gegen unsere Regierung zum Ausdruck, sagten, solche Halunken, wie er und die, welche ihn beschützten, seien die Ursache von all ihrem Elend, sie hofften aber, über kurz oder lang von ihnen befreit zu werden." Die Zusammenstellung der Millennarier mit den independentischen Machthabern befremdet zunächst; denn selbstverständlich hatten diese für die Grundsätze jener nicht die geringste Sympathie. Aber sie hatten doch tatsächlich etwas gemeinsam. Gleich den regierenden Independenten waren auch die Revolutionäre für den Krieg gegen Holland, allerdings aus ganz anderen Gründen. Sie beschränkten nämlich ihr Aktionsfeld nicht auf England, sondern wollten überall das Gottesreich begründen und zwar auf dem Weg einer bewaffneten Propaganda. Den Anfang dachten sie mit den Niederlanden zu machen und darum forderten sie die Fortsetzung des Krieges bis zur völligen Niederwerfung der vereinigten Provinzen: ein Verlangen, das nichts weniger als populär war. Immerhin hatten die Millennarier ganz anderen Anhang als Winstanley. Sie waren keine kleine Gruppe, sondern eine starke Partei, die in London wie in den Grafschaften, zumal in gewerbreichen Gegenden, wie Norfolk, zahlreich vertreten war und besonders auch viele Anhänger in der Armee hatte, bis in die Generalität hinauf. Der angesehenste Offizier, der zu ihnen hielt, war der Generalmajor Harrison, ein tapferer Haudegen, der neben Cromwell das meiste getan hatte, um den Sieg von Worcester herbeizuführen. Er erfreute sich in der Armee und auch im Offiziersrat großen Ansehens. Auf Cromwell übte er damals beträchtlichen Einfluß aus. Der General neigte unverkennbar zu seiner Meinung, daß von einer kleinen Zahl puritanischer Vertrauensmänner mehr für das Land zu erwarten sei als von einem neuen Parlament. Reaktionäre erklärten damals Cromwell wegen seiner

Verbindung mit den Anabaptisten für einen neuen Johann von Leyden. Die Millennarier selber waren keineswegs davon überzeugt, daß der General wirklich mit ihnen durch dick und dünn gehen werde, sondern hegten ein ziemliches Mißtrauen gegen ihn. Schenkte er doch auch vielfach dem Generalmajor Lambert Gehör, der eine andere Partei im Offiziersrat führte und bei den Soldaten gleichfalls sehr beliebt war.

Der Lambertsche Anhang war in erster Linie eine Militärpartei: Lambert wollte die offenkundige Absicht des Parlaments, den Einfluß der Offiziere durch allmähliche Auflösung der Armee zu beseitigen, durchkreuzen, und die Machtstellung des Heeres kräftigen. Es scheint, daß zu seiner Abneigung gegen den Rumpf auch eine persönliche Zurücksetzung und Kränkung, die ihm vom Parlament widerfahren war, stark beigetragen hat. In politischen und sozialen Dingen war Lambert vom Radikalismus Harrisons weit entfernt, er nahm ungefähr dieselbe Stellung ein wie ehedem Ireton. Er wollte keine revolutionäre Diktatur der Heiligen, sondern ein neues Parlament der Mittelklasse. Vorläufig machte sich der Gegensatz zwischen Lambert und Harrison noch wenig bemerkbar; denn sie strebten zunächst beide das gleiche Ziel an: Auflösung des Parlaments, und zwar durch militärische Zwangsmittel.

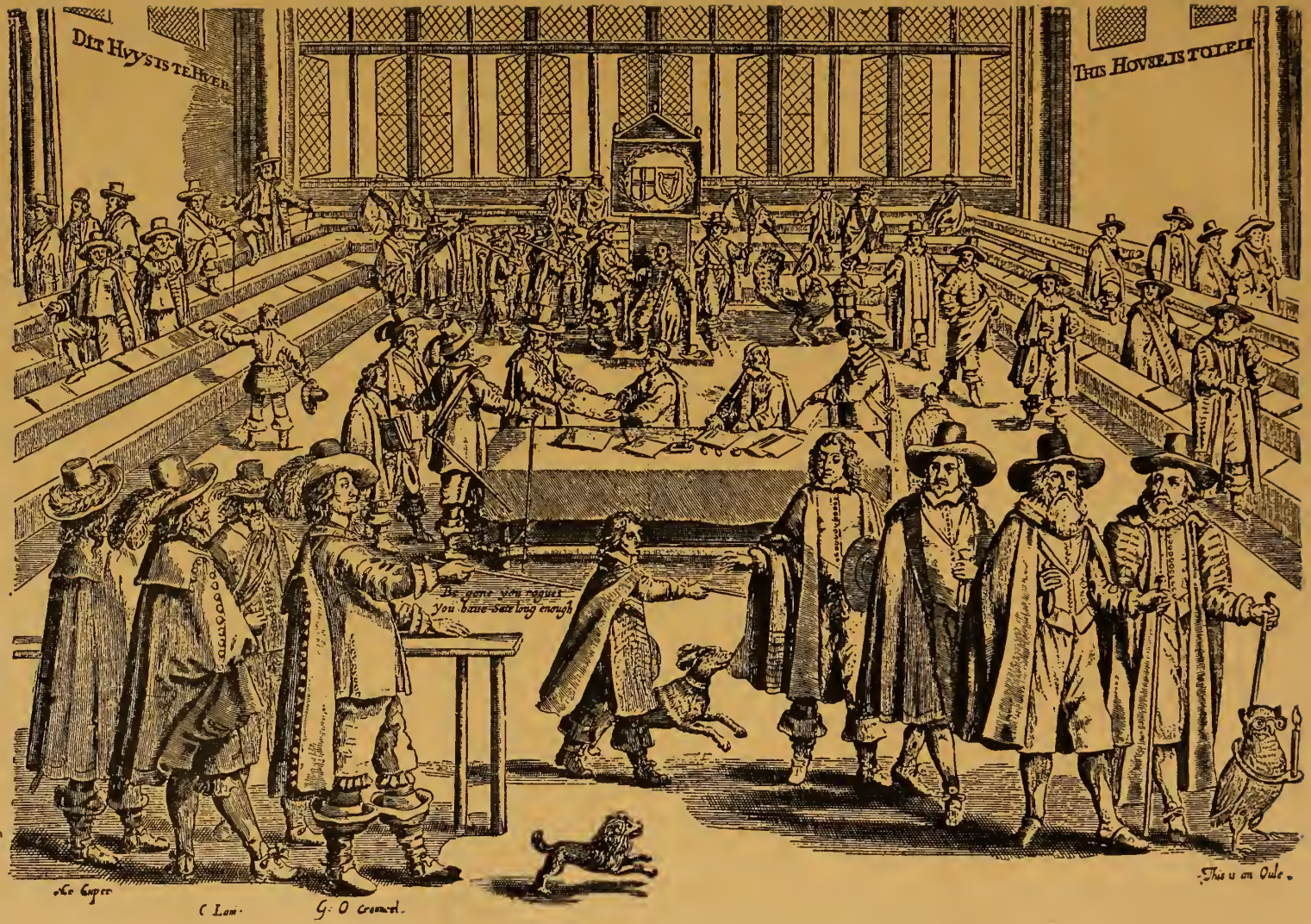
Cromwell sträubte sich lange dagegen. „Zwei Parteien treiben mich an," sagte er eines Tages in den ersten Monaten des Jahres 1653 zum Generalquartiermeister Vernon, „eine Sache zu tun, an deren Ausgang ich nicht denken kann, ohne daß mir die Haare zu Berge stehen. An der Spitze der einen steht Generalmajor Lambert, der aus Rache für die Beleidigung, die ihm das Parlament angetan hat, als es ihm nicht gestattete, in einer seinen Verdiensten entsprechenden Stellung nach Irland zu gehen, mit nichts Geringerem zufrieden sein will als mit seiner Auflösung. An der Spitze der anderen steht Generalmajor Harrison, der ein ehrlicher Mann ist und gute Absichten hat, aber aus Ungeduld nicht die Zeit des Herrn abwarten will, sondern mich treibt, zu tun, was er und alle ehrlichen Leute noch bereuen werden." Cromwell versuchte in den ersten Monaten des Jahres 1653 alles, um das Parlament zu veranlassen, sich gutwillig aufzulösen.

Am 30. März vertiefte sich das Parlament ernstlich in das Wahlgesetz. Es wurde beschlossen, daß das Haus aus 400 Mitgliedern bestehen solle: wie es im Volksvertrag des Offiziersrats vorgesehen war. Aus dem Volksvertrag ward auch im allgemeinen die Wahlkreiseinteilung herübergenommen, die zahlreichen Burgflecken ihre besondere Vertretung nahm und den Grafschaften eine sehr verstärkte Vertretung zusprach. Dagegen wich man in betreff des Wahlrechts himmelweit vom Volksvertrag ab: an Stelle allgemeinen Wahlrechts ward ein Zensuswahlrecht in Aussicht genommen, das den Besitz von wenigstens 200 Pfund in Mobilien und Immobilien zur Bedingung machte. Nach diesem Anlauf trat wieder eine vierzehntägige Pause ein. Inzwischen kamen die Independenten auf einen Trick überein, um die Bill so zu gestalten, daß sie am Ruder bleiben. Den 13. April wurden die „Qualifikationen", die zunächst bloß die Royalisten ausschlossen, dahin erweitert, daß die Gewählten bloß dann zu ihren Sitzen zugelassen werden sollten, wenn sie „Personen von anerkannter Integrität, gottesfürchtig und nicht anstoßerregend in ihrer Unterhaltung" wären.

Der Sinn dieser vagen Bestimmung wurde alsbald klar. Sie sollte nämlich durch die jetzigen Parlamentsmitglieder gehandhabt werden. Den bisherigen Abgeordneten sollte die Wahlprüfung zustehen, und damit nicht genug, sollten sie überhaupt Sitz und Stimme im neuen Parlament behalten. Es sollten, wie einst im Jahre 1646, überhaupt nur Ergänzungswahlen vorgenommen werden, wodurch die Zahl der Mitglieder auf 400 gebracht würde. Zugelassen sollten von den Neugewählten aber nur die werden, die von den bisherigen Abgeordneten als gehörig qualifiziert anerkannt würden. Es lag auf der Hand, daß sie jene Wählbarkeitsklausel dazu benutzen würden, nur ihnen genehme Leute zuzulassen, d. h. außer Mitgliedern ihrer engeren Clique etwa noch die ihnen nahestehenden unter den Presbyterianern. Damit hätte sich denn der Rumpf verlängert, ja, verewigt; denn es war beabsichtigt, auch in Zukunft immer nur periodische Ergänzungswahlen mit obligater Wahlprüfung vorzunehmen. Nach der Annahme der ganzen Bill wollte sich das Parlament schleunigst bis zum November, d. h. bis nach den Wahlen, vertagen, damit die Akte nicht zurückgenommen oder abgeändert werden könne.

Es war selbstverständlich ausgeschlossen, daß die Armee diesem Gaukelspiel ruhig zusehen werde. Das machte Cromwell dem Hause alsbald klar. Am 15. erschien er seit langer Zeit zum ersten Mal wieder zur Sitzung und trat nachdrücklichst dafür ein, daß nicht Ergänzungswahlen, sondern allgemeine Wahlen stattfinden müßten, die ein ganz neues Parlament ergäben. Einer der parlamentarischen Führer antwortete mit dem Verlangen nach der Wahl eines neuen Generals. Es erfolgte ein heftiger Wortwechsel, der dazu führte, daß Cromwell seine Demission anbot. Das Haus ging zwar nicht darauf ein, weil es keine passende Persönlichkeit zur Verfügung hatte, es war aber klar, daß es darauf bedacht sein würde, sich des Feldherrn, der ihm die Marschroute vorschreiben wollte, bei erster Gelegenheit zu entledigen. Trotzdem versuchte Cromwell aus Widerwillen gegen die Anwendung von Gewalt noch einen Kompromiß anzubahnen. Er schlug in den folgenden Tagen vor, zunächst kein Parlament zu wählen, sondern die Leitung der Republik einem Ausschuß von Wohlgesinnten zu übertragen, die das Parlament zu wählen haben würde. Diese puritanische Vertrauensmännerkörperschaft sollte Reformen vornehmen und dann bei erster Gelegenheit einem freigewählten Parlament Platz machen. Dieser Cromwellsche Vorschlag bedeutete auf der einen Seite die Annahme von Harrisons Programm, nahm aber andererseits insofern auf das bisherige Parlament Rücksicht, als diesem die Auswahl der Notabeln überlassen werden sollte. Die Führer des Rumpfes wollten aber nichts von dem Kompromiß wissen.

Dies stellte sich heraus, als zur Beratung des Vorschlags am 19. April in Cromwells Wohnung in Whitehall eine kombinierte Sitzung des Offiziersrats und der parlamentarischen Führer stattfand. Die Offiziere erklärten sich mit Cromwells Vorschlag einverstanden, von den Parlamentariern aber war nur St. John geneigt, darauf einzugehen. Die übrigen ereiferten sich gegen jede Unterbrechung der parlamentarischen Regierung unter Berufung auf konstitutionelle Gründe, in Wirklichkeit vornehmlich deshalb, weil das Gros ihrer Partei die Macht nicht aus den Händen geben wollte. Das war den Offizieren ganz klar, und sie ließen ihrerseits die Parlamentarier nicht im unklaren, daß es den Parlaments-



244. Auflösung des langen Parlaments durch Oliver Cromwell, am 20. April 1653

Holländisches Spottbild. Cromwell werden die Worte zugeschrieben: „Packt Euch, Ihr Halunken, Ihr habt lange genug gesessen." Auf den Wänden des Sitzungssaals ist links und rechts in holländischer und englischer Sprache eine Inschrift zu lesen, die tatsächlich nach der Austreibung des Parlaments ein Witzbold außen anbrachte: „Dieses Haus ist zu vermieten." Man sieht Musketiere mit geschultertem Gewehr in der Nähe des Sprechers, den Harrison gerade zum Verlassen seines Sitzes veranlaßt

mitgliedern nicht gestattet werden könne, ihre Macht zu verlängern; auf die eine oder andere Art müsse ein Ende gemacht werden. Diese Drohung rügte Cromwell, keine 24 Stunden, bevor er sich genötigt sah, sie selber wahr zu machen. So hitzig die Verhandlungen waren, sie endigten nicht mit einem definitiven Abbruch. Man kam vielmehr überein, anderen Tages die Besprechung wieder aufzunehmen; die Parlamentarier versprachen, ihr Möglichstes zu tun, damit in der Vormittagssitzung des Hauses das Wahlgesetz nicht weiter gefördert würde.

Die Versprechungen wurden nicht gehalten. Vielmehr machte sich in der Parlamentssitzung vom 20. April 1653 die Independentenclique daran, ihre Reformbill durchzupeitschen. Harrison, der an den Beratungen teilnahm, suchte die Debatte aufzuhalten, und sandte gleichzeitig nach Whitehall, wo der Offiziersrat unter Cromwells Vorsitz tagte, die Nachricht, daß Gefahr im Verzug und Eile nötig sei. Unverzüglich brach Cromwell, begleitet von Lambert, einigen anderen Offizieren und ein paar hundert Musketieren, nach dem Parlamentsgebäude auf. Hier angelangt, ließ er die Soldaten außerhalb des Sitzungssaals. Er selbst trat in Zivil, schwarzem Puritaneranzug mit grauen Wollstrümpfen, hinein, nahm neben Harrison Platz und hörte eine Zeitlang den Verhandlungen zu. Als der Sprecher im Begriff war, die Frage zur Abstimmung zu bringen, sagte Cromwell zu Harrison: „Es ist Zeit; ich muß es tun!", erhob sich und nahm das Wort. Er begann in ziemlich gewundener Weise, ging aber allmählich zu immer schärferen Angriffen auf die regierende Partei über. Er sprach von der Ungerechtigkeit, dem Eigennutz und der Unredlichkeit vieler Mitglieder. In Herzenshärtigkeit und Selbstsucht hätten sie das Gemeinwohl und die gute Sache vergessen. Jetzt wollten sie gar die abtrünnigen Presbyterianer gewinnen und dadurch ihre Gewalt verewigen, um sich den Beutel zu füllen. „Aber," fuhr er fort, „der Herr hat sich von Euch losgesagt und würdigere Werkzeuge erwählt, um sein Werk fortzuführen." Hier unterbrach ihn ein Mitglied und verwies ihm seine unparlamentarische Sprache. Cromwell aber erwiderte: „Das ist keine parlamentarische Sprache, meint Ihr! Ich kenne das. Ich will Eurem Geschwätz ein Ende machen." Dabei ging er in heftiger Erregung auf und ab, stampfte mit dem Fuß auf und rief: „Ihr seid kein Parlament, ich sage, Ihr seid kein Parlament. Bringt sie herein, bringt sie herein!"

Harrison öffnete die Türe, und Oberst Worsley trat mit 20 Musketieren in den Saal. Empört rief Sir Harry Vane, das sei gegen Sitte und Recht, gegen Treu und Glauben, worauf Cromwell ihn selber einen Gaukler ohne Treu und Glauben nannte. Dann sagte er noch mehreren Abgeordneten Liebenswürdigkeiten, nannte diesen einen Trunkenbold, jenen einen Ehebrecher, andere Hurenjäger, beschuldigte den Alderman Allen, als Schatzmeister der Armee Unterschlagungen verübt zu haben, und ließ ihn verhaften. Die übrigen, ungefähr 80, wichen vor den Soldaten, denen Cromwell Befehl gab, den Saal zu räumen; den Sprecher führte Harrison hinaus. Als alle hinaus waren, ließ Cromwell den Saal verschließen und kehrte dann nach Whitehall zurück, um den Offizieren über das Geschehene zu berichten. Nachmittags begab er sich, von Harrison und Lambert begleitet, zum Staatsrat und erklärte dessen Befugnisse für erloschen, da das Parlament aufgelöst sei. Mit unverwüstlichem parlamentarischen Kretinismus erwiderte

Bradshaw, das Parlament sei nicht aufgelöst, keine Macht unter dem Himmel könne es auflösen, als die Mitglieder selbst. Der Jurist hatte keine Ahnung, daß eine bessere Rechtfertigung des Geschehenen gar nicht denkbar war.

Die Revolution vom 20. April 1653 wurde vom Lande mit ungeteiltem Beifall aufgenommen. Darin stimmen Gewährsmänner aller Richtungen überein. Cromwell selbst hat später darüber gesagt, kein Hund habe um die Verjagten gebellt, niemand sich um sie gegrämt. Das wird durch ganz unverdächtige, unbeteiligte Zeugen vollauf bestätigt. Ein venezianischer Diplomat z. B. schrieb nach Hause, das Volk sei mit der Parlamentsauflösung sehr zufrieden und erwarte davon eine Verbesserung seiner Lage, eine bessere Leitung aller Regierungsgeschäfte. So konstatiert auch Hobbes, daß Cromwell für die Auflösung des langen Parlaments beim Volk mehr Beifall gefunden habe, als für alle seine militärischen Erfolge, während die gewesenen Machthaber ebensosehr verlacht und verhöhnt worden seien.

245. Generalmajor Lambert

Bestand also im großen und ganzen keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß es höchste Zeit gewesen, die parlamentarischen Klebepflaster endlich zu beseitigen, so mußten dagegen die Partei- und Klassengegensätze wieder hervorbrechen, sobald die gegenwärtigen Herren der Situation daran gingen, etwas Positives zu schaffen. In welcher Richtung ihre Tätigkeit sich bewegen würde, ging schon deutlich genug aus der „Erklärung" über die Parlamentsauflösung hervor, womit sich der Lord General und der Offiziersrat am 22. April an die Oeffentlichkeit wandten. In dieser Urkunde wurden die Gründe auseinandergesetzt, die zu dem gewaltsamen Eingriff genötigt hatten: die Absicht der Mitglieder, ihre Mandate zu verewigen, ihre Korruption usw. In bezug auf die nun zu tuenden Schritte hieß es u. a., daß die Absicht bestehe, „Personen von erprobter Treue und Redlichkeit" zur Regierung zu berufen, von denen man die lang ersehnten Reformen erhoffen dürfe; andere Stellen ließen keinen Zweifel, daß diese Männer nicht auf dem Wege einer Parlamentswahl in ihr Amt kommen sollten.

Nach Harrisons Vorschlägen wird also verfahren: eine Versammlung puritanischer Vertrauensmänner sollte die Stelle eines Parlaments einnehmen. Inzwischen, bis diese Körperschaft zusammentreten konnte, funktionierte ein Staatsrat

von 13 Mitgliedern als provisorische Regierung. Es waren zu zwei Dritteln Offiziere, der Rest Juristen; Präsident war Cromwell. Man beschränkte sich im wesentlichen auf die Erledigung der laufenden Geschäfte. Eine eigentliche Regierung militärischen Charakters hatte wenigstens Cromwell nicht im Sinn. Ungefähr zweieinhalb Monate vergingen, bis er seine Gewalt in die Hände der neuen Körperschaft niederlegen konnte. Ihre Mitglieder waren von den puritanischen Sekten der einzelnen Landesteile vorgeschlagen worden; der Offiziersrat hatte eine Sichtung und Ergänzung vorgenommen. Presbyterianer waren von vorneherein als Apostaten von der „guten, alten Sache" ausgeschlossen gewesen: es sollten nur „getreue" Männer sein, die „Gott fürchten und Habgier hassen". Die auserkorenen „Gottseligen" gehörten teils zu den Independenten, teils zu den radikaleren Sekten. Im ganzen 140 Mann stark, erschienen sie am 4. Juli 1653 in Whitehall vor Cromwell. Der General begrüßte sie mit einer begeisterten Ansprache, wonach er auf die neuen Staatslenker die allergrößten Hoffnungen setzte: das Reich Gottes schien ihm nahe herbeigekommen. Zum Schluß gab er seine interimistischen Machtvollkommenheiten an die Versammlung ab. Sie gab sie ihm baldigst zurück, indem sie einen neuen Staatsrat mit Cromwell an der Spitze wählte: unter den 31 Mitgliedern dieser Exekutive waren die bisherigen, die 18 neuen gehörten mit Ausnahme Fleetwoods alle dem neuen Parlament an. Den Namen „Parlament" beschloß die Körperschaft am 6. Juli anzunehmen. Sie teilte diesen Schritt dem Land in einer Proklamation mit, worin sie die Hoffnung aussprach, zu einem Werkzeug zu werden, „um alle drückenden Joche zu zerbrechen und alle Bürden zu entfernen, damit auch die Armen und Bedürftigen gesegnet werden".

Ueber diese Versammlung, die gewöhnlich als das kleine Parlament bezeichnet wird, ist in unzähligen Geschichtswerken auf das absprechendste geurteilt worden. Diese Urteile sind durchweg royalistischen Historikern wie Clarendon nachgebetet, die sich in Verhöhnungen des kleinen Parlaments gar nicht genug haben tun können. Clarendon charakterisiert seine Mitglieder als Bettler, die sich auf nichts als näselndes Beten verstanden hätten, Handwerker, die ein niedriges, oder Tagediebe, die gar kein Handwerk trieben. Davon ist nur richtig, daß die Mitglieder des kleinen Parlaments zu Beginn und zum Schluß ihrer Sitzungen fleißig beteten. Sie waren eben eifrige Puritaner, übrigens zum Teil der Mittelklasse angehörig, aber in ihrer Mehrheit radikal gesinnt, während die Minderheit das gemäßigte Independententum vertrat. Eine freche Lüge aber ist es, wenn von ihnen behauptet wurde, sie hätten bloß vom Beten etwas verstanden, dagegen von den praktischen Erfordernissen des politischen Lebens keine Ahnung gehabt. Nichts wäre unbilliger, als diese Männer wegen ihrer gottseligen Redeweise für weltfremde Fanatiker ausgeben zu wollen. Im Gegenteil waren sie in ihrer Mehrheit sehr verständige und wohlmeinende Männer, denen durchaus greifbare Ziele vor Augen schwebten. Daß aber diese Ziele volkstümlicher Natur waren, darin liegt der Grund, weshalb sie so viel verunglimpft worden sind.

Ein deutschsprachiger Zeitgenosse, der damals in England weilte, hat ihnen mehr Gerechtigkeit zuteil werden lassen. Dieser Gewährsmann konstatiert, daß die Mitglieder des kleinen Parlaments zu vielen herrlichen Sachen guten Grund gelegt hätten, „als da sind die Reformation ihrer in vielen Stücken barbarischen Gesetze,

die Erledigung der um Schulden willen Jahr und Tag gefangen liegenden Bürger, die Beobachtung der gemeinen Ausgaben, desgleichen wie die Armen versorget, der Kaufhandel befördert, der Betrug in Staats- und anderen öffentlichen Aemtern entdeckt und den Studiis und Gelehrten fortgeholfen werden möge". Damit sind erst ein paar Gegenstände der Tätigkeit des kleinen Parlaments bezeichnet. Es war nämlich ganz außerordentlich fleißig und wollte auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens reformieren. Eine besonders dringliche Aufgabe war die Reform des Finanzwesens. Mit Erfolg hat sich das kleine Parlament bemüht, hierin Ordnung zu schaffen. Erwähnt sei nur, daß die Akzise nicht mehr verpachtet, sondern in Staatsbetrieb überführt wurde und bei erster Gelegenheit aufgehoben werden sollte. Darüber aber waren sich die Reformer nicht im Zweifel, daß als Voraussetzung einer durchgreifenden Finanzreform, d. h. einer fühlbaren Erleichterung des Steuerdrucks, die Verminderung des stehenden Heeres anzusehen sei. Diese Wahrheit offen auszusprechen, nahmen sie keinen Anstand, obwohl sie sich nicht wohl verhehlen konnten, daß es eine unliebsame Wahrheit sei.

Menschenfurcht aber lag ihnen überhaupt fern; sonst hätten sie es nicht gewagt, gleichzeitig mit den Rechtsgelehrten, der Klerisei und den Großgrundbesitzern anzubinden. Dem mächtigen Juristenstand warf die Mehrheit des kleinen Parlaments den Fehdehandschuh hin, indem sie an eine radikale Neugestaltung des gesamten Rechtswesens die Hand legte. Wir vernahmen schon, daß sie dem grausamen Unrecht des Schuldrechts ihr Augenmerk zuwandten. Aber sie hatten es darauf abgesehen, ein bürgerliches und Strafgesetzbuch von mäßigem Umfang und verständlicher Sprache zu schaffen, so daß jeder sich selbst über Rechtsfragen orientieren könne, ohne, wie bisher, den Advokaten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert zu sein. Die Justizreform sollte aber nicht nur in einer Kodifizierung der Rechtsgrundsätze, sondern auch in einer Reorganisation der Rechtsprechung bestehen. Das kleine Parlament versuchte hierin, dem Wurm den Kopf abzuschlagen. Es ging zuvörderst dem berüchtigten Kanzleigerichtshofe zuleibe, dessen unerledigte Prozesse man auf zirka 23 000 bezifferte, wovon manche seit 20 bis 30 Jahren schwebten. Die Korruption war seit Bacons Zeiten noch gestiegen, ein wahrer Augiasstall auszufegen.

Herkulische Kraft gehörte auch dazu, auf dem Gebiet der Kirchenpolitik die demokratischen Forderungen durchzuführen, die der Mehrheit des kleinen Parlaments als Ziel ihres Strebens erschienen. Diese radikalen Puritaner hatten es auf eine völlige Trennung von Staat und Kirche abgesehen. Fertig geworden sind sie nur mit der Einführung der obligatorischen Zivilehe und der Zivilstandsregister. War hiermit kein pekuniärer Verlust für die Geistlichkeit verbunden, so wurden dagegen die materiellen Interessen nicht nur des Pfaffentums, sondern auch der Großgrundbesitzer in Mitleidenschaft gezogen durch weitergehende Absichten der Parlamentsmehrheit. Das kleine Parlament wollte endlich die alten Versprechungen einlösen und die Kirchenzehnten aufheben. Petitionen in diesem Sinne wie überhaupt für radikale Reformen aller Art, waren zahlreich eingelaufen. Die Zehnten aber interessierten nicht allein den Klerus, sondern auch die große Menge von Besitzenden, in deren Privateigentum Zehnten übergegangen waren. Desgleichen fühlten sich zahllose Grundbesitzer in ihren

246. Königin Christine von Schweden

Zeitgenossin der englischen Republik, zu deren Anerkennung sie sich als eins der ersten gekrönten Häupter Europas verstand. Bei der Polemik Miltons gegen Salmasius sprach sie sich für den Verteidiger des „Königsmordes" aus und ward dafür hernach von Milton mit großem Lob bedacht

politischen Interessen beeinträchtigt durch die Absicht des kleinen Parlaments, ihnen das Patronat, die Besetzung der Pfarrstellen, zu entziehen.

So hatte denn das kleine Parlament in Zeit von wenigen Monaten drei mächtige Gruppen von interessierten Gegnern gegen sich zusammengeschart: die Geistlichkeit, die Juristen und die Gentry. Diese Dreieinigkeit setzte Himmel und Hölle in Bewegung, um die geplanten Reformen zu vereiteln, und zog gegen die Reformer zu Felde unter der gemeinsamen Losung, das Eigentum gegen die Umstürzler zu verteidigen. Durch dieses Feldgeschrei dachte man die Masse des Mittelstandes hinter sich zu bringen. Es war die alte Taktik, die Cromwell schon 1650 im Gespräch mit Ludlow durch die Worte gekennzeichnet hatte: Die Advokaten seien bisher zu stark für ihn gewesen, die schrien, daß diejenigen, welche die Gesetze zu reformieren wünschten, nach der Vernichtung des Eigentums strebten. Darüber ward nun im ganzen Lande von Pfaffen, Juristen und Großgrundbesitzern gezetert. Man bezeichnete das kleine Parlament geradezu als eine Versammlung von Levellers, d. h. von wahren Levellers, von Kommunisten. Das traf nun für die Mehrzahl der puritanischen Notabeln keineswegs zu. Allerdings aber bestand der von Harrison geführte feste Kern der Reformmehrheit zwar nicht aus wahren Levellers im Sinne Winstanleys, wohl aber aus Anhängern der fünften Monarchie, deren soziale Anschauungen ja mit denen des kommunistischen Führers sich nahe berührten. Nun waren freilich im Parlament selbst keine kommunistischen Grundsätze ausgesprochen worden; dies geschah aber gleichzeitig in Parteiversammlungen der Millenarier, die auch von einer Anzahl Parlamentsmitglieder besucht wurden, und auch in einer

Publikation chiliastischen Inhalts, die von dem bekannten Vorkämpfer der fünften Monarchie, John Rogers, herrührte. Am 7. November 1653 veröffentlichte Rogers seinen „Sagrir". Darin hieß es geradezu, daß das Reich Christi auf Erden nahe herbeigekommen sei, und alle staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen, die auf Wilhelm den Eroberer zurückgingen, ohne Zögern weggeräumt werden müßten: „ . . . diese Monarchie Christi wird uns von Sklaverei und Tyrannei befreien und die Gesetze Gottes an Stelle derer der Menschen aufrichten . . . Bis jetzt, in der vierten Monarchie, ist dies Volk ein beraubtes und ausgebeutetes. Wie die Juden von den Römern, so wurden wir von den Normannen aller unserer Rechte beraubt, in die wir wieder eingesetzt zu werden hoffen. Mein Werk und Wort ist, zu sagen: „Gebt wieder!"; wenn die, welche an der Macht sind, dies zu tun verweigern, so soll die Befreiung doch kommen; aber wehe euch, als dem Schweif der vierten Monarchie, die noch nicht aus der Herrschaft ist; denn Gott hat euch mit der Ehre versucht und betraut, die sonst andere in wenigen Jahren von euch nehmen sollen." Rogers verlangt weiter, daß die Gebote Gottes, wie sie in den mosaischen Gesetzen niedergelegt seien, in Kraft treten sollten.

Dieselbe Forderung, daß das jüdische Agrargesetz eingeführt werden müsse, wurde denn auch in den Versammlungen aufgestellt, die in Blackfriars allwöchentlich unter großem Zulauf stattfanden. Hier sprachen die beiden Wiedertäuferprediger Feake und Powell heftig für die soziale Revolution. Sie forderten auch eine bewaffnete Propaganda nach außen, insbesondere energische Fortsetzung des Krieges gegen die Niederlande. „Gott", sagten sie, „hat Holland in die Hände der Engländer gegeben. Es ist zu einem Landungsplatz für die Heiligen bestimmt, von wo sie ausgehen sollen, um die Hure von Babylon von ihrem Thron zu reißen und das Königreich Christi auf dem Festlande zu errichten." Der holländische Gesandte Beverning hat eine dieser Versammlungen besucht und ist ganz entsetzt über die dort verkündeten Anschauungen: der Zweck dieser Leute sei, die Regierung zu stürzen und das Volk gegen die Vereinigten Provinzen aufzureizen; es seien schreckliche, abscheuliche Posaunen von Feuer, Mord und Brand. Die Redner gingen auch schon gegen Cromwell und den Staats- und Offiziersrat ins Zeug, weil sie ihnen nicht mehr trauten. In der Tat begann Cromwell sich von dem kleinen Parlament zu entfernen. Im November setzte seine Schwenkung von Harrison zu Lambert ein. Lambert prophezeite Blutvergießen und Anarchie und setzte alles daran, Cromwell zur Auflösung des Parlaments zu bereden. Cromwell wollte zu Ende November 1653 noch nicht recht heran; aber er war schon halb gewonnen: das Geschrei über die Gefährdung des Eigentums begann ihn gefangen zu nehmen. Er sah eine soziale Revolution vor Augen, und die wollte er nicht. Sein sozialer Standpunkt war durchaus auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft und des Privateigentums. Seine Ideen darüber hat er hernach wiederholt im Rückblick auf diese Zeit geäußert, die ihnen freilich erst recht ein konservatives Gepräge gab.

„Ein Adliger, ein Gentleman, ein Yeoman," sagt Cromwell in einer Parlamentsrede vom 4. September 1654, „die Unterscheidung dieser ist ein richtiges und großes Interesse der Nation. Die natürliche Verfassung der Nation, ward sie nicht fast unter die Füße getrampelt, mit Hohn und Verachtung behandelt von Leuten mit gleichmacherischen Grundsätzen? Ich bitte euch, was die Standesordnung

247. Das Innere einer holländ

Aus holländischen Werkstätten stammten nicht nur die heftigsten Spottbilder gege

ı Kupferstecherwerkstatt

land, sondern hier entstanden auch die meisten zeitgenössischen Porträts

der Menschen angeht, ging dieser gleichmacherische Grundsatz nicht darauf hinaus, alle auf das gleiche Niveau herabzudrücken? Gingen sie bewußt oder unbewußt auf diese Praxis in bezug auf Eigentum und Interessen hinaus? Auf jeden Fall, was war der Zweck, als den Pächter ebenso gut zu stellen, wie den Landlord? Was, so denke ich, wenn erreicht, nicht lange gedauert haben würde. Die Leute, die dies Prinzip verkündeten, würden, wenn sie ihre Rechnung gefunden, bald genug Eigentum und Interessen laut verteidigt haben! Dies eine Beispiel für viele. Und daß die Sache sich weit verbreitete und verbreiten konnte, ist offenkundig; denn es klingt allen armen Leuten angenehm ins Ohr und ist allen schlechten Leuten sicher nicht unwillkommen."

In derselben Rede sagt Cromwell über die Anhänger des tausendjährigen Reichs: „Da ist ein anderer Irrtum von mehr verfeinerter Art, in den viele ehrenwerte Leute, mit aufrichtigen Herzen, verfallen sind: und das ist die irrtümliche Ansicht von der fünften Monarchie." Wenn es sich dabei bloß um Zukunftsvisionen handle, so gehe es an. „Wenn es aber dahin kommt, daß man uns z. B. sagt, daß Freiheit und Eigentum nicht die Zeichen des Reiches Christi seien; wenn man uns sagt, daß die Gesetze nicht geordnet, sondern abgeschafft, ja, umgestürzt werden sollen, und vielleicht den Wunsch hegt, das jüdische Gesetz einzuführen, statt unserer bekannten Gesetze, die unter uns eingebürgert sind: so ist das der Aufmerksamkeit jeder Obrigkeit würdig."

In einer Rede, die am 22. Januar 1655 gehalten wurde, kommt Cromwell noch einmal auf die Levellers zurück. „Es ist eine Art Genugtuung", meint er, „daß, wenn ein Gemeinwesen zugrunde gehen muß, es von Menschen vernichtet wird, und nicht von Personen, die sich wenig von Tieren unterscheiden; daß, wenn es unbedingt leiden muß, es lieber von reichen Leuten leide, als von armen, die, wie Salomo sagt, wenn sie unterdrücken, nichts hinter sich lassen, sondern dem alles wegschwemmenden Wolkenbruch gleichen." Eben nun mit den eigentumfeindlichen Absichten der Gleichmacher und Anhänger der fünften Monarchie bringt Cromwell geradezu die Mehrheit des kleinen Parlaments in Verbindung in einer Ansprache, die er am 27. Februar 1657 vor dem Offizierkorps hielt. Da fragte er die versammelten Militärs, was denn der Konvent ausgerichtet habe, zu dessen Berufung sie ihn getrieben hätten: „Er hat Freiheit und Eigentum angegriffen. Wenn einer zwölf Kühe hatte, so war er — der Konvent — der Meinung, daß der Nachbar, der keine hatte, mit jenem teilen könne. Wer hätte etwas sein eigen nennen können, wenn diese Leute fortgewirtschaftet hätten? Dieses Parlament mußte aufgelöst werden." Nach diesen Worten sollte man glauben, daß Cromwell selbst der Existenz des kleinen Parlaments ein Ende gemacht habe. Tatsächlich aber hat er bloß insofern bei der Auflösung mitgetan, als die Lambertsche Partei sich vergewissert hatte, daß Cromwell, vor die vollendete Tatsache der Auflösung gestellt, sich damit zufrieden erklären würde.

Der Form nach mußte die Sache ohne militärische Gewalt abgehen, und zwar mit Rücksicht auf Cromwells Skrupel, nicht etwa, weil Lambert und seine Genossen befürchtet hätten, die Gewalt durch die Gewalt vertrieben zu finden; sie rechneten darauf, gegenüber den Anabaptisten weitaus die Stärkeren zu sein.

248. Samuel Butler, Verfasser des royalistischen Gedichtes „Hudibras"

Man erwartete nicht, daß im Fall einer Parlamentsauflösung die Radikalen außerhalb der revolutionären Sekten Unterstützung finden würden. War doch darauf zu rechnen, daß mit der Parlamentsauflösung alle die einverstanden sein würden, die vor Angriffen auf das Eigentum Angst hatten; es stand außerdem fest, daß auch die Demokraten für dieses Parlament keinen Finger rühren würden, weil es nicht aus Volkswahlen hervorgegangen war. Dies ergab sich mit völliger Gewißheit aus den Vorgängen, die erfolgten, als John Lilburne im Sommer 1653 nach England zurückkehrte. Der verbannte Leveller war der Meinung, daß mit der Beseitigung des langen Parlaments auch die ungerechte Sentenz von 52 als beseitigt zu betrachten sei, die ihn für den Fall der Rückkehr nach England mit dem Tode bedrohte. Jedenfalls langte er Anfang Juni in London an. Der Staatsrat ließ ihn aber alsbald verhaften und leitete auf Grund jenes Parlamentsdekrets einen Prozeß ein. Sogleich zeigte sich, daß Lilburne immer noch, wenn auch keine große organisierte Partei, so doch eine gewaltige Popularität für sich hatte. Bittschriften zu seinen Gunsten gingen ein.

Er selbst wandte sich mit Petitionen an das inzwischen zusammengetretene kleine Parlament. Damit er hier keinen Eindruck mache, legte der Staatsrat dem Parlament Berichte von Spitzeln vor, die zu erzählen wußten, daß Lilburne in den Niederlanden den Royalisten verräterische Angebote gemacht habe. Lilburne erklärte dies alles für Schwindel, und in der Tat war er so republikanisch wie je gesinnt. Er hatte bloß in der Verbannung mit Royalisten gelegentlich sich unterhalten. Das kleine Parlament aber hielt es für wahr, daß er wirklich mit den Reaktionären gemeinsame Sache gemacht habe, und nahm deshalb Abstand, etwas für ihn zu tun. Demnächst nahm es scharf gegen ihn und seine Freunde Stellung, als am 2. August sechs Londoner Lehrlinge „im Namen der jungen Leute und Lehrlinge von London und der Nachbarschaft" eine Petition zugunsten Lilburnes vorlegten. Darin wurde dem Parlament u. a. vorgehalten, daß es der gesetzlichen, förmlichen Wahl durch das Volk entbehre, und daß diesem Mangel nur auf eine Art abgeholfen werden könne, indem sie nämlich den Unterdrückten Gerechtigkeit zuteil werden ließen. Wenn sie das aber nicht täten, so seien sie gar kein Parlament. Die Antwort des Parlaments bestand darin, daß es die Ueberbringer der Petition ins Gefängnis schickte und Befehl gab, Lilburne in strenger Einzelhaft zu halten.

Acht Tage später begann Lilburnes Prozeß. Er dauerte bis zum 20. August unter steigender Anteilnahme des Publikums. Schließlich waren einige 6000 Menschen anwesend, die für Lilburne die lebhaftesten Sympathien bekundeten und zum Teil bewaffnet waren. Massenhaft zirkulierten Zettel mit der Inschrift: „Was? Der ehrliche John Lilburne soll sterben müssen? Dreimal zwanzigtausend Menschen wollen den Grund dafür wissen!"

Militär war zum Schutz des Gerichtshofs aufgeboten. Die Regierenden scheinen nicht an der Verurteilung gezweifelt zu haben: nach ihrer Meinung hatten die Geschworenen bloß die Identität der Person Lilburnes zu konstatieren, festzustellen, daß er über den Kanal gekommen sei und ihn dann wegen Bannbruchs zum Tode zu verurteilen. So faßten die Geschworenen ihre Aufgabe aber nicht auf. Sie ließen vielmehr zu, daß Lilburne sich auf das eingehendste verteidigen konnte, und das Ergebnis war, daß Lilburne unter ungeheurem Beifall freigesprochen wurde. Auch die zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgebotenen Soldaten beteiligten sich an dem Jubel und zogen trotz gegenteiligen Befehls ihrer Offiziere mit klingendem Spiel nach Hause. Das Parlament hätte nun zweifellos klug gehandelt, wenn es, wie seinerzeit das lange Parlament, den Spruch der Geschworenen respektiert und Lilburne auf freien Fuß gesetzt hätte. Es fürchtete aber offenbar, wegen seines undemokratischen Ursprungs von dem stürmischen Volkstribunen befehdet zu werden, und ordnete am 27. August an, Lilburne „zum Frieden der Nation" gefangen zu halten, und erneuerte diesen Befehl drei Monate später, als Lilburne wieder seine Freilassung verlangt hatte.

Es ist klar, daß die Levellers Lilburneſcher Richtung nach diesen Vorgängen von dem kleinen Parlament ebensowenig wissen wollten wie von Cromwell, als dessen Werkzeug es ihnen galt. Am 14. September verteilten sie auf den Straßen Londons ein Flugblatt, das Cromwell des Hochverrats gegen das Volk anklagte. Er sei ein Verräter, weil er nach der Auflösung des langen Parlaments unterlassen habe, das Volk zur Ausübung seines unbezweifelbaren Rechts der Wahl von Volksvertretern zu berufen. Sie luden dann das ganze Volk ein, am 16. Oktober in allen Grafschaften zusammenzutreten, um auf Grund allgemeinen Wahlrechts ein wahres Parlament zu wählen; die Soldaten wurden um Hilfe angegangen. Aus der vorgeschlagenen Wahl wurde natürlich nichts. Aber an dem 16. Oktober ereignete sich doch in London ein bemerkenswerter Vorfall. Ein Anhänger der fünften Monarchie, predigte an diesem Tage in St. Pauls vor seiner Gemeinde. Da brach eine feindselige Masse von Lehrlingen Lilburneſcher Richtung herein, und ihr Angriff wurde nur durch das Eingreifen der städtischen Behörden abgewehrt. Nach alledem konnte füglich kein Zweifel bestehen: so wenig die Demokraten von Cromwell und den übrigen Granden des Offizierkorps wissen wollten, so wenig sympathisierten sie anderseits mit dem ernannten Parlament. Von ihnen hatte es keinen Beistand zu erwarten, wenn es zur Auflösung kam.

Die Schwierigkeit bestand für Lambert und seine Freunde bloß darin, die Auflösung herbeizuführen; denn bei den Beratungen, die wieder Anfang Dezember nach den Beschlüssen über das Patronat gepflogen wurden, zeigte sich, daß Cromwell absolut nicht geneigt sei, selbst die Auflösung vorzunehmen. Das einzig Denkbare war also, die Sache so zu wenden, daß es aussah, als wenn das Parlament sich selbst aufgelöst habe. In dieser Richtung ward nun eine Intrige eingefädelt. Am Morgen des 12. Dezember 1653 fanden sich die gemäßigten Mitglieder des Parlaments auf Verabredung in aller Frühe zur Sitzung ein, ehe die Radikalen in erheblicher Stärke vertreten waren. Das sollte dazu ausgenutzt werden, den Antrag durchzupeitschen, den alsbald das Mitglied Sir Charles Wolseley stellte: ein längeres Tagen des Parlaments in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung

werde nicht zum Nutzen der Republik sein, und es sei daher erforderlich, dem Lord General Cromwell die Machtbefugnisse zurückzugeben, die sie von ihm erhalten hätten. Zur Begründung dieses Antrags auf Selbstauflösung warf Wolseley den Radikalen vor, sie hätten versucht, die Offiziere um ihren Sold zu bringen, das Kanzleigericht zu zerstören und ein ganzes Gesetzsystem ihrer eigenen Erfindung einzuführen; schließlich hätten sie durch ihren Angriff auf das Patronat das Eigentum selbst angegriffen. In dieselbe Kerbe hieb ein zweiter Redner, Oberst Sydenham. Er bezichtigte die Radikalen, daß sie darauf hinzielten, die Geistlichkeit, die Gesetze und das Eigentum der Untertanen zu vernichten. An die Stelle der überlieferten Gesetze solle das mosaische Gesetz treten, das nur für die Juden passe. Sie seien Feinde aller Bildung und Wissenschaft.

Die anwesenden Radikalen blieben die Antwort nicht schuldig und schickten, während eine heftige Debatte im Gange war, nach ihren fehlenden Parteigenossen. Deren erschienen nun immer mehr auf dem Schauplatz, und die Gemäßigten bekamen es mit der Angst, daß ihr Antrag abgelehnt werden würde, wenn noch mehr Zeit verloren würde. Sie erklärten darum ihren Gegnern, jetzt sei keine Zeit zum Debattieren. Ohne daß der Antrag überhaupt zur Abstimmung gebracht worden wäre, verließ der Sprecher, ein Gemäßigter, plötzlich seinen Sitz und machte sich mit der ganzen Partei, ungefähr 40 Mitgliedern, auf den Weg nach Whitehall. Die Radikalen, jetzt schon 35 Mann stark, blieben unter Harrisons Führung auf ihren Plätzen und gingen daran, einen Protest aufzusetzen. Nun erschien aber ein Major mit Militär, forderte die anwesenden Abgeordneten auf, sich zu entfernen, und ließ auf ihre Weigerung den Saal räumen. Inzwischen machten die 40 Gemäßigten, in Whitehall angelangt, Cromwell mit ihrem Rücktritt bekannt. Er bekundete Ueberraschung und sagte, sie legten ihm eine schwere Last auf die Schultern. Er lehnte aber die Annahme ihrer Abdankung nicht ab, sondern erklärte, er werde sich der ihm übertragenen Autorität bedienen, um die ehrbaren Leute zu beschützen. So war also der Plan Lamberts und seiner Freunde geglückt, und es war nur eine notwendige Konsequenz, daß Cromwell sich dann auch mit dem ganzen übrigen Programm der Lambertschen Partei einverstanden erklärte und damit nach Lage der Sache die Bahn der Reaktion einschlug. Mit der Auflösung des kleinen Parlaments hatte die Revolution ihren Höhepunkt überschritten. Die Anhänger kommunistischer Ideen waren nicht stark genug, um der Mehrheit des kleinen Parlaments als sicherer Rückhalt zu dienen, und die Bauern sowie die radikaleren Elemente des Kleinbürgertums wandten sich zum eigenen Schaden erschreckt von ihm ab, als es in den Geruch der Eigentumsfeindschaft kam. Aus erwachter Besorgnis des kleinen Besitzes vor eigentumsfeindlichen Tendenzen im Proletariat erklärt sich auch das rasche Versinken der kleinbürgerlichen Demokratie in immer völligere Einflußlosigkeit. Die entschiedeneren Teile der Mittelschichten retirierten jetzt, aber im Gefolge zahlreicher Vertreter von Bildung und Besitz, zunächst hinter Cromwell als Protektor ihrer Interessen gegen rechts wie gegen links, leiteten aber damit einen Rechtsabmarsch ein, der sie später noch weiter führen sollte.

X.

Die Zeiten des Protektorats.

Anfänge und Verfassung des Protektorats. — Anhänger und Gegner Cromwells. — Friede mit Holland. — Das erste Parlament des Protektorats und seine Auflösung. — Stärke der Position Cromwells. — Royalistischer Aufstand von 1655. — Die Generalmajore. — Puritanismus der Militärdiktatur. — Die Quäker. — Lage der Lohnarbeiter zur Zeit des Protektorats. — Wirtschaftspolitik des Protektorats. — Hobbes und Harrington. — Der Krieg mit Spanien. — Zweites Parlament Oliver Cromwells. — Cromwell soll König werden. — Putsch von Anhängern der fünften Monarchie. — Militärische Bewegung gegen das Königsprojekt. — Cromwell lehnt die Krone ab. — Das andere Haus. — Parlamentsauflösung von 1658. — Schwierige Lage des Protektorats. — Ausgang Oliver Cromwells. — Seine historische Bedeutung. — Die Wurzeln der Restauration. — Anfänge des Protektorats Richard Cromwells. — Militärische Gegner Richards. — Parlament Richard Cromwells. — Konflikt zwischen Parlament und Armee. — Parlamentsauflösung, faktische Abdankung Richard Cromwells.

Die Lambertsche Partei hatte ihr Programm schon während der letzten Wochen vor der Auflösung des kleinen Parlaments in die Form einer Konstitution gebracht, die den Namen Regierungsinstrument führte. In ein paar Tagen ward jetzt im Offizierrat alles definitiv beschlossen. Nur gegen einzelne Punkte des Regierungsinstruments erhob Cromwell Einwendungen. Besonders wollte er nichts davon wissen, daß ihm der Königstitel gegeben würde: anstatt dessen einigte man sich auf den Titel „Lord Protektor der Republik".

Das Regierungsinstrument wies in seinem ersten Artikel die gesetzgebende Gewalt dem Protektor, vorerst und auf Lebenszeit Oliver Cromwell, und dem Parlament zu. Indes sollte ersterem gegen die von letzterem beschlossenen Gesetze kein Vetorecht zustehen. Der Protektor hatte bloß 20 Tage Zeit, um Einwendungen gegen Parlamentsbeschlüsse zu formulieren. Wenn aber die Mehrheit auf ihrem Standpunkt blieb, so erlangte ihre Willensäußerung auch ohne die Zustimmung des Protektors Gesetzeskraft. Alle drei Jahre soll ein Parlament einberufen werden, das der Protektor vor Ablauf von 5 Monaten nicht auflösen darf. Das erste Parlament nach der neuen Verfassung soll am 3. September 1654 zusammentreten. Außerordentlich bedeutsam sind die Bestimmungen über die Parlamentswahlen. Was die Wahlkreiseinteilung angeht, so nimmt das Regierungsinstrument im wesentlichen den Vorschlag des Volksvertrags von 1648/1649 wieder

auf: von den 400 englischen Mandaten entfallen zwei Drittel auf die Grafschaften und nur ein Drittel auf Städte und Flecken; die verfallenen Boroughs verlieren durchweg ihre Vertretung und wählen mit der Grafschaft. Soweit verwirklicht die neue Verfassung die demokratische Forderung gleichmäßiger Vertretung. Dagegen sprechen die übrigen Bestimmungen über das Wahlrecht allen demokratischen Grundsätzen Hohn. Das Regierungsinstrument führt nämlich ein Geldsackswahlrecht vom reinsten Wasser ein. Von den Städten und Flecken ist freilich gar nicht die Rede; hier bleibt also alles beim alten. Für die Grafschaften aber wird bestimmt, daß nur wählen kann, wer Besitz irgendwelcher Art im Gesamtwert von mindestens 200 Pfund (4000 Mark) hat, wodurch denn die große Mehrzahl der Bevölkerung entrechtet, der besser situierte Mittelstand ausschlaggebend ist. Uebrigens genügt der Besitz von 200 Pfund allein noch nicht. Man darf außerdem nicht gegen das Parlament gekämpft haben und kein Katholik sein.

Katholischer und anglikanischer Gottesdienst sollen nicht geduldet werden. Im übrigen herrscht Meinungs- und Versammlungsfreiheit für alle Sekten, die nicht die Ordnung stören. Ein Staatsgottesdienst soll aufrechterhalten werden mit einer Geistlichkeit, die aus öffentlichen Mitteln unterhalten wird. Dazu sollen vorläufig die Zehnten weiter dienen, bis eine zweckmäßigere Art der Besoldung beschlossen wird. Das hat auf dem Wege der Gesetzgebung zu geschehen, wie alle Geldbewilligungen. Das parlamentarische Grundrecht der Steuerbewilligung unterliegt aber einer erheblichen Einschränkung. Die Verfassung setzt nämlich fest, daß 200 000 Pfund für den Zivildienst und so viel, wie für die Flotte und zur Unterhaltung eines stehenden Heeres von 30 000 Mann nötig ist, aus den Zöllen und „durch solche andere Mittel und Wege aufgebracht werden soll, über die der Protektor und sein Staatsrat übereinkommen werden". Dieser Grundstock der Finanzen war also dem parlamentarischen Einfluß entzogen, und es konnte der gesetzgebenden Körperschaft nur im Fall außerordentlichen Geldbedarfs ihr Bewilligungsrecht als Hebel dienen, um auf die Exekutive einzuwirken. Diese stand sonst beim Protektor und dem Staatsrat. Dessen erste Besetzung, wie sie zwischen Cromwell und dem Offizierrat vereinbart worden ist, ist unabänderlich, solange keine Mitglieder ausscheiden. Entfernt werden können sie nur auf gerichtlichem Wege im Falle schwerer Amtsvergehen. Wenn eine Vakanz eintritt, so hat das Parlament zur Besetzung der freigewordenen Stelle mehrere Vorschläge zu machen, unter denen Staatsrat und Protektor wählen. Die Stellung des Staatsrats neben dem Protektor ist ziemlich unabhängig gedacht: seine Zustimmung gehört zu Kriegserklärungen, Friedensschlüssen und anderen Regierungshandlungen. Wenn der Protektor stirbt, so hat der Staatsrat den Nachfolger zu bestellen. Als solcher kann kein Mitglied der Familie Stuart in Betracht kommen. Ferner enthält die Verfassung noch einen Artikel, der die nationalen Verkäufe bestätigt und die Schulden der Republik garantiert. Zum Schluß sieht das Regierungsinstrument einen Verfassungseid des Protektors vor.

Diese Förmlichkeit und überhaupt die feierliche Einführung Cromwells in seine neue Würde fand am 16. Dezember 1653 unter Entfaltung von vielem Pomp in Westminsterhall statt. Lambert nahm zuerst das Wort, legte dar, wie die bedrohliche Lage eine starke Regierung erforderlich mache, und lud den General im

249. Holländische Karikatur auf Oliver Cromwell

Namen der Armee und der drei Nationen ein, die Protektorwürde zu übernehmen. Die Verfassungsurkunde ward darauf vorgelesen und demnächst von Cromwell beschworen. Der Protektor fügte der vorgeschriebenen Formel noch ein paar Sätze hinzu: seine Macht möge nicht länger dauern, als sie mit dem Werke Gottes im Einklang stehe, zur Förderung des Evangeliums diene und zur Erhaltung des Volkes bei seinen Rechten und seinem Eigentum.

Der Protektor der bestehenden Ordnung, der Beschützer des Eigentums — das war also Cromwell nunmehr. Er rechnete offenbar auf die Unterstützung aller der Besitzenden, die sich gleich sehr vor einer reaktionären Gegenrevolution wie vor der sozialen Revolution fürchteten. Insbesondere garantierte er allen Käufern von konfisziertem Land, allen Besitzern von Staatspapieren ihr Eigentum gegen die Royalisten wie gegen die Anabaptisten. Ob er damit die Presbyterianer hinter sich bringen werde, mußte sich freilich erst herausstellen. Sicher war von vornherein nur so viel, daß er mit der unversöhnlichen Feindschaft der Kavaliere und der Anabaptisten zu rechnen haben werde. Selbstverständlich gehörten auch die grundsätzlichen Republikaner und die Levellers Lilburneſcher Richtung zu seinen Gegnern. Lilburnes selber entledigte sich die neue Regierung in den ersten Monaten des Jahres 1654, indem sie ihn auf der Kanalinsel Jersey gefangen setzte, wo das englische Recht nicht galt und jeder Protest gegen die ungesetzliche Freiheitsberaubung ungehört verhallte. Er ist, späterhin nach Dover übergeführt, bis an sein Ende vom öffentlichen Leben abgesperrt geblieben; im Jahre 1657 vorübergehend nach Eltham zu seiner Gattin beurlaubt, ist er der aus London befohlenen Wiedereinforderung nur dadurch entgangen, daß ihn am 29. August 1657 der Tod ereilte.

Inzwischen war die Regierung auch schon gegen die Hauptwortführer der Anabaptisten vorgegangen. General Harrison wurde, da er sich weigerte, das Protektorat anzuerkennen, seine Bestallung, eine Zeitlang auch die persönliche

Freiheit entzogen; dann schob man ihn nach seiner Heimat in Staffordshire ab. Die Prediger der fünften Monarchie, besonders Feake und Powell, wanderten ins Gefängnis. Eine Handhabe boten die scharfen Angriffe, die sie wegen der Auflösung des kleinen Parlaments und der Proklamierung des Protektorats gegen Cromwell richteten. Einen meineidigen Schurken hatten sie ihn genannt und ihm prophezeit, daß er noch schlimmer endigen werde als der letzte Tyrann; denn die fünfte Monarchie werde trotz alledem errichtet werden. „Herr!“ rief Powell am Schluß seiner letzten Rede aus, „sind unsere Armeeleute alle von ihren Grundsätzen abgefallen? Was ist aus all ihren Erklärungen, Protesten und Verheißungen geworden? Sind sie vollgestopft mit Ländereien, Parks und Rittergütern? Laßt uns heimgehen und beten und sagen: Herr, willst du haben, daß Oliver Cromwell oder daß Jesus Christus über uns herrsche?“

Die Offiziere waren nicht alle abtrünnig geworden. Wenigstens regten sich im Laufe des Jahres 1654 mehrere Obersten im Sinne der Demokratie und wurden in Untersuchung gezogen wegen ihrer Beziehungen zu dem jetzt mit Sexby zusammen rührigsten und verwegensten Leveller Wildman, und wegen eines Flugblattes, das den Volksvertrag und eine freie Volksvertretung verlangte. Im übrigen aber blieb die Armee still und die Anabaptisten machten der Regierung zunächst weiter nicht zu schaffen. Dagegen regten sich die Kavaliere in der ersten Hälfte des Jahres 1654 wiederholt. Sie brachten es freilich zu keiner allgemeinen Erhebung, sondern nur zu Verschwörungen gegen das Leben des Protektors, die aber fehlschlugen und mit einigen Hinrichtungen geahndet wurden. Es war eine Proklamation im Namen Karls II. in Umlauf, worin einem jeden große Belohnungen verheißen wurden, der Cromwell töten werde; Karl scheint nichts damit zu tun gehabt zu haben, sondern sein Name von einem Parteigänger mißbraucht worden zu sein. In England ward die Bekanntmachung aber von den Royalisten wie von den Regierungsleuten für echt gehalten. Um so strenger ward gegen die Kavaliere verfahren, und die Konfiskationen, die den Finanzen der Republik und vieler Privatleute so dienlich waren, nahmen kein Ende.

Der Finanzbedarf wurde im Frühjahr 1654 dadurch erheblich vermindert, daß endlich der Friede mit den Niederlanden zustande kam. Das Kriegsglück war den Engländern nach wie vor günstig gewesen. So waren die Friedensbedingungen für die Niederlande ungünstig; vor allem mußten sie sich die Navigationsakte gefallen lassen. Die Beendigung des Krieges wurde von der öffentlichen Meinung in England sehr günstig aufgenommen, besonders wegen der Aussicht auf Erleichterung des Steuerdrucks. Weniger begeistert wäre man gewesen, wenn man schon gewußt hätte, daß die neue Regierung auf dem Sprung sei, neue Kriege vom Zaune zu brechen. Tatsächlich war dies der Fall. Schon während der Friedensverhandlungen mit Holland, im September 1653, hatte der Protektor dem bisherigen Feind ein Angriffs- und Verteidigungsbündnis angetragen, das sich gegen Spanien und Portugal richtete und nichts Geringeres bezweckte, als die außereuropäische Welt zwischen England und Holland zu teilen. In Europa und in Afrika sollte der Handel beiden Kontrahenten gleichmäßig offenstehen. Dagegen sollte Holland Asien und England Amerika, mit Ausnahme von Brasilien, zum Alleinbesitz und Alleinhandel erhalten. Die englisch-ostindische Kompagnie sollte für den Verlust ihres

Handels von der niederländischen eine Entschädigung erhalten, Brasilien dagegen den Niederlanden vorbehalten bleiben. Das alles setzte natürlich einen gemeinsamen Krieg gegen Spanien und Portugal voraus, zu dessen Führung denn Cromwell auch schon Vorschläge bereit hatte. Die Niederlande gingen auf das Angebot nicht ein; man hatte dort gar keine Neigung, sich kopfüber in einen neuen Krieg von unabsehbaren Dimensionen zu stürzen.

Ebensowenig wünschte in England das Volk in seiner großen Mehrheit ein solches weltpolitisches Abenteuer, das neue Opfer für den Militarismus gekostet hätte. Aber die öffentliche Meinung wußte noch nichts von kriegerischen Plänen der Regierung, als im Juni 1654 die Parlamentswahlen ausgeschrieben wurden. Man sah bloß den Frieden mit Holland und einen merklichen Steuernachlaß, und das mußte natürlich auf die Wahlen zugunsten der Regierung wirken. Sie hatte auch sonst alles unterlassen, was die Wahlberechtigten hätte verstimmen können. Sie hatte von ihrem Recht, Ordonnanzen zu erlassen, ausgiebigen Gebrauch gemacht: 82 Verordnungen waren ergangen. Darunter waren solche, die dem Verlangen nach Reformen entsprechen sollten: sie waren konservativ gehalten, vermieden jede Beeinträchtigung von Besitzrechten und waren daher lauter Flickwerk, nichts Durchgreifendes darunter. Die Hauptsache war eben Respekt vor dem Eigentum, und das machte auf die Geldsackswähler für das neue Parlament einen guten Eindruck. Ueber die Wahlbewegung ist nicht viel bekannt. Sie scheint sich hauptsächlich um die Billigung oder Verwerfung der Politik gedreht zu haben, die von den Radikalen im kleinen Parlament befürwortet worden war. Diese Politik wurde, wie sich bei der sozialen Stellung der Wahlberechtigten von selbst versteht, unbedingt verworfen. Nur eine kleine Anzahl von Anhängern der radikalen Reformpartei im kleinen Parlament oder gar der fünften Monarchie kam bei den Wahlen durch; einer ihrer Erfolge trug sich übrigens in der Londoner Vorstadt Southwark zu. Im übrigen konstatiert ein gleichzeitiger Gewährsmann, das Land, d. h. die Mittelklasse, hätte sich als Abgeordnete solche ausgesucht, die als Gegner der anabaptistischen und der gleichmacherischen Ansichten bekannt gewesen seien. Weitaus überwiegend waren Leute aus der Gentry gewählt, die, wenn auch verschiedenen Schattierungen des Puritanismus angehörig, doch in der Abneigung gegen den „Fanatismus" der revolutionären Sekten miteinander und mit dem Cromwellschen System übereinstimmten. Soweit entsprach der Ausfall der Wahlen den Wünschen der Regierung, bestätigte ihre konservative Politik. Wie sich aber die Mehrheit der Gewählten sonst zum Protektorat stellen würde, mußte sich erst noch zeigen. Wohl waren zahlreiche Anhänger der Regierung gewählt, aber auch viele bürgerliche Republikaner und eine Menge Presbyterianer. Das Wahlprotokoll freilich legte allen die Bedingung auf, daß die Gewählten nicht befugt seien, die gegenwärtige, in einer Person und einem Parlament bestehende Regierung zu ändern.

Den 3. September 1654 trat das erste Parlament des Protektorats zusammen. Am folgenden Tag eröffnete Cromwell die Session durch eine dreistündige Rede. Der Protektor ging von einer Schilderung der Lage aus, in der das Land sich befunden habe, als er die Regierung übernahm. Der Zustand Englands sei ein ganz anarchischer gewesen. Insbesondere sei seine natürliche Gesellschaftsordnung durch

250. Titelblatt der ersten Ausgabe des „Leviathan" von Thomas Hobbes

Der Untertitel besagt auf Deutsch: „Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Gemeinwesens." Ueber der Verkörperung der öffentlichen Gewalt, deren Doppelwesen durch Schwert und Krummstab bezeichnet ist, steht der Bibelvers, der vom Leviathan sagt: „Es gibt auf Erden keine Gewalt, die sich mit ihm vergleichen ließe." Die kleinen Bilder links und rechts stellen die materiellen und geistigen Machtmittel des Leviathan einander gegenüber: Festung und Kirche, Krone und Bischofsmütze, Kanone und Bannstrahl, Waffen des Kriegs und der Logik, Schlacht und Rechtsstreit

die zersetzenden Lehren der Gleichmacher und Millennarier gefährdet gewesen. Hier folgen dann die bereits erwähnten Auslassungen über die Kommunisten. Cromwell hebt dann weiter neben der revolutionären auch die reaktionäre Gefahr hervor, indem er „ganze Scharen von Jesuiten" aufmarschieren läßt, deren Verführungskünste die Gemüter verwirrt hätten.

Dazu war dann auch die materielle Lage überaus unbefriedigend. Der Krieg verursachte ungeheure Kosten, deren Last vom Volk schwer gefühlt wurde, und störte obendrein den Handel. „Und abgesehen davon, daß der Handel der Nation litt, so ist es ganz augenscheinlich, daß die Börse der Nation nicht viel länger imstande gewesen wäre, den Krieg zu tragen, wegen des Vorteils, den andere Staaten daraus zogen, ihre eigene Tuchfabrikation zu fördern und die unsrige zu ruinieren und den Absatz derselben zu hindern, welches doch der große Stapelartikel dieser Nation ist. Also war unsere Lage: unser Handel war lahmgelegt und wir hatten diese gewaltigen Ausgaben . . . 1 200 000 Pfund den Monat für die Flotte allein, welche Summe der letzte Heller eurer Auflage war. Ja, und dann war euer ganzer Schatz erschöpft und verausgabt, als diese Regierung unternommen wurde: alle außerordentlichen Arten, Mittel zu beschaffen, waren bis auf eine unbedeutende Summe verbraucht, die verwirkten Ländereien verkauft, die Summen in bar verausgabt, Renten, Erbzinslehen, Delinquentengüter, die Ländereien des Königs, der Königin, der Bischöfe, Dechanten und Kapitel verkauft . . . Und das ist der Grund, weshalb die Steuern noch sehr schwer auf dem Volke liegen, die wir aber für die nächsten drei Monate um 30 000 Pfund herabgesetzt haben."

Und nun geht Cromwell dazu über, die anderen Leistungen der neuen Regierung hervorzuheben — den ruhmvollen Frieden mit den Niederlanden, Handelsverträge mit Dänemark und besonders mit Schweden, wo der englische Kaufmann nun nicht mehr Zoll als der holländische zahle. Die materielle Lage des Landes habe sich außerordentlich verbessert. Es sei Ordnung geschaffen. Mit schnellen Schritten, so schloß der Protektor, habe die Regierung das Volk dem Lande der Verheißung genähert. Das Parlament habe es nur hineinzuführen. Sie möchten nicht zurückblicken auf die Fleischtöpfe Aegyptens und ihn nicht als ihren Gebieter, sondern als ihren Mitknecht im Weinberge des Herrn betrachten.

Das Haus trat alsbald in die Erörterung des Regierungsinstruments ein und behandelte den ersten Artikel, der die Stellung des Protektors betraf, nicht etwa als unantastbar, sondern faßte am 11. September mit 141 gegen 136 Stimmen den Beschluß, daß dem Parlament die Entscheidung darüber zustehe, ob die Regierung in der Hand eines Einzigen liegen solle. Es ging bei den Debatten heftig zu. Man fragte, warum man sich einem Mann unterordnen solle, der sein Recht einzig und allein nach der Länge seines Schwertes abmesse. Die Erörterung ward bald durch das persönliche Eingreifen Cromwells abgeschnitten, der nicht zusehen wollte, daß seine ganze Stellung in Frage gezogen werde. Am 12. September eröffnete er den Abgeordneten unter Zuziehung eines zahlreichen militärischen Aufgebots, daß die fundamentalen Punkte des Instruments nicht angefochten werden dürften. Insbesondere könne seine Stellung nicht angefochten werden, die er durch den Willen Gottes und des Volkes einnehme; ohne ihn würden sie ja auch gar nicht hier versammelt sein. Es werde ihnen eine Erklärung zur Unterschrift vorgelegt werden,

wodurch sie sich verpflichteten, die Grundlagen der Protektoratsverfassung als feststehend zu behandeln. Wer seine Unterschrift verweigere, dürfe den Verhandlungen nicht mehr beiwohnen.

Dadurch wurden ungefähr 100 entschiedene Republikaner ausgeschieden. Aber das also „gereinigte" Parlament war doch nicht so willfährig, um mit der Regierung nicht mehr in Konflikt zu geraten. Es ließ hinfort zwar die fundamentalen Punkte unbestritten, vertiefte sich aber um so eingehender in die Diskussion aller übrigen Punkte der Verfassung und nahm eine Reihe von Aenderungen darin vor. Interessant ist dabei die Haltung des Hauses in der Stimmrechtsfrage. Man wollte nämlich das alte Freisassenwahlrecht in den Grafschaften wiederherstellen unter Ausschließung nicht nur der Copyholders, sondern auch der Geldleute ohne Grundbesitz. Das Parlament beschloß am 17. Januar 1655, daß die revidierte Verfassung vom Protektor entweder en bloc anzunehmen oder zu verwerfen sei. Cromwell hatte noch weitere Gründe, mit dem Parlament unzufrieden zu sein.

251. Der royalistische Oberst John Penruddock

Es wurde dem Parlament zum Vorwurf gemacht, daß es keinen von den Reformgesetzentwürfen erledige, die die Regierung vorgelegt hatte, sondern hartnäckig bei der Konstitutionsberatung bleibe und alles andere darüber vernachlässige. Unter anderem hatte das Haus zwar prinzipiell beschlossen, daß für die Armee 1 100 000 Pfund auszuwerfen seien; es machte aber keine Miene, für Deckung zu sorgen. So geriet die Regierung sehr in die Klemme, weil die Gelder zur Soldzahlung fehlten. Die Soldaten fingen an, rebellisch zu werden, und in der Bevölkerung herrschte Mißvergnügen darüber, daß man Militär in Bürgerquartiere legte. In Offizierskreisen war man des Parlaments so überdrüssig, daß man gar nicht mehr warten wollte, bis die fünf Monate herum waren, die das Parlament nach der Verfassung tagen sollte. Doch wollte man auch das Instrument, das man selbst geschaffen hatte, nicht offen verletzen. So half man sich mit einem recht niedrigen Advokatenkniff. Es ward herausgetüftelt, daß der Monat eigentlich nach dem Monde heiße, daß es sich also bloß um fünf Mondumläufe zu handeln brauche. Die waren aber am 22. Januar 1655 abgelaufen. An diesem Tage las Cromwell dem Parlament die Leviten wegen seiner Unfruchtbarkeit: seine Tätigkeit habe nur dazu gedient, Kavalieren und Levellers Mut zu gemeinsamen Intrigen gegen die

Republik zu geben. Zum Schluß der langen Rede sprach der Protektor die Auflösung des Parlaments aus.

Cromwell selbst war von diesem Ausgang sehr wenig erbaut. Die militärische Diktatur, worauf das Protektorat nun doch wieder hinauskam, war nicht sein Wunsch. Auch machte es ihm große Bedenken, daß er zur Fortführung der Regierung und zur Erhaltung der Armee genötigt sei, unbewilligte Steuern zu erheben. Er beklagte dies in seiner Rede bei der Auflösung als harte Notwendigkeit, tröstete sich aber mit der Erwartung, das Volk werde zahlen, weil es eben unvermeidlich und zu seinem Besten sei. Tatsächlich gingen die Steuern auch ohne Schwierigkeiten ein; nur zwei Fälle von Steuerverweigerung waren zu verzeichnen. Cromwell war augenscheinlich bei Kleinbürgern und Bauern immer noch populär. Die Hoffnung, daß er Reformen durchsetzen werde, war offenbar noch nicht aufgegeben. Man hätte freilich aus der Rede, die Cromwell bei der Auflösung hielt, den Schluß ziehen können, daß ihm selbst die Aussicht auf gründliche Reformen weit in die Ferne gerückt sei. Versuchte es doch der Protektor so hinzustellen, als ob der ganze Revolutionskampf sich in der Hauptsache um Erringung der Gewissensfreiheit gedreht habe, die er aufrechterhalten will. Freilich kam ihm dies Eintreten für die Meinungsfreiheit auch zu statten, insofern diese Errungenschaft im letzten Parlament wieder bedroht worden war. Die Unduldsamkeit der Presbyterianer hatte sich sehr stark bemerkbar gemacht, und es blieb daher nicht ohne Eindruck, wenn Cromwell es so darstellte, daß das Parlament mit seinem Streben nach Alleinherrschaft es auf Unterdrückung abgesehen habe. Aus diesem Gesichtspunkt erschien Cromwell, indem er das Parlament auflöste, vielen als Verteidiger der Freiheit gegen die Presbyterianer.

Diese selbst aber waren in ihrer Masse dem Protektorat nicht so abhold, wie ihre parlamentarischen Vertreter, die ganz im Parlamentarismus aufgingen. Die große Mehrzahl der Presbyterianer sah in Cromwells Regierung das kleinere Uebel: Wenn er stürzte, so würden entweder die „Fanatiker" ans Ruder kommen und alles umstürzen oder aber die Kavaliere zur Herrschaft gelangen, die auch nicht zögern würden, das ihrige zurückzufordern und ihre alten Gegner mit Konfiskationen heimzusuchen. Außer diesen beiden extremen Parteien widerstrebten dann noch die nicht allzu zahlreichen bürgerlichen Republikaner und die Reste der Demokratie der Cromwellschen Diktatur grundsätzlich. Auf der äußersten Linken war die Abneigung gegen den Protektor so groß, daß manche es nicht für ein Unding hielten, zu seinem Sturz mit den Royalisten gemeinsame Sache zu machen. Es steht urkundlich fest, daß im Jahre 1655 wieder Verhandlungen zwischen Kavalieren und Levellers stattfanden, daß auch Republikaner im Spiel waren und auch Millennarier dazu neigten, vorläufig mit den Reaktionären gegen Cromwell zu kooperieren, in dem sie jetzt den Renegaten, den Antichrist aufs tödlichste haßten. Viele von ihnen rechneten in ihrer fieberhaften Erregung mit Hilfe biblischer Prophezeiungen heraus, daß das tausendjährige Reich 1655 oder 1656 anbrechen solle, und waren bereit, lieber heute als morgen zum Schwert zu greifen, um den Usurpator zu stürzen.

Zu einem wirklichen Ausbruch kam es nach der Parlamentsauflösung nur von seiten der Royalisten. Den übrigen Aufstandslustigen war die Regierung

durch ihre Spitzel informiert, zuvorgekommen. Der demokratische Major Wildman wurde im Februar 1655 verhaftet, als er gerade dabei war, eine „Erklärung des freien und wohlgesinnten Volkes von England, jetzt in Waffen gegen den Tyrannen Oliver Cromwell", zu diktieren. Sein Gesinnungs- und Bundesgenosse Sexby, der wegen ausgebreiteter Verbindungen in der Armee für besonders gefährlich galt, entging eben dadurch eine Zeitlang allen Versuchen, ihn festzunehmen, und als er schließlich in Portland an der englischen Südküste durch ein Detachement Soldaten aufgehoben werden sollte, zeigte sich, daß seine Freunde in dem Ort, voran Bürgermeister und Gouverneur, stark genug waren, um die Verhaftung zu verhindern und ihm Zeit zur Flucht nach dem Festland zu verschaffen. Auch Anhänger der fünften Monarchie wurden wieder festgesetzt, u. a. wurde Harrison zeitweilig gefangen gehalten. Auch auf den Royalistenaufstand war die Regierung vorbereitet und durch entsprechende Truppenverteilungen gerüstet.

252. Oliver sucht Gott, während zu gleicher Zeit auf seinen Befehl der König geköpft wird
Royalistische Karikatur auf das Cromwellsche Regiment

Im allgemeinen wurde er im Keim erstickt. Nur in der Gegend von Salisbury kam es zu einer ernstlichen Erhebung. Der Oberst Penruddock und Sir Joseph Wagstaff drangen am 11. März mit ungefähr 200 Kavalieren in die Stadt Salisbury ein. Die Royalisten proklamierten dann Karl Stuart als König; aber die Bevölkerung nahm nicht die mindeste Notiz davon. Nachdem die Aufständischen vergeblich auf den erhofften Zuzug gewartet hatten, verließen sie Salisbury, um sich nach Devonshire zu begeben. Auf dem Marsche wurden sie aber von einem Detachement der Armee überfallen und überwältigt. Die Gefangenen wurden vor die Geschworenen gestellt und eine Anzahl zum Tode verurteilt und hingerichtet, darunter auch Penruddock. Ungefähr hundert wurden nach Barbadoes deportiert, um dort auf den Plantagen zur Zwangsarbeit verwandt zu werden.

Der Aufstand des Penruddock kam der Regierung sehr gelegen. Er gab ihr nämlich die Möglichkeit, die magere Summe von ordentlichen Einnahmen, die dem Protektor nach der Verfassung zustanden und nicht hin und nicht her reichten, die 800 000 Pfund Einnahme aus Steuern und Zöllen durch eine ergiebige Abgabe zu vermehren, die der parlamentarischen Bewilligung nicht zu bedürfen schien, weil sie keine allgemeine Steuer war, sondern nur dem royalistischen Teil der Besitzenden als eine Art von Strafgeld abgefordert wurde. Im Laufe des Jahres 1655 erging die Verfügung, daß sämtliche Mitglieder der royalistischen Partei 10 Prozent ihres Jahreseinkommens als Extrasteuer entrichten sollten: mit Ausnahme derjenigen, deren Einkommen und Grundbesitz weniger als 100 Pfund jährlich

betrug, oder deren Gesamtbesitz an beweglichem Eigentum 1500 Pfund nicht überstieg. Zur Rechtfertigung dieser Royalistensteuer hieß es in einer besonderen Proklamation des Protektors: „Es mag scheinen, daß es eine übergroße Strenge sei, die ganze Partei zu besteuern; aber wir appellieren an alle Unbefangenen, die entscheiden mögen, ob nicht die Partei als solche in diese Wirren verwickelt war."

Die Eintreibung der Abgabe und die Ueberwachung der Kavaliere gehörte zu den Obliegenheiten einer militärischen Behörde, die im Sommer 1655 geschaffen wurde: der Generalmajore. Ganz England wurde in zwölf Bezirke geteilt, deren jeder einem Generalmajor mit weitgehenden Machtvollkommenheiten unterstellt war. Diese Machtvollkommenheiten beschränkten sich nicht auf die Niederhaltung und Schröpfung der Royalisten, sondern umfaßten schier die ganze Regierungs- und Verwaltungstätigkeit der Grafschaften. Damit war in aller Form die nackte Militärdiktatur proklamiert, wie denn auch längs aller Heerstraßen und in zahlreiche Orte Abteilungen der bewaffneten Macht gelegt wurden. Und um was alles sollten sich die Generalmajore nicht bekümmern! Sie waren durch ihre Instruktion angewiesen, nicht nur Verrat und Rebellion, sondern auch Laster und Unsittlichkeit zu unterdrücken. Sie hatten Befehl, Pferderennen, Hahnenkämpfe und anderen Sport abzuschaffen. Schauspiele und Interludien sollten nicht geduldet werden. Zur Förderung von Tugend und Gottseligkeit sollten sie über Ausführung der Gesetze gegen Schwören, Fluchen, Wetten, Sonntagsentheiligung und Trunksucht wachen. Nur die zur Unterbringung der Reisenden notwendigen Gasthöfe waren zu dulden; die Schenken, in denen die Einheimischen zusammenkamen, sollten unterdrückt werden.

Mit alle dem griff nun die Regierung tief in die Lebensgewohnheiten der Bevölkerung ein, und zwar in einer Art, die alles andere als populär war. Es ist erstaunlich, daß die Protektoratregierung nicht aus den Erfahrungen ihrer puritanischen Vorgänger gelernt hat. Die Unbeliebtheit der Presbyterianer war nicht wenig dadurch gesteigert worden, daß sie Volksfeste und harmlosen Lebensgenuß aller Art verpönt hatten. Die Independenten hatten mit ihrer Sittengesetzgebung ihre Popularität nicht gemehrt. Und wenn jetzt die Militärdiktatur den puritanischen Asketismus zu ihrer Losung

253. Cromwell als Seiltänzer

holländische Karikatur von Dirk Stoop auf die schwankende Politik Cromwells

254. Der Quäkerprediger Wilhelm Penn. 1644—1718

machte, so hatte das bloß die Wirkung, nachgerade alles, was mit dem Puritanertum zusammenhing, unpopulär zu machen. Man kann nicht bezweifeln, daß auch die lange unleugbare Volksbeliebtheit des Revolutionsheeres in diesen Zeiten puritanischer Militärdiktatur zurückzugehen begann. Zwar versichert noch ein gleichzeitiger deutscher Bericht, daß das Volk die Soldaten „überall mit beiden Händen willkommen heiße, sie Beschützer, Freimacher, fromme, liebe Gäste nenne". Indes ist nicht zu verkennen, daß seit der Mitte der 50er Jahre ein zunehmender Umschlag der Stimmung gegenüber dem Militär, wie gegenüber dem Puritanismus im ganzen einsetzt, und dazu hat zweifellos der puritanische Mäßigkeitsfanatismus stark beigetragen, demgegenüber Fragen nahe lagen, wie jener Shakespearesche Kavalier eine an den Puritaner Malvolio richtet: „Glaubst Du, weil Du tugendhaft bist, soll es keine Kuchen und kein Bier mehr geben?" Unter dieser Reaktion gegen die puritanische Frugalität litt auch die neue revolutionäre Sekte, die sich in dieser Zeit ausbreitete.

Diese neue Sekte wurde allgemein mit dem Namen Quäker bezeichnet, der auf deutsch soviel wie Zitterer bedeutet. Es war dies ein Spottname, von Gegnern erdacht, die sich darüber lustig machten, daß eifrige Mitglieder der Sekte bei Vertretung ihrer Anschauungen vor innerer Erregung mitunter an allen Gliedern zitterten. Sie selbst nannten sich untereinander Freunde und bezeichneten sich als „Kinder des Lichts". Das Licht ist das innere Licht des Menschen, die Vernunft, deren göttlicher Funken allen Menschen ohne Unterschied gemeinsam ist, und nur angefacht werden muß, um die Niedrigsten ebensogut zu erleuchten, wie die Gelehrtesten. Diese haben kein Monopol auf die Wahrheit und nichts vor allen anderen voraus. Alle Menschen sind einander von Natur gleich. „Alle Menschen sind gleich geschaffen", sagt der Quäker Barclay, „und es ist sklavische Furcht, welche andere wie Götter verehrt." Dies gilt nicht nur in bezug auf die Gelahrten, insbesondere die Gottesgelahrten. Es gilt auch mit Bezug auf die, welche sich auf ihre adlige Herkunft etwas zugute tun. „Nichts von allen menschlichen Torheiten", sagt William Penn, „hat einen geringeren Schein von Vernunft an sich." Alle Titel sind verwerflich, bis zu dem des Königs hinauf, wie denn das Königtum überhaupt vom Uebel ist: die Hand des Herrn sei gegen Könige, bemerkt einmal George Fox, der berühmteste Quäker der Revolutionszeit. Alle Standes- und Klassenunterschiede widerstreiten der menschlichen Gleichheit; um dies besonders geltend zu machen, nimmt der Quäker vor niemand den Hut ab und redet jedermann mit du an.

Die Freunde wollen aber nicht bloß von Rangunterschieden nichts wissen, sondern ebensowenig finden sie die Ungleichheit der Lebenslage mit der natürlichen Gleichheit der Menschen vereinbar. Sie sahen in der Liebe zum Gelde die niedrigste aller Leidenschaften, und in der Sucht, Reichtümer anzuhäufen, „eine Bedrückung

der Armen, welche die, so wenig haben, zwingt, gleich Sklaven zu arbeiten". „Daß die saure und mühsame Arbeit des Landmanns", sagt Barclay, „früh und spät, in Hitze und Kälte, in Nässe und Dürre zum Vergnügen, zur Bequemlichkeit und zum Zeitvertreib einer kleinen Anzahl von Menschen verwendet werde, daß der Karren, der Pflug und der Dreschflegel neunzehn Teilen der Bevölkerung in die Hand gegeben werde, um die Gelüste des zwanzigsten zu befriedigen, ist durchaus nicht die Bestimmung des großen Weltregierers." Ihr Ideal ist, an Stelle der bestehenden Ungerechtigkeit den Kommunismus im Sinne des ursprünglichen Christentums zu setzen. Die Apostel, die sie im Jahre 1657 nach Holland hinübersandten, verursachten hier große Erregung durch ihre Predigten, daß alle Güter gemeinsam sein müßten. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß auch in England der Sinn ihrer Lehren auf den Kommunismus hinauskam; denn auch sie waren Chiliasten wie die übrigen „Anabaptisten", zu denen sie gerechnet werden, und mit deren Johann von Leyden man sie gern in Verbindung brachte.

Ein englischer Historiker hat die Lehre der Quäker als allumfassendes „Levellerism", Gleichmachertum, charakterisiert. In der Tat erstreckt sich das Gleichheitsstreben der Quäker sogar auf die Frauen, mit deren Rechten sich die früheren Parteien und Sekten weiter nicht befaßt hatten. Dagegen erkannten die Quäker die Frau ohne weiteres als gleichberechtigt an. In ihren Versammlungen stimmten die Frauen ebensogut ab wie die Männer, und sie waren ebensogut zum Predigen berufen wie die Männer. Alle Menschen sind dazu berufen, Priester zu sein. Es ist dies kein Vorrecht einer besonderen Kaste, die dafür bezahlt wird, bestimmte Lehren und Interessen zu vertreten. Gegen die „Mietlinge" der Staatskirche eifern die Quäker unermüdlich und mit der größten Rücksichtslosigkeit. Als ein vornehmer Pfaffe über den Text: „Jeder, den dürstet, komme und kaufe ohne Geld" gepredigt hatte, ward George Fox „durch den Herrn getrieben, ihm zu sagen: ‚Komm herunter, Du Betrüger! Wie kannst Du dem Volk sagen, es solle umsonst aus dem Born des Lebens schöpfen, da Du ihm doch jährlich 300 Pfund abnimmst?' Der Geist ist ein freier Lehrer". Aehnliche Szenen kamen öfter vor.

Die Quäker gingen in ihrer Gegnerschaft gegen jede Staatskirche allgemein soweit, die Bezahlung der Zehnten zu verweigern. Ueberhaupt war es nach ihren Grundsätzen Pflicht, jedem Gesetz, das wider Vernunft und Gewissen ist, durch passiven Widerstand den Gehorsam zu verweigern. Ihr Gesichtskreis beschränkte sich, wie schon angedeutet wurde, nicht auf England, sondern sie wollten, wie die Millennarier, in aller Welt für das Gottesreich tätig sein und sandten Apostel in verschiedene Länder aus, selbst in die Türkei. Ueberall sollte das Gottesreich erstehen. In der Propagandaschrift der Quäker „Standarte und Panier an alle Nationen" heißt es: „Darum ist der Herr Himmels und der Erden nunmehr aufgestanden, daß er umkehre die Könige und die Fürsten, Herrschaften und Gesetze, er wird alle Tyrannei und Unterdrückung niederbrechen. Das Königreich des Allerhöchsten soll herrschen, die Königreiche dieser Welt sollen verändert und des Herrn und seines Christus werden; nicht durch Macht der Menschen oder den Arm des Fleisches, sondern durch den Herrn allein."

Hier springt nun auch gleich hervor, was die Quäker hauptsächlich von den Millennariern unterschied, von denen in diesen ersten Jahren des Protektorats sehr

viele zu ihnen übergingen. Bemerkenswert ist auch, daß sowohl John Lilburne, als auch Gerard Winstanley schließlich bei den Quäkern angelangt sind. In diesem Zusammenhang interessiert das Urteil eines militärischen Gewährsmannes von 1657, der die Quäker für Schüler der Levellers von 1647 erklärt, aber auch eine Angabe der beginnenden 80er Jahre, wonach der Führer der wahren Gleichmacher auch der Stifter des Quäkertums gewesen sein soll. Beide Meinungen entsprechen nicht den historischen Tatsachen, enthalten aber doch etwas Richtiges. Das zeigt sich, sobald man noch ein Bindeglied hinzunimmt; dann allerdings stellt sich unleugbar eine geschichtliche Abfolge heraus bei Einhaltung der Reihenfolge: Gleichmacher, wahre Gleichmacher, Anhänger der fünften Monarchie, Quäker. Was nun die beiden letzten Richtungen angeht, so war ihr Endziel im wesentlichen das nämliche. Sie unterschieden sich in bezug auf die Taktik. Die Anhänger der fünften Monarchie gedachten, obwohl eine Minderheit, ihre Absichten unmittelbar, mit den Waffen in der Hand, zu verwirklichen. Diese Idee nun verwarf das Gros der Quäker als ganz undurchführbar. Sie gingen von dem Gedanken aus, daß es ganz unmöglich sei, der Masse gegen ihren Willen ihr eigenes Beste aufzuzwingen. Sondern die Masse muß zuvörderst aufgeklärt werden: das innere Licht muß angefacht werden. Darin sehen sie ihre nächste Aufgabe. Die bewaffnete Aktion verwarfen sie durchweg, sie kümmerten sich überhaupt nicht unmittelbar um die Tagespolitik. Es gilt, Propaganda zu machen für die Ideen der Freiheit und Gleichheit. Wenn die Masse dafür gewonnen ist, so ist der Sieg der guten Sache unvermeidlich. Bis dahin aber kann keine Revolution etwas nützen. „Törichtes Volk", schrieb James Naylor schon 1652, „sind nicht die, die jetzt an der Macht sind, die auserlesensten deiner großen Männer? War es nicht das Höchste deines Sehnens und Trachtens, die Macht in ihrer Hand zu sehen, und sind sie nicht jetzt so schwach geworden wie andere Menschen, ist das Land nicht noch immer in Gärung und nichts fertig gebracht worden als Wind?" Darum solle man nicht auf Menschen rechnen, sondern nur vom richtigen Geist Besserung erhoffen, diesen propagieren, ihn durch die unmittelbare Tat bekräftigen.

Die Agitation der Quäker hatte in diesen ersten Jahren des Protektorats große Erfolge. Auf dem Lande wie in den Industriebezirken warben sie zahlreiche Anhänger, und auch in der Armee schlossen sich ihnen viele, Gemeine wie Offiziere, an. Alles das zum Schrecken der Regierung wie der Besitzenden überhaupt. Denn man erwartete, daß der revolutionäre Charakter der Bewegung bei aller Friedfertigkeit doch bald zu revolutionären Taten führen werde. Darum wurden die Quäker mit großer Erbitterung verfolgt. Tausende wanderten in diesen Jahren in die Gefängnisse, und Unzählige wurden von einer unwissenden, gegen sie aufgehetzten Menge in der brutalsten Weise mißhandelt. Dazu ließen sich gerade die untersten Schichten der Bevölkerung aufstacheln. Denn man darf nicht glauben, daß die Quäker bei allem Agitationserfolg nun etwa die Masse der Besitzlosen für sich gewonnen hätten. Die große Mehrzahl stand ihnen verständnislos oder vielmehr mit ausgesprochener Abneigung gegenüber. Darauf wirkte vornehmlich der asketische Charakter, den die Quäkerbewegung mit den übrigen puritanischen Sekten gemein hatte: die erklärte Abneigung gegen allen Lebensgenuß. Das ließ sich leicht dazu brauchen, um die Masse gegen sie einzunehmen; um so mehr, als die Besitzlosen

255. James Harrington (1611—1677), der Verfasser der „Oceana"

nun gerade einmal in der Lage waren, ihr Leben ein wenig mehr als gewöhnlich zu genießen und darum wenig für revolutionäre Ideen empfänglich waren.

Die Lage der Lohnarbeiter hatte sich zu der Zeit, als das Protektorat begann, ganz bedeutend gehoben. Die Lebensmittelpreise waren gesunken, die Löhne gestiegen, und zwar beides in einem Maße, daß die Arbeiter nach dem voraufgegangenen Elend sich wie im Paradies vorkommen mußten. Die Lohnsteigerung datiert schon aus der Zeit vor dem Protektorat, aus dem Jahre 1651. Bis zur Revolutionszeit war das Lohnstatut von 1610 maßgebend gewesen, wonach

der gewöhnliche Arbeiter von Ostern bis Michaelis 3 Schilling 6 Pence die Woche, von Michaelis bis Ostern 3 Schilling erhalten sollte, während der Handwerkerlohn auf 5 Schilling im Sommer, 4 Schilling im Winter festgesetzt worden war. Die tatsächlich bezahlten Löhne waren um ungefähr 30 Prozent höher als die statutarischen Bestimmungen, aber doch so niedrig, daß die Festsetzung von 1651 eine Lohnerhöhung von 50 Prozent über die zuvor wirklich bezahlten Löhne darstellte. Im Frühjahr 1651 traten die Friedensrichter der Grafschaft Essex in Chelmsford zusammen und bestimmten die Lohntaxe. Danach sollte hinfort der Wochenverdienst der gewerblichen Arbeiter im Durchschnitt 7 Schilling 9 Pence bis 8 Schilling 6 Pence betragen, der des gewöhnlichen Landarbeiters 6 Schilling 9 Pence und zur Erntezeit 9—11 Schilling, der der Schnitterin 7 Schilling. Die wirklich bezahlten Löhne waren auch jetzt etwas höher als die statutarisch bestimmten, 1651 um $4^1/_4$ Pence, 1655 um $2^1/_4$ Pence.

Außer Zweifel steht also, daß die Löhne zur Zeit des beginnenden Protektorats um die Hälfte höher waren, als in der vorrevolutionären Zeit. Wenn man nach den Gründen dieser Erscheinung fragt, so hat der englische Wirtschaftshistoriker Rogers einmal auf das puritanische Pflichtgefühl hingewiesen. Mehr zutreffen wird die Erklärung, die er in seiner „Geschichte der englischen Arbeit" gibt, wo er sagt: „Es scheint mir kaum zweifelhaft, daß zur Zeit der Bürgerkriege und der Republik etwas Leben unter die Arbeiter kam ... Wahrscheinlich machten auch Handel und Industrie Fortschritte, jedenfalls ging es mit der Landwirtschaft vorwärts. Natürlicherweise suchten sich die Arbeiter einen besseren Markt und verschafften sich möglichste Freiheit der Bewegung. Unter Cromwell trat die Regierung diesem Streben nicht entgegen, und so fingen die Arbeiter an, sich mehr zu regen." Dem Streben nach höheren Löhnen im Statut Rechnung zu tragen, zwang die Friedensrichter 1651 die fortdauernde Teuerung, worauf Rücksicht zu nehmen das Parlament empfohlen hatte. Die Löhne blieben dann auf derselben Höhe, auch als die Getreidepreise heruntergingen und in den ersten Jahren des Protektorats den niedrigsten Stand erreichten, auf dem sie sich im 17. Jahrhundert je befunden haben. Der Quarter Weizen kostete in Windsor 1648: 85 Schilling, 1651: $73^1/_3$, 1652: $49^1/_2$, 1653: $35^1/_2$, Frühjahr 1655: 22 Schilling. Danach bedarf, wenn man hinzunimmt, daß bei wirtschaftlichem Aufleben an Arbeit kein Mangel war, weiter keiner Ausführung, daß die Lohnarbeiter im Anfang des Protektorats besser daran waren, als seit Menschengedenken.

Es läßt sich nicht behaupten, daß die Protektoratsregierung viel dazu getan habe, die Verbesserung in der Lage der Lohnempfänger herbeizuführen. Cromwell hat dabei wesentlich das negative Verdienst, daß er nichts zur Herabdrückung der Arbeiter getan hat. Von positiven Maßnahmen zugunsten der Besitzlosen ist nicht viel zu erwähnen: etwa, daß, zum mindesten für die Londoner Nachbarschaft, auf die Durchführung der alten Gesetze gedrungen wurde, die das Erbauen einer Landarbeiterhütte ohne Ausstattung mit 4 acres Land verboten. Ueberhaupt suchte man die besitzenden Klassen auf dem Lande daran zu verhindern, daß sie auf Kosten des Landvolks um sich griffen. Es wurde auch, gegen Einhegungsgelüste, darauf gedrungen, daß immer zwei Drittel des ackerbaren Landes angebaut sein sollten. Hingegen blieb auch die Gentry bei ihren Rechten, auch bei dem neuen von 1646,

betreffs Befreiung der Rittergüter von feudalen Verpflichtungen gegen den Staat. Die Umwandlung dieses Besitzes in freies Eigentum ward durch ein Gesetz von 1656 bekräftigt, aber keineswegs in der Richtung ergänzt, daß nun auch in dem Rechtsverhältnis der Copyholders sich etwas geändert hätte. Nur sollte auch die Masse der Bevölkerung von herkömmlichen feudalen Verpflichtungen gegen den Staat befreit werden, indem man daran ging, das Vorkaufsrecht zu beseitigen, das freilich ganz unmöglich geworden war in einer Zeit, die im ganzen die Staatsverwaltung von halbfeudaler auf kapitalistische Grundlage überführte. An den niedrigen Getreidepreisen, die dem Proletariat so sehr zugute kamen, hatte das Protektorat nur insofern Anteil, als es erneute Ausbrüche innerer Wirren hintanhielt. Sonst war die Regierung daran unschuldig. Die außerordentliche Billigkeit des Getreides war ihr nicht einmal erwünscht, mit Rücksicht auf die Klassen, deren Interessen sie in erster Linie vertrat, die mittleren Schichten der Landbevölkerung. Die Regierung suchte daher geradezu auf eine Erhöhung der Getreidepreise hinzuwirken. Zu diesem Zwecke gab Cromwell am 27. November 1656 seine Zustimmung zu einem „Gesetz zum Zweck der Ausfuhr verschiedener Güter, die in dieser Republik gezüchtet, gewachsen und hergestellt sind".

256. Desborough, Oliver Cromwells Parteigänger, hat in jeder Tasche eine Kanone
Karikatur

Es handelte sich dabei, von Waffen abgesehen, um lauter landwirtschaftliche Erzeugnisse und solche Artikel, die unmittelbar aus Produkten der Landwirtschaft hergestellt werden, nämlich um Wallache, Ochsen, Rinder- und Schweinepökelfleisch, Butter, Käse, Kerzen, Weizen, Roggen, Erbsen, Bohnen, Gerste, Malz, Hafer, Bier und Kalbfelle. Am wichtigsten sind die Bestimmungen, die sich auf die Getreideausfuhr beziehen. Bis dahin galt ein Gesetz von 1624, wonach Weizen nur ausgeführt werden durfte, wenn der Inlandpreis nicht höher stand als 32 Schilling für den Quarter, Roggen bei einem Höchstpreis von 20, Gerste von 16 Schilling. Jetzt wird festgesetzt, daß der Export von Weizen statthaft ist, so lange der Preis 40 Schilling nicht übersteigt, für Roggen beträgt der Satz 24 Schilling, für Gerste 20. Diese Erhöhung der Preise, bei denen noch ausgeführt werden darf, hat natürlich den Zweck, eine Preiserhöhung herbeizuführen. In dieser Absicht werden auch die Ausfuhrzölle auf Getreide herabgesetzt: für den Quarter Weizen z. B. auf 1 Schilling, wenn es sich um Einheimische handelt; wenn dagegen ein Fremder exportiert, so hat er 3 Schilling zu zahlen; dieselbe Bevorzugung der englischen Getreidehändler gilt für die übrigen Kornarten.

Interessant sind auch die Erwägungsgründe, wonach das Gesetz erlassen wird: „in Anbetracht, daß lange Erfahrung gezeigt hat, daß der blühende Zustand aller

Inseln unter Gottes Beistand bedingt werde durch einen lebhaften und blühenden Handel und durch wohlberechtigtes Sorgen und Streben, daß die Ausfuhr der heimischen Produkte die Einfuhr der fremden übertreffe, und in Anbetracht, daß es Gott gefallen habe, Fleiß und Mühe der Nation in großen Verbesserungen von Sümpfen, Wäldern, Gehegen und anderen Ländereien mit einem großen Ueberfluß an Korn, Vieh, Butter, Käse und verschiedenen anderen Produkten zu segnen, die anderen Nationen von großem Nutzen seien und von ihnen sehr begehrt würden, und in Anbetracht, daß es Produktion und Handel sehr ermuntern würde, wenn man die freie Ausfuhr jener Produkte gestatte, alle Hemmnisse derselben beseitige und die Ausfuhrzölle leicht mache."

Die Protektoratsregierung stand also zwar auf dem Boden einer merkantilistischen Handelspolitik, aber einer solchen, die durch einen starken agrarischen Einschlag modifiziert war. Hierdurch unterschied sich die Cromwellsche Wirtschaftspolitik von der des langen Parlaments. Im übrigen folgte man dessen Spuren mit Maßregeln zur Beförderung von Handel und Industrie. Ein Handelsrat ward eingesetzt, in dem auch die Aldermen der neun Haupthandelsplätze von England saßen, zu dem Zweck, für die Entwicklung von Schiffahrt und Handel zu sorgen. Man dachte auch an die Begründung einer öffentlichen Bank nach dem Amsterdamer Muster. Inzwischen wurden die Londoner Privatbankiers, die Goldschmiede von Lombardstreet, zusehends reicher, bei rascher Aufwärtsbewegung des Wirtschaftslebens. Charakteristisch ist schließlich auch für die Cromwellsche Handelspolitik, daß 1657 der ganz heruntergekommenen englisch-ostindischen Kompagnie durch Ausstattung mit einem neuen Freibrief wieder auf die Beine geholfen wurde. Es blieb überhaupt beim System der Korporationsprivilegien. Zur Einführung der Handelsfreiheit geschah nichts. Nur widerfuhr der Londoner City der Schmerz, daß Cromwell die seit mittelalterlichen Zeiten von England ausgeschlossenen Juden wieder zuließ, ein Beweis, daß der Protektor immerhin ziemlich frei dachte.

Sonst freilich hatte sich ihm die Freiheit mehr und mehr auf die Gewissensfreiheit reduziert. Nicht einmal Preßfreiheit existierte. Bei wieder eingeführter Zensur kam es vielmehr dahin, daß in London bloß noch zwei Zeitungen erschienen, beides Organe der Regierung. Selbst ein so schwer gelehrtes Buch wie die „Oceana" von Harrington hat mit Zensurschwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Freilich standen so unangenehme Wahrheiten darin, wie die, daß Gewissensfreiheit und bürgerliche Freiheit unzertrennlich zusammengehören, wie denn überhaupt die republikanischen Ideale Harringtons sich übel mit der politischen Wirklichkeit der Protektoratszeit vertrugen. Damit harmonierten immer noch eher die royalistisch gefärbten Lehren, die schon zu Anfang der 50er Jahre im „Leviathan" Thomas Hobbes vertreten hat, der staatswissenschaftliche Denker der englischen Revolutionsperiode, mit dessen Einfluß auf die Folgezeit sich höchstens Harrington und späterhin Locke vergleichen können. Hobbes ist ein merkwürdiger Beweis für den Einfluß, den die Ideen der bürgerlichen Revolution auch auf ausgesprochene Gegner auszuüben vermochten. Zu diesen hat der berühmte Philosoph immer gehört, auch in den Zeiten der Republik, als er, um in England leben zu können, sich einigermaßen den politischen Verhältnissen anpaßte, eine praktische Abfindung mit vollendeten Tatsachen, die er mit Tausenden von Kavalieren teilte.

257. Cromwell als Tyrann, gekrönt von der Perfidie und der Grausamkeit
Englische Karikatur

Auch Hobbes' großes staatsphilosophisches Werk von 1651, eben der „Leviathan", zeigt davon einige Spuren, verleugnet aber nie die politischen Grundanschauungen, zu denen der Verfasser in royalistischer Umgebung gelangt war, erklärt sich für die absolute Monarchie, verwirft jede Volkserhebung und will nichts von Freiheit wissen, nicht einmal von Gewissensfreiheit. Selber ein Heide mit materialistischen Anschauungen, bewertet Hobbes die Religion bloß als Herrschaftswerkzeug des Staates, will sie aber eben als solches hochgehalten, Sektiererei verboten wissen. Das hinderte aber nicht, daß der „Leviathan" alsbald in den Kreisen der royalistischen Emigration ein großes Geschrei über Hobbes' Uebergang ins revolutionäre Lager hervorrief. Die reaktionären Herrschaften witterten in den Hobbesschen Lehren trotz allen höfischen Zuschnittes ein revolutionäres Element. Zweifellos sind in Hobbes die politischen Anschauungen seiner Umgebung mit revolutionären Elementen so vermischt, daß es nahe liegt, das Reaktionäre als das Persönliche, Zufällige beiseite zu schieben, das Revolutionäre für das Wesentliche, Dauernde anzusprechen. So wird Hobbes z. B. von Auguste Comte geradezu für den „wahren Vater der revolutionären Philosophie" erklärt. Indes darf man, von der Metaphysik hier ganz abzusehen, in politischer Hinsicht nicht zu Eigentum von Hobbes

machen, was tatsächlich vielmehr Zeitgeist war. Er ist aber ein hauptsächlicher Träger des Samens von revolutionären Ideen gewesen, der später auf dem Kontinent aufging. Die Keime sind lange vorher in den Revolutionen des 16. und 17. Jahrhunderts entstanden und bei Hobbes bloß derart mit reaktionären Zutaten versetzt, daß späteren bürgerlichen Denkern die Aussonderung des revolutionären Gehalts als des für sie brauchbaren Bestandteiles bei Hobbes leicht fiel.

Der englische Denker führt mit den bürgerlichen Revolutionären die Entstehung des Leviathan, d. h. der öffentlichen Gewalt, auf einen Gesellschafts- oder Staatsvertrag zurück, den die zuvor vereinzelten Menschen eingehen, um aus dem Krieg aller gegen alle herauszukommen. Hobbes will dieser Theorie dadurch die revolutionäre Spitze abbrechen, daß er den ursprünglichen Kontrakt für unkündbar, für eine endgültige Abtretung der Gewalt an den Souverän erklärt, dessen Recht nicht verwirkt werden könne. Diese Ausgestaltung der Lehre vom Gesellschaftsvertrag erscheint aber als eine dem persönlichen Bedürfnis von Hobbes entsprungene, ganz willkürliche und haltlose Behauptung, die von den Nachfolgern ohne Umstände abgetan wird. Wie die Lehre mit dem Gottesgnadentum nicht harmoniert, so paßt sie auch nicht zum feudalen Kastengeist mit ihrer ideellen Voraussetzung der natürlichen Gleichheit aller Menschen, wozu Hobbes sich bedingungslos bekennt. Die gesellschaftlichen Unterschiede sind ihm nicht Naturordnung, sondern Erzeugnis der Gesetzgebung, und Hobbes äußert sich sehr sympathisch über das bürgerliche Ideal der Gleichheit vor dem Gesetz. Auch von den Privilegien im industriellen und kommerziellen Leben ist er gar nicht erbaut; die Korporationsmonopole möchte er am liebsten durch gleiche Berechtigung aller zum Handel ersetzt wissen. Bezeichnend ist seine Stellung in Finanzfragen; er ist auch für Gleichheit in der Auflage der Steuern, diese Gleichheit aber erscheint ihm, echt kapitalistisch, am besten verwirklicht, wenn die Steuern auf den Verbrauch gelegt werden. Kurz, wenn also Hobbes persönlich für den Absolutismus ist, so doch keineswegs für einen feudal, sondern für einen kapitalistisch-bürgerlich gerichteten.

Gab Hobbes sich Illusionen hin, wenn er sich für einen konsequenten Gegner der Revolutionslehren hielt, so lebte wieder der andere bedeutende Staatsphilosoph dieser Zeit, James Harrington, in einer Selbsttäuschung, wenn er sich als einen folgerichtigen Vertreter der revolutionären Ideen ansah. Im Gegenteil unterwarf er sie so weitgehenden Einschränkungen, wie den Interessen der Mittelklassen gemäß war. In seinem Hauptwerk von 1656, der „Oceana", wie in seinen anderen Schriften, die alle darauf hinauskommen, diesen motivierten Entwurf einer republikanischen Staatsverfassung für England dem öffentlichen Interesse näherzubringen oder gegen Einwürfe zu verteidigen, überall erklärt Harrington für seine Absicht, vollkommene Gleichheit zur Grundlage einer echten Demokratie zu machen, in der das Volk König sei. Dabei sieht sein Verfassungsentwurf nicht einmal die politische Gleichberechtigung aller vor, sondern vielmehr eine Art von Dreiklassensystem. Die unterste Klasse bezeichnet er als „Knechte", das sind die Leute, die, nicht imstande, aus eigenen Mitteln zu leben, von anderen abhängig sind. Dieses Proletariat soll keinerlei politische Rechte haben; die Armen dürfen nicht regieren. Die freien Leute oder Bürger aber zerfallen wieder in zwei Klassen. Davon umfaßt die eine alle Bürger mit Einkommen unter

100 Pfund Sterling, d. h. die große Mehrzahl der politisch berechtigten Männer, die andere den kleinen Bruchteil mit Jahreseinkünften über 100 Pfund Sterling. Jene wählen in die Volksvertretung 600 Abgeordnete, diese 450. Außerdem wählen die Hundertpfünder allein einen Senat von 300 Mitgliedern, der nicht nur die obersten Aemter vergibt, sondern außerdem allein das Recht hat, Gesetze vorzuschlagen und zu beraten, während die Volksvertretung bloß darüber abstimmt, ohne zu debattieren. Daß ein Verfassungsprojekt dieser Art nicht demokratischer Natur ist, bedarf weiter keiner Ausführung und wird illustriert durch Harringtons Polemik gegen den Volksvertrag, den er als die Anarchie der Gleichmacher bezeichnet. Auch Harringtons Stellungnahme in Besitzfragen zeigt, daß er ein sehr gemäßigter Vertreter der bürgerlichen Revolutionsideen war. Von dem Gedanken an einen durchgreifenden Eingriff in die ländlichen Besitzverhältnisse, etwa im Sinne einer Emanzipation der Copyholders, ist er soweit entfernt, daß er bloß für wünschenswert erklärt, wenn das Höherschrauben der Renten einigermaßen verhindert werden könnte. Was er mit seinem Vorschlag eines Agrargesetzes bezweckt, ist nur, zu verhindern, daß sich die Besitzverteilung zuungunsten der ländlichen Mittelschichten verschiebt. Das ist nämlich Harringtons fruchtbarer Grundgedanke, daß für die Regierungsform die Eigentumsverteilung maßgebend sei. Infolge des Rückganges des Feudaladels gegenüber dem Mittelstand sei es zur Revolution und zur Republik gekommen, wie Harrington im einzelnen mit bewunderungswürdigem Blick für die Bedeutung der ökonomischen Faktoren im geschichtlichen Leben ausführt; als ökonomisch-historischer Denker ist er auch hauptsächlich von dauernder Bedeutung gewesen. Um nun die Machtstellung der Mittelklasse und das Dasein der auf ihr beruhenden Republik gegen jede Anfechtung infolge von neuen Besitzverschiebungen zu sichern, soll ein Agrargesetz eingeführt werden, wonach niemand Grundrenten von mehr als 2000 Pfund Sterling an einen einzelnen vererben darf, sondern im allgemeinen gleiche Erbteilung bei Latifundien stattfinden soll. Es

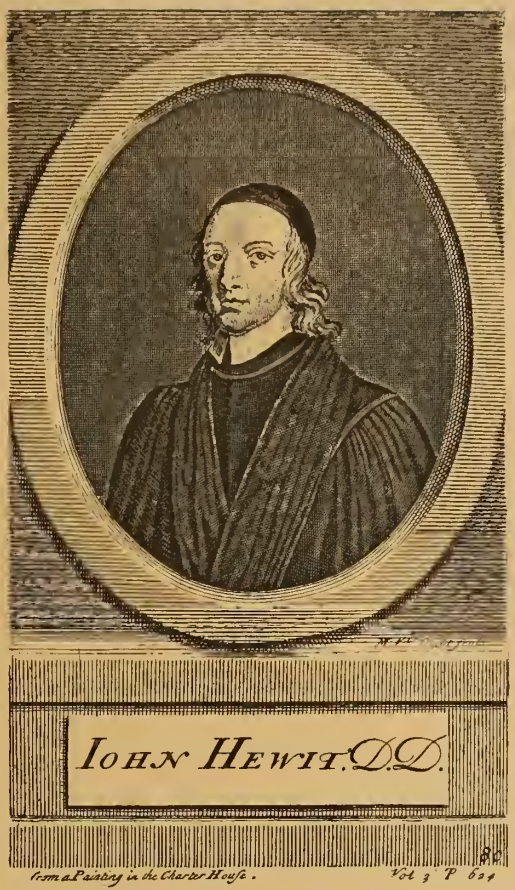
258. Englische Bierwirtin

entfiele also das Erstgeburtsrecht und die Möglichkeit der Zusammenballung des Grundbesitzes in wenigen Händen, woraus von neuem Herrschaft der Aristokratie resultieren müßte. Das alles ist ausschließlich zugunsten der Mittelklasse gedacht. Daß dem Proletariat durch eine Eigentumsumwälzung geholfen werden könnte, ist für Harrington ganz ausgeschlossen. Wer behauptet, daß Kommunismus möglich sei, kann ebensogut annehmen, daß es schwarze Schwäne geben könne, wie Harrington mit einem Vergleich meint, der sich gegen ihn selbst gewandt hat. Im allgemeinen denkt Harrington, wenn er auf die Levellers zu sprechen kommt, nicht an Kommunismus, sondern an Güterteilung. Für ihn sind alle Gleichmacher solche, die den ganzen Grundbesitz gleichmäßig aufteilen wollen, und er rechnet dann naiv heraus, daß, die Grundrente des Landes zu zehn Millionen Pfund Sterling gerechnet und unter eine Million Mann geteilt, pro Kopf jährlich zehn Pfund Sterling herauskämen; da stehe sich ja ein Häusler besser, der eine Kuh auf der Gemeindeweide habe und einen Schilling Taglohn verdiene. Es sei undenkbar, daß die Nation etwas von solcher Gleichmacherei wissen wolle. Durch seinen Gewerbfleiß akkumuliere das Volk, und Akkumulation hasse vor allem Gleichmachen. Ueberhaupt folge aus der demokratischen Gleichheit keineswegs die Notwendigkeit, den Besitz gleichzumachen. Die Auslassungen Harringtons über die Levellers sind besonders interessant durch ihre durchgängige Gleichsetzung der Gleichmacher mit Anhängern einer allgemeinen Ackerverteilung. Vergröbert muß die nämliche Vorstellung von den Gleichmachern in den weitesten Kreisen des Mittelstandes vorgeherrscht haben, dem Harrington natürlich in vielem weit voraus, aber doch kongenial war. Er meinte, in seiner „Oceana" einen sicheren Weg zum Abschluß der Revolution gezeigt zu haben und widmete das Werk Oliver Cromwell. Der Protektor hat es wohl mal angeschaut, aber offenbar nichts darin entdeckt, was ihm aus den inneren Schwierigkeiten heraushelfen könnte. Er selbst stand der Lage so ratlos gegenüber, daß er zur Zeit des Erscheinens der „Oceana" bereits auf ein ganz verzweifeltes Auskunftsmittel verfallen war.

Aeußere Erfolge sollten das allgemeine Interesse von den inneren Angelegenheiten ablenken. Darum brach Cromwell einen neuen Krieg vom Zaun. Nachdem mit den Niederlanden eben erst Friede geschlossen war, konnte nur ein Angriff auf Spanien oder Frankreich in Betracht kommen. Beide standen einander feindlich gegenüber und hatten sich bislang um die Wette um die Gunst des Protektors bemüht. Gefährlicher als das immer tiefer gesunkene Spanien erschien schon damals ohne Zweifel das mächtig emporstrebende Frankreich. Wenn Cromwell es trotzdem vorzog, mit Frankreich gegen Spanien gemeinsame Sache zu machen, so war dafür offenbar in erster Linie die Erwartung maßgebend, daß es nicht schwer halten könne, durch einen Einbruch in das spanische Kolonialreich Vorteile für den englischen Handel herauszuschlagen und durch Wegnahme spanischer Silberflotten reiche Beute zu machen, die dem Staatsschatz zugute kommen mußte. Cromwell suchte aber auch den Glauben zu erwecken, daß Spanien nach wie vor der unversöhnliche Feind der englischen Freiheit und Unabhängigkeit sei und die Eroberungspläne Philipps II. noch immer im Schilde führe. In den Verhandlungen, die dem Ausbruch des Krieges vorangingen, richtete er an den spanischen Gesandten Cardeñas zwei Forderungen: Freigabe des Handels mit Westindien und Sicher-

stellung der englischen Kaufleute in Spanien gegen Belästigung durch die Inquisition. Darauf erwiderte Cardeñas, das amerikanische Monopol und die Inquisition seien die beiden Augen seines Herrn, von denen er sich keines werde nehmen lassen.

Ehe noch der Krieg förmlich erklärt worden war, hatte Cromwell schon Geschwader abgesandt, um San Domingo zu erobern und die fällige spanische Silberflotte zu kapern. Der Anschlag auf die Schatzschiffe mißlang und auch der Angriff auf San Domingo wurde im Frühjahr 1655 abgeschlagen. Dafür eroberten die Engländer freilich Jamaika, das damals aber nicht für eine wertvolle Erwerbung gehalten wurde. Auf die englischen Feindseligkeiten antwortete Spanien im Herbst 1655 mit der Beschlagnahme aller englischen Schiffe und Waren in spanischen Häfen. Im folgenden Jahre gelang dem Admiral Blake die Wegnahme eines großen spanischen Transports von Silber, Perlen und Edelsteinen. Die englische Regierung bauschte den Erfolg auf. Auf zwei Millionen Pfund Sterling wurde der Wert der Beute angegeben. Tatsächlich waren es nur etwa 300 000 Pfund Sterling. Um möglichst viel Eindruck auf das Volk zu machen, ließ Cromwell das erbeutete Silber auf 38 Wagen von Portsmouth über Land nach London schaffen. Auch sonst fehlte es nicht an Kriegstaten, die zur Berauschung des Chauvinismus dienen konnten. Viel Rühmens wurde besonders von der Eroberung der Hafenstadt Dünkirchen in den spanischen Niederlanden gemacht. Sie kam in englischen Besitz nach einer Landschlacht in den Dünen (8. Juni 1658), wo die verbündeten Franzosen und Engländer über die Spanier siegten, auf deren Seite mehrere tausend ausgewanderte englische Kavaliere fochten. Aber mit allen militärischen Erfolgen ward doch der Zweck, um den es Cromwell hauptsächlich ging, nicht erreicht: der Zweck nämlich, seine politische Stellung in England zu befestigen, seiner Regierung die allgemeine Zustimmung des Landes zu verschaffen. Wieviel daran fehlte, zeigte wieder das zweite Parlament des Protektorats. Cromwell eröffnete dieses Parlament am 17. September 1656 mit einer langen Rede, in der er die Gegner



259. Dr. John Hewit
anglikanischer Geistlicher und Verschwörer
Wegen Teilnahme an einem Komplott gegen Oliver Cromwell 1658 hingerichtet

260. Bulſtrod und Whitlock überreichen Cromwell die Regierungsinſtrumente: Galgenſtrick und Granate

Bulſtrode Whitelocke, bekannter wandelbarer Juriſt der Revolutionszeit, erſcheint hier merkwürdigerweiſe als Doppelperſon. Royaliſtiſche Karikatur auf Cromwells Gewaltherrſchaft

des Protektorats alle in einen Topf ſteckte und für Verbündete des Landesfeindes erklärte. Er ſtellt Spanien als den natürlichen Feind der Briten hin, mit dem die engliſchen Papiſten und Kavaliere gemeinſame Sache machten. Die Spanier und Anhänger der Stuarts hätten ſich ſogar mit den Levellers verbündet, von denen ſchon ein Geſandter nach Madrid geſchickt worden ſei. Auch Republikaner hätten ſich den Levellers beigeſellt, ſo ſeltſam es ſei, daß reiche Leute mit ſolchen Männern ſich zuſammenfänden. Neben den Levellers ſeien auch Wiedertäufer im Komplott, die Cromwell als verräteriſche Apoſtaten ohne alle Religion bezeichnet. Die Gläubigen der fünften Monarchie hätten ſich den Levellers zu ſeinem Verderben angeſchloſſen, und ſuchten eine Verſöhnung zu ſtiften zwiſchen Herodes und Pilatus, um Chriſtus zum Tode zu bringen. Schon ſeien Verſchwörungen gegen ſein Leben entdeckt. Dann bezeichnet der Protektor wieder als Anſtifter aller dieſer Umtriebe „Eure alten Feinde, die Papiſten und Kavaliere". Dieſe müßten alſo, wie die Spanier, aufs nachdrücklichſte bekämpft werden. Zu dem Zweck ſeien die Generalmajore eingeſetzt worden. Die Royaliſtenſteuer findet Cromwell notwendig und billig, weil der Ertrag zur Bekämpfung der ſpaniſchen Verbündeten der Kavaliere diene; wer ſie verwerflich finde, nehme gegen das Intereſſe von England Stellung. So verteidigt der Redner überhaupt das ganze Gebaren der Generalmajore. Sie hätten den inneren Frieden geſichert, Religion und Moral gefördert. Die Religion ſpielt in der Rede eine große Rolle; die Gewiſſensfreiheit wird betont und zum Schluß geradezu Gott mit poetiſchem Schwung angerufen. Dazwiſchen aber iſt Cromwell auch genötigt, der proſaiſchen Wirklichkeit näherzutreten, und um Geld zu bitten, damit der Krieg weitergeführt werden könne.

Die Rede und Politik des Protektors hätte im Parlament zweifellos heftigen Widerſpruch gefunden, wenn die Oppoſition nicht von vornherein mundtot gemacht worden wäre. Als nämlich die Sitzungen beginnen ſollten, fanden nur diejenigen Mitglieder Zulaß, die eine vom Staatsrat unterfertigte Eintrittskarte vorzeigen konnten. 160 Mitglieder wurden zurückgewieſen, in der Mehrzahl republikaniſche Gegner des Protektorats unter der Führung von Haſelrig und Scott. Als Handhabe zu dieſem Gewaltſtreich diente ein Paragraph des Regierungsinſtruments, nach dem die Wahlprüfung dem Staatsrat zuſtand und „Delinquenten" ſowie Leute ohne die nötige „Integrität" ausgeſchloſſen ſein ſollten. Integrität bedeutet nach allgemeinem Sprachgebrauch im engliſchen wie im deutſchen ſoviel wie Rechtſchaffenheit. Der Staatsrat aber legte es ſo aus, daß man auch in bezug auf die beſtehende Verfaſſung integer, unanfechtbar, ſein müſſe: weshalb alle Gegner des

Regierungsinstruments an den Sitzungen nicht teilnehmen dürften. Dieser niedrige Kniff konnte natürlich nicht verhüllen, daß es sich um nackte Gewalt handle. Die ausgeschlossenen Republikaner antworteten mit einem heftigen Protest, worin sie u. a. sagten, daß alles in die Hände eines Sultans und seiner Janitscharen gefallen sei, die Nation alle Rechte verloren habe. Dieser größte Usurpator, Räuber und Mörder, den England je gesehen, habe ihnen sogar die Wahlfreiheit genommen, und ein Ding eingesetzt, Parlament genannt, um das zu tun, dessen er selbst sich schäme. Das Schriftstück erklärte die etwa Weitertagenden für Verräter an den Freiheiten Englands und für Mitschuldige der Erzfeinde der Republik.

261. Der hohe Gerichtshof oder Olivers Schlachthaus
Royalistische Karikatur

Die Zugelassenen ließen sich dadurch weiter nicht stören. Im Parlament war ja nun die Regierungspartei so ziemlich unter sich. Es sollte sich freilich bald zeigen, daß sie selbst nicht geschlossen war, sondern in zwei Teile zerfiel: eine Minderheit umfaßte die eigentliche Militärpartei, Lambert und andere Generalmajore, die Mehrheit wollte eine starke Regierung auf bürgerlicher Grundlage, um die Revolution definitiv abzuschließen, und sie war dabei mehr für Cromwell, als jene, die den Protektor in ihrer Hand behalten wollte. Der Gegensatz stellte sich aber nicht sogleich heraus; zunächst ging in dem gesäuberten Parlament alles glatt vonstatten. Man erklärte den angeblichen Rechtstitel Karl Stuarts und seiner Nachkommen für null und nichtig, billigte den Krieg mit Spanien und votierte 400 000 Pfund Sterling zur Bestreitung der Kriegskosten. Auch wurden die meisten Ordonnanzen der parlamentslosen Zeit, ohne Schwierigkeiten bestätigt.

Zu Meinungsverschiedenheiten kam es erst, als die militärische Diktatur der letzten Zeit zur Debatte gestellt wurde. Die Mehrheit nahm gegen die Generalmajore scharf Stellung, als Desborough kurz vor Jahresschluß eine Bill einbrachte, wodurch die Weitererhebung der Royalistensteuer und zugleich die Fortdauer der Generalmajorswirtschaft angeordnet wurde. Die militärischen Statthalter wurden aufs heftigste angegriffen, der Tyrannei bezichtigt, als Paschas bezeichnet. Es traten auch Redner auf, denen die Royalistensteuer als unbillig und mit der Amnestie im Widerspruch erschien, insbesondere zwei ehemalige, zur Regierung übergegangene Royalisten, Claypole und Henry Cromwell. Dieser war ein Neffe, jener ein Schwiegersohn des Protektors. Von seiten der Generalmajore, die sich nach Kräften gegen die Angriffe wehrten, wurde den beiden Verwandten Cromwells mit seinem Zorn gedroht: hatte er doch in seiner Rede vom 17. September noch für die Generalmajore Partei genommen. Sie verrechneten sich aber, indem sie auf den Protektor zählten. Er bekundete nicht nur keine Mißbilligung der von seinen Verwandten geführten Reden, sondern zeichnete Henry Cromwell obendrein aus:

der Protektor war zu der Zivilpartei abgeschwenkt. So wurde die Desboroughsche Bill abgelehnt und der Wirksamkeit der Generalmajore ein Ende bereitet (Januar 1657).

In dieselbe Zeit fällt die Entdeckung eines neuen Attentats auf das Leben Cromwells. Der Demokrat Sindercombe, ein ehemaliger Offizier und Freund von Sexby, der mit im Spiele war, hatte den Versuch unternommen, Cromwell aus dem Wege zu räumen, wurde aber verraten und starb im Gefängnis an dem Tage, auf den seine Hinrichtung angesetzt war, durch eigene Hand. Dieses Attentat kam der Regierung sehr zustatten. Ueberall wurden Dankesfeste für die Erhaltung von Cromwells Leben gefeiert, und es konnte kein Zweifel bestehen, daß dies nicht bloße Regierungsmache war. Tatsächlich erblickte eine große Menge in Cromwell die einzige Stütze der Ordnung, die durch den Sieg der Anabaptisten mit dem allgemeinen Umsturz bedroht sei, während von der Rückkehr der Stuarts eine zügellose Reaktion bis zur Aufrichtung des Papismus befürchtet wurde. Der revolutionären und der reaktionären Gefahr aber nicht allein, sondern auch der Gefahr der reinen Militärherrschaft könne am besten dadurch vorgebeugt werden, daß die höchste Würde in Cromwells Familie durch Parlamentsbeschluß erblich gemacht werde, daß überhaupt eine neue Verfassung parlamentarischen Ursprungs die endgültige Befestigung der Verhältnisse durch Königtum und eine zweite Kammer herbeiführe.

Schon an dem Tage, als dem Haus Mitteilung vom Sindercombeschen Attentat gemacht wurde, nahm ein Abgeordneter das Wort zu der Anregung, man solle Cromwell bitten, im Interesse der Beruhigung des Landes die Regierung nach den Formen der alten Verfassung zu übernehmen. Diese Worte entfesselten einen großen Sturm, hauptsächlich unter den militärischen Mitgliedern des Parlaments. Ein Redner sagte, die alte Verfassung sei Karl Stuart: „ich hoffe nicht, daß wir ihn zurückrufen wollen". „Der Antragsteller", sagte ein anderer Abgeordneter, „ist einer von denen, die das mit zerstört haben, was er jetzt wiederherstellen möchte; ein König, Lords und Gemeine sind die alte Verfassung, die wir mit Aufopferung von so viel Blut und Geld gestürzt haben. Wollt Ihr den Lord Protektor zum größten Heuchler der Welt machen, indem Ihr ihn auf diesen Thron setzt, gegen den Gott genügend Zeugnis abgelegt hat? Wollt Ihr jetzt wieder das Königtum aufrichten, das seit tausend Jahren das Volk Gottes geplagt hat?!" Die Debatte wurde zunächst nicht weitergeführt, die Anregung für den Augenblick fallen gelassen. Nach ein paar Wochen kam man aber darauf zurück, und diesmal ließ die Zivilistenmehrheit es nicht bei einer bloßen Rekognoszierung bewenden.

Am 23. Februar 1657 stellte der Londoner Abgeordnete und Alderman Pack in aller Form den Antrag, den Protektor zur Annahme eines höheren Titels und des Zweikammersystems einzuladen, damit die gegenwärtige Ungewißheit der Regierungsform aufhöre und das Eigentum gesichert werde. Der Antragsteller reichte ein umfangreiches Schriftstück ein, das einen kompletten Verfassungsentwurf darstellte und unter dem Titel: „Humble petition and advice", „Ergebene Bittschrift und Raterteilung", der Geschichte angehört. Die militärischen Republikaner wollten gar keine Verlesung des Antrages zulassen und bekundeten überhaupt

262. Englische royalistische Karikatur auf Cromwell als Lord Protektor

lärmende Entrüstung. Aber die Zivilpartei beschloß mit 144 gegen 54 Stimmen, die Verlesung zu genehmigen, und ferner, die Beratung des Antrages am nächsten Tage zu beginnen. Im Parlament vermochten die Militärs gegen die starke Mehrheit nichts auszurichten. Sie versuchten nun ihr Glück beim Protektor selbst. Am 27. Februar erschienen 100 Offiziere bei Cromwell und protestierten gegen die Einführung der monarchischen Regierungsform. Unter den Erschienenen waren Lambert, sowie Desborough, Cromwells Schwager, und Cromwells Schwiegersohn Fleetwood. Diesen beiden schrieb man sogar Beziehungen zu den Anabaptisten zu, d. h. den Anhängern der fünften Monarchie, während Lambert an der Spitze der reinen Militärpartei stand. Unter den protestierenden Subalternoffizieren überwogen die grundsätzlichen Republikaner und Anabaptisten. Diese gingen nun also mit denen, die von der Einführung eines parlamentarischen Königtums eine Gefährdung der militärischen Machtstellung befürchteten, Hand in Hand.

Daß die beiden Flügel des Offizierkorps in der Angelegenheit gemeinsame Sache machten, hat zweifellos ohne weiteres auf Cromwell eine bedeutende Einwirkung geübt. Es lag ihm überhaupt nicht viel an dem Königstitel. So erklärte

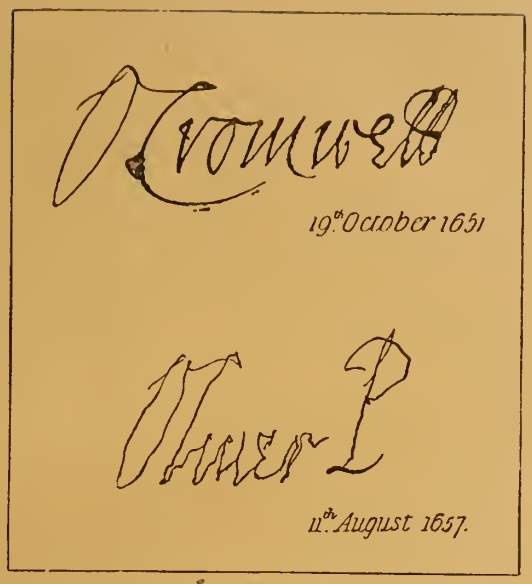
er den Offizieren, er habe mit der ganzen Angelegenheit bisher nichts zu tun gehabt. Sie sei aber nicht tragisch zu nehmen; ihm sei der Königstitel wie eine Feder, auf den Hut gesteckt, ein wertlos Ding. Es sei aber Zeit, zu einem „Abschluß" zu kommen, aller Willkür ein Ende zu machen, die Verfassung zu verbessern. Cromwell wollte die neue, parlamentarische Verfassung, wenn auch ohne den Königstitel, retten und brachte es auch mit den protestierenden Offizieren wenigstens dahin, daß sie sich bereit erklärten, der Debatte ihren Lauf zu lassen und auch gegen das Zweikammersystem und das Recht Cromwells, seinen Nachfolger zu ernennen, nicht zu opponieren, wenn nur die Frage des Königstitels bis an den Schluß der ganzen Verfassungsberatung verschoben werde und kein Artikel der Bill ohne die übrigen gültig sei.

Auf der Grundlage dieses Kompromisses ging nun das Parlament zu Werke. Ein Punkt nach dem anderen ward durchberaten und angenommen, und am 25. März, zum guten Schluß, fiel die Entscheidung über die Königsfrage. Mit 123 gegen 62 Stimmen ward beschlossen, daß der Protektor ersucht werden solle, den Titel und das Amt eines Königs anzunehmen und nach den Gesetzen auszuüben. Ende des Monats sprach eine Parlamentsdeputation mit der „ergebenen Bittschrift und Naterteilung" bei Cromwell vor. Er billigte alles außer dem Königstitel, über den er bestürzt sei; er verlangte Frist zur Ueberlegung. Die Bedenkzeit, die der Protektor sich nahm, dauerte schließlich länger als einen Monat. Das Haus setzte eine Kommission ein, um mit Cromwell über seine Bedenken zu verhandeln.

Während diese Konferenzen im Gange waren, erfolgte in London ein Putsch der Millennarier, die, wie alle radikalen Elemente, durch den Versuch, das Königtum herzustellen, in die größte Erregung geraten waren und den Augenblick gekommen hielten, gegenüber der Monarchie Cromwells die Monarchie Christi zu proklamieren. Am 9. April 1657 unternahmen einige 80 streitbare Anhänger der fünften Monarchie unter der Führung des Küfers Venner den Versuch, einen bewaffneten Aufstand gegen die Regierung zu erregen. Sie hatten einige Waffenvorräte, Flugschriften und ein Panier mit einem roten Löwen in ruhender Stellung, dem Löwen von Judah, mit dem Motto: „Wer wird ihn aufwecken?" Sie dachten, es bedürfe nur eines kühnen Beispiels, um das Volk zur allgemeinen Erhebung fortzureißen. Ihr Unternehmen war aber schon vereitelt, ehe es noch richtig begonnen hatte: Spitzel der Regierung hatten den Plan ausspioniert. Und als die Soldaten Christi am 9. April gestiefelt und gespornt dem Rendezvousplatz in Mile-End zustrebten, wurden sie von Soldaten Cromwells einzeln aufgehoben. General Harrison, die Obersten Okey, Danvers und Rich, Admiral Lawson wurden mit dem verunglückten Handstreich in Verbindung gebracht und verhaftet. Es ist aber kaum anzunehmen, daß sie etwas mit dem unüberlegten Putsch zu schaffen gehabt haben.

Die Königsmacher im Parlament wurden durch die Erhebung, die ihnen als Beweis für die fortwährende Gefahr einer sozialen Revolution erschien, natürlich in ihrem Bestreben bestärkt, durch Aufrichtung des Cromwellschen Königtums konservative Garantien zu schaffen. Mit der Absicht, die staatliche und gesellschaftliche Ordnung zu befestigen, erklärte sich Cromwell bei den Besprechungen nachdrücklichst einverstanden; aber er hob auch hervor, daß die Bedenken ehrlicher,

den Interessen der Regierung und der Volksfreiheit getreuer Männer berücksichtigt werden müßten, die sich den Königstitel nicht gefallen lassen wollten. Ehe er noch einen endgültigen Bescheid gab, sah man, daß er den Titel ablehnen werde, dagegen den übrigen Inhalt der neuen Verfassung als brauchbare Stütze der neuen Ordnung der Dinge ansehe; nur äußerte er den Wunsch nach Gesetzreformen, um auch den Radikalen etwas zu bieten. Den 8. Mai wollte Cromwell sein letztes Wort in der Königsfrage sprechen. An diesem Tage lief beim Parlament eine Offizierspetition ein, in der es hieß: die den General zur Annahme des Königstitels drängten, wollten ihn zugrunde richten und die Nation unter die alte Knechtschaft bringen; das Parlament möge an der alten Sache festhalten, für die die Bittsteller zu sterben bereit seien. Auch ohne diese Pression wäre Cromwells Bescheid so ausgefallen, wie er lautete: er könne den Königstitel nicht annehmen. Das Parlament strich darauf den betreffenden Punkt in der Verfassung und legte sie dann von neuem dem Protektor vor, der sie jetzt annahm.



263. Cromwells Unterschrift im Jahre 1651 und im Jahre 1657

Die ergebene Bittschrift und Naterteilung dieses Parlaments unterschied sich nur in wenigen Punkten erheblich von dem Regierungsinstrument des Offizierrats von 1653. Einmal durch ihren nichtmilitärischen Ursprung; dann wies sie dem Parlament das Recht der Wahlprüfung zu. Dies war die einzige Kompetenzerweiterung für das Parlament oder vielmehr für „das eine Haus"; denn nun soll ein „anderes Haus" danebentreten, dessen Mitglieder der Protektor ernennt. Auch bestimmt der Protektor seinen unmittelbaren Nachfolger. Im Budgetrecht ist so ziemlich alles beim alten: 1 800 000 Pfund Sterling für Armee und Flotte werden ein- für allemal bewilligt.

Nach der neuen Verfassung war England bloß noch nominell eine Republik; den leeren Namen hatten die Offiziere durch ihre Opposition gerettet, für die übrigens Lambert mit Pensionierung bestraft wurde. Mit königlichem Pomp wurde am 26. Juni die feierliche Inaugurierung des neuen parlamentarischen Protektorats vollzogen. Demnächst vertagte sich das Parlament auf sechs Monate, nachdem es zuvor noch die Staatseinkünfte auf drei Jahre um 300 000 Pfund Sterling vermehrt hatte. Die Sätze der Akzisen und Zölle, die den Mehrbedarf bringen sollten, waren jetzt so hoch gesteigert, daß man sich fragte, ob nicht der Mehrertrag durch verminderten Verbrauch werde in Frage gestellt werden. Jedenfalls, die Steuerlast wurde allgemein als unerträglich drückend empfunden. Dabei stellte sich

bald heraus, daß die einkommenden Gelder bei fortdauerndem Kriege nicht entfernt genügten. Die Regierung war neuer Bewilligungen dringend bedürftig, als das Parlament am 20. Januar 1658 wieder zusammentrat.

Seine Gestalt war gegen das Vorjahr sehr verändert. Einmal war nun das „andere Haus" der neuen Verfassung vorhanden. Cromwell hatte 63 Mitglieder berufen. Er hatte versucht, acht von den früheren Mitgliedern des alten Herrenhauses hinzuzuziehen. Aber nur zwei folgten dem Ruf. Die anderen wollten nicht mit revolutionären Emporkömmlingen, wie dem ehemaligen Schuster Hewson, auf einer Bank sitzen. Neben Hewson saß noch eine Anzahl höherer Offiziere im „anderen Hause". Um es zu füllen, hatte die Regierung zur Berufung einer ganzen Reihe von bisherigen Parlamentsmitgliedern, regierungsfreundlichen natürlich, gegriffen. Dadurch waren die Reihen der Regierungspartei im Unterhaus erheblich gelichtet, während die Opposition außerordentlich verstärkt war. Denn, da nach der neuen Verfassung die Wahlprüfung dem Unterhaus selbst zustand, mußten nun die im September 1657 ausgeschlossenen Mitglieder zugelassen werden: sie waren, Haselrig und Scott an der Spitze, begreiflicherweise in sehr kriegerischer Stimmung.

Ihr Angriff richtete sich zunächst nicht unmittelbar gegen das Protektorat, sondern gegen das „andere Haus". Cromwell hatte in seiner Anrede beim Zusammentritt der beiden Häuser von Lords und Gemeinen gesprochen. Als Lords bezeichneten sich sogleich auch die Mitglieder des Oberhauses selbst. Dagegen verwahrte man sich im Unterhaus alsbald; es sei beschlossen worden, daß noch ein anderes Haus sein solle, aber kein Haus der Lords. Sodann ward die Stellung des anderen Hauses im ganzen erörtert. Man erklärte sich gegen jede Autorität, die befugt sei, zu den Beschlüssen der Gemeinen Nein zu sagen; denn diesen Beschlüssen stehe von Rechts wegen Gesetzeskraft zu. Mit diesem Grundsatz nun vertrug sich überhaupt kein „anderes Haus". Am wenigsten aber wollte man eins, das an das alte Haus der Lords erinnerte. „Ihr wißt, wie unnütz und schädlich das alte Haus der Lords war", sagte Haselrig, „es gab freiwillig sein Leben auf, und das Heer, unser frommes Heer, bewilligte ihm ein anständiges Begräbnis. Sollen wir sie heute wieder ausgraben, nachdem sie so viele Jahre in der Erde gelegen haben? Wäre das nicht eine Schande für die ganze Nation?" Vergebens griff Cromwell am 25. Januar ein, indem er vor beiden Häusern zum Frieden und zur Eintracht mahnte: die Mehrheit der Gemeinen blieb entschlossen, das andere Haus nicht als gleichberechtigt oder gar bevorrechtet anzuerkennen.

Durch diesen Angriff auf die neue Verfassung fühlte der Protektor sich selber mittelbar berührt, und in der Tat würde die Mehrheit demnächst die Stellung Cromwells selber angefochten haben. Soweit wollte er es nun nicht kommen lassen. Als er sah, daß die Mehrheit der Gemeinen an kein Einlenken denke, entschloß er sich am 4. Februar 1658 ganz allein und urplötzlich ohne Zuziehung des Staatsrats zur Parlamentsauflösung. Er hielt den beiden Häusern eine Anrede, worin er den Gemeinen die heftigsten Vorwürfe machte. Er beschuldigte sie schließlich sogar, den Stuarts in die Hände zu spielen. „Der junge Mann, der sich König der Schotten nennt, hat ansehnliche Streitkräfte; unsere Nachbarn leihen ihm Schiffe und bei dem ersten günstigen Winde kann er landen. Dennoch können wir uns nicht vereinigen, sondern gefallen uns in kleinlichem Streit. Die Einkünfte reichen für die Armee

nicht aus, aber wir tun nichts, um einem plötzlichen Bedürfnis gewachsen zu sein und der Nation zu dienen. Gott sei Richter zwischen mir und Euch! Ich löse dieses Parlament auf."

264. Betende Puritaner

Die finanzielle Lage der Regierung war jetzt sehr schwierig. Das Parlament von 1658 hatte keinen Pfennig bewilligt. An Erhebung einer unbewilligten Steuer ließ sich nicht denken; wurden doch die 1657 bewilligten Steuern als nicht ordnungsgemäß votiert, mitunter verweigert. Die Regierung in ihren Nöten griff wieder zur Versilberung konfiszierter Güter; wer Geld vorschoß, wurde mit Anweisungen auf Land bezahlt. Aber der Geldmangel blieb sehr drückend. Die Bezahlung der Armee kam in Rückstand und das verursachte unter den Soldaten viel Murren. Daß die militärische Mißvergnügtheit nicht auch politisch gefährlich werde, suchte Cromwell durch starken Personenwechsel im Heere zu verhindern. Zahlreiche anabaptistische Elemente wurden ausgestoßen und durch fügsamere ersetzt. Freilich war der Protektor nicht immer ganz sicher, ob die scharfe Stellungnahme gegen die Revolutionäre richtig sei. Er äußerte sich gelegentlich auch in dem Sinne, daß ein Abkommen mit den Anabaptisten notwendig sei: man müsse ihnen genugtun, oder man werde in einen neuen Bürgerkrieg geraten. Aber in der Praxis ging die Regierung doch aufs schärfste gegen die Anhänger der fünften Monarchie und die Reste der Levellers vor, als sie sich nach der Auflösung von 1658 zu regen begannen. Die Regierung brachte sie mit den Royalisten in Verbindung, die zu dieser Zeit auch wieder eine an Cromwell verratene Verschwörung versuchten. Einige Royalisten wurden hingerichtet. Sicher konnte sich aber Cromwell nicht fühlen. Mit neuen Attentaten war immer zu rechnen. Schon 1657 erschien eine wohl von Sexby verfaßte revolutionäre Flugschrift gegen ihn: „Töten kein Mord." Man sagt, daß der Protektor seit der Lektüre dieser flammenden Anklage und Aufforderung zu Attentaten nicht mehr gelacht habe.

Soviel ist jedenfalls sicher, daß die Notwendigkeit, beständig vor Attentaten auf der Hut zu sein, neben der enormen politischen Verantwortung und Arbeitslast, die auf Cromwell lag, viel dazu beigetragen hat, ihn vor der Zeit aufzureiben, seine Nerven zu zerrütten. Er soll das Uebel dadurch verschlimmert haben, daß er zur Beruhigung Opium nahm. Einen schweren Stoß versetzte ihm auch der plötzliche Tod seiner Lieblingstochter Bridget, der im Sommer 1658 erfolgte. Bald darauf wurde er von einem heftigen Fieber ergriffen, von dem er sich zwar vorübergehend noch einmal ein wenig erholte, das ihn aber schließlich an seinem Glückstag, dem 3. September, dem Jahrestag von Dunbar und Worcester, im sechzigsten

Lebensjahr allen politischen und persönlichen Sorgen entrückte, nachdem er seinen Sohn Richard zu seinem Nachfolger in der Protektorwürde bestellt hatte.

Die offiziellen Trauerkundgebungen für den Heimgegangenen ließen an Massenhaftigkeit nichts zu wünschen übrig. Zahlreiche Nekrologe in Prosa und Versen überboten sich in Lobeshymnen auf den verstorbenen Protektor. Zu den bekanntesten poetischen Nachrufen auf Cromwell gehört ein Gedicht von Edmund Waller, einem entfernten Verwandten des Protektors. Er nimmt den Mund mächtig voll. Darauf ist nun nicht übermäßig viel zu geben; denn Waller war, wie soviele andere Parteigänger Cromwells, ein politisches Chamäleon und hat hernach ein ganz anderes Lied gesungen, gleichfalls im Brustton der Ueberzeugung. An Cromwell rühmt er hauptsächlich, daß er der wilden Wut der Bürgerkriege ein Ende gemacht und England zu großen auswärtigen Erfolgen geführt habe. Diese letzteren sah nun aber die öffentliche Meinung Englands nach wie vor mit sehr gemischten Gefühlen an.

Cromwells spanischer Krieg hatte trotz aller Erfolge herzlich wenig Anerkennung gefunden. Vielmehr wurde ihm beständig vorgeworfen, er habe den Krieg eigenmächtig, ohne vorherige Befragung des Parlaments unternommen, und dieser Krieg habe dem Land riesige Kosten gemacht, ohne entsprechende Vorteile zu bringen. Aus den spanischen Maßregeln gegen den britischen Handel war dem englischen Wirtschaftsleben schwerer Nachteil erwachsen. So heißt es in einer Flugschrift vom Mai 1659, Cromwell habe sich bei seinem Tod in seinen wichtigsten Plänen getäuscht gesehen, habe den Staat infolge seiner unprofitablen Kriege bankerott hinterlassen und die Allgemeinheit sei durch den Niedergang des Handels verarmt. Auch in einem brandenburgischen Gesandtschaftsbericht aus dem gleichen Jahr wird gesagt, daß der Krieg nur geringe Beute gebracht, großen Nachteil dagegen die Konfiszierung der englischen Effekten in den spanischen Gebieten und die darauf erfolgte „Entbehrung der Kapitalkommunikation mit Spanien".

Außer den wirtschaftlichen Nachteilen infolge des spanischen Krieges wird dem verstorbenen Protektor in einer anderen Londoner Flugschrift des Jahres 1659, die von „Wohlgesinnten" herrührt, auch die Willkürlichkeit seiner Verwaltung zum Vorwurf gemacht. Er habe es noch schlimmer getrieben, als weiland Karl I., unbewilligte Abgaben ganz offen eingetrieben, die Parlamente immer wieder auseinandergejagt, sich empörende Eingriffe in den Lauf der Gerechtigkeit und in die persönliche Freiheit zuschulden kommen lassen. Zahlreiche Unbeteiligte habe er in angebliche Komplotte verwickelt und alsdann in Gefängnisse gesperrt, auf entlegene Inseln verwiesen, oder nach Westindien deportiert. In den Provinzen habe er in den Generalmajors gleichsam Paschas aufgestellt . . .

Solche scharfen Urteile können nun ebensowenig als unbefangene Würdigung des Protektors gelten, wie die Liebedienereien seiner Lobredner. Die kritiklosen Bewunderer sowohl als die unbedingten Tadler Cromwells verfallen übereinstimmend dem Fehler, daß sie seine persönliche Bedeutung, seinen persönlichen Einfluß auf den Gang der Revolution maßlos überschätzen. Ob er nun als Heros gepriesen oder als „großer Betrüger" verdammt wird, gemeinsam ist diesen scheinbar so ganz entgegengesetzten Urteilen der Grundirrtum, daß er für den Urheber der großen Begebenheiten gilt, während er ein Geschöpf der Ereignisse gewesen ist. Cromwell hat selbst einmal gesagt, der komme am weitesten, der nicht wisse, wohin

er gehe. Das gilt für seine Laufbahn im eminentesten Sinne. Nichts verkehrter als die lange Zeit allgemein akzeptierte Meinung über Cromwell, er sei ein Mensch von dämonischem Ehrgeiz gewesen, der sich von Anbeginn mit der Absicht in den Revolutionsstrudel gestürzt habe, unter allen Umständen obenanzukommen, Diktator, König zu werden. Die Revolution sei ihm bloß ein Mittel für seine Zwecke, die Befriedigung einer unersättlichen Herrschsucht gewesen. Dabei muß er denn als ein Heuchler und Lügner durch und durch dargestellt werden.

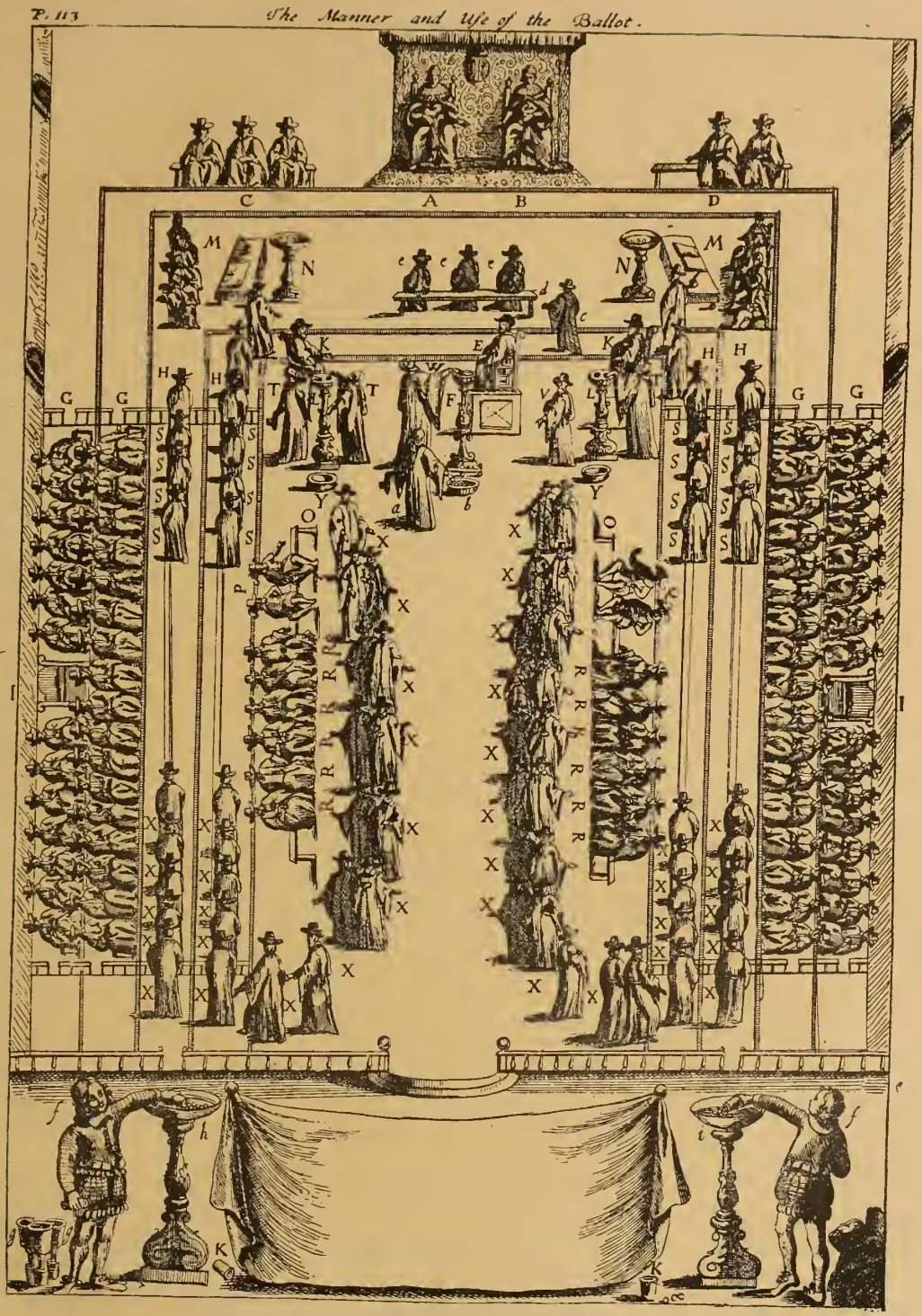
Diese Meinung über Cromwell hat heute keine Verfechter mehr, weil sie schlechterdings nicht mit den Tatsachen in Einklang zu bringen ist. Wahr ist vielmehr, daß er mit den besten Absichten, aber sehr unbestimmten Anschauungen in die Politik eingetreten ist. Unter dem Einfluß der Ereignisse und der Umgebung haben sich dann seine Meinungen erst recht herausgebildet und vielfach umgewandelt. Er war ein Opportunist von reinstem Wasser: „Der Antrieb zu seinem Tun und Lassen", urteilt Ranke ganz richtig über ihn, entsprang ihm meist aus den Notwendigkeiten des Moments." Die persönliche Stellung, zu der er emporgehoben wurde, sah er selbst mit sehr gemischten Gefühlen an. Hätte er sein Gefühl zu Rate gezogen, sagte er mitunter, so hätte er lieber den Stab eines Schäfers ergriffen, als die Protektorstelle angenommen. Nur dem Gebot der Notwendigkeit habe er gehorcht, das eigene Glück dahingegeben, um sein Vaterland vor Anarchie und Untergang zu bewahren. Mit Freuden werde er die schwere Bürde niederlegen, sobald es mit Sicherheit für die Nation geschehen könne. Im Gespräch über James Harrington und seine „Oceana" äußerte er: Er sei so sehr wie irgendeiner gegen persönliches Regiment, aber er sei gezwungen, das Amt eines „Schutzmanns" (constable) auf sich zu nehmen, nachdem sich gezeigt, daß die Parteien im Lande sonst nie über eine Regierungsform ins reine kommen würden. So sagte er auch in einer Rede vom 10. April 1657: „Ich sollte meinen, das Wichtigste wäre, eine feste Ordnung in der Nation zu begründen. Ich bin bereit, dabei zu dienen, nicht als König, sondern als Konstabler, um den Frieden aufrechtzuerhalten."

Sein Ziel nun, den Abschluß der Revolution durch einen Ausgleich der Interessen, durch eine Versöhnung der Gegensätze herbeizuführen, hat er nicht erreicht. Er kam nicht aus der Militärdiktatur heraus, so krampfhaft er auch versuchte, zu einem verfassungsmäßigen Regiment zu gelangen. Nach seinem Tode ging die Fehde baldigst mit vermehrter Heftigkeit wieder los. Man hat gesagt, wenn er am Leben geblieben wäre, so wäre alles anders gekommen. Dagegen ist aber einzuwenden, daß sein Nachfolger Richard ganz in seinem Sinn, nach den Eingebungen der erprobten Ratgeber Olivers regiert hat. Dabei insofern klüger, als die uferlose Weltpolitik mit Olivers Tod aufhörte, hauptsächlich allerdings aus Geldmangel. Oliver Cromwell aber trug sich noch mit äußerpolitischen Projekten, die geradezu unsinnig waren. Er hatte nicht übel Lust, sich an der Wesermündung festzusetzen und einen Kriegszug gegen Oesterreich zu unternehmen, ein phantastisches Vorhaben, dessen Ausgang sich leicht voraussagen ließ. Er blieb eben dabei, daß man das öffentliche Interesse nach außen hin ablenken und das Heer beschäftigen müsse. Die Verknüpfung mit dem Militarismus ließ ihn nicht los und mußte ihn notwendig in immer größere Schwierigkeiten bringen. War

doch die Abneigung gegen den Militarismus und die schweren Militärlasten ein Hauptgrund für das Eintreten der nachherigen Reaktion.

In einer der Broschüren, die Lilburne im Jahre 1649 veröffentlichte, findet sich eine merkwürdige Stelle, aus der zu entnehmen ist, wie die Erbitterung über den Militarismus und die Militärlasten ein Antrieb zur Restauration der Stuarts sein konnte. Da schreibt der Demokratenführer: „Wenn wir einen König haben müssen, so würde ich für meinen Teil lieber den Prinzen haben wollen, als jeden anderen Mann in der Welt und zwar wegen seines großen vermeintlichen Rechts. Freilich wollte er mit Waffengewalt, mit Hilfe von Ausländern kommen, so könnte ihm der bloße Versuch ganz ersichtlich den sofortigen Verlust von allem zuziehen, indem er die jetzt geteilten Elemente zusammenketten, wie ein Mann ihm gegenüberstellen würde. Käme er dagegen mit Hilfe von Engländern, auf Grund eines Vertrages über die vorerwähnten Prinzipien (d. h. die des Volksvertrages), was leicht zu machen wäre, so wird das Volk leicht einsehen, daß es alsdann den offenbaren Vorteil hat, daß, da er mit den fremden Nationen in Frieden ist und keinen königlichen Prätendenten zum Konkurrenten hat, alle Armeen, Garnisonen und Flotten, mit Ausnahme der Besatzung für die fünf alten Kriegshäfen, sofort aufgelöst werden können, und so würden diese großen Plagen des Volkes aufhören, nämlich Freiquartier, Steuern und Akzise: wodurch es dahin käme, daß die Leute wieder einmal wirklich sagen können, sie genießen etwas, was sie im Ernst ihr eigen nennen können. Während, wenn die jetzige Armee den vorgeblichen Heiligen Oliver oder irgendeinen anderen als ihren erwählten König emporhebt, es von Anfang des Kapitels bis zu Ende nichts als Kriege und Halsabschneidereien von Jahr zu Jahr geben wird. Ja, und dazu das absolute Erhalten einer stehenden, immerwährenden Armee, unter der das Volk voll und ganz Sklave ist . . ." Es ist wohl nicht nötig, hervorzuheben, was in Lilburnes Argument irrtümlich ist: aus dem Fortgang der Begebenheiten ergibt sich von selbst, inwiefern Lilburnes Erwartungen durch die Tatsachen Lügen gestraft wurden. Da waren es längst nicht mehr bloß die Erwartungen des verstorbenen Volkstribunen, sondern die großer Massen von Engländern. Kein Zweifel, daß Argumente, wie die Lilburnes, den Royalisten immer mehr Anhänger zugeführt haben, als die Armee erst unpopulär, dann verhaßt geworden war. So führt eine royalistische Agitationsschrift von 1660 zugunsten des Königtums aus: Durch einen Abschluß mit Karl II. würde es Frieden geben und daher Ueberfluß. Ohne Furcht vor einem Prätendenten, im Einvernehmen mit Schottland und Irland, werde man auch Frieden im Innern, mit den englischen Kavalieren haben. Eine allgemeine Versöhnung der Parteien werde erfolgen, und dann sei kein Bedürfnis nach einem Landheer, so daß Steuern und Akzise aufhören würden.

Man darf nun nicht den Wunsch, den Militarismus loszuwerden, als den Grund der Restauration hinstellen, wie manchmal geschehen. Eine wohl noch größere Rolle spielt die bürgerliche und bäuerliche Angst vor den Kommunisten. Diese reaktionäre Triebfeder nicht zu übersehen, hätte von je her ein so bekanntes Spottgedicht auf die Puritaner, wie Samuel Butlers „Hudibras" lehren können. Wo Butler von dem Fortgang der Dinge nach Oliver Cromwells Tode spricht, gedenkt er der Radikalen und Kommunisten in erster Linie.



265. Abstimmung in der Volksvertretung von „Oceana"

Flugblatt von 1659 zur Illustrierung und Propagierung des Harringtonschen Vorschlags, die geheime Abstimmung mittels Kugeln — ballot — einzuführen. Auch für die Wahlen wollte Harrington die mündliche durch die geheime Abstimmung ersetzt wissen

Er beschreibt, wie sie wütend nach Reformen gerungen hätten, als Cromwell das Regiment verließ:

„Sein Sohn, ein lahmer Vicedom,
Ergriff mit schwacher Hand den Zaum.
Erst dankt er seinen einz'gen Stab,
Das Unterhaus, aus Kleinmut ab;
Dann sank er unter'm schweren Staate,
Der ihn zu arg geritten hatte.
Jetzt kam der Heiligen Regiment,
Wonach sie lange sich gesehnt
Und sich halb abgehungert hatten
Nach einem Reich voll Potentaten,
Frei vom ägypt'schen Sklavenfron
Der Ordnung und Religion ...
Nach Meister Jan von Leydens Schnitt,
Der einst in Münster herrscht' und litt ..."

Die Betrachtung der Begebenheiten daraufhin wird es einleuchtend machen, daß auch die Angst vor den „Wiedertäufern", den Anabaptisten, zur Restauration sehr viel beigetragen hat, indem sie unter den Mittelklassen das Verlangen nach einer unbestrittenen Autorität hervorrief, die stark genug wäre, um die „Ordnung" zu retten. Butler gibt uns dann noch einen bedeutsamen Grund, warum die royalistische Sache und die Kavaliere populär wurden. Sein Held, der presbyterianische Junker Hudibras ist mit seinem independenten Knappen Ralph auf einem Kreuzzug gegen alle möglichen Volksbelustigungen begriffen und gerät darüber beständig in Konflikt mit dem darüber erbitterten Volk. Der puritanische Feldzug gegen allerlei Lebensgenuß ist früher erwähnt worden. Die daraus resultierende Unpopularität verteilte sich auf alle Schattierungen des Puritanismus bis zu den Quäkern hin. Gegenüber dem puritanischen Asketismus, der alle Lebensfreude verdammt, vertraten die Kavaliere das Leben und Genießen des „lustigen, alten England". Auch das hat sehr zugunsten der Restauration gesprochen.

Daß der neue Protektor Richard, ehe ein Jahr verflossen, schon gestürzt sein werde, hätten in den ersten Wochen nach seinem Regierungsantritt nicht viele gedacht. So allgemein war die Anerkennung, die er zunächst fand. Von allen Seiten, aus Stadt und Land, gingen die Ergebenheitsadressen in Menge ein. Kein Mißton wagte sich hervor, und die Kavaliere verloren alle Hoffnung, die sich beim Tod Olivers unter ihnen geregt hatte. Aber gar bald sah sich der neue Protektor einer furchtbaren Opposition gegenüber, der gerade der junge Richard Cromwell am wenigsten gewachsen war. Er besaß weder viel Ehrgeiz, noch besondere Energie. Er war ein lebenslustiger country-gentleman, dabei sehr gutmütig. Puritaner war er gar nicht. Manche hielten ihn sogar, freilich zu Unrecht, für einen geheimen Royalisten, weil er viel mit Kavalieren verkehrt hatte. Jedenfalls aber waren seine politischen Anschauungen äußerst gemäßigt: der Gedanke an radikale Reformen, womit doch sein Vater sich zeitweilig sehr ernsthaft getragen und nie völlig gebrochen hatte, lag Richard ganz fern. Ganz fern stand er auch dem Militärwesen. Er war nie Soldat gewesen, geschweige denn, daß er je einen Feldzug mitgemacht hätte.

Das konnte ihn nun wohl den Gemäßigten empfehlen, die vom „Fanatismus" so wenig wissen mochten, wie vom Militarismus, dagegen ganz und gar nicht der

266. Richard Cromwell

Armee. Auch wer da nicht an seinen politischen Anschauungen oder gar an seinem Privatleben Anstoß nahm, der konnte sich doch nicht für diesen „Zivilisten" erwärmen, der nie den Degen gezogen hatte. Man vermochte in ihm nicht den richtigen Mann zur Wahrung der Armeeinteressen zu erblicken. Dabei ist zu bedenken, daß das Heer schon unzufrieden war, zuvörderst wegen der Soldrückstände. Von dem jungen Protektor glaubte man kein Verständnis und kein energisches Eintreten für die militärischen Erfordernisse erwarten zu dürfen; dazu bedurfte es alter Soldaten, so wie Fleetwood und Desborough, diese älteren Verwandten Richards. Gerade die beiden nun taten ihr möglichstes, um das militärische Mißvergnügen über den neuen Herrn zu schüren: zum Teil gewiß in der ehrlichen Ueberzeugung, daß der junge Mensch nicht der richtige Mann sei und von der „Sache" nichts verstehe — Fleetwood und Desborough neigten zu den „Anabaptisten"; aber es sprach auch Neid und Ehrgeiz mit. Vornehmlich von solchen Beweggründen geleitet wurde Lambert, der jetzt aus seiner ländlichen Zurückgezogenheit zum Vorschein kam, um mit dafür zu agitieren, daß die Armee nicht dem Kommando des Protektors unterstehe, sondern einen besonderen Oberbefehlshaber erhalte, dem sie Vertrauen schenken könne.

Bald fanden in London Zusammenkünfte von Offizieren statt, in denen diese Ideen erörtert wurden; hunderte von Offizieren nahmen manchmal daran teil. Offen trat man Cromwell entgegen, sobald er, von seinem Recht als General Gebrauch machend, bei Gelegenheit einer Vakanz in der Landarmee die Stelle mit einem Marineoffizier besetzte. Die militärische Opposition verlangte demgegenüber, zur Stellenbesetzung in der Armee sollte der Kriegsrat gehören. Einmal im Zuge, verlangte man mit eins die Trennung des Oberbefehls vom Protektorat. Mehr als 200 Offiziere, Fleetwood an der Spitze, überreichten am 14. Oktober 1658 dem Protektor eine Petition. Darin verlangten sie, „um die gute, alte Sache, die seit langem schlummert, wieder ins Leben zu bringen", u. a. nichts geringeres als einen besonderen, nicht mit dem Protektor identischen Oberbefehlshaber der Armee, einen Befehlshaber, der in den Tagen der Prüfung mit ihnen gekämpft hätte. Dieser Generalissimus sollte das Recht haben, erledigte Stellen zu besetzen; auch sollte kein Offizier ohne kriegsgerichtliches Urteil verabschiedet werden können.

Das hieß die Armee als Staat im Staat konstituieren, die Militärgewalt unabhängig der Zivilgewalt gegenüberstellen. Richard Cromwell ließ denn auch in seiner wohl vorbereiteten Antwort auf das Ansinnen keinen Zweifel darüber bestehen, daß er gar nicht daran denken könne, durch Aufgabe der militärischen Gewalt die Macht an einen anderen abzutreten; er würde verfassungswidrig handeln, wenn er die Forderungen der Eingabe bewillige. Er kam den Petenten nur insofern entgegen, als er Fleetwood, den Mann des Offizierkorps, zum Generalleutnant, zum stellvertretenden General ernannte. Das war natürlich nicht

das, was die Offiziere wollten, sie gaben sich zwar für den Augenblick mit dem erhaltenen Bescheid zufrieden, aber die Zusammenkünfte dauerten fort, und es ward im stillen fleißig gewühlt. Besonders Lambert entfaltete eine unermüdliche Tätigkeit. Die Unzufriedenheit in der Armee mußte auch schon deshalb fortdauern, weil die Soldrückstände ungetilgt blieben. Die Regierung hätte gern einen Anfang damit gemacht, aber sie befand sich in solcher Geldverlegenheit, daß sie nicht einmal für die laufenden Ausgaben immer genügende Mittel zur Verfügung hatte. Da konnte bloß ein Parlament helfen, und die Einberufung eines solchen erschien auch deshalb als dringlich, weil der Regierung daran gelegen sein mußte, sich eine Stütze gegen die früher oder später zu gewärtigende offene Auflehnung der Armee zu verschaffen.

So wurden am 30. November Parlamentswahlen ausgeschrieben. Um vor einer oppositionellen Mehrheit gesichert zu sein, griff die Regierung von dem unter Oliver Cromwell üblich gewesenen Wahlmodus auf das frühere System zurück: neben zwei „Rittern" für jede Grafschaft sollte die ganze Masse der Burgflecken-vertreter wieder erscheinen — auch aus den kleinsten boroughs, wo dann die Regierung ihrer Sache sicher sein konnte. Die Hoffnung, auf diese Art mit Sicherheit „gute" Wahlen zu erzielen, trog nicht. Als sich das Parlament am 27. Januar 1659 versammelte, unterlag es keinem Zweifel, daß die Regierung eine sichere Mehrheit haben werde. Gut die Hälfte der Gemeinen bestand aus „Protectoristen" oder Cromwellianern, Abgeordneten, deren Stimmen der Regierung in allen wichtigeren Fragen sicher waren, solange sie sich vom Fanatismus und Militarismus fernhielt. Dann war eine starke presbyterianische Partei vorhanden, die auch größtenteils gewillt war, das Cromwellsche System der richtigen Mitte zu unterstützen. Die Opposition bestand aus einer Anzahl von verkappten Royalisten, die sehr hinter dem Berg hielten, einigen Offizieren, die sich auch nicht ohne weiteres herauswagten, und aus etwa 50 bürgerlichen Republikanern, darunter Haselrig, Scott, Bradshaw, Ludlow, Vane.

Diese geübten Debatter nahmen kein Blatt vor den Mund und machten der Regierung bei den Beratungen über die Anerkennung Richard Cromwells, seine Befugnisse und die Stellung des anderen Hauses viel zu schaffen. Die Diskussion hierüber zog sich infolgedessen sehr in die Länge. Wenn es aber schließlich zur Abstimmung kam, blieb die Regierung fast immer Sieger: so besonders am 14. Februar — das Unterhaus erkennt Richard als Protektor an — und am 28. März — dem anderen Haus wird das Recht der Mitwirkung an der Gesetzgebung zugestanden. Von den konstitutionellen Kardinalfragen war nun bloß noch eine zu erledigen: die nach dem Verhältnis des Protektors zur Armee. Wie die Entscheidung des Unterhauses ausfallen würde, war unschwer vorauszusehen. Die Militärpartei machte sich darüber auch keine Illusionen. Es waren bereits verschiedentlich im Unterhaus Worte gefallen, die eine starke Abneigung gegen alle militärischen Eigenmächtigkeiten, Uebergriffe und Gewaltsamkeiten bekundeten. Weiter herrschte in der Armee schon deshalb große Mißstimmung gegen das Parlament, weil dieses nicht für Begleichung der Soldrückstände der Armee sorgte. Das Parlament beschäftigte sich zwar viel mit den Finanzen. Aber gegenüber dem großen Defizit, das für 1659 auf wenigstens 80 000 Pfund Sterling beziffert wurde, wußten sich die Gemeinen auch keinen Rat.

267. Kardinal Mazarin, leitender Staatsmann Frankreichs zur Zeit Oliver Cromwells, stand mit dem Protektor in enger, politischer Verbindung

Die Armee trug diesen Schwierigkeiten weiter keine Rechnung, sondern fand ihre Interessen vom Unterhaus vernachlässigt. Die parlamentsfeindliche Stimmung im Heer ward verstärkt durch das nachdrückliche Vorgehen der Gemeinen gegen ein Mitglied des Offizierkorps, einen der Generalmajore, namens Boteler. Boteler hatte sich auch neuerdings wieder ungesetzliche, willkürliche, ins Gebiet der Zivilgewalt übergreifende Handlungen zuschulden kommen lassen. Die Gemeinen gingen nun in der schärfsten Weise gegen ihn vor, annullierten nicht nur die betreffenden Maßnahmen, sondern erwogen auch, ihn für unfähig zur Bekleidung einer militärischen Stellung zu erklären, und setzten schließlich eine Kommission ein, die eine förmliche Anklageakte gegen den Generalmajor entwerfen und untersuchen sollte, wie man gerichtlich gegen ihn nicht allein, sondern auch gegen alle auf ähnliche Art Schuldigen verfahren könnte.

Diese bedrohliche Ankündigung und die bei den Debatten gefallenen scharfen Reden gegen militärische Uebergriffe erregten in der Armee große Besorgnis und vermehrtes Verlangen, dem Parlament die Zähne zu zeigen. Dies Verlangen war allgemein und beruhte bei einem beträchtlichen Teil, besonders der Gemeinen und Unteroffiziere, nicht zum wenigsten auch darauf, daß man das Parlament dabei sah, die gute, alte Sache, d. h. die revolutionären oder wenigstens die radikalen Reformforderungen, definitiv bei Seite zu schieben. So konnte denn auch die Militärpartei auf die Unterstützung aller radikalen Elemente im Lande bis zu den Quäkern hin zählen: gegen diese letzteren besonders war das Parlament nachdrücklich vorgegangen. Aber außer den radikalen, mehr oder weniger kommunistisch gesinnten Republikanern, die man als Anabaptisten zusammenfaßte, fand die Armeeleitung noch Verbündete, an die man zunächst nicht denken würde, an den bürgerlichen Republikanern.

So heftig die Haselrig, Scott, Vane usw. immer dem Militärregiment entgegengetreten waren, jetzt ließen sie sich auf einmal in eine Koalition mit der Militärpartei ein: ihre Abneigung gegen das Protektorat überwog zunächst alles andere; sie sahen, daß sie nur mit Hilfe der Armee dazu kommen könnten, dem Protektorat ein Ende zu machen und die Republik wiederherzustellen. Dies merkwürdige Bündnis ward unter der Hand eingegangen und wurde erst offenkundig, als Anfang April 1659 Unterhaus und Armee in den Entscheidungskampf eintraten. Zu dieser Zeit brachten es Fleetwood und Desborough durch eindringliche Vorstellungen beim Protektor, dem sie auseinandersetzten, wie aufgeregt das unbezahlte und durch die Angriffe auf seine Führer erbitterte Heer sei, schließlich dahin, daß Richard sich mit der Einberufung eines Generalrats der Offiziere einverstanden erklärte. Diese Armeevertretung sollte sich mit dem Protektor über die Mittel verständigen, wie der Not der Truppen ein Ende gemacht und der „Sache" die Garantien verschafft werden könnten, deren sie bedürfe.

Ueber 800 Offiziere kamen Anfang April zu den Beratungen in London zusammen und nahmen in ihrer großen Mehrheit nach dem Sinn der Armeeführer Stellung. Man verlangte, daß der Oberbefehl über das Heer von der Zivilgewalt getrennt und einem kriegserfahrenen Mann übergeben würde, der das Vertrauen der Armee habe. Die Eingabe an Protektor und Parlament, die der Generalrat dann beschloß, erhob nicht geradezu diese Forderung; die „untertänige Vorstellung und Petition des Generalrats" verlangte, daß die gute, alte Sache in allen zu ihrer Verteidigung vorgenommenen Handlungen gerechtfertigt und aufrechterhalten, und daß ihren Verteidigern volle Sicherheit verbürgt werde. Die Rechte der Offiziere seien vernachlässigt worden, desgleichen die gute, alte Sache, die mit der Freiheit der Nation identisch sei. Natürlich blieben auch die Geldforderungen der Armee nicht unerwähnt.

Richard Cromwell nahm die Eingabe mit höflichen Worten entgegen und gab sie an das Unterhaus weiter, das keine Notiz davon nahm, ebensowenig wie von den Petitionen der Quäker und anderer Sektierer, die sich mit der Armee solidarisch erklärten. Dagegen nahmen die Gemeinen entschieden Stellung gegen die Gesamthaltung des Offizierrats. Sie hatten den Ernst der Lage durchaus erfaßt. Man habe, sagte ein Redner, lange Zeit von drei Ständen gesprochen:

„es gibt einen vierten, der, wenn man nicht Sorge trägt, uns alle zur Tür hinauswerfen wird". So sprachen denn alle Redner gegen die Anmaßungen der Armee, mit Ausnahme der Republikaner, die jetzt in militärfreundlichem Sinn redeten. Die große Mehrheit aber beschloß, daß der Generalrat der Offiziere sich nicht ohne die Genehmigung des Protektors und beider Häuser des Parlaments versammeln dürfe, ferner, daß jeder Befehlshaber kassiert werden solle, der sich nicht verpflichte, niemals die Beratungsfreiheit des Parlaments beeinträchtigen zu wollen. Weiter ward resolviert, daß man sich erster Tage mit den Mitteln beschäftigen werde, um der bewaffneten Macht zu ihren Soldrückständen zu verhelfen. Den 21. April schließlich ward entschieden, daß die militärische Autorität dem Protektor und dem Parlament zustehen, der Protektor aber Oberbefehlshaber sein solle.

So hielt also die Parlamentsmehrheit an Richard Cromwell fest. Sie ward aber von ihm im Stich gelassen. Zunächst freilich löste er nach jenem Parlamentsbeschluß über die Bedingungen für den Zusammentritt eines Offizierrats diesen auf. Man kümmerte sich aber nicht darum, sondern tagte ruhig weiter. Am 21. April, dem Tag, wo das Parlament Richard den Oberbefehl zuerkannte, kam es zur Entscheidung. Die Londoner Regimenter zogen sich kampfbereit bei Fleetwoods Hauptquartier zusammen. Vergebens gab Richard Gegenbefehl, sie sollten sich in Whitehall versammeln. Selbst seine Garde ließ ihn größtenteils im Stich. Desborough verlangte nun vom Protektor, er solle das Parlament auflösen, sonst würde die Armee es ohne ihn tun. Richard gab schließlich nach und fertigte das Auflösungsdekret aus. Am 22. April 1659 hielt das Parlament seine letzte Sitzung, verlor Richard seine letzte Stütze. Er konnte wohl noch eine Zeitlang Protektor spielen; tatsächlich aber beschloß dieser Tag die Zeiten des Protektorats.

Die Republik erstand wieder, aber um nach einem Jahr der Wirren dem Stuart-Königtum Platz zu machen. Das hätte man im Frühjahr 1659 noch nicht geglaubt. Selbst der eifrige Royalist Warwick gesteht ein, daß damals die Nation nicht im mindesten an den König gedacht habe. Einige Hoffnungen wurden indes in royalistischen Kreisen an die Parteigegensätze unter den Rundköpfen geknüpft. Schon zur Zeit Richard Cromwells schrieb ein Kavalier in diesem Sinn an Karl II. Die Bewegung unter den Anhängern des tausendjährigen Reichs erschien ihm lebhaft genug, um Grund zu der Besorgnis zu geben, daß sie ans Ruder kommen könnten. Das könne ihre Gegner auf des Königs Seite treiben. Noch ein Vierteljahr nach Richard Cromwells Sturz war ein anderer Beurteiler der Lage, einer von den vielen, die den Mantel nach dem Winde hängten, der Meinung, daß die Restauration des Königtums unwahrscheinlich, dagegen ein, wenn auch nur vorübergehender Sieg der „Quäker" nicht unmöglich sei. Hauptstreitpunkt ist nach ihm seit Jahren der natürliche Gegensatz zwischen der Gentry und dem „gewöhnlichen" Volk. Er sah noch nicht voraus, daß die Gegensätze im Volk eine solche Gruppierung der Klassen herbeiführen würden, bei der die Mittelschichten, besonders von der Angst vor den „Fanatikern" getrieben, sich mit der royalistischen Gentry zusammenfinden und dadurch der Reaktion zu einem Siege verhelfen sollten.

XI.

Republik und Restauration.

Auferstehung des langen Parlaments, des „Rumpfes". — Rumpf und Armee, bürgerliche Republikaner und Anhänger der fünften Monarchie. — Beseitigung des Rumpfes. — Die neue Regierung des Sicherheitsausschusses. — Angst der Besitzenden vor den „Fanatikern". — Schwäche des Sicherheitsausschusses. — Bewegung gegen den Sicherheitsausschuß. — Monk. — Wiedereinsetzung des Rumpfes. — Monks Vormarsch gegen London. — Monk und die Londoner City — Rückkehr der Presbyterianer ins Parlament. — Anordnung von Neuwahlen. — Monk und die Royalisten. — Royalistischer Ausfall der Wahlen. — Regungen der „Fanatiker". — Restauration des Königstums. — Die neue Regierung. — Auflösung der Armee. — Die Rache an den „Königsmördern". — Aufstand der Anhänger der fünften Monarchie. — Kavalierparlament von 1661. — Ausnahmegesetze gegen die Puritaner. — Das Schicksal der verkauften Nationalgüter. — Die Aufhebung der Feudalverfassung von Grund und Boden bestätigt. — Indirekte Steuern. — Karl II. vom royalistischen Parlament knapp gehalten. — Seine Projekte, englische Interessen ans Ausland zu verkaufen. — Agrarisches Niederlassungsgesetz gegen die Landarbeiter. — Getreideschutzzölle. — Merkantilistische Politik. — Wollausfuhrverbot. — Fortsetzung des Konkurrenzkampfes gegen Holland.

Den militärischen Siegern der Frühjahrsumwälzung von 1659 leuchtete gleich die Notwendigkeit ein, schleunigst positive Politik zu treiben. Es war nämlich ein sehr dringendes Geldbedürfnis zu befriedigen, damit den Soldaten der Sold bezahlt werden könne. Im Offizierrat scheinen sich Stimmen geltend gemacht zu haben, die dafür eintraten, vorläufig unbewilligte Steuern zu erheben. Aber dazu konnte sich die Mehrheit nicht entschließen. Man befürchtete heftigen Widerstand des Volkes, und hielt daher den unverzüglichen Zusammentritt einer parlamentarischen Körperschaft für erforderlich, von der sich hoffen ließ, daß sie im Geldpunkte keine Schwierigkeiten machen würde. Angesichts der Kooperation, die letzthin zwischen den Armeeführern und den bürgerlichen Republikanern stattgefunden hatte, hätte man erwarten können, was geschehen würde. Die Ueberraschung im Lande war aber groß, als die Heeresleitung nach einigen Wochen der Ungewißheit am 6. Mai eine Einladung ans lange Parlament erließ, seine am 20. April 1653 unterbrochenen Sitzungen wieder aufzunehmen.

Natürlich sollte es in der Gestalt wieder zusammentreten, die es seit Prides Purganz gehabt hatte; denn von den Presbyterianern hatte die Armee selbstverständlich nichts Gutes zu erwarten. Einige der aggressivsten der im

Dezember 1648 ausgeschlossenen Abgeordneten, Prynne und andere, machten am 7. Mai 1659, an dem das lange Parlament seine Sitzungen wieder begann, den Versuch, ihre Sitze einzunehmen, wurden aber zurückgewiesen. Einige vierzig Abgeordnete fanden sich an dem genannten Tage in Westminster ein, und viel stärker wurde die Frequenz überhaupt nicht. Die eigentlichen Republikaner des langen Parlaments dominierten in der Versammlung. Der kleine Ueberrest des Parlaments erhielt jetzt vom Volksmund den Spitznamen „rump", was gewöhnlich anstandshalber mit Rumpf übersetzt wird, eigentlich aber soviel wie der Hintere bedeutet. Diese respektlose Bezeichnung läßt schon darauf schließen, daß die öffentliche Meinung über das Wiederaufleben der einstmals von Cromwell unter so allgemeinem Beifall auseinandergejagten Körperschaft nicht gerade erbaut war.

268. Englische Volkstracht in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts

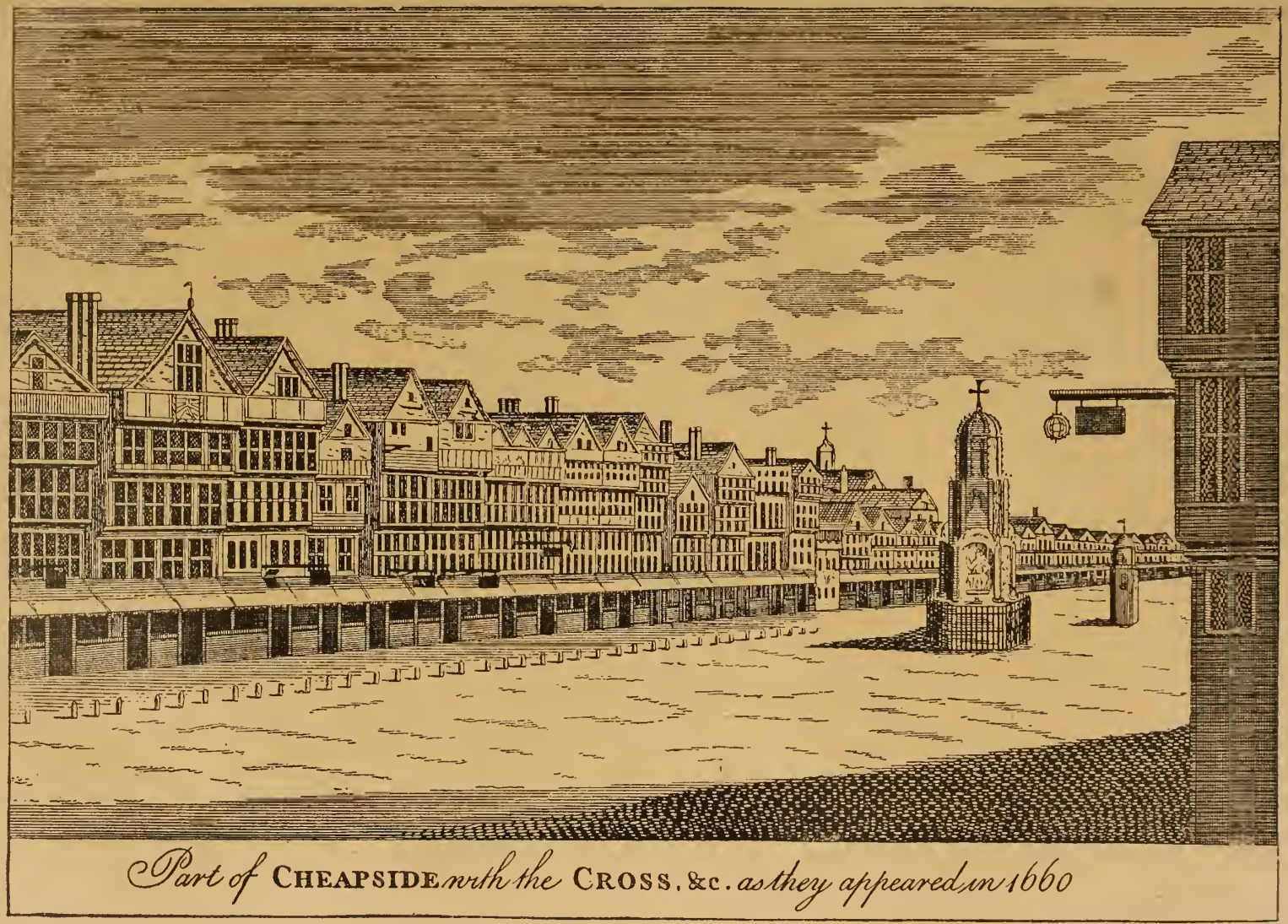
Die ersten Schritte des Rumpfes, der wieder einen Staatsrat, aus Militär und Zivilisten gemischt, einsetzte, waren auch nicht dazu angetan, ihm Freunde zu machen. Denn es war zwar viel von Freiheit die Rede: man beschloß eine freie Republik ohne Königtum, einzelne Person oder Pairskammer, womit denn Richard Cromwell und das „andere Haus" abgetan waren; Freiheit und Eigentum sollten geschützt werden, Reformen wurden versprochen. Aber die Masse beurteilte die neue Regierung nicht nach ihren schönen Worten, sondern nach ihren Taten, und darunter war zunächst das wichtigste die Auflegung neuer Lasten. Das Haus hielt es für seine dringendste Pflicht, der Armee den Sold zu sichern, und dafür zu sorgen, daß die mächtig aufgelaufenen Soldrückstände abgetragen würden. Um die Soldaten bei guter Laune zu halten, wurde sogar eine Solderhöhung dekretiert. Dabei hatte das Protektorat ein bedeutendes Defizit hinterlassen. Der Finanzausschuß war also das wichtigste parlamentarische Komitee und sann unausgesetzt auf Mittel und Wege, neue Goldadern zu erschließen. Unter anderem wurde eine Einkommensteuer von 50 000 Pfund monatlich beschlossen, die bald auf 100 000 Pfund monatlich erhöht wurde.

Erinnerte dies an die alten Steuerreformvorschläge der Levellers, so waren aber die Finanzpolitiker des Rumpfes himmelweit von der Lilburneschen Idee entfernt, die Einkommensteuer zur einzigen Einnahmequelle zu machen. Vielmehr wurden die gesamten indirekten Auflagen, Akzisen und Zölle beibehalten, ja, die Sätze zum Teil wieder beträchtlichlich erhöht; alle Rückstände sollten unnachsichtlich eingetrieben werden. Kein Wunder, daß die Bevölkerung nicht begeistert war für eine Republik, die sich derart einführte. Nun nahm freilich der Rumpf in den

nächsten Monaten mitunter einen Anlauf zu Reformen. Aber es wurde aus nichts etwas. Wohl war von kirchenpolitischen Reformen die Rede; aber man sah bloß, daß die Zehnten forterhoben und der Geistlichkeit garantiert wurden. Auch von Gesetzreform wurde manchmal im Parlament gesprochen; aber schon allein die Juristen waren in dieser Frage zu sehr interessiert, um nicht zu verhindern, daß etwas zustande kam. Nicht einmal über einen Modus für die Wahl der demnächst einzuberufenden Volksvertretung vermochte man sich schlüssig zu werden. Bloß soviel war dem Lande zugesichert, daß der Rumpf nicht wieder versuchen würde, sich zu verewigen; denn er faßte zu Anfang Juni den Beschluß, nicht über den 7. Mai 1660 hinaus zu tagen.

Als dieser Termin festgelegt wurde, war aber schon sehr fraglich, ob nicht der Rumpf viel früher und zwar gegen seinen Willen von der Bildfläche verschwinden werde. Die Koalition, die das Protektorat zu Fall, den Rumpf ans Ruder gebracht hatte, war schon nach kurzer Zeit in vollster Auflösung begriffen: die bürgerlichen Republikaner, die Militärpartei und die radikalen Sektierer, die in der Opposition einig gewesen waren, gingen auseinander und gegeneinander, seit der Rumpf wieder in Tätigkeit war. Hatten doch nicht nur alle, die radikale Reformen erwarteten, Grund zur Unzufriedenheit, sondern auch die reine Militärpartei war bald äußerst mißvergnügt mit dem Parlament. Dieses hatte zwar alles getan, um der Armee zu ihrem Gelde zu verhelfen. Im übrigen aber erwiesen sich die Republikaner durchaus nicht als willfährige Werkzeuge der Heeresleitung, sondern sie sprachen es im Gegenteil bei erster Gelegenheit klar und scharf aus, daß die Militär- der Zivilgewalt untergeordnet sein müsse. In einer sogenannten Petition vom 15. Mai hatten die Offiziere u. a. dem Parlament erklärt, daß sie Fleetwood als ihren Oberbefehlshaber anerkannten. Das Parlament steckte diese Eigenmächtigkeit zwar insofern ein, als es Fleetwood in seinem Amt bestätigte — aber nur für die gegenwärtige Session oder bis zu anderweitiger Verfügung des Hauses. Gleichzeitig wurde bestimmt, daß alle Offizierspatente erneuert werden sollten. Die Offiziere, welche die parlamentarische Bestätigung bekämen, sollten ein neues Patent vom Sprecher ausgehändigt erhalten.

Davon war die Militärpartei durchaus nicht erbaut, ließ es sich aber mit saurer Miene gefallen, weil die für die Armee bestimmten Gelder noch nicht gesichert waren. Bei erster Gelegenheit brach aber die Meinungsverschiedenheit, weil ein unvermeidbarer Kampf um die Macht dahinter steckte, aufs neue hervor. Das Heer hatte auch eine Amnestie verlangt, nach der alles, was seit der Auflösung des langen Parlaments durch Oliver Cromwell getan worden war, rechtlich unanfechtbar bleiben sollte. Sich auf diese Forderung einzulassen, hatten nun die meisten Mitglieder des Rumpfes wenig Lust: sie hatten nicht vergeben und vergessen, was am und seit dem 20. April 1653 geschehen war. Unter anderem wurde für die Amnestiebill ein Zusatz beantragt, der von ihrer Wirksamkeit alle die ausschloß, die unter der Usurpation Oliver Cromwells ein übermäßiges Gehalt empfangen oder große Vermögen durch unlautere Mittel erlangt hätten. Dieses charakteristische Amendement wurde zwar schließlich gestrichen, als aber die Bill am 12. Juli angenommen wurde, waren doch so viele Vorbehalte darin, daß die Armeeführer unzufrieden damit waren.



269. Straße in London im Jahre 1660

Sie waren empört darüber, daß sie sich von denen sollten bedrohen lassen, die durch sie wieder ans Ruder gebracht worden seien. Lambert äußerte sich im Gespräch mit Parlamentsmitgliedern dahin, das Parlament gebe ihnen keine Bürgschaft für das, was sie getan hätten, und machte sie verantwortlich für das, was sie empfangen hätten, überlasse sie überhaupt seiner Gnade und Barmherzigkeit. Haselrig wandte ein, daß sie ja bloß der Gnade eines Parlaments überlassen seien, das ihnen gut Freund sei: „Ich sehe nicht ein", antwortete Lambert, „warum die Offiziere von der Gnade der Parlamentsmitglieder abhängen sollen, nicht vielmehr diese von der Gnade der Armee." Daraus sprach deutlich genug die Absicht, bei erster Gelegenheit die Machtfrage zu stellen.

Dazu neigten die Armeeführer um so mehr, als nicht nur unter den Soldaten die radikalen Elemente für den Rumpf nichts übrig hatten, sondern auch die Sekten im Lande denselben Standpunkt einnahmen, so daß also auf die Mitwirkung einer Zivilpartei gerechnet werden konnte, eben jener radikalen Sekten, die als Anabaptisten zusammengefaßt zu werden pflegten. Selbst im Parlament und im Staatsrat war eine Gruppe, die mit den Offizieren zusammenzugehen geneigt war. An ihrer Spitze stand kein geringerer, als Sir Harry Vane, neben ihm trat besonders Salloway hervor, und auch Edmund Ludlow neigte zu dem Standpunkt, auf den Vane sich jetzt durchgerungen hatte, daß die Republik bloß durch radikale Reformen gerettet werden könne, die, wie der Augenschein zeigte, von dem gegenwärtigen Parlament nicht zu erwarten waren. Reformen konnten, wenn überhaupt, so nur im Bund mit den radikalen Sekten und der Armee durchgesetzt werden. So machte denn Vane mit den Anabaptisten gemeinsame Sache. Seine Hoffnungen auf einen Erfolg waren allerdings nicht übermäßig groß; in Augenblicken der Niedergeschlagenheit äußerte er sich sogar dahin, daß der König früher oder später ans Ruder kommen werde; die Nation sei jeder anderen Regierung satt. In einem Bündnis mit den Anabaptisten sah er die einzige Möglichkeit zu einer anderen Wendung. Er kam daher bald mit den bürgerlichen Republikanern auseinander. Man warf ihm vor, daß er sich in ein Bündnis einlasse, das die Republik nicht retten, sondern ihr den Untergang bereiten werde. Zugrunde lag die Erwartung, daß die „Fanatiker" sich nicht mit Reformen begnügen, sondern zur sozialen Revolution, zum Versuch, das tausendjährige Reich Gottes zu begründen, übergehen würden, worauf dann eine monarchische Reaktion erfolgen müßte.

Soviel war in der Tat klar, daß wenigstens die Millennarier, die Männer der fünften Monarchie, nicht bei Reformen stehen bleiben wollten, sondern ihre neuerwachten Hoffnungen höher spannten. Es erschienen in dieser Zeit von ihren Wortführern, wie Canne und Godwin, Schriften, in denen der Anbruch des Gottesreichs in nahe Aussicht gestellt wurde: man prophezeite jetzt den Sieg der fünften Monarchie für das Jahr 1660 oder 1661. Ihre Anhänger im Lande regten sich sehr lebhaft. Ein Zeitgenosse schreibt im Sommer 1659: „Ungefähr fünftausend Anhänger der fünften Monarchie versammelten sich vor drei Tagen in Horsham in der Grafschaft Sussex, und berieten acht Stunden, ehe sie auseinandergingen. Zwei- oder dreitausend von ihnen sind wohl mit Waffen versehen und haben bestimmte Offiziere für jedes Tausend und Hundert. Viele sind der Meinung, sie werden zur Herrschaft gelangen, was lebhafte Besorgnisse erregt, hauptsächlich unter

den reichen Leuten, die ihr Vermögen bis jetzt durch Anschließen an die herrschende Partei gerettet haben, die aber überzeugt sind, daß sie unter der Herrschaft dieser Leute nicht lange im Besitze desselben bleiben würden."

270. Presbyterianischer Prediger Richard Baxter

Der gemeinsame Klassengegensatz gegen die revolutionären Vorkämpfer der Besitzlosen schweißte nun die Besitzenden mehr und mehr zu einer einzigen Ordnungspartei, zu einer reaktionären Masse zusammen. Es kam in diesen Monaten eine förmliche Koalition zwischen Kavalieren und Presbyterianern zustande. Die alte Feindschaft schien vergessen. Man einigte sich auf der gemeinsamen platform, daß zur Rettung der Gesellschaft vor den Anabaptisten die Wiederherstellung der Autorität durch Restauration des Königtums vonnöten sei. Dazu bekehrten sich nun auch immer zahlreichere Cromwellianer. Nachdem das Protektorat, diese Schutzgewalt für das Eigentum, gestürzt und nicht wiederherzustellen war, sahen sie keine andere Möglichkeit, als Karl Stuart zur Regierung zu berufen, damit nicht die besitzfeindlichen Sekten an die Herrschaft kämen. In der royalistischen Verschwörung, die sich in den ersten Sommermonaten des Jahres 1659 organisierte, waren die eben erst übergegangenen Cromwellianer sogar neben Presbyterianern das tätigste Element. Die eigentlichen Kavaliere hatten nicht viel Lust zu einem neuen Aufstand, nachdem so viele Versuche mißglückt waren. Die Ratgeber Karls II. in den Niederlanden, Hyde u. a., waren der Meinung, man solle abwarten, bis die Zersetzung im republikanischen Lager noch weiter gediehen sei, während eine vorzeitige Erhebung nur die Einigkeit wiederherstellen könne. Karl und seine Brüder aber hatten Lust, es mit einem Aufstand zu versuchen und mit den verfügbaren Mannschaften nach England hinüberzusegeln, um sich den dortigen Kämpfern anzuschließen. Am 1. August 1659 sollte die allgemeine Erhebung losgehen. Der Plan wurde aber der republikanischen Regierung verraten, und sie konnte ausgiebige Abwehrmaßregeln treffen.

Die Sache sah schon vor dem Losschlagen so hoffnungslos aus, daß aus dem royalistischen Hauptquartier in den Niederlanden Ende Juli Order erging, keinen Aufstand zu versuchen. Es kam denn auch bloß an einem Punkte zur Erhebung. In Cheshire erhob der presbyterianische Landjunker Sir George Booth, ein ausgeschlossenes Mitglied des langen Parlaments, am 1. August die Fahne der Rebellion. Er sprach in seinem Aufruf vorsichtigerweise gar nicht vom Königtum, sondern von der Unabhängigkeit des Parlaments, von Freiheit und Eigentum, von den Anmaßungen des Militärs, von dem Steuerdruck, von dem niederen Sektentum, das den Adel und die vernünftigen Gemeinen unterdrücken wolle. Es liefen ihm rasch an 5000 Mann zu. Ehe der Aufstand aber weiter um sich greifen konnte, rückte schon Lambert mit einer Anzahl Regimenter heran, denen es ein Leichtes war, den ungeordneten Landsturm des Booth bei Winnington-bridge am 16. August zu

zersprengen. Booth und zahlreiche andere Royalisten wurden gefangen gesetzt, über die Besitzungen aller Aufständischen die Konfiskation, über die Güter aller übrigen Delinquenten, die seit 1649 den Stuarts irgendwelchen Beistand geleistet, die Sequestration verhängt.

In diesem Zusammenhang ist eine Petition von Einwohnern Cheshires von Interesse, deren Inhalt Heath dahin zusammenfaßt: das Parlament möge, um ähnlichen Aufständen vorzubeugen, alle Pächter von ihrem Abhängigkeitsverhältnis zu delinquenten Landlords befreien, so daß sie ihre Ländereien hinfort von der Republik aus innehätten. Heath behauptet, daß der Rumpf Neigung bekundet habe, dieses bemerkenswerte Landnationalisationsprojekt zu akzeptieren. Wenn das oder überhaupt irgend etwas Ernstliches geschehen wäre, um die Copyholders in eine bessere Lage zu bringen, so wäre das zweifellos von politischer Bedeutung gewesen. Damals wies ein Freund Miltons auf das Fortdauern der normannischen Tyrannei auf dem Lande hin, wo die Copyholders sich derartig in der Sklaverei der Grundherren befänden, daß die Verknechtung durch das Königtum dagegen als unbedeutend erscheine. Wenn die Republik hier etwas gebessert hätte, so wären die Copyholders damit direkt an der Fernhaltung der Monarchie interessiert worden. Miltons Freund aber vermißt jeden ernstlichen Gedanken daran.

Das Landvolk konnte auch insofern die Rumpers nicht als Sachwalter seiner Interessen ansehen, als gerade in dieser ersten Zeit der wiedererstandenen Republik ein Einhegungstumult erfolgte, der bezeichnend ist. In Enfield bei London gab es Streitigkeiten zwischen den Einwohnern und einigen Offizieren, die dort königliche Domänen erworben hatten und dann Ländereien einzäunten, worauf Enfielder Nutzungsrechte lasteten. Die militärischen Einheger hatten eine Abteilung Soldaten aufgeboten, um ihre Ansprüche zu behaupten. Das Landvolk aber ließ sich dadurch nicht an der Zerstörung der Gräben und Hecken hindern, erwehrte sich des militärischen Angriffs erfolgreich mit Gewalt und überlieferte die Soldaten dem Gefängnis, woraus sie dann der Rumpf wieder entließ, ein charakteristischer Vorgang, der gewiß nicht dazu angetan war, dieser Republik auf dem Lande Sympathien zu erwerben.

Der Rumpf blieb denn auch in der Konfiskationssache bei dem früheren System, nur daß es auf größerer Stufenleiter angewandt werden sollte. Diese umfassenden Maßregeln entsprangen den Finanznöten der Regierung. Der Aufstand kam ihr sehr gelegen, weil er ergiebige Einnahmequellen eröffnete. Man schätzte allein den Wert der zu konfiszierenden Güter auf drei Millionen Pfund Sterling, womit sich denn schon einige Zeit wirtschaften ließ, insoweit es gelang, die Beute zu realisieren. Einiges Geld vermochte man jedenfalls sofort auf konfiszierte Güter aufzunehmen: soviel nämlich, als man zur Belohnung der siegreichen Truppen nötig hatte. 3000 Pfund Sterling wurden unter Lamberts Leute verteilt, er selbst erhielt 1000 Pfund Sterling.

Wenn der Rumpf mit dieser Spende bezweckte, sich die Lambertsche Truppe und ihren Führer geneigter zu machen, so ward dieser Zweck nicht erreicht. Vielmehr nahm gerade der Lambertsche Heerhaufen nun den Streit mit dem Parlament wieder auf. Am 14. September ließen Lamberts Offiziere von Derby aus eine Petition ans Parlament ergehen, worin verlangt wurde, daß Fleetwoods

Bestallung nicht zeitlich beschränkt sein solle, daß Lambert Generalmajor würde, daß kein Offizier seines Patents ohne kriegsgerichtliches Urteil sollte beraubt werden dürfen usw. In letzter Linie handelte es sich darum, dem Parlament die Armee als ganz unabhängige Körperschaft gegenüberzustellen. Als dem Parlament diese Forderungen vorgetragen wurden, lehnte es sie ohne weiteres ab. Haselrig beantragte sogar, Lambert und ein paar andere Offiziere unter Anklage zu stellen. So weit wollte das Haus aber nicht gleich gehen. Trotzdem spitzte sich der Gegensatz immer schärfer zu; denn der Offizierrat ging von seinen Ansprüchen nicht ab. Eine Londoner Petition vom 5. Oktober, die von 230 Offizieren unterzeichnet war, erhob im wesentlichen die gleichen Forderungen, wie die Lambertsche, und verlangte ferner Bestrafung der schlechten Menschen, welche die Wohlgesinntheit der Armee verdächtigten. Dies ging auf Haselrig. Haselrig und seine Freunde zögerten nicht lange, den Fehdehandschuh aufzunehmen. Das Haus nahm zwar zunächst die Petition mit höflichen Worten an, lehnte aber dann die Forderungen durchweg ab, und faßte weiter einen Beschluß, der auf die Offiziere sehr aufreizend wirken mußte: alle Akte, die vom 20. April 1653 bis zum 7. Mai 1659 erlassen worden waren, sollten null und nichtig sein, sofern sie nicht vom Parlament bestätigt würden; das hieß, den Offizieren den Rechtsboden unter den Füßen wegziehen.

271. Lambert, Ritter der goldenen Tulpe
Royalistische Verspottung Lamberts wegen seiner Liebhaberei des Blumenziehens

In Erwartung, daß die Armee nun das Parlament auseinanderzutreiben versuchen werde, beschloß der Rumpf dann am 11. Oktober, daß ohne Ermächtigung des Parlaments kein Geld erhoben werden dürfe: damit wurden alle Geldbewilligungen hinfällig für den Fall, daß die Armee das Parlament verjagte. Tags darauf, am 12. Oktober, tat das Parlament einen Schritt, der die Entscheidung unmittelbar herbeiführen mußte. Auf die Nachricht, daß die Petition vom 5. Oktober gedruckt an alle Truppenteile mit der in einem Begleitschreiben ausgesprochenen Bitte um Beitritt versandt werde, behandelte das Parlament dies als offene Auflehnung, und beschloß, die neun Offiziere, die das Begleitschreiben unterzeichnet hatten, ohne weiteres abzusetzen: unter den Unterzeichnern waren Desborough und Lambert; auch Fleetwood wurde getroffen, indem beschlossen wurde, daß der Oberbefehl über die Armee fortan bei einem Kollegium von sieben Mitgliedern stehen solle.

Die parlamentarischen Führer, in erster Linie Haselrig, während Vane mit dem Häuflein Radikaler zur Armee hielt, erwarteten, daß nun unmittelbar die Gewalt entscheiden würde. Sie setzten ihre Hoffnung darauf, daß die Obersten einiger Londoner Regimenter dem Parlament ihre Unterstützung zugesagt hatten. Auch General Monk, der die schottische Armee befehligte, hielt zum Parlament.

Er konnte aber, weit von London entfernt, momentan auf die Entscheidung keinen Einfluß üben. Mit den Truppen, die dem Rumpf zur Verfügung standen, besetzte Haselrig am Abend des 12. Oktober die Zugänge zum Parlamentsgebäude. Die rumpffeindlichen Truppenteile zögerten nicht, auf Lamberts Befehl gegen Westminster vorzurücken. Lange Zeit standen sich die beiderseitigen Streitkräfte untätig gegenüber. Zum Teil gingen die Parlamentstruppen zu denen Lamberts über. Auch, die das nicht taten, wollten sich doch nicht schlagen. Kein Tropfen Blut floß. Am Morgen des 13. Oktober hielt Lambert noch immer die Straßen besetzt, die nach dem Parlamentsgebäude führten und ließ die Abgeordneten nicht durch. Damit war denn der Rumpf zum zweitenmal vertrieben.

Die letzten Parlamentsdekrete erklärte der Armeerat für null und nichtig, ernannte Fleetwood zum kommandierenden General, Lambert zum Generalmajor und nahm überhaupt eine ganz selbständige Haltung ein. Dabei verwahrten sie sich aber in einer Proklamation an das Volk dagegen, daß sie etwa eine Militärherrschaft einführen wollten: es sei nicht ihre Absicht, der Nation eine militärische und willkürliche Gewalt aufzulegen; ihr ganzes Bemühen werde vielmehr dahin gehen, einem jeden die ihm gebührende Freiheit zu verschaffen. Zur Leitung der Geschäfte wählte der Offizierrat einen „Sicherheitsausschuß", der die ganze bürgerliche und ausführende Gewalt besitzen sollte. Von den 23 Mitgliedern waren 13 Offiziere, darunter Fleetwood, Lambert, Desborough, Ludlow, und 10 Zivilisten, u. a. Vane und Bulstrode Whitelocke. Ein Parlament sollte baldigst einberufen werden. Um die nötigen Festsetzungen über die Wahlen zu treffen und überhaupt eine freistaatliche Verfassung mit umfassenden Reformen zu entwerfen, ward im Sicherheitsausschuß ein engerer Ausschuß gebildet, dem Vane, Whitelocke, Ludlow, Fleetwood, Salloway und Tichburn angehörten.

Die Zusammensetzung dieses Konstitutionskomitees ist für die neue Regierung bezeichnend. Die konservativen und presbyterianischen Gewährsmänner möchten nämlich glauben machen, daß die „Fanatiker" nunmehr am Ruder gewesen seien, und so faßte auch die öffentliche Meinung damals die Sachlage auf. Am vorsichtigsten noch drückt sich der jüngere Zeitgenosse Burnet aus: „Die Schwärmer wurden sehr stürmisch und sprachen von nichts, als alle Urkunden und das Gesetz zu zerstören, wovon sie sagten, es sei alles durch eine Reihenfolge von Tyrannen und Papisten gemacht; so beschlossen sie, durch Gleichmachen und ein geistliches Regiment der Heiligen alles neuzugestalten." Dagegen läßt der ältere Heath die Anabaptistenpartei, „jetzt sehr zahlreich geworden," zu dieser Zeit geradezu „obenauf" sein; „denn diese kam auch an die Reihe, ebensogut, wie Presbyterianer und Independenten, herrschte aber nicht solange vor." Der presbyterianische Geistliche Baxter erzählt in seiner Autobiographie, daß „die Fanatiker Herren waren und Vane im Staat regierte und Lambert in der Armee und Fünfte-Monarchie-Männer und Sucher (Quäker) und Anabaptisten ihre Hauptstärke waren". Daran ist das letzte richtig: in der Bevölkerung waren die als Anabaptisten zusammengefaßten radikalen Elemente die Stütze der Regierung; deshalb war es aber noch lange keine Regierung von „Fanatikern". Unter den bedeutendsten Köpfen des neuen Regiments, Vane, Lambert, Ludlow und Whitelocke, könnte noch am ersten Vane zu den Anabaptisten gerechnet werden. Er

wollte aber keine soziale Revolution, sondern nur eine radikale Reform. Lambert, der jetzt die einflußreichste Persönlichkeit der Republik war, hatte sich als Gegner Harrisons und des kleinen Parlaments im öffentlichen Leben eingeführt, als geschworener Feind der „Fanatiker". Er war gewiß nicht aus einem Saulus ein Paulus geworden. Wenn er jetzt den Anabaptisten ein freundliches Gesicht zeigte, so tat er dies bloß der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. Es geschieht ihm wohl kein Unrecht mit der Annahme, daß er sich der Anabaptisten bloß als Werkzeug habe bedienen wollen, um an die Spitze des Staates zu gelangen. Edmund Ludlow war Reformen nicht abgeneigt, obwohl weit entfernt von „fanatischen" Anschauungen; aber er nahm eine ganz unentschlossene Haltung ein, weil ihn Skrupel über die Gesetzlichkeit seiner Teilnahme an der neuen Regierung plagten; er war auch nur halb bei der Sache, weil sein politisches Gewissen ihm wegen der Austreibung des Rumpfes schlug. Eine ganz perfide Rolle spielte Whitelocke, der als Siegelbewahrer fungierte. Zur Zeit der Hinrichtung Karls I. war er einer der obersten Richter gewesen und hatte sein Verbleiben im Amt davon abhängig gemacht, daß das Parlament die Aufrechterhaltung der „grundlegenden Gesetze" garantierte. Seitdem hatte er allen Regierungen gedient und war sich bloß in seinem Widerstand gegen Reformen gleich geblieben, die seinen juristischen Kollegen die Butter vom Brot schaben könnten. In die neue Regierung trat er geradezu zu dem Zweck ein, den Radikalreformen vorzubeugen, die Vane zur Rettung der Republik durchführen wollte. Bald fing er an, gegen Aktenstücke, die er untersiegeln sollte, den Einwand zu erheben, daß sie gegen das Gesetz verstoßende Bestimmungen enthielten.

272. General Georg Monck

Seine Bremsarbeit fußte auch darauf, daß die „Fanatiker" sich nicht mit Reformen zufrieden geben wollten: zum Teil wenigstens; wir wissen schon, daß die Gläubigen der fünften Monarchie dem baldigen Anbruch des Gottesreichs, d. h. einer sozialen Revolution entgegensahen. Gewiß fehlte es auch nicht an gemäßigteren „Fanatikern", die sich mit Reformen begnügt hätten; war doch sogar in den letzten Zeiten Oliver Cromwells bei Karl Stuart eine anabaptistische Adresse eingelaufen, deren Unterzeichner dem Prätendenten ihren Beistand

anboten, wenn er ihnen nur Religionsfreiheit garantieren wolle: sie seien stark genug gewesen, um zu zerstören, aber sie seien zu schwach, um aufzurichten, und deshalb suchten sie Hilfe. Man darf auch annehmen, daß die meisten Quäkers mit Reformen zufrieden gewesen wären, wie Vane sie betrieb. Er fand aber unter seinen Regierungskollegen zu wenig Unterstützung und zu viel Gegnerschaft, als daß die Arbeiten des Verfassungsausschusses rasche Fortschritte machen und sobald greifbare Ergebnisse hätten zeitigen können, als es nötig gewesen wäre, um den neuesten Kurs vor dem Schiffbruch zu bewahren.

Während also die Regierung, aus Militärparteilern, radikalen Republikanern und Gemäßigten gemischt, nicht einheitlich und nicht einig, ein Bild der Schwäche darbot, wurde die Oeffentlichkeit mit vielem Erfolge gegen das Säbelregiment der Fanatiker mobil gemacht. In ganz kurzer Zeit begannen Handel und Wandel zu stocken, wodurch wieder die ordnungsparteiliche, monarchistische Strömung verstärkt wurde. Die Citykapitalisten gingen aus Angst vor Angriffen auf das Eigentum daran, ihr Geld beiseite zu bringen. Es versteht sich unter den Umständen, daß die City der Regierung nicht den hochnötigen Kredit gewährte. Vergeblich versuchten Desborough und Whitelocke am 4. und 5. November den Gemeinderat der City für ein Darlehen zu gewinnen.

Die aus dem Land einlaufenden fälligen Geldsummen blieben weit hinter den Erwartungen zurück, zum Teil infolge organisierter Steuerverweigerung Es bildeten sich Vereine, um die Bezahlung vom Parlament nicht bewilligter Steuern zu verhindern, der Ruf nach einem freien Parlament ward der geldeintreibenden Gewalt entgegengesetzt. Die öffentliche Gewalt selber aber versagte vielfach, stellte an zahlreichen Stellen nach der letzten Umwälzung die Tätigkeit ein — auch die finanzielle. So schreibt z. B. an Fleetwood ein Beamter aus einer Waliser Grafschaft, daß die dortigen Zivil- und Militärbeamten seit der Unterbrechung des Parlaments von keinem Angestellten Nachrichten erhalten hätten. „Ich habe mich in den Sequestrations- und Milizausschuß verfügt; außer mir war ein einziges Mitglied daselbst anwesend. Die Milizkommissarien haben keine Lust mehr, etwas zu tun, da sie kein Interesse dabei haben, und die Sequestrationskommissarien haben keine Lust mehr, Geld zu erheben, da sie nicht wissen, für wen oder wozu. Die Armee hat schon einmal bereut, das Parlament verjagt zu haben; wird es ihr gefallen, es auch diesmal zu bereuen, oder muß sie ihre erste Reue bereuen? Wir hängen in dieser Grafschaft nicht so sehr an dem vorigen Parlament, daß wir nicht bald eine bessere Regierung liebgewinnen sollten, wenn man sie uns darbietet; aber wir sind müde, auf Geratewohl und auf den bloßen Glauben hin etwas zu tun."

Die in diesem Brief ausgesprochenen Zweifel an der Beständigkeit der Armee waren nur zu begründet, die Armee war nicht entschlossen, weil sie nicht geschlossen war. Selbst in London war ja am 13. Oktober ein Teil der Truppen dem Parlament nicht ungünstig gesinnt gewesen; dieser Teil konnte durch die zahlreichen nichts-als-Söldner verstärkt und zur Mehrheit werden, wenn etwa die neue Regierung nicht imstande war, die Mittel zur Soldzahlung aufzubringen. Außerhalb Londons hatte die Revolution des 13. Oktober- gleich bei einem beträchtlichen Teil der bewaffneten Macht entschiedene Ablehnung gefunden. So in Portsmouth, dessen Gouverneur sich für das Parlament erklärte und Haselrig in seine Mauern aufnahm, worauf

273. Haus des George Monk in London

die Regierung Truppen zur Einschließung des Platzes entsandte. Auch machte der Admiral Lawson Miene, sich fürs Parlament zu erklären und in die Themse einzulaufen. Am meisten Aufregung aber verursachte in London, daß der Statthalter von Schottland und General der dortigen Armee, George Monk, die Partei des Parlaments nahm.

Monk gehörte seiner Herkunft nach der Gentry von Devonshire an. Im Bürgerkrieg focht er zunächst auf royalistischer Seite, bis er in Gefangenschaft geriet. Demnächst nahm er vom Parlament Dienste. Zur Zeit der Republik vollendete er die Eroberung von Schottland nnd waltete hier dann auch unter dem Protektorat Oliver Cromwells, wie seines Sohnes Richard. Mit der Restaurierung des langen Parlaments, also der Frühjahrsrevolution von 1659, hatte er sich noch einverstanden erklärt, erst die Oktoberrevolution fand ihn als Gegner. Ehrgeiz und Habgier waren die Haupttriebfedern seines Handelns. Positive politische Ueberzeugungen besaß er nicht; an der Regierungsform lag ihm nichts, wenn er nur dabei seine Rechnung fand. Dagegen hatte er aber eine negative Ueberzeugung: die „Fanatiker", gleichviel ob Anhänger der fünften Monarchie, Quäker und was man sonst noch zu den Anabaptisten rechnete, haßte er: kein Wunder bei seiner Herkunft und seiner Geldliebe. Die Abneigung gegen die „Fanatiker" war ein Hauptgrund seiner Stellungnahme gegen die neue Regierung. Ein zweites Motiv wird darin bestanden haben, daß er vom Parlament, als es Fleetwood und Genossen absetzte, zu einem der als eine Art Kriegskollegium vorgesehenen Armeekommissare ernannt worden war; er mußte nun befürchten, von der neuen Regierung aus Mißtrauen von seinem schottischen Kommando abgesetzt oder gar in Haft genommen zu werden.

Der Oeffentlichkeit gegenüber berief sich Monk zunächst hauptsächlich auf seine Pflicht, die Unabhängigkeit des Parlaments gegen militärische Anmaßungen zu verteidigen. So sprach er sich am 14. Oktober nach Empfang der Londoner Nachrichten vor den in Edinburg garnisonierenden Infanterieregimentern aus: Die unruhige Armee von England wolle selbst regieren und stehe jeder dauerhaften Ordnung im Wege. Er halte sich für verpflichtet, die Militärgewalt im Gehorsam der Zivilautorität zu erhalten, und hoffe, daß seine Leute darin mit ihm einig gehen würden; wer etwa anderer Meinung sei, dem gebe er anheim, den Dienst zu quittieren. Die Truppen nahmen die Ansprache beifällig auf. In der Armee von Schottland waren, wenigstens unter dem Fußvolk, die revolutionären Elemente nicht zahlreich. Monk hatte mit Eifer und Erfolg auf Fernhaltung oder Entfernung von Millennariern und Quäkern hingearbeitet; die Infanteristen waren größtenteils eine bloße Söldnerschar, die mit ihrem General durch dick und dünn ging. Unter der Kavallerie waren freilich die Sektierer zahlreich. Monk ging aber nun an eine schleunige und systematische Säuberung. Etwa 150 Offiziere wurden von ihren Posten entfernt und durch fügsame Leute ersetzt, auch zahlreiche Gemeine kassiert und vornehmlich durch Schotten ersetzt. Nach den englischen Grenzen zu konzentrierte er etwa 7000 Mann, auf die er rechnen konnte. Daß er damit nach Beendigung aller Vorbereitungen nach Süden vordringen und gegebenenfalls die Waffen entscheiden lassen wollte, ging aus seinen nach London gerichteten Schreiben hervor, die an die dortigen militärischen Machthaber das Ersuchen richteten, unverzüglich dem Parlament die Freiheit des Beratens wiederzugeben.

Die Londoner Regierung sah den Bruch zwar noch nicht für unheilbar an, erkannte es aber andererseits als notwendig, unverzüglich Truppen nach Norden zu entsenden, damit die schottische Armee nicht überraschend in England eindringe. Anfang November schon ging Lambert, dem alle entbehrlichen Truppen, wenigstens 10 000 Mann, zur Verfügung gestellt werden sollten, nach Norden ab, um Monk die Spitze zu bieten. Im Konstitutionsausschuß war man in ihn gedrungen, zu warten, bis die Reformarbeit greifbare Ergebnisse gezeitigt habe. Sonst werde es schwer halten, die Gutgesinnten zum Auftreten gegen einen Mann zu bestimmen, der sich wenigstens als Vertreter der Zivilautorität darstelle. Lambert gab zu, daß dies bedenklich sei, blieb aber aus militärischen Gründen dabei, daß ein sofortiger Vormarsch nötig sei, und im Laufe der nächsten Wochen zogten also seine Kolonnen nordwärts, zunächst bis nach Yorkshire. Seine numerische Ueberlegenheit über Monk — 10 bis 12 000 gegen 7000 Mann — schien den Sieg zu verbürgen. Monk war aber in einem wichtigen Punkt überlegen: er verfügte über viel größere Geldmittel als Lambert. Diesem hatte der Sicherheitsausschuß nur für wenige Wochen die Kriegskasse füllen können. Dagegen hatte Monk als Statthalter einige 70 000 Pfund Sterling angesammelt. Außerdem bewilligte ihm eine schottische Ständeversammlung einiges Geld, teils weil Monk den Schotten eine Verbesserung ihrer Lage versprach, teils weil sie schadenfroh und hoffnungsvoll dem Augenblick entgegensahen, wo die englischen Truppen sich untereinander zerfleischen würden. Es sollte aber nicht zum Kampfe kommen. Monk knüpfte mit der Londoner Regierung Verhandlungen an. Die Mehrheit des Sicherheitsausschusses war hierüber sehr erfreut, während einige tiefer blickende Mitglieder für sofortiges

Losschlagen waren, weil sie erkannten, daß es Monk nur darum zu tun sei, Zeit zu gewinnen, damit Lambert das Geld ausgehe. Es kam nun zwischen den Bevollmächtigten beider Teile zu Verhandlungen und zu einem Vertrage, der den Londoner Machthabern günstig war, und nur den Fehler hatte, daß er auf dem Papier blieb, weil Monk ihn nicht genehmigte; angeblich zur Aufhellung unklarer Punkte begann er wieder zu parlamentieren.

274. Die Armee dringt in die Stadt ein und verfolgt die Lehrlinge

Inzwischen war sein Zweck schon erreicht, Lambert saß auf dem Trockenen, und wußte sich, wie sein Gegner vorausgesehen hatte, nicht anders zu helfen als mit unpopulären Mitteln, die ihn zwischen zwei Feuer bringen mußten und außerdem die Disziplin seiner Truppen bedenklich lockerten. Er legte seine Truppen in Yorkshire bei der Einwohnerschaft zwangsweise, ohne Entgelt, in Quartier und schickte Soldaten aus zum Steuereintreiben. Dies geschah auch in den Grafschaften weiter südlich mit dem gleichen Erfolg, die Bevölkerung aufs äußerste zu erbittern und die Soldaten an Exzesse zu gewöhnen. Frau Hutchinson erzählt in ihren Memoiren, wie eine solche militärische Exekutionspartie sich auf dem Gut ihres Mannes benahm. Der Oberst fragte die Leute, wer sie zu ihrem gewaltsamen Vorgehen ermächtigt habe. „Das ist unsere Ermächtigung," antworteten die Soldaten, auf ihre Waffen zeigend. „Damit bringt Ihr nur Karl Stuart zurück," sagte Hutchinson. „Niemals, solange ich diesen trage," entgegnete ein Soldat und legte die Hand an den Degen. Nun beschwerten sich die Hutchinsons bei dem Regimentskommandeur, der die erfolgten Exzesse in seiner Antwort tadelte und Bestrafung der Schuldigen versprach. Als Frau Hutchinson den Soldaten das Schreiben ihres Obersten zeigte, rissen sie es unter höhnischen Bemerkungen in Stücke. Ein Hauptmann kam dazu und stellte sie zur Rede, mußte aber eilends entweichen, weil sie das Gewehr auf ihn anlegten. Solche Auftritte waren nicht vereinzelt. Frau Hutchinson aber urteilt über diese letzten Monate des Jahres 1659 also: „Die freche Anmaßung Lamberts hatte jedermanns Herz so gewandelt, daß die ganze Nation anfing, ihre Augen auf den König jenseits der See zu richten, und eine schlechte Ordnung (settlement) unter ihm für besser zu halten, als überhaupt keine zu bekommen, sondern noch unter der willkürlichen Gewalt solcher hochmütigen Rebellen wie Lambert zu bleiben." Vielleicht übertreibt ein royalistischer Bericht vom 1. Januar 1660 nicht allzusehr, der der ganzen Nobility und Gentry, sowie vier Fünfteln des Volkes royalistische Neigungen zuschreibt.

Welch mächtiger Antrieb jetzt die wirtschaftliche Lage war, um Massen von Bürgern und Bauern den Ordnungsfanatismus einzupauken, der nach monarchischer Gewalt schrie, zeigen royalistische wie republikanische Flugschriften dieser Monate.

So veröffentlichte Lestrange damals eine reaktionäre Brandschrift, worin er ausmalte, wie London mit Feuer, Schwert und Plünderung bedroht sei, die Bürgerschaft an den Bettelstab gebracht werde; die Einbuße an Handel sei so groß, daß „viele tausend Familien jetzt nichts zu tun haben, als zu betteln und diese Schufte zu verwünschen", wo denn mit den „Schuften" Soldaten uud Anabaptisten gemeint sind. Von der anderen Seite suchte z. B. der vielgewandte Journalist Marchamont-Nedham in seinem Pamphlet „Das Interesse wird nicht lügen" darzutun, daß die Fernhaltung des Stuartkönigtums gerade durch die materiellen Interessen geboten werde, die jetzt für die Restauration geltend gemacht würden. Das Wiederaufleben des Handels besonders könne nicht von Karl Stuart und seiner Partei erwartet werden, sondern von einer republikanischen Ordnung der Dinge. Ebenso eindringlich mahnt ein anderer Republikaner dieser Tage London, sich nicht durch die Handelsstockung zu konterrevolutionärer Haltung verleiten zu lassen. Dieser Pamphletschreiber erinnert, wie übrigens auch Nedham, daran, wie schlecht früher unter der Monarchie der Handel gefahren sei. Auch Milton suchte damals die Meinung, daß nichts als das Königtum den Handel wieder herstellen könne, zu widerlegen; er appellierte aber besonders an die Freiheitsliebe und überhaupt den Idealismus. Indes, die Begeisterung für die „gute, alte Sache" war jetzt in den weitesten Kreisen des Bürger- und Bauerntums völlig erloschen, und hatte einem Ruhebedürfnis Platz gemacht, dem an nichts mehr etwas lag, als an Ordnung um jeden Preis, einer starken Regierung also, die man nun vom Hause Stuart erwartete. Milton selber hatte das Gefühl, ein Prediger in der Wüste zu sein, erklärte verzweifelt das Mehrheitsprinzip für Unsinn, und sprach von epidemischem Wahnsinn, von dem allgemeinen Abfall einer irregeführten und getäuschten Menge.

Wie stark die royalistische Strömung nun bereits geworden war, machte sich im Norden bemerkbar, als Lambert im Laufe des Dezember aus Yorkshire in die Grafschaften Durham und Northumberland vorging. Sobald er nämlich jenen wichtigen Landesteil verlassen hatte, brach daselbst ein bedeutender Aufstand aus, der nicht nur die Gentry umfaßte und einen unverkennbar royalistischen Charakter trug. An der Spitze der Erhebung stand kein anderer als der alte Revolutionsgeneral Fairfax, den nun auch der Haß gegen die „Fanatiker" ins royalistische Lager getrieben hatte. Lambert kam dadurch in eine sehr bedenkliche militärische Lage, zwischen zwei Feuer: vor seiner Front stand Monk, in seinem Rücken Fairfax. Während er noch untätig abwartete — seine Energie wurde dadurch gelähmt, daß er sich der eigenen Truppen nicht recht sicher fühlte —, ereilte ihn aus London die Hiobspost, daß der Sicherheitsausschuß nicht mehr am Ruder, der Rumpf wieder eingesetzt sei und zwar eingesetzt durch die Soldaten selber.

Zu diesem Umschwung in der Stimmung der Londoner Regimenter haben die Nachrichten über Monks Haltung, wie sie den Soldaten allmählich zu Ohren kamen, gewiß auch beigetragen, ebenso wie die Kunde, daß die Blockierungstruppen von Portsmouth sich mit der dortigen Garnison vereinigt und unter Haselrigs Befehl gestellt habe, daß schließlich Admiral Lawson mit seiner Flottenabteilung in die Themsemündung eingelaufen sei. Neben der Uneinigkeit in den eigenen Reihen muß die Soldaten aber auch die Kunde beeinflußt haben, daß im Lande die Stimmung der neuen Regierung abhold sei. Daß ferner in

London die öffentliche Meinung gegen den Sicherheitsausschuß und die „Fanatiker" sei, sahen die Truppen mit eigenen Augen. Die Anabaptisten freilich standen auf seiten der Regierung. Aber sie waren in London augenscheinlich eine kleine Minderheit. Die Mehrzahl der Einwohnerschaft lief nicht in ihre Zusammenkünfte, sondern zu dem Bußgottesdienst, den die Presbyterianer und Episkopalisten am 2. Dezember abhielten, um die Gnade Gottes anzuflehen in einer Zeit, in der das „Fundament der Regierung" zerstört sei: die Prediger sprachen hauptsächlich von der Pflicht, der Obrigkeit zu gehorchen, womit sie aber nicht etwa die augenblickliche Regierung meinten. Die Bürger sollten zum Gehorsam zurückkehren. Im Dezember fanden in der City die Wahlen zum Gemeinderat statt; dabei wurden die Sektierer völlig ausgeschlossen, außerdem auch, was sehr bezeichnend ist, alle an den nationalen Verkäufen Beteiligten. Gleichzeitig ward die städtische Miliz reorganisiert, wobei wiederum die Sektierer systematisch ausgeschlossen wurden. Militärisch blieben die Truppen trotzdem Herren der City. Als in diesen Dezembertagen Tausende von Lehrlingen in den Straßen stürmisch für ein freies Parlament demonstrierten und dabei wiederholt mit den Soldaten des Obersten Hewson aneinandergerieten, behaupteten diese das Feld. Einmal ward dabei Feuer gegeben, und einige Demonstranten blieben tot, was die Situation der Truppen keineswegs verbesserte, so daß sie nicht mehr wagten, einzeln auszugehen. Ueberdem wurden ihrer immer mehr an der Regierung irre, weil diese gar nicht zu regieren vermochte. Die Reformarbeit kam bei allem guten Willen Vanes und einiger anderer nicht vom Fleck, weil die Quertreibereien nach wie vor zu mächtig waren. Die Militärparteiler im hohen Rat begannen die Reformer, d. h. Vane und Genossen, bereits im Stich zu lassen, indem sie sich Vertretern der Rechts- und Gottesgelahrten zu einem Kompromiß näherten, der diesen interessierten Schichten der Intelligenz Sicherheiten gegen radikale Aenderungen bot und die „Fanatiker" geradezu der Verfolgung preisgab; unter Abstandnahme von unbegrenzter Gewissensfreiheit sollten nämlich „die Quäker und einige andere, deren Grundsätze," wie es bei Ludlow heißt, „auf die Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft hinausliefen, über-

275. Oberst John Hewson

haupt nicht geduldet werden". Whitelocke war schließlich soweit, dem General Fleetwood vorzuschlagen, man solle das Königtum der Stuarts mit den nötigen Bedingungen wiederherstellen, da sonst Monk zweifellos eine Restauration ohne jede Bedingung herbeiführen werde: „was unser aller Leben und Besitz dem König und seiner Partei, welche gegen uns wütend sind und ihr zerrüttetes Vermögen wiederherstellen wollen, auf Gnade und Ungnade in die Hand gibt."

Fleetwood ging zwar auf den verräterischen Vorschlag nicht ein, wies ihn aber auch nicht sofort und nicht mit Bestimmtheit zurück. Er hatte eben, und gleich ihm hatte mancher andere ganz den Kopf verloren, weil alles schief ging; besonders verhängnisvoll war natürlich der Geldmangel, der sich auch in London selbst bemerklich machte. Vergeblich dachte man die Lage dadurch zu verbessern, daß — am 15. Dezember — ein Parlament zum 24. Januar 1660 einberufen wurde. Die öffentliche Meinung wollte nichts von einem solchen Parlament wissen, weil daneben der Sicherheitsausschuß unter dem neuen Titel „Konservatoren der Freiheit" als Exekutive bestehen bleiben sollte und weil ferner die Unabhängigkeit der Armee ausdrücklich vorbehalten wurde: das Heer sollte nur mit Zustimmung der Konservatoren aufgelöst oder unter anderen Befehl gestellt werden können. Auch wurde nicht daran gezweifelt, daß die Qualifikationen für aktives und passives Wahlrecht in einer Art abgefaßt und durchgeführt werden würden, die der „fanatischen Partei" das Uebergewicht sichern würde.

Bei dieser Gelegenheit ist übrigens zu sagen, daß der Verfassungsausschuß in politischer Hinsicht nicht etwa wirklich demokratische Absichten hatte. In dieser Zeit allgemeiner Gärung gab ja auch der letzte Rest der kleinbürgerlichen Demokratie noch ein schwaches Lebenszeichen von sich in Gestalt einer Broschüre, die an den Verfassungsplan der Levellers erinnerte. Selbst hier aber erscheinen die Ideen politischer Reform stark versetzt mit den neueren Vorschlägen Harringtons. Der Verfasser der „Oceana" hatte jetzt einen gewissen Einfluß auf die praktische Politik, insofern die radikaleren Republikaner zu seinen Anschauungen hinneigten. Diese wurden damals unter starkem Zulauf von Ideologen in einer politischen Vereinigung, dem Rotaklub, erörtert. Nicht nur die Idee der geheimen Abstimmung und der Drittelerneuerung der Volksvertretung fand auf der äußersten Linken des langen Parlaments Anklang, sondern der ganze Harringtonsche Plan eines Zweikammersystems. Ludlow z. B. zeigt sich sehr für die Vorschläge Harringtons eingenommen, und besonders der Abgeordnete Neville, ein Freund Harringtons, trat lebhaft dafür ein. Sein Projekt einer Regierungsform, die, nach Burnets Ausdruck, „die Freiheit sichern und doch die Nation erhalten sollte," war aber der Mittelklasse auf den Leib geschnitten, und die radikaleren bürgerlichen Republikaner befanden sich nun in der tragikomischen Lage, daß die Mittelschichten überhaupt nichts mehr von der Republik wissen wollten, während die Anabaptisten zwar die Republik wollten, aber keine bürgerliche, sondern eine soziale. Im ganzen genommen, hatte man sich so völlig festgefahren, daß der Sicherheitsausschuß schließlich gestürzt wurde, ohne sich überhaupt erheblich zu wehren.

Vor Weihnachten war unter den Londoner Regimentern eine lebhafte Agitation für die Zurückführung des Parlaments im Gange, dessen Austreibung bloß den Royalisten zugute gekommen sei. Am 24. Dezember fand eine allgemeine

Versammlung der meisten Regimenter statt, in der diese brennende Frage erörtert wurde. Der wirksamste Grund war, daß der Soldat nie richtiger bezahlt worden sei, als unter dem Parlament. Schließlich überwog weitaus die Meinung, man müsse mit dem Parlament leben und sterben. Alsbald marschierten die Truppen nach der Wohnung des Sprechers Lenthall und begrüßten ihn als ihren General. Am 26. Dezember hielt der Rumpf wieder Sitzung. Mit diesem Ersatz für den gestürzten Sicherheitsausschuß war nun die Oeffentlichkeit sehr wenig zufrieden; man fand, daß wenig gebessert sei, solange nicht an Stelle des rump ein vollständiges, freigewähltes Parlament tage: eher brauche man keine Steuern mehr zu zahlen. Inzwischen setzten sich die bürgerlichen Republikaner wieder fest in den Sattel; Haselrig und Scott traten an die Spitze der Regierung.

276. Der Rumpf muß beim Braten gut gesalzen werden, er stinkt zu sehr
Royalistische Karikatur auf den „Rumpf"

Gegen den Royalismus ward scharf Front gemacht, und man hörte, daß der Besitz aller in die Boothsche Verschwörung verwickelten Personen konfisziert werden solle, wodurch denn die presbyterianische Gentry erst recht mit den Kavalieren zusammengeschweißt wurde. Gleichzeitig tat der Rumpf auch Schritte, um die Mitglieder der letzten Regierung und ihre Hauptanhänger zu strafen. Nicht weniger als 1500 Offiziere wurden kassiert; natürlich verschwanden auch Fleetwood und Desborough von ihren Posten. Vane wurde seines Mandats verlustig erklärt, und mit Hausarrest belegt, Ludlow unter Hochverratsanklage gestellt. An Lamberts Truppen erging Befehl, sich nach bestimmten Standquartieren zu zerstreuen. Sie gehorchten begreiflicherweise und im Handumdrehen war Lambert — Ende Dezember — total verlassen und mußte den vom Parlament über ihn verhängten Hausarrest antreten. So war denn eigentlich erreicht, was Monk als den Zweck seines Vorgehens bezeichnet hatte: die Militärgewalt hatte sich der Zivilautorität unterworfen, das Parlament war wieder eingesetzt. Wenn er trotzdem, zunächst unaufgefordert, den Vormarsch auf London antrat, so ließ sich dies mit der andauernden Gefährdung der „Ordnung" durch die „Fanatiker" rechtfertigen.

Am 1. Januar des Jahres 1660 überschritt Monk mit seiner kleinen Armee den Tweed. Ueber Morpeth und Newcastle marschierte er nach York, wo er eine Zusammenkunft mit Fairfax hatte, der seine Freiwilligen sogleich auseinandergehen ließ. Es heißt, Fairfax habe dem General zur sofortigen Proklamierung des Königs geraten, Monk habe aber nichts davon wissen wollen. Sicher ist, daß der General auf seinem ganzen Marsche quer durch England, zu dem ihn nun auch das Parlament beauftragt hatte, eine durchaus republikanische Haltung einnahm. Gegenüber den zahlreichen Petitionen um ein freies Parlament oder um Zulassung der ausgeschlossenen Mitglieder, die ihm allenthalben übermittelt wurden, verhielt

er sich reserviert. Nur auf eine Petition aus seiner Heimat Devonshire, die auch von einigen seiner Verwandten und Bekannten unterzeichnet war, und Zulassung der ausgeschlossenen Mitglieder verlangte, gab er eine schriftliche Antwort, deren Wortlaut publik wurde und bezeichnend ist.

Er wies die Bittsteller darauf hin, daß das Parlament sich bereits mit der Komplettierung seines Bestandes beschäftige, und sprach sich gegen Zulassung der Ausgeschlossenen aus, weil diese die Monarchie würden wiederherstellen wollen. Die Monarchie sei aber in England unmöglich, weil sie sich nicht mit den durch die Bürgerkriege entstandenen neuen Interessen der Sekten und der Käufer der eingezogenen Güter vertrage: „Das zur Beschützung und Erhaltung dieser Interessen geeignetste Regiment ist notwendig die Republik.“ So schrieb Monk auch an die Londoner City, daß er fest entschlossen sei, das gegenwärtige Parlament, so wie es am 11. Oktober 1659 gesessen habe, zu unterstützen und aufrecht zu erhalten. Er werde der guten Sache treu bleiben, damit sich eine freie Republik im Lande befestige und die Armee, wie es sich gehöre, der Zivilbehörde unterworfen bleibe.

Gegen Ende des Monats Januar war Monk in der Londoner Nachbarschaft angelangt. Bevor er seinen Einzug in die Hauptstadt hielt, vereinbarte er mit der Regierung, daß die Londoner Regimenter, die er für unzuverlässig erklärte, mit Ausnahme von zweien, nach außerhalb verlegt werden sollten. Die Truppen wollten zum Teil dem Befehl zum Ausmarsch nicht Folge leisten, wenn ihnen nicht ihre Rückstände bezahlt würden. Es fehlte nicht an Versuchen, diese Bewegung politisch zu fruktifizieren. Vane und Lambert waren dieserhalb heimlich nach London gekommen. Andererseits suchten für ein freies Parlament demonstrierende Lehrlinge die Truppen für sich zu gewinnen. Die Bewegung unter dem Militär blieb aber auf die Geldfrage beschränkt und war auch nicht allgemein. Als den Soldaten Garantien gegeben wurden, daß ihre Ansprüche befriedigt werden sollten, zogen sie am 3. Februar aus London ab.

Am selben Nachmittag zog Monk mit seinen Truppen ein. Es wurden ihm alle möglichen offiziellen Ehrungen erwiesen. Er wurde in den Staatsrat als Mitglied eingeführt und am 6. Februar feierlich vom Parlament empfangen, dessen Sprecher ihn als Retter der Nation feierte. In seiner Antwort erwähnte Monk die zahlreichen ihm zugegangenen Petitionen um ein freies und vollständiges Parlament und mahnte zur Sparsamkeit in der Auflegung von Eiden und Verpflichtungen. Das Parlament müsse sein Interesse nicht enger, sondern weiter machen. Die vernünftige, nüchterne Gentry werde sich gern mit ihm verbinden, wenn sie eine anständige und milde Behandlung fände. „Und tragt Sorge, in Eurer Zivil- oder Militärregiernng weder den Kavalieren noch den Fanatikern einen Anteil zu lassen; Ihr wißt aus bitterer Erfahrung, wie wenig diese letzteren eine Regierung über sich dulden wollen.“

Die Monksche Rede machte auf das Parlament keinen günstigen Eindruck; man fand sie befehlerisch: er wolle dem Hause Vorschriften machen. Auch wurde bedenklich gefunden, daß Monk sich bei seiner Einführung in den Staatsrat geweigert hatte, den vorgeschriebenen Eid zu leisten, der sich gegen die Stuarts richtete; zur Begründung hatte er u. a. gesagt, es zieme sich nicht, sich so unbedingt gegen das zu verpflichten, was möglichermeise einmal der Wille des Parlaments werden könne. Infolgedessen begann eine Verstimmung zwischen den Parlamen-

RELATION auß LONDEN vom 4. Febr. 1661.

Die Examination Verurtheilunge vnd Execution der Gefangenen Quäckers/ vnd derselben geführten Reden betreffend.

Sampt derer Hochlangenden/ Ehr und Gutsuchenden Menschen im Tode empfangener Lohn.

Seht die Menschen/ die so hoch nach der Ehre sind gegangen/
In was Schanden sie allhier an dem hohen Galgen hangen/

Jeder/ der der Obrigkeit einen Druck hat angethan
Oder noch zu thun gedenckt/ spiegle sich allig daran.

277. Hinrichtung von aufrührerischen Quäkern

Deutsches Flugblatt

tariern und Monk Platz zu greifen. Sie mißtrauten seinen Absichten und witterten in ihm einen verkappten Royalisten. Und er traute den bürgerlichen Republikanern zu, daß sie sich gegen ihn mit den „Fanatikern" koalieren könnten, die sein Hauptschrecken waren.

Auf royalistischer Seite glaubte man, daß es bald zu einem Zusammenschluß zwischen den Gemäßigten und den „Fanatikern" kommen werde, zu denen auch eine parlamentarische Gruppe gerechnet wurde; führende Kavaliere meinten, Monk werde bald durch die Sektierer verdrängt werden und setzten keine Hoffnungen auf ihn. Später freilich stellten es die royalistischen Historiker so dar, als wenn Monk es von vornherein auf eine Restauration der Monarchie abgesehen hätte. Das läßt sich aber nicht mit dem Sachverhalt in Einklang bringen. Monk ist erst durch die Logik der Tatsachen zum Eintreten für die Stuarts gebracht worden. Er kam bald nach seinem Eintreffen in London zu der Meinung, daß keine Sicherheit vor den Revolutionären sei, solange nicht das Parlament vervollständigt sei, woraus dann die Restauration folgte. So und nicht aus einem lange vorgefaßten Plan ist die plötzliche Schwenkung zu erklären, die Monk vornahm, während er, ein paar Tage nach seiner Parlamentsrede, mit der Londoner City zu tun hatte.

In der City war eine stürmische Bewegung im Gang, deren Losungswort ein freies Parlament war. Die Presbyterianer beherrschten die öffentliche Meinung der Hauptstadt vollständig. Sie hatten durch die letzten Wahlen zum Gemeinderat die Mehrheit in diesem Stadtparlament erlangt. Hier war nun das Aktionszentrum der Londoner Presbyterianer, das ständige Verbindungen mit den Grafschaften aufrecht erhielt. Der Stadtrat ließ es aber nicht bei bloßen Worten bewenden, sondern faßte auch den folgenschweren Beschluß: es sollten keine Steuern bezahlt werden, bis ein vollständiges und freies Parlament nach den alten Grundgesetzen des Landes die Stelle des Rumpfes eingenommen habe. In der Voraussicht, daß der Steuerverweigerungsbeschluß gewaltsame Maßregeln des Parlaments hervorrufen werde, rüsteten sich die City-Bürger zur Gegenwehr. Sie verbarrikadierten die Straßen, zogen Ketten quer darüber und versahen die Tore mit Fallgattern. Ehe diese Verteidigungsvorkehrungen noch vollendet waren, erteilte das Parlament (in der Nacht zum 19. Februar 1660) Monk den Befehl, sofort mit Truppen in die City zu rücken, die Befestigungen zu zerstören und elf Mitglieder des Gemeinderats zu verhaften. Monk biß in den sauren Apfel und vollzog den Befehl, dessen Ausführung die Bürger keinen sonderlichen Widerstand entgegensetzten: sie beschränkten sich auf Zischen und Grunzen.

Als Monk seinen Auftrag ausgeführt hatte, kam ihm das Parlament mit neuen Wünschen. Unter anderem ward von ihm verlangt, er solle den Stadtrat der City auflösen. Nun aber machte Monk gegen das Parlament Front. Noch am 19. Februar setzte er eine Vorstellung an den Rumpf auf, die seine Offiziere billigten. Darin beklagte sich das Militär, daß es zum Werkzeug persönlicher Rache der Machthaber mißbraucht worden sei. Die Meinung der Offiziere gehe dahin, daß für die erledigten Stellen im Parlament binnen acht Tagen die Einberufungsschreiben erlassen werden müßten; das durch die ausgeschlossenen Mitglieder vervollständigte Parlament möge sich dann baldigst auflösen und einem neuen, frei gewählten Platz machen. Mit der Schwenkung, die er vollzogen, machte Monk

alsbald den Londoner Stadtrat in einer Ansprache bekannt. Sogleich war er der Liebling des presbyterianischen Bürgertums. Wie er, so wurden auch seine Soldaten gefeiert. Das Bier floß in Strömen. Ueberall wurden auf offener Straße Hinterviertel von Rindern geschmort, um den Rumpf zu verhöhnen. Dieser war, von dem Militär im Stiche gelassen, außerstande, dem Eintritt der 1648 ausgeschlossenen Presbyterianer in das Parlament ernstliche Hindernisse in den Weg zu legen. Die Presbyterianer erschienen, von zahlreichen Offizieren begleitet, und nahmen ohne weiteres ihre Sitze ein. Sie bildeten bald die Mehrheit des Parlaments. Die Republikaner gaben hier ihre Sache verloren und räumten das Feld, indem sie an den Sitzungen nicht mehr teilnahmen.

278. William Prynne

Die presbyterianische Mehrheit faßte alsbald Beschlüsse, die keinen Zweifel darüber ließen, daß sie zur Restauration des Königtums entschlossen sei. So erklärte sie alle Beschlüsse, die seit dem 5. Dezember 1648, seit Prides Purganz, gefaßt waren, für ungültig: ausdrücklich auch die Prozessierung Karls I. Ein neuer Staatsrat ward eingesetzt, der sich aus Presbyterianern zusammensetzte; zu seinen Mitgliedern gehörte Monk. Außerdem ward er zum Oberbefehlshaber aller Streitkräfte des Landes ernannt. Der Covenant ward überall öffentlich aufgehängt, und Monk erklärte einen gemäßigten Presbyterianismus für die angemessenste Form der Kirche in England. Die City ward in all ihre früheren Rechte wieder eingesetzt und gewährte dafür eine Anleihe. Am 1. März sprach das Parlament die Absicht aus, sich bis zur Monatsmitte aufzulösen. Für die Neuwahlen blieben noch Einschränkungen bestehen: wer gegen das Parlament gekämpft hatte, sollte nicht wählbar sein; dagegen ward die Verpflichtung auf eine Verfassung ohne König und Lords ausgemerzt.

Dies erschien den Royalisten viel wesentlicher als jenes. Sie zweifelten nicht mehr daran, daß sie — bei der allgemeinen Stimmung — obenauf kommen würden. „Kanzel, Presse und Volk in der Stadt und in den Grafschaften rufen ungeduldig nach ihrem König und in ihm nach Sicherheit und Frieden", schreibt ein führender Royalist am 16. März. An diesem Tage löste sich das lange Parlament auf.

Daß die Neuwahlen eine Mehrheit für die Restauration ergeben würden, lag auf der Hand. Es fragte sich bloß, ob die Restauration an Bedingungen geknüpft werden solle. Die presbyterianische Partei hätte nach ihrer Vergangenheit die Annahme der Abmachungen von 1648 zur Vorbedingung der Einsetzung Karls II. machen müssen. Dafür sprachen sich auch die presbyterianischen Lords damals aus: ihr Sinn sei, so konstatiert ein Royalist, mehr auf ein aristokratisches als auf ein monarchisches Regiment gerichtet. Der Mehrheit der Presbyterianer aber war es jetzt bloß um ein starkes Königtum zu tun, das die Gesellschaft vor den Fanatikern retten könne. Auch der Staatsrat war nicht für bindende Bedingungen; Autorität erklärte er für das, was allein retten könne. Allgemein verlangte der Ordnungsbrei unverweilte Aufrichtung einer ungeschwächten Monarchie zum Schutze von Freiheit und Eigentum, um so mehr, als die „Fanatiker" sich regten. Indes war die anabaptistische und militärische Partei ziemlich ratlos; bot sie doch Monk die Diktatur an, was natürlich abgelehnt wurde. Nun richtete sich die Agitation unter dem Militär gegen Monk. Neben der revolutionären Ueberzeugung wirkte auch die Besorgnis vieler Militärs, daß ihre Erwerbungen konfiszierter Ländereien gefährdet seien. Die Bewegung im Heer war recht lebhaft. Ganze Regimenter waren widersetzlich. Aber Monk ward ihrer mit Hilfe der zuverlässigen Truppenteile Herr. Zahlreiche Offiziere wurden kassiert, ganze Regimenter aufgelöst. Anfang April erklärten die meisten Regimenter dem General in einer Adresse, daß eine Armee den Befehlen ihrer Oberen unbedingten Gehorsam schuldig sei.

Unter diesen Umständen wagte sich Monk etwas weiter vor: er trat durch einen Vertrauensmann der Stuarts, John Greenville, mit Karl II. in geheime Verbindung. Monk riet Karl, um seiner Restauration die Wege zu ebnen, möge er Amnestie und Toleranz bewilligen, die nationalen Verkäufe genehmigen und den Soldaten die Bezahlung ihrer Soldrückstände zusichern. Nun erst kam man in der Umgebung Karls, der sich in den Niederlanden aufhielt, zu der Ueberzeugung, daß die Dinge in England einer Restauration aus Abneigung gegen das Militär und Furcht vor den Anabaptisten zutrieben. Bis dahin hatte man immer noch geglaubt, Monk werde der Republik treu bleiben, für die er sich so oft ausgesprochen, hatte man immer noch daran gedacht, England mit ausländischer Hilfe durch einen Einfall zu erobern.

Für diesen Plan waren noch immer einige Leute eingenommen, die eine bedingungslose Restauration wollten. Karl und seine nächsten Ratgeber, insbesondere Hyde, hatten aber nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts wenig Vertrauen auf den Erfolg von royalistischen Schilderhebungen mit ausländischer Hilfe. Sie griffen darum mit beiden Händen zu, als sich durch Monks Angebot eine sichere Aussicht auf baldige mühe- und gefahrlose Wiederherstellung der Monarchie eröffnete. Die Ratschläge Monks nahm man an, aber in einer Form, die zu nichts verpflichtete. Karls „Erklärung von Breda" fügte nämlich der Zusage allgemeiner Amnestie und Toleranz, sowie der Genehmigung der Güterverkäufe die Klausel hinzu: soweit sich das Parlament damit einverstanden erkläre. Bloß die Bezahlung der Soldrückstände wurde bedingungslos verheißen. Daß in bezug auf die anderen Punkte überhaupt kein bindendes Versprechen vorlag, ist Monk

natürlich nicht entgangen. Er machte deshalb aber keine Schwierigkeiten, sondern suchte sich nur bei den neuen Herren beliebt zu erhalten, da er sah, daß die öffentliche Meinung des Landes, wie sie bei den Wahlen zum Ausdruck gelangte, auch gar keine Bedingungen wolle.

Die Absichten der Wähler sprachen sich aufs unzweideutigste aus. Die royalistische Strömung war in den Grafschaften so mächtig, daß großenteils Männer gewählt wurden, die gegen die Republik gekämpft hatten, obwohl solche gar nicht wählbar sein sollten. In den Städten kamen zahlreiche Presbyterianer durch, aber solche von der allerblässesten Schattierung. Die Wähler wollten keine Vertreter, die nach Bedingungen strebten; auch wurde die Wahl solcher Personen vermieden, welche an den nationalen Verkäufen beteiligt waren. Die Republikaner und Anabaptisten fielen fast überall durch; neben den ungefähr gleich starken Royalisten und Presbyterianern wurden nur ungefähr 50 Republikaner gewählt.

Die Anabaptisten wollten ihre Sache noch nicht verloren geben, sondern einen Schlag versuchen. In allen Grafschaften regte sich die Partei. Lambert entkam aus dem Tower und erschien bei Daventry an der Spitze einiger aufsässigen Truppen: 4 Schwadronen Kavallerie, wozu zahlreiche, aber schlecht bewaffnete Haufen von Sektierern stießen. Ehe der Aufstand um sich greifen konnte, erschien bereits, am 21. April 1660, Oberst Ingoldsby mit überlegenen Streitkräften des Parlaments auf dem Schauplatz: bei dieser Situation wollten die Regulären Lamberts gar nicht kämpfen; die Sektierer zerstreuten sich, während Lambert selbst gefangen genommen wurde. Unter den Besitzenden hatte während dieser Tage große Besorgnis vor einer allgemeinen Erhebung der Anabaptisten in der Armee und im Volk geherrscht. Die Milizen, die Waffenfähigen unter den oberen Klassen und dem Mittelstand, waren überall auf den Beinen. Man veranschlagt, daß im ganzen 120 000 Mann marschbereit waren. Die Londoner Milizen wurden am 24. April im Hyde Park gemustert und zeigten sich sehr kampflustig. Am Abend aber ward Lambert gefangen eingebracht.

Anderen Tages, den 25. April, trat das neue Parlament, zum Unterschied von einem durch den König einberufenen Konvent genannt, in Westminster zusammen. Ein Presbyterianer ward zum Sprecher gewählt, aber auch die im Widerspruch zu den Wahlbeschränkungen durchgekommenen 50 Kavaliere fanden Zulaß. Gleichzeitig mit den Gemeinen traten auf eigene Faust auch die Lords, erst bloß die presbyterianischen, dann auch die weit zahlreicheren royalistischen, zusammen und wurden vom Unterhaus stillschweigend anerkannt. Es fehlte also bloß noch das Königtum. Am 1. Mai 1660 langte Greenville mit der königlichen Erklärung in London an. Die Gemeinen begrüßten sie mit Hochrufen auf König Karl. Von den Lords ward alsbald der Beschluß gefaßt, daß nach den alten Grundgesetzen die Regierung Englands in König, Lords und Gemeinen bestehe und bestehen solle. In einer zweiten Resolution sagte das Oberhaus, alle Verwirrung sei durch Beseitigung der Monarchie entstanden und könne nur durch Rückkehr des Königs beseitigt werden.

Noch am 1. Mai fand eine Konferenz zwischen Lords und Gemeinen statt, wobei Lord Manchester die alte Verfassung für die beste der Welt erklärte. Das Unterhaus schloß sich den Resolutionen der Lords jubelnd an. Jedoch kamen bereits

279. Ankunft und Empfang der Gemah

in beiden Häusern Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck. Während die Royalisten im Unterhaus schon von unmittelbarer Herstellung der konfiszierten Güter redeten, verlangten Presbyterianer wie Prynne u. a. einen bindenden Vertrag mit dem König, und auch im Oberhaus forderten presbyterianische Lords, daß die Restauration an Bedingungen geknüpft werde. Monk erklärte sich dagegen. Er könne für die Ruhe nicht garantieren, wenn die Restauration verzögert werde; auch werde die Zwietracht der Parteien alsbald ausbrechen und alles in Frage stellen: „Der König kommt ja allein; was habt Ihr von einem Fürsten zu fürchten, der weder Geld hat, um Euch zu bestechen, noch ein Heer, um Euch zu unterjochen? Sind Beschränkungen not, warum nicht seine Ankunft abwarten?“ So ward denn Karl am 9. Mai zum König proklamiert, wobei man seinen Regierungsantritt vom Tode Karls I. datierte, und zur Rückkehr nach England durch eine Deputation eingeladen, an deren Spitze der Presbyterianer Hollis stand.

Karls I. in Portsmouth am 25. Mai 1662

Am 25. Mai erfolgte die Landung in Dover, wo Monk an der Spitze des Adels der benachbarten Grafschaften den König in Empfang nahm. Auf dem Wege nach London riet er dem Könige zur Aufnahme von presbyterianischen Führern und einigen Cromwellianern in den geheimen Rat. Im ganzen sind Monks Vorschläge dann auch berücksichtigt worden; daß er selbst zur Regierung zugezogen wurde, versteht sich natürlich. Außer den von Monk Vorgeschlagenen aber wurde auch eine mindestens gleich große Zahl von Kavalieren in das Regierungskollegium aufgenommen, und in dem engeren Ausschuß, der eigentlich die Geschäfte führte, wogen die Kavaliere durchaus vor; den Ton gab Hyde an, der nun bald Earl of Clarendon wurde.

Daß es nicht leicht sein werde, die Royalisten mit den Presbyterianern und Cromwellianern unter einen Hut zu bringen, der Gedanke daran muß sich dem König schon auf dem Wege nach London aufgedrängt haben. In Canterbury nämlich setzten ihm vornehme Royalisten mit Ersatzansprüchen für ihre Verluste

während der Revolution zu. Den 29. Mai zog er in London ein, wo riesige Menschenmengen ihn mit überschwenglichem Jubel empfingen. Das Parlament vergaß übrigens inmitten aller Festlichkeiten des Einzugstages nicht, dem König am Abend die Grenzen seiner Macht zu Gemüte zu führen. Man legte nämlich dem Könige zwei Beschlüsse vor, von denen der eine den alten Eid der Treue und des Supremats erneuerte, der andere aber den König zur Bestätigung der Magna Charta, der Bitte um Recht, des Statuts über die Steuerbewilligung und der anderen parlamentarischen Privilegien aufforderte. Karl tat dies, ohne irgendwelche Umstände zu machen.

Edmund Ludlow erblickte einen Teil der Vorgänge des 29. Mai von einem Fenster des Zufluchtsortes, den er in der City gefunden: von hier aus hat er sich vor der reaktionären Rachsucht nach dem Kontinent retten können. Er sah „die unbeständige Menge das Zeichen ihrer Freiheit verbrennen, das Wappen der Republik". Ludlows Verachtung der Menge ist aber nicht ganz berechtigt. Die blöde Angst vor der sozialen Revolution, die soviel zur Restauration beigetragen, ist freilich kläglich. Dagegen wollte die Menge gewiß nicht Abneigung gegen die Freiheit bekunden, indem sie das Wappen der Republik zerstörte. Im Gegenteil erschien der Masse diese Republik als freiheitsfeindlich. Schon der alte Toland hat in seiner Vorrede zu Harringtons Werken darauf hingewiesen, wie der Haß gegen die Republik sich aus der Enttäuschung des Volkes darüber erkläre, daß es ihm nicht besser, sondern schlechter gegangen sei als früher, daß es vor allem mit unerträglichen Steuern belastet worden sei. „So kam das Volk von England dahin, den Namen einer Republik zu hassen, ohne seine Freiheit weniger zu lieben." Faktisch haben große Massen von Engländern sich geradezu eingebildet, durch die Restauration zur Freiheit zu gelangen. Diese Illusion sollte freilich durch die Tatsachen grausam zerstört werden.

Bloß von dem stehenden Heere wurde das Volk durch die Restauration frei. Vor Ende des Jahres 1660 wurde die Armee aufgelöst nach vorheriger Begleichung der Soldrückstände. So war der Militarismus beseitigt. Aber nicht einmal die finanzielle Militärlast, die entsprechenden Steuern wurde man, wie wir sehen werden, los, und in allem übrigen sollte es noch schlimmer werden als zur Zeit der Republik. In der Militärfrage entsprach das Parlament dem allgemeinen Verlangen, weil sowohl Kavaliere als Presbyterianer in dem Haß gegen die Armee einig waren, die den weitaus größten Teil der besitzenden Klassen solange von der direkten politischen Herrschaft entfernt gehalten und sogar mit dem Verlust seiner ökonomischen Position bedroht hatte.

Einig waren die beiden Gruppen der besitzenden Klassen auch in der Rachsucht gegenüber den Revolutionären, die der Gesellschaftsordnung den Umsturz gedroht hatten. Ueber die Millennarier, Quäker, Anabaptisten, überhaupt alle „Fanatiker" erging daher eine wüste Hetze, die auch Menschenopfer forderte. Die „Fanatiker" nämlich hatte man, obwohl von ihnen nicht die Rede war, eigentlich im Auge, als die allgemeine Amnestie, die noch im Jahre 1660, gemäß den Bredaer Versprechungen Karls II., im Parlament zustande kam, eine Reihe von Ausnahmen machte. Das „Vergessenheitsgesetz" schloß eine Anzahl von Personen, die als „Regiziden", Königsmörder, zusammengefaßt wurden, von der Amnestie aus und

280. Heinrich Hyde
ältester Sohn des Lordkanzlers Clarendon, als Lord Cornbury bekannte, politische Persönlichkeit der Restaurationszeit

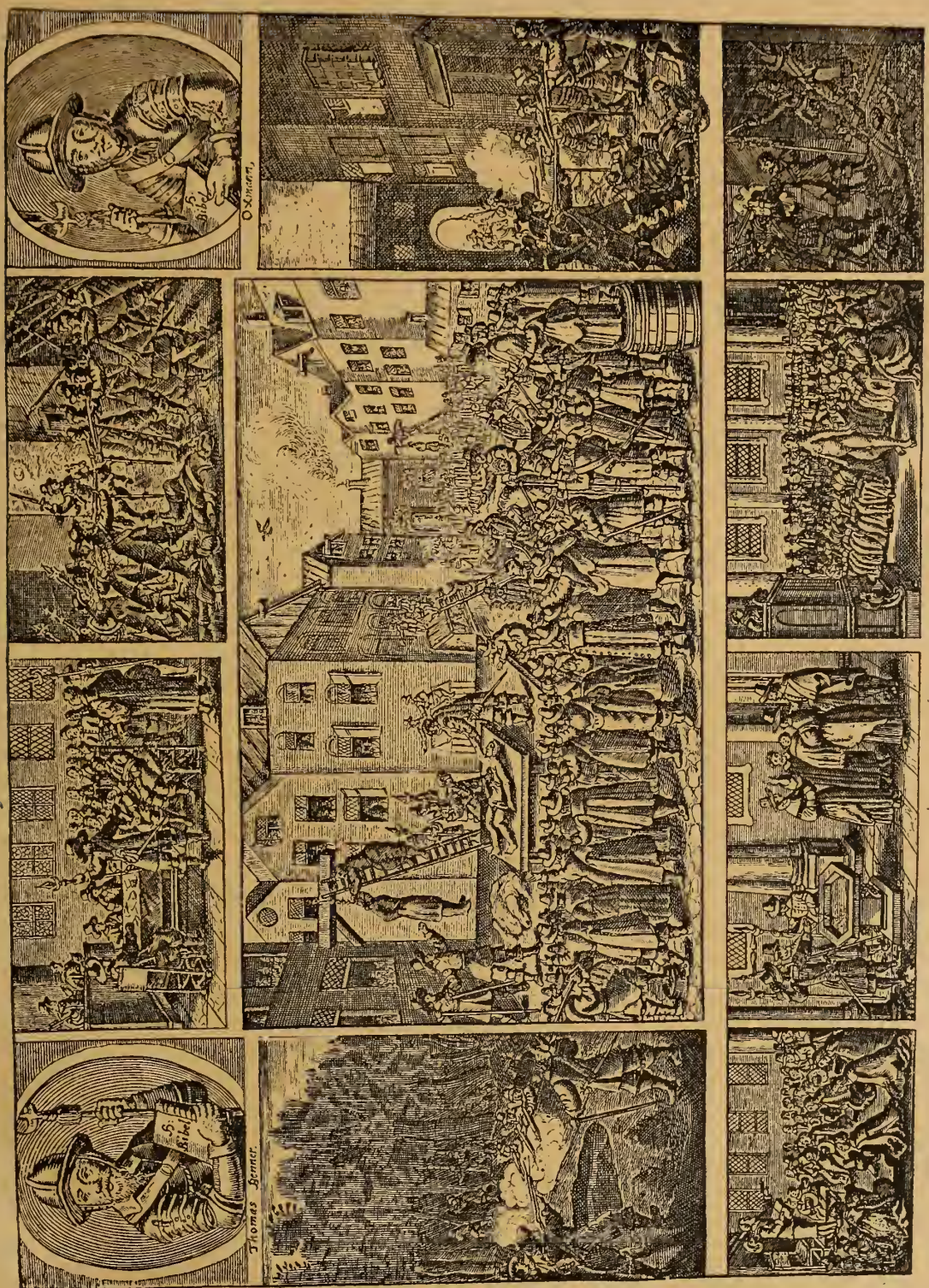
gab ihr Leben einem besonders eingerichteten Tribunal preis. Die Prozesse der sogenannten „Königsmörder" waren die reine Justizfarce. Man braucht bloß einen Blick auf die Zusammensetzung des dazu eingesetzten Gerichtshofes zu tun, um sich davon zu überzeugen. In diesem Gerichtshof saßen nämlich nicht bloß Royalisten, deren blutdürstige Rachsucht ja verständlich war, sondern außerdem Presbyterianer, wie Manchester, Say, Hollis, Annesley, die selbst gegen Karl I. gekämpft hatten. Den Gipfel der Schamlosigkeit aber erreichten die Cromwellianer Monk, Montague und Ashley Cooper, die sich bemühten, ihre Vergangenheit dadurch in Vergessenheit zu bringen, daß sie als Mitglieder des Ausnahmegerichts über die Genossen Cromwells den Stab brechen halfen. Ist über die moralische Bewertung dieses Auftretens keine Meinungsverschiedenheit möglich, so hat es dagegen, rein realpolitisch angesehen, einen ganz vernünftigen Sinn. Dies hat schon Ranke hervorgehoben: So „sonderbar" die Teilnahme jener Leute an sich aussehe, so entspreche sie doch der Lage der Dinge; denn es habe sich bei den Prozessen um eine Abrechnung mit den am meisten kompromittierten Führern der republikanischen und fanatischen Partei gehandelt, und eben im Kampf mit den Fanatikern seien die Gemäßigten zur Monarchie zurückgekehrt.

Tatsächlich handelte es sich nur dem Namen nach um die „Königsmörder", in Wirklichkeit meinte man die Vorkämpfer der revolutionären Sekten. Sind doch unter den Hingerichteten mehrere, die überhaupt nicht über Karl I. zu Gericht gesessen hatten. Und das letzte Blutopfer, Sir Harry Vane, der im Juni 1662 auf dem Towerhügel enthauptet wurde, hatte mit dem Verfahren gegen den König überhaupt nichts zu tun, sondern es aus juristischen Bedenken entschieden gemißbilligt. Man prozessierte ihn wegen Verrats gegen Karl II., weil er der Republik gedient hatte: d. h. weil er dasselbe getan hatte wie ein Teil derer, die über ihn zu Gericht saßen. In Wirklichkeit handelte es sich eben nur darum, einen gefährlichen „Fanatiker" aus dem Wege zu räumen. Er starb mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß die „glorreiche Sache" doch einmal siegen werde. In dieser Zuversicht und in dem Bewußtsein, nach Pflicht und Gewissen gehandelt zu haben, betraten auch alle seine Vorgänger das Schafott. Es hatte für sie größere Schrecken als für Vane, der seiner aristokratischen Herkunft zu verdanken hatte, daß sein Haupt unter dem Schwerte fiel. Für die übrigen lautete das Urteil, wie zur Charakterisierung der royalistischen Reaktion und Zivilisation mitgeteilt werden mag: „Du sollst am Halse aufgehängt und, noch am Leben, abgeschnitten werden. Deine Geschlechtsteile sollen abgeschnitten, deine Eingeweide aus deinem Leibe genommen und — während du noch lebst — vor deinen Augen verbrannt werden; und dein Kopf soll abgeschnitten, dein Körper in vier Teile geteilt werden . . ." Als erster endigte General Harrison im Oktober 1660 auf diese barbarische Art. Ungebeugten Muts prophezeite er den Anbruch des tausendjährigen Reichs für das Jahr 1666.

Die Leidenschaftlichsten unter den Millennariern, durch den Märtyrertod ihres thmtesten Führers und durch die gegen sie eröffnete Hetze, besonders auch durch as Verlangen des Treueides auf den König aufs äußerste erregt, wollten sich gar nicht bis zu jenem Termin gedulden. Im Januar 1661 brachen einige 60 Anhänger der fünften Monarchie unter Führung desselben Küfers Venner los, der 1657 den verunglückten Putsch geleitet hatte. Diesmal wurde der Aufstand nicht gleich im Keim erstickt, sondern es kam zu ernstlichem Kampf. Nachdem Venner am Sonntag, den 6. Januar 1661, seinen Anhängern über die nahende Herrschaft der Heiligen gepredigt hatte, zogen sie wohlbewaffnet aus und proklamierten in St. Pauls den König Jesus. Sie erwehrten sich der gegen sie angewandten Milizen und zogen sich am Abend nach einem Gehölz bei Highgate zurück. Von hier aus unternahmen sie am Mittwoch, den 9. Januar, einen neuen Vorstoß: sie wollten zunächst die vielen Freunde ihrer Sache befreien, die im Gefängnis saßen. Es kam wieder zu heftigem Kampfe. Die Aufständischen fochten wie die Löwen, erlagen aber schließlich der erdrückenden Uebermacht. Die meisten fielen im Gefecht, die Ueberlebenden, darunter der mit 19 Wunden bedeckte Venner, wurden gehängt und gevierteilt und die Vierteile nach mittelalterlichem Brauch auf den Citytoren zur Schau gestellt. Um dieselbe Zeit, Ende Januar 1661, bekam die royalistische Rachgier es sogar fertig, an den verwesten Körpern von Cromwell, Bradshaw und Ireton eine Leichenschändung von unüberbietbarer Barbarei vorzunehmen. Die Ueberreste der drei wurden aus den Gräbern geholt und in Tyburn an den Galgen gehängt. Hernach schnitt man die Köpfe ab und steckte sie in Westminsterhall auf Pfähle.

Der Vennersche Aufstand diente als Vorwand, um die „Fanatiker" mit vermehrtem Nachdruck zu verfolgen. Es erging eine Proklamation, die alle Versammlungen von Quäkern, Anabaptisten und anderen Sektierern verbot. Tausende von „Fanatikern" wurden ins Gefängnis geworfen. Der Proklamation folgte später eine förmliche, noch schärfere „Konventikelakte". Dies Gesetz gehörte zu einem System von Gesetzen, das sich gegen alle Nonconformisten, nicht mit der Staatskirche Uebereinkommenden richtete. Zu den außerhalb der Staatskirche Stehenden und demgemäß Verfolgten gehörten seit 1661 auch die Presbyterianer. Das Bündnis zwischen ihnen und den Kavalieren war noch nicht ganz in die Brüche gegangen, solange das Konventionsparlament tagte, das zu Ende des Jahres 1660 aufgelöst wurde, um einem regelmäßigen, vom König einberufenen Parlament Platz zu machen. Zur Zeit des Konvents hatte man die Presbyterianer wegen ihrer Stärke noch schonen müssen. Aber der Interessenkampf zwischen den beiden Parteien war nicht hintanzuhalten.

Jede Rücksicht hörte auf, als die Neuwahlen von 1661 einen überwältigenden Sieg der Kavaliere ergaben. Nur 60 Presbyterianer wurden gewählt. Die Royalisten nahmen die Gelegenheit dazu wahr, ihre Gegner aus allen Positionen zu vertreiben. Schon vor der Parlamentsauflösung war die anglikanische Kirche wiederhergestellt worden. Man hatte die Presbyterianer damit beruhigt, daß sie gemäß den kirchlichen Versprechungen der Bredaer Erklärung Duldung finden sollten. Ueber ein Kompromiß zwischen Anglikanismus und Presbyterianismus wurde zeitweilig verhandelt. Aber allen mittelparteilichen Hoffnungen auf Zugeständnisse



281. Aufstand und Hinrichtung der Anhänger der fünften Monarchie

wurde durch das Kavalierparlament von 1661 baldigst ein Ende gemacht. Die Verdienste der Presbyterianer um die Restauration waren bereits vergessen, nur noch von ihrer revolutionären Betätigung während der „Rebellion" war die Rede. Nun steckte man sie mit den „Fanatikern" in einen Sack als Umstürzler, die nicht unter allen Umständen den bewaffneten Widerstand gegen den König als unerlaubt ansahen.

Schon 1661 kam die sogenannte Korporationsakte zustande, wodurch ein für allemal jeder von allen Korporationsposten und also Gemeindeämtern ausgeschlossen wurde, der nicht beschwören würde, daß es in keinem Fall statthaft sei, gegen den König die Waffen zu ergreifen. In seiner anderen Hauptstellung griff dann die Uniformitätsakte von 1662 den Presbyterianismus an. Sie stattete die bischöfliche Kirche als Staatskirche und Hauptstütze der Monarchie wieder mit aller früheren Exklusivität und allem Zwang aus. Nicht die kleinste Konzession wurde den Presbyterianern gemacht. Auf den unbedeutendsten Formalitäten wurde bestanden: dazu sei eben die Autorität da, um in allem Maß zu geben. Es wurde vorgeschlagen, wenigstens von den Schullehrern nicht die Konformität zu verlangen. Aber die Junker bestanden gerade darauf mit besonderem Eifer, daß auch das Unterrichten in der Schule, wie in Privathäusern bloß rechtgläubigen, loyalen Leuten zu gestatten sei. Auf die Erziehung der Jugend komme alles an, und damit das heranwachsende Geschlecht in guten Gesinnungen unterwiesen werde, müßten die Lehrer sich zum Anglikanismus bekennen. So wurde auch der Unterricht in die Uniformitätsakte einbezogen, die im Mai 1662 Gesetz wurde. Jeder Geistliche, der im Amt bleiben wollte, mußte danach sein Einverständnis mit allen Satzungen und Formen der Bischofskirche bekennen; das wichtigste war die Abgabe einer Erklärung, wonach es stets ungesetzlich sei, die Waffen gegen den König zu ergreifen. An 2000 Geistliche konnten sich hierzu nicht verstehen und mußten deshalb aus ihren Stellen weichen.

1664 erging die Konventikelakte. Dadurch wurde die Teilnahme an „Konventikeln" strafbar, d. h. an religiösen Versammlungen, die nicht von der englischen Kirche ausgingen. Zuwiderhandelnde erhalten im ersten Fall drei Monate Gefängnis, im zweiten sechs, im dritten sind sie auf sieben Jahre über See zu deportieren und zwar nicht nach Neuengland, wo sie unter Gesinnungsgenossen kommen würden. Die Verurteilung hat, der Sicherheit halber, nicht durch Geschworene, sondern durch einen Friedensrichter, d. h. einen Junker, zu erfolgen. Dies barbarische Gesetz hat, wie kaum erwähnt zu werden braucht, eine große Menge von Opfern gefordert. Es wurde an Grausamkeit noch überboten durch die Fünfmeilenakte von 1665. Sie bestimmte, daß alle nonconformistischen Geistlichen jenen Eid ablegen sollten, wonach das Ergreifen der Waffen gegen den König unter allen Umständen unerlaubt sei. Wer dies nicht beschwören will, dem wird verboten, irgendeiner Korporationsstadt oder im Parlament vertretenen Stadt oder seinem früheren Pfarrort näher als 5 Meilen (engl.) zu kommen: mit anderen Worten, irgendeinen Platz zu bewohnen oder zu betreten, wo er eine Existenz finden könnte.

Das reaktionäre Wüten gegen alle „Rundköpfe" machte die Energischsten unter den Revolutionären so desperat, daß schon 1662 sich unter Millennariern, Anabaptisten, „fechtenden Quäkern" zahlreiche Elemente zusammenfanden, die Lust hatten, einen Aufstand zu wagen, wenn irgend Aussicht auf Erfolg sei. Das Projekt

stand und — fiel mit der Hoffnung auf das Mitwirken der entschiedeneren Presbyterianer, die doch nun in gleicher Verdammnis mit den Revolutionären waren. Diese Spekulation erwies sich als gänzlich irrig. Mächtiger als die Abneigung gegen die junkerliche Reaktion war noch immer bei den Presbyterianern die Angst vor den „Fanatikern", durch die man alles zu verlieren fürchtete, während an die Kavaliere doch bloß ein bescheidenes Lösegeld abzugeben war, so eine Art Versicherungsprämie gegen die soziale Revolution. Ganz ohne materielle Opfer an die Reaktion ging es nämlich für die Presbyterianer doch nicht ab.

282. Karl Montague

Es war ihnen nicht gelungen, ihren Raub hauptsächlich an Bischofsländereien rechtzeitig sicherzustellen. Die unbestimmte Garantie der „nationalen Verkäufe" durch die Bredaer Erklärung nutzte natürlich nichts, und im Konventionsparlament, wo die Presbyterianer noch stark waren, kam kein Gesetz über die Besitzfrage zustande. Diese Frage bildete natürlich den Hauptantrieb für das Auseinanderfallen des feudal-presbyterianischen Blocks: den Royalisten erschienen die Presbyterianer besonders deshalb als strafwürdige Rebellen, weil sie in der „Rebellion" auf royalistische Kosten Profit gemacht hatten. Die Presbyterianer hatten sich während der Session von 1660 hauptsächlich in der Richtung bemüht, daß die Kirchengutverkäufe vor 1648 für gültig, von 1648—60 für ungültig erklärt werden sollten. An jenen waren sie vornehmlich interessiert, während sie den Republikanern gerne den Verlust ihres Anteils gönnten. Dieser Vorschlag drang aber nicht durch. Und nach der Auflösung des Konvents war die Rechtslage so, daß die Gerichte die nationalen Verkäufe als null und nichtig behandelten, weil sie nicht durchs Parlament bestätigt worden waren.

Damit war den ehemaligen Besitzern konfiszierter Ländereien die Möglichkeit gegeben, die augenblicklichen Inhaber auszutreiben, auch wenn diese nicht unmittelbar auf den ursprünglichen Eigentümer gefolgt waren, sondern erst wieder von einem Zwischenbesitzer gekauft hatten. Es war nun in zahlreichen Fällen so, daß die großen Spekulanten an Angehörige des Mittelstandes verkauft hatten, die nun ruiniert waren, wenn nichts für sie geschah. Die Regierung erließ Proklamationen, wonach die Inhaber konfiszierter Ländereien als Pächter beibehalten werden sollten. Daran störten sich nun die anglikanischen Pfaffen, Bischöfe, Dechanten und Kapitel nicht im mindesten, sondern warfen die Käufer einfach hinaus und verpachteten an den Meistbietenden. Auch royalistische Gewährsmänner, wie Clarendon, müssen zugeben, daß die anglikanischen Pfaffen mit brutalster Habgier verfahren sind. Dagegen behielten die Adligen, deren Güter konfisziert worden waren, nach der Verordnung die Käufer meistens als Pächter bei, und das gleiche tat die Krone auf ihren Domänen.

Dies Verfahren betreffs der Konfiskationen galt nun bloß für England. Die umfangreichsten Konfiskationen aber waren in Irland erfolgt, und hier lag eine

283. Empfang und Einholung Karls II. und seiner Frau

gesetzliche Deckung vor, weil zu der irischen Anleihe Karl I. seine Zustimmung gegeben hatte. Ausschlaggebend aber war, daß neben den zahlreichen adventurers dort die Cromwellschen Veteranen im Besitz waren, die nicht gutwillig gewichen wären Andererseits waren den Iren von der Krone Versprechungen gemacht worden, auf die sie sich nachdrücklichst beriefen. Es kam schließlich ein neuer „Ausgleichsakt" zustande, wonach die Ansiedler einwilligten, den Enteigneten ein Drittel wieder herauszugeben, das unter die nicht an der Rebellion von 1641 beteiligten irischen Grundherren verteilt werden sollte. Den Nutzen zogen hauptsächlich Günstlinge Karls; die meisten Iren bekamen nichts.

War also schon in bezug auf die Konfiskation die Restauration nichts weniger als vollständig, wie Irland zeigte, so brachte auch in England von den durch die Revolution geschädigten oder ruinierten Kavalieren nur eine Minderheit ihre Verluste wieder ein; nämlich bloß die, deren Besitz konfisziert worden war. Nun war aber die Mehrzahl der Kavaliere durch Sequestration ihrer Einnahmen, durch Abfindungssummen usw. zu Landverkäufen genötigt worden. Diese Landverkäufe

der Themse durch die Stadt London am 23. August 1662

waren, weil vom Eigentümer selbst vorgenommen, gesetzlich einwandfrei. Tausende von Royalisten, nicht die Führenden, die meistenteils ihre konfiszierten Güter zurückerhielten, beklagten sich darüber. Sie nahmen den Standpunkt ein, der Grundfehler liege in der Amnestie. Die müsse umgeändert werden, so daß massenhafte Konfiskationen von Rebellenbesitz erfolgen könnten zur Entschädigung der Royalisten. Daran war nun für die Regierung schlechterdings nicht zu denken. Umstoßen der Amnestie hätte so viel geheißen wie die Kavaliere isolieren und das Land zu einer neuen Revolution nötigen. Es war schon während der Amnestieberatungen, als es da Schwierigkeiten gab, unmöglich gewesen, von den City-Kapitalisten einen Vorschuß zu erlangen, und die Regierung war beständig auf die City-Kapitalisten angewiesen.

Waren also auf der einen Seite die Kavaliere in ihrer Mehrzahl mit der Restauration nicht zufrieden, weil sie sich nicht völlig entschädigt fanden, so dachten sie andererseits selbst nicht daran, zu einer vollen Restauration des lustigen, alten England die Hand zu bieten, wovon sie so gerne redeten. Auch sie wollten solche

Ergebnisse der Revolution nicht ungeschehen machen, von denen sie selbst Nutzen hatten. Es gab freilich in der königlichen Umgebung Käuze, die sich einbildeten, daß auch die dauernden Resultate der Revolutionszeit beseitigt werden könnten; sie fanden aber für jetzt kein Gehör. Ranke hat ein merkwürdiges Projekt zu einer Restauration, einer Konterrevolution im wahren Sinne des Wortes, ausgegraben. Der betreffende Politikus möchte die Staatswirtschaft wieder nach mittelalterlicher Art auf die Domänen basiert wissen. Es könnten genug verkaufte Krongüter durch Richterspruch wieder eingebracht und bei allen die Erträge so gesteigert werden, daß der König dadurch sein Einkommen auf die dreifache Höhe desjenigen Karls I. bringen könne, und in seinem Reichtum bestehe seine Macht. Hoher und niederer Adel müßten durch strenge Gesetze gleichzeitig hoch über der Menge und in Abhängigkeit von der Krone erhalten werden. Den Bürgerlichen soll verboten werden, liegende Gründe über einen gewissen Wert hinaus zu erwerben. Ihre Kapitalien sollen sie auf Handel und Wandel verwenden. Mit der Reform der Domänen will der Ratgeber eine Restaurierung des Lehnswesens, die Verpflichtung zur Stellung von Mannschaften zu Pferd und zu Fuß verbinden. Dann brauche er nicht die Steuern, die er doch allzeit durch Aufgeben der wertvollsten Prärogativen erkaufen müsse. Das hätte in der Tat geheißen, ein feudalabsolutistisches England nach kontinentalem Muster herstellen — wenn es möglich gewesen wäre. Was aber zunächst die Domänen angeht, so wurden deren unter Karl II. weniger. 1670 wurde der König sogar ausdrücklich vom Parlament ermächtigt, seine „Lehengüterrenten" zu verkaufen, womit das Krongüterverramschen wieder in flotten Gang kam. Und auch sonst geschah faktisch gerade das Gegenteil von jenem Ratschlag. Es konnte auch nichts anderes geschehen, weil da die ganze Gentry, die nun direkt im Parlament dominierte, dasselbe Interesse hatte.

Zu den ersten Geschäften des Konventionsparlaments gehörte die Beschlußfassung über die Einkünfte, die der Krone zur Verfügung gestellt werden sollten. Die „revenue" wurde auf 1 200 000 Pfund Sterling jährlich bemessen und auf Lebenszeit bewilligt. Die Bewilligung wurde aber an eine bedeutsame Bedingung geknüpft: nämlich an die definitive Aufhebung der Feudalverfassung von Grund und Boden. Diese Maßregel, die, wie man sich erinnern wird, schon vom langen Parlament durch Ordonnanz verfügt, zur Zeit Cromwells in ein Gesetz der Republik gebracht worden war, erhielt nun die königliche Zustimmung. Karl konnte gar nicht umhin, diesen Zweig der Prärogative aufzugeben; denn die endgültige Beseitigung der Feudalrechte wurde von den Kavalieren ebenso dringend verlangt wie von den Presbyterianern: seit Anfang der 40er Jahre waren die Feudalabgaben nicht eingezogen worden; ihre Reklamierung hätte ungeheure Summen ergeben. Und so waren also die Rittergüter in freies Eigentum ohne Kriegsdienstpflicht und dingliche Lehenslasten verwandelt. Selbstverständlich ging die Aufhebung des Feudalismus jetzt so wenig wie zur Zeit des langen Parlaments so weit, daß auch die Copyholders von ihren Lasten befreit worden wären. Ein moderner Historiker (Bernhardi) hat freilich die Meinung ausgesprochen, daß das Statut von 1660 die Emanzipation des englischen Bauernstandes bedeutet habe. Das ist aber vollkommen irrig.

Das einzige Zugeständnis, das dem Landvolk gemacht wurde, bestand darin, daß mit der Feudalverfassung des Bodens zugleich auch das Feudalrecht der

purveyance and preemption, der Lebensmittelbeschaffung und des Vorkaufs, aufgehoben wurde. Das bedeutete aber bloß für die Krone, nicht für die Gentry eine Einbuße an nutzbaren Rechten. Die Großgrundbesitzer gaben nicht einmal die rein feudalen Ansprüche an die Copyholders, insbesondere das Besthauptrecht, auf. Das blieb alles bestehen und von Ablösung oder gar Aufhebung der Geldrenten war natürlich gar keine Rede. Die Bauern hatten von der Aufhebung der Feudalverfassung des Bodens nicht nur keinen Vorteil, sondern im Gegenteil erwuchsen ihnen daraus schwere Lasten. Der Staat sollte für die weggefallenen Leistungen entschädigt werden. Nun wurde im Parlament als selbstverständliches Mittel dazu vorgeschlagen, auf die befreiten Güter eine Grundsteuer im Gesamtbetrage der aufgehobenen Kronrechte zu legen. Dazu hatte aber die Mehrzahl der begüterten Parlamentsmitglieder absolut keine Lust. Und bald sprach einer das erlösende Wort: Man solle den Staat durch die zur Revolutionszeit erhobene Akzise entschädigen. Es war wohl eine starke Minderheit vorhanden, die einiges Empfinden dafür hatte, daß es eine Schamlosigkeit sondergleichen sei, die Entschädigungspflicht von den Schultern, auf die sie gehörte, aufs Volk abzuwälzen. Aber der Klassenegoismus siegte über alle Bedenken. Mit einer Mehrheit von freilich nur zwei Stimmen (151 gegen 149) wurde beschlossen, daß der Krone die Hälfte der bisher erhobenen Akzise auf Bier und andere Getränke zugewiesen werden solle.

Der Weg der indirekten Besteuerung wurde dann auch weiter verfolgt, um die 1 200 000 Pfund Sterling der revenue zusammenzubringen. Die übrigen Teile der Akzise, wie sie unter der Republik bestanden hatte, wurden bewilligt. Das waren nun schon im ganzen etwa 500 000 Pfund Sterling. Nicht viel weniger brachten die Zölle, das Tonnen- und Pfundgeld, das selbstverständlich auch nicht vergessen wurde. Und dann griff man schließlich — im März 1662, unter dem Kavalierparlament — auch zu einer direkten Steuer, aber zu einer, die noch unpopulärer sein mußte als die Akzise. Denn diese direkte Steuer war für den Aermsten ebenso hoch wie für den Reichsten: das sogenannte Herd- oder Kaminggeld wurde auf zwei Schillinge jährlich für jeden Herd im Königreich bemessen. Zahlungsunfähigen armen Leuten wurden ohne weiteres Habseligkeiten weggepfändet. Das einzige Bett einer Familie verfiel oft den „Kaminmännern". Mehrere Volkslieder der Restaurationszeit zeugen von dem allgemeinen Haß, der sich an diese Steuer knüpft. In einem heißt es, es gebe im Lande unter zehn alten Frauen nicht eine, die nicht ein paar Flüche ausstieße, wenn vom Kaminmann die Rede sei. Und schon im Jahre der Einführung dieser Steuer schreibt Pepys in sein Tagebuch, es gebe großes Geschrei gegen das Kaminggeld.

Mit den 200 000 Pfund Sterling, die es bringen sollte, wurden die 1 200 000 Pfund Sterling komplett, die der Krone als festes Einkommen zugesagt waren. Bis zum Frühjahr 1662 hatte man also den König zappeln lassen, bis er seine revenue endlich beisammen hatte. Mit dieser langen Verzögerung war Karl ebenso unzufrieden, wie mit dem Gesamtbetrag. Während die Bewilligungen größtenteils noch in der Schwebe waren, im Sommer 1660, lamentierte der König dem Parlament vor, wie er in der Klemme sei. Wie dann das Parlament sich dahin geeinigt hatte, daß das königliche Jahreseinkommen 1 200 000 Pfund Sterling

betragen solle, hieß es im Staatsrat, das sei um 600 000 Pfund Sterling zu wenig: die regelmäßigen Ausgaben machten 1 800 000 Pfund Sterling aus. Es stellte sich heraus, daß der König im Exil die Kleinigkeit von drei Millionen Pfund Sterling Schulden gemacht hatte, wofür Wucherzinsen zu bezahlen waren, deren Last ihm schier unerträglich schien. Für außerordentliche Bedürfnisse habe er keinen Pfennig zur Verfügung, klagte er. Es war schon klar, daß die Gemeinen in Finanzsachen die alte puritanische Taktik befolgten, den König kurz zu halten, damit er von ihnen abhängig bleibe: er sollte außerordentlicher, periodischer Bewilligungen bedürftig bleiben, woran Bedingungen geknüpft werden konnten. Klar war auch schon, daß die Notwendigkeit außerordentlicher Bewilligungen sehr häufig eintreten würde, sintemal der König sich als ein ganz toller Verschwender entpuppte, dem das Vergnügen die Hauptsache war und dem seine Mätressen und Höflinge nie zu kostspielig erschienen.

Das ultraroyalistische Unterhaus behielt, aller loyalen Redensarten ungeachtet, in Geldsachen die Taktik des Konvents bei, nicht zu viel und nicht bedingungslos zu bewilligen: die Macht wollten auch die Kavaliere nicht aus der Hand geben. Auch ihnen mußte der König wieder vorjammern, wie unerträglich der Druck seiner Schuldenlast sei. Er erklärte sich bereit, dem Parlament die Rechnungen über Einnahmen und Ausgaben vorzulegen, damit es sich überzeuge, daß sein Einkommen nicht entfernt ausreiche, um den Bedarf zu decken. Mit Hängen und Würgen votierte das Junkerparlament dann schließlich die fehlenden 200 000 Pfund Sterling der revenue, nachdem es den König zuvor genötigt, in der Kirchenfrage ihm den Willen zu tun. Für Karl war diese Bewilligung wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Selbst seine ökonomischen Ratgeber rechneten auch jetzt noch ein jährliches Defizit von 250 000 Pfund Sterling heraus; dem unökonomischen König erschien das Manko natürlich noch viel größer. Er war noch keine zwei Jahre auf dem Thron, und er war mit dem Parlament ebenso unzufrieden, wie die Royalisten mit ihm: wozu sollten sie Geld bewilligen, das er doch bloß zum Fenster hinauswerfe, während Tausende von verarmten Kavalieren, denen er goldene Berge versprochen, nichts bekämen.

Anfang der 60er Jahre hat der König schon darauf gesonnen, wie er sich auf außerparlamentarischem Wege Geld verschaffen könne. Im Lande war weiter nichts zu machen; da verrammelten die Gesetze der Revolutionszeit alle früher beschrittenen Wege. Aber an das Ausland ließ sich denken. Karl war es von seiner Exilzeit her gewöhnt, an fremden Höfen betteln zu gehen. Jedes Gefühl von persönlicher Würde war ihm dabei abhanden gekommen, von Pflichtgefühl gegenüber seinem Heimatlande ganz zu schweigen. Nun blieb ihm, weil die königliche Prärogative bei der Restauration nicht durch parlamentarische Bedingungen über die gültigen Gesetze hinaus beschränkt worden war, u. a. das Recht, die auswärtige Politik nach seinem souveränen Ermessen einzurichten. Der König konnte also daran denken, sich dadurch Geld zu verschaffen, daß er ausländischen Staaten für Geld politische Zugeständnisse machte, d. h. faktisch Landesverrat trieb. Der Gedanke kam ihm auch sehr rasch und darüber hinaus der weiter reichende Gedanke, daß sich bei diesen Geschäften genügend Geld herausschlagen lassen könnte, um nicht nur laufende Ausgaben des Hofes davon zu bestreiten, sondern dem Parlament mit mehr Aussicht als Karl I., auf ein stehendes Heer gestützt, entgegentreten zu können.

284. Karl II.

Kupferſtich von J. Sandrart.

Derartige Unterhandlungen betrieb Karl II. zum erstenmal, freilich bloß in bescheidenen Grenzen, mit Holland und Spanien. Zum Ziele gelangte er dann bei König Ludwig XIV. von Frankreich, dem er für 5 Millionen Livres 1662 die Cromwellsche Eroberung Dünkirchen verkaufte. Dieser Schritt erregte auch bei den Royalisten großes Mißvergnügen, weil sie sahen, daß es darauf hinauskomme, um dem Parlament ein Paroli zu bieten, englische Interessen ans Ausland zu verkaufen.

Ein weiterer Keim zu künftigen schweren Konflikten kam 1663 zum Vorschein. Der König nahm, nominell zugunsten aller Dissidenten, faktisch aber der Katholiken, das Dispensationsrecht in Anspruch, die Befugnis, einzelne Personen oder ganze Kategorien von Personen kraft seiner Prärogative von den Gesetzen, d. h. in diesem Falle den Kirchen- und Katholikengesetzen, zu entbinden. Gegen diesen Anspruch machte das Haus der Gemeinen so heftig Front, daß der König zurückwich. In der Katholikenfrage verstanden die Royalisten keinen Spaß, da die Wiederherstellung des Katholizismus für sie die Herausgabe des Kirchenguts und der impropriierten Pfründen bedeutete. Sie hatten Karl schon im Verdacht katholisch-absolutistischer Neigungen, und dagegen waren sie gewillt, Opposition bis aufs Aeußerste zu machen. Also auch dies royalistische Unterhaus war entschlossen, seine maßgebende Stellung, diese Frucht der Revolution, zu behaupten. Versteht sich, daß die Mehrheit die politische Macht zu ihrem und ihrer Klasse Vorteil benutzte. Die Massen bekamen es bald, auch außerhalb des Bereichs der Finanzpolitik, zu spüren, daß die Gentry im Sattel saß. Gleich das Jahr 1662 brachte das berüchtigte „Niederlassungsgesetz" des Kavalierparlaments.

Es machte den Landarbeiter indirekt zum Sklaven des Grundherrn, insofern es ihm so gut wie unmöglich machte, seinen Heimatsort je zu verlassen. Der Inhalt des Gesetzes ist in kurzem folgender: Wenn eine Person sich 40 Tage ungestört in einer Gemeinde aufhält, so erlangt sie dadurch an dem betreffenden Platz den Unterstützungswohnsitz. Innerhalb dieses Zeitraums aber sind zwei Friedensrichter auf Anzeige der Kirchenvorsteher und Armenpfleger der Gemeinde berechtigt, jeden Neuzugezogenen nach der Gemeinde abzuschieben, wo er zuletzt seinen gesetzlichen Unterstützungswohnsitz hatte: es sei denn, daß der betreffende eine Wohnung von jährlich mindestens 10 Pfund Sterling Pachtzins innehat oder genügende Sicherheit stellt, daß er der Gemeinde nicht zur Last fallen werde. Eine Klausel gestattet mit Rücksicht auf die agrarischen Interessen, daß Gemeindefremde unter bestimmten Vorsichtsmaßregeln bei den Erntearbeiten Verwendung finden dürfen.

Es ist kaum nötig, über die Konsequenzen dieser Bestimmungen Worte zu machen. Es liegt ja auf der Hand, daß es auf diese Art für Proletarier so gut wie unmöglich gemacht wurde, den Wohnsitz zu wechseln, weil jede Gemeinde ein dringendes Interesse daran hatte, sich gegen Vermehrung ihrer Armenlasten zu wehren, und also mit Argusaugen darüber wachte, daß niemand an den Ort kam, der nach den Bestimmungen des Niederlassungsgesetzes der Gemeinde zur Last fallen könnte. So war der Landarbeiter willenloser Sklave des Landlords, der in die Lage gesetzt war, den Lohn bis auf ein Minimum zu drücken. Dies ist denn auch bei den Lohnfestsetzungen der Restaurationszeit immer mehr geschehen. Selbstverständlich bekamen auch die kleinen Pächter die Profitgier der regierenden

285. Der Merkantilist Josiah Child

Grundherren schlimmer als je vorher zu spüren. Das Einhegen ging bald wieder los. Ein derartiges Junkerparlament wie das jetzige tat dagegen natürlich nichts und legte auch den willkürlichen Rentensteigerungen kein Hindernis in den Weg, womit Landlords Copyholders heimsuchten. Im Gegenteil hat es schließlich nach Möglichkeit jedes Hindernis beseitigt, indem es 1677 ein Gesetz zustande brachte, wonach alle Pachtbeziehungen, über die kein urkundlicher Vertrag produziert werden konnte, für Pachten auf kurze Kündigung erklärt wurden. Solche Kontrakte vermochten aber Copyholders mit ihren uralten Pachten meistens nicht vorzulegen und so waren sie den Landlords auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Der agrarische Einschlag, den die englische Handelspolitik unter dem Protektorat bekommen hatte, ward unter dem Kavalierparlament der Restaurationszeit nicht nur beibehalten, sondern immer mehr verstärkt. Schon im Jahre 1660 war bestimmt worden, daß die Ausfuhr von Getreide bis zu den unter Cromwell 1656 festgesetzten Preishöhen statthaft sein solle. Ein paar Jahre später werden dann die Preise, bei denen noch ausgeführt werden darf, beträchtlich erhöht: für Weizen von 40 auf 48 Schilling, für Roggen, Erbsen oder Bohnen von 24 auf 28, für Gerste, Malz von 20 auf 28 Schilling. Schließlich 1670 wird bestimmt, daß die Kornausfuhr immer erlaubt sein solle, so hoch auch die Getreidepreise sein mögen. Zu diesen Maßnahmen kam nun eine neue Methode, auf Erhöhung der Getreidepreise hinzuwirken. Wir begegnen nämlich jetzt zum erstenmal in der englischen Geschichte Schutzzöllen zugunsten der Landwirtschaft und zwar mit einer gleitenden Skala von Zollsätzen. 1660 wird bestimmt: Wenn der Weizenpreis unter 44 Schilling den Quarter steht, so beträgt der Einfuhrzoll 2 Schilling, ist er höher als 44 Schilling, so sinkt der Zoll auf 4 Pence; nach demselben Prinzip wird für die übrigen Kornarten verfahren. 1663 wird bestimmt: Wenn Weizen nicht über 48 Schilling steht, so beträgt der Einfuhrzoll 5 Schilling 4 Pence, steht er höher, so treten die niedrigen Zollsätze von 1660 in Kraft. Entsprechend für anderes Getreide. 1670 wurden die Einfuhrzölle derartig erhöht, daß sie unter gewöhnlichen Umständen einen prohibitiven Charakter hatten. Betrug nämlich der Weizenpreis weniger als 53 Schilling, so sollte der Einfuhrzoll 16 Schilling, betrug der Preis mehr als 53 und weniger als 80 Schilling, so sollte der Einfuhrzoll 8 Schilling betragen. Stand der Weizenpreis höher als 80 Schilling, so sollten die niedrigen Zollsätze von 1660 erhoben werden.

In ähnlicher Weise arbeitete die Gesetzgebung der Restaurationszeit auf Steigerung der Vieh- und Fleischpreise hin. Auch hier wird die Ausfuhr schließlich bei jeder Preislage erlaubt. Dagegen wird die Einfuhr durch Gesetz von 1663 bis 1666 für gemeinschädlich erklärt und gänzlich verboten. In einem Paragraphen der Viehakte von 1663 wird Klage geführt, daß infolge der Einfuhr von Mastvieh die Grundrenten gefallen seien. Der Grundrentensturz, der 1662

eintrat und ungefähr 25 Prozent betrug, war der Hauptantrieb für die agrarische Aktion: die niedrigen Preise sollten in die Höhe getrieben werden. Die Not der Landwirtschaft, worüber man damals in allen Grafschaften klagte, trug übrigens viel dazu bei, die Regierung bei der Gentry unbeliebt zu machen. Die Landjunker setzten zu den Einschränkungen, die sie sich auferlegen mußten, die Verschwendung in Gegensatz, die am Hof in London herrschte, und schimpften weidlich. Die notleidenden Landwirte vergaßen ihre loyalen Beteuerungen von früher ganz und gar und machten schier Miene, den Thron krachen zu lassen.

Man darf nun nicht etwa denken, daß im England der Restaurationszeit eine einseitig agrarisch-reaktionäre Wirtschaftspolitik getrieben worden sei. Es dominierte vielmehr nach wie vor der Merkantilismus. Das Bestreben, durch gesetzgeberische Maßnahmen Handel und Gewerbe, die kapitalistische Entwicklung zu fördern, war sogar noch energischer als zur Revolutionszeit. Die Lobredner der Restaurationsmonarchie rühmen mit Vorliebe den gewerblichen und kommerziellen Aufschwung, der dem Siege der Konterrevolution gefolgt. So preist Lord Lansdowne „das Aufblühen des Handels, die Ausdehnung der Schiffahrt, die Zunahme der Manufakturen, die Förderung von Künsten und Wissenschaften". Dem Dominieren der unmittelbaren materiellen Interessen entsprach die Konzentrierung der wissenschaftlichen Betätigung auf das Praktische. Schon Macaulay hat darauf hingewiesen, wie der revolutionäre Geist, seine Wirksamkeit auf dem Gebiete der Politik einstellend, sich mit großem Nachdruck auf alle Zweige der Naturforschung geworfen habe. Wenn aber die Experimentalwissenschaft im baconischen Sinn seit 1660 im ganzen die politischen Wissenschaften verdrängte, so behauptete sich indes von diesen der Zweig, der unmittelbar praktischer Natur war, die politische Oekonomie.

Wogen in der Londoner Akademie von 1660, der königlichen Gesellschaft, die naturwissenschaftlichen Interessen vor, so gehörte jedoch zu den Gründern auch ein Mann, dessen Name in der Geschichte der Volkswirtschaftslehre einen hohen Rang behauptet, Sir William Petty, der schon 1662 eine vorwiegend finanzwissenschaftliche Abhandlung herausbrachte. Oekonomisch maßgebend aber war zunächst die 1664 veröffentlichte Neubearbeitung der Schrift Muns, die schon im Titel den Auslandshandel für Englands Schatz erklärte. Sie wurde damals, nach Marx' Ausdruck, „merkantilistisches Evangelium" und zum ökonomischen Kredo der praktischen Politiker. Und so beherrschte der puritanisch-revolutionäre Geist, von den Royalisten in der inneren Politik verfolgt, in der Lebensführung verhöhnt, ihre eigene Handelspolitik in Gestalt eines systematischen Merkantilismus. Die leitenden Politiker Englands hätten, auch wenn sie gern gewollt hätten, nicht im Ernst daran denken können, die Landwirtschaft noch mehr zu begünstigen, als sie es taten. Gewiß dominierte im Parlament von 1661 das Landjunkertum, waren Handel und Gewerbe sehr schwach vertreten. Aber die royalistischen Politiker mußten deshalb doch auf die Interessen der Kapitalisten Rücksicht nehmen. War doch die Restauration bloß erfolgt, weil die besitzenden Klassen sich auf die royalistische Seite geworfen hatten und zwar materieller Interessen halber. Sie in diesem Allerheiligsten zu verletzen, mußte man sich um so mehr hüten, als der ausschlaggebende Einfluß Londons auf die Gestaltung der Ereignisse so klar zutage lag.

286. Edward Earl of Clarendon, Lordkanzler

Die City nicht in ihren Handelsintereſſen zu kränken, war für die Politiker der Zeit ein Hauptgrundſatz. In den ſpäteren Jahren des Kavalierparlaments wurde der König von Frankreich einmal darauf aufmerkſam gemacht, eine kriegeriſche Landung auf britiſchem Boden würde ihm im engliſchen Parlament nicht ſoviel ſchaden, wie eine Verletzung der Handelsintereſſen von London. Die Citykapitaliſten vor den Kopf zu ſtoßen, ging nicht nur deshalb nicht an, weil ſehr gefährliche politiſche Konſequenzen davon zu erwarten waren, wenn London ernſtlich unzufrieden wurde, ſondern man bedurfte der hauptſtädtiſchen Geldleute auch beſtändig, um die Staatsmaſchine im Gang halten zu können. In ihren Geldnöten brauchte die Regierung häufige Vorſchüſſe von ſeiten der hauptſtädtiſchen Bankiers, der „Gold-

schmiede." Auf ihre und ihrer Hintermänner Interessen mußte also Rücksicht genommen werden. Der Staatskanzler Clarendon stand mit ihnen in den intimsten Beziehungen. Ein Freund Clarendons sagt von ihm, der Kanzler habe niemals etwas umsonst getan, wer etwas bei ihm durchsetzen wollte, mußte ihn schmieren. Höchst wahrscheinlich haben dies auch die Londoner Geldleute getan, wenn sie besondere Wünsche hatten. Für Schmiergelder aber war auch im Parlament große Empfänglichkeit, wo eine große Menge von jungen Kavalieren saß, die bis über die Ohren in Schulden steckten und nicht wußten, woher sie das Geld für ein lustiges Leben nehmen sollten. Daß hier die Kapitalisten bei Gelegenheit mit Bestechungsgeldern für ihre Interessen gearbeitet haben, ist notorisch. Es wäre aber irrig, wenn man annehmen wollte, daß die Parlamentsmehrheit nur durch korrupte Praktiken dahin gebracht worden sei, den großen merkantilistischen Maßnahmen zuzustimmen. Im Gegenteil meinten die Junker im Unterhaus durchaus im Interesse ihrer Klasse zu handeln, wenn sie für Förderung der kapitalistischen Entwicklung eintraten.

Im Interesse der Grundrente sind sie für jene agrarischen Maßnahmen eingetreten und dem gleichen Interesse dachten sie auch mit den Handelsgesetzen zu dienen. Es ist dies leicht an der wichtigsten Maßregel dargetan, mit der die Restaurationspolitiker die englische Industrie zu fördern strebten, nämlich mit der Aufrechterhaltung und Verschärfung des Wollausfuhrverbots. Adam Smith hat auseinandergesetzt, daß dies Gesetz den Interessen der Gentry zuwiderlaufe; denn das Wollausfuhrverbot habe die Wirkung, das Absatzgebiet für Wolle zu verengern und dadurch den Preis zu senken. Vorteil hätten davon bloß die kaufmännischen Interessenten, die mit dem Tuch auf dem Weltmarkt ihre ausländischen Konkurrenten unterbieten könnten. So sah man aber in der Blütezeit des Merkantilismus die Sache nicht an. Man glaubte, gute Tuche könnten bloß aus englischer Wolle hergestellt werden. Wenn also der Rohstoff nicht mehr exportiert werden dürfe, so bekomme England ein Monopol auf seine Stoffe, könne die Preise nach Belieben ansetzen und also enormen Reichtum dadurch erwerben, der auch den Wollerzeugern zugute kommen müsse. Und von diesen Monopolideen abgesehen, wurde berechnet, daß der Wert der englischen Wolle durch die Verarbeitung im Lande aufs Vierfache gesteigert werde. Von diesem Mehr müßte aber ein großer Teil nicht in den Städten bleiben, sondern dem platten Lande zugute kommen. Denn das Verspinnen der Wolle müßte hauptsächlich auf dem Lande erfolgen und das Weben usw. großenteils auch. Daraus würde dann eine große Steigerung der Grundrente folgen.

So erklärt es sich, daß das Kavalierparlament die Wollausfuhr mit einer wahren Wut zu unterdrücken suchte. Man ließ es nicht dabei bewenden, als Strafe für die Hinausschmuggelung von Wolle einfach Konfiskation der Ware festzusetzen und eine Geldstrafe zum mehrfachen Betrage des Warenwertes, sondern man bestimmte 1661 und 1662, daß die Ausfuhr von Wolle als felony, als Kapitalverbrechen, angesehen, d. h. mit dem Tode bestraft werden sollte. Neben der Wolle, als der hervorragendsten „Grundlage des englischen Reichtums", wie der berühmte Merkantilist Child sie 1669 nennt, wandte die Gesetzgebung auch schon anderen Industriezweigen ihre Aufmerksamkeit zu. So wird 1662 die Ausfuhr von Leder und Häuten im Interesse der heimischen

Verarbeitung verboten. Dazu kommen nun auch Einfuhrverbote ausländischer Fabrikate, so 1662 und 1663 von Spitzen, Stickereien, Leinen und Gardinen.

Schritt man also in der Handelspolitik im ganzen auf der Bahn des langen Parlaments und des Protektorats weiter, so versteht sich, daß auch das berühmteste wirtschaftliche Gesetz der Republik beibehalten wurde, die Navigationsakte. Sie wurde sogar erheblich verschärft. Waren bisher Ausländer bloß vom Zwischenhandel mit England ausgeschlossen gewesen, so wurde ihnen nun auch noch der ganze Kolonialhandel abgeschnitten. Der Verkehr mit den Pflanzungen, worunter hauptsächlich die immer stärker sich entwickelnden Ackerbaukolonien von Neuengland in Betracht kamen, wurde ausschließlich für England reserviert. Die neue Navigationsakte richtete sich, wie die alte, dem Wortlaut nach gegen alle Ausländer, traf aber in Wirklichkeit, wie jene, hauptsächlich ein fremdes Land, die Vereinigten Niederlande.

Sie wurde denn auch in den Niederlanden als Wiederaufnahme des Konkurrenzkampfes der 50er Jahre aufgefaßt und wirkte alsbald auf die politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern in einer Weise ein, die dem König Karl persönlich wenig erwünscht sein mußte. Er hatte nämlich eben den Versuch gemacht, eine größere Anleihe für seine persönlichen Zwecke in den Niederlanden zu kontrahieren. Davon konnte jetzt natürlich gar keine Rede mehr sein. So waren aber überhaupt in diesen Jahren für die außerpolitischen Beziehungen nicht Karls persönliche Wünsche maßgebend, sondern die Handelsinteressen der besitzenden Klassen Englands. Auch als Karl 1662 eine portugiesische Prinzessin zur Frau nahm, ging es ihm selber zwar um die schöne Mitgift, den Geschäftskreisen aber darum, daß zu den Bedingungen der Heirat die Abtretung von Tanger und Bombay durch die Portugiesen gehörte. Der marokkanische Platz wurde als englische Flottenstation bewertet, von der aus man den Handel nach beiden Indien und den Verkehr auf dem Mittelmeer beherrschen werde. Der Besitz von Bombay in Ost-, von Jamaika in Westindien werde dahin führen, daß England den Welthandel in seine Hände bringe.

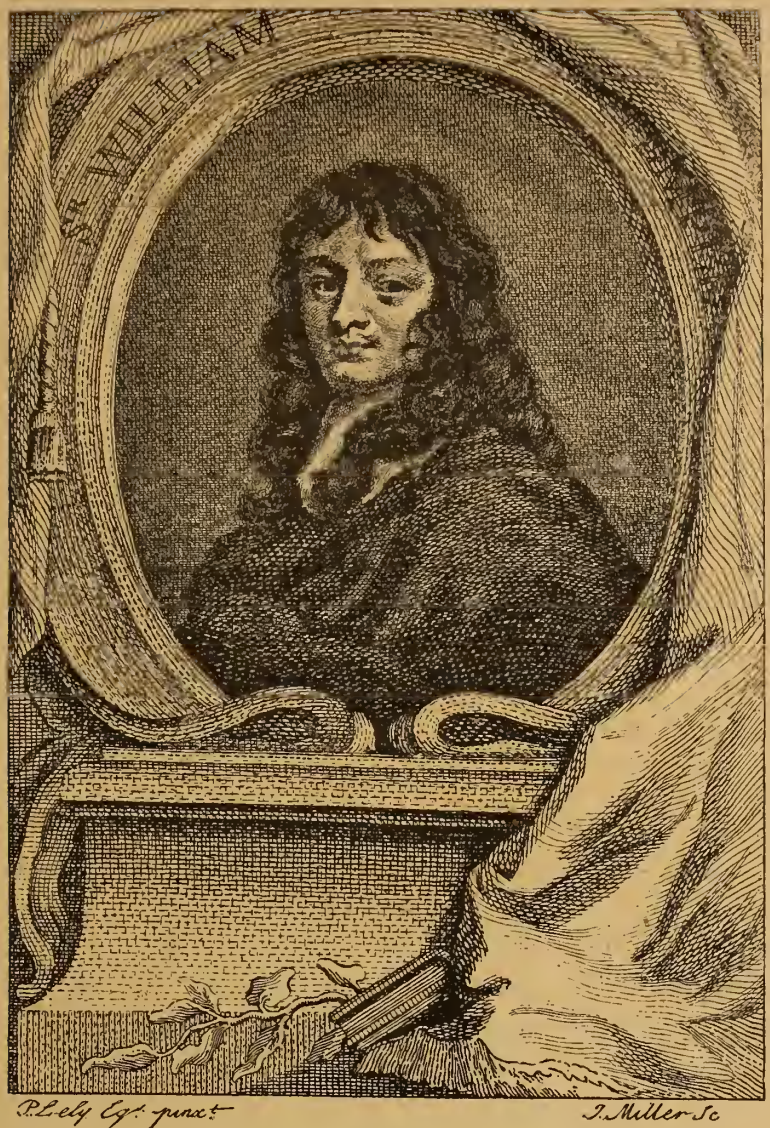
Das war Handelspolitik im puritanischen Geiste. In anderen Dingen freilich richteten sich die regierenden Kreise durchaus nicht nach dem Vorbild der Rundköpfe. Besonders führte die Gentry nach dem Ausgang der puritanischen Fastenzeit größtenteils ein wüstes Genußleben nach dem Muster der Hofgesellschaft. Davon war nun der brave Bürgersmann auch wenig erbaut. Im ganzen folgte dem anfänglichen royalistischen Taumel der Mittelschichten bald eine so merkliche Ernüchterung, daß Clarendon und Genossen darauf verfielen, vermittels Anstiftung von „Verschwörungen" durch Lockspitzel die Angst vor den „Fanatikern" wachzuhalten. In diesen niedrigen Kniffen der regierenden Kreise verrät sich ein Gefühl der Unsicherheit, nicht sowohl vor den Vorkämpfern des Proletariats, die offenbar nicht stark genug waren, um in ihrem Sinne Revolution zu machen, als vor revolutionären Rückfällen des Bürgertums, und tatsächlich war mit der Restauration die englische Revolution noch nicht zu Ende.

XII.

Oranje boven.

William Temple über die internationalen Konkurrenzverhältnisse seiner Zeit. — Frankreichs ökonomische Fortschritte unter Colbert. — Manufaktur in den Niederlanden. — Holländische Arbeiterverhältnisse. — Kommunistische Regungen im niederländischen Proletariat. — Hungeraufstände während des ersten Krieges gegen England. — Oranje boven als Losung der Massen. — Zweiter Seekrieg zwischen Holland und England. — Englische Mißerfolge. — Friede von Breda. — Der Kriegsverlauf stärkt die Stellung der niederländischen Geldsackrepublikaner. — Schwächt die Stellung der englischen Regierung. — Mißvergnügen in England. — Die englische Landpartei. — Sturz Clarendons. — Die Kabale. — Tripelallianz. — Karls II. Geldgeschäfte mit Ludwig XIV. — Vertrag von Dover. — Die katholischen Neigungen der Stuarts. — Oekonomische Gründe des englischen Katholikenhasses. — Englischer Staatsbankerott von 1672. — Frankreich und England fallen über Holland her. — Panik in den Niederlanden. — Revolutionäre Bewegung in Holland und Seeland. — Die Massen unterstützen die oranische Partei. — Attentat auf Jan de Witt, Enthauptung des Attentäters. — Wilhelm von Oranien Statthalter und Generalkapitän. — Die Tichelaeraffäre. — Cornelis de Witt im Gefängnis. — Ermordung der Gebrüder de Witt. — Die Rolle Oraniens. — Unfruchtbarkeit seiner inneren Politik. — Seine äußeren Erfolge.

Die englisch-niederländischen Beziehungen der beginnenden Restaurationszeit bieten das merkwürdige Schauspiel, daß man erst die niederländische Republik in Royalismus machen, hernach den englischen Royalismus republikanischen Traditionen folgen sieht. Die Staatsmänner im Haag, wo Karl II. vor seiner Fahrt nach England zuletzt weilte, wußten sich damals gar nicht genug zu tun in devoten Bücklingen vor dem Stuart und in Freudenbezeigungen über die Restauration. Zugrunde lag die Hoffnung, daß die geschäftlichen Interessen des niederländischen Kapitals bei einem monarchischen England besser fahren würden als bei einem republikanischen. Der angehende König versprach auch, was man wollte. Dann kam die Enttäuschung, insofern die Staatskunst der Restauration sich baldigst nicht weniger scharf gegen die Niederlande wandte als vordem die Republik. Man hatte eben im Haag die Bedeutung der Tatsache nicht genügend gewürdigt, daß die Restauration nicht erfolgte aus eigener Kraft der Stuarts und ihres engeren Anhangs, sondern vielmehr, wie Gneist es ganz richtig ausgedrückt hat, wesentlich eine „Restauration der besitzenden Klassen" war. Aus der Rücksicht auf die materiellen Interessen kapitalistischer Kreise erklärt sich, daß also zunächst



287. William Temple, englischer Staatsmann

die britische Politik, allen Versprechungen Karls II. zum Trotz, eine antiniederländische Richtung einschlug, gemäß dem Vorgang der englischen Republik. Weiterhin freilich kam es dahin, daß das Londoner Kabinett die Rücksichtnahme auf die kapitalistischen Interessen mehr und mehr außer acht ließ, um reaktionären Zielen nachzujagen. Aber dann wollte es die Ironie des Schicksals, daß die Interessen des niederländischen Kapitals, weit entfernt, daraus Nutzen zu ziehen, vielmehr nun erst recht in die allergrößte Bedrängnis gerieten, und zwar das, weil die englische Krone, um für ihre absolutistischen Zwecke die Unterstützung des Königs von Frankreich zu erlangen, dessen antiniederländischer Politik dienstbar wurde —

mit dem Erfolg, daß die niederländische Republik in die schwerste Not kam und eine Volkserhebung erlebte, in der die bourgeoisrepublikanische durch die oranische Partei gestürzt wurde. Gleichzeitig freilich legte die englische Restaurationsmonarchie den Grund zu ihrem eigenen Untergang, zu dem ihr Verhältnis zu Frankreich nicht wenig beitrug, Holland direkt mitwirkte. Die wechselseitigen Beziehungen zwischen England, Holland und Frankreich muß man also ins Auge fassen, um die Revolutionsgeschichte des letzten Drittels im 17. Jahrhundert zu verstehen.

Als der beste Kenner festländischer, besonders niederländischer Verhältnisse, den England zur Restaurationszeit besessen hat, darf wohl Sir William Temple bezeichnet werden. Temple hatte sich nach der Restauration der diplomatischen Laufbahn zugewandt und ist erst englischer Geschäftsträger in Brüssel, hernach eine Reihe von Jahren englischer Gesandter im Haag gewesen. Seine 1672 niedergeschriebenen „Bemerkungen über die Vereinigten Provinzen" geben eine für ihre Zeit vortreffliche ökonomisch-historische Behandlung des Themas. Freilich ist Temple von den dominierenden Wirtschaftslehren seines Jahrhunderts durchdrungen. Seine Befangenheit in merkantilistischen Anschauungen spricht u. a. aufs markanteste aus den Ausführungen, die er über die Wirkung ausländischer Konkurrenz auf den niederländischen Handel macht.

Er ist der Meinung, daß der Handel der Holländer seit einer Reihe von Jahren den Höhepunkt überschritten und begonnen habe, merklich zu verfallen. Als der wichtigste Grund erscheint ihm die Tatsache, daß so viele andere Nationen sich „innerhalb der letzten 22 oder 23 Jahre", d. h. seit 1649 oder 1650, dem Handel zugewandt. „Denn seit dem Frieden von Münster, der im Jahre 1648 die Ruhe der Christenheit wiederherstellte, haben sich nicht nur in Schweden und Dänemark, sondern auch in Frankreich und England eindringlicher als je zuvor die Gedanken und Ratschläge der betreffenden Regierungen sowohl als die Volksstimmung mit den Handelsangelegenheiten beschäftigt." Temple sieht die Bemühungen, insbesondere der beiden Großstaaten, als erfolgreich an: die Holländer hätten sich mit ihnen in den Gewinn teilen müssen. Temple zweifelt, wie der Durchschnittsmerkantilist, nicht daran, daß zunehmende Konkurrenz auf dem Weltmarkt die Profite schmälern muß; der Gesamtabsatz ist ihm offenbar eine unveränderliche Größe. Er spricht die Ansicht aus, es hätten sich zu viele Handeltreibende für den Handel in der Welt eingestellt, so daß sie kaum nebeneinander bestehen könnten. Er vergleicht den Weltmarkt mit einem Dorf, wo der zuerst sich niederlassende Krämer reich wird, da er die ganze Kundschaft hat. Sein Erfolg zieht einen Konkurrenten herbei, der an seinem Gewinn teilnimmt, bis schließlich so viele sich dem Handel zuwenden, daß nichts mehr dabei herauskommt und einige die Sache aufgeben oder alle bankerott machen müssen.

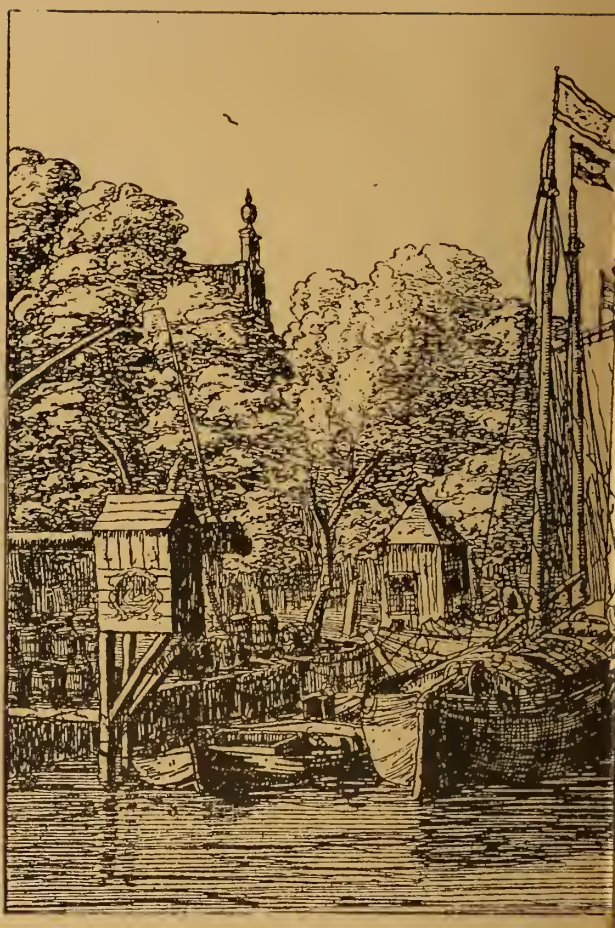
Temple schildert dann weiter, wie infolge der Verlegung der Handelsstraßen durch die Entdeckung des Seeweges nach Ostindien Lissabon an die Stelle von Venedig trat, wie infolge des niederländischen Aufstandes sich der Handel von Antwerpen nach Holland zog. Inzwischen kümmerten sich die anderen, größeren Nationen wenig um den Handel. Die Königreiche und Fürstentümer waren in der Welt wie die Edelleute und Gentlemen in einem Lande, die Freistaaten und freien Städte wie die Kaufleute und Händler, diese anfangs von jenen verachtet,

bis im Laufe der Zeit einige von den einen durch Fleiß und Sparsamkeit reich, einige von den anderen durch Krieg und Verschwendung arm wurden, worauf die Händler sich wie Gentlemen zu benehmen anfingen; „und die Gentlemen beginnen, Gefallen daran zu finden, sich auf den Handel zu verlegen". Im ganzen meint Temple mit seinem Ueberblick über die Entwicklung des Welthandels klargemacht zu haben, warum einzelne Plätze so reich und mächtig wurden, so lange sie allein sich fast des ganzen Welthandels erfreuten, und warum nicht nur der holländische Handel, sondern der Handelsprofit im allgemeinen gemindert erscheinen müsse durch soviele, die daran teilnähmen.

Neben England war nun also Frankreich Hollands Hauptkonkurrent, und natürlich entwickelte sich denn auch ein ökonomischer Gegensatz zwischen England und Frankreich: ein internationales Konkurrenzverhältnis, das die merkwürdigsten außerpolitischen Gruppierungen ergab — 1665 Holland und Frankreich gegen England, ein paar Jahre später (1668) Holland und England gegen Frankreich, wieder nach etlichen Jahren (1672) Frankreich und England gegen Holland. Hiergegen aber lehnte sich die öffentliche Meinung Englands bereits auf; Frankreich galt schon für einen gefährlicheren Konkurrenten als Holland. Dabei hatte Frankreich erst nach der Restauration der Stuarts ernstlich begonnen, merkantilistische Bahnen einzuschlagen. Nachdem 1659 der spanische Krieg durch den Pyrenäenfrieden beendigt worden war, hatte 1661 bei Mazarins Tode der 24jährige König Ludwig XIV. angekündigt, daß er sein eigener Premier sein wolle. Faktisch aber wurde zunächst maßgebend der neue, 1662 eingesetzte „Generalkontrolleur" oder Finanzminister Colbert, der die französische Wirtschaftspolitik so ungewöhnlich zielbewußt im Sinne des Merkantilismus leitete, daß man diesen nach ihm geradezu Colbertsches System genannt hat, als wenn er Erfinder dessen wäre, was er sich doch nur aneignete. Wie Colbert die inneren Verhältnisse des noch tief im Feudalismus steckenden Landes mit den Mitteln des Absolutismus im kapitalistischen Sinn auszugestalten strebte, muß an dieser Stelle unerörtert bleiben.

Wir haben es für jetzt bloß mit den Aeußerungen des Colbertismus zu tun, die für die Konkurrenzmächte von Bedeutung waren. Und da ist denn zunächst hervorzuheben, daß es ihm in unglaublich kurzer Zeit gelang, Frankreichs Manufakturen in die Höhe zu bringen. Es war fast alles neu zu schaffen, da durch die andauernden inneren Wirren und äußeren Kriege die älteren Anfänge auf diesem Gebiete fast ganz zerstört worden waren. Nun aber kam es in Zeit von wenigen Jahren dahin, daß in manchen Industriezweigen die französischen Fabrikate den Vergleich mit den holländischen und englischen in keiner Weise zu scheuen hatten. Die Lyoner Seidenzeuge waren sogar die besten, die in Europa erzeugt wurden. Auch in anderen Luxusindustrien marschierte Frankreich bald an der Spitze. Daneben aber hob sich die Manufaktur von Massenerzeugnissen hauptsächlich der Textilindustrie mit überraschender Schnelligkeit. Im Jahre 1669 zählte man schon 44 200 Wollenweber; 671 000 Stück Tuch wurden jährlich produziert. Auch Leinwand wurde in zunehmendem Maße hergestellt. Kurz, Frankreich machte unter Colbert riesige Fortschritte auf der Bahn kapitalistischer Entwicklung und hatte die größten Chancen, eins der industriellsten Länder der Welt zu werden. Schließlich wurde dann freilich die Colbertsche Politik dadurch durchkreuzt, daß Ludwig unter

andere Einflüsse geriet und eine uferlose Eroberungspolitik gegen alle Welt trieb, deren ruinöse Wirkungen noch durch die wüste höfische Verschwendung verschärft wurden, und im Despotismus soweit gebracht wurde, keine andere Meinung als die offizielle mehr dulden zu wollen. Seit Ende der 70er Jahre wurden die Kalviniſten, in deren Händen die Industrie hauptsächlich war, immer härter verfolgt, schließlich 1685 das Duldungsedikt von Nantes zurückgenommen. Große Massen von Hugenotten wanderten aus, und die französische Industrie ging ebenso schnell zurück, wie sie unter Colbert fortgeschritten war.



288. Holländisch

Die wirtschaftspolitischen Maßregeln Colberts liefen, soweit sie das Ausland unmittelbar in Mitleidenschaft zogen, in erster Linie auf den altbekannten Grundsatz des Merkantilismus hinaus, die Ausfuhr einheimischer Rohstoffe und die Einfuhr fremder Fabrikate zu verhindern. Beträchtliche Schutzzölle auf Industrieerzeugnisse legte schon der Colbertsche Tarif von 1664 auf. Das war aber erst der Anfang. 1666 erfolgte ein Verbot der Einfuhr von englischen Wolltuchen. 1667 wurde der Tarif von 1664 so verschärft, daß die Zollsätze nun tatsächlich auf Prohibierung ausländischen Imports hinausliefen. Nur fremde Arbeiter und Fabrikanten suchte man mit allen Mitteln hereinzuziehen, um die besten Arbeitsmethoden einzuführen. Aber nicht nur den inneren Markt wollte Colbert der französischen Industrie reservieren, sondern gleichzeitig arbeitete er darauf hin, ausländische Herkunftsländer und Absatzgebiete zu gewinnen, damit Frankreich am Welthandel teilhabe.

Von den Maßregeln zur Eroberung auswärtiger Märkte wurde eine schon beiläufig erwähnt. Die Erwerbung von Dünkirchen hatte besonders auch wirtschaftlichen Zweck: der nordische Handel sollte dahin gezogen werden, indem Dünkirchen zum Freihafen gemacht wurde. Mit Schweden und Dänemark brachte Colbert Handelsverträge zustande. Im Mittelmeer wurde Marseille Freihafen, um den Levantehandel zu gewinnen. Eine umfassende Kolonialpolitik begann zur gleichen Zeit in Ostindien, Westindien, Nord- und Südamerika, Afrika. Im schwarzen Weltteil setzte sich Frankreich 1661 auf der Insel Madagaskar fest. In Südamerika wurde Cayenne französische Kolonie. Zur Besiedelung von Kanada, Neuschottland, Neufundland wurden energische Schritte getan. In Westindien erwarb Frankreich 1665 die westliche Hälfte von St. Domingo. Im Jahre zuvor schon war eine französisch-westindische Handelskompagnie begründet worden. 1665 erfolgte die

Kanal mit Fischerflotte. Kupferstich aus der Mitte des 17. Jahrhunderts

Stiftung einer ostindischen Kompagnie, und auch in deren Handelsgebiet ging es bald an die Erwerbung von Territorialbesitz: Pondichery bei Madras und Tschandernagar bei Kalkutta wurden besetzt. Ins Auge gefaßt war auch schon der Erwerb des ganzen spanischen Kolonialreichs. An den pyrenäischen Frieden mit Spanien (1659) hatte sich eine Heirat Ludwigs XIV. mit der Infantin Isabelle geschlossen. Sie hatte allen Erbansprüchen entsagen müssen. Diesen Verzicht dachte man aber in Frankreich als nichtig zu behandeln, wenn der spanische Thronfolger Karl, wie bei seiner Schwächlichkeit zu erwarten, ohne Erben gestorben sein würde.

Zur Betreibung der französischen Weltpolitik wurde nun gleichzeitig mit der immer beängstigenderen Vergrößerung des stehenden Heeres auch eine starke Kriegsflotte geschaffen: die französische Seemacht wuchs unter Colbert von 30 auf 198 Schiffe. Versteht sich, daß auch alles Mögliche geschah, um die französische Handelsmarine zu vergrößern. Schon vor Colbert, 1655, hatte man begonnen, nach Art der englischen Schiffahrtspolitik zu Werke zu gehen. Die Schwäche der französischen Kauffahrteiflotte zwang aber, weniger radikal zu verfahren. Es wurde

auf alle fremden Schiffe, die französische Häfen anliefen, ein „Tonnengeld“ gelegt und weiter 1659 bestimmt, daß ausländische Schiffe auch bei Entrichtung des Tonnengeldes nur befrachtet werden dürften, wenn keine französischen Fahrzeuge vorhanden seien. Diese Maßregeln zielten in erster Linie auf die Niederlande, nächstdem auf England ab. Die Wirkung war selbstverständlich keine momentane. Die Handelsschiffahrt blieb zunächst hauptsächlich in niederländischen Händen. Schreibt doch Colbert selber an den französischen Gesandten im Haag, der Seehandel werde in Europa von ungefähr 25 000 Schiffen getrieben, von denen 14 000—15 000 den Holländern und höchstens 500—600 Frankreich gehörten. Die Provinz Holland allein zählte in den 60 er Jahren nach einer niederländischen Statistik der Zeit nicht weniger als 10 000 Kauffahrteischiffe und 168 000 Seeleute. Derselbe niederländische Gewährsmann, de la Court, malt überhaupt die wirtschaftliche Blüte des Landes auf allen Gebieten in den glühendsten Farben. Und in der Tat sind entgegen Temples Angaben über den ökonomischen Verfall der Republik mindestens auf industriellem Gebiet noch Fortschritte zu konstatieren. Die Niederlande marschierten da unbedingt noch an der Spitze der Zivilisation, hatten die höchstentwickelten gewerblichen Betriebe aufzuweisen.

Es gab bereits eine ganze Menge industrieller Errungenschaften, die den manufakturmäßigen, auf Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung beruhenden Großbetrieb möglich machten. Dem stemmte sich aber der zünftlerische Kleinbetrieb lange mit aller Macht entgegen. Gesetzliche Bestimmungen, die der Zahl der in einem Betrieb beschäftigten Arbeitskräfte und technischen Hilfsmittel enge Grenzen steckten, wirkten in gleicher Richtung mit Bewegungen der Handwerker und Hausarbeiter gegen die Einführung arbeitersparender Vorrichtungen. In Leyden ward die in Deutschland erfundene Bandmühle, eine Maschine zum Weben von Bändern und Borten, die 40 bis 50 Stück auf einmal liefern konnte, im Jahre 1629 zuerst angewandt. Darüber brachen aber Unruhen der bedrohten Bortenwirker aus. Bei dem holländischen Schriftsteller Boxhorn, der gegen Mitte des 17. Jahrhunderts schrieb, liest man über die Leydener Geschehnisse: „In dieser Stadt wurde vor ungefähr zwanzig Jahren ein Instrument zum Weben erfunden, womit ein einziger Mensch mehr Tuch und leichter herstellen konnte als mehrere in derselben Zeit. Deshalb entstanden Unruhen und Klagen der Weber, und endlich ward der Gebrauch dieses Werkzeugs von der Obrigkeit verboten.“

Auf die Dauer aber war in solcher Art gegen die Erfordernisse des Wirtschaftslebens und das offenkundige Interesse der regierenden Kapitalisten nichts auszurichten. Die Bandmühle z. B. ward in Leyden 1661 mit einigen Einschränkungen gestattet. In den nächsten Jahrzehnten fielen allenthalben die Hindernisse des Großbetriebs. In bedeutendem Maße wurden nun auch Naturkräfte gewerblichen Zwecken dienstbar gemacht; freilich handelte es sich dabei noch nicht um Dampf und Elektrizität, sondern um Wasser und Wind. Die Mühle ist der charakteristische Typus der holländischen Manufaktur. Die Betriebe nahmen vielfach schon recht stattliche Dimensionen an. So errichtete z. B. der Franzose Pierre Baille 1682 in Amsterdam eine Wollenweberei mit 110 Stühlen. Um dieselbe Zeit legte Jakob van Mollem in Utrecht eine Seidenfabrik an, die durch ein Wasserrad betrieben wurde und 500 Arbeiter beschäftigte. Außer dem Hause

289. Baptiſt Colbert, franzöſiſcher Finanzminiſter

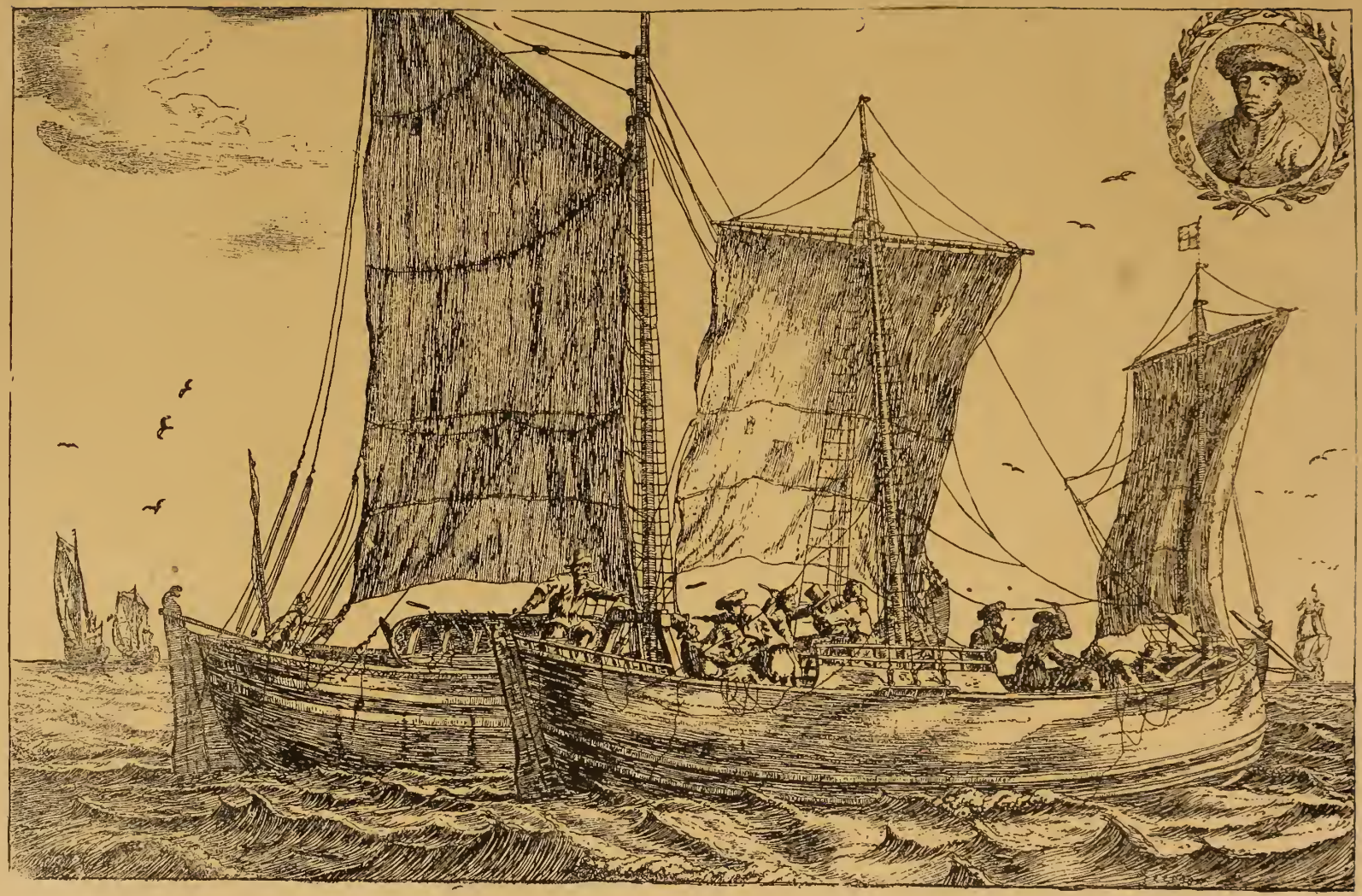
ließ van Mollem noch 1100 Webſtühle durch Heimarbeiter betreiben. Insgeſamt beſchäftigte die Fabrikation von Seiden- und Halbſeiden-, Wollen- und Halbwollenſtoffen in Utrecht zur Blütezeit ungefähr 10 000 Perſonen. In der Seiden- und Halbſeideninduſtrie von Haarlem waren noch 15 000 Menſchen tätig, als es mit der Induſtrie ſchon bergab ging. In Amſterdam gab es zu de la Courts Zeiten

eine gewerbliche Arbeiterschaft von 54 000 Köpfen, und in ganz Holland beschäftigte die Textilindustrie allein damals 660 000 Einwohner.

Die vereinigten Provinzen waren durchaus kein Arbeiterparadies. „Hollands Volksmasse", meint Marx, „war schon 1648 mehr überarbeitet, verarmter und brutaler unterdrückt, als die des übrigen Europas insgesamt." Das gilt im großen und ganzen auch für das Holland des folgenden halben Jahrhunderts. Die Löhne haben sich wohl einigermaßen gehoben. Die Tuchbereiter in Amsterdam z. B. verdienten 1648 den Tag 1,49 Mk., 1682 1,98 Mk. Das bedeutet aber keine wirkliche Besserung in der Lage der arbeitenden Klasse, denn die Löhne waren kaum in gleichem Maße gestiegen, wie die Preise der Lebensmittel, die infolge der stetig anschwellenden Last von indirekten Steuern immer teurer wurden. An Ueberarbeitung der Massen fehlte es so wenig wie zuvor: die Durchschnittsarbeitsdauer betrug in der Blütezeit der holländischen Industrie 12 bis 14 Stunden täglich. Dazu kam dann noch die früher unbekannte Frauen- und Kinderarbeit in großem Stil und abscheulichen Formen. Die Unterdrückung aber war brutaler als je. Politische Rechte hatte die Masse des Volks ja nicht. Die regierenden Körperschaften der städtischen Gemeinwesen, in denen noch immer das Schwergewicht aller Regierungstätigkeit ruhte, ergänzten sich nach wie vor selber und zwar immer aus den nämlichen Kapitalistencliquen.

Man kann sich also denken, wie das Großbürgertum über die Arbeiter die Sklavenpeitsche schwang, wie es vor allem jedes Streben des Proletariats, auf dem Wege gemeinsamen Vorgehens seine Lage zu verbessern, im Keime zu ersticken suchte. So bedrohte im Juli 1682 eine Verordnung des Magistrats von Amsterdam jeden Tuchscherer, der sich an „geheimen Versammlungen" beteiligen würde, mit Zuchthaus oder Geißelung. Zehn Jahre später ward die Todesstrafe auf das gleiche Verbrechen gesetzt. Ein Koalitionsrecht existierte bloß für die Kapitalisten, die dem Proletariat in Gilden organisiert gegenüberstanden; am mächtigsten waren die Tuchhändlergilden. Wenn aber auch jeder Versuch der Arbeiter, sich für ihre gemeinsamen Interessen zusammenzuschließen, als strafbares Komplott und kapitales Staatsverbrechen galt, ganz hintanzuhalten war die Bewegung doch nicht. Dafür sorgte schon die Zusammendrängung größerer Mengen von Arbeitern im selben Manufakturbetrieb. Und dann gab es auch eine Art staatlich anerkannter Arbeiterorganisation, die sogenannten Knechtsgilden, die weit verbreitet waren. Sie waren freilich nur zu Unterstützungszwecken bestimmt und wurden von der staatlichen Kontrollinstanz mit Argusaugen bewacht, damit sie nicht über den engen Bereich von Kranken- und Begräbniskassen hinaus zu Kampfverbänden würden. Trotzdem haben sie des öfteren proletarische Interessen wirksam vertreten. Streiks, Sperren usw. kamen häufig vor, nahmen aber gewöhnlich gewaltsame Formen an, weil sie von vornherein als ungesetzlich verfolgt wurden.

Für eine sozialistische Bewegung mit klarumrissenen Zielen war die Zeit noch nicht gekommen; kommunistische Ideen aber waren in Holland schon recht verbreitet. Nach außen hin gelangten sie zumeist in religiöser Gestalt zur Erscheinung. Von England her trugen nach der Mitte des 17. Jahrhunderts die Quäker ihre Propaganda herein. Ihr Ideal erschien den niederländischen Kapitalisten trotz seiner frommen Einkleidung im höchsten Maße gefährlich; sie wurden in einer Tonart als



290. Ueberfall eines holländischen Fischerbootes durch Piraten

Dancker Danckerts Exc.

Kommunisten denunziert, die uns sehr bekannt klingt. Da die Quäker, so schimpft der holländische „Mercurius“ von 1653, meistens Faulenzer und Habenichtse wären, so suchten sie den Reichen weiszumachen, daß sie der Welt den Rücken kehren und all ihr Hab und Gut den Nichtbesitzenden mitteilen müßten.. In den Bereich der englisch-niederländischen Wechselwirkungen dieser Zeit gehört auch ein kommunistischer Denker niederländischer Nationalität, Peter Cornelis Plockboy aus Zierikzee. Anabaptistischen Kreisen angehörig, hat er 1659 in England sein kommunistisches Ideal sich selbst genügender Genossenschaften vertreten, und nach der Restauration in sein Vaterland zurückgekehrt, hat er dort für die gleichen Gedanken theoretisch und praktisch gewirkt, und in den sechziger Jahren mit einer Schar von niederländischen Anabaptisten die Gründung einer kommunistischen Kolonie in Amerika unternommen, die aber 1664 englischer Gewalttätigkeit zum Opfer fiel. In ähnlicher Art trat auf dem Boden der Niederlande um diese Zeit in Jean de Labadie, der 1674 starb, ein namhafter Vertreter des christlichen Kommunismus hervor. Die von ihm begründeten Gemeinden lebten in völligem Kommunismus. Nach seinem Tode siedelten 300 Labadisten nach dem Schloß Waltha in Friesland über, wo sie nach ihrem Ideal auf gemeinschaftliche Rechnung produzierten, bis im Jahre 1688 die fehlgeschlagene Gründung kommunistischer Kolonien in Amerika ihrem Gemeinschaftsleben ein Ende machte.

Dem politischen Treiben fernstehend und von der Welt abgeschieden, waren sie unmittelbar für die bestehende Ordnung ungefährlich. Aber die Besitzenden fürchteten als Rückwirkung die Verbreitung kommunistischer Ideen in den Arbeitermassen, wo sie dann die Gestalt einer sozialen Revolution annehmen würden. Die stete Furcht vor deren rächender Nemesis trübte den holländischen Kapitalisten den Genuß ihrer Schätze aufs empfindlichste. Bei jedem der häufigen Hungeraufstände von Proletariern sahen sie die Götterdämmerung winken. Die furchtsamen Uebertreibungen des bösen Gewissens abgezogen, läßt sich immerhin die Tatsache, daß schon damals kommunistische Ideen im holländischen Proletariat Verbreitung gefunden hatten, als geschichtlicher Kern aus einer ergötzlichen Jeremiade herauslesen, die Pieter de la Court im Jahre 1659 niederschrieb: „Die Handwerksleute, die in ungünstigen Zeiten keine Arbeit bekommen können, geben, wenn sie in Armut geraten sind, nicht ihrer eigenen Ausschweifung, Geldverschwendung und Liederlichkeit die Schuld, sondern, obgleich sie ihren Unterhalt von den Reichen und Tuchmachermeistern beziehen, so schelten sie doch immer voll Undankes ihre eigenen Wohltäter Blutsauger, und sind geneigt, die Gütergemeinschaft einzuführen und sich ebenso reich zu machen, wie die reichsten ihrer Meister.“

Die Unzufriedenheit im Volke machte sich besonders zu Kriegszeiten bemerkbar, wenn durch den Verlauf der militärischen Ereignisse das Wirtschaftsleben des Landes in Mitleidenschaft gezogen wurde. Dies war in hohem Maße der Fall während des großen Seekrieges mit der englischen Republik. Der Handel geriet damals ins Stocken, und die Folge war große Not namentlich der Arbeiter. Die Arbeitslosigkeit war so enorm, daß die Amsterdamer Admiralität berichtete, das ganze Land sei voll Bettler. Wir vernehmen, daß ein Handschuhfabrikant, der vor dem Kriege 48 Arbeiter beschäftigte, jetzt selber Arbeiter geworden war, und daß ein Spitzenfabrikant, für den zwischen drei- und vierhundert Mädchen

291. Französischer Hafen mit Flotte

arbeiteten, jetzt auf drei heruntergekommen war. Solche Details lassen in einen Abgrund des Elends und der Verzweiflung blicken. Der leitende Staatsmann der Vereinigten Provinzen, der Ratspensionarius von Holland Jan de Witt, äußert sich darüber selbst in einem Brief aus der Kriegszeit: „Niemand beladet Schiffe zum Auslaufen. Die Heringsfischerei steht still. Roggen und Korn im allgemeinen beginnt rasch im Preise zu steigen. Aus alledem folgt, daß Tausende von Menschen weder Arbeit noch Nahrung haben." Daraus entsprangen heftige Unruhen. Der holländische „Mercurius" schreibt 1653, daß sich überall die Kanaille erhebe, und so macht auch der zeitgenössische Geschichtsschreiber Wagenaar den „Pöbel" für die Aufstände verantwortlich, die während des Krieges im Haag, Dordrecht, Enkhuysen und an anderen Orten ausbrachen. Wären diese Erhebungen nun bloße Hungeraufstände geblieben, so hätten sich die regierenden Kapitalisten nicht eben viel daraus gemacht. Aber es war eine starke Partei vorhanden, die das Mißvergnügen der notleidenden Massen für ihre Zwecke auszunutzen strebte, die oranische Partei. Und das unzufriedene Volk rief „Oranje boven", Oranien hoch, nicht sowohl, weil es für die Statthalterfamilie eine starke Sympathie, als weil es gegen die Geldsacksrepublikaner eine heftige Antipathie empfand: aus Haß gegen die regierenden Kapitalisten unterstützten die Massen die Bestrebungen der oranischen Partei. De Witt und seine Partei wurden ja nun damals der Aufstände Herr, weil die Erregung der Massen nachließ, als mit England Friede gemacht wurde und der Handel wieder in Gang kam. Aber auch im weiteren Verlauf der fünfziger Jahre kam es noch wiederholt zu blutigen Unruhen in einzelnen Landesteilen unter dem Schlachtruf der oranischen Partei. Allgemein und

bedrohlich wurde die Unzufriedenheit aber erst wieder, als ein neuer Krieg mit England abermals eine große Handelsstockung zur Folge hatte.

Der zweite englisch-niederländische Krieg von 1664—1667 entsprang im großen und ganzen denselben ökonomischen Wurzeln wie der erste. Hinzugekommen waren zu den alten Gründen des Gegensatzes außer der Verschärfung der englischen Merkantilpolitik, die seit der Restauration erfolgt war, neue Reibeflächen in den außereuropäischen Meeren und Erdteilen. In Ostindien suchten die Niederländer die Engländer an der Besetzung und Ausnutzung des Gebiets von Bombay zu hindern, zugleich im Gebiet der Gewürzinseln ihr Handelsmonopol gegen neue englische Eindrängungsversuche zu behaupten. An der afrikanischen Goldküste setzten sie alle Hebel in Bewegung, um die englische Afrikakompagnie nicht aufkommen zu lassen, die den Herzog von York, des Königs Bruder Jakob, an ihrer Spitze hatte und Goldstaub eintauschen, sowie Westindien mit Negersklaven versorgen wollte. In Nordamerika hinwiederum sahen die Engländer mit feindseligen Augen eine niederländische Ansiedlung auf der Insel Manhattan, die den Namen Neu-Amsterdam bekam und mit ihrem Hinterland Neu-Niederland die Neu-Englandstaaten von den südlichen englischen Kolonien trennte. Direkte Feindseligkeiten erfolgten zuerst von englischer Seite, indem 1664 englische Kriegsschiffe sich des wichtigsten niederländischen Forts an der Goldküste, beim heutigen Cape Coast Castle, bemächtigten. Demnächst nahm ein englisches Geschwader Neu-Amsterdam weg, das jetzt den ihm gebliebenen Namen New-York erhielt. Eine Kriegserklärung war noch nicht erfolgt, erfolgte vielmehr erst, nachdem der Herzog von York als britischer Admiral im Kanal mehr als hundert niederländische Kauffahrteischiffe abgefangen hatte, wofür sich die Republik durch ein strenges Einfuhrverbot für alle englischen Fabrikate revanchierte.

Zu dem blutigen Seekrieg der Jahre 1665—1667 spannten beide Mächte alle Kräfte an. Besonders auf englischer Seite wurden vom Parlament Summen von unerhörter Größe für den Krieg ausgeworfen, erst 2 500 000 Pfund Sterling, dann noch 1 250 000 und wieder 1 800 000 Pfund Sterling. Man dachte auf diese Weise die britischen Flotten so stark zu machen und mit so überlegener Ausrüstung zu versehen, daß der Erfolg sicher sei. Aber der Ausgang sollte den gehegten Erwartungen sehr wenig entsprechen. Zwar erfochten die Engländer mehrere teuer erkaufte Siege, aber Niederlagen wechselten damit ab, und schließlich, im Jahre 1667, errangen die Vereinigten Provinzen einen großen Erfolg. Eine niederländische Flotte unter den Admiralen Cornelis de Witt und de Ruyter drang nämlich, während die britische Flotte abgetakelt, unbemannt, mit einem Wort gefechtsunfähig war, in die Themsemündung ein und bis nach Chatham vor, wo die Arsenale und eine Anzahl britischer Kriegsschiffe verbrannt wurden. Gräulich blamierte sich dabei besonders der Herzog von Albemarle, früher George Monte, dessen weit überschätzter Anteil an der „Gesellschaftsrettung" nun allmählich richtiger taxiert wurde. Darauf blockierte die niederländische Flotte sechs Wochen lang die Einfahrt nach London, dessen Handel dadurch total abgeschnitten war.

Erst der Friede von Breda (21. Juli 1667) machte der Blockade ein Ende. Er wurde nicht allein durch sie herbeigeführt. Von großer Bedeutung war vielmehr auch das Eingreifen Frankreichs, das auf Grund eines Handels- und Freundschafts-

292. Straße in Antwerpen um die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts

vertrages von 1662 für die Niederlande Partei genommen und an England den Krieg erklärt hatte, aber nicht aktiv in den Kampf eingriff, sondern zusah, um den lachenden Dritten zu spielen und zu verhindern, daß England oder Holland zu stark würden. Das schließlich für beide Mächte bedrohliche Verhalten Frankreichs führte in erster Linie den Frieden herbei. Er nahm für die Kolonien den augenblicklichen Besitzstand an. Die Niederlande behielten also die ostindische Insel Polaroon, die ein Streitobjekt gewesen war, ferner in Südamerika Surinam, das sie während des Krieges besetzt hatten. Dagegen gaben sie in Nordamerika Neu-Niederland auf. Hieraus machten sie sich nicht viel. Am wichtigsten war ihnen ein Zugeständnis Englands, wonach die Navigationsakte eingeschränkt wurde. Hinfort sollten die Niederländer auch deutsche Erzeugnisse gleich ihren eigenen nach England einführen dürfen. Sie rühmten sich in dieser Zeit, daß ihr Handel fünfmal soviel bedeute wie der englische.

Der günstige Abschluß des Krieges und das Wiederaufleben von Handel und Industrie stärkte die eben noch bedrohte Position der republikanischen Partei unter de Witts Führung. Angesehene Mitglieder der oranischen Partei sahen ihre Sache als so aussichtslos an, daß sie auf de Witts Seite traten. De Witt benutzte die Gunst der Umstände, um bei den Ständen von Holland das sogenannte immerwährende Edikt durchzusetzen, wonach der Generalkapitän der Land- und Seemacht nie zugleich wieder Statthalter sollte sein dürfe. Das Haus Oranien hatte früher, wie bekannt, die Statthalterschaft mit dem Oberbefehl über die bewaffnete Macht vereinigt, sollte also durch die nunmehrige Trennung beider Aemter für immer unschädlich gemacht werden. De Witt dachte dem nun allmählich heranwachsenden Prinzen Wilhelm von Oranien (geb. 1650) den Oberbefehl über die Armee zu, sobald er herangewachsen sein würde. Vorläufig ließ ihn die Republik erziehen. Man nahm an, daß er und seine Anhänger sich schließlich mit dem Generalat begnügen würden. Dies erwies sich freilich, was wenigstens die oranische Partei anging, schon bald nach dem Erlaß des immerwährenden Edikts als Irrtum. Es machte sich heftiger Widerspruch geltend. Und die Stellung, welche schließlich die Generalstaaten einnahmen, war doch etwas anders, als den ursprünglichen Absichten Jan de Witts gemäß gewesen wäre. Indes kam der betreffende Beschluß der Generalstaaten im Einverständnis mit dem leitenden Staatsmann zustande. Die „Akte der Harmonie", worauf sich alle Provinzen 1670 einigten, bestimmte, entgegen dem Beschluß von 1651, daß die Statthalterschaft in den Niederlanden wieder eingeführt werden könne, aber bloß unter der Bedingung, daß der Oberbefehl über die bewaffnete Macht in anderen Händen sei. Dadurch war die gesetzliche Möglichkeit geschaffen, daß Wilhelm von Oranien stadhouder würde und nicht Generalkapitän, wie de Witt früher ins Auge gefaßt hatte. Für de Witt war die Hauptsache, daß der Prinz keinesfalls beides zugleich erreichen könne, und dadurch schien ihm für sich und seine Partei der Besitz der politischen Gewalt gewährleistet.

Wurde also in den Niederlanden die Machtstellung der Regierung durch den Ausgang des Krieges der Jahre 1664—1667 gestärkt, so fand sich dagegen in England die Regierung durch ihren Mißerfolg aufs äußerste erschüttert. So großen Eifer das Parlament für den Krieg bezeugte, so ist er doch zweifellos bei den breiten

293. Der Brand von London am 2. September 1666

Massen des Volkes von Anbeginn nicht populär gewesen. Die Kriegsgründe der kapitalistischen Interessenpolitik verfingen ebensowenig wie zur Zeit des ersten Kampfes mit den Niederlanden. Das Volk sah bloß das scheußliche Blutvergießen, fühlte die Störung des Wirtschaftslebens und die schweren Steuerlasten. Wenn man nun wenigstens gesehen hätte, daß mit den großen Summen etwas ausgerichtet worden wäre, die das Parlament auf allgemeine Unkosten bewilligt hatte. Aber allmählich griff die Ueberzeugung um sich, daß der Hof den größten Teil des Geldes verbrauche, das für den Krieg bestimmt war. Diese Ueberzeugung wurde allgemein, als im Sommer 1667 der Handstreich der niederländischen Flotte so großen Erfolg hatte, weil die englische gänzlich unausgerüstet war. Es war nicht über die Tatsache wegzukommen, daß englische Seeleute aus schierem Hunger gemeutert hatten, während die Höflinge gleichzeitig große Vermögen anhäuften und z. B. der leitende Staatsmann, Clarendon, sich einen riesigen Palast baute. Die Themseblockade schlug dem Faß den Boden aus. London fühlte die Unterbrechung der Schiffahrt sehr; die Kohlennot beispielsweise war so schlimm wie anno 1653. Dabei war die Londoner Bevölkerung ohnehin schon sehr mißgestimmt infolge von zwei schweren Schicksalsjahren. 1665 hatte eine furchtbare Pestepidemie 100 000 Londonern das Leben gekostet und 1666 legte der große Londoner Brand 13 000 Häuser, zwei Drittel der City, in Asche; 200 000 Menschen waren zeitweilig obdachlos. Den materiellen Schaden beziffert Oldmixon auf über zehn Millionen Pfund Sterling, wozu noch die schwere Störung des Erwerbslebens zu rechnen ist, das bereits unter der Pest arg gelitten hatte, unter dem Krieg noch weiter leiden sollte. Das Feuer war ganz zufällig ausgebrochen, wurde aber den Papisten in die Schuhe geschoben, auch in der Inschrift der Denksäule, die zur Erinnerung an die Brandkatastrophe errichtet wurde.

Man glaubte bereits in weiten Kreisen an katholisch-absolutistische Absichten, mit denen der Hof in Verbindung gebracht wurde.

Zur Zeit der Blockade nun kam es in London zu stürmischen Unruhen. Große Volksmengen sammelten sich in den Straßen an und schrieen, daß England verraten und verkauft sei. Die Minister wurden in ihren Wagen insultiert und waren in ihren Häusern nicht sicher. Besonders galt es dem Lord-Kanzler. Man warf ihm die Fenster ein, zerstörte die Bäume in seinem Garten und stellte ihm einen Galgen vor die Türe. Kein Zweifel, Clarendon war zu dieser Zeit der unpopulärste Mann in England. Trotzdem hätte es scheinen sollen, als wenn der älteste Führer der Royalisten, solange es nicht zu einem neuen Umschwung kam, der die Rundköpfe wieder ans Ruder brachte, nicht nur vor gerichtlicher Verfolgung, sondern auch vor Amtsverlust sicher sei. Daß der König ihn fallen lassen könnte, war um so weniger anzunehmen, als Clarendons Tochter mit dem Herzog von York verheiratet war, der bei des Königs Mangel an ehelicher Nachkommenschaft für den mutmaßlichen Thronerben gelten mußte. Auch, daß im Unterhaus ein ernstlicher Angriff erfolgen könnte, sah unwahrscheinlich aus. War doch nach wie vor jenes royalistische Parlament beisammen, das 1661 durch die reaktionäre Hochflut nach Westminster getragen worden war.

Seitdem hatte sich die Stimmung schon gewaltig geändert, und wahrscheinlich wäre durch Neuwahlen eine Mehrheit von Rundköpfen zustande gekommen. Eine Parlamentsauflösung war aber nicht erfolgt und erfolgte begreiflicherweise erst recht nicht, als der holländische Krieg eine ungünstige Wendung nahm, obwohl gerade Clarendon, in gänzlicher Verkennung der Situation, im Staatsrat eine Auflösung anempfahl. Er hatte freilich persönlich die besten Gründe dazu, das Parlament von 1661 zum Teufel zu wünschen; denn die Mehrheit der Gemeinen wandte sich in der schärfsten Weise gegen ihn. Diese Mehrheit war eine sehr gemischte Gesellschaft, die tatsächlich weiter nichts gemeinsam hatte als die Gegnerschaft gegen den leitenden Minister, zu dieser Gegnerschaft aber durch die verschiedensten Beweggründe getrieben wurde. Prinzipielle Gründe waren noch am ersten wirksam unter der starken Oppositionspartei, die sich mittlerweile im Unterhaus zusammengefunden hatte, in der sogenannten Landpartei. Dazu gehörten die Politiker, die zum Puritanismus und Republikanismus neigten, aber auch Anhänger der Staatskirche, die sich in die Opposition geworfen hatten, weil sie den Eindruck gewonnen hatten, daß bei Hofe absolutistische Ideen von papistischer Färbung einflußreich seien, und weil ihnen die höfische Sauwirtschaft die loyalen Illusionen ausgetrieben hatte. Diese Landpartei war aber entfernt nicht so „radikal" wie die frühere presbyterianische. Obwohl von den Mittelständen unterstützt, hatte sie zu Hauptführern Landjunker, die nur relativ als liberal gesinnt gelten konnten, im Vergleich mit den waschechten Konservativen nämlich.

Gegenüber der oppositionellen Landpartei gab es eine Hofpartei. Diese Hofpartei war nun anno 67 durchaus nicht ohne weiteres als Regierungspartei anzusehen. Vielmehr wurde aus ihrer Mitte heraus aufs intensivste gegen die Regierung, gegen Clarendon besonders, gewühlt. Diese Gegnerschaft hatte ganz persönliche, sehr niedrige Triebfedern. Da war eine ganze Menge von Abgeordneten und Hofleuten, die bloß deshalb Clarendon mit seinem Anhang zu verdrängen

strebten, weil sie sich selbst an die Stelle zu setzen wünschten. Die Regierungsämter waren dazumal ein ausgezeichnetes Geschäft und die Ministerstellenjäger waren Legion. Außerdem war im Parlament und im Land eine große Menge von Kavalieren vorhanden, die auf Clarendon erbittert waren, weil die Regierung an der Amnestie festgehalten und sich nicht dazu verstanden hatte, die verarmten Royalisten auf Kosten der Rundköpfe oder aus Staatsmitteln zu entschädigen. Diese Leute waren natürlich auch von der höfischen Verschwendung wenig erbaut. Das Unterhaus als Körperschaft hatte Clarendon gegen sich, weil er blind dafür war, daß die Revolution eine ganz veränderte Stellung der Gemeinen geschaffen hatte. In seinen Augen war die Zeit von 1642—1660 die große Rebellion. Nach „Niederwerfung" der Rebellion sollte der gesetzliche Zustand der vorrevolutionären Zeit wieder in Kraft treten.

294. Flucht der Einwohner beim Brand von London

Clarendon wollte keinen Absolutismus, aber er wollte die königliche Prärogative ungeschmälert sehen. Wenn die Gemeinen auch des royalistischen Unterhauses mit Hilfe ihres Geldbewilligungsrechts in die Exekutive eingriffen, so hatte das seine unverholene Mißbilligung. Schier der Verstand wollte ihm stillstehen, als er es erleben mußte, daß die Gemeinen durch Einsichtnahme in die Bücher feststellen wollten, was mit den für den Krieg bewilligten Geldern geschehen sei.

Wegen dieser parlamentarischen „Uebergriffe" wollte Clarendon die Auflösung des Unterhauses herbeiführen. Aber da sah er sich nun vom König im Stich gelassen. Nicht nur die schlechten Wahlaussichten standen entgegen, sondern außerdem war der König, war der Hof Clarendons überhaupt überdrüssig. Er hatte dem König zu sehr den Mentor gespielt und nicht willig genug das nötige Kleingeld für Mätressen und Höflinge herbeigeschafft. Diese Kreise wühlten auch aus Leibeskräften gegen ihn. Da waren auch die absolutistischen Projekte zu Hause, wofür das Odium nun bei den Gemeinen auf Clarendon fiel, der doch daran unschuldig war. Dem vereinigten Ansturm aller dieser Gegner erlag Clarendon im Sommer 1667. Ehe noch das Parlament zusammentrat, gab Karl dem Lordkanzler seine Entlassung. Demnächst erhoben die Gemeinen bei den Lords Hochverratsklage gegen ihn, die zwar zunächst vom Oberhaus abgewiesen wurde, er erhielt dann aber vom König einen Wink, nach dem Kontinent zu verschwinden; die Gemeinen waren schon im Begriff, ihn in den Tower zu schicken. Sie bedachten dann den Geflüchteten mit Verbannung auf Lebenszeit; wenn er wiederkehre, sollte er der Strafe des Hochverrats verfallen und Begnadigung durch den König ausgeschlossen sein. Die öffentliche Meinung Englands nahm den Sturz Clarendons als Konzession mit Befriedigung auf, weil die Vorgänge hinter den Kulissen nicht bekannt waren. Man ahnte noch nicht, daß der Weg aus dem Regen in die Traufe führte. Erst

allmählich sollte sich herausstellen, daß die Nachfolger des Kanzlers schlimmer seien als Clarendon, weil sie gar den Mut zu einer verstohlenen absolutistischen Politik hatten. Man nennt das neue Kabinett die „cabal“ (Kabale) wegen seines Charakters, und weil sich aus den Anfangsbuchstaben der Namen seiner fünf Mitglieder (Clifford, Ashley, Buckingham, Arlington, Lauderdale) das Wort cabal zusammensetzen läßt. Die öffentliche Meinung ließ sich um so eher zunächst irreführen, weil die neue Regierung damit begann, auf dem Gebiet der auswärtigen Politik der Macht entgegenzutreten, die begünstigt zu haben Clarendon besonders deshalb zum Vorwurf gemacht wurde, weil man von ihr schon Einwirkungen auf die inneren Angelegenheiten Englands im absolutistischen Sinne befürchtete. Die neue Regierung machte Front gegen die Eroberungspolitik Ludwigs XIV., die eben sehr bedrohliche Formen annahm.

Unter nichtigen Vorwänden ließ Ludwig 1667 plötzlich ein starkes Heer in die spanischen Niederlande einrücken und eroberte rasch eine Reihe wichtiger Plätze, sowie die ganze Franche-Comté. Daß ihm auch der noch nicht eingenommene Teil Belgiens rettungslos verfallen sei, wenn Spanien auf seine eigenen Kräfte angewiesen blieb, konnte keinem Zweifel unterliegen. Aber es erfolgte eine Intervention von drei Mächten auf einmal. Das dringendste Interesse hatte die Regierung der Vereinigten Niederlande daran, zu verhindern, daß der König von Frankreich ihr unmittelbarer Nachbar werde. Spanien war, wie die Dinge lagen, jetzt für Holland ein ganz ungefährlicher Nachbar, ja ein erwünschter, weil es einen Grenzschutz gegen Frankreich darstellte. Die Holländer allein hätten es aber kaum gewagt, durch eine Intervention zu Spaniens Gunsten die französischen Heere auf sich zu ziehen. Es ergriff auch gar nicht die Initiative. Diese ging vielmehr von England aus, wo man die französische Expansionspolitik mit nicht geringerer Unruhe ansah, wie in den Niederlanden. Das allgemeine Verlangen der englischen Parteien ging dahin, daß Ludwigs Umsichgreifen Einhalt geboten werden müsse. Man hoffte aber kaum, daß die Regierung diesem Verlangen entsprechen werde.

Um so angenehmer war die öffentliche Meinung Englands überrascht, als die Politik des Landes in diesem Falle nach den allgemeinen Wünschen gelenkt wurde. Im Januar 1668 knüpfte der englische Gesandte im Haag, Sir William Temple, mit der niederländischen Regierung Verhandlungen an, die auf ein Bündnis gegen die französischen Eroberungspläne hinausliefen. Auch Schweden wurde noch für den Anschluß gewonnen, und rasch war eine Tripelallianz zustande gebracht. Die Verbündeten kamen dadurch überein, einen Frieden zwischen Frankreich und Spanien zu vermitteln. Falls Ludwig sich weigere, darauf einzugehen, auf weitere Eroberungen zu verzichten und einen Teil der bisherigen Eroberungen herauszugeben, sollte der Dreibund Frankreich zu Land und zur See angreifen. Ludwig ließ sich die Intervention gefallen, und im Mai 1668 kam der Aachener Friede zustande, wonach Frankreich die Franche-Comté herausgab, aber eine ganze Anzahl belgischer Plätze behielt. Immerhin aber konnten die Verbündeten, insbesondere Holland und England, mit dem Erfolg ihres Vorgehens zufrieden sein. Und in England herrschte denn auch allgemeine Befriedigung über den leichten Erfolg. Selbst die schärfsten Oppositionsmänner lobten diesmal die Regierung. Um so größer wäre die Empörung gewesen, wenn man geahnt hätte, daß die

A View of the Monument of London, in remembrance of the dreadful Fire in 1666. Its height is 202 Feet

295. Ansicht der zur Erinnerung an den großen Brand errichteten Gedenksäule

Auf dem Socel stand früher die bezeichnende Inschrift: „Dieses Monument ist errichtet zum Gedächtnis des Brandes dieser protestantischen Stadt, die durch die papistische Partei im September des Jahres 1666 angezündet wurde, um die protestantische Religion und die alte englische Freiheit zu vernichten und Papismus und Sklaverei einzuführen. Die Wut der Papisten ist noch immer nicht befriedigt"

Krone, nachdem sie kaum den Dreibund eingegangen war, ihn schon wieder zu brechen gedachte, indem sie ein Bündnis mit Frankreich gegen Holland einleitete, ohne doch den Templeschen Vertrag aufzukündigen. Tatsache war, daß Karl und seine Spießgesellen schon 1668, natürlich im tiefsten Geheimnis, lustig dabei waren, mit Ludwig XIV. Abmachungen zu treffen. Die Tripelallianz hatten sie überhaupt nur zugegeben, um die Unzufriedenheit im Lande, die ernstlich zu werden drohte, vorläufig zu beschwichtigen. König Karl entschuldigte sich geradezu bei Ludwig wegen des Abschlusses vom Haag und schob die Schuld daran auf Temple, der allein verantwortlich sei. Der Stuart bot dem Bourbonen Unterstützung der französischen Absichten auf Holland an, wenn die nötigen Gegenleistungen zugesichert würden. Diese Gegenleistungen nun sollten weniger auf dem Gebiet der auswärtigen als der innerenglischen Politik erfolgen und ganz besonders auch in barem Gelde bestehen. Karl war jetzt, zu Ende der 60er Jahre, auch glücklich so weit gekommen, daß er sich absolut machen müsse. Seine Triebfeder war nicht etwa Herrschsucht; dafür war er viel zu leichtsinnig. Er wollte bloß deshalb das Parlament loswerden, weil es mit dem Gelde knauserte und an die kargen Bewilligungen allerlei Bedingungen knüpfte, die Karl daran hinderten, den schnöden Mammon mit seinen Mätressen und Günstlingen durchzubringen; er wollte sich auch nicht mehr die Kritik gefallen lassen, die im Parlament an dem höfischen Luderleben geübt wurde. In höherem Maß kamen politische Grundsätze in Betracht bei Karls Bruder und mutmaßlichem Nachfolger Jakob, der den absolutistischen Ideen weit eifriger anhing als der König.

Der Herzog von York war im Exil zum Katholizismus übergetreten und war ein eifriger Papist geblieben. Das hatte bei ihm blutwenig mit religiösen Ueberzeugungen zu tun; denn sein Lebenswandel war nicht viel christlicher als der seines Bruders. Der Katholizismus Jakobs war vielmehr ein politisches Glaubensbekenntnis: er nahm den Standpunkt ein, daß die Kronrechte nur gesichert sein könnten, wenn die Autoritätslehre der römischen Kirche allgemein angenommen sei. Außerdem muß der Gedanke mit zugrunde gelegen haben, daß die Rückforderung des katholischen Kirchengutes der Krone eine ganz andere materielle Basis geben werde als jetzt. Er hatte seinen Bruder wenigstens soweit mit seinen papistischen Anschauungen infiziert, daß auch Karl die Rückkehr zum Katholizismus für ein unerläßliches Korrelat der Aufrichtung des Absolutismus ansah und es für notwendig hielt, sich selber für einen Katholiken zu erklären und damit ein absolutistisches Glaubensbekenntnis abzulegen. Unter vier Augen hat er schon 1669 gegenüber seinem Neffen, dem Prinzen von Oranien, die Anschauung ausgesprochen, daß der eigentliche Urquell alles revolutionären Uebels in der Reformation zu erblicken sei, die mit dem Abfall von der Tradition dem subjektiven Ermessen Tür und Tor geöffnet. „Er sprach", wie der Prinz von Oranien dem Bischof Burnet mitmitteilte, „von allen Protestanten als einer aufrührerischen Rotte, die untereinander zerfallen, seit sie von dem Hauptkörper abgefallen." In eben diesem Sinn wird in einer eigenhändigen Aufzeichnung Karls, die sein Nachfolger Jakob aus seinem Nachlaß veröffentlichen ließ, gegen die englische Staatskirche der Einwand erhoben, daß sie, weil aus der Reformation hervorgegangen, als Menschenwerk kenntlich sei, das denn auch aus menschlichem Ermessen in „presbytery", „independency"

oder was auch sonst verwandelt werden könne. Den revolutionären Konsequenzen ist aber bloß zu entgehen, wenn man, den Boden des Protestantismus ganz verlassend, zum unverfälschten Autoritätsglauben zurückkehrt, bei dem allein das monarchische Gottesgnadentum gedeihen, der Absolutismus erreicht werden kann, auf den der Papismus der Stuarts in letzter Linie hinauslief. Nun gaben sich Karl und seine Leute darüber keiner Täuschung hin, daß sie, auf sich selbst angewiesen, nicht über die nötige Kraft verfügten, um die Revolution von oben gegen das ganze Land durchzusetzen. Sie wollten ein stehendes Heer haben, um jeden Widerstand mit Gewalt niederzuschlagen. Aber selbstverständlich war, daß das Parlament nicht die Mittel bewilligen würde, um ein Heer zu schaffen. Da sollte nun der König von Frankreich helfen. Er sollte Geld geben und eventuell auch Truppen zur Verfügung stellen, um eine Erhebung Englands gegen Karls Uebertritt zum Katholizismus und Bekenntnis zum Absolutismus niederzuschlagen. Dafür sollte die englische Krone die auswärtige Politik im Sinne der Expansionsideen Ludwigs betreiben, mit anderen Worten: Karl und seine Komplizen wollten sich an Ludwig verkaufen. Das lief nun aber, bei der Merkantilpolitik Colberts, gleichzeitig darauf hinaus, daß die Stuarts, wie Marx es ausdrückt, „zu ihrem eigenen und ihres Hofadels Vorteil die ganze englische Industrie nebst dem Handel an die Regierung Frankreichs verkauften".

296. Das Auszahlen der jährlich von Frankreich an Karl II. geschickten 500 000 Pfund Sterling, um die Berufung des Parlaments zu vermeiden

In der Tat schloß die Verwandlung des Stuartkönigs in einen französischen Söldling in sich, daß England zum französischen Prohibitivsystem stillhielt ohne den ernstlichen Versuch einer Gegenwirkung. Schon gegen Ausgang der 60er Jahre erlebte man, daß Frankreich auf die englischen Tuche usw. schwere Zölle legen konnte, ohne daß Abwehrmaßregeln in England versucht worden wären, und es wurde nach merkantilistischem Bilanzschema herausgerechnet, daß England am französischen Handel jährlich eine Million Pfund Sterling einbüße. Tatsache war auch, daß Frankreich z. B. in Westindien den englischen Handel unterband, indem es in diesen Gewässern bloß französische Schiffe zuließ. Alles das ließ England sich gefallen, weil sein Königstum sich für innerpolitische Zwecke an Frankreich anlehnen wollte. Ludwig kam es bei dem ganzen Handelsgeschäft nur darauf an, die auswärtige Politik Englands unter seinen Einfluß zu bringen. Es wäre vollkommen irrig, wenn man glauben wollte, daß er auf die englischen Vorschläge etwa aus jener Solidarität der konservativen Interessen heraus eingegangen wäre, die in späterer Zeit in der modernen Revolution eine so bedeutende Rolle spielt. Eine auswärtige Politik absolutistischer Propaganda lag dem Franzosenkönig ganz fern. Er fühlte sich in seiner französischen Machtstellung nicht

bedroht. Eine Partei, die seinem Absolutismus hätte gefährlich werden können, existierte nicht. Von einer Gemeinsamkeit moderner Ideen zu beiden Seiten des Kanals war noch keine Rede. Und so sah auch der Bourbone die innerenglischen Verhältnisse nur unter dem Gesichtspunkt an, sie möglichst ausgiebig für seine auswärtige Politik nutzbar zu machen. Kurz vor seinen Verhandlungen mit den Stuarts finden wir ihn gar in direkten Beziehungen zu bekannten Vertretern des bürgerlichen Republikanismus der puritanischen Revolution. Ludwig selbst berichtet in seinen Memoiren unter dem Jahre 1666 über eine „Unterhaltung mit Herrn von Sidney, einem englischen Gentleman, der sich mit mir über die Möglichkeit unterhielt, die republikanische Partei in England wieder zu beleben. Herr von Sidney hat von mir zu diesem Zweck 400 000 Livres verlangt. Ich habe ihm gesagt, daß ich nur 200 000 Livres geben könnte. Er hat mich dazu angetrieben, aus der Schweiz einen anderen englischen Gentleman kommen zu lassen, der sich Herr Ludlow nennt, und mit ihm über denselben Plan zu plaudern . . ."

Eine Bestätigung dieser Angaben findet sich in den Memoiren von Edmund Ludlow, der zur selben Zeit schreibt, daß er von der französischen Regierung eine Einladung erhalten habe, sich nach Paris zu begeben, um über die Angelegenheiten seines Landes zu sprechen. Ludlow lehnte die Aufforderung aber ab, weil er „dieser Regierung" mißtraute. Damit bewies er mehr politische Einsicht und mehr Würde als der vielgepriesene Algernon Sidney. Ludwig wollte so wenig die Wiederherstellung der Republik in England wie die Aufrichtung des Absolutismus. Er wollte nur beim Kampf der Gegensätze in England den lachenden Dritten spielen und sah deshalb seine Aufgabe darin, den Streit nach Kräften zu nähren und beständig im Gang zu halten; die fortdauernden inneren Kämpfe würden England nach außen hin schwach erhalten, während eine starke Regierung, gleichviel ob absolutistisch oder republikanisch, dem französischen Interesse zuwider sei. In diesem Sinne ist er zwar einerseits auf die Vorschläge der Stuarts eingegangen und hat ihnen dafür, daß sie sich in der äußeren Politik nach seinen Vorschriften richteten, Geldzuschüsse bewilligt, die indes so knapp bemessen waren, daß sie unter keinen Umständen reichten, das Parlament überflüssig zu machen; andererseits aber hat er auch bei Gelegenheit parlamentarische Führer der Landpartei mit Geldmitteln unterstützt, in der Absicht, zu verhindern, daß der Absolutismus die Oberhand gewinne.

Daß es dem Franzosenkönig hierum gar nicht zu tun sei, hätten die Stuarts und ihre Ratgeber gleich erkennen können, nachdem das Geschäft mit Ludwig nun wirklich perfekt geworden, am 26. Mai des Jahres 1670 der Geheimvertrag von Dover ratifiziert worden war. Die Hauptbestimmungen dieser berüchtigten Urkunde sind folgende. Karl II. erklärt sich öffentlich für einen Katholiken, wenn er den geeigneten Moment für gekommen erachtet. Im Falle darüber in England eine Empörung ausbricht, soll Frankreich zu deren Niederwerfung durch eine Subsidie von zwei Millionen Livres und durch eine Hilfsarmee mitwirken, die unter englischem Befehl, aber in französischem Solde stehen wird. Demnächst soll Karl dem König von Frankreich im Krieg gegen Holland zu Wasser und zu Lande beistehen. Dafür erhält der König von England beim Abschluß des Friedens, der nur gemeinsam erfolgen darf, einen Teil von Zeeland und zur Bestreitung der

IOHANN DE WIT, Herr von Heckendorff, Schiel-
herweerd und Langelinschotten, gewesener Raht-Pensionarius von
Holland und Westfriesland, Verwahrer deß grossen Siegels, wie auch
Statthalter und Registermeister der Lehen selbiger Landen.

Ich stünde Ceder-gleich erhebt; das wolckenhoch gestigne Land
verehrte meines Rahtes wiz, und preiste meine dapfre hand:

Nun stürzt deß Unglücks wetterstrahl mich jämmerlich in Cod und Schand!
Ach! was ist menschlich Ehr u. Macht! ein spiel deß Glücks in unbestand.

Wahre Abbildung des Ohrts und Prospects da die beide Brüder Johann und Cornelius de Wit von den Bürgern in den Hage sind hingerichtet worden 1. Hoff v. Hollandt, oder Printzen Hoff. 2. Gefangen Porte. 3. Gerichte Statt.

In Nürenberg bey Jacob Sandrart zu finden

297. Johann de Witt

Nürnberger Kupferstich von Jacob Saudrard

Kosten des Krieges zur See von jetzt ab jährlich drei Millionen Livres, während der Landkrieg ganz und gar von Ludwig zu bestreiten ist. Ferner verpflichtet sich Karl noch, die sogenannten Ansprüche des Hauses Bourbon auf die spanische Monarchie gegebenenfalls mit aller Macht zu unterstützen.

Dies kam nun für den Augenblick noch nicht in Betracht. Wann die Frage der spanischen Erbfolge brennend werden würde, stand noch dahin; faktisch hat es noch bis zum Schluß des Jahrhunderts gedauert. Dagegen hatte es Ludwig mit dem Krieg gegen Holland eilig. Nach dem Wortlaut des Vertrages von Dover hätte er damit warten müssen, bis die papistische Erklärung Karls erfolgt wäre und die unabsehbaren Konsequenzen Erledigung gefunden hätten; d. h. die innerpolitischen Absichten des Hauses Stuart wären den auswärtigen der Bourbonen vorangegangen. Die französischen Diplomaten wußten es nun aber mit unleugbarem Geschick dahin zu bringen, daß König Karl selbst sich damit einverstanden erklärte, den entscheidenden Schritt des öffentlichen Uebertritts bis nach dem Kriege mit Holland zu vertagen. Man stellte Karl vor, daß ihm eine voreilige Erklärung den Thron, wenn nicht das Leben, kosten könne, da neun Zehntel des englischen Volkes den Katholizismus verabscheuten. Es werde in London und im ganzen Lande zum Aufstand kommen, gegen den sich der König mit seinen paar tausend Mann Garde nicht behaupten könnte. Die Sache müsse sorgfältig vorbereitet werden, und das geschehe am besten, indem man zuerst den Krieg gegen Holland vornehme. Dazu werde das Parlament aus Handelseifersucht dem König bedeutende Summen bewilligen. Der Krieg aber biete Gelegenheit zu ausgiebigen Truppenwerbungen. Mit einem eigenen Heere versehen und mit dem Rückhalt an den französischen Truppen könne der König es dann wagen, die Religionserklärung abzugeben.

Der Herzog von York in seinem blinden Eifer wollte von keinem Zögern wissen. Dagegen erschienen dem König die französischen Gründe ganz plausibel. Auch ihm leuchtete allmählich ein, daß die Sache sehr gefährlich sei. Und bei seinem leichtsinnigen Wesen war es ihm vorläufig schon eine große Befriedigung, die französischen Hilfsgelder zu erhalten, über die er nach Belieben verfügen konnte. Da konnte es nicht schaden, mit dem Krieg anzufangen und die Entscheidung in England lieber noch zurückzustellen. Karl ist sich offenbar nicht ganz unklar darüber gewesen, daß er, unter der Flagge des Papismus die Entscheidung herbeiführend, in England so gut wie gar keinen Anhang mehr haben werde. Er hat es nämlich nicht einmal gewagt, alle fünf Mitglieder der „Kabale“ in das volle Geheimnis des Vertrages von Dover zu ziehen. Nur die geheimen Katholiken Clifford und Arlington waren völlig eingeweiht und unterzeichneten den echten Vertrag mit. Den drei übrigen dagegen, Ashley Cooper, Lauderdale und Buckingham, legte man ein gefälschtes Dokument zur Unterzeichnung vor, das zwar sämtliche übrigen Punkte enthielt, aber nicht den Passus, der von Karls Uebertritt zum Katholizismus handelte. Auch sie waren zwar so gut wie Clifford und Arlington von Ludwig gekauft, und zwar schon vor Ende des Jahres 1668. Damals schrieb der französische Gesandte nach Hause, daß er die englischen Minister „die ganze Ausdehnung der Freigebigkeit Sr. Majestät“ habe empfinden lassen.

298. Die grausame Hinschlachtung der Gebrüder de Witt durch die empörte Volksmenge

Sie hatten gegen den königlichen Landesverrat nichts einzuwenden, hatten auch keine grundsätzlichen Bedenken gegen den Absolutismus. Aber das Bekenntnis zum Katholizismus wäre auch ihnen zu weit gegangen. Sie sagten sich, daß das nicht nur die Massen, sondern auch die ganze Gentry und den anglikanischen Klerus gegen die Krone in Harnisch bringen müsse, weil diese beiden Hauptstützen der bestehenden Ordnung sich durch den Papismus in ihrem Allerheiligsten bedroht sehen mußten, nämlich in ihrem Besitz. Dies hat freilich auch Karl nicht ganz übersehen. Er hielt es aber für möglich, die Inhaber der ehemaligen Kirchengüter und Zehnten durch feierliche Garantierung ihres Besitzes zu beruhigen. Hierauf schien es ihm schon im Jahre 1669 in erster Linie anzukommen. Sein Glaube, daß sich dies werde erreichen lassen, war freilich ein Irrtum. Den Kirchenguts-besitzern mochte noch so bündig versprochen werden, daß nichts zurückgefordert werden solle, diese Versprechungen konnten keinen Glauben finden. Man sagte sich einfach: wenn die papistische Partei erst am Ruder ist, so wird sie über alle Versprechungen zur Tagesordnung übergehen. Vor der Restauration war auch versprochen worden, daß die konfiszierten und verkauften Güter der Krone, der Bischofskirche und der Delinquenten ihren Besitzern bleiben sollten. Hernach war es aber ganz anders gekommen.

Ueber diesen Stein des Anstoßes, den die Besorgtheit der Grundbesitzer um ihr Eigentum abgeben mußte, war nicht hinwegzukommen. Ueber die Bedeutung

299. Georg Monk
als Herzog von Albemarle

dieses Punktes waren sich die Zeitgenossen klar. auch zeitgenössische Geschichtsschreiber wie Burnet weisen darauf hin. Die meisten neueren Historiker aber haben diesen ökonomischen Hintergrund des Papistenhasses übersehen. In den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts wies Cobbett wieder auf das Besitzinteresse als Wurzel der Abneigung des Adels gegen den Katholizismus hin. In ihrer vollen Wichtigkeit hat die Besitzfrage dann Marx erkannt, der schon 1850 unter den Ursachen des Sturzes der englischen Restaurationsmonarchie in erster Linie anführt „die Furcht der durch die Reformation geschaffenen neuen großen Grundbesitzer vor der Herstellung des Katholizismus, bei der sie natürlich ihre sämtlichen geraubten ehemaligen Kirchengüter hätten wieder herausgeben müssen". Wenigstens hingewiesen auf diesen Gesichtspunkt hat ein paar Jahre vor Marx auch der englische Historiker Macaulay, der an einer Stelle im ersten Bande seiner Geschichte Englands als Gründe für die zunehmende Unzufriedenheit in England während der siebziger Jahre außer verletztem Nationalgefühl und Besorgnis um die öffentliche Freiheit den allgemeinen Haß gegen die römisch-katholische Religion anführt und zur Erklärung des Katholikenhasses erst die Erinnerung an die Verfolgungen zur Zeit der blutigen Maria, an die Verschwörungen unter Elisabeth und die Pulververschwörung nennt, dann aber fortfährt: „Es sollte hinzugefügt werden, daß diejenigen Klassen, welche besonders ausgezeichnet waren durch Anhänglichkeit an den Thron, die Geistlichkeit und die grundbesitzende Gentry, besondere Gründe hatten, die römische Kirche mit Abneigung zu betrachten. Die Geistlichkeit zitterte für ihre Pfründen, die grundbesitzende Gentry für ihre Abteien und großen Zehnten."

Daß dies für die genannten Klassen der Hauptgrund ihres Katholikenhasses war, kann keinem Zweifel unterliegen. Von Bedeutung war aber auch, wenigstens für die Gentry, die Abneigung gegen den Despotismus, mit dem die Masse der Engländer den Papismus identifizierte. Daß diese Gleichsetzung für das englische Volk von entscheidender Bedeutung war und auch ganz dem Gedankengang der Stuarts entsprach, hat schon Hegel erkannt. Der gemeine Mann erwartete vom Uebergang zum Katholizismus das Aufkommen eines klerikal-absolutistischen Regierungssystems im Stil Spaniens oder — mit einem jetzt besonders naheliegenden Vergleich — Frankreichs, wo die Masse der Bevölkerung in Holzschuhen und Sackleinen herumlaufe und am Hungertuch nage, während Hof und Klerus sich mästen. Bei der handeltreibenden und industriellen Bourgeoisie hinwiederum war für ihre Scheu vor dem Katholizismus auch ein sehr starkes Motiv, daß er, nach Marx' Ausdruck, „keineswegs in ihren Commerce paßte", so wegen der vielen Feiertage, weiter z. B. wegen der Klöster mit ihren Scharen unproduktiver Insassen und ihrer Mildtätigkeit, die den Armen der Arbeit fernhält. Kurz, im Zeichen des Papismus hatte das Gottesgnadentum in England fast alles gegen sich. Besonders mußte die Krone durch die Proklamierung

des Papismus den ganzen Besitz gegen sich rebellisch machen. Der alte Dahlmann meint, wenn der Vertrag von Dover zur Vollziehung gekommen wäre, alsbald nämlich und in bezug auf die Glaubensfrage, „so würde die Regierungsgeschichte der Stuarts wahrscheinlich mit dem Jahre 1670 schließen." Das ist anzunehmen. Man ging ja nun vorsichtiger zu Werke, indem man beschloß, den Uebertritt des Königs zum Katholizismus vorläufig noch geheimzuhalten. Starker Argwohn und entsprechendes Mißvergnügen erwachte aber trotzdem schon, weil der Thronfolger für seine Person keine Rücksichten nahm und ostentativ der Staatskirche den Rücken kehrte. Mußten schon dadurch die besitzenden Klassen um ihr Eigentum besorgt werden, so wirkte in gleicher Richtung eine der Finanzmaßregeln, womit die Regierung den geplanten Krieg gegen Holland vorbereitete. Es galt, das nötige Geld zu beschaffen, womit sich ein Krieg gegen Holland einige Zeit bestreiten ließ. Da kämen zunächst Bewilligungen durchs Parlament in Frage. Daß auf solche nicht zu hoffen war, wenn man dem Unterhause wahrheitsgemäß sagte, wozu man die Gelder brauchte, lag auf der Hand. Man dachte denn auch nicht im Traume daran, den Gemeinen auch nur die harmlosesten Punkte des Vertrages von Dover bekanntzumachen, sondern versuchte es — und mit Erfolg — mit einer frechen Vorspiegelung falscher Tatsachen. Der König bekundete in der Parlamentssession von 1671 großen Eifer für die Grundsätze des Dreibundes. Die Regierung gab vor, daß es notwendig sei, die Flotte zu vermehren, um dem Umsichgreifen Frankreichs Einhalt gebieten zu können. Die Gemeinen bewilligten daraufhin 800 000 Pfund Sterling. Sobald die Regierung die Bewilligung in der Tasche hatte, wurde das Parlament schleunigst vertagt; denn nun sollte der Kriegstanz losgehen. Die derart erschlichene Summe reichte aber bloß für den Anfang, es mußte mehr Geld flüssig gemacht werden, wenn man nicht vor Ablauf des ersten Kriegsjahres schon auf dem Trockenen sitzen wollte. Karl und seine Berater waren aber nicht um Auskunft verlegen. Zu Anfang Januar 1672 wurde einfach die Schatzkammer für geschlossen erklärt, d. h. es wurden die Zahlungen an die Gläubiger der Krone eingestellt.

300. John Clifford

Diese Gläubiger waren zunächst die Londoner „Goldschmiede", d. h. Bankiers. Sie pflegten der Regierung für die laufenden Bedürfnisse größere Summen vorzuschießen, zu deren Deckung ihnen Steuereinnahmen überwiesen wurden. Wie diese einkamen, erhielten die Bankiers das vorgeschossene Kapital nebst 8 Proz. Zinsen zurück. Sie hatten selbst wieder Gläubiger, nämlich das Publikum, das bei den Bankiers Geld deponiert hatte und dafür 6 Proz. Zinsen erhielt. Die Differenz zwischen den Zinsen, die sie erhielten, und denen, die sie zahlten, bildete den Gewinn der Bankiers. Nun auf einmal erklärte die Regierung, sie werde die fälligen Kapitalien in diesem Jahre nicht auszahlen, dagegen 6 Proz. Zinsen ent-

richten. Hiermit war aber den Bankiers nicht geholfen, weil sie das Kapital brauchten, um ihren Verbindlichkeiten nachkommen zu können. So erfolgten nach der Schließung der Schatzkammer zahlreiche Bankbrüche; an der Börse brach eine Panik aus, eine Reihe großer Handelsfirmen stellte die Zahlungen ein, der Handel im allgemeinen bekam einen schweren Stoß, eine Menge kleiner Rentner war zugrunde gerichtet. Die Krone aber hatte 1 328 526 Pfund Sterling erbeutet; daß ihr Kredit durch diesen Streich zum Teufel und ihr Ansehen bei allen Geldleuten verschwunden war, daran lag ihr für jetzt nichts. Für jetzt ging es den Stuarts bloß darum, Geld aufzubringen. Sie verfielen sogar auf die alte Beschäftigung ihrer Flüchtlingsjahre, den Seeraub. Im März 1672 wurde die holländische Smyrnaflotte von 60 Segeln, die man auf 1½ Millionen Pfund Sterling schätzte, im Kanal erwartet. Deren sollte sich ein englisches Geschwader bemächtigen. Der Ueberfall schlug aber so ziemlich fehl; nur wenige, allerdings ziemlich wertvolle Schiffe wurden am 4. März genommen. Es war die reine Piraterie; denn nicht nur war kein Krieg erklärt, sondern es bestand nach wie vor das Bündnis zwischen Holland und England. Am 17. März erst kündigte Karl II. den Niederlanden den Krieg an; das gleiche tat um dieselbe Zeit Ludwig XIV.

Diese beiden Kriegserklärungen gehören zu den berüchtigtsten Exemplaren auf diesem Spezialgebiet der diplomatischen Kunst, die Wahrheit zu verbergen. König Karl schob darin einmal vor, daß die englischen Handels- und Kolonialinteressen den Krieg notwendig machten. Besonders aber war von der „Ehre" des Landes und des Königs die Rede, weshalb die Holländer gezüchtigt werden müßten; durch eine Denkmünze auf das Ereignis von Chatham sollte England, durch andere bildliche Darstellungen Karl so tödlich beleidigt worden sein, daß nur Blut den Schimpf abwaschen könnte. Die öffentliche Meinung Englands wollte aber weder die Ehrenkränkung noch das angebliche Handelsinteresse als Gründe anerkennen, die den Krieg gegen Holland an Frankreichs Seite rechtfertigen könnten. Die englischen Historiker sind seitdem einstimmig der Meinung wie Hume, daß sicher nie falschere und frivolere Gründe gebraucht worden seien, um einen flagranten Vertragsbruch zu rechtfertigen. Daß Karls angebliche Kriegsgründe bloße Vorwände seien, hat noch niemand bezweifelt. Dagegen hat man sich vielfach mit dem Vorgeben der französischen Kriegserklärung begnügt, die sich kurz und bündig darauf berief, daß Ludwig XIV. es seinem Ruhm, seiner „gloire", schuldig sei, sich nicht länger das beleidigende Verhalten der Generalstaaten gefallen zu lassen. Zahlreiche Historiker stellen es so dar, als wenn es sich für Frankreich bloß um eine Revanche für die holländische Intervention von 1668 gehandelt habe. Schon Leibniz hat 1670 den Krieg von dem Gesichtspunkt aus vorhergesagt, daß Ludwig sich für die ihm von der bürgerlichen Republik gewordene Demütigung werde rächen wollen; der König habe so wenig „verdauen" können, daß die holländischen Kaufleute ihm Schranken setzen wollten, wie irgendein Edelmann den Trotz einer Gemeinde benachbarter Bauern ertragen könne.

Es ist nicht zu bestreiten, daß für Ludwig XIV. persönlich sicher verletzter Hochmut ein bedeutender Antrieb zum Krieg war. Dagegen waren für die französischen Staatsmänner ohne Zweifel ökonomische Beweggründe maßgebend. Schon kurz nach dem Aachener Frieden hat sich der Minister Louvois

Außführliche Vorstellung und Abbildung

Der erschröcklichen und abscheulichen Tyrannen / welche das schwürige Volck im Haag verübet

wider die beeden Herren

JOHANN DE WIT, gewesnen Rahts Pensionier von Holland und Westfrießland / Verwahrer des grossen Sigels / wie auch Statthaltern und Registermeistern der Lehen selbiger Landen

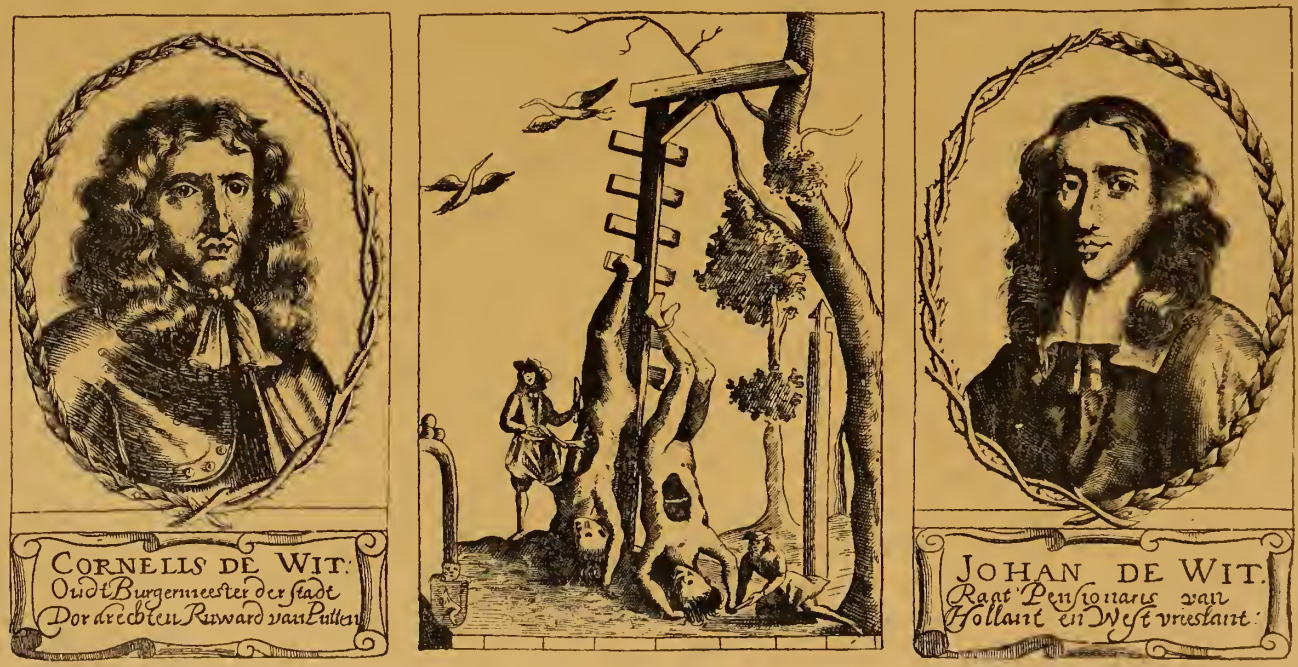
und

CORNELIUS DE WIT, alten Burgermeister der Statt Dordrecht / auch Drost von Putten.

So geschehen den 20. Augusti Anno 1672.

Böse Stücke nehmen selten ein gut und beglückres/ End/
Es kan sich gar leichtlich schicken / daß das Blätlein sich umbwende/

Sonderlich / wann sich der Pöfel rasend und voll Wuht erzeigt /
Da ist alles voller Jammer / da Mitleiden ferne weicht.



301. Deutsches illustriertes Flugblatt auf die Hinrichtung der Brüder Johannes und Cornelius de Witt

302. John Herzog v. Lauderdale

im Rat des Königs dahin vernehmen lassen: weit größerer Ruhm und Gewinn als von den spanischen sei von der Eroberung der vereinigten Niederlande zu erwarten. Sie seien nicht nur der Sammelplatz aller Reichtümer der beiden Indien, sondern auch der Markt von ganz Europa, und wenn man die Holländer mit allen ihren auswärtigen Besitzungen zu Untertanen hätte, so werde man der ganzen übrigen Welt Gesetze vorschreiben können. Zuvörderst werde es im Besitz von Holland ein leichtes sein, die zwischenliegenden spanischen Niederlande auch noch wegzunehmen und gegen das Reich die französische Grenze bis an den Rhein auszudehnen. Von den weitergehenden Absichten auf Weltherrschaft und Welthandel abgesehen, war zunächst die Absicht, die niederländische Konkurrenz dadurch auszuschalten, daß man das Land eroberte und samt Handel, Gewerbe, Kolonien Frankreich einverleibte. Der Sachverhalt wird ganz zweifellos durch einen Blick auf die handelspolitischen Beziehungen zwischen Frankreich und den Niederlanden von 1667—1672. Schon Adam Smith hat daraus den Schluß gezogen, daß der Krieg von 1672 zum Teil einem Handelsstreit entsprungen sei.

Der französische Zolltarif von 1667 legte, wie erwähnt, ungeheuer hohe Zölle auf eine große Anzahl ausländischer Importartikel. Davon ward nun vor allem Holland schwer betroffen. Die Generalstaaten begannen Verhandlungen mit Frankreich, um günstigere Einfuhrbedingungen zu erzielen. Aber Colbert wollte sich auf nichts einlassen. Darauf betraten die Generalstaaten den Weg der Vergeltungsmaßregeln: 1671 verboten sie die Einfuhr der französischen Industrieerzeugnisse und auch der französischen Weine und Spirituosen, die in Holland massenhaft konsumiert wurden. Das war ein harter Schlag für Frankreich. Seine Staatsmänner aber überboten die holländischen, indem sie vom Zollkrieg zum wirklichen Krieg übergingen. 1672 brach ein großes französisches Heer in die Niederlande ein, um sie Ludwigs XIV. Geboten zu unterwerfen. Die regierende Kapitalistenclique ließ sich ganz unvorbereitet überfallen. So ward im Handumdrehen der größte Teil des Landes erobert. Gleichzeitig legte Frankreichs Verbündeter, England, den holländischen Seehandel lahm.

Eine kolossale Panik brach in den Niederlanden aus. „Jeder ließ den Kopf hängen," sagt ein holländischer Zeitgenosse der Ereignisse, „die Geschäfte standen still, die Gerichte waren geschlossen, die Schulen machten Ferien . . . Die Landesobligationen fielen auf 30 Proz., die ostindischen Aktien sanken von 572 auf 250 Gulden." Am schwersten drückte die wirtschaftliche Krisis natürlich auf die Arbeiterklasse, und so bekamen die Kapitalisten noch obendrein Angst vor einer Revolution. „Es ist wahr," so klagte Arend Tollenaer, „wir werden jetzt von zwei so ansehnlichen und mächtigen Königen von außen wohl sehr stark und schwer angefochten und bestritten, aber es liegt auf der Hand, daß diese Republik im Winter

303. Heinrich Herzog von Arlington

sehr stark durch ihr eigenes Volk infolge des Elends und der hart und schwer hereinbrechenden Not an den Lebensbedürfnissen (die ohne Ansehen und Ausnahme alle Gesetze bricht) angefochten und bestritten werden wird." In der Tat blieb es diesmal nicht bei bloßen Hungeraufständen, sondern es kam zur Revolution. Das Proletariat, das die niederländischen Gewährsmänner als „Canaille" zu bezeichnen pflegen, spielte dabei eine große Rolle, aber freilich keine führende. In einer planmäßigen, selbständigen Politik der holländischen Arbeiter fehlten alle Vorbedingungen. Vielmehr vollzog sich der Ansturm der Massen gegen die kapitalistischen Cliquen überall unter dem Vorangehen des Kleinbürgertums und mißvergnügter besitzender Kreise und unter der Losung: „Oranje boven!" Im Monat Juni gerieten die Massen überall in den noch nicht vom Feinde besetzten Teilen der Republik, nämlich den Provinzen Holland und Seeland, in eine immer stürmischere Bewegung, die sich gegen die Plutokratie richtete und von der oranischen Partei geleitet wurde. Das Volk begehrte eine revolutionäre Diktatur Wilhelms von Oranien, um alle Kräfte zur Besiegung der äußeren und der inneren Feinde anzuspannen. Die Niederwerfung der inneren Feinde, der bisher regierenden Cliquen unter der obersten Leitung des Ratspensionärs Jan de Witt erschien jedermann als die Vorbedingung zu erfolgreichem Widerstande gegen die Franzosen und Engländer. Das Volk sah sich als verraten und verkauft an und hatte allen Grund zu diesem Glauben. Wohl war die Annahme irrig, daß auch der Ratspensionär im Solde Ludwigs XIV. stehe. Der französische Gesandte d'Estrades konstatiert in seiner Korrespondenz ausdrücklich, daß Jan de Witt und sein Bruder Cornelis nicht mit Geld zu erkaufen seien. Aber außer ihnen nimmt er nur die Herren van Beuningen und Beverning von dem Vorwurfe der Bestechlichkeit aus. Außer diesen vier Personen kennt d'Estrades niemanden unter den Geldsackspolitikern, den der Klang von Goldstücken nicht verführen könnte. Jan de Witt war also, wenn auch nicht persönlich korrupt, so doch das Oberhaupt einer korrupten Partei, deren Verderbtheit ihm unmöglich ein Geheimnis sein konnte, und so machte ihn die Volksstimme für alles Unglück in erster Linie verantwortlich.

In diesen Monaten der fürchterlichsten Aufregung erschien z. B. eine Schrift „Hollands Interesse dem von Jan de Witt entgegengesetzt", worin es u. a. hieß: „Es ist jedem von uns genugsam bekannt, daß der König von Frankreich durch seine Louisd'ors eher unsere Städte, Grenzen, Festungen eingenommen, die Wälle erstürmt, die Offiziere und Soldaten zum Rückzug gezwungen habe als die Franzosen selbst." Tatsächlich waren zahlreiche wichtige Plätze von ihren Garnisonen spornstreichs preisgegeben worden, ehe noch die Franzosen in Sicht kamen. Und es war auch wieder, was freilich nichts neues mehr war, das ungeheuerliche Faktum zu verzeichnen, daß niederländische Geldleute an die Franzosen Munition

verkauften. Auf dem Rhein wurde ein mit Kriegsvorräten beladenes niederländisches Schiff angehalten, wurde aber auf Befehl der Regierung im Haag wieder freigegeben und konnte seinen Lauf nach dem französischen Hauptquartier fortsetzen. Erst den 13. Mai, als die Invasionsarmee mit allem Nötigen versehen war, erging ein Ausfuhrverbot. Seitdem nun hatte man diese Kapitalisten, denen ihr Profit und ihre Geldsäcke über alles gingen, in großen Mengen ihr Vaterland im Stich lassen sehen. Zahlreiche Kaufherren flohen mit ihren Schätzen nach Hamburg, Dänemark, ja nach England. Und die Regierung sah man bestrebt, vom Feinde um jeden Preis Frieden zu erkaufen. De Witt hatte ins französische Hauptquartier eine Gesandtschaft entsandt, die ermächtigt war, eine große Kontribution, Gebietsabtretungen und Handelsvorteile anzubieten. Es wurde de Witt sogar das Wort zugeschrieben: „Lieber französisch als oranisch." Es ist sehr wohl möglich, daß er diesen Gedanken nicht so offen ausgespochen hat. Aber seine und seiner Partei Politik kam jetzt tatsächlich darauf hinaus, durch Unterwerfung unter Ludwigs Gebote den Krieg zu beendigen, dessen Fortdauer unfehlbar die oranische Partei auf revolutionärem Weg zur Macht bringen mußte.

Die allgemeine Ansicht, daß de Witt ein Verräter sei, führte natürlich der Volksbewegung neue Nahrung zu. Ueberall erscholl im Juni der Ruf: „Hoch Oranien! Nieder mit den Verrätern!" Im Verlauf des Monats ergriff schon an zahlreichen Plätzen, nachdem die Garnison abgezogen und die regierende Clique ausgerissen war, die Bevölkerung, durch die Not zur Verzweiflung getrieben, die Waffen und machte der oranischen Partei den Weg zum Rathaus frei. Inzwischen war im Haag Jan de Witt noch am Ruder. Aber auch in dem Regierungsmittelpunkt der Republik krachte es gewaltig. Bald blieb es nicht mehr bloß bei stürmischen Demonstrationen. In der Nacht zum 22. Juni, als Jan de Witt aus der Sitzung der Generalstaaten heimkehrte, fielen ihn auf offener Straße vier Mann mit bewaffneter Hand an. De Witt, dem es nicht an Mut fehlte, leistete verzweifelten Widerstand und kam mit ein paar Stichwunden davon, die ihn die nächsten Wochen ans Bett fesselten. Von den Attentätern entkamen drei und nahmen ihre Zuflucht zu dem Heerlager des Prinzen von Oranien, der sie mit offenen Armen aufnahm. Einer wurde festgenommen. Es war ein junger Mann namens van der Graef, der Sohn eines Mitgliedes vom Hof von Holland, dem höchsten Gericht der Provinz. Bei der obwaltenden Stimmung erfreute sich der Attentäter allgemeiner Sympathien. Die Bürgerschaft im Haag hatte zwar bei seiner Verhaftung keinen Widerstand geleistet; man nahm aber als sicher an, daß de Witt nicht zum Aeußersten greifen werde. Indes der starrsinnige Ratspensionär stellte keine Klugheitserwägungen an, sondern ließ dem Verhafteten den Prozeß machen. Van der Graef ward zum Tode verurteilt und am 29. Juni enthauptet.

Das hieß nach Lage der Dinge den Funken ins Pulverfaß schleudern. Die kalvinistischen Prediger rühmten von der Kanzel den Hingerichteten als Märtyrer, und eine Flugschrift aus geistlicher Feder beschrieb das Ende van der Graefs in eindrucksvollen Worten. In den nächsten Tagen erhob sich allenthalben das Volk und jagte die bisherigen Obrigkeiten zum Teufel. Zu Anfang Juli war in allen Städten von Holland und Zeeland die oranische Partei im Besitz der politischen Gewalt. Damit war denn auch der Landesregierung der Boden unter den Füßen

303. Algernon Sidney

weggezogen. Am 3. Juli erzwang das Volk die Aufhebung des ewigen Edikts. Die Mitglieder des Staats fügten sich und gaben durch Namensunterschrift ihren Segen zu der Maßnahme. Nur Cornelis de Witt, Staatsrat, Admiral, Deichhauptmann und gleichzeitig Bürgermeister von Dordrecht, weigerte sich hartnäckig, gute Miene zum bösen Spiel zu machen und seinen Namen unter das Dokument zu setzen. Darauf stürmte eine große Volksmenge sein Haus in Dordrecht. Er wollte immer noch nicht unterzeichnen, obwohl er mit dem Tode bedroht wurde. Erst auf die Tränen seiner Gattin gab er schließlich nach, fügte aber seiner Unterschrift den Protest hinzu: v. c. (vi coactus, d. h. durch Gewalt genötigt). Diese Verwahrung nützte der Sache, der sie dienen sollte, nichts, sondern schadete ihr im Gegenteil, da sie darauf schließen ließ, daß die Gebrüder de Witt das Spiel noch nicht verloren gaben, und also den Haß auf sie, den Wunsch, sie dauernd unschädlich zu machen, verstärkte.

Der Aufhebung des ewigen Edikts folgte auf dem Fuß der Schritt, für den sie Raum machen sollte. Am 4. Juli ward Wilhelm von Oranien von den Generalstaaten zum lebenslänglichen Statthalter und Generalkapitän von Holland und Zeeland ernannt. Die Revolution war hiermit noch nicht zu ihrem Abschluß gebracht, sondern sollte noch ein blutiges Opfer verlangen in den Personen von Jan und Cornelis de Witt. Jan trug ebensowohl wie Cornelis dazu bei, das Unheil herbeizuführen, und zwar gleichfalls durch seine Halsstarrigkeit. Jan de Witt behielt seinen Posten als Ratspensionär von Holland bei, obwohl seine Stellung dadurch unhaltbar geworden war, daß die oranische Partei die politische Gewalt erobert hatte. Dadurch zog er natürlich von neuem wütende Angriffe auf sich und seinen Bruder herab. Man beschuldigte ihn zuerst der Unterschlagung von öffentlichen Geldern. Er verlangte darauf vom Prinzen Wilhelm eine Untersuchung, worauf ihm der Statthalter ausweichend antwortete. Jan de Witt war aber auch so in der Lage, einwandfrei nachzuweisen, daß niemals Staatsgelder durch seine Hände gegangen seien. Darauf ging man Cornelis zu Leibe; er vermochte aber die Anschuldigungen, die gegen sein Verhalten als Admiral erhoben wurden, zu entkräften. Nun bedienten sich die Führer der Orangisten einer vergifteten Waffe, um ihn zugrunde zu richten: Ein Wundarzt, namens Tichelaer, ein notorischer Halunke, erstattete die Anzeige, daß Cornelis de Witt aus Wut über die Aufhebung des ewigen Edikts und aus Haß gegen den Statthalter ihn — Tichelaer — durch Geld dazu habe dingen wollen, den Prinzen von Oranien zu vergiften. Die völlig aus der Luft gegriffene Anschuldigung wurde bei der fieberhaften Erhitzung der öffentlichen Meinung allgemein geglaubt und diente dazu, die Erbitterung gegen die de Witts bis zur Glühhitze anzufachen.

Der Hof von Holland ließ nun Cornelis in Dordrecht verhaften und nach der Gevangepoort im Haag überführen, um ihm den Prozeß zu machen.

Jan de Witt legte nunmehr seine sämtlichen Aemter nieder. Cornelis beging im Laufe des Verhörs, mit Tichelaer konfrontiert, die Torheit, zu leugnen, daß er den Ankläger je gesehen habe. Daß Tichelaer aber einmal in des Bürgermeisters Haus gewesen war, konnte bewiesen werden. Dadurch wurde der Gerichtshof nach dem geltenden Kriminalunrecht befugt, den Angeklagten peinlich, d. h. mit Hilfe von Folterinstrumenten, zu verhören, wovon denn auch ausgiebiger Gebrauch gemacht wurde. Ueber drei Stunden mußte Cornelis de Witt die ausgesuchtesten Martern aushalten. So wenig Sympathien im übrigen Cornelis, wie sein Bruder Jan ein kapitalistischer Politiker vom unangenehmsten Schlage, einflößen kann, so sehr muß man gerechterweise die stoische Standhaftigkeit bewundern, die er auf der Folter bewies.

Cornelis blieb dabei, seine Unschuld zu beteuern. Somit konnte er nach dem bestehenden Recht nicht verurteilt werden. Um eine Freisprechung zu verhüten, setzten die Orangisten alle Hebel in Bewegung und brachten auch zuwege, daß eine große Menschenmenge die Richter mit dem Tode und der Zerstörung ihrer Häuser bedrohte, wenn Cornelis de Witt nicht verurteilt würde. Die Richter wählten nun aus Furcht den Mittelweg, daß sie den Angeklagten zwar nicht zum Tode verdammten, aber auch nicht freisprachen. Ohne das Verbrechen zu bezeichnen, dessen Cornelis schuldig sei, verurteilte ihn der Hof von Holland zum Verlust aller seiner Stellen und zur lebenslänglichen Verbannung aus der Provinz Holland.

Demgemäß mußte Cornelis in den nächsten Tagen aus der Gevangepoort entlassen werden, und das hieß, wenn nicht besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen wurden, ihn auf Gnade und Ungnade der Menschenmenge ausliefern, die das Gefängnis Tag und Nacht unter dem Ruf: „Hoch Oranien! Tod den Verrätern!“ umlagerte. Am 20. August 1672 sollte Cornelis de Witt in Freiheit gesetzt werden. Jan erschien mit einem Wagen, um seinen Bruder darin nach dem Platz seines Exils zu geleiten. Die Wut der zum Teil bewaffneten Menge steigerte sich, nun beide de Witts in der Falle waren, aufs äußerste und wurde durch zahlreiche Emissäre der Orangisten immer noch mehr angestachelt; vor allem machte sich Tichelaer bemerkbar durch Aufforderungen, das Gefängnis zu stürmen und die Verräter umzubringen. Dem wehrten einige hundert Mann Reiterei, die zur Bedeckung der Gevangepoort aufgeboten waren. Zum gleichen Zweck war die Bürgergarde dort aufgestellt. Sie machte aber mit der Menge gemeinsame Sache. Die Kavallerie hielt zunächst die andringenden Massen in Schach. Da aber ging dem Befehlshaber des Militärs, dem Grafen Tilly, plötzlich aus dem Rathaus der mündliche Befehl zu, mit seinen Leuten abzuziehen. Tilly traute seinen Ohren nicht und verlangte eine schriftliche Order. Als ihm diese zugegangen war, rückte er mit den Worten ab: „Das ist das Todesurteil der beiden Brüder!“ Tatsächlich brach die Menge nun ohne Verzug die Tore des Gefängnisses auf und drang hinein. Jan und Cornelis de Witt wurden herausgeschleppt und auf der Stelle getötet. Eine Schar von Unmenschen beging an den Leichnamen unsagbare Scheußlichkeiten.

Für diese Barbareien einer Anzahl von Bestien in Menschengestalt das niederländische Volk, wie vielfach geschehen, oder auch nur die Einwohnerschaft des Haag verantwortlich zu machen, ist natürlich Unsinn. Soweit aber die Bevölkerung des Haag an den Geschehnissen beteiligt war, die zu dem schrecklichen Ende der beiden

304. Ludwig XIV. von Frankreich

Brüder führten, kann kein billig denkender Mensch einen Stein auf sie werfen. Dieses Volk ist plötzlich in die größte Not geraten und sieht den völligen Ruin vor Augen. Es hat die Plutokratie und ihre beiden Hauptführer, denen es die Hauptschuld an allem Unheil beimißt, mit dem Mute der Verzweiflung gestürzt und ans Ruder einen populären Führer gebracht, von dem man hofft, daß er das Staatsschiff aus den Klippen herausführen wird. Und nun geben die beiden de Witts ihre verräterische Tätigkeit noch nicht auf, sondern trachten gar dem Erwählten des Volkes nach dem Leben? Tod den Verrätern! Diese Logik der höchsten Erbitterung erscheint höchst begreiflich, wenn man bedenkt, daß die Masse der Bevölkerung steif

und fest daran glaubte, daß die Tichelaersche Mordgeschichte auf Wahrheit beruhe. Daß die Leitung der oranischen Partei hinter der Sache steckte, kann keinem gegründeten Zweifel unterliegen. Der oberste Führer der oranischen Partei war aber Wilhelm von Oranien selber. Er war freilich erst 22 Jahre alt. Trotz seiner Jugend war er jedoch keineswegs ein bloßes Werkzeug in den Händen anderer, sondern ein durchaus fertiger Politiker von großen Fähigkeiten und kaltblütigster Ueberlegung. In der Wahl seiner Mittel ist er sein Lebtag skrupellos gewesen; ja, man darf sagen, er zog die krummen Wege den geraden vor. Seine Verehrer wollen freilich nicht zugeben, daß er bei der Tichelaeraffäre mit im Spiel gewesen sei. Die Tatsachen reden aber eine gar zu deutliche Sprache. Nach der Schreckensszene vom 20. August verlangten die Stände von Holland eine Verfolgung und Bestrafung derer, die mit den Leichen der de Witts Mutwillen getrieben hatten; Tichelaer hatte dabei eine hervorragende Rolle gespielt. Der Statthalter wußte das zu verhindern. Seine Verteidiger erklären dies Verhalten damit, daß Oranien sich habe hüten müssen, durch unzeitige Strenge Verstimmung unter denen zu erregen, die zur Errettung des Landes aus seiner kritischen Lage Gut und Blut opfern wollten. Wenn man dies zugibt, so bleibt doch der weitere Umstand, daß der Statthalter dem Tichelaer ein Amt gegeben und eine Pension von 400 Gulden ausgesetzt hat, die der Lump bis zum Tode Wilhelms bezog, eine Tatsache, die ein grelles Licht auf den fürstlichen Revolutionär wirft.

Wenn der Oranier ein Revolutionär genannt wird, so muß man sich dabei nicht vorstellen, daß er es auf eine durchgreifende revolutionäre Umgestaltung der Republik abgesehen gehabt habe. Die Erwartungen, die in dieser Hinsicht auf ihn gesetzt worden sind, wurden, um dies gleich vorwegzunehmen, völlig getäuscht. Als Wilhelm, 30 Jahre nach der Umwälzung von 1672, mit dem Tode abging, konstatierte der berühmte niederländische Jurist Simon van Slingelandt, daß der Verstorbene im Innern der Hauptsache nach alles beim alten gelassen habe: „Der Statthalter hätte einen unsterblichen Ruhm und eine wohleingerichtete Republik an Stelle einer Republik voller Fehler hinterlassen können, wäre er ans Werk gegangen, nachdem er in einer unruhigen Zeit an die Spitze der Regierung gelangt war und mehr Autorität erworben hatte, als seine Ahnen jemals besessen — um auf ordentliche Weise die Mängel und Mißbräuche zu beseitigen, die von Anfang der Republik in der Regierung bestanden. Indes hat der Fürst bei seinem Tode die Republik mit all denselben Mängeln in der Bundes- wie Provinzialregierung hinterlassen, die er vorgefunden und denen er bei Lebzeiten auf keine andere Weise gesteuert als durch die große Autorität, die er als Statthalter und Generalkapitän besaß, ohne zu bedenken, daß diese Autorität mit ihm aufhörte.“ Es war ein bloßer Regierungs-, kein Systemwechsel. Von einer Erweiterung der Volksrechte, von wirtschaftlichen Reformen, von steuerpolitischen Verbesserungen war keine Rede. In letzterer Hinsicht ist bloß zu erwähnen, daß zu den Kriegslasten nun auch die Besitzenden einmal kräftig herangezogen wurden. Um ausreichende Mittel flüssig zu machen, wurde nämlich der fünfzigste Pfennig auferlegt, eine zweiprozentige Steuer von jeglichem Besitz. Das war aber bloß eine einmalige Maßregel, im übrigen blieb es bei Zöllen und Akzisen unter oranischer Herrschaft so gut wie zuvor unter republikanischer. Prinz

305. Ludwig XIV. von Frankreich als Geldgeber der europäischen Fürsten
Holländische Karikatur

Wilhelm mußte denn auch binnen wenigen Jahren wahrnehmen, daß seine Popularität am Verblassen sei, mußte demgemäß bald wieder sehr ernstlich mit der republikanischen Partei rechnen. Seine innere Machtstellung erreichte ihren Gipfel 1674. In diesem Jahre wurden das Statthalteramt und der Oberbefehl über die bewaffnete Macht von den Generalstaaten seiner Familie erblich übertragen, wodurch die niederländische Republik faktisch ebensogut zur Monarchie wurde wie die englische unter Cromwell. Schon vorher hatte er maßgebenden Einfluß auf die Besetzung der städtischen Ratsstellen erlangt. Wie hier im ersten revolutionären Eifer verfahren worden war, und wie sich hernach die Dinge gestalteten, deutet — vom Standpunkt des Oraniers — Bischof Burnet an, der es als ein Unglück für den Prinzen bezeichnet, daß die gewichtigsten Leute in den Städten von den Aemtern verdrängt worden seien. „Und viele hitzige, aber arme Leute, die sich durch ihren Eifer bei der neuerlich vorgenommenen Umwälzung hervorgetan hatten, gelangten dahin, des Prinzen Freunde genannt und überall in die Aemter eingesetzt zu werden. Sie verloren schnell alles Ansehen, da sie wenig Besonnenheit und keine Autorität besaßen. Der Prinz sah dies eher ein, als er ein Mittel dagegen finden konnte. Aber allmählich kamen die Leute von der anderen Seite in sein Interesse und versprachen, ihm treu zu dienen, um die Franzosen zu vertreiben und ihr Land zu retten." Mit anderen Worten, die oranische Partei schlug bald einen Mittelweg ein, nachdem ihr die radikalen Elemente unheimlich geworden waren.

Enttäuschte die oranische Diktatur die Bevölkerung rasch, was die innere Politik anging, so entsprach Wilhelm III. den auf ihn gesetzten Erwartungen einigermaßen nach außen hin, in bezug auf den Krieg. Als die Revolution ausbrach, war der größte Teil der Republik in den Händen der Franzosen, eine englische Landung ständig zu befürchten. In die militärische Leitung kam durch die Umwälzung auf niederländischer Seite Energie.

Um Zeit zu gewinnen, machten es die Niederländer wieder wie vor hundert Jahren im Kampf um Leyden. Sie durchstachen die Dämme und überschwemmten das Land weithin. Dadurch wurden die Franzosen vorläufig zurückgehalten, zum Teil zurückgedrängt.

Die Republik bekam eine Galgenfrist; denn es gelang auch, englische Landungsversuche zu vereiteln; zur See erwies sich die Republik ihren Gegnern gewachsen. Zu Land aber bekamen nun auch die Niederlande Verbündete an den Staaten, die sich durch die französische Eroberungspolitik in ihren Interessen und ihrem Besitz bedroht sahen.

Spanien, Oesterreich, Brandenburg schlossen sich ihnen an. Und so war Oranien 1673 in der Lage, mit dem österreichischen General Montecuculi ver-

einigt, einen erfolgreichen Vorstoß gegen die rückwärtigen Verbindungen der Franzosen zu unternehmen, die sich dadurch genötigt sahen, die Niederlande völlig zu räumen. Zur See erfochten die Niederländer im Sommer 1673 wiederholt Siege über die Verbündeten. Schon war Aussicht darauf, den zur See gefährlichsten Gegner, England, bald aus dem Kampf auszuscheiden und also den Handel wieder einigermaßen in Gang kommen zu sehen. Diese Hoffnung erwuchs den Niederlanden weniger aus dem Verlauf der kriegerischen Ereignisse als aus der Gestaltung der inneren Verhältnisse Englands.

XIII.

Englische Geschichte von 1672—1685.

Kriegsdebatten im englischen Parlament. — Duldungserklärung Karls II. — Zurücknahme vom Parlament erzwungen. — Testakte. — Sprengung der Kabale. — Friede vom Parlament gefordert, von Temple abgeschlossen. — Temple redet dem König ins Gewissen. — Karl als Söldling Ludwigs XIV. — Konservative Regierung Danbys. — Kapitalistischer Aufschwung Englands zur Restaurationszeit. — Verschlechterung der Lage der Lohnarbeiter. — Die revolutionären Sekten und die Revolutionsfurcht der Besitzenden. — Die Partei der „Ueberläufer". — Konservative Sammlungspolitik Danbys. — Karl wird dauernd Pensionär Ludwigs XIV. — Zickzackkurs. — Friede von Nymwegen. — Papistenkomplott. — Bewegung gegen die Papisten, gegen den papistischen Thronfolger. — Ausgang des langen Parlaments der Restauration. — Schottischer Aufstand. — Das Parlament von 1679 und die Bill zur Ausschließung Jakobs von der Thronfolge. — Habeas-corpus-Akte. — Der Fortgang der Ausschließungsbewegung. — Whigs und Tories im Parlament von 1680. — Ausschließungsbill von den Gemeinen angenommen, von den Lords verworfen. — Oxforder Parlament von 1681. — Gründe der Reaktion. — Absolutistische Wirtschaft. — Wahlrechtsänderung. — Roggenhauskomplott. — Hinrichtungen. — Ausgang Karls II.

Die öffentliche Meinung Englands war dem Kriege ungünstiger als je, als das Parlament im Februar 1673, nach fast zweijähriger Vertagung, endlich wieder zusammenberufen wurde. Die Ursache der Einberufung war die Notwendigkeit, Gelder für den Krieg bewilligt zu bekommen: man saß völlig auf dem Trockenen. Die Regierung nahm beim Zusammentritt des Parlaments eine zuversichtliche Miene an, als wenn an der Kriegs- und Bewilligungslust der Gemeinen nicht der mindeste Zweifel sei. Wortführer der cabal war Ashley oder, wie er jetzt betitelt war, Graf Shaftesbury; er war neuerdings Kanzler geworden. Er suchte den Gemeinen den Krieg dadurch plausibel zu machen, daß er die Behauptung aufstellte, wenn England sich nicht mit Frankreich gegen Holland verbündet hätte, so wäre Frankreich mit Holland gegen England gegangen. Die Republik erblicke in England ihren einzigen Nebenbuhler für Handel und Seemacht. Sie strebe die Weltherrschaft an und sei als Englands Erbfeind anzusehen. Man bilde sich in Holland ein, daß die englische Nation den König jetzt nicht mehr gegen sie unterstützen werde. Aber der König zweifle nicht an der Ergebenheit des Parlaments, dessen Grundsatz mit Recht sei, daß Karthago zerstört werden müsse, und der König zweifle daher auch nicht, daß es in seinen Geldbewilligungen

306. Herzog von Shaftesbury

freigebig sein würde. Die erste Antwort der Gemeinen auf diese merkwürdige Rede bestand darin, daß sie Shaftesbury selbst einen Denkzettel gaben. Er hatte letzthin, was gar nicht seines Amtes, sondern Sache des Sprechers war, eine Reihe von Ersatzwahlen ausgeschrieben und diese in seinem Sinne „gemacht". Die betreffenden Mandate erklärte das Unterhaus ohne weiteres in Bausch und Bogen für ungültig und ließ durch den Sprecher neue Wahlausschreiben ergehen. Das war für die Regierung ein übles Omen. Unmittelbar darauf freilich winkte ihr ein Hoffnungsschimmer. Das Unterhaus stellte ihr nämlich Unterstützung ihrer auswärtigen Politik durch eine Bewilligung von nicht weniger als 4 260 000 Pfund Sterling in Aussicht. Der hinkende Bote folgte aber auf dem Fuße. Die Bewilligung wurde nämlich an Bedingungen geknüpft, die darauf hinauskamen, daß der König seine ganze innere Politik sollte über den Haufen werfen lassen. Die Gemeinen waren bereit, für den unpopulären Krieg zunächst noch einmal Geld herzugeben, wenn der König den Schritt zurücktat, den er auf dem Gebiet der Katholikenfrage unternommen hatte.

Man hatte sich bei Hof schließlich doch nicht dazu verstehen können, durchaus nach dem französischen Rat zu verfahren, und auf dem Gebiet der inneren Politik nichts zu unternehmen, bevor der Krieg zu Ende. Davon hatte man allerdings Abstand genommen, die Dinge dadurch zur Entscheidung zu bringen, daß der König seinen Uebertritt zum Papismus erklärte. Um aber doch etwas zu tun, verfiel man auf eine Maßnahme, die nicht viel weniger Besorgnis und Aergernis erregte. Ungefähr gleichzeitig mit der Kriegserklärung erschien am 15. März 1672 eine königliche Verordnung, die sogenannte Indulgenz- oder Duldungserklärung. Sie besagte, in kurze Worte gefaßt, folgendes: Die Erfahrung habe den König von der Unwirksamkeit eines Zwangsverfahrens in religiösen Dingen überzeugt. Er halte sich deshalb für verpflichtet, von der ihm zustehenden obersten Gewalt in Kirchensachen durch Suspendierung der Strafgesetze gegen Dissenters und Rekusanten Gebrauch zu machen. Sein Wille sei, die englische Kirche in ihren Rechten zu erhalten. Aber es sollten alle Strafgesetze gegen Dissenters und Rekusanten von nun an außer Kraft gesetzt sein. Jene sollen in eigenen Bethäusern unter eigenen Geistlichen öffentlich Gottesdienst abhalten dürfen. Den Katholiken bleibt zwar die Oeffentlichkeit vorenthalten, aber sie sollen in Privathäusern ohne Belästigung ihrem Glauben leben können. Soweit die Erklärung. Des Pudels Kern war natürlich die Suspendierung der Strafgesetze gegen die Rekusanten, d. h. die Katholiken. Die Form einer allgemeinen Duldungserklärung war dem Ganzen nur gegeben, das puritanische Dissentertum bloß deshalb einbezogen worden, weil die Oeffentlichkeit über die eigentliche Absicht der Maßregel getäuscht werden sollte. Die Verordnung war darauf berechnet, dem Katholizismus die Bahn frei zu machen;

die Einschließung der Dissenters war nur ein demagogischer Trick, um die Puritaner vorläufig zu absolutistischen Zwecken gegen die Anglikaner ausspielen zu können.

307. Herzog von York

Dieser Zweck ward freilich im großen und ganzen nicht erreicht. Wohl liefen einige Danksagungen von Dissenters ein. Aber die Mehrzahl begriff doch, was die eigentliche Absicht bei Hofe war, und machte, aller übrigen Gegensätze unbeschadet, in dieser Frage mit den Anglikanern gemeinsame Sache. Und unter diesen war wiederum ein Teil, dem es nun notwendig erschien, den Dissenters auf parlamentarischem Wege Duldung zu verschaffen, damit eine gemeinsame Kampfstellung gegen Katholizismus und Absolutismus möglich sei. Daß es in letzter Linie um den Absolutismus ging, war der öffentlichen Meinung nicht bloß deshalb klar, weil dessen Identifizierung mit dem Katholizismus gang und gäbe war, sondern außerdem sah sich, wer politisch dachte, mit der Nase darauf gestoßen, weil das Ganze ein Ausfluß der königlichen Prärogative, ohne parlamentarische Mitwirkung zustande gekommen war. Die Verordnung hatte zur Basis ein angebliches königliches Recht, Gesetze zu suspendieren und davon zu suspendieren, das vom Parlament schon in den 60er Jahren ausdrücklich bestritten worden war und, wenn anerkannt, in seinen Konsequenzen dahin führen mußte, die parlamentarische Mitwirkung an der Gesetzgebung illusorisch zu machen.

Das Land stand hinter der Landpartei, als sie im Parlament den Führer im Kampf gegen die Indulgenzerklärung machte. Sie konnte auf die Unterstützung des größten Teils der Gentry rechnen bei deren Furcht vor dem Katholizismus: der Hof war so gut wie isoliert. Am 10. Februar 1673 beschloß das Unterhaus mit 168 gegen 116 Stimmen, daß Strafgesetze in Kirchensachen nur durch Parlamentsakte suspendiert werden könnten. Damit sollte der König sich einverstanden erklären und die Erklärung zurücknehmen. Das hieß ihm eine große Demütigung ansinnen. Hatte er doch in der Thronrede nachdrücklich zu wissen getan, daß er an der Erklärung festhalten werde. Es machten sich nun bei Hofe Stimmen genug geltend, die dem König rieten, festzubleiben und das Parlament aufzulösen. Besonders der Herzog von York setzte sich in diesem Sinne ein. „Zugeständnisse," meinte er, „haben unsern Vater ins Verderben gestürzt, jetzt gilt es dem Sohne." Hiermit meinte er wohl seinen Bruder, es traf aber in erster Linie auf ihn selber, den offenkundigen Katholiken zu, von dem die Oeffentlichkeit in erster Linie das Schlimmste befürchtete. Es gab auch Befürworter einer rücksichtslosen Gewaltpolitik bei Hof. Davor schreckte nun Karl, der die Geschicke seines Vaters nicht ganz vergessen hatte, denn doch zurück. Aber mit der Idee einer Auflösung trug er sich ganz ernstlich. Es hat ihm aber doch wohl eingeleuchtet, daß ein neues Parlament viel ungünstiger aussehen werde als das gegenwärtige. Außerdem war über die Geldfrage nicht wegzukommen.

Schließlich sah sich der König von zwei Seiten zugleich im Stich gelassen. Einmal salvierte sich Shaftesbury. Dieser grundsatzlose Schlauberger, der den Mantel sein Lebtag nach dem Winde hing, der erst Republikaner, dann Cromwellianer, nun Royalist war und als Führer der Landpartei endigen sollte, witterte, daß die Sache brenzlich, Gefahr im Verzuge sei, und hielt es für höchste Zeit, für seine Person den Rückzug anzutreten. Demgemäß gab der Lordkanzler im Oberhaus plötzlich zu, daß die Indulgenzerklärung ungesetzlich sei. Ungefähr gleichzeitig gab auch der König von Frankreich seinem Verbündeten zu verstehen, daß von ihm jetzt keine Unterstützung zu erwarten sei. Ludwig riet Karl zum Nachgeben. Dadurch werde es möglich, den Krieg zu Ende zu führen. Hernach lasse sich mit gewissem Erfolg auf die inneren Angelegenheiten zurückkommen; er, Ludwig, sei dann in der Lage und gewillt, mit ganzer Macht zur Befestigung der königlichen Position in England mitzuwirken. Unter solchen Umständen wich Karl zurück und entschloß sich, am 8. März 1673 dem Parlament mitteilen zu lassen, daß die Indulgenzerklärung vernichtet sei und niemals als Präzedenzfall dienen solle.

Mit diesem Siege begnügten sich die Gemeinen noch nicht. Sie wollten vielmehr nun den gänzlichen Ausschluß aller Papisten von öffentlichen Stellungen jeder Art durchsetzen. In hohen Stellungen kamen in erster Linie der Schatzmeister Clifford, weiter aber der Herzog von York in Betracht, der u. a. Großadmiral war. Wenige Tage nach der Beseitigung der Indulgenzerklärung beschloß das Parlament die Testakte, verdeutscht etwa Prüfungsgesetz. Es bestimmte, daß hinfort nur der ein Amt bekleiden dürfe, der nicht nur den Treu- und Suprematseid leiste und das Abendmahl nach anglikanischem Ritus nehme, sondern außerdem eidesstattlich erkläre, daß er nicht an das katholische Dogma der Transsubstantiation, der Verwandlung von Brot und Wein in Fleisch und Blut beim Abendmahl, glaube. Karl gab der Testakte seine Zustimmung; denn er brauchte die immer noch nicht komplette Bewilligung hochnötig. Jakob mußte alle Aemter aufgeben. Auch Clifford demissionierte. Demnächst wurde das Parlament vertagt. Ein Gesetz zugunsten der Dissenters, die während des Kampfes das Parlament unterstützt hatten, war im Unterhaus durchgegangen, im Oberhaus, wo fanatische Anglikaner Schwierigkeiten machten, noch in der Schwebe. Karl wartete nicht auf die Erledigung. Sobald das Geld bewilligt war, vertagte er das vermaledeite Parlament (29. März 1673).

Im Herbst wurde es wieder einberufen, natürlich, weil der Krieg inzwischen die im Frühjahr bewilligten Gelder bereits verschlungen hatte: die Gemeinen sollten neue Subsidien bewilligen. Sie bekundeten aber alsbald wenig Lust dazu, sondern waren in ihrer Mehrheit noch überaus oppositionslustig. Der erste Angriff richtete sich gegen den Herzog von York, der mit immer größerer Abneigung als Mittelpunkt der papistisch-absolutistischen Bestrebungen angesehen wurde. Er hatte im Laufe des Jahres, nachdem seine erste Frau gestorben war, sich mit einer katholischen Prinzessin aus Italien vermählt. Dagegen gingen die Gemeinen heftig vor, konnten aber freilich die vollendete Tatsache nicht rückgängig machen. In London fanden große Straßenumzüge statt, die sich gegen den Thronfolger richteten. Dabei wurde der Papst im Bilde verbrannt. Der antikatholische Eifer war also lebhafter als je. Immer festere Umrisse nahm in der öffentlichen Meinung das Gerücht an, daß der

308. Herzog von Monmouth

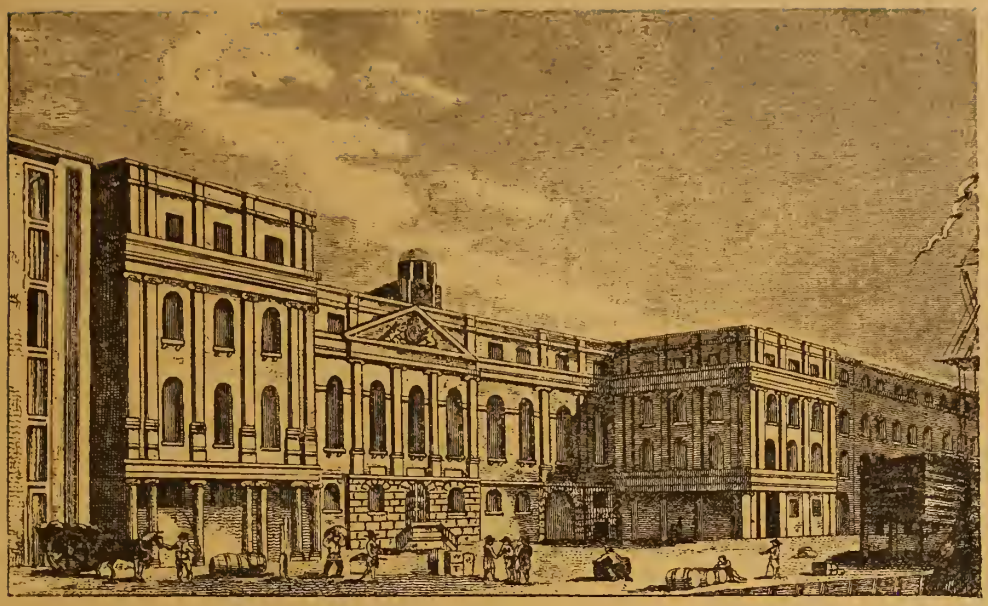
König in geheimen Beziehungen zu Frankreich stehe, deren Zweck sei, mit ausländischer Hilfe in England Papismus und Absolutismus aufzurichten. Darum sah man auch mit großer Abneigung die Truppen an, die der König angeblich für den Krieg geworben hatte.

Einige Auskunft über das katholische Projekt hat der Opposition auch ohne jeden Zweifel Lord Shaftesbury gegeben, der im Herbst 1673 zur Landpartei

überging. Seit er den König in dem Streit um die Indulgenzerklärung im Stich gelassen, wartete Karl bloß noch auf einen passenden Moment, um den Kanzler über Bord zu werfen. Anfang November erhielt er seine Entlassung und gesellte sich dann, wie gesagt, ohne weiteres der Opposition zu, die den grundsatzlosen Menschen unbegreiflicher Weise mit offenen Armen aufnahm. Seine großen Fähigkeiten sind ihr zweifellos zustatten gekommen, dafür hat ihr aber hernach seine Vorliebe für krumme Wege um so mehr geschadet. Sein neuester Ueberlauf erscheint übrigens in etwas günstigerem Licht, wenn es wahr ist, was der französische Gesandte berichtet, daß Shaftesbury aufgebracht darüber gewesen sei, vom König in der Geheimvertragssache hintergangen worden zu sein: er habe erst im Laufe des Jahres 1673 von den ihm verborgen gehaltenen Bestimmungen erfahren. Als sicher darf gelten, daß er diese Kenntnis seinen neuen Freunden nicht vorenthalten hat. Desto heftiger fiel der Angriff der Opposition auf den Ueberrest der cabal: das waren nach dem Ausscheiden von Clifford und Shaftesbury bloß noch Lauderdale, Buckingham und Arlington. Gegen diese drei gingen die Gemeinen nun scharf vor. Der erste Angriff fiel auf Lauderdale. Man klagte ihn an, in Schottland eine Armee aufgestellt zu haben, die zur Aufrichtung des Absolutismus in England dienen solle. Auch habe er königliche Edikte für gleichwertig mit Gesetzen erklärt. Die Gemeinen richteten eine Adresse an den König, die Lauderdales Entlassung verlangte. Die gleiche Aufforderung erging an Karl betreffs Buckinghams, und Arlington wurde mit einer Hochverratsklage bedroht. Er nahm selbst seine Demission. Buckingham entließ der König. Dagegen blieb Lauderdale Minister für die schottischen Angelegenheiten, worauf das englische Unterhaus ja keinen Einfluß hatte.

So war die cabal gesprengt. Deshalb bezeigten die Gemeinen aber noch keine Lust, wieder Geld für den Krieg mit Holland zu bewilligen. Sie faßten im Gegenteil die Lage so auf, daß es ihr dringendstes Interesse sei, den Frieden zu erzwingen, den Bund mit Frankreich aufzulösen, der den Fortbestand der parlamentarischen Verfassung und des Protestantismus bedrohte. Ueber die Gesichtspunkte der Gemeinen belehrt am besten die Rede zur Kriegs- und Subsidienfrage, die der Hauptführer der Landpartei, William Coventry, im Herbst im Unterhause hielt. Er bekämpft die Allianz mit Frankreich als für Religion und Handel gefährlich. Den Krieg gegen Holland findet er nicht im Interesse Englands, das den Niederländern ohnedies im ganzen seit der Navigationsakte kommerziell die Oberhand abgewinne. Der Krieg an Frankreichs Seite aber kann dazu nichts helfen. Frankreich ist für den Redner der gemeinsame Feind der beiden anderen Länder. Mit Holland wünscht er also Frieden, wenn es guten Willen dazu zeigt.

Coventry schloß mit dem Antrag, daß die Subsidien abgelehnt werden sollten, es sei denn, daß die Hartnäckigkeit der Holländer bei den Friedensverhandlungen eine Bewilligung notwendig mache. Das Unterhaus beschloß demgemäß. Erneute Versuche des Königs, doch noch Geld bei den Gemeinen zu erlangen, hatten ein negatives Ergebnis. Das Unterhaus war entschlossen, einen Separatfrieden zu erzwingen. Und im Februar 1674 verstand sich der König notgedrungen dazu, die ihm von den Niederlanden gebotene Hand zu ergreifen und in Friedensverhandlungen einzutreten. Temple, der die letzten Jahre in der Zurückgezogenheit seines Landsitzes



309. Londoner Zollhaus

zugebracht hatte, wurde herbeigeholt. Diese Mission entsprach ganz Temples Anschauungen vom englischen Interesse. Er hatte sich schon im Oktober 1673 in diesem Sinn in einer Ausarbeitung über die auswärtige Lage geäußert, die er für den Herzog von Ormond schrieb. Da kommt er zu dem Ergebnis, daß sich England bei einem Separatfrieden am besten stehen würde: „da wir in Frieden den Welthandel genießen würden, während das Haus Oesterreich und Holland in einen langen Krieg mit Frankreich verwickelt wären." Er brachte in wenigen Tagen den Frieden mit den Niederlanden zustande, der am 17. Februar 1674 abgeschlossen wurde. Das einzige, was für England bei dem Kriege herausſprang, war ein holländisches Almosen für König Karl, eine sogenannte Kriegsentschädigung von zwei Millionen Gulden.

Ehe Temple nach dem Festlande abreiste, suchte er eine Audienz beim Könige nach, um in einer persönlichen Besprechung das Terrain aufzuklären, Karls Meinung zu erforschen und seine eigene zu sagen: er traute dem neuen Kurs nicht nach den Ueberraschungen, die er schon erlebt. Der Bericht, den Temple in seinen „Memoiren von 1672—1679" über diese Unterredung gibt, ist höchst bemerkenswert. Temple bewies bei der Gelegenheit nicht nur, was bei einem geschmeidigen Diplomaten gewiß bemerkenswert ist, Männerstolz vor Königsthronen, sondern auch einen politischen, innerpolitischen Scharfblick, der wiederum bei Männern seines Metiers nicht gewöhnlich ist. Temple begann damit, daß er sich über das Kabalministerium ausließ, wie übel sie Majestät zum Vertragsbruch beraten hätten, wie schlecht das ausgelaufen sei, wie die Nation in heftiges Mißvergnügen ausgebrochen sei und Abneigung sich gegen die Krone erhoben habe. Den Mißerfolg der Politik der letzten Jahre gab der König zu, behauptete aber, es hätte sich ein gutes Geschäft daraus machen lassen, wenn ihm gut gedient worden wäre und

suchte überhaupt das Geschehene weitläufig zu rechtfertigen. Daraus schloß nun Temple, der König könne rückfällig werden und dachte ihm deshalb ein ordentliches Licht aufzustecken.

Er zeigte Karl, „wie schwierig, wenn nicht unmöglich es sei, hier die nämliche Religion oder Regierung aufzurichten, die in Frankreich bestehe; daß die allgemeine Neigung der Nation gegen beides sei; daß viele, die vielleicht in Sachen der Religion gleichgültig genug wären, dafür hielten, sie könne nur mit Hilfe einer Armee verändert werden; und daß dieselbe Heeresmacht, die den König zum Herrn ihrer Religion machte, ihn auch zum Herrn ihrer Freiheiten und Vermögen machte. In Frankreich sei auf niemanden als auf die Adligen und die Geistlichkeit Rücksicht zu nehmen; wenn ein König sie für seine Pläne gewinnen könne, so habe er weiter nichts zu tun; denn die Bauern seien, da sie kein Land haben, in der Regierung ebenso bedeutungslos wie hier Frauen und Kinder. Dagegen liege in England die große Masse des Landes in den Händen der Yeomanry oder niederen Gentry, und ihre Herzen seien durch Freiheit und Ueberfluß (ease and plenty) hochgemut, wie die der französischen Bauernschaft durch Arbeit und Mangel ganz entmutigt seien. Die Könige von Frankreich seien sehr reich an Grundbesitz, und große Mengen von militärischen, bürgerlichen und kirchlichen Aemtern hingen von ihnen ab. Dagegen haben die Könige von England wenig Aemter zu verleihen, ihre Ländereien, desgleichen ihr Vormundschaftsgericht und die Ritterdienste fahren lassen, haben keine Mittel, Armeen aufzubringen oder zusammenzuhalten, außer durch Bewilligungen von ihren Parlamenten, noch Einkünfte, um einen auswärtigen Krieg auf andere Art zu unterhalten. Wenn sie aber auch eine Armee zur Verfügung hätten, so würde diese doch, wenn aus Engländern zusammengesetzt, niemals Zwecken dienen, die das Volk hasse und fürchte. Die Römischkatholischen in England seien nicht der hundertste Teil der Nation und in Schottland nicht der zweihundertste; und es scheine gegen allen gesunden Menschenverstand zu gehen, zu denken, daß man mit einem Teil 99 regieren könne, die von entgegengesetzter Gesinnung und Neigung seien. Was ausländische Truppen angehe, so würden sie, wenn gering an Zahl, nichts bedeuten, als daß sie Haß und Unzufriedenheit erregten. Und wie man sie in großer Zahl aufbringen, auf einmal herüberschaffen und unterhalten solle, sei sehr schwer zu erdenken . . .“

Temple rechnet dem Könige dann vor, daß eine Armee von mindestens 60 000 Mann dazu gehöre, um die Freiheit Englands zu vernichten, und bemerkt schließlich, er habe nur einen Ausländer kennen gelernt, der England gut verstand. Das sei Gourville gewesen. Temple wußte, daß der König Gourville für den klügsten Kopf unter allen Franzosen hielt, die er je gesehen. Als nun Temple zur Zeit des ersten holländischen Krieges in Brüssel war und Gourville hörte, daß das Parlament des Krieges überdrüssig würde, da sagte er: dem König bleibe nichts übrig, als Frieden zu schließen. Er sei lange genug in England gewesen, habe genug vom englischen Hof, Volk und Parlament gesehen, um den Schluß zu ziehen: „Ein König von England, der der Mann seines Volkes sein will, ist der größte König der Welt; wenn er aber etwas mehr sein will, bei Gott, so ist er nichts mehr.“ Der König hörte, wie Temple sagt, aufmerksam zu, schien jedoch anfangs ein wenig ungeduldig: „schließlich aber, sagte er, ich hätte in allem Recht,

310. Der Londoner Zollhafen zur Zeit Karls II.

und Recht habe auch Gourville; und indem er seine Hand auf die meinige legte, fügte er hinzu: „Et je veux être l'homme de mon peuple“ — „und ich will der Mann meines Volkes sein“.

Ob Karl dies im Moment ehrlich gemeint hat, bleibe dahingestellt. Wenn er wirklich einen guten Vorsatz gehabt haben sollte, so hat diese Stimmung jedenfalls nicht lange vorgehalten. Der König bekundete in der auswärtigen Politik bald wieder Neigung, von der ihm durch das Parlament aufgezwungenen Richtung abzuweichen. Offenkundige Tatsache war, daß trotz des Friedens mit Holland etliche tausend Engländer unter einem unehelichen Sohn Karls, dem Herzog von Monmouth, nach wie vor in französischem Solde gegen die Verbündeten kämpften. Außerdem leerte, wie ein Zeitgenosse schreibt, Karl seine eigene Marinemagazine, um die des Franzosenkönigs zu füllen, „der zur Vergeltung nicht nur seine Auflagen auf den Handel der Engländer nach Frankreich riesig erhöhte, sondern auch seine Kaperschiffe auf sie losließ, als ob kein Frieden gewesen wäre. Diese plünderten und mordeten englischen Kauf- und Seeleute und machten Prise aus ihrem Eigentum, blockierten unsere Häfen und nahmen unsere Schiffe daraus weg. Wenn Klagen erhoben wurden, so wurden solche niedergeschlagen . . .“ Kein Wunder,

denn insgeheim stand der König schon wieder in französischem Sold. Ludwig XIV. war über den Separatfrieden selbstverständlich nicht erbaut. Er fürchtete, es möchte noch schlimmer kommen, wenn das Parlament seinen Willen bekäme; denn es war kein Zweifel möglich, daß die bislang im Unterhause führende Landpartei einen Krieg mit Frankreich wünschte, und der Gedanke lag nahe, daß sie den König dazu zwingen könne, indem sie die Geldbewilligungen davon abhängig mache. Deshalb hatte Ludwig den dringenden Wunsch, daß das Parlament nicht so bald zusammentreten möge. Diesen Wunsch teilten der König und besonders der Herzog von York: jener, weil er im allgemeinen erneute Schwierigkeiten mit den Gemeinen voraussah, Jakob, weil er für seine Person im Bewußtsein seiner Unbeliebtheit fürchtete, daß das Parlament ihn von der Thronfolge auszuschließen versuchen würde. Er äußerte wieder das Verlangen nach einer Auflösung, aber davon wollte Karl mit Rücksicht darauf nichts wissen, daß die Nachwahlen meistenteils auf Mitglieder der Landpartei, ja, ausgesprochene Presbyterianer gefallen waren. Es ließ sich also bloß an eine längere Vertagung denken, und auch daran nur, wenn auf unparlamentarischem Wege Geld zu beschaffen war. Einige Mittel herzugeben, war nun Ludwig bereit, wenn dadurch das Parlament ferngehalten wurde. Ueber den Preis wurde lange gefeilscht. Schließlich einigte man sich dahin, daß Ludwig 500 000 Kronen hergab, wofür Karl die Session bis zum April 1675 verschob.

Als dann das Parlament endlich wieder zusammentrat, war allem Anschein nach ein neuer, heftiger Konflikt der Gemeinen mit der Regierung bzw. der Krone zu erwarten. Denn nicht nur, daß die auswärtige Politik nicht nach den Wünschen der letzthin tonangebenden Landpartei war, auch über die Leitung im Innern waren sie äußerst mißvergnügt. Führender Staatsmann war nach der Zersprengung der cabal nicht ein Mitglied der Landpartei geworden, sondern ein stockkonservativer Junker, Sir Thomas Osborn, der bald zum Grafen Danby avancierte: ein geschworener Gegner der Landpartei. Die Opposition hatte sich denn auch folgendes Aktionsprogramm zurechtgelegt: den König zum Bruch mit Frankreich zu drängen, Danby unter Anklage zu stellen und alle Bewilligungen abzulehnen, solange er im Amte sei. Sie begannen mit einem stürmischen Angriff auf das Skandalosum, daß noch Engländer auf französischer Seite kämpften. Aber diese Aktion schlief ein. Und der Antrag auf Ministeranklage gegen Danby wurde vom Unterhaus abgelehnt. Dabei sprach gewiß mit, daß der Minister im Parlament eifrig mit Bestechungsgeldern gearbeitet hatte. Aber auch die cabal hatte schon Abgeordnete gekauft und war doch nicht über die vorherrschende Stimmung im Parlament Herr geworden. Die parlamentarische Korruption allein erklärt noch nicht das Faktum, daß die Landpartei auf einmal nicht mehr die Mehrheit des Unterhauses hinter sich hatte, vielmehr sich einem heftigen konservativen Vorstoß ausgesetzt sah. Kam es doch nun dahin, daß die Regierung gegen die Opposition zum Angriff übergehen, einen urreaktionären Gesetzentwurf wagen konnte, wodurch alle Abgeordneten ausgeschlossen werden sollten, die nicht die Idee bewaffneten Widerstandes gegen die Krone unter allen Umständen verwarfen. Um den reaktionären Stimmungsumschlag weiterer Kreise in Land und Parlament, der dabei zugrunde lag, zu begreifen, muß man einen Blick auf die Gestaltung der Klassengegensätze

und zuvor noch auf die ökonomische Entwicklung zur Restaurationszeit werfen, die allein schon den Gedanken nahelegt, daß die besitzenden Klassen damals im großen und ganzen nach inneren Stürmen kein Verlangen getragen haben können, sondern in die scharfe Oppositionsstellung der letzten Jahre nur durch die Furcht vor einer Revolution von oben hineingetrieben worden sein müssen, die der fortschreitenden Prosperität ein Ende machen könnte.

311. Ein Abtrünniger, Trimmer genannt
Englische Karikatur

Die kapitalistische Entwicklung Englands machte zur Restaurationszeit reißende Fortschritte. Die ökonomischen Autoritäten dieser Periode, Petty, Child, Davenant, stimmen darin überein, daß Handel und Industrie sich ganz außerordentlich gehoben haben, der Reichtum ganz kolossal gewachsen sei. Beispielsweise schreibt Davenant: „Ich habe viele zwingende Gründe für die Annahme, daß von ungefähr 1656 bis 1688 England in jedem Jahre Schritt für Schritt an Reichtum zugenommen hat, in welchem Maßstabe, ist unnötig, hier zu veröffentlichen; aber nach reiflicher Ueberlegung kann ich mit Sicherheit behaupten, daß um das Jahr 1688 die Zunahme Englands an Reichtum und Kapitalwert infolge seines Außenhandels und seines heimischen Gewerbefleißes mindestens 2 Millionen (Pfund Sterling) jährlich betrug. Und nachdem ich viel über diesen Gegenstand nachgedacht und studiert und andere, die in gleichen Untersuchungen bewandert sind, um Rat gefragt habe, bin ich der Meinung, daß die Zunahme Englands an Kapitalwert wahrscheinlich aus dem Handel mit folgenden drei Artikeln erwuchs: Aus der Versendung von heimischen Industrie- und Landwirtschaftserzeugnissen in die Pflanzungskolonien und der Rückfracht von dort, die in andere Länder ausgeführt wird: 900 000 Pfund Sterling.

Aus der Ausfuhr der Produkte der englischen Tuchmanufaktur, von Blei, Zinn, Leder und anderen heimischen Produkten nach Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland usw.: 500 000 Pfund Sterling. Reingewinn aus dem Handel mit Ostindien: 600 000 Pfund Sterling. In Summa: 2 000 000 Pfund Sterling."

Anderswo teilt derselbe Oekonom mit, daß der Tonnengehalt der englischen Kauffahrteiflotte von 1666—1688 auf das Doppelte gestiegen sei. Die starke Hälfte der Ausfuhr, nach Davenant sogar zwei Drittel, bildeten die Erzeugnisse der englischen Tuchindustrie. Im ganzen wurden jährlich für 8 Millionen Pfund Sterling Tuch erzeugt, wovon für 6 Millionen in England verbraucht, für 2 Millionen exportiert wurden. Der stürmische Fortschritt der industriellen und kommerziellen Entwicklung spiegelt sich deutlich in den Zollerträgnissen Englands wider. Sie werden von Jahr zu Jahr größer, während die Zollsätze die gleichen bleiben. Im Jahre 1660 ergaben die Zölle stark 420 000 Pfund Sterling, 1687 beinahe 885 000, wonach also der Außenhandel Englands sich in 27 Jahren mehr als verdoppelt hatte. Von diesen Zolleinnahmen entfiel fast die Hälfte auf London: 1685 kamen in London für 330 000 Pfund Sterling Zölle ein bei einem damaligen Gesamtbetrage der Zölle von 701 000 Pfund Sterling. Der Londoner Hafen allein vermittelte also fast ebensoviel Aus- und Einfuhr wie alle übrigen englischen Seeplätze zusammengenommen. Ganz besonders in London hatte denn auch eine riesige Vermögensanhäufung stattgefunden. Child bemerkt, daß im Jahre 1688 an der Londoner Börse mehr Leute mit 10 000 Pfund Sterling Einkommen vertreten gewesen seien als 1651 solche mit 1000 Pfund Sterling; eine Mitgift von 2000 Pfund Sterling werde jetzt nicht mehr so hoch geschätzt wie früher eine von 500 Pfund Sterling.

Kapitalistische Emporkömmlinge spielten eine große Rolle in der Restaurationszeit, wurden vielfach geadelt und ihre Töchter des Geldes halber von blaublütigen Mitgiftjägern geheiratet. Der Adelsstolz hatte überhaupt seit der Restaurationszeit stark abgenommen, wie denn Dalrymple hervorhebt, daß viele Kavaliere ihre Söhne notgedrungen in den Handel steckten, was dann ganz neue Anschauungen in viele alte Familien brachte. Auch Child konstatiert den andauernden Zufluß jüngerer Söhne von Adligen in die kaufmännischen Berufe. Von der zunehmenden Vermischung beider Sektionen der besitzenden Klassen, alter Adligen und neuer Reichen, zeugt auch Josiah Childs Lebenslauf. Vom Lehrling zum Großkaufmann, vielfachen Millionär und Latifundienbesitzer aufgestiegen, verheiratete er seine Tochter mit einem Sohne des Herzogs von Beaufort; sie bekam gleich 50 000 Pfund Sterling mit. Child ist überhaupt eine der interessantesten Gestalten der Restaurationszeit. Seine Bedeutung für die theoretische Nationalökonomie ist freilich nicht mit der von William Petty zu vergleichen, der auch Childs Lieblingsidee, gesetzliche Herabsetzungen des Zinsfußes als eine Art von Universalmittel zur Hebung des Nationalreichtums anzupreisen, als unhaltbar erwies. Sonst aber ist Child als Volkswirtschaftspolitiker höchst bemerkenswert, weil er eine Personifizierung der puritanischen Revolution in ihrer entschiedeneren, bürgerlichen Gestalt ist, aber frei von aller ideologischen Verkleidung, rein auf den ökonomischen Kern reduziert.

Child ist Merkantilist, insofern er — freilich mit starker Einschränkung — die Handelsbilanztheorie annimmt, für die Schiffahrtsakte, für die Reservierung kolonialer Märkte, für Fernhaltung ausländischer Fabrikate, für Verhinderung der Wollausfuhr ist. Unter Engländern aber will er freie Konkurrenz, und von ihm geht dieser Programmpunkt des radikaleren Bürgertums der Revolution, der auch jetzt noch nicht durchzusetzen war, eingehend motiviert, auf die weiteren Oekonomen über.

312. Lord Halifax

Er ist, mit einigen Ausnahmen, für den Verkehr mit Barbarenländern, gegen privilegierte Kompagnien, für allgemeine Handelsfreiheit, ist unbedingt gegen Zunftprivilegien, für Gewerbefreiheit. Die Bestimmungen über Betriebsgröße müßten ebensogut wegfallen, wie die über obligatorische Lehrzeit und über Lehrlingszahl. Man müßte allgemein berechtigt sein, mehrere Gewerbe zugleich zu betreiben und keinen Gewerbereglements unterliegen, die über die Art der Fabrikation Vorschriften machen. So ist Child auch gegen das Niederlassungsgesetz, für Freizügigkeit, damit der Industrie die Zufuhr von Arbeitskräften nicht behindert wird. Für die Armenpflege schlägt Child Arbeitshäuser vor; auch die Kinder der Armen sollen Manufakturarbeit verrichten. Als ein Hindernis der kapitalistischen Entwicklung sieht Child auch das Erstgeburtsrecht an, aus dem folgte, daß jüngere Söhne der Gentry mit ungenügendem Kapital in die kaufmännischen Berufe eintreten.

Aus ökonomischen Gründen ist Child auch gegen die Dissenterverfolgung, für Meinungsfreiheit nach dem Muster Hollands, das er überhaupt vorbildlich findet. Sonst läßt er sich in bezug auf das rein Politische nur insofern aus, als er Absolutismus und Katholizismus für unverträglich mit dem Gedeihen der Industrie, Sicherheit von Freiheit und Eigentum dagegen als unerläßliche Vorbedingungen ansieht und Anteil der Kaufleute an der Staatslenkung verlangt. Man sieht bei Child, wie die soziale Bedeutung der Mittelklassen seit der Revolution fortgesetzte Fortschritte macht, und zwar das wegen ihres steigenden Reichtums. Er macht einmal die bezeichnende Bemerkung über ihren Aufstieg seit zirka 60 Jahren, daß die Mittelklasse jetzt an Kleidern, Wertsachen, Möbeln, Geschirr besser dastehe, als dazumal die Standespersonen. Im Vergleich zum Ausgang der 40er Jahre meint Child 1669 eine Steigerung des Nationalreichtums auf das Sechsfache konstatieren zu können.

Diese berauschende Vermehrung von Reichtum und Macht war nun, um ein vielumstrittenes Wort Gladstones zu gebrauchen, ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkt. Und während die Reichen reicher, waren die Armen ärmer geworden. Die Lage der Lohnarbeiterklasse hatte sich gegen die Zeit der Republik ganz bedeutend verschlechtert. Es wurde früher mitgeteilt, daß im Jahre 1651 der Tagelohn für Landarbeiter auf 1 Schilling angesetzt war. Unmittelbar nach der Wiederherstellung der Monarchie und der Aristokratie, im Jahre 1661, wurde er auf die gleiche Höhe bemessen. Dagegen ist er bis zum Jahre 1685 bis auf 8 Pence heruntergedrückt worden: der Tagelöhner verdient jetzt nicht, wie anno 1651, 6 Schilling die Woche, sondern bloß 4, dabei sind die Getreidepreise höher als in den Zeiten der Republik. Ueber die Arbeitszeit bestimmen im Jahre 1684 die Friedensrichter der Grafschaft Warwick, daß die Arbeit von März bis September früh um 5 Uhr beginnen und bis 7 oder 8 Uhr abends fortgesetzt werden, d. h.

313. Titus Oates

14—15 Stunden dauern soll. Davon gehen 2½ Stunden für Mahlzeiten ab, so daß sich ein 12stündiger Normalarbeitstag ergibt. Wer die Arbeit versäumt, hat für die Stunde einen Penny Strafe zu zahlen, 50 Prozent mehr, als er verdient. Wer höhere Löhne als die festgesetzten zahlt, wird mit 10 Tagen Gefängnis und 5 Pfund Sterling Geldbuße bestraft; wer einen höheren Lohn annimmt, wandert auf 3 Wochen ins Gefängnis.

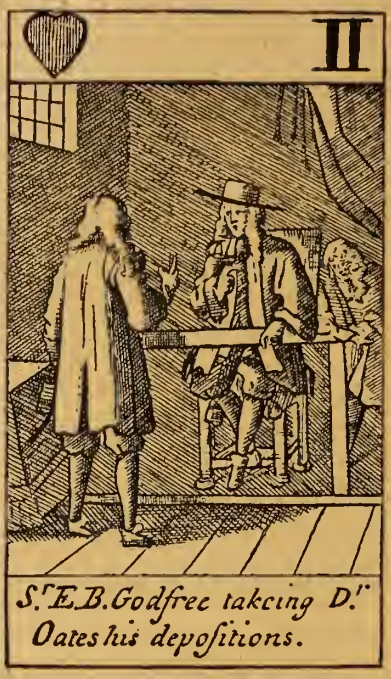
Nicht viel weniger als die Lage der Landarbeiter hatte sich die der gewerblichen Lohnempfänger gegen die Zeit der Republik verschlechtert. Der Lohn für artisans war im Jahre 1651 auf 7—8½ Schilling die Woche bemessen worden. Dagegen wurde 1685 nach Statut bestimmt, daß der Lohn für gewerbliche Arbeiter bloß 1 Schilling den Tag betragen soll, 6 Schilling die Woche. Mehr sollen bloß die Maurer erhalten, nämlich 1 Schilling 4 Pence den Tag, auf die Woche berechnet 8 Schilling, wogegen die Gipser bloß 8 Pence erhalten, wöchentlich 4 Schilling. Ein Tagelohn von 1 Schilling galt in der Restaurationszeit — unter den besitzenden Klassen natürlich — für unverschämt hoch. So bemerkte z. B. im Jahre 1680 ein Mitglied des Unterhauses, die hohen Löhne, die in England bezahlt würden, machten es unmöglich, mit den Erzeugnissen der indischen Webstühle zu konkurrieren, müsse dem englischen Lohnweber doch sage und schreibe 1 Schilling pro Tag bezahlt werden. Faktisch wurde aber vielfach bei weitem weniger bezahlt. Es ist noch ein Volkslied vorhanden, das zur Restaurationszeit auf den Straßen der bedeutendsten Plätze der Textilindustrie, Norwich und Leeds, gesungen worden ist. Darin beklagen sich die Arbeiter, daß sie für schwere Arbeit am Webstuhl bloß six pence den Tag bekommen. Dafür müssen sie vom frühen Morgen bis zum späten Abend schanzen, während der Unternehmer kommt und geht, wann er will, und mit Leichtigkeit durch die Arbeit vieler reich wird. Ein Schilling den Tag müßte gezahlt werden, wenn es gerecht zuginge. Wenn aber der Arbeiter Lohnerhöhung verlangt, so gibt ihm der Unternehmer anheim, die Arbeit einzustellen.

Hieraus spricht zwar Unzufriedenheit, aber keineswegs revolutionäre Gesinnung. Indes ist kein Zweifel, daß trotz aller Unterdrückung und trotz aller Enttäuschung die revolutionären Ideen im Proletariat keineswegs erstorben waren. Besonders in den Textilrevieren des Ostens und Westens von England waren die Anhänger der fünften Monarchie noch immer stark vertreten. Die stärkste revolutionäre Sekte der letzten Jahre der Republik nahm sogar unter der Restauration an Zahl ihrer Anhänger fortgesetzt zu. Die Quäker entfremdeten sich aber gleichzeitig immer mehr dem politischen Leben. Hört man noch in den ersten Jahren nach 1660 von „kämpfenden Quäkern", die bereit waren, mit den Millennariern zusammen eine revolutionäre Erhebung zu unternehmen, so ist diese Richtung

in der Zeit, wo wir jetzt stehen, gänzlich ausgestorben. Die politische Enthaltung, die aus gegenwärtiger Aussichtslosigkeit entspringt, dominiert. Die Fox, Barclay und Penn sind tonangebend mit ihrer Doktrin vom passiven Widerstand und ihrer Mahnung an die „Freunde", nicht nach irdischen Machtstellungen zu streben. „Empörer," sagt Fox, „Anstifter von Unruhen, solche, die das Schwert ergreifen, gehören der Welt an; unsere Waffen dagegen sind allein geistiger Natur." Fox erkannte auch das restaurierte Königtum ausdrücklich als gottgewollt an, wenn es auch nicht das sei, was schließlich kommen solle. Im übrigen blieben die Anschauungen der Quäker unverändert. Und wie sie bei den oberen Zehntausend durch ihren Grundsatz, jedermann zu duzen und vor niemandem den Hut abzunehmen, Anstoß erregten, so gerieten sie mit dem Gesetz in Konflikt durch ihre Weigerung, die Zehnten zu bezahlen und dem Versammlungsverbot der Konventikelakte sich zu fügen. Und deshalb galten sie, so sehr sie auch ihre Friedlichkeit beteuerten, den Besitzenden als gefährliche Umstürzler. Viele Tausende von ihnen sind in der Restaurationszeit eingekerkert worden. Man verfolgte sie wütend, weil man dachte, daß in unruhigen Zeiten ihr Quietismus ein Ende haben könne.

314. Dr. Oates enthüllt dem König und dem Rat das Komplott

Die Angst vor den „Anabaptisten" war nicht verschwunden. Es wurde auf die große Masse von Anhängern der fünften Monarchie hingewiesen, die sich nach der Auflösung der Revolutionsarmee in London niedergelassen hatten, wo sie freilich sehr ruhig und respektabel lebten, aber doch einer Erhebung bei erster Gelegenheit fähig erachtet wurden. Auch die Levellers waren nicht vergessen. In Evelyns Tagebuch z. B. findet man unterm 6. Februar 1670 einen Bericht über die Predigt eines anglikanischen Pfaffen „über die Rechtmäßigkeit, Angemessenheit und Notwendigkeit untergeordneter Grade und Stände von Menschen und Dienern, sowohl in der Kirche als im Staat: gegen die verflossenen Levellers und andere von jener gefährlichen Pöbelrotte, die alles gleichmachen möchte". Evelyn war gemäßigt-konservativ, aber auch der gemäßigt-liberale William Temple bekundet keine geringe Angst vor revolutionären Bestrebungen, besonders vor dem Kommunismus. In der Vorrede zu seinen „Bemerkungen über die Vereinigten Provinzen" wettert Temple gegen die Freidenker unter den Besitzenden, die da durch Verhöhnung alles Heiligen, „aller Form und Ordnung", bestrebt seien, „die eigentlichen Bande aller bürgerlichen Gesellschaft aufzulösen, obwohl sie selbst vermöge derselben und unter ihrem Schutz soviel größere Anteile von Reichtum und Vergnügen genießen, als auf ihr Teil fallen würden, wenn alles Gemeingut wäre, wie sie zu planen scheinen . . ." Man sieht, daß in den besitzenden Klassen die



315. Der Untersuchungsrichter Sir Godfroy nimmt die Aussagen des Dr. Oates entgegen

Erinnerung an die Revolution und die Furcht vor der Revolution nach wie vor sehr lebendig war.

Die Revolutionsfurcht nun wurde zeitweilig durch die Reaktionsfurcht in den Hintergrund gedrängt. Letztere hatte der Landpartei in den Kämpfen der letzten Jahre die Führung verschafft. Sie verfügte aber für sich allein, trotz aller Nachwahlen, bei weitem nicht über die Mehrheit des Unterhauses. Es war immer noch eine Mehrheit von Abgeordneten vorhanden, die, wenn ihr durch Furcht vor Absolutismus und Katholizismus verursachtes Mißvergnügen durch eine geeignete Regierungspolitik beruhigt und ihre Angst vor dem Umsturz geweckt wurde, sich unter Umständen gegen dieselbe Landpartei zu wenden geneigt waren, mit der sie bislang gemeinsam gestimmt hatten. Es gab eine parlamentarische Gruppe zwischen den Konservativen und der Landpartei, deren Mitglieder man als „trimmers", als Ueberläufer bezeichnete; ihr Hauptführer war Lord Halifax. Diese Ueberläufer schlugen sich je nach Umständen nach rechts oder nach links, je nachdem sie mehr Angst vor der Reaktion oder aber vor der Gefährdung von Autorität, Ordnung, Eigentum hatten. So wenig umstürzlerisch die parlamentarische Opposition auch in Wirklichkeit war, so hingen ihr doch auch die mehr oder weniger revolutionären Elemente an, und jedenfalls erhielt die Landpartei insofern die revolutionäre Tradition aufrecht, als sie sich nicht unter allen Umständen auf das konservative Schlagwort der non-resistance, des unbedingten Nicht-Widerstandes gegen die Krone, mit Waffengewalt nämlich, festlegen wollte. Mit eben diesem Schlagwort nun gedachte die auf die cabal gefolgte Regierung unter Danbys Führung alle konservativen Elemente im Land und Parlament um sich zu scharen. Wenn also die Revolutionsfurcht fruktifiziert werden sollte, mußte zuvor die Reaktionsfurcht beruhigt sein. Und dies hatte denn auch Danby schon vor dem Zusammentritt des Parlaments im Jahre 1675 nicht ganz ohne Erfolg unternommen.

Es handelte sich zunächst darum, die Prälaten zu gewinnen, indem man ihnen die Angst vor dem Papismus benahm. Es fanden Konferenzen mit mehreren von ihnen statt, in denen des Königs Anhänglichkeit an die Staatskirche beteuert und ihre Unterstützung von der Regierung verlangt wurde. Das Ergebnis war eine scharfe Proklamation gleichzeitig gegen Rekusanten und non-conformists. Der Widerspruch des Herzogs von York war vergeblich; er mußte es sich sogar gefallen lassen, daß seine Töchter durch den Londoner Bischof Compton nach anglikanischem Ritus konfirmiert wurden. Im Parlament kam dann die konservative Sammlungs-

politik Danbys in einer Bill zum Ausdruck, die von jedem Parlamentsmitglied und von jedem Inhaber irgendwelchen Amtes die eidliche Erklärung verlangte, daß es unter allen Umständen unstatthaft, gegen den König die Waffen zu ergreifen, und daß Deklarant nicht Aenderung der Regierung in Staat und Kirche erstreben werde. Dieser Versuch, die Landpartei zu isolieren, wurde von der Regierung bei den Lords in Angriff genommen. Die Opposition wehrte sich unter Shaftesburys Führung auf das entschiedenste. Die Bill ward aber schließlich vom Oberhaus angenommen, freilich bloß mit einer Mehrheit von 2 Stimmen. Englische Historiker haben gemeint, wenn die Bill an das Unterhaus gekommen wäre, so hätte wahrscheinlich eine viel größere Mehrheit sie verworfen. Das ist aber offenbar der Landpartei gar nicht so wahrscheinlich vorgekommen. Sie richtete nämlich ihre Taktik auf eine Diversion ein. Es kam wegen einer ganz anderen Sache zu einem Kompetenzstreit zwischen Ober- und Unterhaus, in den sich die Streitenden so verbissen, daß an andere Dinge gar nicht mehr gedacht wurde. Das Ende war im Juni 1675 eine Vertagung des Parlaments.

316. Hinrichtung der Mörder des Sir Godfroy

Als es im Oktober 1675 wieder zusammenkam, beanspruchte zunächst die auswärtige Politik das Hauptinteresse. Auf dem Kontinent ging der Krieg ohne entscheidende Ereignisse weiter fort. Die Mehrheit der Gemeinen wollte eine Kriegserklärung gegen Frankreich. Dies war auch Danbys Wunsch, keineswegs dagegen der des Königs. Karl hatte aber beileibe nichts dagegen, wenn sich durch Ausnutzung des Kriegseifers der Gemeinen ein schönes Stück Geld bei ihnen herausschlagen ließ, angeblich für die Flotte, in Wirklichkeit für den Hof. Für den Hof wollten aber auch die Konservativen nichts hergeben, und so wurden zwar 300 000 Pfund Sterling bewilligt, aber mit Bestimmungen, daß es unmöglich war, das Geld anders als für die Flotte zu verwenden. Die Zahlung von 800 000 Pfund Sterling königlicher Schulden lehnte das Unterhaus glatt ab. Damit war in Karls Augen der Zweck der Tagung total verfehlt, und als nun der Privilegienstreit zwischen Ober- und Unterhaus wieder losging, vertagte der König im November 1675 das Parlament auf 15 Monate. In diesem Zwischenraum machten die Verbündeten Versuche, Karl auf ihre Seite gegen Ludwig zu ziehen, und Danby war dafür. Es war aber nichts zu machen: in erster Linie, weil er dadurch, wegen der Geldfrage, in Abhängigkeit vom Parlament geriete. Die Geldnöte Karls nützte dann Ludwig XIV. aus, um Englands König dauernd von sich abhängig zu machen. Karl nahm 1676 ein dauerndes Jahresgehalt von 100 000 Pfund Sterling von Ludwig an. Dafür unterzeichnete der Stuart einen Vertrag, wonach die beiden Monarchen übereinkamen, nur im beiderseitigen

Einvernehmen irgendwelche Verpflichtungen zu übernehmen und einander im Fall einer Rebellion Beistand zu leisten.

Danby war mit diesem königlichen Handelsgeschäft nicht einverstanden, denn es schlug seiner Politik ins Gesicht. Aber er ließ es sich dann doch gefallen, weil er des schönen Einkommens halber an seinem Posten klebte. Mit dem französischen Gelde konnte Karl sich durchschlagen, bis im Februar 1677 das Parlament zusammentrat. Die Opposition versuchte zunächst, Neuwahlen zu erzwingen, indem sie sich auf ein mittelalterliches Statut berief, wonach mindestens alle Jahre ein Parlament berufen werden müßte, so daß das augenblickliche Parlament wegen der 15monatigen Vertagung faktisch als aufgelöst zu betrachten sei. Es war ein verfehlter Schachzug, weil die neueren Gesetze nur alle drei Jahre ein Parlament erheischten. Demnächst wurde Geld für die Flotte bewilligt, wieder mit einer Klausel, die jede anderweitige Verwendung ausschloß. Das Parlament drang auf Krieg gegen Frankreich. Der König ersuchte um 600 000 Pfund Sterling zu dem Zweck, während gleichzeitig sein Vertrag mit Ludwig fortbestand. Die Gemeinen ließen sich nicht beschwindeln, sondern verlangten zuvörderst ein Bündnis mit den Generalstaaten, worauf der König, höchlich empört über den Eingriff in seine Prärogative, das Parlament vertagte. Frankreich wünschte, daß die Vertagung bis zum April 1678 dauern solle; dafür bedang sich Karl eine Vermehrung seiner Pension um 100 000 Pfund Sterling jährlich aus.

Die auswärtige Politik Englands war zu dieser Zeit der richtige Zickzackkurs. Karl stand des Geldes halber, und auch, weil er die Hoffnung auf Durchsetzung seiner absolutistischen Wünsche mit Frankreichs Hilfe keineswegs aufgegeben hatte, im Dienste Ludwigs XIV. Danby war zwar selbst an der Vermittlung der Handelsgeschäfte mit Ludwig beteiligt, wünschte aber nach wie vor eine antifranzösische Politik und erreichte im Jahre 1677 wenigstens etwas, was Ludwig absolut nicht gefiel. Es kam eine politische Heirat zwischen dem Prinzen von Oranien und der englischen Prinzessin Marie, der älteren Tochter des Herzogs von York, zustande. Es ging dem König dabei hauptsächlich darum, die öffentliche Meinung zu beruhigen. Er entschuldigte sich dem französischen Gesandten gegenüber damit, er und sein Bruder seien die einzigen Mitglieder ihrer Partei, womit er seiner absolutistischen Projekte spottete, ohne es zu wissen. Er tat dann noch einen Schritt im Sinne Danbys, indem er den Frieden zu vermitteln suchte. Ludwig nahm davon keine Notiz. Darauf berief Karl das Parlament zum Januar 1678 ein, im Widerspruch zu den Abmachungen mit Ludwig, der nun die Zahlung der Pension einstellte.

Danbys Politik schien nun maßgebend. Die Gebrüder Stuart waren auf die Idee gekommen, daß ein Krieg mit Frankreich ihnen zu einer Armee verhelfen könne, womit sich der Absolutismus aufrichten lasse. Als das Parlament zusammentrat, brachte Karl ein Angriffs- und Verteidigungsbündnis mit den Niederlanden zur Kenntnis und verlangte gleichzeitig eine Flotte von 90 Segeln und eine Armee von 30—40 000 Mann. Im Unterhaus bekundete sich starkes Mißtrauen gegen die Absichten des Königs — ob die Armee nicht zu ganz anderen Zwecken dienen solle als gegen Frankreich —, aber schließlich wurden die für den Anfang nötigen Gelder bewilligt.

317. Coleman wird zur Hinrichtung geschleift

Der Abgeordnete Coventry bekämpfte die Aufstellung eines Landheeres als gefährlich und zwecklos. Er erklärte für Englands Aufgabe, eine große Flotte auszurüsten und den französischen Handel überall abzuschneiden. Hier kommt der Gesichtspunkt des Konkurrenzkampfes zum Vorschein. Bischof Burnet bemerkt dazu erläuternd über die ökonomischen Verhältnisse der Franzosen: „Sie waren damals sehr hoch in ihren Manufakturen und ihrem Handel. Ihre Leute waren sowohl sinnreich als betriebsam. Sie arbeiteten hart und lebten schlecht, so daß sie billiger verkauften als andere tun konnten, und es stellte sich heraus, daß wir annähernd eine Million unseres Geldes in bar jährlich zur Balanzierung unseres Handels mit ihnen verwandten ... Eine strenge Akte ging durch, die alle Einfuhr französischer Manufakturen oder Landesprodukte auf drei Jahre und bis zur nächsten Parlamentssession danach verbot. Diese wurde so genau wie möglich gefaßt und ein Jahr lang gut beobachtet. Aber die Kaufleute fanden Mittel, sie zu umgehen, und der Hof war zu sehr französisch, um nicht ihre Durchbrechung zu begünstigen." Hier tritt denn wieder der unversöhnliche Gegensatz zwischen den handelspolitischen Absichten des Parlaments und den innerpolitischen der Krone drastisch in die Erscheinung. Burnet gibt übrigens auch an, die Mehrheit für eine Armee gegen Frankreich sei bloß dadurch erzielt worden, daß man zahlreichen einflußreichen Mitgliedern Offiziersstellen versprochen habe, und die sagten dann, ein von Grundbesitzern befehligtes Heer könne füglich nicht zur Gefahr werden.

Wie aber nun immer mehr Truppen auf die Beine kamen, wurde das Parlament sehr unruhig, und im April 1678 beschlossen die Gemeinen, keine Gelder mehr zu bewilligen, wenn ihnen nicht zuvor im Punkte der Religion volle Sicherheit gegeben werde. Der erkannte und enttäuschte König vertagte das Parlament und begann wieder geheime Verhandlungen mit Frankreich, während gleichzeitig die englischen Truppen, die früher für Frankreich gekämpft hatten, jetzt auf Seiten der Niederlande waren. Als das Parlament im Mai wieder da war, beschloß es alsbald, daß entweder die Kriegserklärung gegen Frankreich oder die Entlassung der Armee erfolgen solle. Auf eine ausweichende Antwort Karls beschlossen die Gemeinen, daß das Heer sofort zu entlassen sei. Der König tat dies nicht, sondern machte, um einen Vorwand zum Zusammenhalten der Armee zu haben, Miene, in den Krieg einzutreten.

Dadurch machte nun aber der König von Frankreich einen Strich, indem er am 31. Juli 1678 zu Nymwegen mit den Niederlanden Frieden schloß. Die Republik ging mit Vorteil aus dem erst so unglücklichen Kriege hervor, insofern sie

318. Lord Essex

keine territoriale Einbuße erlitt und in den Zollfragen Zugeständnisse erzielte: der französische Tarif von 1667 wurde durch den von 1664 ersetzt, ferner auch das Tonnengeld ermäßigt. Die Zeche mußte Spanien bezahlen, das die Franche-Comté und wichtige Plätze in den Niederlanden einbüßte. England hatte bei den letzten Ereignissen eine ganz lächerlich inkonsequente Rolle gespielt — hauptsächlich wegen des Schwankens der Regierung, zum Teil aber auch, weil die nun wieder führende Opposition zwei Seelen in der Brust hatte, einesteils Krieg gegen Frankreich wollte, andererseits Angst vor militärischer Macht des Königs hatte und daher hin und her schwankte. Die Konfusion war so toll, daß oppositionelle Abgeordnete damals von Frankreich Geld genommen haben, manche aus purer Korruption, die meisten aber, weil sie das Geld politisch nutzbringend verwenden zu können meinten. Der König von Frankreich wollte aus Mißtrauen gegen Karl, daß dieser kein Heer und kein Geld haben solle. Das gleiche wollte die parlamentarische Opposition aus innerpolitischen Gründen. Die Verbindung zwischen den Führern der Landpartei und Ludwig XIV. zeugt schon von einer hochgradigen Verdorbenheit der politischen Moral. Noch viel mehr zeugt davon der politische Kniff, auf den zunächst oppositionelle Führer, hauptsächlich Lord Shaftesbury, verfielen, um den gordischen Knoten der inneren Verwicklungen mit einem Schlage zu zerhauen.

Als der König an einem Augusttage des Jahres 1678 allein im Saint-James-Park spazieren ging, näherte sich ihm plötzlich ein gewisser Kirby und warnte ihn eindringlichst vor Attentätern; es bestehe ein Komplott zu seiner Ermordung. Auf näheres Befragen nannte er ein paar Jesuiten, die den König zu erschießen beabsichtigten, während der Leibarzt der Königin ihn vergiften wolle. Als Gewährsmann nannte Kirby einen anglikanischen Geistlichen namens Tongue. Dieser wurde demnächst verhört und wartete mit einem umfangreichen Schriftstück auf, das „Enthüllungen" über ein großes Papistenkomplott enthielt und ihm nach seiner Angabe unter die Türe geschoben sein sollte. Bald kam denn auch der Verfasser dieses Machwerkes zum Vorschein, ein gewisser Titus Oates. Dieser Mensch war ein heruntergekommener Pfaffe der Staatskirche, der in seinem bewegten Leben eine Menge dunkler Punkte aufzuweisen hatte. Unter anderem war er auch einmal als vorgeblicher Konvertit im englischen Jesuitenkollegium zu St. Omer in Frankreich gewesen: wie er behauptete, nur um den schwarzen Plänen der Papisten auf die Spur zu kommen. Er gab nun in seinen eidlichen Aussagen nach und nach eine ungeheure Lügenmär zum besten, die immer weiter ausgesponnen wurde. Im weiteren Verlauf der Affäre kamen noch mehr dunkle Ehrenmänner zum Vorschein, durch deren Eideshilfe das „Komplott" sich förmlich zur Seeschlange auswuchs. Das Lange und Breite von der Sache war, daß es bei der angeblichen Verschwörung darauf abgesehen sein sollte, nicht nur den König

zu ermorden, sondern auch alle führenden Staatsmänner und Prälaten. Ueberhaupt sollte ein ungeheures Protestantengemetzel stattfinden. 200000 Katholiken wären bereit, auf des Papstes und seiner Jesuiten Geheiß zu den Waffen zu greifen, um England wieder päpstlich zu machen: mit Mord und Brand; wie die Jesuiten vor 12 Jahren London in Brand gesteckt hätten, so wollten sie jetzt die Schiffe auf der Themse anzünden. Der Papst, der England als sein Eigentum ansehe, habe schon die Ernennungen — von lauter Katholiken natürlich — zu allen Staats- und Kirchenämtern vollzogen; König solle der Herzog von York werden, wenn er nach der Pfeife der Jesuiten tanze. Sonst müsse er auch, wie sein Bruder, ins Gras beißen. Eine Unmenge von Katholiken, Geistlichen und Laien, worunter eine Anzahl Lords, wurden von den Angebern der Beteiligung an dem Komplott bezichtigt, auch die Königin schließlich hineinverwickelt. Die Aussagen des Meineidspfaffen und seiner Komplizen wimmelten von Widersprüchen und Unwahrscheinlichkeiten, ja, offenbaren Unwahrheiten. Das hinderte aber nicht, daß die Geschichte im großen Publikum Glauben fand. Dazu halfen zwei zufällige Umstände, die den Anstiftern und Werkzeugen der ganzen Tragikomödie von großem Nutzen waren.

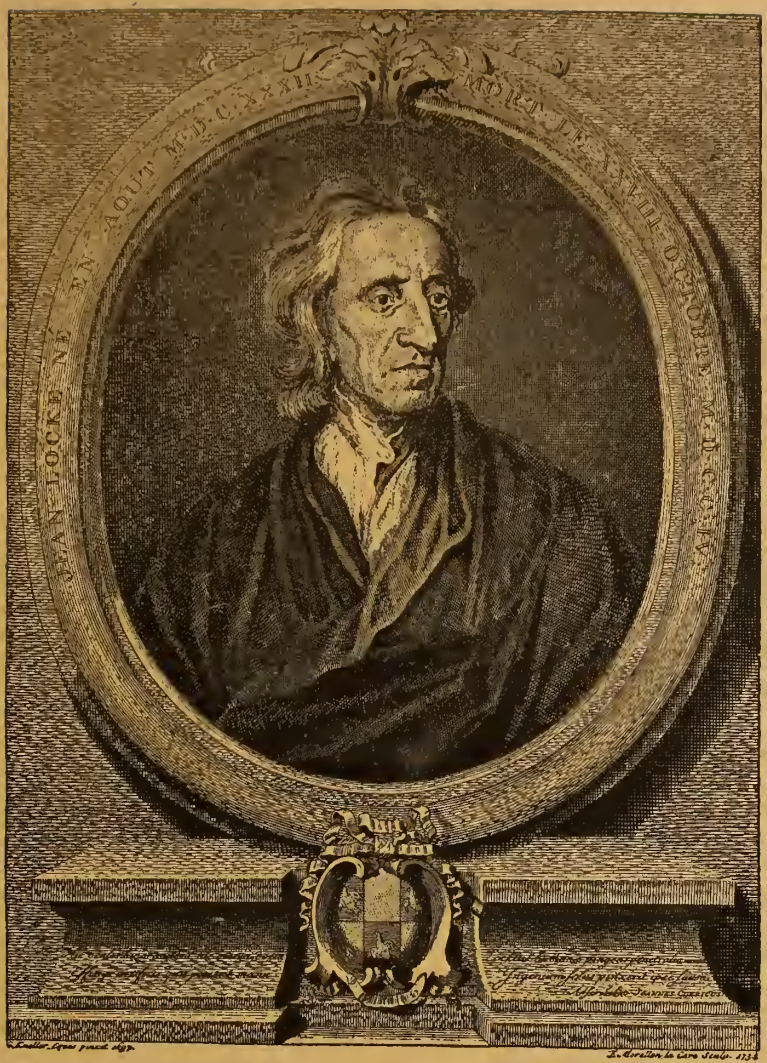
319. Der Graf von Essex wird im Tower ermordet

Einer der durch Oates belasteten Katholiken war Coleman, der Sekretär der Herzogin von York. Als man bei ihm haussuchte, fand man Reste einer Korrespondenz Colemans mit dem Beichtvater des Königs von Frankreich, aus denen sich ohne Zweifel so etwas wie ein Papistenkomplott herauslesen ließ. In diesen Briefen war davon die Rede, daß ein großes Werk zu vollbringen sei, die Bekehrung Englands von der Ketzerei zur Alleinseligmachenden. Nie seit der Königin Maria seien solche Aussichten auf Erfolg gewesen wie jetzt. Gott habe England einen Fürsten gegeben, der mit Eifer danach strebe, der Urheber eines so glorreichen Werkes zu werden. Dazu sei aber Beistand nötig. Die Interessen der englischen Krone seien von denen Frankreichs und der katholischen Religion unzertrennlich usw. Hierzu hat schon der englische Verfassungsgeschichtschreiber Hallam bemerkt, es sei wohl ein Papistenkomplott im Gange gewesen, aber nicht dasjenige, welches Oates und Konsorten enthüllten, sondern ein anderes, bei dem Karl, der Herzog von York und der König von Frankreich die Hauptverschwörer waren. Davon und von nichts anderem offenbarte die Colemansche Korrespondenz Spuren.

Die öffentliche Meinung aber sah in diesen Briefen eine Bestätigung der Oatesschen Angaben, desgleichen in dem rätselhaften Tode, den in eben diesen erregten Monaten Sir Edmondsbury Godfrey fand, der Untersuchungsrichter, der Oates' erste Aussagen aufgenommen hatte. Man fand Godfreys Leichnam bei

Primrose Hill mit allen Spuren eines gewaltsamen Todes, der nach den Umständen nicht auf Straßenräuber zurückgeführt werden konnte. Das wahrscheinlichste scheint heute, daß sich bei Godfrey, der von Natur zur Melancholie neigte, im Zusammenhang mit der Verschwörungsgeschichte eine krankhafte Angst vor papistischen Nachstellungen eingefunden hatte, die bis zum Verfolgungswahnsinn ging und ihn zum Selbstmord trieb. Wie dem auch sei, das unwahrscheinlichste war jedenfalls, daß der Richter auf Anstiften der Papisten ermordet worden sein sollte. Ebendies aber wurde allgemein als ganz selbstverständlich angenommen, wie denn auch mehrere Unglückliche als Mörder Godfreys gehängt worden sind. Diese Affäre verstärkte den Glauben an eine weitverzweigte Verschwörung und die blinde Wut auf alles, was katholisch hieß. London sah im Herbst des Jahres 1678 aus, als wenn es sich im Belagerungszustande befinde. Die Citymilizen patrouillierten überall herum auf der Suche nach einem Feind, der bloß in der Phantasie existierte.

Von den gleichen Schreckgespenstern wurden auch die Mitglieder des Parlaments verfolgt, das im Oktober zusammentrat. Soweit sie dem Wahn nicht verfallen waren, hüteten sie sich doch, ihren Unglauben an das Komplott merken zu lassen; denn das war jetzt höchst gefährlich. Als Sir William Temple in einem Gespräch mit Lord Halifax äußerte, daß er an bestimmte Punkte nicht glaube, bedrohte Halifax ihn damit, daß er ihn dem Publikum als Papisten denunzieren werde; das Komplott müsse als wahr behandelt werden, ob es nun wahr sei oder nicht. Zu denen, die überzeugt waren, daß die Oatessche Komplottgeschichte ein einziges großes Lügengewebe sei, gehörte auch der König. Aber er hatte nicht den moralischen Mut, seine Ueberzeugung kundzutun oder hernach durch die Ausübung seines Begnadigungsrechts die Opfer zu retten, als seit den letzten Monaten des Jahres 1678 in den unaufhörlichen Komplottprozessen ein Todesurteil nach dem anderen erging. In der Thronrede, mit der er am 21. Oktober das Parlament eröffnete, sprach er nur mit ein paar Worten von dem Komplott, dessen Sachverhalt die Gerichte ermitteln würden. Die Hauptsache war ihm eine gehörige Geldbewilligung. Von diesem Ersuchen des Königs nahmen die Gemeinen jedoch gar keine Notiz. Sie stürzten sich gleich mit Feuereifer in die Erörterung der Komplottaffäre hinein. Das Parlament zog die Untersuchung an sich. Der geheime Hintermann des ganzen Treibens, Shaftesbury, übernahm jetzt offen die Regie: er leitete die Untersuchung und hatte binnen kurzer Zeit mehrere tausend Menschen in Verhaft gebracht. In den parlamentarischen Debatten erhob er in klaren Worten die Anklage, daß beabsichtigt sei, durch den Papismus die Sklaverei in England vorzubereiten. Am 31. Oktober resolvierten beide Häuser des Parlaments, daß „ein verdammungswürdiges und höllisches Komplott bestanden habe und noch bestehe, angezettelt und fortgeführt von den papistischen Rekusanten, um den König zu ermorden und die Regierung umzustürzen, die protestantische Religion auszurotten und zu zerstören". Schon war man auch an die politische Fruktifizierung des Komplotts gegangen. Am 30. November gab der König einem Beschluß beider Häuser seine Zustimmung, wonach die Katholiken vom Parlament ausgeschlossen wurden. Der Herzog von York war freilich durch eine besondere Klausel davon ausgenommen worden. Daß es aber auf ihn abgesehen sei, zeigte der Antrag der Führer der Landpartei im Ober- und Unterhause, Shaftesburys



320. John Locke, englischer Philosoph

und Russels, eine Adresse an den König zu richten, durch die der Monarch ersucht werden sollte, Jakob aus seiner Gegenwart und aus seinem Rate zu entfernen.

Gegen den Herzog von York richtete sich desgleichen in letzter Linie auch das Verfahren, das gegen die Königin eingeleitet wurde. Man wollte eine Ehescheidung und neue Ehe des Königs erreichen, aus der sich Kinder erwarten ließen. Die Königin sollte mit den Jesuiten im Einverständnis über die Ermordung ihres Gemahls gewesen sein. Titus Oates erschien vor den Schranken des Unterhauses und rief mit lauter Stimme: „Ich, Titus Oates, klage Katharina, Königin von England, des Hochverrats an.“ Darauf wollten sich die Lords nun nicht einlassen. Noch eine zweite Hochverratsklage gegen eine hochgestellte Persönlichkeit nahm das Unterhaus in Angriff: gegen den Minister Danby. Der bisherige englische

Gesandte in Paris legte, übrigens aus ganz niedrigen Beweggründen persönlicher Rache, dem Parlament ein Schriftstück von Danbys Hand vor, worin versucht wurde, bei Ludwig XIV. für politische Zugeständnisse ein Jahresgehalt von 6 Millionen Livres einzuhandeln. Am Schluß stand von König Karls Hand: „Dieser Brief ist auf meinen Befehl geschrieben. C. R." Hier war nun also der königliche Landesverrat in einem Falle offenkundig. Die Worte des Königs wurden nach konstitutionellem Grundsatz aber ignoriert. Dagegen ging es um so heftiger über Danby her. Um ihn zu retten und den kitzlichen Erörterungen ein Ende zu machen, prorogierte Karl am Jahresschluß das Parlament und sprach im Januar die Auflösung aus.

Bei steigender Erregung im Lande schien die Lage vielen um so mehr an die Zeiten zu Ende der 30er und Anfang der 40er Jahre zu erinnern, als es jetzt dort wieder zu Unruhen kam, von wo dazumal der Revolutionssturm seinen Anfang genommen hatte. Im Jahre 1679 kam es bereits zu einem gewaltsamen Ausbruch des Mißvergnügens auf schottischem Boden. Es war nicht die erste Explosion seit der Restauration, die in der mit England nun bloß wieder in Personalunion stehende Heimat der Stuarts eine weit bösartigere Reaktion herbeiführte, als das Nachbarland erlebte. Um den Geist der Revolution ganz und gar zu überwinden, wurde Schottland mit der Bischofskirche und einem Säbelregiment schlimmster Art beglückt. Gegen die militärisch-geistliche Tyrannei erhoben sich 1666 Scharen puritanischen Landvolks, wurden aber bei den Teutland-Hügeln geschlagen, und ein barbarisches Strafgericht folgte. Seitdem hatte die grausame Verfolgung der Puritaner keinen Augenblick nachgelassen. Wie wilde Tiere wurden die hartnäckigsten Covenanters gehetzt, durch förmliche Aechtung von aller menschlichen Gemeinschaft abgeschnitten aber sie unterwarfen sich nicht. Und die Masse der Bevölkerung wartete nur auf einen günstigen Augenblick, um sich an den militärischen und geistlichen Unterdrückern des Landes zu rächen. Der allgemeinste Haß richtete sich gegen die beiden obersten Häupter der Mörder- und Räuberbande, die über Schottland regierte. Das waren der Herzog von Lauderdale, ein blutgieriger Soldat, der sich den Herzog Alba zum Vorbild genommen haben muß, und ganz besonders der Erzbischof Sharp von St. Andrews. Dieser oberste der schottischen Prälaten war den schottischen Covenanters um so verhaßter, als er einst zu den Ihrigen gehört und sie schnöde verraten hatte. Sharp verfolgte seine ehemaligen Gesinnungsgenossen mit der tödlichen Feindschaft des schuldbewußten Renegaten und schreckte so wenig wie Lauderdale vor irgendeinem Verbrechen zurück. Die größte Schandtat, die das würdige Brüderpaar — übrigens mit ausdrücklicher Ermächtigung König Karls — beging, fällt ins Jahr 1678. Da wurde an die Grundherren der westlichen Grafschaften von Schottland die Aufforderung gerichtet, sich für das „gute Betragen" ihrer Hintersassen, Taglöhner usw. betreffs geheimer Versammlungen und sonstiger Gesetzwidrigkeiten zu verbürgen. Als die Landlords das durchweg ablehnten, erklärte Lauderdale den ganzen Westen für aufrührerisch und ließ seine vertierte Soldateska auf die unglückliche Bevölkerung los. Außerdem wurden 8000 Hochländer aus ihren Bergen heruntergeholt durch das Versprechen, daß sie ihrer ererbten Feindschaft gegen die „Sassenach" ungestraft freien Lauf lassen könnten. Drei Monate lang wurde unter den Einwohnern des schottischen

Westens mit Raub, Mord und Brand gehaust, ohne daß sie noch aussichtslosen Widerstand versuchten.

321. Unterschrift Karls II.

Ein Zufall brachte im folgenden Jahre die lang verhaltene Wut des gepeinigten Volkes zum Ausbruch. Auf dem Angusmoor bei St. Andrews stieß im Mai 1679 eine Anzahl geächteter Covenanters auf den Erzbischof Sharp, der über Land fuhr. Sie erblickten in dem unvermuteten Zusammentreffen ein Zeichen, daß Gott den Judas in ihre Hand gegeben habe, und machten den Erzbischof nieder. Die Kunde von dem Ende des Verräters und Verbrechers flog durchs Land, überall freudig begrüßt und als Signal zum allgemeinen Aufstand angesehen. Ein paar Tage nachher zog der berüchtigte Oberst Claverhouse mit den Leibgarden nach dem Loudonhügel bei Drumclog, um eine geheime Versammlung von Covenanters zu zersprengen, die seine Spione ausgekundschaftet hatten. Er fand die Puritaner über Erwarten zahlreich, mit Waffen versehen, in vorteilhafter Stellung wohlgeordnet und zum Kampf entschlossen. Es entspann sich ein blutiges Gefecht, das mit der völligen Niederlage und schimpflichen Flucht der Leibgarden endigte. Nun brach im ganzen Westen der Aufstand los; sogar Glasgow fiel in die Hände der Covenanters. Anstatt aber ihren Vorteil weiter zu verfolgen, schlugen die Aufständischen mit inneren Streitigkeiten über sektiererische Meinungsverschiedenheiten die Zeit tot. Ihre Feinde waren inzwischen nicht untätig, sondern zogen überlegene Streitkräfte unter dem Herzog von Monmouth aus England heran. Bei der Bothwellbrücke über den Clyde kam es zur Schlacht, die mit der völligen Niederlage der Aufständischen endigte. Neue Gewaltherrschaft kam bereits wieder über Schottland, während in England die parlamentarischen Kämpfe erst in vollen Gang kamen.

Die Neuwahlen von 1679 gingen im Zeichen des Komplottrummels vor sich. Nach einem Wahlkampf von beispielloser Schärfe trug die Opposition eine entschiedene Mehrheit davon. Gleich nach der Eröffnung der Session gab es schon einen Zusammenstoß mit der Krone. Die Mehrheit wählte den bisherigen Sprecher wieder. Der König verwarf ihn und schlug einen anderen vor, von dem wieder die Gemeinen nichts wissen wollten. Der Streit wurde schließlich dadurch beigelegt, daß man sich auf eine dritte Person einigte. Nach diesem Vorpostengefecht entspann sich der erste hartnäckige Kampf wieder um dieselbe Sache, womit das aufgelöste Parlament sich zuletzt beschäftigt hatte: das Unterhaus machte Miene, die Anklage gegen Danby wieder aufzunehmen. Nun beschied der König, nachdem er Danby zuvor entlassen hatte, das Parlament vor sich und eröffnete ihm, auf seinen Befehl sei geschehen, was Danby getan habe, und deshalb habe er ihn begnadigt; gleichzeitig habe er indes einigen Grund, ihn aus seinem Rat auszuschließen. Damit war das Unterhaus aber nicht zufrieden — die Begnadigung vor erfolgtem Urteil erschien ihm als eine Verhöhnung seines Anklagerechts —

322. Eleonor Gywnn, eine der vielen Mätressen Karls II.

und ging gegen Danby bei den Lords vor. Diese nahmen nach anfänglichem Schwanken die Bill of attainder an. Danby, der sich bisher in Whitehall verborgen gehalten hatte, stellte sich nun der Anklage und berief sich auf seine Begnadigung durch den König, die hinwieder von den Gemeinen als unwirksam behandelt wurde. Das Gezänk wurde immer heftiger, wurde aber nach einer kurzen Vertagung des Parlaments nicht wieder aufgenommen, wenigstens nicht um Danby. Der Mehrheit der Gemeinen war die Danby-Affäre nicht das Hauptinteresse, sondern demnächst sollte als einziges Mittel gegen Despotismus und Papismus eine Bill herankommen, die den Herzog von York von der Thronfolge ausschloß.

Diese große Aktion sahen der König und seine Ratgeber schon kommen, als sie während des Streits um Danby das Parlament vertagten. In der Zwischenzeit bis zur Wiederaufnahme der Sitzungen ward auf Mittel und Wege gesonnen, um eine Verständigung mit der Parlamentsmehrheit herbeizuführen. Karl ging auf den Rat William Temples ein, der selber gemäßigt oppositionell war. Demgemäß wurden eine Anzahl Hauptführer der Opposition, darunter auch Temple, in den geheimen Rat aufgenommen: Shaftesbury ward gar Präsident des Rates. Aber es kam kein Kompromiß zustande. Die Mehrheit nahm alsbald die Ausschließungsbill auf, und ihre Führer, auch die ins Kabinett aufgenommenen, Shaftesbury voran, betrieben die Ausschließung Jakobs mit großem Eifer. Karl machte einen Vermittelungsvorschlag, wonach im Fall eines katholischen Thronfolgers die kirchlichen Befugnisse ihm überhaupt entzogen, alle höheren Stellungen nur mit Genehmigung des Parlaments besetzt werden sollten. Aber Shaftesbury nannte das einen Versuch, den Simson mit Weidenruten zu binden, solche Fesseln streife ein König ab. Ebensowenig wollte die Mehrheit der Gemeinen etwas von einem solchen Kompromiß wissen, sondern sie blieben bei ihrer Ausschließungsbill, die rund und nett den Herzog von York für unfähig erklärte, die Krone zu erben. In Bischof Burnets „Geschichte seiner eigenen Zeit" werden die Argumente der Ausschließer knapp zusammengefaßt und darunter nachdrücklich die Angst der Grundbesitzer hervorgehoben, daß ein großer Teil des Eigentums der Nation, die Abteiländereien, durch die Aussicht auf eine papistische Thronfolge gefährdet würde. So rief ein Redner aus: „Was unsere Seelen angeht — wir sind Ketzer; man wird uns verbrennen und verdammen. Was unsere Besitzungen angeht — man wird unsere Ländereien nehmen und Mönche und Klosterbrüder darauf setzen. Unsere Frauen und Kinder müssen betteln gehen . . ." Der Schlußrefrain der Mehrheitsredner war immer wieder der, daß ein katholischer König für Religion, Freiheit und Eigentum verhängnisvoll sei. Die Gemeinen gingen von dem staatsrechtlichen Grundsatz aus, die dem Parlament innewohnende konstituierende Gewalt sei unbe-

323. Herzogin von Portsmont, eine der vielen Mätressen Karls II.

schränkt, erstrecke sich über alle Gegenstände des Staatswohles, auch auf die Thronfolge, und sei an keine Grundgesetze gebunden. Von alledem wollte die Krone natürlich nichts wissen, der mit der Ausschließung der Uebergang vom Erb- zum Wahl- und Schattenkönigstum gegeben schien. Als die Ausschließungsbill vom Unterhaus mit 79 Stimmen Mehrheit angenommen wurde, vertagte der König am 27. Mai 1679 das Parlament, und es war von vornherein klar, daß eine Auflösung auf dem Fuße folgen werde.

Am Tage der Prorogation trat ein Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit in Kraft, das unter dem Namen Habeaskorpusakte in der Verfassungsgeschichte berühmt ist. Die Magna Charta und die Bill of rights waren bislang die beiden konstitutionellen Garantien gegen willkürliche Verhaftungen und Kabinettsjustiz. Sie waren aber vielfach, auch neuerdings wieder, von der Regierung umgangen worden und hatten sich der Ergänzung durch Ausführungsbestimmungen bedürftig erwiesen. Solche Ausführungsbestimmungen nun enthielt die Habeaskorpusakte hauptsächlich: besonders die, daß eine Verhaftung nur mit ordnungsmäßigem, motiviertem Verhaftsbefehl erfolgen dürfe, und daß der Verhaftete in Kürze, im allgemeinen binnen 3 Tagen, vor das zuständige Gericht zu stellen sei. Um das Zustandekommen der Habeaskorpusakte hatte sich hauptsächlich Shaftesbury bemüht. Sie paßte dem König natürlich sehr wenig. Aber angesichts der Neuwahl, konnte Karl es nicht wagen, eine so populäre Maßregel zu hintertreiben. Er mußte seine Zustimmung geben, wenn nicht gleich alle Aussicht auf ein günstigeres Parlament entschwinden sollte.

Mitte Juli ward die förmliche Auflösung ausgesprochen. Der Wahlkampf drehte sich in erster Linie um die Ausschließungsbill. Die Landpartei wartete jetzt auch schon mit einer Persönlichkeit auf, die den Herzog von York in der Thronfolge ersetzen sollte. Es war der älteste uneheliche Sohn des Königs, der Herzog von Monmouth. Monmouth ging mit der Opposition durch dick und dünn und hatte sich eine außerordentliche Beliebtheit, besonders bei den Kleinbürgern und Kleinbauern, zu erwerben gewußt. Seine beste Empfehlung war in den Augen eines großen Teils seiner Anhänger, daß seine Erhebung zum Thronfolger mit dem monarchischen Prinzip der Erblichkeit nicht wohl in Einklang zu bringen war, sondern, wenn sie gelang, einen Sieg der Gemeinen darstellte, denen Monmouth hernach unmöglich widerstehen konnte. „Der schlechteste Anspruch macht den besten König," sagte man damals. Die Wahlen brachten der Landpartei eine entschiedene Mehrheit im Unterhaus. Der König aber war nicht gewillt zu weichen. Das dokumentierte er schon vor dem Zusammentritt des Parlaments, indem er Shaftesbury seines Amtes entließ: natürlich war Shaftesbury nun erst recht Gift und Galle. Demnächst gingen auch die übrigen Ratsmitglieder aus der Opposition.

324. Georg Jeffreys

Am 17. Oktober trat das Parlament zusammen. Es kam aber gar nicht zum Eintritt in die Verhandlungen. Der König vertagte es nämlich noch am selben Tage. Er glaubte sich dies leisten zu können, da ein neues Handelsgeschäft mit Ludwig XIV. dem Abschluß nahe schien. Er war mit dem Franzosenkönig auf ein Jahresgehalt von 3 Millionen Livres übereingekommen. Aber die Unterschriften fehlten noch, und als Ludwig sah, wie Karl sich festgefahren hatte, spannte er seine politischen Forderungen immer höher. Die Verhandlungen zerschlugen sich zuletzt. So mußte der König sich schließlich dazu verstehen, das Parlament nach einjähriger Vertagung im Herbst 1680 wirklich zusammentreten zu lassen. Mit Petitionen, die dies Verlangen in mehr oder weniger kräftiger Sprache an ihn richteten, war er inzwischen überhäuft worden. Die politische Bewegung im Lande war während dieser ganzen Pause der parlamentarischen Kämpfe sehr stürmisch gewesen. Die Katholikenhetze hatte im Jahre 1680 ihren Fortgang genommen und forderte wieder eine Reihe blutiger Opfer. Land- und Hofpartei befehdeten sich überall aufs heftigste. Schon bedachte man sich gegenseitig mit den beiden Spottnamen, die hernach an den Parteien haften geblieben sind. Die Landparteiler wurden von ihren Gegnern Whigs genannt nach jenen schottischen Presbyterianern, die sich im Jahre 1679 erhoben hatten. Die Anhänger der Hofpartei erhielten dafür den Spitznamen Tories nach jenen geächteten Katholiken Irlands, die sich in die Sümpfe geflüchtet hatten und vom Raube lebten.

Schon vor dem Zusammentritt des Parlaments waren Verhandlungen zwischen dem König und den Führern der Unterhausmehrheit im Gange. Man bot dem König große Geldbewilligungen und freie Wahl seines Nachfolgers an, wenn er nur der Ausschließung Jakobs zustimmen wolle. Der König schien zeitweilig darauf eingehen zu wollen. Er handelte mit den Führern der Whigs über die Größe der zu bewilligenden Geldsumme, verlangte erst 800 000 Pfund Sterling, wollte sich aber schließlich auch mit 600 000 zufrieden geben. Wenn diese votiert sind, will er der Ausschließung seines Bruders zustimmen. Auf diesen Leim gingen die Whigs aber nicht. Sie merkten, daß es dem König bloß um das Geld zu tun sei, daß er sich dagegen um die Erfüllung seines Versprechens werde zu drücken wissen. Vor allem Shaftesbury war viel zu gerissen, um sich von Karl hinters Licht führen zu lassen; er blieb dabei: „Erst die Ausschließung, sodann das Geld." So führten also die Verhandlungen zu keinem Ergebnis. Ehe sie noch abgebrochen waren, hatten die Gemeinen die Ausschließungsbill schon wieder aufgenommen. Sie ging bei ihnen am 15. November 1680 mit großer Mehrheit durch.

Nun kam sie an die Lords. Hier wogen nun die Tories vor; insbesondere nahmen sich die Bischöfe mit großem Eifer der Erbmonarchie an. Das Ergebnis war, daß im Oberhaus die Ausschließungsbill am 19. November mit 63 gegen

30 Stimmen abgelehnt wurde. Demnächst erklärte das Unterhaus in einer Adresse an den König seine unveränderte Ueberzeugung, daß die Ausschließung Jakobs notwendig sei. Um die bestehende Religion und Verfassung aufrechtzuerhalten, und um das Eigentum gegen Papismus und willkürliche Gewalt zu schützen, nahmen die aufgebrachten Gemeinen einen Antrag an, den König zur Entlassung des Ministers Halifax aufzufordern: dies Verlangen schlug Karl rundweg ab. Dann stellte das Unterhaus verschiedene hochgestellte Persönlichkeiten, die ihm verhaßt waren, unter die Anklage des Hochverrats. Die zuerst vorgenommene und allein erledigte unter diesen Anklagen war eine schreiende Ungerechtigkeit. Sie betraf den katholischen Lord Stafford, der in das Papistenkomplott verwickelt sein sollte. Er war natürlich ganz unschuldig, wurde aber von den Lords zum Tode verurteilt und enthauptet. Der König tat nichts für ihn. Dagegen nahm er sich der ihm näherstehenden Angeklagten an, indem er das Unterhaus zuerst vertagte und bald danach (18. Januar 1681) auflöste.

325. Lord William Russell

Gleichzeitig ward für den Monat März ein neues Parlament einberufen, aber nicht nach London, sondern nach Oxford. Man wollte die Tagung deshalb nicht in der eifrig whiggistischen Hauptstadt stattfinden lassen, weil man befürchtete, daß die Londoner, wie Anno 1641—1642, dem Parlament mit bewaffneter Hand beispringen könnten. Man glaubte jetzt ernstlich an den Ausbruch eines Bürgerkriegs. Und es sah auch danach aus, als am 21. März 1681 das Parlament in Oxford zusammentrat. Der König erschien mit einer Bedeckung von Garden. Aber auch die whiggistischen Abgeordneten kamen mit zahlreichen Begleitern in Waffen nach Oxford. Die Londoner Abgeordneten, die von ihren Wählern beauftragt waren, keine Steuern zu bewilligen, solange nicht Sicherheiten gegen Katholizismus und Absolutismus gegeben seien, waren von zahlreichen Reitern gefolgt, die an den Hüten die Inschrift trugen: „Kein Papismus, keine Sklaverei!" Das Oxforder Parlament war ungefähr ebenso zusammengesetzt wie das letzte. Die Ausschließungsbill wurde denn auch wieder aufgenommen.

Das Kabinett machte nun einen Kompromißversuch. Es wurde den Gemeinen angeboten, der Herzog von York solle für immer aus dem Königreich verbannt werden und beim Ableben seines Bruders nur den Titel eines Königs erhalten, während die Regierungsgewalt in den Händen der Prinzessin von Oranien oder deren jüngerer Schwester liegen sollte. Diese sollten später auf dem Throne folgen, wenn der Herzog von York nicht einen protestantisch erzogenen Sohn hinterlasse. Damit war den Gemeinen ein gut Stück entgegengekommen. Aber sie wollten nichts von dem Kompromiß wissen. Es wäre übrigens auch nicht durchführbar gewesen, denn der Herzog von York wollte nicht gutwillig auf seine Rechte verzichten. So lehnten die Gemeinen den Vorschlag ab und begannen am 26. März die Beratung der

Ausschließungsbill. Sie kamen aber nicht weit, denn am zweiten Tage darauf ward das Parlament Knall und Fall aufgelöst. Karl war nicht mehr in Geldnöten, sondern endlich mit Ludwig XIV. über das Jahresgehalt handelseinig geworden.

Und nun kam es nicht zur Revolution, sondern zur Reaktion. Die Whigs hatten zwar bei den Wahlen ihre Mehrheit behauptet, aber doch stark an Anhang verloren. Das setzte sich jetzt in erhöhtem Maße fort. Zahlreiche bisherige Anhänger der Partei gingen ins Torylager über. Das hatte seinen Grund in der Revolutionsfurcht der besitzenden Klassen. Die Erinnerungen aus der Zeit der großen Rebellion waren wieder lebendig geworden und damit die Angst vor den „Fanatikern" und Levellers, deren manche jetzt wieder zum Vorschein gekommen waren. Weite Kreise hielten die Behauptung für wahr, daß die Opposition nicht nur den Herzog von York unschädlich machen, sondern überhaupt die Monarchie beseitigen und dem allgemeinen Umsturz wieder Tür und Tor öffnen wollte. Zahllose Aengsterlinge glaubten an jene reaktionären Schreckgespenster von Revolution und Republik. „Glaubt mir," hatte Jakob an den Prinzen von Oranien geschrieben, „es ist der Republikanismus, der allen diesen Affären in England zugrunde liegt und nicht die Religion." Daran ist soviel richtig, daß für die Whigs, wie für Jakob und seinen Anhang, es sich nicht um die Religion, sondern um politische Zwecke handelte. Ganz unrichtig ist dagegen, daß die Whigs eine Republik angestrebt hätten. Nicht einmal der radikalste unter den Führern der Whigs, Algernon Sidney verdient diese Bezeichnung. Er war ein Aristokrat vom reinsten Wasser. Noch viel ferner lagen republikanische Pläne dem Grafen Shaftesbury, der bei aller Dehnbarkeit seiner Anschauungen doch darin sich gleich blieb, daß er die in den Zeiten der puritanischen Revolution gewonnene Abneigung gegen die Demokratie festhielt. Er stand aber allerdings mit alten Demokraten, wie Wildman und Rumbold, in Verbindung, um sie für seine Zwecke zu benutzen. Auch dieser oder jener Anhänger der fünften Monarchie war wieder aufgetaucht. Ordnung und Eigentum schienen also vielen in Gefahr, und die Furcht vor der Revolution überwog bei diesen Elementen die Furcht vor der Reaktion, trieb sie ins reaktionäre Lager. Es gab bei den Whigs eine große Fahnenflucht bis in die Kreise der Kleinbürger und Kleinbauern hinein.

Der Partei schadete nun auch sehr die Katholikenhetze, die jetzt von der öffentlichen Meinung verworfen wurde. Ueberhaupt fand man, daß die Whigs angesichts der Konzessionen der Krone viel zu weit gegangen seien. Dieser Meinungsumschwung bekundete sich nicht nur darin, daß der Parlamentsauflösung keinerlei Unruhen folgten, sondern auch in loyalen Adressen an den König, die aus Stadt und Land, von den oberen Klassen wie aus den Mittelständen eingingen. Die Regierung nutzte diese Wendung zu ihrem Vorteil aus. Zunächst begann eine Prozeßkampagne gegen die Whigs, die mit denselben niederträchtigen Mitteln und Werkzeugen betrieben wurde wie die bisherige Papistenhetze. Auch diese wurde übrigens noch nicht sofort beendet, sondern der König und seine Leute hielten es für zweckmäßig, wenigstens noch ein Opfer darzubringen, damit der protestantische Eifer des Königs bewiesen, aller Verdacht katholischer Neigungen beseitigt werde. Der Titularprälat Plunket von Armagh in Irland wurde angeklagt, an einem Komplott beteiligt zu sein, das die Aufrichtung des Papismus auf der

grünen Insel bezwecken sollte. Mit den üblichen gedungenen Zeugen wurde er „überführt" und zum Tode verurteilt.

Inzwischen hatte man sich auch schon an den obersten Führer der Opposition herangewagt: Shaftesbury war verhaftet und des Verrates angeklagt worden. Für die nötigen Falschzeugen war natürlich gesorgt. Aber es fehlte an einem willigen Gerichtshof. Shaftesbury hatte in London seinen Gerichtsstand und kam hier vor eine Geschworenenbank, auf der seine Parteigenossen saßen. So sehr sich also der Hof auch anstrengte, um ihn zu Fall zu bringen, und obwohl die Zeugen Stein und Bein schworen, die Jury wies die Anklage als unbegründet ab: 24. November 1681. Darob großer Jubel in London und natürlich große Entrüstung bei Hofe. Man entschloß sich daher zur Anwendung von Radikalmitteln, um die Hindernisse zu beseitigen, die dem allerhöchsten Belieben noch im Wege standen.

Die einschneidendsten Maßregeln der Regierung liefen darauf hinaus, einmal die Besetzung der Geschworenenstellen und demgemäß also die Geschworenengerichte von sich abhängig zu machen, damit sie ihren politischen Gegnern „von Rechts wegen" an den Kragen kommen könne. Die Geschworenen wurden von den Sheriffs bestellt, also mußte die Regierung die Besetzung der Sheriffposten, die ihr in den Grafschaften ohnedies zustand, auch in den privilegierten Städten an sich bringen, besonders in London, wo ihre Hauptgegner, vor allem Shaftesbury, gerichtszuständig waren. Darüber hinaus aber wollte man überhaupt die Besetzung aller höheren Posten in den städtischen Korporationen vom souveränen Ermessen der Krone abhängig machen, weil die Korporationsvorsteher in zahlreichen Boroughs die Parlamentsmitglieder wählten. Da waren bislang hauptsächlich Whigs gewählt worden. Wenn die Regierung also auf diese Stellen ihre Hand legte, so waren ihr die Mandate und damit eine gefügige Unterhausmehrheit sicher, wenn die Umstände dazu nötigen sollten, wieder einmal ein Parlament zu berufen.

Der Plan lief natürlich auf einen Staatsstreich hinaus. Man wußte der Gewalt aber ein juristisches Mäntelchen umzuhängen, indem man die Stadt London, auf die es zunächst abgesehen war, der Ueberschreitung der ihr nach ihrem Charter, ihrem königlichen Freiheitsbrief, zustehenden Befugnisse anschuldigte und dieserhalb vor dem Court of king's bench anklagte, der ein bloßes Werkzeug der Regierung war. Vergebens wandten die Anwälte der Stadt ein, daß die Verantwortung für derartige Ueberschreitungen, wenn solche in vereinzelten Fällen wirklich vorgekommen sein sollten, nicht die Stadt, sondern einzelne Personen träfe. Der Gerichtshof erkannte am 12. Juni 1683 ganz nach Wunsch der Regierung, der Londoner Freiheitsbrief sei verwirkt. Damit war die Hauptstadt auf einmal völlig in die Hände der Krone gegeben. Der König gab den Freiheitsbrief schließlich zurück, aber mit sehr verminderten Gerechtsamen der Bürgerschaft. Die Selbstverwaltung war schier zum Teufel. Die wichtigen Londoner Aemter, besonders das des Mayors und der Sheriffs, unterlagen fortan der königlichen Bestätigung, und wenn der König die Wahl zweimal verwarf, so konnte er die Stelle nach eigenem Ermessen besetzen.

War es hier hauptsächlich auf die Sheriffsposten und also die Jurys abgesehen, so ging es anderswo hauptsächlich um die Besetzung der Parlamentsmandate. Denn es wiederholte sich nun allenthalben, was mit London geschehen war: in zahlreichen Städten entdeckte die Regierung Ueberschreitungen der

Freiheitsbriefe. Die Städte warteten meistens das Urteil gar nicht erst ab, sondern suchten sich gütlich mit der Krone zu einigen, indem sie ihr die Freiheitsbriefe auslieferten. Besonders tat sich hierbei Jeffreys hervor, der im Jahre 1684 im Norden die Runde machte und die Gemeinden durch Drohungen und Versprechungen veranlaßte, die Urkunden herauszugeben. „Er machte sie alle, wie die Mauern von Jericho, vor sich niederfallen," sagt ein Zeitgenosse, „und kehrte zurück, beladen mit Uebergaben, den Spolien der Städte". Sie erhielten dann neue Urkunden, durch die sie oligarchischer und der Regierung botmäßig wurden. Die Hauptämter kamen überall unter den Einfluß der Krone, wodurch dann das Parlamentsmandat für die Regierung gesichert wurde.

In den Städten und unter den Whigs erregten die Maßnahmen der Regierung sogleich große Unzufriedenheit. Aber das Mißvergnügen führte noch nicht zu einem Umschwung der öffentlichen Meinung zugunsten der Whigs, weil die Krone in der Lage war, eine Verschwörungsgeschichte gegen die Opposition auszuspielen. Daß die Führer der Whigs sich in diesen Jahren mit dem Gedanken getragen haben, der Regierung unter Umständen mit bewaffneter Hand entgegenzutreten, ist zweifellos. Zwischen Shaftesbury, Monmouth, Lord Russel, Lord Essex, Sidney u. a. ist öfters davon die Rede gewesen, daß despotischen Plänen der Regierung mit einer gewaltsamen Erhebung begegnet werden müsse. Es scheint aber sicher, daß die meisten unter den an diesen Beratungen Beteiligten eben nur Widerstand gegen ungesetzliche Schritte der Krone im Auge hatten, nicht dagegen einen Aufstand, um ihre bisher auf parlamentarischem Wege verfolgten politischen Absichten mit revolutionären Mitteln zu erreichen. Sie erörterten nur die Frage, was zur Abwehr etwaiger verfassungswidriger Handlungen der Regierung geschehen solle. Der einzige unter den anerkannten Führern der Whigs, der ohne weiteres einen Aufstand in Szene zu setzen wünschte, war Shaftesbury. Er trug sich allerdings mit dem — von den übrigen Führern mißbilligten — Gedanken an eine Erhebung in London, wo er auf 10 000 Mann rechnen zu können erklärte. Er stand nach wie vor mit einer Anzahl alter Revolutionäre in Verbindung, die er für seine Zwecke zu benutzen gedachte. Sie hatten aber auch ihre eigenen Zwecke und Ideen. Unter ihnen hatte sich ein Plan entwickelt, den König und den Herzog von York bei dem sogenannten Roggenhaus (rye house), das sich in der Londoner Nachbarschaft befand und öfters von den Brüdern auf dem Wege von und nach der Hauptstadt berührt wurde, zu überfallen und niederzumachen. Um dieses „Roggenhauskomplott" scheint auch Shaftesbury nicht gewußt zu haben, die übrigen Führer der Whigs hatten zweifellos nichts damit zu tun. Sie wurden aber hineinverwickelt, als der Attentatsplan ans Tageslicht kam. Einer der Verschwörer bekam es mit der Angst und verriet alles, um sich die Straflosigkeit des Kronzeugen zu sichern; er beschuldigte auch die whiggistischen Führer der Mitschuld. Russel, Essex, Sidney u. a. wurden dingfest gemacht. Shaftesbury hatte schon lange Unrat gewittert und war rechtzeitig nach Holland geflüchtet, wo er im Januar 1683 eines natürlichen Todes starb, ehe noch das Roggenhauskomplott ans Tageslicht gekommen war.

Diese wirkliche Verschwörung wurde nun von den juristischen Handlangern der Krone mit den Eventualideen der Whigs zu einem großen republikanisch-

revolutionären Komplott zusammengewirrt. An dem Ausgang der Prozesse gegen die Whigs konnte bei der Beschaffenheit der Richter, vor denen sie erscheinen mußten, von vornherein nicht der geringste Zweifel bestehen. Russel und Sidney wurden im Laufe des Jahres 1683 wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und enthauptet; Essex entging den Justizmördern bloß dadurch, daß er sich im Gefängnis selbst entleibte. Von den niedriger stehenden Angeklagten wurde eine Anzahl gehängt. Eine Menge Bedrohter flüchtete nach Holland. Die öffentliche Meinung hegte keinen Zweifel, daß die verurteilten Whigs schuldig gewesen seien. Die lautesten Sympathiekundgebungen zugunsten des Königs fanden statt, und es regnete wieder loyale Adressen. Am loyalsten war man in Oxford; die dortige Universität verdammte alle staatsrechtlichen Lehren, die nicht auf die unbedingte Gehorsamspflicht gegen die Krone hinauskamen, auch wenn der König ungesetzlich handle. Das unverfälschte Gottesgnadentum wurde also gepredigt, und zwar nach dem damals in anglikanischen Kreisen gangbaren Aufputz des Pfaffen Filmer. Verurteilt wurden als aufrührerisch und für alle Regierung in Kirche und Staat destruktiv besonders folgende Grundsätze, die den loyalen Oxforder Professoren offenbar als politische Quintessenz des Puritanismus erschienen: „Alle bürgerliche Gewalt ist ursprünglich vom Volk begleitet. Es gibt einen gegenseitigen Kontrakt, stillschweigend oder ausdrücklich, zwischen Fürst und Untertanen, und wenn er seine Pflicht nicht erfüllt, so sind sie der ihrigen ledig. Die Souveränität Englands liegt bei den drei Ständen, König, Lords und Gemeinen; der König hat nur eine beigeordnete Gewalt und kann durch die beiden anderen überstimmt werden." Als solcher Ketzereien schuldig wurden dann von der professoralen Rechtgläubigkeit dem Feuer überwiesen nicht nur die Schriften puritanischer Autoritäten, wie Buchanan, Milton und Baxter, sondern zum Scheiterhaufen wurden auch verdonnert die Schriften von Hobbes.

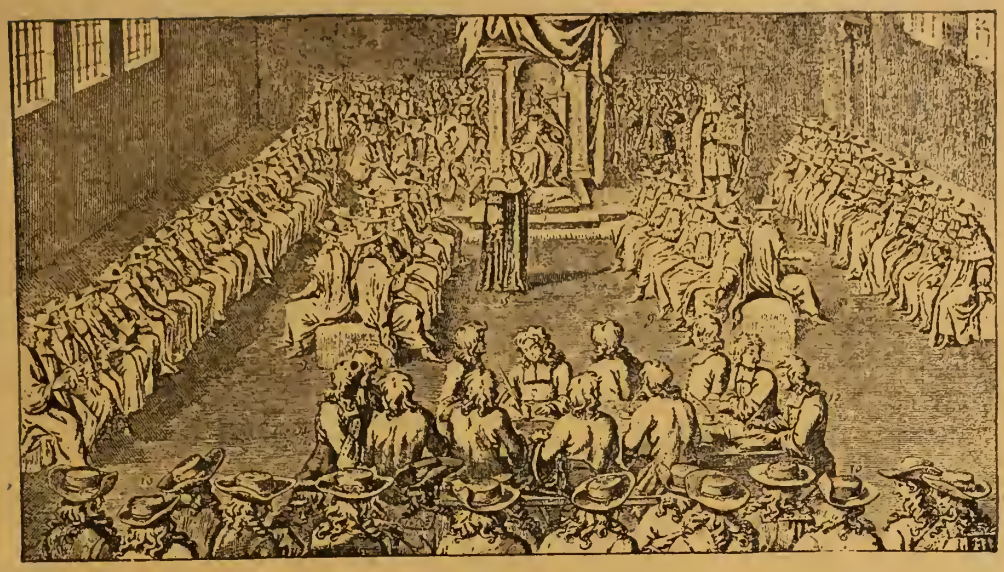
Bei Hofe war man durch die Loyalitätskundgebungen völlig berauscht, und begann allmählich, offen die Gesetze zu brechen. Im Frühjahr 1684 hätten Parlamentswahlen ausgeschrieben werden müssen. Das geschah nicht. Auch wurde im Widerspruch zur Testakte der Herzog von York wieder in den Geheimen Rat aufgenommen. Jakob war jetzt dessen Seele und arbeitete dort im absolutistischen Sinn. Freilich waren selbst Minister dagegen. Halifax erklärte, daß er nicht in einem Lande leben wolle, wo Freiheit und Eigentum von der Gnade eines despotischen Herrn abhingen, und drang auf Einberufung eines Parlaments. Karl schwankte. Ehe er sich entschied, raffte ihn im Februar 1685 ein plötzlicher Tod hinweg. Auf dem Sterbebett trat er förmlich zum Katholizismus über. Sonst gehörten seine letzten Gedanken seinen Mätressen, besonders der schönen Nell Gwyn. So blieb er bis zuletzt den beiden immer mehr hervorgetretenen Hauptneigungen treu, die seine anfängliche Popularität rasch herabgemindert hatten.

XIV.

Glorreiche Revolution.

Regierungsanfänge Jakobs II. — Monmouthaufstand. — Jeffreys blutige Assisen. — Jakobs stehendes Heer ein Gegenstand parlamentarischer Angriffe. — Die Hugenottenverfolgung in Frankreich und ihr Eindruck in England. — Königliches Recht, von den Gesetzen zu dispensieren, gerichtlich anerkannt. — Jakobs katholisierende Politik hat oppositionelle Schwenkung der anglikanischen Geistlichkeit zur Folge. — Papistische Proselytenmacherei. — Königliche Toleranzerklärung. — Stellungnahme der Dissenters. — Angriff Jakobs auf die Universitäten. — Vorgänge in Irland. — Auflösung des Parlaments, „Vorbereitung" der Neuwahlen. — Wilhelm von Oranien als Nothelfer für Whigs und Tories. — Anglikanischer Klerus verweigert Verlesung der Toleranzerklärung. — Prozeß und Freisprechung der Bischöfe. — Geburt eines Thronfolgers. — Unterschiebungsangelegenheit. — Whigs und Tories rufen Oranien als Befreier herüber. — Die europäische Lage. — Vergebliche Zugeständnisse Jakobs. — Oraniens Landung in England. — Fahnenflucht im königlichen Lager. — Flucht Jakobs. — Vorläufige Regierungsübernahme durch Wilhelm von Oranien. — Wahl und Zusammentritt des Konvents. — Absetzung der Stuarts, Erhebung Oraniens. — Staatsrechtliche Rabulistik der Parteien. — Erklärung der Rechte. — Toleranzakte. — Parteikämpfe. — Steuerlasten. — Liebesgabe für die Agrarier. — Merkantilistische Maßnahmen. — Handelssperre gegen Frankreich. — Niederwerfung Irlands. — Der Krieg mit Frankreich. — Anfänge der englischen Nationalschuld. — Spekulationsschwindel. — Korruption. — Wesen der Revolution von 1688.

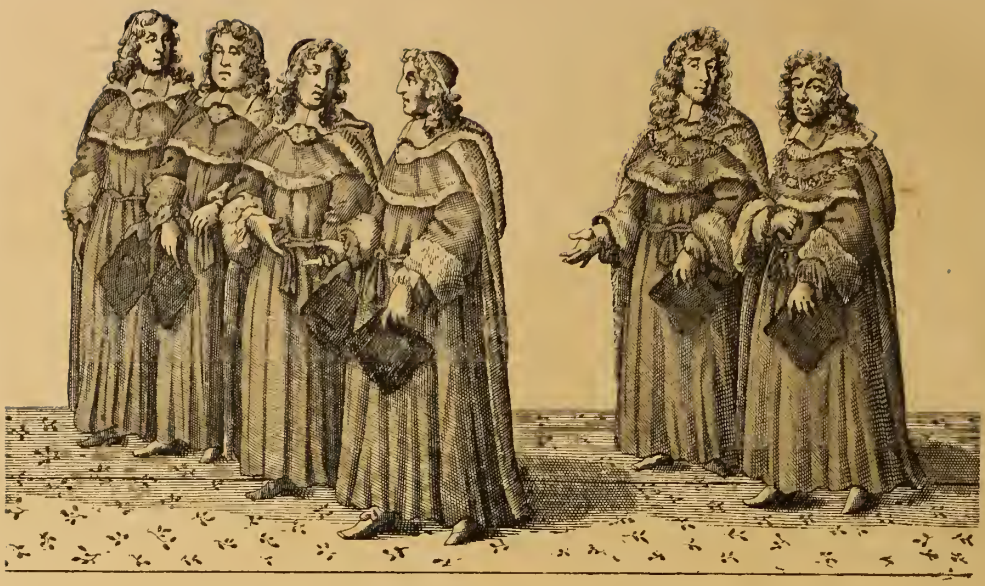
Jakob II. trat die Regierung an, ohne einem von den Hindernissen zu begegnen, auf die er gefaßt und gerüstet war. Auch der neue König selber nahm nicht gleich eine so unversöhnliche Haltung ein, wie man sie in weiten Kreisen von ihm erwartet hatte. Im Gegenteil gab er gleich nach seiner Thronbesteigung im geheimen Rat, dessen Mitglieder er beibehielt, die Erklärung ab, er werde die üble Nachrede, als sei er ein Mann der Willkür, durch die Tat widerlegen. Sein Wille sei, Staat und Kirche in ihrer gesetzlichen Verfassung aufrechtzuerhalten; er kenne den monarchischen Charakter der anglikanischen Kirche. Er werde den Gerechtsamen der Krone nichts vergeben, aber auch das Eigentum keines Untertanen antasten. Diese konstitutionellen Zusicherungen wurden vom Rat mit allgemeinem Beifall aufgenommen, und, nach ihrer sofortigen Publizierung, auch von der öffentlichen Meinung. Alles, was sich zu den Loyalen rechnete, erblickte in diesem „Königswort" eine größere Garantie, als ein Gesetz sie bieten würde. Man meinte halt, an einem Königswort sei nicht zu drehen und zu deuteln.



326. Eine Sitzung des englischen Parlaments unter Jakob II.

Indes folgten den schönen Worten auf dem Fuße Taten, die nicht mit ihnen in Einklang zu bringen waren. Insbesondere ward schon am 9. Februar durch eine königliche Proklamation verfügt, daß die Zölle und Akzisen, deren Bewilligung mit dem Tode Karls II. abgelaufen war, weiter erhoben werden sollten. Ueber diese Verletzung des parlamentarischen Bewilligungsrechtes suchte man sich noch damit zu trösten, daß gleichzeitig die Wahlen zum Unterhaus ausgeschrieben und die beiden Häuser des Parlaments zum 19. Mai berufen wurden. Bis dahin hatte sich Jakob aber schon weitere Herausforderungen der öffentlichen Meinung geleistet. Die Katholikengesetze wurden demonstrativ durchbrochen: der König ließ die gefangenen Katholiken frei und hielt selbst öffentlich papistischen Gottesdienst ab. Das gab viel böses Blut. Hätte man erst gewußt, daß der König bereits mit Ludwig XIV. wegen Weiterzahlung der französischen Jahresgelder und wegen der beabsichtigten Rückführung Englands zum Katholizismus korrespondierte, daß ferner eine geheime katholisch-absolutistische Nebenregierung existierte, so wäre die Aufregung auch unter den „Loyalen" groß geworden.

Die Wahlen fielen infolge der Wahlrechtsänderung durchweg auf Regierungsmänner, auf die reaktionärsten Tories. Jakob selbst sagte, das neue Unterhaus enthalte keine 40 Mitglieder, die er nicht selbst ernannt haben würde. Indes verstand es der König, selbst bei diesem fügsamen Unterhaus sogleich Anstoß zu erregen durch den selbstherrlichen, gebieterischen Ton der Thronrede. Er erneuerte darin zwar die Zusicherungen seiner Ansprache an den Geheimrat, weiter aber verlangte er lebenslängliche Bewilligung der „revenue" seines Vorgängers, mit weniger könne er sich nicht zufrieden geben. Das beste Mittel, ihn dahin zu bringen, daß er das Parlament oft versammle, bestehe darin, ihn immer gut zu behandeln, nicht etwa in dem Versuch, ihn durch karg bemessene Bewilligungen zu häufiger Berufung des Parlaments zu nötigen: „Ich will ein für allemal erklären, daß ein



327. Die Tracht der Richter und der Lordoberrichter unter Jakob II.

solches Verfahren wenig bei mir fruchten würde." Bei diesen Worten zog sich, wie der französische Gesandte berichtet, „eine Wolke über alle Stirnen". Jedoch machte diese Stimmung wieder einer anderen Platz, als der König am Schluß der Thronrede mitteilte, daß in Schottland ein Aufstand ausgebrochen sei. Die Revolutionsfurcht trieb die Tories sogleich auf Jakobs Seite und zur raschen, einstimmigen Bewilligung der Revenue auf Lebenszeit. Und ihre Loyalität überschlug sich und rückte weitere 400 000 Pfund Sterling heraus, als nach einigen Wochen gar noch im Südwesten von England ein Aufstand ausbrach.

Bei Lyme-regis in der Grafschaft Dorset landete Monmouth am 11. Juni 1685 mit nur 150 Mann; an Bord hatte er außerdem Waffen für etwa 2000 Mann erwarteten Zuzugs aus den westlichen Grafschaften. In der Tat sammelten sich schon zu Lyme Tausende um Monmouths Fahne, auf der man die Inschrift las: „Für Religion und Freiheit!" Die Freiheit dachten die Landleute und Proletarier, die zu Monmouth standen, sich gewiß unter der Form einer demokratischen Republik. Die Frage der Regierungsform ließ der Herzog in der Erklärung, die er nach seiner Landung veröffentlichte, offen, überließ ihre Entscheidung dem Parlament und erklärte im übrigen als sein Ziel den Sturz Jakobs, den er in der allerschärfsten Form angriff. Er zog mit seinem Anhang zunächst nach Taunton, dem westlichen Zentrum der Wollweberei und des Tuchhandels. Auch hier wurde er freudig empfangen und durch Zuzug von allen Seiten verstärkt. Bald sah er sich an der Spitze von 7000 Mann, und Tausende von Leuten, die unter seiner Führung Waffen tragen wollten, mußten abgewiesen werden, weil es an Waffen fehlte. Je mehr aber die Sympathien der Volksmassen im Westen für den Monmouthschen Aufstand zutage traten, um so weniger erwärmten sich die besitzenden Klassen, zumal die Gentry, für die Sache. Sie erschien ihnen als die sogenannte „gute, alte Sache", womit für den Landadel die Idee von Gleichmacherei, Wiedertäufertum und fünfter

328. Die Tracht der Mitglieder des Hauses der Gemeinen

Monarchie untrennbar verknüpft war. Monmouth hinwieder hatte so schlechterdings gar nichts mit demokratischen und adelsfeindlichen Zielen zu schaffen, daß ihn das Fernbleiben der Gentlemen mit Entsetzen erfüllte. Um sie womöglich auf seine Seite zu ziehen, gab er der Republik die bündigste Absage, indem er sich am 20. Juni in Taunton zum König ausrufen ließ. Aber der Zweck, die Gentry zu gewinnen, ward nicht erreicht, dagegen wurden die Republikaner bedenklich gemacht. Im ganzen blieb aber das Volk dem Herzog günstiger, als diese schwache Persönlichkeit es verdiente: trug er sich doch bereits mit dem Gedanken, sich aus dem Staube zu machen und seine Anhänger ihrem Schicksal zu überlassen. Das ward ihm ausgeredet. Er zog dann ziemlich planlos im Lande umher, bis er schließlich — 6. Juli 1685 — einen nächtlichen Ueberfall auf die königlichen Streitkräfte auf dem Sedgemoor bei Bridgewater versuchte. Das Unternehmen schlug durch die militärische Ungeschicklichkeit und die Energielosigkeit Monmouths und seiner Ratgeber fehl. Bei dem sich entspinnenden Gefecht gehörte der Herzog selber zu den ersten, die das Weite suchten. Dagegen fochten die aufständischen Bauern und Arbeiter aufs tapferste. Insbesondere verkauften die Bergleute aus den Kohlengruben von Mendip ihr Leben teuer. Die Königlichen richteten auf der Verfolgung ein greuliches Gemetzel unter dem geschlagenen Volksheer an. Den Gefangenen erging es nicht besser. Standgerichte machten kurzen Prozeß mit ihnen. Monmouth selber ward zwei Tage nach dem Kampf ergriffen und binnen acht Tagen aufs Schafott geschleppt. Sein Ende war fürchterlich: erst mit dem fünften Hiebe trennte der Scharfrichter das Haupt vom Rumpf.

Jakob war mit der Hinrichtung der beiden obersten Führer des Aufstandes nicht zufrieden, sondern ging dazu über, abschreckende Beispiele in großer Menge statuieren zu lassen. Als geeignete Persönlichkeit, solche gesetzliche Schlächtereien zu organisieren, erschien dem König der Oberrichter Jeffreys, der denn auch das auf ihn gesetzte Vertrauen glänzend rechtfertigte. Viel Arbeit war ihm freilich, als er

329. Gruppe aus dem Krön

auf dem Schauplatz des Monmouthschen Aufstandes erschien, schon durch die Soldateska abgenommen, die unter der Leitung des Obersten Kirke haarsträubende Grausamkeiten verübt hatte. Kirke ließ eine Menge von Gefangenen erschießen, andere hängen und saß gern, während die Exekutionen vor sich gingen, mit seinen Offizieren zechend dabei, um sich über die letzten Zuckungen der Schlachtopfer zu amüsieren — von noch größeren Scheußlichkeiten zu schweigen. Kirkes Regiment, das ein Lamm in seiner Fahne führte, blieb im westlichen England auf lange hinaus unter dem Namen „Kirkes Lämmer" berüchtigt.

Jeffreys wußte aber die militärischen Brutalitäten durch seine „blutigen Assisen" noch zu übertrumpfen. Als typisch kann der erste Prozeß gelten, der unter seiner Leitung in Winchester stattfand. Eine alte Frau namens Lisle, die Witwe eines sogenannten Königsmörders, hatte nach der Niederlage der Insurgenten zwei Flüchtlinge bei sich aufgenommen, übrigens ohne zu wissen, daß es sich um „Rebellen" handelte. Für diese Menschlichkeit wurde sie zum Tode auf dem

ge Jakobs II. (A der König)

Scheiterhaufen verurteilt. Die Geschworenen zögerten, so sorgfältig sie natürlich auch ausgesucht waren, lange, diesen Mordspruch zu fällen, ließen sich aber schließlich von Jeffreys einschüchtern. Verwendungen für Frau Lisle beim König führten dazu, daß Jakob sie begnadigte — zur Enthauptung. Von Winchester ging es nach Dorchester, wo 80 Personen hingerichtet wurden. In Exeter, Taunton, Wells endigten 251 Personen durch Henkershand. Ueberall in der Grafschaft Somerset stieß man auf Galgen und die zerfleischten Ueberreste von Menschen, wie zu Albas Zeiten in den Niederlanden. Die meisten Schlachtopfer waren am Aufstand Unbeteiligte, die allerhöchstens Flüchtlingen Unterschlupf gewährt hatten. Die Prozedur war der reine Hohn auf alle Gerechtigkeit. Nicht einmal die Form wurde gewahrt. Wenn Jeffreys bloß einen Zeugen für den Hochverrat hatte auftreiben können, so ließ er einen zweiten über irgendeinen Nebenumstand aussagen und erklärte dann den Hochverrat durch die nötigen zwei Zeugen für bewiesen. Wenn die Geschworenen zögerten, das Todesurteil auszusprechen, so wurden sie

durch Drohungen von Jeffreys, der fast immer betrunken war, fügsam gemacht. Im ganzen erfolgten in wenigen Monaten über 330 Hinrichtungen. Dazu wurden über 800 Personen als Sklaven nach den westindischen Plantagen deportiert. Sie waren meist hierzu begnadigt für große Summen, die sie an Jeffreys und seine Spießgesellen bezahlt hatten. Andere wieder mußten ihre Begnadigung zur Deportation von Höflingen und von Hofdamen der Königin erkaufen, denen sie dazu überwiesen worden waren. Man sieht schon, daß Jeffreys in keiner Hinsicht seine Instruktionen überschritt, daß vielmehr Jakob mit allen Verbrechen einverstanden war, die während der „Jeffreyskampagne" stattfanden: so sprach der König von dem blutigen Sendgericht, das sein Handlanger in seinem Namen vornahm, während er selber sich mit Pferderennen amüsierte. Jeffreys ward nach seiner Rückkehr mit der Erhebung zum Peer und zum Lordkanzler belohnt und erklärte noch auf seinem Sterbebett, er habe nichts ohne Befehl getan und sei seinem Herrn lange nicht blutig genug gewesen. Der Abscheu, den die Jeffreysschen Bestialitäten im ganzen Lande erregten, traf denn auch gleichzeitig seinen Herrn und schadete ihm ganz ungeheuer. Jakob freilich war im Gegenteil überzeugt, der Sache des Despotismus außerordentlich genutzt, durch den Terrorismus alle Auflehnungsgelüste erstickt zu haben.

Jakob glaubte nun die nächsten Schritte auf dem Wege zum Despotismus genügend vorbereitet. Als solche galten ihm die Unterhaltung eines starken stehenden Heeres mit einem Kern unbedingt zuverlässiger, also katholischer Offiziere, ferner die Beseitigung der Testakte, damit die Papisten zu allen Aemtern Zutritt bekämen, und drittens die Aufhebung der Habeaskorpusakte, über die sich der König öffentlich dahin aussprach: bei einem solchen Gesetz könne keine Regierung bestehen. Zur Erreichung des ersten Zieles, der Begründung eines stehenden Heeres gegen den inneren Feind, war dem König der Monmouthsche Aufstand sehr gelegen gekommen. Die Erhebung gab ihm nach des französischen Gesandten Barillon Bericht willkommenen Vorwand zur Anwerbung von Truppen, mit deren Hilfe er sich zum „Meister seines Landes" zu machen gedachte. Die Söldnerscharen wurden nach Niederwerfung des Aufstandes nicht nur beibehalten, sondern andauernd vermehrt — bis auf 15000 Mann Infanterie und 4000 Mann Reiterei. Unter den Offizieren waren zahlreiche Papisten. Daraus sollte durchaus kein Geheimnis gemacht werden, vielmehr ließ sich der König ganz unverhohlen über diesen kitzligen Punkt aus, als er am 9. November 1685 das Parlament eröffnete. Er rechnete offenbar so bestimmt auf die Unterwürfigkeit der Gemeinen, daß er keine Opposition gegen die Grundsätze und Absichten erwartete, die er in der Thronrede verkündet hatte. Er erklärte, daß die Miliz zur Aufrechterhaltung der Sicherheit Englands nicht genüge, dazu sei ein starkes stehendes Heer notwendig, wie es jetzt begründet sei. Die dazu notwendigen Geldmittel machten neue Bewilligungen von seiten des Parlaments erforderlich. Niemand, sagte Jakob dann weiter in gebieterischem Ton, solle die Einwendung machen, daß sich in der Armee Offiziere befänden, die nach der Testakte nicht dahin gehörten. Diese Herren seien ihm als Männer von bewährter Treue bekannt. Er werde sie keiner Entehrung preisgeben und sich nicht der Gefahr aussetzen, sie zu entbehren, wenn noch eine neue Rebellion ausbrechen sollte.

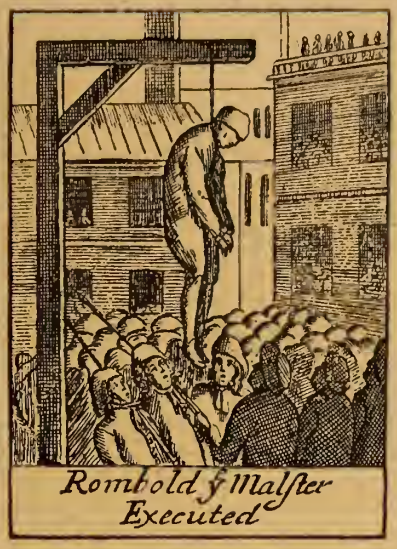
330. Die Wiederaufrichtung des Papismus in England. Der englische Gesandte Jakobs II. küßt dem Papst den Fuß

331. Argyle landet mit 500 Mann auf Ila

Mit dieser herrischen Rede verlangte Jakob nun selbst von der Gefügigkeit des augenblicklichen Unterhauses zuviel; dafür war die Abneigung gegen ein stehendes Heer und besonders die Furcht vor dem Papismus denn doch selbst unter den loyalsten Tories zu groß. Das Unterhaus bewilligte zwar Gelder zum vorläufigen Unterhalt der Truppen, verband damit aber eine Bill zur Verbesserung der Miliz. Und es erbot sich zwar, den katholischen Offizieren für ihren Gesetzesbruch Straflosigkeit zu gewähren, verlangte aber gleichzeitig ihre Entlassung. Schärfer noch als in den Beschlüssen kam die Unzufriedenheit des Unterhauses über die königlichen Zumutungen in den Debatten zum Vorschein. Auch bei den Lords machte sich eine scharfe Opposition gegen den Plan eines papistischen Heeres geltend. An dieser Opposition aber beteiligten sich — und das war das bemerkenswerteste — auch die Prälaten des Oberhauses: das hergebrachte Bündnis zwischen Krone und Bischofskirche löste sich auf, weil sich herausstellte, daß Jakobs anfänglichen Versprechungen zugunsten der anglikanischen Kirche nicht zu trauen sei. Bischof Compton von London sprach für seine Amtsbrüder. Er behandelte die Einstellung der katholischen Offiziere als den Versuch, einer allgemeinen Umgestaltung Bahn zu brechen. Ließe man sich diesen ersten Schritt gefallen, so würden in kurzem alle höheren Stellen mit Katholiken besetzt sein und die ganze Verwaltung eine papistische Tendenz annehmen. Es verhalte sich damit wie mit den das Land schützenden Deichen in Holland: wären sie an einem Punkt durchbrochen, so erfolge eine allgemeine Ueberschwemmung. Die Debatten der Lords gelangten nicht zum Abschluß. Um nämlich einer unliebsamen Kundgebung der Oberhausmehrheit vorzubeugen, entschied sich Jakob dahin, das Parlament schon am 20. November zu vertagen. Infolge des Abbruchs der Verhandlungen trat die Geldbewilligung des Unterhauses nicht in Kraft; die Entlassung der katholischen Offiziere wäre Voraussetzung gewesen. Lieber suchte sich der König mit den verfügbaren Geldquellen durchzuschlagen. Um dabei die Armee aufrechtzuerhalten, mußte an anderen Ausgaben gespart werden: u. a. ward die Zahlung der Schulden Karls II. wieder eingestellt, die vom Staatsbankerott des Jahres 1672 herdatierten.

Die Parlamentsverhandlungen und überhaupt die öffentliche Meinung Englands stand Anfang November 1685 schon stark unter dem Eindruck furchtbarer Nachrichten aus Frankreich. Dort hatte die Krone die Aufhebung des Edikts von Nantes vollzogen. Der Despotismus Ludwigs XIV. hatte es nicht mehr ertragen können, daß es in Frankreich Leute gab, die anders zu denken wagten als der König und also strafwürdige Rebellen waren. Die französische Tragödie erregte in England Mitleid und Furcht. Mit Entsetzen vernahm man,

wie die Truppen den Hugenotten mitgespielt hatten, wie der Besitz der Reformierten konfisziert worden, wie die Industrie infolge der Verfolgung zugrunde gegangen war. Und natürlich wurden die Schrecken der Protestantenhetze, besonders das Blutvergießen, noch übertrieben von den Flüchtlingen, die in großen Massen nach England kamen. Sammlungen, die für sie veranstaltet und nun von der anglikanischen Geistlichkeit unterstützt wurden, hatten glänzende Ergebnisse. Dies werktätige Mitleid stand in Zusammenhang mit der nun weit verbreiteten Befürchtung, daß es in England ähnlich kommen könne, nach französischem Muster und womöglich auch unter französischer Mitwirkung. Dieser Eindruck wurde verschärft durch eine Ansprache, die der Bischof von Valence an der Rhone im Namen der französischen Geistlichkeit an Ludwig XIV. gerichtet hatte. Darin war des Sonnenkönigs Sieg über die Ketzerei über alle Heldentaten Alexanders und Cäsars gestellt worden. Gott habe ihm seine Macht dazu verliehen, damit er dasselbe auch in England vollbringe, wo man nichts sehnlicher wünsche. Daß an allerhöchster Stelle in England tatsächlich nichts sehnlicher gewünscht werde, darauf ließ die unverhohlene Sympathie schließen, die König Jakob der despotischen Aktion Ludwigs XIV. entgegenbrachte. Jakob hatte schon dem ihm mitgeteilten Entwurf zur Aufhebung des Edikts von Nantes den größten Beifall gespendet und sich hernach am Fortschritt der gewaltsamen „Bekehrungen“ in Frankreich samt seiner engeren Umgebung höchlichst erbaut. Diese engere Umgebung nun war ein Grüppchen von Papisten, an deren Spitze des Königs Beichtvater, der Jesuit Petre, stand. Wie der König und diese Kamarilla ihre Freude bekundeten, wenn sie unter sich waren, davon drang ja so leicht nichts in die Oeffentlichkeit. Aber es ließ sich doch auf die Gesinnungen bei Hofe daraus schließen, daß z. B. die offizielle Zeitung nichts über die Hugenottenverfolgung bringen durfte, daß der anglikanischen Geistlichkeit anbefohlen wurde, Ludwig nicht anzugreifen, und dergleichen Tatsachen mehr, die keinen Zweifel daran ließen, daß der Hof auf seiten des französischen Despotismus sei.



332. Rumbold, der Mälzer, wird hingerichtet

Die französischen Ereignisse und die Haltung, welche die englische Krone dazu einnahm, trugen zweifellos nicht wenig dazu bei, Jakob und seine Absichten verdächtiger zu machen. Was aber in England geschah, redete auch schon für sich allein eine überaus deutliche Sprache. Die erste große Aktion, die der König nach der Vertagung des Parlaments unternahm, lief darauf hinaus, die Parlamentsakte gegen die Katholiken zugunsten der königlichen Prärogative illusorisch zu machen. Schon Karl II. hatte gelegentlich ein allgemeines Recht, von den Strafgesetzen nach seinem souveränen Belieben zu entbinden, in Anspruch genommen. Er hatte aber

333. Die gottseligen Frauen von Taunton überreichen dem Herzog von Monmouth ein Banner

nicht ernstlich versucht, dies „Dispensationsrecht" der Krone durchzusetzen. Daran wagte sich nun Jakob II. Es liegt auf der Hand, weshalb: Wenn der König allgemein von den Strafgesetzen dispensieren konnte, so war er in der Lage, nicht bloß Offiziersstellen, sondern alle Aemter nach seinen Wünschen mit Katholiken zu besetzen. Das Gesetzgebungsrecht des Parlaments aber war in einem sehr wichtigen Punkt durchbrochen, der monarchischen Willkür Tür und Tor geöffnet.

Das königliche Dispensationsrecht in dieser umfassenden Gestalt sollte durch die obersten Richter anerkannt werden. Ehe man eine gerichtliche Prozedur zu diesem Zwecke in die Wege leitete, sollte Gewißheit geschaffen werden, wie die obersten Richter sich zu dem königlichen Anspruch stellen würden. Sie wurden also privatim um ihre Meinung befragt. Vier unter den zwölf wollten nichts von einem solchen Dispensationsrecht wissen. Sie wurden darauf vom König abgesetzt, wozu er formell befugt war, und durch sichere Leute ersetzt. So konnte denn die Justizaktion beginnen. Der Katholik Sir Edward Hales wurde zum Kommandanten eines Regiments ernannt, sein Kutscher dazu angetrieben, ihn wegen Uebertretung der Testakte anzuklagen. Das Urteil der obersten Richter wurde am 21. Juni 1686 gefällt. Es lautete natürlich auf Freisprechung von Hales und erkannte ausdrücklich das königliche Dispensationsrecht im weitesten Sinn als zu Recht bestehend an. Das hieß nun faktisch, den Absolutismus proklamieren, indem es die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit aller Regierungsorgane einfach vom souveränen Belieben der staatsrechtlich unverantwortlichen Krone abhängig machte. Dies war um so klarer, als der Vorsitzende des obersten Gerichts, der Lordoberrichter Herbert, u. a. folgende Grundsätze proklamierte: Die Regierung von England stehe ganz und gar beim König. Die Krone sei absolut. Die Strafgesetze seien Machtvollkommenheiten, die der Krone übertragen seien, um den König instand zu setzen, die Ausführung des Gesetzes zu erzwingen, seien aber keine Schranken, um des Königs Gewalt zu binden. Er könne für alle Verstöße gegen das Gesetz begnadigen, er könne also auch im voraus von dem Gesetz entbinden. Womit denn die Unverbindlichkeit der Strafgesetze im allgemeinen, der Testakte im besonderen für den König dargetan, gleichzeitig aber auch klargemacht war, daß Parlamentsakte für die Krone bloße Spinnweben seien.

Das Parlament war zu dieser Zeit nicht versammelt. Es war zwar im November 1685 nur bis zum folgenden Februar vertagt worden, der König verlängerte es dann aber gleich wieder von neuem und ließ es weiterhin überhaupt nicht mehr zusammenkommen. Hatte er also mit keiner parlamentarischen Opposition zu rechnen, so machte ihm dagegen der Widerspruch zu schaffen, der sich von

den Kanzeln der Staatskirche gegen seine Politik erhob. Dieser Widerspruch wurde besonders lebhaft, seit der König daran ging, sein Dispensationsrecht auch auf kirchlichem Gebiet wahrzunehmen: es ließ sich nach seiner Meinung zur Rekatholisierung der englischen Kirche benutzen. Das war der Grund, weshalb die vom König verfügte Belassung einiger zum Katholizismus übergetretenen Staatspfaffen in ihren Pfründen die anglikanische Geistlichkeit in große Aufregung versetzte: auf diese Art ließ sich ja allmählich der ganze Besitz, ließen sich alle Pfründen der Bischofskirche in katholische Hände spielen. Direkt in seinem Besitz bedroht, vergaß der anglikanische Klerus seine Lieblingslehre vom unbedingten Gehorsam ganz und gar und ging mächtig gegen den Katholizismus ins Zeug. Gegen einen der heftigsten Kanzelredner, den Dechanten Dr. Sharp, wollte nun der König ein Disziplinarverfahren angestrengt sehen. Er verlangte von dem Vorgesetzten Sharps, keinem anderen als Bischof Compton von London, er solle Sharp suspendieren. Dessen weigerte sich aber Compton: Sharp müsse erst gehört werden. Ueber Comptons Widerhaarigkeit freute man sich bei Hofe; denn nun hatte man einen Vorwand, um diesem Prälaten, der für die Seele der kirchlichen Opposition galt, zu Leibe zu gehen. Er war schon nach seinem parlamentarischen Auftreten im November 1685 gemaßregelt worden, indem er aus der Liste des Geheimrats gestrichen worden war. Jetzt aber sollte er sein Bischofsamt verlieren. Der König setzte einen kirchlichen Disziplinargerichtshof ein, der über Geistliche zu befinden haben sollte. Vor diesem Gericht mußte Compton erscheinen. Die Mitglieder konnten zu keinem Entschluß kommen und überließen zuletzt dem König selbst die Entscheidung, worauf Jakob die Suspendierung Comptons aussprach. Der Monarch mochte danach wohl denken, daß er nun in der Lage sei, jeden Widerstand der Staatskirche gegen seine kirchlich-politischen Pläne zu unterdrücken. Darin sollte er sich freilich täuschen.

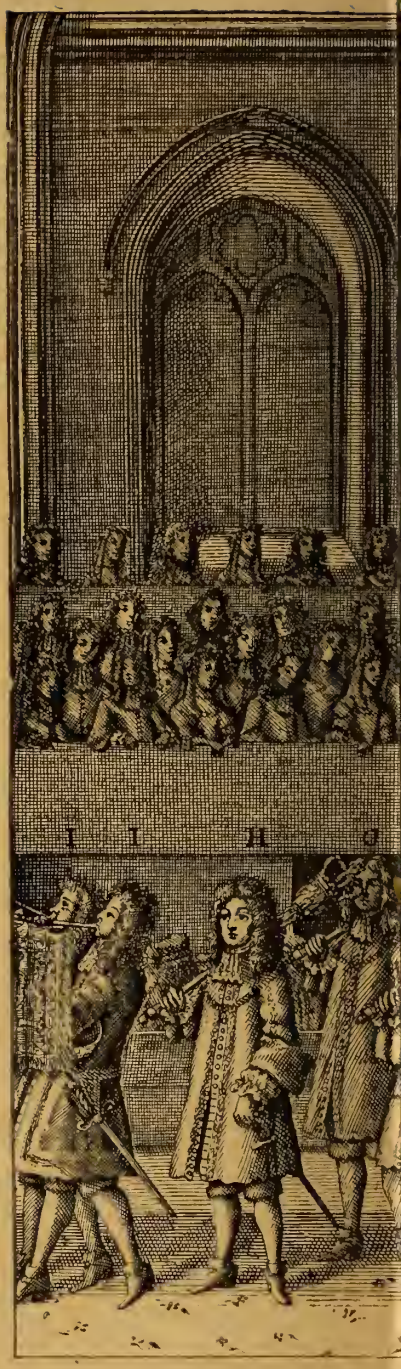
334. Die Rebellen plündern in Wells die Häuser der königstreuen Bürger

Jakob ging aber nun weiter, um seine Pläne durchzuführen. Bald sah man in London und an verschiedenen anderen Orten öffentlich katholischen Gottesdienst abhalten. Mönche verschiedener Orden richteten in der Hauptstadt Niederlassungen ein. Ein päpstlicher Nuntius erschien am königlichen Hofe. Immer mehr Aemter wurden mit Katholiken besetzt. Selbst des Königs Schwager, der Graf von Rochester, verlor sein Amt als Lordschatzmeister, weil er sich nicht dazu bequemen wollte, zum Katholizismus überzutreten. Die Proselytenmacherei wurde mit Eifer betrieben, und es traten auch eine ganze Menge gesinnungsloser Menschen, die vorwärtskommen wollten, zum Katholizismus über; aber im großen und ganzen war der Erfolg der Bekehrungsarbeit doch sehr gering. Die Katholiken blieben eine ganz außerordentlich geringfügige Minderheit. Aber der König und seine

Ratgeber hatten eine schlaue Idee, wie man Kräfte gewinnen könne. Um das nächste Ziel, völlige Beseitigung der Testakte, zu erreichen, mußte das Endziel, Alleinherrschaft des Katholizismus, zunächst zurückgestellt werden.

Indem man unter dem Losungswort Gewissensfreiheit, Toleranz zu Felde zöge, würde man die ganze Masse der Dissenters auf seine Seite ziehen, die bisher von der Staatskirche unterdrückt und deshalb sehr schlecht auf sie zu sprechen waren, daher vielleicht dahin gebracht werden konnten, mit der Krone gegen die Prälaten gemeinsame Sache zu machen, wenn der König ihnen Gewissensfreiheit zusicherte. So erklärt sich die Indulgenzerklärung, die Jakob am 4. April 1687 erließ. Dadurch wurden alle Strafgesetze in Kirchensachen suspendiert. Jedem Untertanen soll es freistehen, Gott auf seine Art zu verehren. Weder der Treu- und Suprematseid, noch die Testeide sollen hinfort verlangt werden, alles auf Grund der Prärogative, doch wird die Erwartung ausgesprochen, daß das Parlament sich einverstanden erklären wird, wenn der König für gut hält, es wieder zu berufen. Die Erfahrung habe ja die Undurchführbarkeit des Gewissenszwangs gezeigt. Die Gewissensfreiheit aber werde den Reichtum der Nation vermehren und ihr verschaffen, was die Natur zu ihrem Besitz bestimmt habe — den Welthandel.

Es ist begreiflich, daß die Toleranzerklärung des Königs, überraschend wie sie kam, einem Teil der Dissenters, die bisher unter der Verfolgung gelitten hatten, als frohe Botschaft erschien. Der Skeptizismus wurde zunächst weniger laut als die Freude darüber, daß nun endlich jeder nach seiner Fasson selig werden könne. Insbesondere aus den Reihen der Quäker, entfremdet wie sie der Politik nun schon lange waren, erntete der König für seinen Schritt laute Zustimmung. 1200 Quäker verließen das Gefängnis. Der berühmteste unter den Quäkern dieser Zeit, William Penn, war beim König wohlgelitten. Auf Penns Einfluß ist es zurückzuführen, daß die Quäkergeneralversammlung von 1687 eine warme Zustimmungsadresse an den König richtete. Auch von Anabaptisten liefen solche ein und selbst aus Gegenden, wo erst vor zwei Jahren auf den Monmouthschen Aufstand die Jeffreysschen blutigen Assisen gefolgt waren. Indes, die Erinnerung an diese und andere Taten Jakobs und seines Bruders konnte doch nicht auf längere Zeit durch die momentane Freude über die faktisch erlangte Meinungsfreiheit ausgelöscht werden. Es war zu augenscheinlich, daß die augenblickliche Taktik des Königs mit seiner Vergangenheit und seinen notorischen Grundsätzen im unversöhnlichen Gegensatz stehe.



Szene aus der Krönungszeremonie Jakobs II. in der Westminster-Abtei

336. Die Rebellen marschieren von Lime aus

Im Laufe der Zeit kam selbst der in politischen Dingen ziemlich naive Penn darauf, daß Garantien dagegen notwendig seien, daß der Papismus nicht etwa, zur Herrschaft gelangt, alle Andersdenkenden unterdrücke, mit der Toleranz reinen Tisch mache, wenn sie ihre Schuldigkeit getan habe. Und es lag gar nahe, wenn das Zugeständnis auch noch so feierlich für unwiderruflich erklärt wurde, darauf hinzuweisen, daß ja auch das Edikt von Nantes ein feierlich bestätigtes und für unwiderruflich erklärtes Gesetz gewesen sei. Ohne Zweifel hat der Anblick der fortdauernd in großer Zahl aus Frankreich hereinkommenden protestantischen Flüchtlinge sehr dazu beigetragen, den Glauben an die Aufrichtigkeit Jakobs zu erschüttern, der Meinung allmählich die Oberhand zu verschaffen, daß es sich bloß um eine raffinierte, von den Jesuiten eingegebene Demagogie des Königs handle. So erklärt es sich, daß trotz aller momentanen Sympathieerklärungen aus dem Lager der Dissenters Jakob schließlich, als es darauf ankam, doch keine Unterstützung von ihrer Seite fand. Da stand das Gros der Dissenters vielmehr auf der Gegenseite, nachdem ihnen von den Episkopalisten Duldung zugesichert worden war. Brachte also die Toleranzerklärung Jakob keinen dauernden Zuwachs an Kraft, so hatten dagegen seine Versuche, die „Fanatiker" an seine Seite zu ziehen, nun den Bruch mit den Tories und der Bischofskirche erst recht unwiderruflich gemacht. Sie fürchteten nun auch die Revolutionäre neben den Papisten.

Die Furcht vor dem Katholizismus einzuschränken, war ein Passus in der Toleranzerklärung berechnet, der der anglikanischen Kirche alle ihre Besitzungen und Freiheiten garantierte. Diese Klausel ist vermutlich auf den Einfluß Penns zurückzuführen, der wenigstens insofern realistisch dachte, als er die Unmöglichkeit erkannte, eine Vereinigung zwischen Anglikanismus und Papismus herbeizuführen. Er wies den König nachdrücklichst darauf hin, daß die Katholiken unfehlbar die Kirchengüter in Anspruch nehmen würden, in deren Besitz die Episkopalisten waren. Indes, durch die Besitzgarantierung der Erklärung ließen sich die Anglikaner nicht beruhigen. Denn es gab Tatsachen, die mit jenen Zusicherungen nicht in Einklang zu bringen waren. Jakob griff nämlich im Laufe des Jahres 1687 die Bischofskirche in ihren wichtigsten Positionen an, in den Universitäten. Zunächst machte er sich an die Universität Oxford, die bei Gelegenheit des Exklusionsstreits die Lehre von der unbedingten Gehorsamspflicht so eifrig bekundet hatte. Er ernannte einen Papisten zum Mitglied eines Kollegs und die Universität ließ es sich tatsächlich gefallen. Nun kam Cambridge an die Reihe. Die Cambridger Universität leistete dem gleichen Versuch einen nachdrücklichen Widerstand, den sich der König gefallen ließ. Demnächst wurde an Oxford eine neue Zumutung gestellt, die weit über die erste hinausging. Es starb der Präsident des Magdalenenkollegs, einer der reichsten

337. Die Enthauptung des Herzogs von Montmouth in London am 25. Juli 1685

Stiftungen des damaligen Europa. Der König empfahl einen Papisten als Nachfolger. Die Kollegmitglieder wählten aber einen anderen. Darauf erschien der König persönlich in Oxford, redete den Kollegiaten ins Gewissen und verlangte den geziemenden Gehorsam von ihnen. Sie weigerten sich aber beharrlich. Schließlich, im Dezember 1687, wurden fast alle Mitglieder des Kollegiums ausgetrieben und durch Katholiken ersetzt.

Es mußten natürlich wichtige Gründe sein, wodurch die Oxforder Universität dahin gebracht wurde, ihren Theorien vom passiven Gehorsam derart ins Gesicht zu schlagen. Penn war naiv genug, die Sachlage nicht zu begreifen. Er meinte in Oxford, sie könnten nur verlangen, daß die Kirchenämter an das bischöfliche Bekenntnis gebunden seien; mit den Pfründen der Kollegien aber sei es anders. Er verkannte also, daß es gerade um die Pfründen ging, daß der Eingriff des Königs in den Kirchenbesitz die Anglikaner dahin brachte, all ihre schönen Doktrinen über den Haufen zu werfen. Zu dem Einbruch in die Universitätspfründen kam nun weiter, daß der König begann, Bistümer an Katholiken zu vergeben. England war bereits in vier Diözesen für katholische Bischöfe eingeteilt worden. Diese Bischöfe hatten aber noch nicht die entsprechende wirtschaftliche Ausstattung. In den ersten Monaten des Jahres 1688 nun ging Jakob so weit, beim Tode des Bischofs von Oxford einen der vier für England geweihten katholischen Bischöfe auf den Oxforder Sitz zu erheben. Durch all das mußten sich nun auch die besitzenden Tories auf dem Land um so mehr in ihrem Eigentum bedroht fühlen, als neuerdings in London

338. Ferguson predigt vor der Niederlage den Rebellen über Josua 22, Vers 22

Benediktiner-, Karmeliter-, Franziskanermönche Niederlassungen hatten und in ihren Ordenstrachten herumliefen. Denen, die es anging, drängte sich nun der Gedanke auf, daß die Zeit nahe, wo die Klosterländereien und alles übrige reklamiert werden würden.

Sehr viel trugen zur Erregung des Eigentumsfanatismus der Gentry die Vorgänge in Irland bei. Dort trieb der irische Papist Tyrconnel erst als Truppenkommandant neben dem Statthalter Clarendon, dann als dessen Nachfolger sein Wesen. Tyrconnels katholische Politik bekundete sich nun in erster Linie darin, daß er mit Hochdruck darauf hinarbeitete, daß den Katholiken ihr Land zurückgegeben werden müsse. In den Anfängen des Jahres 1688 waren in Irland schon zahlreiche Haufen auf den Beinen, um ihr Land von den Engländern zu reklamieren. Die Unsicherheit im Lande war groß. Eine Masse von Engländern emigrierte, zum Teil gleich nach Holland. Wie aus Irland, so kam auch aus Schottland Kunde, die in England die Ueberzeugung verstärkte, daß es auf einen Despotismus nach dem Muster Ludwigs XIV. abgesehen sei. Auch in Schottland wurde Anfang 1687 eine Toleranzerklärung erlassen, und zwar in Ausdrücken, die Jakob in England noch nicht zu gebrauchen wagte, nämlich „kraft seiner souveränen Autorität, seiner königlichen Prärogative und seiner absoluten Gewalt".

Das schottische Parlament war ebenso beiseite geschoben worden wie das englische. Mit dem englischen Unterhaus, das einstmals so sehr Jakobs Gefallen gefunden hatte, war er jetzt so unzufrieden, daß er es nach mehrfachen Vertagungen schließlich am 2. Juli 1687 auflöste. Neuwahlen, deren Zeitpunkt freilich noch unbestimmt blieb, wurden jetzt in ganz anderer Weise vorbereitet als vor dem letzten Parlament. Hatte man damals die Wahlberechtigung in so und so vielen Korporationsstädten geändert, um dadurch den Tories den Sieg zu verschaffen, so sollten sie jetzt auf dieselbe Manier wieder verdrängt werden. Der König äußerte sich dahin: Da die anglikanische Partei einmal für ihn verloren sei, so müsse er sie zerstören und ihre Gegner beschützen. Er verfuhr vorsichtshalber nicht so, daß er die toryistischen Inhaber von Korporationsämtern usw. durch Papisten ersetzte, sondern, um dem Verdacht entgegenzuwirken, daß es nur auf den Vorteil der katholischen Partei abgesehen sei, kamen Dissenters aller Art in die Aemter hinein. Im ganzen rechnete man an 900 städtische Posten, die auf diese Art den Tories entrissen worden seien. Auch auf die Grafschaftswahlen suchte der König einzuwirken, indem er die Lordstatthalter und all ihre Untergebenen befragen ließ, ob sie, zu Parlamentsmitgliedern gewählt, für die Zurücknahme der Testakte und der Strafgesetze und für die Toleranzerklärung eintreten, sowie ferner, ob sie für Kandidaten eintreten würden, die das gleiche versprächen. Wer die Fragen nicht im Sinne des Königs

beantwortete, wurde abgesetzt. Viele wußten aber der Frage auszuweichen, und überhaupt war Jakob, während den Landjunkern schon das Schreckgespenst eines Unterhauses von Fanatikern vorschwebte, doch recht zweifelhaft, ob er ein fügsames Parlament zusammenbringen werde. Kopfzerbrechen machte auch das Oberhaus. Da hatte der Kabinettssekretär Sunderland die Idee ausgeheckt, daß man zu einem ausgiebigen Pairsschub schreiten müsse. Derweil fuhr der König ins Jahr 1688 hinein fort, vermittels der Prärogative allein zu regieren und mehr und mehr alle Regierungsämter mit Katholiken zu besetzen; auch einige Dissenters wurden jetzt in den geheimen Rat aufgenommen.

339. Die Proklamation des Herzogs von Monmouth wird auf Befehl beider Häuser des Parlaments öffentlich verbrannt

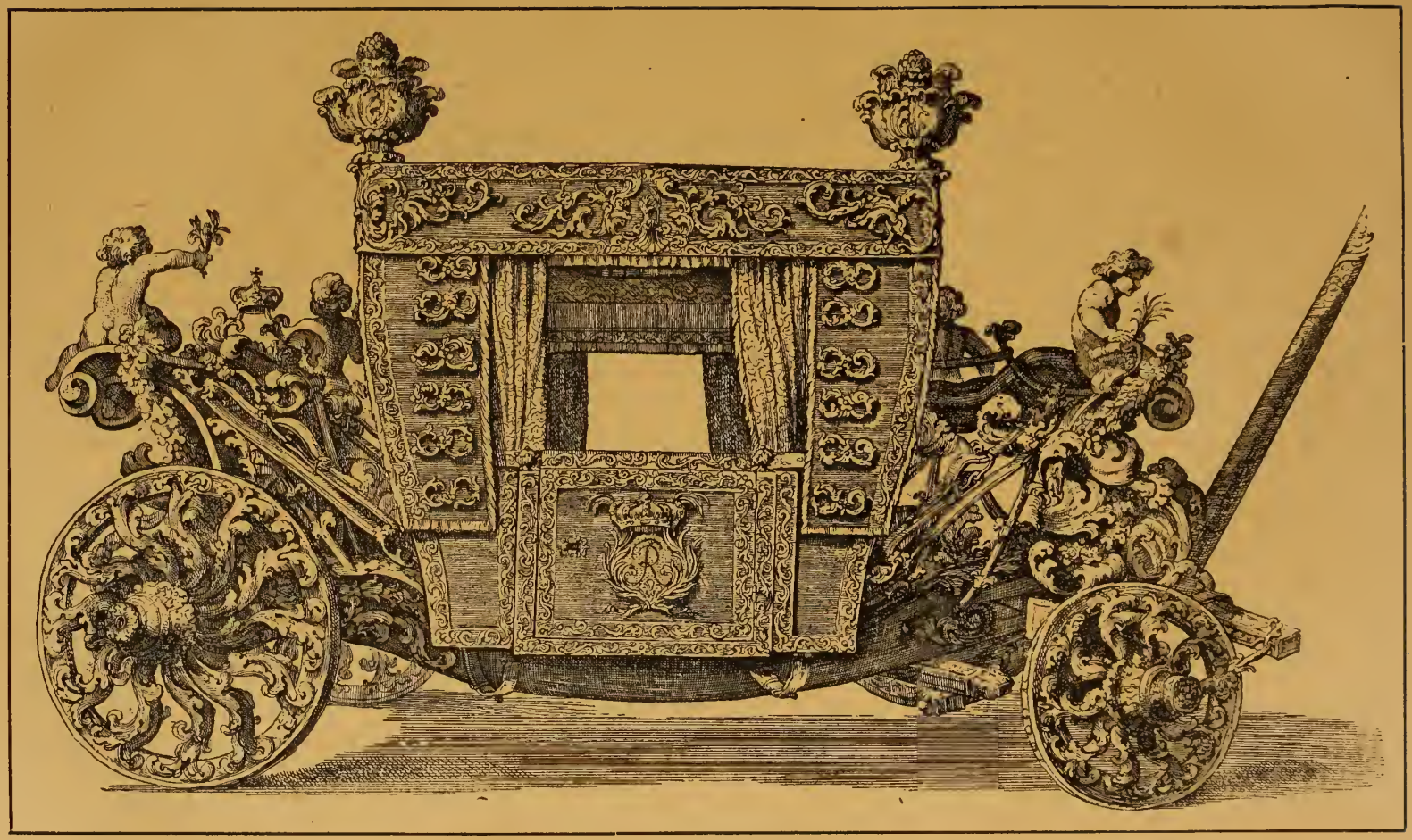
Kurz, als das Jahr 1688 anbrach, waren die Tories aus der früheren Regierungs- in eine wütende Oppositionspartei verwandelt, die zum Aeußersten geneigt war, weil sie sich durch die königliche Politik in ihrer ganzen sozialen Stellung, ja, in ihrem ganzen Besitz bedroht fand. Ihre Führer gingen nun schon daran, ein Einvernehmen mit den sonst so gehaßten Whigs herzustellen, um gemeinsam die papistische Fraktion und also schließlich den König selbst zu stürzen. Es entspann sich auch schon eine Korrespondenz zwischen englischen Politikern und dem Prinzen von Oranien, die darauf hinauslief, ein gemeinsames Vorgehen gegen den König in die Wege zu leiten, holländische Hilfe gegen Jakob zu erlangen. Die internationale Situation war so, daß den niederländischen Staatsmännern der Gedanke einer Intervention in die inneren Angelegenheiten Englands naheliegen mußte. Jeden Augenblick konnte ein neuer Krieg mit Ludwig XIV. ausbrechen, und da war es von der äußersten Wichtigkeit, darauf hinzuwirken, daß England nicht wieder für, sondern gegen Frankreich eintrete. Nun war Jakobs Bündnis mit Ludwig ein offenes Geheimnis; ebenso klar lag zutage, daß die öffentliche Meinung Englands aufs schärfste gegen Ludwig war. Um also England aus einem Bundesgenossen in einen Feind Frankreichs zu verwandeln, mußte Jakob gestürzt werden.

Dazu kamen für den Prinzen von Oranien noch persönliche Gründe, die ihm den Gedanken an eine englische Thronumwälzung unter seiner Mitwirkung sympathisch machen mußten. Als Gemahl der Prinzessin Marie war er präsumtiver Thronfolger von England, solange Jakob keinen Sohn hatte. In den ersten Monaten des Jahres 1688 wurde nun aber angekündigt, daß die Königin schwanger sei, und die katholische Partei sprach alsbald die bestimmte Erwartung aus, daß das zu erwartende Kind männlichen Geschlechts sein werde. Demgegenüber wurden von der Gegenseite alsbald Zweifel an der Schwangerschaft ausgesprochen. Der Verdacht kam auf, daß eine Kindesunterschiebung geplant sei, um die protestantische Thronfolge zu beseitigen und also dem katholischen Absolutismus die Dauer über

Jakobs Leben hinaus zu sichern. Damit entschwand auch die Hoffnung, daß es nach dem vielleicht baldigen Ableben des 55jährigen Königs anders werden würde. Jakob ließ sich nicht träumen, daß sein Schwiegersohn etwa geradezu gegen ihn konspiriere. So viel wußte er freilich, daß der Oranier mit seiner Politik nicht einverstanden sei. Hatten doch Marie und Wilhelm ausdrücklich der Aufhebung der Testakte und der Strafgesetze auf dem Verordnungswege widersprochen, wie sie in der Toleranzerklärung Jakobs erfolgt war. Diese Toleranzerklärung sollte nun im Jahre 1688 den Stein ins Rollen bringen. Der König ließ sie nämlich am 25. April mit einigen Zusätzen veröffentlichen. Er entschloß sich dazu, der anglikanischen Geistlichkeit die Demütigung anzusinnen, daß sie selber die ihr verhaßte Erklärung dem Volke mitteilen solle.

Anfang Mai erging ein Ratsbefehl, daß die Toleranzerklärung in allen Kirchen beim Gottesdienst verlesen werden solle. Zu diesem Ansinnen nahm die Londoner Geistlichkeit zuerst Stellung. In der Zusammenkunft sprachen sich einige dafür aus, dem königlichen Gebot zu gehorchen. Die Mehrzahl aber war für passiven Widerstand. Die Stimmung hierfür wurde dadurch verstärkt, daß eine Erklärung der führenden Dissenters eingelaufen war, die den anglikanischen Klerus aufforderte, für Religion und Freiheit einzutreten, dem Befehl des Königs nicht zu gehorchen. Achtzig Geistliche unterschrieben eine Weigerung, das Toleranzedikt zu verlesen. Das Schriftstück wurde den Bischöfen übermittelt, die am 12. Mai gleichfalls beschlossen, die königliche Erklärung nicht verlesen zu lassen und eine Petition gegen die Verordnung an Jakob zu richten. Der Primas Sancroft setzte die Bittschrift auf, worin gesagt war, daß die Toleranzerklärung auf dem Dispensationsrecht des Königs beruhe, einem Vorrecht, das vom Parlament des öfteren als ungesetzlich bezeichnet worden sei. Außer Sancroft unterschrieben noch sechs Bischöfe die Petition; eine Reihe anderer trat nachträglich bei. Die sechs — Sancroft war das königliche Haus verboten worden — suchten am 18. Mai eine Audienz nach und überreichten die Petition kniefällig. Der König las das Schriftstück und nahm seinen Inhalt höchst ungnädig auf. Er sagte, das heiße die Fahne der Rebellion erheben. Solche Widersetzlichkeit habe er von der englischen Kirche nicht erwartet, deren unumschränktes Oberhaupt er sei; es gehe sie gar nichts an, ob die Verordnung gesetzlich oder ungesetzlich sei, da sie nicht zu Vertretern der Landesgesetze berufen seien. Sie entfesselten einen bösen Geist, dem sie nie wieder Zügel anlegen könnten, und machten sich zu Werkzeugen von Leuten, die das Verderben der Kirche und des Staates anstrebten. Er werde die Dispensgewalt aufrechterhalten. In der folgenden Nacht wurde die Petition der Bischöfe gedruckt und in der City verbreitet.

Sonntag, 20. Mai, sollte die Toleranzerklärung in den Kirchen verlesen werden. In London gehorchten bloß sieben Geistliche, im Lande, auf das Jakob gerechnet hatte, bloß 200 unter 10000. Am nämlichen Tage pries der berühmte, von den Anglikanern viel verfolgte Dissenterprediger Baxter auf der Kanzel die Bischöfe wegen ihres Widerstandes: auf die Unterstützung der Dissenters konnte Jakob sich also keine Hoffnung mehr machen. Er blieb aber hartnäckig, obwohl im Rat Stimmen laut wurden, die zur Mäßigung mahnten, selbst Jeffreys sprach in diesem Sinne. Dennoch wurde beschlossen, die Bischöfe wegen „aufrührerischer Schmäh-



340. Prunkwagen Jakobs II.

341. Die Schlacht bei Bridgwater

schrift" vor dem court of Kingsbench zur Verantwortung zu ziehen. Unter Sympathiekundgebungen riesiger Menschenmengen wurden sie in den Tower gesteckt. Dessen Wache trank alle Tage die Gesundheit der Bischöfe. Auch erschien eine Deputation von Dissentergeistlichen, um den Gefangenen ihre Sympathie auszusprechen. Am 29. Juni ging der Prozeß in Szene. Die Mehrzahl der Richter bestand aus königlichen Werkzeugen, und die Jury war sorgfältig ausgesucht; der Hof rechnete mit Gewißheit darauf, den Prozeß zu gewinnen. Die Verhandlungen drehten sich darum, ob der König die Dispensgewalt habe. Die Verteidiger bestritten das: wenn solches Vorrecht eingeräumt werde, so sei das Parlament überflüssig, die ganze Gesetzgebung stehe dann beim König. Abends um 7 Uhr zog sich die Jury zurück und beriet die ganze Nacht. Um 9 Uhr morgens kehrte sie zurück und unter großem Jubel proklamierte der Obmann als Wahrspruch der Geschworenen: „Nichtschuldig." Mit gleichem Beifall ward die Freisprechung der Bischöfe von ganz London aufgenommen. Der Jubel über diese Niederlage des Absolutismus pflanzte sich bis ins Lager von Hounslow fort. Die Soldaten riefen stürmisch Hurra. Der König war gerade im Lager und fragte Lord Feversham nach der Ursache des Jubels. Feversham antwortete: „Es ist nichts, die Soldaten freuen sich über die Freisprechung der Bischöfe." „Nennen Sie das nichts?" sagte Jakob und tröstete sich dann mit der Bemerkung: „Um so schlimmer für sie."

Ueber den schweren Schlag, den die Freisprechung der Bischöfe für Jakob und seine Clique bedeutete, trösteten sie sich mit der Verstärkung ihrer Position, die sie darin erblickten, daß nun endlich ein Prinz von Wales vorhanden war: am 10. Juni hatte die Königin einen Sohn geboren. Darob war bei Hofe großer Jubel. Der ganzen Herrlichkeit schien nun die Dauer gesichert, da ein Thronerbe vorhanden war, von dem sich erwarten ließ, daß er in des Vaters Fußtapfen treten werde. In Wirklichkeit aber wurde gerade durch den Umstand, daß jetzt mit einer Vererbung des jakobitischen Systems zu rechnen war, der Sturz der regierenden Clique beschleunigt. Bis dahin hatten sich viele mit dem Gedanken getröstet, daß der ganze Spuk bei Jakobs Alter nicht lange dauern und alles durch die Thronbesteigung seiner Tochter Maria, d. h. Wilhelms von Oranien, bald ungeschehen gemacht werden würde, ohne das Risiko einer Revolution. Mit der Spekulation auf das stammhalterlose Ableben des Königs war es nun vorbei, und beide große Parteien fanden sich in dem gemeinsamen Bestreben, Wandel zu schaffen, zu gemeinsamer Aktion zusammen. Der französische Gesandte hat diesen Lauf der Dinge gleich vorausgesehen, indem er nach der Geburt des Prinzen an Ludwig XIV. schrieb, die unruhigen Köpfe hielten es jetzt für notwendiger als je, den Entwürfen des Königs zu widerstreben, und dieser Umstand werde die Aus-

führung ihrer vorbereiteten Unternehmungen vielleicht beschleunigen. Tatsächlich ergingen alsbald mündliche Einladungen in Menge an Wilhelm von Oranien, mit Heeresmacht nach England zu kommen und Jakob zu stürzen. Der vorsichtige und mißtrauische stadhouder machte aber eine urkundliche Aufforderung mit den Unterschriften der Hauptführer beider Parteien zur Vorbedingung unwiderruflicher und unzweideutiger Schritte.

342. Niederlage der Rebellen, 2000 erschlagen und ihr Geschütz genommen

Am 30. Juni unterzeichneten sieben Mitglieder hochangesehener Familien, Whigs und Tories, sowie als Vertreter der Staatskirche der Bischof von London, eine Adresse an Wilhelm von Oranien mit der Aufforderung, noch im Jahre 1688 zu kommen: sein Heer werde massenhaften Zuzug erhalten und das königliche Heer sei unzuverlässig. Die Unterzeichner selbst verpflichten sich auf Ehrenwort, in Person dem Oranier beizutreten. Hervorzuheben ist aus dem Inhalt der Urkunde noch der Hinweis auf die Tatsache, daß in England nicht einer unter tausend den angeblichen Prinzen von Wales für echt halte. Die Briefschreiber dringen in Wilhelm, er möge unter den Gründen seiner bewaffneten Intervention die mutmaßliche Unterschiebung des neugeborenen Thronfolgers nachdrücklich hervorheben. Wirklich war damals in England die Ueberzeugung allgemein verbreitet, daß es bei der Geburt des Prinzen von Wales nicht mit rechten Dingen zugegangen sei. Schon die Schwangerschaft der Königin war stark bezweifelt worden, und nach der Niederkunft ging das Gerücht durchs ganze Land, das Kind sei untergeschoben, man habe das Kind in einem Bettwärmer hereingebracht und unter der Bettdecke verborgen. Diese Geschichte ist damals, obwohl kein wahres Wort daran war, im Lande durchweg geglaubt worden. Daß auch die politischen Führer daran geglaubt hätten, ist nicht ernstlich anzunehmen; sie haben den Argwohn aber ebenso ungeniert für ihre Zwecke ausgenutzt, wie es zehn Jahre zuvor mit dem Papistenkomplott geschehen war.

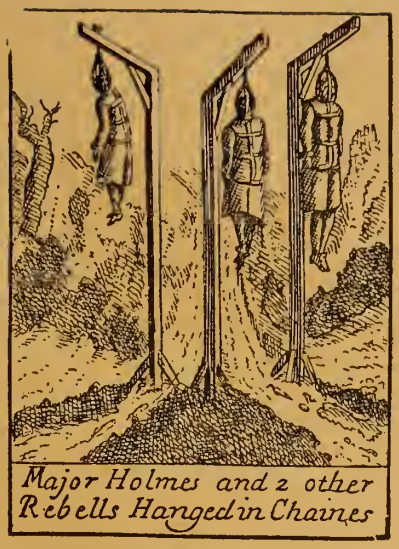
Oranien ging nun auf den Plan ein. Daß ihn dazu auch der Wunsch, auf den englischen Thron zu gelangen, angetrieben hat, kann vernünftigerweise nicht bezweifelt werden. Indes war für ihn zweifellos ebensosehr der Wunsch bedeutsam, Englands Unterstützung gegen Frankreich zu erlangen, was ja nur durch Jakobs Sturz erreicht werden konnte. Und den Generalstaaten ging es überhaupt um nichts anderes. England sollte in das große Bündnis hineingezogen werden, das im Jahre 1686 in Augsburg geschlossen worden war und das die Bekämpfung der französischen Weltherrschaftspläne zur Aufgabe hatte. Oesterreich, Spanien, Schweden, verschiedene Reichsfürsten, darunter der brandenburgische Kurfürst, Sardinien gehörten dazu, und auch der Papst war bald mit im Bunde gegen den allerchristlichsten König, weil dieser ihn in seiner weltlichen Machtstellung aufs

343. Die Hinrichtung der Frau Lisle

empfindlichste beeinträchtigte und bedrohte. Der Papst wurde denn auch in das englische Invasions- und Revolutionsprojekt Oraniens eingeweiht und hatte ebensowenig dagegen einzuwenden, wie die anderen katholischen Teilnehmer der großen Allianz; sie sahen in Jakob nicht den Katholiken, sondern den Verbündeten Ludwigs XIV. 1688 hatten sich auf dem Kontinent die Dinge soweit zugespitzt, daß jeden Augenblick das Losschlagen Ludwigs zu einem neuen Raubkriege zunächst gegen Deutschland zu erwarten war. Mit der Befürchtung eines französischen Angriffs erklärten auch die Generalstaaten ihre Land- und Seerüstungen, die sich in Wirklichkeit gegen Jakob richteten. Ludwig kam gegen Ende des Sommers hinter die Wahrheit und warnte Jakob, der aber nicht glauben wollte, daß sein Schwiegersohn und seine Tochter etwas gegen ihn im Schilde führen könnten. Nun dachte Ludwig, Oranien dadurch von seinem Unternehmen abzuschrecken, daß er den Generalstaaten zur Kenntnis brachte, er sei mit dem König von England verbündet und werde jeden Angriff auf Jakob als gleichzeitig gegen Frankreich gerichtet ansehen. Aber diese Drohung machte Jakob selbst unwirksam, der den Augenblick für sehr ungeeignet hielt, um dem englischen Volke die französische Allianz zu offenbaren; er verleugnete daher Ludwig in aller Form. Darauf wandte Ludwig seine ganze Aufmerksamkeit den deutschen Projekten zu und erklärte im Herbst dem Kaiser von Deutschland allein den Krieg. So hatten die Niederlande von Ludwigs Seite nichts zu befürchten und konnten sich ungestört dem Unternehmen gegen Jakob widmen.

Erst als die Rüstungen immer umfangreicher, der Zweck derselben immer offenkundiger wurde, fielen dem verblendeten Stuart die Schuppen von den Augen. Nun erkannte Jakob mit Entsetzen, wie groß die Gefahr für ihn sei. In seiner Angst versuchte er durch große Zugeständnisse die öffentliche Meinung zu seinen Gunsten umzustimmen. In erster Linie war es auf die Wiedergewinnung der Staatskirche abgesehen. Die Bischöfe wurden in Freuden aufgenommen und zu Rat gezogen, Compton und die ausgetriebenen Mitglieder des Magdalenenkollegs wieder eingesetzt. Ferner gab Jakob das Wichtigste auf, was unter Karl II. für den Absolutismus geschehen war, die Wahlrechtsänderung: London und die übrigen Städte erhielten ihre charters zurück. Für ein demnächst einzuberufendes Parlament wurde volle Wahlfreiheit versprochen. Aber alle diese Konzessionen nutzten dem König nun nichts mehr. Man glaubte nicht mehr an seine Ehrlichkeit, und mit Recht; hat er doch selbst demnächst zu Barillon geäußert, er denke nicht daran, sich vom Parlament gebieten zu lassen, oder rückgängig zu machen, was er für die Katholiken getan habe, oder mit Frankreich zu brechen. Dabei hat er dies letztere in aller Form den Generalstaaten offeriert — um Zeit zu gewinnen natürlich.

Es war aber alles umsonst. Anfang Oktober 1688 war alles zur Abfahrt bereit: 60 holländische Orlogschiffe, 700 Transportfahrzeuge, 15 000 Mann Soldaten waren im holländischen Hafen Halvoetsluys vereinigt. Die Truppenmacht war bunt zusammengesetzt. Neben Holländern, Engländern, Schotten fanden sich französische Flüchtlinge und deutsche Söldner vor. Unter diesen letzteren sind die brandenburgischen Scharen bemerkenswert, die der Kurfürst Friedrich Wilhelm zur Durchführung des revolutionären Unternehmens zur Verfügung gestellt hatte. Die Abfahrt der Expedition verzögerte sich infolge anhaltender Weststürme bis zum 19. Oktober. Die Flotte war kaum ausgelaufen, als sie von einem neuen Sturm überfallen und zur Rückkehr in den Hafen genötigt wurde. Ohne sich durch diesen unglücklichen Anfang beirren zu lassen, ging der Oranier am 1. November zum zweitenmal unter Segel. Diesmal war ihm die Witterung günstiger, wohingegen die englische Flotte durch widrige Winde am Auslaufen und Angreifen gehindert wurde. Ohne mit dem Feinde zusammenzustoßen, durchfuhr die Expedition den Kanal und landete am 5. November in der Torbay, einer Bucht an der Küste von Devonshire im südwestlichen England.



344. Major Holmes und zwei andere Rebellen in Ketten gehängt

Das Expeditionskorps setzte sich alsbald nach Exeter, der nächsten größeren Stadt, in Marsch. Auf den wehenden Bannern las man den Wahlspruch der Oranier: „Je maintiendrai“ („Ich werde aufrechterhalten“), sowie die Worte „Religion, Liberté“ („Religion, Freiheit“). Aber diese Parole bewies zunächst keine Zugkraft. Das Landvolk von Devonshire empfing die Ankömmlinge, obwohl sie sich als Befreier ankündigten, mit vorsichtiger Zurückhaltung. Ließ sich das immerhin als Wirkung der Jeffreyskampagne erklären, so erschien dagegen überaus befremdend die Tatsache, daß auch Adel und Gentry nicht zum Vorschein kamen. Einige Tage lang wartete der Prinz in Exeter vergeblich auf den Zuzug, der ihm verheißen worden war. Er kam schon auf den Verdacht, daß er in eine Falle gelockt worden sei, und erwog ernstlich den Gedanken, sich wieder einzuschiffen, und, in Holland angelangt, die Namen derer zu veröffentlichen, die ihn eingeladen hatten. Endlich aber erschien eine Reihe von namhaften Persönlichkeiten der Gegend in seinem Hauptquartier. Nun war der Bann gebrochen und der Zuzug wurde immer stärker. Auch aus anderen Landesteilen kam Nachricht von Schilderhebungen gegen Jakob. Am bedeutsamsten aber war, was am 14. November bei Salisbury geschah. Bis zu dieser Stadt waren die königlichen Streitkräfte unter Feversham dem Oranier entgegengerückt. Der Zahl nach war Jakobs Armee stärker, als die des Prinzen. Aber am genannten Tage ging Lord Cornbury, der Sohn des Earl of Clarendon, mit 200 Mann seines Reiterregiments zum Prinzen von Oranien über. Die numerische Einbuße war freilich nicht groß. Aber der moralische Effekt

345. Das Aufhängen von Protestanten im Westen.

dieses ersten Abfalls war außerordentlich. Die Prinzessin Anna sprach gleich die Ansicht aus, daß viele aus den Reihen des Heeres dem Beispiel Lord Cornburys folgen würden. Auch Jakob befürchtete, daß der Vorgang nicht vereinzelt bleiben würde. Er eilte nach Salisbury ins Hauptquartier, berief die namhaftesten Offiziere zusammen und erklärte sich bereit, auf ihre Dienste zu verzichten, falls es ihnen widerstrebe, für ihn zu kämpfen; nur beschwöre er sie als Soldaten und Gentlemen, nicht dem schmählichen Beispiel Cornburys zu folgen. Aber alle beteuerten ihre Ergebenheit, voran der Generalleutnant Churchill. Dieser Ehrenmann trat in einem Kriegsrat am 22. November mit Energie dafür ein, dem Feind alsbald die Spitze zu bieten. Dagegen riet Feversham zum Rückzug auf London, und dafür entschied sich auch der König, weil er sich der Truppen doch nicht sicher fühlte. In der folgenden Nacht gingen dann Lord Churchill und der Herzog von Grafton (ein unehelicher Sohn Karls II.) nebst anderen Offizieren zum Prinzen über, und der nächste Morgen brachte weitere Desertionen. In der Nacht zum 24. November verließen der Herzog von Ormond und Jakobs Schwiegersohn, Georg von Dänemark, den König und begaben sich in Oraniens Lager. Und in London angelangt, wurde Jakob von der Schreckensnachricht empfangen, daß seine Tochter Anna geflohen sei. Er brach in Tränen der Verzweiflung aus und rief: „Gott helfe mir! Meine eigenen Kinder haben mich verlassen!“

Unter solchen Umständen nahm natürlich der Abfall im Heer und im ganzen Land immer größere Dimensionen an. Oranien rückte langsam aber sicher in der Richtung auf London vor. Jakob suchte den Vormarsch seines Heeres durch die Anknüpfung neuer Unterhandlungen aufzuhalten. Diese Unterhandlungen waren, wie der König selber dem französischen Gesandten eröffnete, nur als Finte gedacht, um Zeit zu gewinnen, bis der kleine Thronfolger und seine Mutter nach Frankreich in Sicherheit seien. Dann wolle auch er selber England verlassen, um entweder in Irland, Schottland oder in Frankreich eine vorläufige Zuflucht zu suchen. Die Zugeständnisse des Königs, deren er jetzt wieder neue vorschlug, waren also ebensowenig ehrlich gemeint wie die früher gemachten. Unbelehrbar, gleich seinem Vater, blieb Jakob trotz alledem und alledem bei seinen bisherigen politischen Ideen, die er durchzusetzen gedachte, wenn er erst, wie weiland Karl II., im Triumph aus dem Exil auf den englischen Thron zurückgekehrt sein würde. Daran dachte Jakob keinen Augenblick, daß sein Exil von langer Dauer sein könne. Den Schlauköpfen, die ihm gegenüberstanden, vermochte er natürlich kein X für ein U zu machen: sie nahmen seine Zugeständnisse gar nicht ernst. Wenn sie trotzdem mit ihm unterhandelten, so geschah dies nur, weil sie ihm Zeit lassen wollten, aus England ins Ausland zu fliehen. Jakobs

Fluchtpläne paßten dem Oranier und seiner Sippe vortrefflich in ihren Kram. Sie wünschten sich nichts besseres, als daß der König sich selbst aus dem Wege räume. Dadurch wurde ihnen die schwierige Aufgabe erleichtert, den König zu stürzen, aber das Königtum zu erhalten.

346. Die Austreibung der Gelehrten des Magdalenenkollegiums

Den 9. Dezember 1688, bei Nacht und Nebel, flüchtete die Königin mit ihrem Söhnchen in Verkleidung aus London und gelangte glücklich nach Frankreich hinüber und am 11. folgte ihr Jakob selber. Um 1 Uhr früh verließ er seine Privatgemächer auf einer geheimen Treppe und fuhr in einer Mietkutsche von dannen. Als am Vormittag seine Flucht entdeckt und in der Stadt bekannt wurde, fiel das Lumpenproletariat über die Katholiken her und begann lustig zu plündern. Um diesem Treiben mit Hilfe der City-Milizen Einhalt zu tun, trat eine provisorische Regierung zusammen, die aus einer Anzahl weltlicher und geistlicher Lords, dem Lordmayor und den Londoner Aldermen bestand. Sie beeilten sich, dem Prinzen eine Erklärung zu übersenden, worin sie seinem Bestreben, die Religion und Rechte des Landes durch die Berufung eines freien Parlamentes wiederherzustellen, ihre Unterstützung zusagten. Der Prinz marschierte auf die Londoner Nachrichten in beschleunigtem Tempo der Hauptstadt zu; nun war kein Zaudern mehr nötig, nachdem Jakob das Weite gesucht hatte. Indes, der erwünschten Nachricht von der königlichen Flucht folgte bald der hinkende Bote.

Jakob war nicht übers Meer entkommen, sondern an der Themsemündung in die Hände von Fischern gefallen, die ihn erst für einen Jesuiten hielten, aber auch nicht losließen, als der König sich zu erkennen gab. Der Statthalter der Grafschaft Kent, ein Anhänger Jakobs, gab ihm dann zwar die Freiheit wieder, riet ihm aber dringend, nicht ins Ausland zu gehen, sondern nach London zurückzukehren, es sei noch nichts verloren, die Stimmung des Landes könne leicht zu seinen Gunsten umschlagen. Der König folgte diesem Rat und langte am 16. Dezember wieder in Whitehall an. Das war für den Oranier und seine Leute eine ärgerliche Programmstörung. Der Prinz ließ nun seinen Schwiegervater geradezu auffordern, London zu verlassen, da er einziehen wolle, und verlieh der Forderung Nachdruck, indem er vier Bataillone zur Besetzung von Whitehall vorausschickte. Unter holländischer Eskorte wurde Jakob nach Rochester an der Themsemündung abgeführt. In dem Landhaus am Strande, das ihm hier als Aufenthalt diente, wurde er zwar militärisch bewacht, aber nur auf der Landseite. Der Park, der an die Themse stieß, blieb völlig frei vom Posten. Es lag klar am Tage, daß hier eine Absicht obwaltete. Jakobs Freunde rieten ihm dringend ab, seinen Feinden den Gefallen zu tun und die Gelegenheit zur Flucht wahrzunehmen. Aber er dachte an das Wort seines Vaters, daß vom Gefängnisse eines Königs nur wenig Schritte bis zu seinem Grabe seien, und ergriff am 23. Dezember

von neuem die Flucht, die diesmal gelang. Am Weihnachtstage 1688 setzte er den Fuß auf französischen Boden.

Wenige Stunden, nachdem Jakob am 18. Dezember London zum zweitenmal, für immer, verlassen hatte, hielt Wilhelm von Oranien seinen Einzug. Er berief die Lords auf den 21. Dezember zur Beratung über den Zustand der Nation. Sie begannen ihre Tätigkeit mit einer Aufforderung an alle Papisten, mit Ausnahme der Hausbesitzer, sich zehn Meilen von London zu entfernen. Am Weihnachtstage faßte die Versammlung den Beschluß, an den Prinzen das Ersuchen zu richten, er möge die Verwaltung aller öffentlichen Angelegenheiten bis zum 22. Januar übernehmen und auf diesen Tag ein Konventionsparlament einberufen. Die Einladung von seiten der Lords genügte dem Oranier nicht, er wollte auch von Vertretern der Gemeinen um provisorische Uebernahme der Staatsgewalt angegangen werden. Zu diesem Zwecke trat am 26. eine Versammlung zusammen, die aus den Londoner Aldermen, 50 Mitgliedern des Gemeinderats der City und allen in der Eile aufzutreibenden Mitgliedern der Parlamente Karls II. bestand. Dieses Surrogat für ein Unterhaus stimmte alsbald den Beschlüssen der Lords bei. So übernahm der Prinz die Regierung; die erforderlichen Mittel stellten ihm die Geldleute der City zur Verfügung. Binnen vier Tagen ward ein Darlehen von 100 000 Pfund Sterling durch freiwillige Beiträge aufgebracht.

Mit dem neuen Jahr setzten die Wahlen zum Konvent ein. Programmäßig konnte er am 22. Januar 1689 zusammentreten. Den ersten Tag ging alles glatt vonstatten. Auf die Botschaft Wilhelms, die zur Eintracht und Schnelligkeit mahnte unter Hinweis auf die gefährliche Lage in Irland und gegenüber Frankreich, antworteten beide Häuser mit einer gemeinsamen Dankadresse, in der Wilhelm gleichzeitig ersucht wurde, die Geschäfte weiter zu führen. Dann vertagte sich das Parlament auf einige Tage, damit die Parteien Zeit hatten, zu den schwebenden Fragen, hauptsächlich zu der dringlichsten Frage nach der Neuordnung des Staates, Stellung zu nehmen. Als am 28. Januar die Parlamentsberatungen begannen, faßte das Unterhaus gleich folgenden Beschluß: König Jakob II. habe durch seinen Versuch, die Verfassung des Königreichs umzustürzen, indem er den ursprünglichen Vertrag zwischen König und Volk brach, und durch seine Verletzungen der Grundgesetze, dem Rate von Jesuiten und anderen Bösewichtern gemäß, und durch sein Entweichen aus dem Königreich der Regierung entsagt, und der Thron sei dadurch erledigt. Am Tage darauf fügte das Unterhaus die weitere Resolution hinzu: „Es hat sich erfahrungsgemäß als unverträglich mit der Sicherheit und Wohlfahrt dieses protestantischen Königreichs herausgestellt, daß es von einem papistischen Fürsten regiert werde."

Der Sinn dieser Beschlüsse ist klar genug: Durch den ersten wird Jakob abgetan, durch den zweiten auch sein Söhnchen. Verwunderlich aber ist der Wortlaut der ersten Resolution. Es ist zwar die whiggistisch-liberale Staatsvertragstheorie hineingebracht; anstatt daß man aber gemäß dieser Lehre sagte: Weil Jakob den Vertrag gebrochen hat, so ist er vom Volke vertrieben worden, und das von Rechts wegen; wir geben hiermit der vollendeten Tatsache nachträglich unseren Segen und erklären den König definitiv für abgesetzt anstatt dessen fingiert die Resolution eine Thronentsagung Jakobs, der inzwischen schon wiederholentlich gegen

347. Die Verhaftung Jeffreys

seine Vertreibung protestiert hatte. Daß also die Whigs des Unterhauses nicht den Mut hatten, den Dingen den richtigen Namen zu geben, lag zum Teil an ihrer eigenen Angst vor den Massen, denen der Respekt vor der Autorität, der Konstitution, der Rechtsordnung erhalten bleiben sollte, zum Teil war es Rücksichtnahme auf die legitimistische Gottesgnadenlehre der Tories, die im Oberhause die Mehrheit hatten. Und dabei ersparte man ihnen doch bloß insofern die Notwendigkeit, ihre alte Theorien Lügen zu strafen — mit Worten; denn in der Tat hatten sie es ja schon getan — als es ihnen erspart bleiben sollte, den König für abgesetzt zu erklären; dafür sollten sie aber ausdrücklich das monarchische Erbrecht umstürzen, indem sie den Prinzen von Wales von der Regierung ausschlossen.

Spaßig ist nun, zu sehen, wie die Lords Kamele schluckten und Mücken seihten. Die zweite Resolution der Gemeinen machten sie sich ohne viel Umstände zu eigen, und beschlossen ferner, daß England einen König, keinen Regenten haben solle: womit denn entschieden war, das Erbrecht des Prinzen von Wales auch nicht, auf die Art wenigstens, dem Namen nach aufrechtzuerhalten, daß er bloß den Königstitel führen, die Regierungsgewalt dagegen bei einem Regenten stehen sollte. Nachdem sie durch diesen Umsturz des Erbrechts ihrer Theorie so gröblich ins Gesicht geschlagen, sollte man meinen, sie würden an der ersten Resolution der Gemeinen weiter keinen Anstoß genommen haben. Weit gefehlt; mit heiligem Eifer ward daran herumgeklaubt. Die Berufung auf den Staatsvertrag zwar ließen sich die Lords gefallen. Dagegen paßte ihnen nicht der Ausdruck: Jakob habe der Regierung entsagt; dafür sagten sie: er habe die Regierung verlassen. Den letzten Passus: Der Thron sei dadurch erledigt, strichen sie ganz. Mit diesem Sätzchen wollten die Gemeinen den Weg freimachen zur Erhebung Oraniens auf den Thron. Dagegen sagten die Lords: Der Thron sei nicht erledigt, sondern kraft Erbrechts ohne weiteres wieder besetzt. Da

348. Kommissäre suchen das Volk zur Wahl von Anhängern Jakobs zu überreden.

sie nun durch die Umstürzung dieses selben Erbrechts den Prinzen von Wales beiseite geschoben hatten, wäre also die Prinzessin Marie von Oranien für den Thron in Betracht gekommen: Wilhelm hätte bloß Prinz-Gemahl sein und also bloß auf Umwegen regieren können.

Wilhelm wollte aber nicht von seiner Frau Gnaden regieren, sondern selbst König sein und also vom Parlament zum König gewählt werden. Vor diesem revolutionären Abschluß der Revolution schreckten nun die Tories zurück. Es würde hier zu weit führen, auf die Konferenzen einzugehen, die zwischen Ober- und Unterhaus in diesen Fragen stattfanden; Unüberbietbares an staatsrechtlicher Rabulistik wurde dabei von beiden Seiten geleistet, um einen Rechtsboden zu konstruieren. Die Entscheidung gab eine kategorische Erklärung des Prinzen von Oranien, wonach er nicht als Schürzenstipendiar seiner Frau regieren wollte; er habe nichts dagegen, wenn man Marie zur Königin mache: dann kehre er aber mit seinem Heer nach Holland zurück. Nun fiel den Tories das Herz in die Hose: Wenn Oranien ging, dann kam Jakob vermutlich wieder und nahm Rache, oder es kam zum Bürgerkrieg mit allen Konsequenzen. Demgemäß ließ sich nun das Oberhaus die Resolution der Gemeinen gefallen und beschloß ferner am 6. Februar mit 65 gegen 45 Stimmen, daß Wilhelm und Marie König und Königin von England sein sollten. Die Erhebung des Oraniers zum König von England wurde an Bedingungen geknüpft: ehe Wilhelm III. die Krone erhielt, mußte er einer konstitutionellen Bill zustimmen, über die beide Häuser übereingekommen waren, der sogenannten „Erklärung der Rechte". Diese Urkunde kommt keineswegs auf eine systematische Zusammenfassung der staatsbürgerlichen und parlamentarischen Rechte hinaus, sie stellt vielmehr den Verfassungsverletzungen, die unter Karl II. und Jakob II. vorgekommen waren, in 13 Punkten die konstitutionellen Grundsätze gegenüber, die nach dem Willen des Parlaments Rechtskraft haben sollten. In erster Linie wird der Anspruch der Krone auf ein Recht, von Gesetzen zu dispensieren und Gesetze zu suspendieren, für null und nichtig erklärt. Diese beiden ersten Punkte der Erklärung der Rechte wurden demnächst noch durch ein besonderes Gesetz zur Sicherung der Ministerverantwortlichkeit ergänzt, wonach dem König im Fall einer Ministerverurteilung durchs Oberhaus kein Begnadigungsrecht zusteht. Punkt 3 der Erklärung bezeichnet die Errichtung der kirchlichen Kommission und ähnlicher Behörden durch die Krone als ungesetzlich. Ferner wird wieder die Erhebung von Geldern ohne parlamentarische Bewilligung untersagt. Den Untertanen wird das Petitionsrecht garantiert. Ein Heer darf nur mit Zustimmung des Parlaments unterhalten werden. Die protestantischen Untertanen haben das Recht, Waffen zu besitzen. Die Wahlen zum Parlament sollen frei sein. Die parlamentarische

Redefreiheit kann nur durchs Parlament selbst eingeschränkt werden.

Einige weitere Punkte sollen gerichtliche Prozeduren zu absolutistischen Zwecken unmöglich machen, und schließlich Punkt 13 verlangt häufiges Halten von Parlamenten. Als Ergänzung dieser dehnbaren Bestimmung sei gleich ein Gesetz von 1695 erwähnt, wonach alle drei Jahre ein neues Parlament gewählt werden sollte. In bezug aufs Wahlrecht erfolgten nach der Revolution von 1688—89 keine Neuerungen. Das einzige, was geschah, war, daß die absolutistischen Eingriffe ins Wahlrecht der boroughs größtenteils rückgängig gemacht wurden, indem die meisten davon betroffenen Plätze zu ihrem alten Rechte zurückkehrten, besonders auch die Londoner City, die noch ausdrücklich durch Gerichtsurteil in den Besitz ihrer alten charter gesetzt wurde. Dagegen war von der Frage einer Wahlreform, die zu den Zeiten der puritanischen Revolution eine so große Rolle gespielt hatte, jetzt überhaupt keine Rede: sehr begreiflicherweise, weil die Thronumwälzung von 1688 den besitzenden Klassen ohne die Intervention der Massen gelungen war; auf diese wurde daher weder von Whigs noch Tories bei der Erklärung der Rechte Rücksicht genommen.

349. Uebelgesinnte Lords werden in den Tower geschickt

An dem konstitutionellen Dokument von 1689 ist das auffälligste, wenigstens für diejenigen, die da meinen, daß der ganze Kampf der letzten Zeiten sich um die Religion gedreht habe, daß die Erklärung der Rechte die Religionsfrage ganz beiseite läßt. Die Ereignisse der Restaurationszeit werden bloß unter dem Gesichtspunkt einer Entscheidung zwischen Absolutismus und Parlamentarismus angesehen. So ist es erstaunlich, wie so viele Historiker die danach gewiß nahe genug liegende Wahrheit haben verkennen können, daß ein Kampf mit solchem Ergebnis sich unmöglich in letzter Linie um die Religion gedreht haben kann. Nun bietet freilich für das Fehlen des kirchlichen Elements in der Erklärung der Rechte einen scheinbaren Ersatz die Tatsache, daß demnächst die kirchenpolitischen Gegensätze scharf aufeinanderplatzten. Bei näherem Zusehen aber ergibt sich leicht, daß dem konfessionellen Hader reale Macht- und Interessenfragen zugrunde lagen. Als die Dissenters mit den Anglikanern gemeinsame Sache gegen Jakob II. machten, war ihnen Duldung zugesichert worden. Wilhelm III. und die liberaleren unter den englischen Politikern seiner Umgebung bemühten sich denn auch, Meinungsfreiheit im weitesten Sinne für die Dissenters zu erwirken. Das schließliche Ergebnis aber, die am 3. Juni 1689 vom Parlament angenommene Toleranzakte, blieb erheblich hinter den Erwartungen der Dissenters zurück.

Dieses Gesetz hob bloß die Strafgesetze auf, mit denen sie verfolgt worden waren: sie konnten hinfort unbehelligt Versammlungen abhalten. Dagegen blieb die Testakte auch für sie bestehen, d. h. das Bekenntnis zur Bischofskirche mit

350. Jakob II. weigert sich, ein Parlament einzuberufen

allem Brimborium blieb Vorbedingung für die Bekleidung von Aemtern. Auch blieben die Dissenters verpflichtet, zu den Abgaben für die anglikanische Geistlichkeit beizutragen. Ein Versuch, die Bischofskirche einigermaßen zu reformieren, so daß die gemäßigteren Dissenters sich ihr anschließen könnten, scheiterte an dem heftigen Widerstand der Mehrzahl der Prälaten. Zur Erklärung dieser Dinge ist einmal auf die Angst der Besitzenden vor den revolutionären Sekten hinzuweisen, besonders vor den Millennariern, von denen man in den ersten Zeiten nach der Thronumwälzung eine Erhebung befürchtete. Es geschah aber nichts dergleichen; erst im Frühjahr 1694 ist in Buckinghamshire eine große Masse von „Heiligen" zusammengeströmt, die das tausendjährige Reich erwarteten und für das neue Jerusalem kämpfen wollten. Aber schon 1689 hatten selbst gemäßigt konservative Leute wie Evelyn Angst, daß es zur Republik mit allen Konsequenzen kommen werde, und wollten daher die Autorität in Staat und Kirche gesichert wissen.

Im übrigen handelte es sich um einen Kampf um die politische Gewalt zwischen den Tories, auf deren Seite die Masse des anglikanischen Klerus stand, und den Whigs, unter deren Anhang die Dissenters eine große Rolle spielten. Die Koalition der beiden großen parlamentarischen Parteien, die in der Einladung Wilhelms von Oranien und der Vertreibung Jakobs gegipfelt hatte, war ja schon bei den Debatten über die Besetzung des Thrones im Zerfallen begriffen. Gleich nach der Erhebung Wilhelms gingen die reaktionärsten Tories geradezu in die Opposition gegen die neue Ordnung der Dinge über. Eine Anzahl weltlicher

351. Königin Marie flieht mit ihrem Hofstaat und dem Prinzen von Wales aus Whitehall am 19. Dezember 1688

Lords und acht Geistliche wollten den vom Parlament beschlossenen Eid nicht leisten, der auf die Rechtmäßigkeit des revolutionären Regiments verpflichtete: diese Ultratories bekamen daher den Spitznamen Non-jurors, Nichtschwörer. Bald wurden die reaktionärsten Tories als Jakobiten bezeichnet, weil sie bedingungsweise die Zurückberufung Jakobs wollten. Vor Schluß des 17. Jahrhunderts kam es zu verschiedenen jakobitischen Verschwörungen, die auf eine Vertreibung oder gar Ermordung des Oraniers abzielten, aber im Keime erstickt wurden. Soweit ging nun bloß ein Teil der Tories. Allesamt aber machten sie den Whigs eine wütende Opposition. Dabei wurde nun fleißig mit den alten Schlagworten des „Widerstandes" und des „passiven Gehorsams" operiert. In Wirklichkeit aber handelte es sich nicht um Grundsätze, sondern um Interessen, um den Besitz der Staatskrippe: es waren zwei Cliquen von Beutepolitikern, die sich um die Aemter und alle profitablen Vorteile des Machtbesitzes rauften. Die Whigs, augenblicklich im Besitz der Unterhausmehrheit, wollten die Tories niederwerfen, indem alle an der Regierungspolitik des letzten Jahrzehnts Beteiligten zur Rechenschaft gezogen werden sollten.

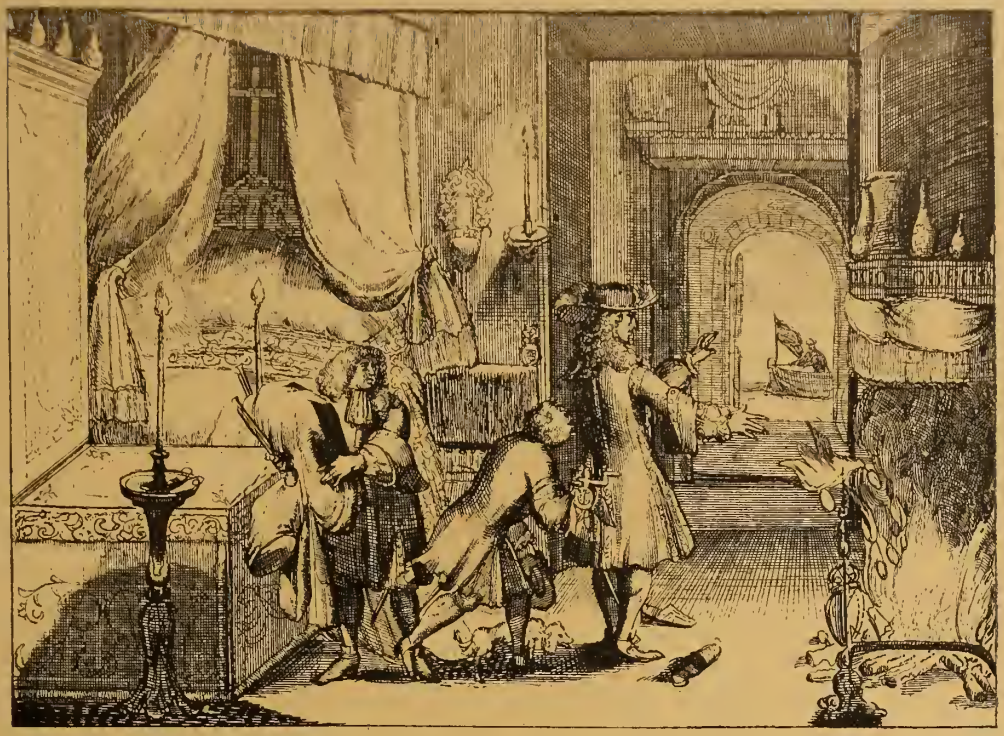
Ein wütendes Jagen nach Aemtern war Anno 1689 im Gang. Eine große Anzahl der bisherigen Inhaber mußte neuen Leuten Platz machen. Im Kampf hiergegen fanden die Tories in weiten Kreisen Sympathien, weil die whiggistischen Aemterjäger eine so eigennützige, profitgierige Bande waren, wie man sie sich kaum

352. Die Bischöfe werden in den Tower abgeführt

denken kann. Auch König Wilhelm wandte sich von den Whigs ab, weil sie ihm von den Kronrechten zu viel abzwackten. Im Februar 1690 löste er das Parlament auf. Die Mehrheit des nunmehr neugewählten Unterhauses bestand aus Tories. Die Tories waren also bis zur nächsten Wahl, die sie stürzte, an der Macht, aber sie trieben, von den persönlichen Interessen der Politiker abgesehen, keine andere Politik als die Whigs. In den grundlegenden Fragen der Wirtschaftspolitik bestand kein entschiedener Gegensatz zwischen Whigs und Tories. Wohl waren die Vertreter des mobilen Kapitals hauptsächlich auf whiggistischer Seite, und der torystische Krautjunker hatte eine ganz ehrliche Abneigung gegen den kapitalistischen Parvenü. Aber die Whigs, an deren Spitze doch in der Hauptsache Großgrundbesitzer standen, vergaßen die agrarischen Interessen nicht, und die Tories berücksichtigten das Handelsinteresse, womit das Wachsen der Grundrente aufs innigste verknüpft war, so waren auch beide Parteien darauf bedacht, das Volk zu rupfen. Die Wirtschaftspolitik des Revolutionsparlaments von 1689 ist vorbildlich gewesen für die folgenden Parlamente, gleichviel, ob Whigs oder Tories die Mehrheit hatten.

Dringlich wurden gleich nach dem Sturz Jakobs die Steuerfragen, weil ein Krieg gegen Frankreich die selbstverständliche Folge der Revolution war. Da waren nun Wilhelm von Oranien und das Konventionsparlament so schlau, der Realisierung ihrer Besteuerungsabsichten die Aufhebung der verhaßtesten Steuer der Restaurationszeit voraufgehen zu lassen. Zu den ersten Taten des neuen Regiments gehörte die Aufhebung der Herdsteuer. Dieser populären Maßnahme folgte auf dem Fuß eine andere, die es zweifellos weniger war, nämlich eine bedeutende Erhöhnng der Bierakzise. Damit war der Anfang gemacht zu einer Ausgestaltung des Systems der indirekten Steuern, die alles Dagewesene in den Schatten stellen sollte. Indes machte man zunächst Miene, als ob nicht die ganze Last der Staatsausgaben einfach auf die Massen abgewälzt werden sollte, sondern das Jahr 1689 brachte gleichzeitig eine Steuer auf den Besitz, auf den Grundbesitz.

Die landtax wurde 1692 auf „4 shillings vom Pfund des wirklichen Jahreswertes" der Rente bemessen. Damit hätten sich nun bei dem stark steigenden Grundwerte bedeutende Einnahmen erzielen lassen; aber der Eigennutz der Besitzenden war nicht gewillt, die Kriege zu bezahlen, die sie für ihre Interessen führten. Es wurde daher seit dem Jahre 1697 keine neue Bewertung der Grundrente vorgenommen. Unnötig zu sagen, daß bei steigendem Steuerbedarf die Akzisen und Zölle herhalten mußten. Dabei hatten die Grundbesitzer im Parlament, als sie die Grundsteuer bewilligten, von vornherein nur mit der Wurst nach der Speckseite geworfen. Ein Abgeordneter sagte es bei den Debatten gerade heraus mit



353. Jakob II. verbrennt die Einberufungsordre eines freien Parlaments und entflieht

den Worten: „Wir werden in Wirklichkeit eine Grundsteuer zu unserem Vorteil zahlen beim Verkauf von Getreide."

Diese Aeußerung wird verständlich, sobald man weiß, daß die Herren schon für die Bewilligung der Grundsteuer von der Regierung auf Kosten der brotkaufenden Massen eine Gegenleistung zugesichert erhalten hatten, welche das Steueropfer mehr als wett machte. Am 5. Mai 1689 bestätigte Wilhelm III. ein „Gesetz zur Beförderung der Ausfuhr von Getreide". Mit dieser Akte war es auf die Steigerung der Kornpreise abgesehen. Das Gesetz besagt: die Erfahrung habe gezeigt, daß die Ausfuhr von Getreide ins Ausland, wenn der Preis im Königreich niedrig stehe, von großem Vorteil sei sowohl für die englischen Grundeigentümer als auch für den englischen Handel im allgemeinen.

Demgemäß solle, wenn der Quarter Malz oder Gerste 24 Schilling und noch weniger, der Quarter Roggen 32 Schilling und weniger, der Quarter Weizen 48 Schilling und weniger in irgendeinem englischen oder walisischen Hafen koste, jede Person, die heimisches Korn ins Ausland verschiffe, eine Ausfuhrprämie erhalten im Betrage von 2 Schilling 6 Pence pro Quarter Malz oder Gerste, 3 Schilling 6 Pence pro Quarter Roggen und 5 Schilling pro Quarter Weizen. Wenn die Getreidepreise über jene Höhe hinausgingen, sollten die Ausfuhrzölle entrichtet werden.

Diese Brotwucherpolitik wurde von keinem der folgenden Parlamente verleugnet. Die Getreideausfuhrprämie war dem whiggistischen Grundbesitzer so

354. Jakob II. wird bei seiner Flucht durch einen Sturm nach Kent geworfen und dort gefangen genommen

lieb wie dem konservativen, und ein whiggistisches Parlament ging 1700 noch einen Schritt weiter in der Kornpreistreiberei, indem bestimmt wurde, „zur weiteren Ermunterung des Ackerbaus" natürlich, daß auch bei den höchsten Getreidepreisen hinfüro keine Ausfuhrzölle mehr erhoben werden sollten. Daß unter solchen Umständen das Proletariat rein gar nichts zu erhoffen hatte, bedarf kaum der Bemerkung. Erwähnt sei aber, daß das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz in den ersten Jahren Wilhelms III. noch eine Verschlimmerung erfuhr, indem bestimmt wurde, daß die vierzig Tage ungestörten Aufenthaltes, nach denen ein Zugezogener aus einer Gemeinde nicht mehr sollte abgeschoben werden können, in Zukunft erst von dem Tage zu rechnen sei, an dem der Zuzug in der Kirche der Gemeinde öffentlich bekannt gemacht werde.

„Die ‚glorious Revolution' (glorreiche Revolution)", sagt Marx, „brachte mit dem Oranier Wilhelm III. die grundherrlichen und kapitalistischen Plusmacher zur Herrschaft." Daß die Agrarier gute Tage erleben sollten, zeigt schon die Kornausfuhrprämie. Daß der Kapitalismus im allgemeinen seinem goldenen Zeitalter entgegen ging, läßt gleich der Beginn der Handelspolitik des neuen Regimes vermuten. Die merkantilistischen Maßnahmen häuften sich mit großer Schnelligkeit. Mit Einfuhrverboten ausländischer Fabrikate, Ausfuhrverboten einheimischer Rohstoffe wurde jetzt systematisch vorgegangen. In erster Linie erfreute sich natürlich die Textilindustrie der Unterstützung durch Regierung und Parlament. Das

355. Jakob II. entflieht nach Rochester

Verbot, Wolle auszuführen, wurde alsbald erneuert, die Strafen gegen Zuwiderhandelnde wurden verschärft. Nach einigen Jahren (1697) erfolgte allerdings formell eine Milderung, insofern die Todesstrafe gegen Wollexporteure aufgehoben wurde, es geschah dies aber bloß, um das Ausfuhrverbot wirksamer zu machen. In den Erwägungsgründen des Gesetzes heißt es nämlich ausdrücklich, daß wegen der Strenge der Strafe die Verfolgung nicht wirksam betrieben worden sei und deshalb von der Todesstrafe abgesehen werden solle.

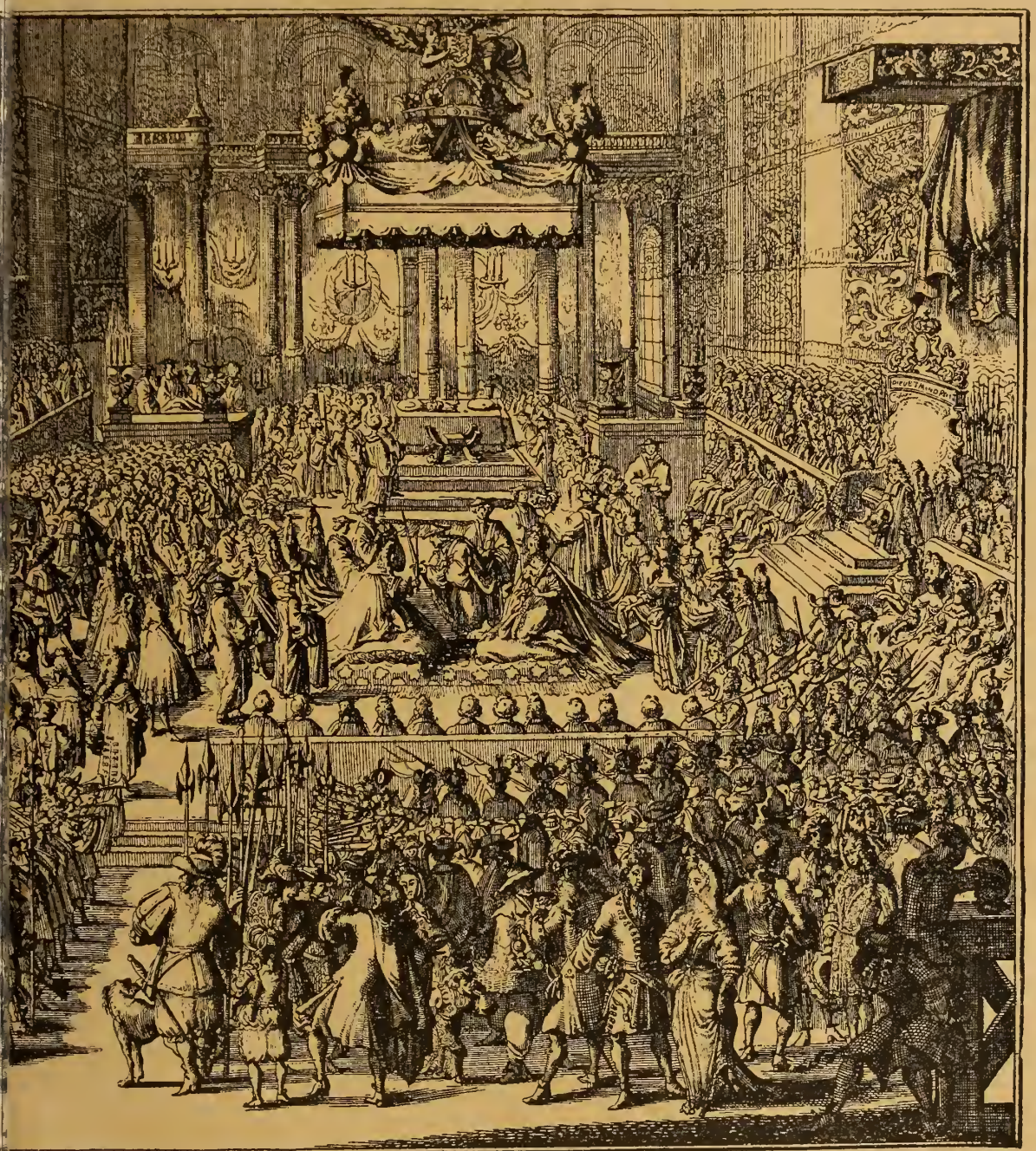
Am interessantesten aber sind unter den handelspolitischen Maßnahmen der ersten Zeit nach der Revolution diejenigen, welche den Zweck haben, Frankreich zu schädigen. Sogleich wurde die Einfuhr jedweder französischen Ware nach England verboten. Damit nicht genug, strebte England alsbald eine allgemeine Handelssperre gegen Frankreich an. Indem England der großen Allianz beitritt, macht es überall zur Bedingung, daß jegliche wirtschaftliche Beziehung zu Frankreich aufhören muß. Beispielsweise wird mit Holland im August 1689 ein Vertrag geschlossen „zur Vereinigung und zur gemeinsamen Führung ihrer Waffen, und hauptsächlich, um jede Art von Handel oder Verkehr mit den Untertanen des Allerchristlichsten Königs zu verbieten, nicht nur von seiten Englands und der Vereinigten Provinzen, sondern auch von seiten der Untertanen der anderen Könige, Fürsten oder Staaten". Gleichzeitig mit ökonomischen und kriegerischen Waffen suchte England Frankreich zu ruinieren. Den Kampf mit den Waffen hatte es

nicht nur zur See zu führen, sondern auch zu Lande, zunächst im eigenen Lande, in Schottland und Irland, wo Jakob mit Ludwigs Hilfe gegen die revolutionäre Regierung Krieg führte. In Schottland wurde die Erhebung nicht ernstlich, weil die Bevölkerung der Lowlands für die Revolution war. Ein hochländischer Ausbruch unter jakobitischer Führung erlosch nach anfänglichem Erfolg (Killiecranky, 1689) wieder. Dagegen entbrannte ein überaus gefährlicher Aufstand in Irland, dessen keltische Bevölkerung sich in Masse gegen die Engländer erhob.

Tyrconnel erkannte die neue Regierung nicht an, und das irische Volk erhob sich in allgemeinem Aufstand, nominell zu Jakobs Gunsten, in Wirklichkeit, um zu einem eigenen Recht zu gelangen. Als im März 1689 Jakob mit französischen Truppen in Irland erschien, sammelte sich auch ein stattliches irisches Heer um ihn, und das ganze Land, mit Ausnahme von ein paar Plätzen, war in Kürze frei. Eine bessere Zeit schien für das vielgeprüfte Volk anzubrechen, als nun gar in Dublin ein durchweg aus Iren bestehendes Parlament zusammentrat. Zu den ersten Maßregeln dieser Versammlung gehörte die massenhafte Reklamierung des den Iren geraubten Landes. Das geschah durch eine Bill, die den Act of settlement aufhob. Sie erklärte ferner den Grundbesitz aller derer für verwirkt, die Jakob nicht anerkannten oder mit denen Hand in Hand gingen oder in Verbindung standen, die seit dem 1. August 1684 gegen ihn rebelliert hatten, d. h. aller anglo-irischen Protestanten. Die Bill ging in dem Unterhaus zu Dublin ohne weiteres unter großem Jubel durch. Im Oberhaus opponierte ein protestantischer Bischof dagegen. Die Bill ging aber auch bei den irischen Lords ohne Aenderung durch. Nun wandten sich die Engländer, die unter dem Act of settlement Land erworben hatten, mit Petitionen an den König. Er muß wohl geschwankt haben; denn er antwortete den Bittstellern, er werde nichts Schlechtes tun, damit Gutes daraus entstehe. Aber er gab dann doch der Bill seine Zustimmung. Wenn er sie abgelehnt hätte, so wäre das Beste für ihn gewesen, Irland gleich zu verlassen. In diesem Hauptpunkte mußte er den Iren Genüge tun, wenn er nicht allen Anhang verlieren wollte. Aber er verstand sich doch nicht dazu, die irischen Interessen wirklich zu seinen eigenen zu machen. Das Parlament verlangte von ihm, er solle Irland von der englischen Krone unabhängig, zu einem besonderen Reich erklären. Das wollte Jakob aber nicht. Hierdurch und durch andere Bekundungen souveränen Eigensinns entfremdete er sich viele Anhänger.

Das beeinflußte nun ungünstig den Gang des Krieges mit England, woher im Sommer eine Streitmacht unter Marschall Schomberg herübergekommen war. Indessen behauptete sich Jakob im großen und ganzen bis zur Mitte des Jahres 1690. Nach und nach erhielten die Engländer große Verstärkungen. Auch Wilhelm von Oranien in eigener Person kam nach Irland. Am 1. Juli 1690 kam es zur Entscheidungsschlacht am Boynefluß. Die vereinigten Iren und Franzosen erlitten

Krönung
Köni



Königl. Majestäten, Wilhelms III. und Mariæ, zu König und Engeland, in der Abtey zu Westmünster, den 21. April, A°. 1689.

Die Krönungszeremonie Wilhelms III. in der Westminster-Abtei am 21. April 1689

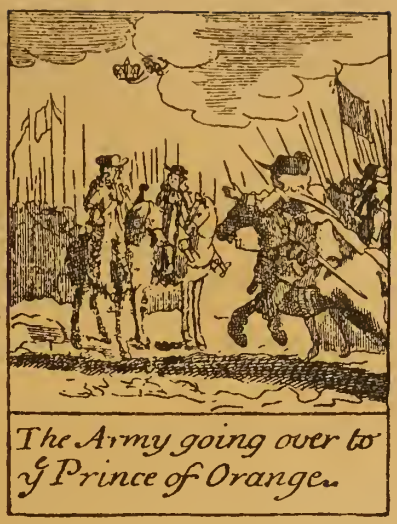
357. Jakob auf dem Wege nach Salisbury, um die Truppen am Abfall zu hindern

nach hartem Kampf eine vernichtende Niederlage. Jakob warf danach die Flinte ins Korn und machte sich nach Frankreich aus dem Staube. Dagegen kämpften natürlich die Iren bis aufs Aeußerste. Der Krieg zog sich bis ins Jahr 1691 hinein, brachte den Unabhängigkeitskämpfern aber keine Erfolge. Nach weiteren Niederlagen mußte auch der letzte Waffenplatz der Iren, Limerick, am 3. Oktober 1691 kapitulieren. Der Uebergabevertrag, der für das ganze Land gelten sollte, war nicht ungünstig, weil Wilhelm seine irische Armee dringend in den Niederlanden brauchte. Eine allgemeine Amnestie wurde zugesichert. Alle in der Kapitulation Eingeschlossenen sollten ihren Besitz, wie zu Zeiten Karls II., genießen. Auch verpflichtete man sich feierlichst zur Duldung des irischen Katholizismus. Eine andere Frage war, ob dieser Vertrag auch gehalten werden würde. Eine große Anzahl irischer Kämpfer warteten dies gar nicht erst ab, sondern verließen sogleich die Heimat und nahmen auf französischer Seite am Krieg auf dem Kontinent teil.

Der Landkrieg spielte sich in den spanischen Niederlanden ab, soweit England und Holland in Betracht kamen, deren Armeen unter dem Oberbefehl Wilhelms von Oranien standen. Das Schlachtenglück war ihm nicht hold, die großen Metzeleien der 90er Jahre fielen durchweg zu französischen Gunsten aus, ohne daß freilich alles Blutvergießen einen überwältigenden Fortschritt der französischen Waffen, nämlich eine neue Invasion in die Republik, zuwege gebracht hätten. Eine wirkliche Entscheidung fiel dagegen zur See. Auch hier ließ sich der Verlauf des Krieges für Frankreich zunächst nicht ungünstig an: Ende Juni 1690 trug eine französische Flotte über eine englisch-holländische den Seesieg bei Beachey-head davon, der in England großen Schrecken erregte, weil man eine französische Landung befürchtete. Diese Gefahr rückte in greifbare Nähe 1692, als an der französischen Küste ein Landungsheer hauptsächlich von irischen Emigranten zusammengezogen wurde, an dessen Spitze Jakob in England die Konterrevolution herbeiführen sollte. Aber die französische Flotte, die den Transportschiffen den Weg über den Kanal freimachen sollte, wurde im Mai 1692 von den vereinigten Engländern und Holländern bei la Hogue entscheidend geschlagen, wodurch der Landungsplan ins Wasser gefallen war. Jakob II. hatte dann noch einmal 1696 eine Expedition nach England mit französischer Hilfe vor, aber der Plan war unausführbar, weil die Verbündeten den Kanal beherrschten.

Inzwischen begann auch die internationale Handelssperre gegen Frankreich ihre Wirkung zu tun. Der englische Nationalökonom Davenant schreibt schon 1695 darüber: „Die Franzosen sind durch diesen Krieg von allem gewinnbringenden Handel abgeschnitten worden, ihre Arbeiter sind unbeschäftigt und die Erzeugnisse

ihres Landes bleiben ihnen auf der Hand. Wenn diese Unterbrechung ihres Handelsverkehrs noch strenger durchgeführt wird, werden die Franzosen ruiniert werden, ungeachtet aller ihrer Sparsamkeit, ihres Mutes und ihrer politischen Geschicklichkeit." Das zunehmende Massenelend in Frankreich wurde natürlich zum Teil auch durch die riesigen Kriegslasten herbeigeführt, die den ohnehin mit Steuern überhäuften französischen Landmann schier erdrückten. 1697 war es auch für Ludwig XIV. begreiflich geworden, daß es nicht mehr weiterging, und so kam in diesem Jahr der Friede von Ryswick zustande. Holland erlangte dadurch handelspolitische Vorteile, besonders Herabsetzung der französischen Einfuhrzölle. Den herrschenden Klassen Englands hatte der Kriegsverlauf zur Schwächung der französischen Konkurrenz und zur Stärkung der britischen Seemacht verholfen. Der Friedensschluß brachte ihnen weiter nichts als die Anerkennung Wilhelms III., die Preisgabe Jakobs II. durch Ludwig XIV., mit anderen Worten: die französische Anerkennung der englischen Revolution.



358. Die Armee geht zum Prinzen von Oranien über

Mit diesem Zugeständnis hätte sich die britische Politik sicher nicht zufrieden gegeben, wenn nicht der Friede für England eine Notwendigkeit gewesen wäre, und zwar wegen des miserablen Zustandes der Finanzen. Die großen Ausgaben, die der achtjährige Krieg im Gefolge gehabt hatte, waren in der Hauptsache durch Besteuerung der Zukunft, durch Aufnahme von Anleihen und Vorwegnahme von Einkünften gedeckt worden. Seit 1692 wuchs mit großer Schnelligkeit die „Nationalschuld". Bis dahin war bloß die Summe zu verz nsen, die Karl II. und Jakob II. seit der Schließung der Schatzkammer im Jahre 1672 den Gläubigern der Krone vorenthalten hatten. Diese Schuld wurde nach der Revolution alsbald anerkannt. Bis 1697 stieg die Nationalschuld auf 21½ Millionen Pfund Sterling. Davon war ein Teil bloß auf kurze Frist aufgenommen, und es wurden in den vier Friedensjahren bis Ende 1701 stark 5 Millionen Pfund Sterling abgetragen. Als Wilhelm III. im März 1702 infolge eines Sturzes vom Pferde starb, betrug die öffentliche Schuld beinahe 16 395 000 Pfund Sterling, und, weit entfernt von der Möglichkeit einer weiteren Reduktion, war ein neues Anwachsen in sicherer Aussicht, weil wieder ein großer Krieg vor der Tür stand, der Kampf um die spanische Erbfolge, auf die nach des spanischen Königs Karl Ableben (1. November 1700) Ludwig XIV. für seinen Enkel Anspruch erhob.

Für die Masse der Engländer hatte die also erfolgte Begründung einer fundierten Staatsschuld, die bei der Unsicherheit der neuen Regierung zunächst außerordentlich hohe Verzinsung erforderte, die Unannehmlichkeit wachsender Steuerlasten im Gefolge, die Annehmlichkeit großer Profite dagegen für das kapitalistische Spekulantentum, das sich, von der Finanzwirtschaft ausgehend, nach

359. Das Gefecht von Reading

der „glorreichen" Revolution in England breitmachte. Das Kreditwesen bekam einen Mittelpunkt an der Bank von England, die 1694 mit einem Anfangskapital von 1 200 000 Pfund Sterling begründet wurde; daneben entstand dann eine Menge weiterer Banken, zum Teil auf ganz schwindelhafter Basis. Dies gilt auch für die Masse der Lotterien, die, nach dem Muster der 1694 begründeten Staatslotterie, darauf abzielten, der leichtgläubigen Gewinnsucht das Geld aus der Tasche zu ziehen. Die kapitalistischen Gaunereien nahmen rasch immer größere Dimensionen an, wie schon der Titel einer Schrift von 1695 über den Gründungsschwindel dieser Zeit zeigt: „Angliae Tutamen, oder die Sicherheit Englands, ein Bericht über die Banken, Lotterien, Minen, Tauch-, Drainierungs-, Metall-, Salz-, Leinen-, Hebe- und etliche andere Maschinen und viele verderbliche Projekte, die jetzt im Gange sind und auf die Vernichtung von Handel und Gewerbe und die Verarmung dieses Reiches abzielen." Die Verarmung betraf freilich nicht die großen Spekulanten und Kapitalistencliquen. Vielmehr diente die ganze Geschichte in hohem Maße zur Akkumulation großer Vermögen: nicht nur im Wege direkter Ausplünderung des Publikums, sondern besonders auch auf die Art, daß die großen Handelskompagnien sich für die Darleihung von Geldern von Regierung und Parlament wirtschaftliche Zugeständnisse monopolistischer Natur auf Kosten der Massen zugestehen ließen. Dabei wurde mit Bestechungsgeldern nicht gespart. Die Korruption beschränkte sich nicht auf die Volksvertreter, sondern ging bis in die höchsten Kreise; selbst der König hat sich von der Ostindischen Kompagnie schmieren lassen. Enthüllungen führten bloß zu parlamentarischen Scheinverfolgungen, die durchweg im Sande verliefen.

Interessant ist u. a. der Fall des Bankiers Duncombe, M. P. Ueber diesen Ehrenmann schreibt der gute Evelyn 1696 in seinem Tagebuch an einer Stelle, wo er seiner ehrlichen Entrüstung Luft macht über die „Betrügerei der Bankiers und Goldschmiede, die immense Reichtümer durch Erpressung erlangt haben". Duncombe, früher ein gewöhnlicher Goldschmied, habe des verstorbenen Herzogs von Buckingham Gut für beinahe 90 000 Pfund Sterling gekauft und solle noch ungefähr ebensoviel in Kasse haben. Unter dem Jahr 1698 konstatiert Evelyn, daß der große Bankier Duncombe gefangen gesetzt sei, die Lords hätten ihn freigesprochen, die Gemeinen wieder in den Tower geschickt. Evelyn sagt nichts über den Ursprung und den Ausgang der Affäre. Duncombe wurde unter Anklage gestellt wegen Fälschung von Indossamenten auf Schatzkammerscheinen und legte ein Geständnis ab. Die Gemeinen erklärten ihn seines Mandats verlustig und beschlossen mit 138 gegen 103 Stimmen, ihn seines Besitzes verlustig zu erklären. Die Lords traten dem nicht bei und entließen ihn aus dem Tower, die Gemeinen schickten ihn zwar zunächst wieder hinein, ließen die Sache dann aber einschlafen und es geschah Herrn

Duncombe weiter nichts. Dieser Skandal wirft ein Licht auf das Wesen der Revolution von 1688. Der amerikanische Geschichtsschreiber Prescott hat sie einmal dahin charakterisiert, ihr großes Ziel sei die Sicherheit des Eigentums gewesen, und sie habe darauf hingewirkt, in Verbindung mit dem allmählichen Vorschreiten kommerziellen Reichtums dem Merkantilsystem größere Autorität zu geben. Das ist ganz richtig, wenn man an die Sicherheit des Eigentums der Klassen denkt, die die Revolution gemacht haben. Der Fall Duncombe zeigt, wie unter dem neuen System das kapitalistische Eigentum gesichert war, auch wenn es direkt auf Diebstahl beruhte. Entsprechend sicherte auch, was den Grundbesitz angeht, die Revolution das Eigentum nur insoweit, als es sich um Eigentum der herrschenden Klassen handelte, gleichviel wie es erworben war. Von Sicherung der kleinen Besitzer und Erbpächter gegen Einhegungen war gar keine Rede, und es wird sich zeigen, wie ihre Expropriierung im 18. Jahrhundert legalisiert wurde. Jetzt aber schon, zum Schluß des 17. Jahrhunderts, wurde der Beweis geliefert, daß der Schutz des Eigentums, den die glorreiche Revolution bot, ganz eigener Art war.

360. Der Kanzler auf dem Wege in den Tower, wohin ihm noch viele von der Brüderschaft folgen

Es setzte alsbald in großem Stile ein Raubzug auf die restierenden Domänengüter ein: sie wurden verramscht, verkauft und großenteils geradezu gestohlen — von Angehörigen der regierenden Cliquen. Dieses Eigentum war sicher. Dagegen erging im Jahre 1700 ein Gesetz, das den Grundbesitz von politischen Gegnern der herrschenden Kreise einfach für verwirkt erklärte. Bei fortdauernder Furcht vor einer papistisch-absolutistischen Konterrevolution beschloß nämlich das Parlament, wie Evelyn dieses berüchtigte Katholikengesetz kurz und bündig zusammenfaßt, „ein Gesetz betreffs der Güter von Papisten, daß sie, wenn einer nicht vor dem Alter von 18 Jahren Protestant würde, an seinen nächsten protestantischen Erben übergehen sollten". Evelyn selbst findet, daß das Gesetz hart scheine, erklärt es aber mit dem Verfahren des Franzosenkönigs gegen die Hugenotten und dem dreisten Auftreten der englischen Papisten und sieht offenbar in diesem Enteignungsgesetz ein Mittel zur Sicherung des Eigentums, schreibt er doch keine Seite weiter: Eigentum und Freiheit seien jetzt in allen Nachbarkönigreichen so sehr angetastet, daß Furcht die Gemeinen vorsichtig mache und alle Tage die Gesetze stärke, welche das Volk gegen Tyrannei beschütze. Vom Volke redete man und die Besitzenden meinte man.

Wie ihr Eigentum, so ihre Freiheit sicherten die herrschenden Klassen nach Kräften gegen jede Anfechtung, und sie waren freiheitlich, d. h. antiabsolutistisch gesinnt, weil der Absolutismus ihren Besitz gefährdet hatte. Das Klasseninteresse trieb Gemeine wie Lords dazu an, die Prärogative in den engsten Grenzen zu

361. Der Lordkanzler im Tower

halten, und wenn sie in den Händen eines Königs von Parlaments Gnaden war, wie Wilhelm III. einer war. Nach dem Frieden von Ryswick hätte der Oranier gern die Truppen zusammengehalten, aber die Gemeinen zwangen ihm ihren Willen auf und setzten vor allem die Entlassung der holländischen Garden durch, mit denen Wilhelm 1688 nach England gekommen war. Er sollte keine Machtmittel behalten, mit deren Hilfe er gefährlich werden konnte. Es war ihm dann auch bei seiner englischen Würde gar nicht besonders wohl zumute, war er doch von Holland her gewöhnt, viel mehr zu bedeuten, als ihm das englische Parlament zugestand. Er hieß freilich Statthalter von Holland, König von England: aber man sagte ganz richtig, er hieße richtiger König von Holland, Statthalter von England. Darum waren auch alle holländischen Erwartungen trügerisch, die an Wilhelms Erhebung zum König von England die Hoffnung geknüpft hatten, der Oranier werde die Aufhebung der Schiffahrtsakte usw. bewirken, das ging weit über seine Kraft. Faktisch bewirkte die Personalunion zwischen Holland, wo der stadhouder tonangebend war, und England, wo das Parlament gebot, daß die Generalstaaten vom Parlament durch Vermittlung des Oraniers ins Schlepptau genommen wurden: Holland trat definitiv hinter England zurück seit der glorreichen Revolution. Beide Länder figurieren seitdem wie eine untrennbare Einheit als „die Seemächte"; die Führung aber lag bei England: England benutzt Holland für seine Zwecke bei den nächsten Kämpfen gegen Frankreich.

Der Wettkampf zwischen den beiden Seemächten war ebenso wie der Streit zwischen Krone und Parlament mit der glorreichen Revolution entschieden. Diese herkömmliche Bezeichnung der Umwälzung von 1688/1689 ist nur vom Standpunkt der Besitzenden aus begreiflich. Das Glorreiche lag eben darin, daß es gelungen war, die Massen in der Statistenrolle zu halten. Wer aber nicht kapitalistisch denkt, für den ist an der glorreichen Revolution nicht viel Glorreiches zu entdecken. Damit soll freilich die weltgeschichtliche Bedeutung dieser Umwälzung durchaus nicht herabgesetzt werden.

XV.

Die britischen Inseln nach der glorreichen Revolution.

Soziale Umwälzungen im Gefolge der englischen Revolution. — Kings Bevölkerungs- und Berufsstatistik für 1690. — Youngs Statistik von 1769. — Fortschritte der industriellen Entwicklung. — Die Tuchindustrie. — Manufaktur. — Zunftwesen. — Adam Smith für freie Konkurrenz. — Merkantilismus mit agrarischem Einschlag. — Die Einhegungen. — Niedergang des ländlichen Mittelstandes. — Das ländliche Proletariat. — Defoe und Goldsmith über die Mittelklasse. — Das verlassene Dorf. — Schuldhaft, Gefängniswesen, Strafen. — Der spanische Erbfolgekrieg und das Spekulantentum. — Aufstieg der Tories. — Wahlrechtsänderung. — Utrechter Friede. — Assientovertrag und Negerhandel. — Der Streit um den Handelsvertrag mit Frankreich. — Die Südseekompagnie und der Südseekrach. — Das System Robert Walpoles. — Akziseplan Walpoles. — Schmugglerkrieg gegen Spanien und Sturz Walpoles. — Der ältere Pitt und das hannöversche Königtum. — Georg III. und seine absolutistischen Neigungen. — Die Wilkesaffäre und ihr sozialer Hintergrund. — Radikale Anfänge, das allgemeine Wahlrecht. — Gordonkrawalle. — Konterrevolutionäre Erhebung von 1715. — Der jakobitische Aufstand von 1745. — Soziale Umwälzung in Schottland. — Irlands Geschicke seit der glorreichen Revolution und Swifts politische Schriften.

Manche Geschichtschreiber des englischen Revolutionszeitalters schließen ihre Darstellung mit der Inthronisierung Wilhelms von Oranien und mit der Bill of rights, ohne auch nur einen Blick auf die weitere Entwicklung der britischen Inseln nach der glorreichen Revolution zu werfen. Dies Verfahren konnte bloß solchen Historikern in den Sinn kommen, die den ganzen Inhalt der großen englischen Umwälzung in den rein konstitutionellen Fragen beschlossen wähnten. Von Deutschen ist in diesen Fehler der alte Dahlmann verfallen, aber auch der sonst um die Geschichte der englischen Revolution sehr verdiente französische Historiker Guizot verfährt im wesentlichen so in seiner 1850 erschienenen Abhandlung: „Warum ist die englische Revolution gelungen?"

Schon 1850 haben in einer Besprechung der Guizotschen Schrift, die in der „Neuen Rheinischen Revue" erschien, Marx und Engels ausdrücklich darauf hingewiesen, wie irreführend das Guizotsche Verfahren ist, den Zusammenhang mit der englischen Entwicklung des 18. Jahrhunderts zu zerschneiden: „Mit der Konsolidierung der konstitutionellen Monarchie in England hört für Herrn Guizot die englische Geschichte auf. Alles Folgende beschränkt sich für ihn auf ein angenehmes Wechselspiel zwischen Tories und Whigs, das heißt für ihn: auf die

große Debatte zwischen Herrn Guizot und Herrn Thiers. In der Wirklichkeit dagegen beginnt erst mit der Konsolidierung der konstitutionellen Monarchie die großartige Entwicklung und Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft in England. Wo Herr Guizot nur sanfte Ruhe und idyllischen Frieden sieht, entwickelten sich in der Wirklichkeit die gewaltigsten Konflikte, die einschneidendsten Revolutionen. Zuerst bildete sich unter der konstitutionellen Monarchie die Manufaktur zu einer bisher unbekannten Ausdehnung fort, um dann der großen Industrie, der Dampfmaschine und den riesenmäßigen Fabriken Platz zu machen. Ganze Klassen der Bevölkerung verschwinden, neue treten an ihre Stelle, mit neuen Lebensbedingungen und neuen Bedürfnissen. Eine neue, kolossalere Bourgeoisie entsteht; während die alte Bourgeoisie mit der französischen Revolution kämpft, erobert sich die neue den Weltmarkt. Sie wird so allmächtig, daß sie schon, ehe die Reformbill ihr direkt politische Macht in die Hand gibt, ihre Gegner zwingt, fast nur in ihrem Interesse und nach ihren Bedürfnissen Gesetze zu erlassen. Sie erobert sich direkte Vertretung im Parlament und benutzt sie zur Vernichtung der letzten Reste reeller Macht, die dem Grundbesitz geblieben sind. Sie ist, endlich, in diesem Augenblick damit beschäftigt, das schöne Gebäude der englischen Verfassung, vor dem Herr Guizot bewundernd stehen bleibt, von Grund aus zu demolieren."

Für uns handelt es sich hier zunächst nur um die Zeit vor der Entstehung der maschinellen Großindustrie, um das sogenannte Manufakturzeitalter, die beiden ersten Drittel des 18. Jahrhunderts etwa, und zunächst um die wirtschaftlichen Umwälzungen dieser Periode, womit dann die politische Entwicklung, freilich nur in großen Umrissen, in Zusammenhang zu bringen ist. Schon für diese Manufakturperiode gilt das Marx-Engelssche Wort von den einschneidenden Revolutionen, die sich an die glorreiche Revolution schlossen, im vollsten Maße. Um sich davon zu überzeugen, tut man am besten, von einem vergleichenden Blick auf die englische Bevölkerungs- und Berufsstatistik gegen 1690 und gegen 1770 auszugehen.

Wie sich zur Zeit der glorreichen Revolution die Bevölkerung Englands über Stadt und Land, sowie unter die verschiedenen Klassen verteilte, davon können wir uns eine annähernd richtige Vorstellung bilden mit Hilfe der statistischen Aufstellungen, die der bekannte Oekonom Gregory King im Jahre 1696 veröffentlicht hat. Er legte seinen Berechnungen die Häuserlisten zugrunde, die 1690 von den Beamten eingeliefert wurden, die das Herdgeld zum letztenmal erhoben. Danach hatte England mit Wales damals rund fünfeinhalb Millionen Einwohner. Hiervon entfielen auf London 530 000, auf die übrigen Städte und die Marktflecken 870 000. Dieser städtischen Bevölkerung von 1 400 000 stand eine ländliche von der dreifachen Stärke gegenüber: in Dörfern und Weilern wohnten 4 100 000 Menschen. Diese ganze Masse verteilt sich in den Städten wie auf dem Lande ungefähr zu gleichen Teilen auf das Proletariat einerseits, obere Klassen und Mittelstand andererseits. Die Gesamtzahl der proletarischen Schichten beläuft sich nämlich auf 2 825 000 Seelen, unter Einrechnung von 50 000 Matrosen, 35 000 gemeinen Soldaten und 30 000 Vagabunden, während den besitzenden Klassen im weitesten Sinne des Wortes 2 675 520 Personen zugehören.

Die Masse der Proletarier besteht einmal aus 364 000 Familien von Arbeitern und außer dem Hause wohnenden Dienstboten: alles in allem 1 275 000 Seelen,

sowie 400000 Familien von Häuslern und Armen mit insgesamt 1 300000 Köpfen. Die Jahreseinnahme einer Arbeiterfamilie berechnet King auf 15 Pfund Sterling, die von Häuslern und Armen auf 6½ Pfund Sterling. Die Ausgaben dieser Klasse werden im Durchschnitt nicht durch die Einnahmen gedeckt: und sind deshalb Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln, aus den Armensteuern, erforderlich. Von den rund 2800000 Personen, die dem Proletariat angehörten, aßen aber nach King immerhin 1 540000 wenigstens zweimal wöchentlich Fleisch, während 240 000 entweder krank oder Kinder unter 13 Monaten waren. Danach blieben noch 1 020000 Menschen, die „Almosen empfingen und folglich nicht mehr als einmal wöchentlich Fleisch genossen".

362. Bürgerstracht um 1690

Von den oberen Klassen zählten 160 Familien weltlicher Lords je 40 Köpfe, infolge der vielen Dienerschaft, insgesamt also 6400 Personen. Das Einkommen einer solchen Familie beläuft sich auf 2800 Pfund Sterling jährlich, während die geistlichen Lords, deren es 28 gibt, im Durchschnitt nur 1300 Pfund Sterling Einkommen haben. 28 Baronets (samt Familien und Dienerschaft 1280 Köpfe) haben im Durchschnitt 880 Pfund Sterling Jahreseinnahme; 600 Ritter je 650, 3000 Esquires je 450 Pfund Sterling. King zählt 12000 country gentlemen mit durchschnittlich 280 Pfund Sterling Einkommen; die Familie zählt im Mittel acht Personen, so daß für die Gentry eine Gesamtziffer von 96000 Personen herauskommt. Folgen auf der gesellschaftlichen Stufenleiter der Landbevölkerung 40000 größere Freisassen mit einem Durchschnittseinkommen von 84 Pfund Sterling. Eine solche Freisassenfamilie zählt sieben Köpfe, so daß die ganze Schicht 280000 Personen umfaßt. Kleinere Freisassen mit einem Einkommen von 50 Pfund Sterling zählt King 140000, samt Angehörigen 700000. Etwas zahlreicher sind die Pächter — 150000, mit Familien 750000. Das Einkommen einer Pächterfamilie beträgt durchschnittlich bloß 44 Pfund Sterling. Ungefähr ebensoviel (45 Pfund Sterling) verdienen die 8000 niederen Geistlichen, während die 2000 höheren Geistlichen durchschnittlich 60 Pfund Sterling einnehmen.

Unter den Städtern verdienen am meisten die Großkaufleute und Händler über See, im ganzen 2000, mit Angehörigen und Gesinde 16000 — Durchschnittseinkommen 400 Pfund Sterling. Kleinere Kaufleute und Händler über See rechnet King 8000 (Angehörige mitgerechnet 48000 Seelen), Durchschnittseinkommen 200 Pfund Sterling. 40000 Ladenbesitzer und Kaufleute haben je 45 Pfund Sterling Einkommen; die ganze Klasse zählt 180000 Seelen. Auf die Gewerbetreibenden und Handwerker rechnet unser Gewährsmann im ganzen 240000 Seelen,

60 000 Handwerker haben ein Durchschnittseinkommen von je 40 Pfund Sterling. Es sind dies offenbar Meister. Schließlich sind noch zu nennen 10 000 Beamte mit Einkommen zwischen 240 und 120 Pfund Sterling, 9000 Offiziere (80 bis 60 Pfund Sterling), 10 000 Advokaten und Richter (140 Pfund Sterling), 16 000 Angehörige freier Berufe mit 60 Pfund Sterling Durchschnittseinkommen.

Ungefähr dreiviertel Jahrhundert nach King schrieb Arthur Young seine „Northern Tour". Auch in diesem Werk findet sich eine Uebersicht über die Größe der Bevölkerung und ihre Verteilung über die verschiedenen Berufe, und zwar für das Jahr 1769. Young gibt die Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung, der Farmer — gleichviel ob Freisassen oder Pächter —, ihrer Dienstboten und Tagelöhner auf 2 800 000 an. Die Gewerbetreibenden (manufacturers) aller Art beziffert er auf drei Millionen. Ferner rechnet er für Landlords nebst Hausstand, Fischer und Bergleute 800 000 Personen. Vom Handel leben 700 000 Menschen. Die nichtbeschäftigten Armen veranschlagt Young auf 500 000. Schließlich rechnet er noch 200 000 auf Geistlichkeit und Juristen, 500 000 auf Beamte, Armee und Marine. Das wäre nun eine Gesamtbevölkerung von 8 500 000. Youngs Angaben können nicht auf absolute Genauigkeit Anspruch erheben. Die erste englische Volkszählung hat erst im Jahre 1801 stattgefunden und für England und Wales eine Einwohnerschaft von 9 187176 ergeben. In dem Menschenalter vor 1801 muß eine starke Zunahme der Bevölkerung stattgefunden haben, die mit einer Million wahrscheinlich noch zu gering veranschlagt sein wird, so daß im Jahre 1769 England und Wales höchstens acht Millionen Einwohner gehabt haben können. Die halbe Million, um die also Young mindestens zu hoch greift, ist aller Wahrscheinlichkeit nach von den Zahlen für die im Handel und Gewerbe beschäftigten Teile der Bevölkerung in Abzug zu bringen. Uebrigens sind auch Kings Ziffern mutmaßlich um ein paar hunderttausend zu reduzieren.

Diese Ausstellungen ändern aber nichts daran, daß ein Vergleich zwischen Kings und Youngs Uebersicht über die Verteilung der englischen Bevölkerung auf Stadt und Land, auf Handel und Industrie einerseits, Ackerbau andererseits die Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung von der glorreichen Revolution bis zum Ende der sechziger Jahre des achtzehnten Jahrhunderts richtig erkennen lassen. Vor Ausgang des siebzehnten Jahrhunderts lebten noch an drei Viertel des englischen Volkes in der Hauptsache von der Landwirtschaft, 1769 nicht mehr die Hälfte. Die Zahl der ackerbautreibenden Bevölkerung war nicht nur relativ, sondern auch absolut zurückgegangen, während die manufacturers aller Art sich vervielfacht hatten. 1690 machte die Einwohnerschaft der Städte und Marktflecken erst ein Viertel der gesamten Bevölkerung aus. Dagegen schreibt Young 1769 in seiner „Southern Tour", daß in blühenden Ländern wie England „die Hälfte der Nation in Städten zu finden ist". Der enorme Fortschritt der städtischen Entwicklung kann für eine ganze Menge von Plätzen zahlenmäßig belegt werden. So wuchs Liverpool, das zur Zeit der glorreichen Revolution erst 4000 Einwohner hatte, bis 1769 auf 40 000. Manchester hatte gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts 6000 Einwohner, 1760 40 000. Birmingham wuchs in der gleichen Zeit von 4000 auf 30 000 und hatte 1778 schon 42 000, 1789 60 000 Einwohner. Sheffields Bevölkerung vermehrte sich von 1700 bis 1769 von 4000 auf 30 000.

Bristol hatte gegen 1688 29 000 Einwohner, 1760 100 000. Natürlich hatte auch London wieder um mehrere hunderttausend „Seelen" zugenommen. Dies Anwachsen der Städte hatte selbstverständlich zur Voraussetzung ein rasches Fortschreiten von Handel und Industrie, und hierfür läßt sich die Gesamtbewegung mit annähernder Genauigkeit verfolgen, weil der Wert der englischen Ausfuhr ja durch die Zollbehörden festgestellt wurde. Der Warenwert des englischen Exports betrug:

1688:	4 310 000	Pfund Sterling
1700:	6 250 000	„ „
1710:	7 000 000	„ „
1720:	8 750 000	„ „
1730:	11 000 000	„ „
1740:	12 000 000	„ „
1765:	15 000 000	„ „

363. Londoner Volksbelustigung auf der Straße um 1710

Den größten Posten unter den englischen Exportartikeln stellten während der ersten beiden Drittel des achtzehnten Jahrhunderts die Tuche dar. Im Jahre 1701 waren die ausgeführten Wollstoffe 2 Millionen Pfund Sterling wert, d. h. beinahe ein Drittel des gesamten Exports. Drei Menschenalter später (1770) stellten sie immer noch ein Viertel des Werts der englischen Ausfuhr dar, etwa 4 Millionen Pfund Sterling bei einer Gesamtausfuhr von zirka 16 Millionen. So sehr galt in dieser Periode die Wollverarbeitung noch für den wichtigsten Industriezweig, daß Bischof Berkeley im Jahre 1737 schrieb: „Alle unsere Maßregeln sollten auf die unmittelbare Ermutigung unserer Wollmanufakturen abzielen, die als die Grundlage unseres Reichtums betrachtet werden müssen." Wenn Berkeley von Wollmanufakturen spricht, so darf man nicht etwa glauben, daß er bloß jene Art von größeren und großen Betrieben im Auge habe, die man vorzugsweise als Manufakturen bezeichnet. Es gab solche zweifellos auch in der Tuchindustrie schon zu Berkeleys Zeit. Aber sie waren nicht die Regel. Weitaus überwiegend handelte es sich um Hausindustrie. Und das blieb auch weiterhin so, obwohl zweifelsohne die Manufakturen allmählich zahlreicher geworden sind. Eine erhebliche Rolle haben sie aber ganz gewiß auch noch in den siebziger Jahren bloß in den

größeren städtischen Mittelpunkten der Tuchindustrie gespielt. Das größte Zentrum der englischen Tuchindustrie war zur Zeit, als Defoe seine „Reise durch Großbritannien" schrieb — 1725 — die Stadt Norwich und ihre Umgegend. Defoe gibt die Zahl der durch die Norwicher Tuch- und Seidenmanufakturen beschäftigten Personen auf 120 000 an: „Nicht, daß all das Volk in der Stadt wohnte, wenn auch Norwich sehr groß und volkreich ist." Gesponnen wurde vielmehr auf den Dörfern im weiten Umkreis von Norwich, in denen die Spinnerei Hausarbeit war. Das galt auch für das zweite von Defoe besuchte Textilrevier: Teile von Sommersetshire, Wiltshire, Dorsetshire und Gloucestershire. Unser Gewährsmann zählt 28 Städte dieser Grafschaften als Zentren der Textilindustrie auf. „Zwischen diesen Städten, weit entfernt, wie sie — Bradford und Trowbridge ausgenommen — voneinander lagen, war eine sehr große Zahl von Dörfern, Weilern und vereinzelt stehenden Häusern verstreut. Hier wurde durch das arme Volk das zur Tuchfabrikation nötige Spinnen der Wolle vorgenommen. Die Meister-Tuchmacher, die im allgemeinen in den größeren Städten wohnen, senden ihnen wöchentlich die Wolle ins Haus und lassen gleichzeitig die gesponnene Wolle abholen, die dann für den Webstuhl zugerichtet wird." Ob es in diesem südwestlichen Revier viele Manufakturen größeren Stils gab, sagt Defoe nicht. Es scheinen aber die Verhältnisse ähnlich gewesen zu sein wie in dem dritten, nördlichen Gebiet: dem Westriding von Yorkshire mit den Zentren Leeds und Halifax.

In diesen beiden Plätzen hat es ohne Zweifel zahlreiche Großbetriebe gegeben. Im übrigen aber handelte es sich hier um Meister mit einem oder wenigen Gesellen. Defoe schildert die ganze Gegend als ein fortlaufendes Dorf. „Kaum ein Haus steht weiter als auf Rufweite vom anderen, und als der Tag anbrach, sahen wir an jedem Haus ein Gestell und fast auf jedem Gestell ein Stück Tuch, Kersey oder Rasch, welches die drei Produkte der Arbeit dieser Gegend sind." Defoe bemerkt dann weiter über die Lebensverhältnisse der Weber: „Wie jeder Tuchmacher notwendig mindestens ein Pferd halten muß, um die Wolle und seine Lebensmittel vom Markte nach seinem Hause zu bringen, um sein Garn zur Spinnerei, sein Produkt zur Walkmühle und, wenn fertig, zum Markt zum Verkauf zu führen, so hält ganz allgemein ein jeder eine Kuh oder zwei für seine Familie. Auf diese Weise werden die kleinen eingehegten Grundstücke um jedes Haus bestellt, und abgesehen davon, daß sie so Zufuhr an Pflanzennahrung erhalten, werden sie durch den Dünger des Viehs weiter verbessert. Jeder Weber baut Kartoffeln, die nicht nur das Hauptnahrungsmittel seiner Familie bilden, sondern ihm auch nach seiner sitzenden Lebensweise im Hause zur Abwechslung eine angenehme Beschäftigung in freier Luft gewähren. Was Korn angeht, so säen sie davon kaum soviel, als nötig ist, um ihre Hühner zu füttern." Zum Schluß hebt Defoe den Fleiß der Bevölkerung hervor. „Vor der Tür begegneten wir wenigen, aber das Innere der Häuser sahen wir voll von munteren Burschen, einige am Färbebottich, andere am Webstuhl, andere mit dem Scheren des Tuchs beschäftigt; die Weiber und Kinder die Wolle kämmend oder spinnend; alle in Tätigkeit, vom Jüngsten bis zum Aeltesten; kaum ein kleines Ding über 4 Jahre alt, daß nicht seine Hände zu seinem Unterhalt ausreichen. Nirgends ein Bettler, nirgends ein Faulenzer, außer hie und da in einem Spital, das für die, welche alt und über die Jahre der Arbeit hinaus sind, erbaut ist." Defoe

rühmt dann noch das allgemeine Wohlbefinden dieser Bevölkerung, wobei nicht zu übersehen ist, daß wir es in ihm mit einem liberalen Lobredner von Handel und Industrie zu tun haben.

364. Trachten der Adligen um 1710

Der Kleinbetrieb blieb auch im nächsten halben Jahrhundert vorherrschend. Freilich ward der Charakter der Hausindustrie in diesem Zeitraum immer mehr rein kapitalistisch. Der ganz unabhängigen Meister wurden immer weniger. Die meisten gerieten in Abhängigkeit von den Verlegern oder Tuchhändlern, die den meisten das Material lieferten und eine immer weiter gehende Arbeitsteilung aufzwangen. Außerdem standen unmittelbar im Dienst von Kapitalisten zahlreiche Lohnarbeiter, die nicht einmal ihr Handwerkszeug noch zu eigen besaßen. Auch diese Proletarier aber waren nur zum kleinsten Teil in größeren Betrieben, Manufakturen beschäftigt. Wie es solche in der Wollenbranche gab, so auch in den übrigen Zweigen der Textilindustrie, der Seiden-, Leinen- und der noch unbedeutenden Baumwollindustrie. Vorwiegend waren die Großbetriebe wohl in einer Reihe von Industrien, die erst mit Ende des siebzehnten Jahrhunderts in England Aufnahme gefunden hatten. Die Gewehrmanufakturen von Birmingham waren von vornherein größere Betriebe. Denselben Charakter hatte wohl auch durchgängig z. B. die Knopf-, Schnallen-, Nagel-, Nadelfabrikation.

Berühmt ist die Beschreibung einer Stecknadelmanufaktur, die Adam Smith zu Anfang seines Hauptwerkes im Kapitel über die Arbeitsteilung gibt. Wir hören, daß die Herstellung einer Nadel in ungefähr achtzehn Teiloperationen zerlegt ist, die in den größeren Betrieben alle von verschiedenen „Händen" als ausschließliche Beschäftigung vorgenommen werden. Da gibt es Leute, die nichts anderes tun als den Draht ausziehen, andere, die ihn gerade machen, solche, die ihn zerschneiden, wieder andere, die ihn zuspitzen usw. Adam Smith weist dann rechnerisch nach, wie groß die Ueberlegenheit des Großbetriebes in dieser Branche über den Kleinbetrieb ist: so groß, daß nichts anderes als Teilarbeit mehr denkbar ist.

Aehnlich lagen die Verhältnisse für verschiedene andere Industriezweige. Es unterliegt also gar keinem Zweifel, daß eine beträchtliche Anzahl von Manufakturen, die größere Mengen von Teilarbeitern in einem Gebäude vereinigten, gegen 1765 in England vorhanden waren. Statistische Nachweise über den Umfang des

industriellen Großbetriebs sind leider nicht zu führen. Soviel ist aber sicher, daß die große Mehrzahl aller in der Industrie beschäftigten Personen nach wie vor in Kleinbetrieben tätig war. Von Gründen, warum die Manufaktur nicht zur Alleinherrschaft gelangte, ist zunächst der zu nennen, daß die Vorteile der Arbeitsteilung für zahlreiche Branchen, besonders für die dominierende Textilindustrie, auch bei dem „häuslichen System" zur Ausnutzung gelangen konnten. Dies System empfahl sich den Kaufleuten dadurch, daß verhältnismäßig wenig Kapital in das Geschäft hineingesteckt zu werden brauchte. Schließlich standen dem Umsichgreifen des Großbetriebs auch gesetzliche Hindernisse entgegen.

Vom mittelalterlichen Zunftwesen ragten noch stattliche Reste in die neue Zeit hinein. In den Städten mit Korporationsrechten mußte man Mitglied einer Zunft sein, um ein Gewerbe betreiben zu können. Grundsätzlich war Vorbedingung für die Aufnahme in eine Zunft, daß man die vorgeschriebene Lehrzeit, mindestens sieben Jahre, hinter sich hatte. Diese Anordnung über das Lehrlingswesen war durch das Statut geregelt, das im fünften Jahre der Königin Elisabeth erlassen worden war. Diese Bestimmung schränkte naturgemäß die Zahl derer, die sich einem gewerblichen Beruf zuwenden konnten, stark ein, weil sie ja alle diejenigen, welche nicht in der Lage waren, sieben oder mehr Jahre zu warten, bis sie auf eigenen Füßen standen, von einem gewerblichen Beruf ausschloß. Dies genügte den Zunftmeistern aber vielfach noch nicht. Die Statuten vieler Zünfte enthielten besondere Bestimmungen, wieviel Lehrlinge ein Meister halten dürfe. Beispielsweise galt für die Messerschmiede von Sheffield die Bestimmung, daß kein Meister mehr als einen Lehrling haben dürfe. Für etliche Bezirke und Berufe hat das Parlament derartige Einschränkungen verfügt. Beispielsweise war während des achtzehnten Jahrhunderts in der Grafschaft Norfolk mit Norwich kein Tuchmachermeister befugt, mehr als zwei Lehrlinge zu halten; Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe von fünf Pfund Sterling den Monat bestraft. Dasselbe Strafmaß gilt in ganz England und den Kolonien für alle Hutmachermeister, die etwa mehr als zwei Lehrlinge haben. In bezug auf die Zahl der Gesellen existierten keine derartigen Begreuzungen, und ebensowenig gab es geschlossene Zünfte; aber es ist klar, daß die Bestimmungen über das Lehrlingswesen in ihrem Geltungsbereich sowohl die Zahl der Gesellen als die der Meister in engen Schranken hielten.

Sie galten nun aber im 18. Jahrhundert nicht einmal mehr in den Städten mit den Korporationsrechten uneingeschränkt. Beispielsweise konnte man auch, ohne die vorgeschriebene Zeit gelernt zu haben, Meister werden, wenn man das Recht dazu käuflich erwarb: in der Londoner City waren dafür 30 Pfund Sterling zu bezahlen, bei etlichen Zünften nur 24. Ferner wurden von den Einschränkungen des Statuts über das Lehrlingswesen nach dem buchstäblichen Wortlaut nur Gewerbe betroffen, die schon im fünften Jahre der Königin Elisabeth betrieben wurden. So fielen die Baumwollverarbeitung und viele Gewerbe von Birmingham nicht unter das Statut. Die Leinwandverfertigung war durch ein besonderes Statut jedermann freigegeben. Zu den seit dem Erlaß des Statuts aufgekommenen Gewerben gehörte das der Kutschenmacher. Sie bedurften nicht der siebenjährigen Lehrzeit, waren aber eben deshalb nicht befugt, die Räder zu machen, weil das

Gewerbe der Rademacher beim Erlaß des Statuts bestanden hatte. Der Kutschenmacher mußte also die Räder vom Rademacher kaufen. Dagegen durfte dieser ganze Kutschen machen, weil dies Gewerbe frei war. Schließlich gab es auch in korporierten Städten „liberties“ (Freiheiten), d. h. von den Korporationsrechten freie Bezirke, gewöhnlich Vorstädte, wo weder die Zünfte etwas zu sagen hatten noch auch das Statut über das Lehrlingswesen zu Recht bestand. Dieses letztere galt überhaupt nicht außerhalb der korporierten Städte. Gemeint hatten seine Urheber freilich ganz England. Aber der Wortlaut hatte die Möglichkeit einer Durchlöcherung eröffnet. Ein Verbot gewerblicher Tätigkeit auf dem Land existierte längst nicht mehr. Und so galt außerhalb des Bereichs der korporierten Städte faktisch die Gewerbefreiheit. Es entwickelten sich daher an zahlreichen Stellen neue Industriestädte, ohne daß die erbitterten Zünftler etwas dagegen ausrichten konnten.

So waren denn in der Tat die zünftlerischen Einschränkungen der freien Konkurrenz großenteils illusorisch geworden. Dem Deutschen Georg Forster erschienen sie, als er 1790 England besuchte, überhaupt ganz unwirksam. Er schreibt in seinen „Ansichten vom Niederrhein usw.“: „ . . . In allen Städten, wo keine Inkorporationen sind, kann jeder nach Belieben jegliches Gewerbe treiben; zum Beispiel in ganz Westminster und in den Libertys der korporierten Städte. Dieser Umstand macht allen auch in ungeschlossenen Zünften noch möglichen Schaden nichtig; denn die Ware des unzünftigen Meisters konkurriert immer mit der Ware des zünftigen. In Westminster zum Beispiel kann jedermann Schneider oder Schuster sein, oder morgen aus einem Schneider ein Schuster werden usw. . . . Auf dem platten Lande kann jegliches Gewerbe getrieben werden, und nur in der Gerichtsbarkeit korporierter Städte muß ein Handwerker sich zu einer Inkorporation dieser Stadt halten.“ Bei Forsters Würdigung des englischen Zunftwesens ist nun nicht zu übersehen, daß er es mit dem festländischen, insbesondere dem deutschen, jener Zeit vergleicht, und da erscheint das englische in der Tat als ziemlich unbedeutend. Wenn es aber auch durchaus nicht die kapitalistische Entwicklung zu verhindern vermochte, so war es doch ein lästiges Hemmnis. Und darum bekämpft der „zusammenfassende politische Oekonom der Manufakturperiode“, wie Marx Adam Smith einmal nennt, die Korporationen aufs schärfste. Wie er dem Merkantilsystem die Forderung des Freihandels gegenüberstellt, so dem Zunftwesen das Verlangen nach völliger Gewerbefreiheit und dem Heimatsgesetz das nach uneingeschränkter Freizügigkeit.

Hier ist die Stelle, wo Smith seine gewerbepolitischen Forderungen zusammenfaßt: „Wenn Soldaten und Seeleute aus des Königs Dienst entlassen werden, so haben sie die Freiheit, jedes beliebige Gewerbe in jeder beliebigen Stadt oder Stelle von Großbritannien oder Irland auszuüben. Laßt dieselbe natürliche Freiheit, jede beliebige Art der Industrie auszuüben, allen Untertanen Sr. Majestät wiedergegeben werden, in der gleichen Art wie bei Soldaten und Seeleuten; d. h. man beseitige die ausschließlichen Privilegien der Zünfte und nehme das Statut über das Lehrlingswesen zurück, was beides wirkliche Einbrüche in die natürliche Freiheit sind, und dazu füge man die Zurücknahme des Heimatsgesetzes, so daß ein armer Arbeiter, wenn er entweder in einem Gewerbe oder an einer Stelle außer Beschäftigung geraten ist, in einem anderen Gewerbe oder an einer anderen

Stelle danach suchen kann, ohne Befürchtung entweder einer gerichtlichen Verfolgung oder einer Abschiebung: so wird weder das Publikum noch der einzelne viel mehr unter der gelegentlichen Entlassung einiger besonderen Klassen von Manufakturarbeitern leiden, als unter der von Soldaten." Diese optimistische Erwartung sollte freilich durch die spätere Entwicklung ebensowenig bestätigt werden, wie der Pessimismus, womit Smith sich bescheidet, daß sein Ideal des Freihandels und der Gewerbefreiheit unerreichbar bleiben werde, weil die interessierte Gegnerschaft der „master manufacturers" zu mächtig sei, die ihre Arbeiter dagegen ins Feld führten: „In der Tat, zu erwarten, daß die Freiheit von Handel und Gewerbe in Großbritannien je ganz wiederhergestellt werden sollte, ist ebenso absurd, als zu erwarten, daß eine Oceana oder Utopia je darin eingerichtet werden könnte."

In der Tat hielt zu der Zeit, als Adam Smith schrieb, die Mehrheit der besitzenden Klassen in England wenigstens an den Beschränkungen der Handelsfreiheit, die zum merkantilistischen System paßten, noch mit einer Zähigkeit fest, die nicht erwarten ließ, daß damit so leicht ein Ende gemacht werden könne. Die besitzenden Klassen, insbesondere die kapitalistischen Interessenten in Handel und Industrie, nahmen während der ganzen Manufakturperiode den Standpunkt ein, daß zum Gedeihen von Handel und Gewerbe die Aufrechterhaltung und Ausgestaltung des Systems von Einfuhrverboten, Ausfuhrverboten, Exportprämien und Importprämien notwendig sei, das in seiner Gesamtheit eben die merkantilistische Wirtschaftspolitik darstellt. Diese Maßnahmen wurden im Laufe des 18. Jahrhunderts in einem Maß ausgebaut und auf die Spitze getrieben, daß schließlich immer mehr Widersinnigkeiten an dem System hervorsprangen. Die Opposition hat sich zunächst praktisch bekundet in Gestalt von einem geradezu kolossalen Schmuggel, der an allen geeigneten Punkten der britischen Küsten betrieben wurde, vom Publikum sympathisch angesehen wurde und von der Regierung trotz aller Energie nicht unterdrückt werden konnte. Die Gesetzgeber haben sich durch den Schmuggel nicht an der Richtigkeit ihrer Handelspolitik irre machen lassen. Immer zahlreicher wurden vielmehr die handelspolitischen Bestimmungen aller Art, gegen 1770 zählten sie nach Tausenden.

Diese Bestimmungen, die sich zum Teil durchkreuzten, liefen darauf hinaus, dem einheimischen Gewerbe fremde Konkurrenz teils durch hohe Einfuhrzölle auf ausländische Industrieerzeugnisse, teils durch direkte Einfuhrverbote vom Hals zu halten, dagegen die Ausfuhr englischer Industrieprodukte durch Exportprämien zu fördern. Dagegen wurde die Ausfuhr zahlreicher wichtiger Rohstoffe verboten, wie dies ja schon im 17. Jahrhundert für Wolle und verschiedene andere Artikel der Fall war. Man ging sogar so weit, Prämien auf die Einfuhr einer Anzahl von Rohstoffen zu setzen, freilich nicht aus allen außerbritischen Gebieten, sondern aus den englischen Kolonien, insbesondere aus Amerika. Die Kolonialpolitik spielte überhaupt im merkantilistischen System eine große Rolle, wie sich leicht begreift. Weil der Absperrungspolitik Englands naturgemäß gleiche Maßnahmen festländischer Staaten entgegentraten, so war man darauf bedacht, sich in überseeischen Ländern ausschließliche Absatzgebiete und Lieferanten von Rohstoffen zu schaffen. Deshalb dreht sich denn auch die auswärtige Politik Englands in dieser Zeit großenteils darum, den Kolonialbesitz zu erweitern.

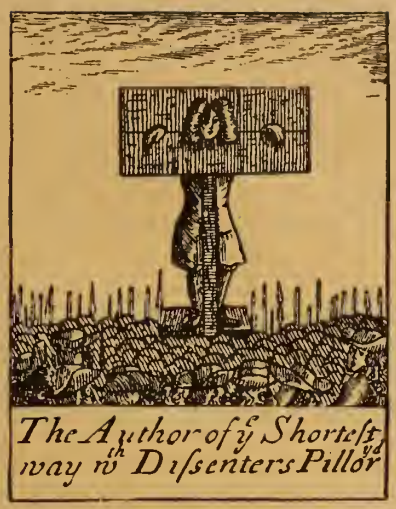
365. Londoner Straßenleben in der Mitte des 18. Jahrhunderts.

Zu einer folgerichtigen Ausgestaltung der merkantilistischen Wirtschaftspolitik hätte nun noch gehört, daß die Einfuhr von Lebensmitteln, in erster Linie von Korn, freigegeben oder gar die Kornausfuhr verboten worden wäre. Das verhinderte aber der Umstand, daß die gesetzgebende Körperschaft in ihrer großen Mehrheit während dieser ganzen Zeit aus Gutsbesitzern bestand, die zwar die Förderung von Handel und Industrie auch für ihr Interesse ansahen, aber darüber doch ihr Sonderinteresse an hohen Getreidepreisen nicht vergaßen. So wurde das Korngesetz von 1670 ebenso aufrechterhalten wie das Ausfuhrprämiengesetz von 1689. Besonders in diesem letzteren und in den Einhegungen erblickten die Großgrundbesitzer eine Hauptvoraussetzung für das Gedeihen der Landwirtschaft.

Die Einhegungen hoben in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts auf großer Stufenleiter wieder an. Das Expropriationsverfahren dieser Zeit unterscheidet sich von dem älteren in einem wesentlichen Punkte. Während früher die Gesetzgebung von der Beraubung des Landvolks durch die Großgrundbesitzer nichts hatte wissen wollen, und mit Parlamentsakten dagegen vorgegangen war, erhielten m 18. Jahrhundert die Einhegungen von Gemeindeländereien großenteils den parlamentarischen Segen. Unter der Königin Anna, im Jahre 1710, ging die erste „Bill zur Einhegung von Gemeindeland" durch, der vor Annas Tod noch eine zweite folgte. Unter Georg I. schritt das Parlament noch ziemlich zaghaft auf dem neuen Wege fort, da bloß 16 Einhegungsakte das Parlament passierten. Unter Georg II. kam schon ein flotteres Tempo in die Prozedur: 226 Enteignungsakte gingen durch. Als Georg III. auf den Thron kam, waren auf die neumodische legale Methode immerhin erst 340 000 acres Volksland vom Großgrundbesitz usurpiert worden. Seit 1760 aber bewilligten sich die Landedelleute, die im Unterhaus ihre Vertretung hatten, in immer riesigerem Maße Einhegungen. Von 1760—1796 haben nicht weniger als 1532 Einhegungsbills Gesetzeskraft erhalten; der Umfang der dadurch in Privateigentum der Besitzenden übergeführten Gemeindeländereien betrug nicht weniger als 3 Millionen acres.

Zur Ergänzung sei hinzugefügt, daß auch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wieder dem Landvolk auf gesetzlichem Wege beinahe sechs Millionen acres Gemeindeland geraubt worden sind. Während zur Zeit der glorreichen Revolution noch fast die Hälfte des Grund und Bodens uneingeschränktes Gemeindeland war, sind jetzt bloß noch $2^1/_2$ Millionen acres „Commons" vorhanden. 16 Millionen acres sind seitdem, zum größeren Teil auf dem Wege der Gesetzgebung, der Usurpierung durch die „Grundherren" verfallen. Deren angebliche Eigentumsrechte auch an den Gemeindeländereien mußten die juristische Begründung des gesetzlichen Diebstahls abgeben. Man tat so, als wenn die Landlords die gemeinsame Benutzung der Commons durch Bauern und Taglöhner nur geduldet hätten und befugt gewesen seien, das Land zurückzufordern. Bei diesem rechtsverdrehenden Manöver fehlte unbedingt der gute Glaube. Auch angenommen, man habe nicht gewußt, daß es sich um das „Volksland" der angelsächsischen Zeit handle, so ging ja allein schon aus den Parlamentsprotokollen der früheren Jahrhunderte hervor, daß es sich um Gesamteigentum handelte. Und die älteren Einhegungsakte bekunden auch insofern das Bewußtsein von der wirklichen Rechtslage, als sie großenteils den bisher nutzungsberechtigten Landleuten Entschädigungen zuerkannten. Indes, selbst wo dies geschah,

waren die Ablösungssummen minimal und zerrannen den damit Bedachten im Augenblick unter den Händen, während der Verlust dauernd war und die ganze Masse des beteiligten Landvolkes auf eine tiefere Stufe drückte, die Proletarier noch mehr verelendete, die Bauern proletarisierte oder sie in die Städte oder übers Meer trieb.



366. Konservatives Spottbild, das den whiggistischen Schriftsteller Steele am Pranger zeigt: bei der herrschenden Preßfreiheit bloß ein frommer Wunsch.

Daß sich infolge der Einhegungen die Lage der Landarbeiter verschlechtern, ihre Abhängigkeit von den Besitzenden vergrößern mußte, liegt auf der Hand. Mit dem Nutzungsrecht an den Gemeindeweiden büßten sie die Möglichkeit ein, Vieh zu halten. Um sie herabzudrücken, verbot man ihnen dies auch da, wo noch uneingehegte Commons existierten. „Die Pächter", sagt eine Schrift von 1785, „verbieten den Häuslern, irgendeine lebendige Kreatur, außer sich selbst, zu erhalten, unter dem Vorwand, daß, wenn sie Vieh oder Geflügel hielten, sie von den Scheunen Futter stehlen würden. Sie sagen auch: Haltet die Häusler arm und Ihr haltet sie fleißig. Die wirkliche Tatsache aber ist, daß die Pächter das ganze Recht an den Gemeindeländereien usurpieren." Diese Pächter sind die Geldleute, welche die großen Kapitalpachten oder Kaufmannspachten innehatten, deren im 18. Jahrhundert immer mehr wurden. Neben den großen Kapitalpächtern traten vielfach kleine Pächter auf einjährige Kündigung, eine ganz vom Landlord abhängige Klasse, an die Stelle der alten Copyholders, deren Lage durch den Verlust der Weiderechte unhaltbar wurde und deren erbliche Rechte ignoriert wurden. Man trieb sie einfach wie gewöhnliche Pächter aus, wenn sie sich nicht in alles ergaben. Die Freisassen konnten nicht so sans façon exmittiert werden, konnten sich aber auch nicht mehr behaupten, weil sie die Möglichkeit der Viehhaltung einbüßten.

Im übrigen geben einige Stellen, die Marx aus Schriften des 18. Jahrhunderts zusammengetragen hat, eine lebhafte Darstellung von dem Proletarisierungs- und Besitzkonzentrationsprozeß, der sich infolge der Einhegungen auf dem platten Lande vollzog. „In vielen Pfarreien von Hertfordshire", schreibt ein Gewährsmann, „sind 24 im Durchschnitt 50—150 acres zählende Pachten auf 3 Pachten zusammengeschmolzen." „In Northamptonshire und Lincolnshire", sagt ein anderer Autor 1772, „hat die Einhegung der Gemeindeländereien sehr vorgeherrscht, und die meisten aus den Einhegungen entsprungenen neuen Lordschaften sind in Weide verwandelt; infolge davon haben viele Lordschaften jetzt nicht 50 acres unter dem Pflug, wo früher 1500 gepflügt wurden." An die früheren Bewohner erinnerten nur noch die Ruinen von Wohnungen, Scheunen und Ställen. „Hundert Häuser und Familien sind an manchen Plätzen zusammengeschrumpft auf acht oder zehn. Der Grundeigentümer in den meisten Pfarreien, wo die Einhegung erst seit 15 oder 20 Jahren vorging, sind sehr wenige im Vergleich zu den Zahlen, von denen das

Land im offenen Feldzustand bebaut wurde. Es ist nichts Ungewöhnliches, vier oder fünf reiche Viehmäster große, jüngst eingehegte Lordschaften usurpieren zu sehen, die sich früher in der Hand von 10—30 Pächtern und von ebensovielen kleineren Eigentümern und Insassen befanden. Alle diese sind mit ihren Familien aus ihrem Besitztum herausgeworfen, nebst vielen anderen Familien, die durch sie beschäftigt und erhalten wurden."

Interessant sind auch die Ausführungen, die Dr. Price in den 70er Jahren des 18. Jahrhunderts über die Wirkungen der inclosures machte. Er konstatiert, daß die Zusammenballung des Landes in den Händen von wenigen großen Pächtern die kleinen Eigentümer und Pächter in Leute verwandle, die ihren Unterhalt durch Arbeit für andere gewinnen müssen. Städte und Manufakturen wachsen, weil mehr Leute zu ihnen verjagt werden, die Beschäftigung suchen. So habe die Konzentration der Pachtungen seit vielen Jahren in England gewirkt. „Im ganzen hat sich die Lage der niederen Volksklassen fast in jeder Hinsicht verschlechtert, die kleineren Grundbesitzer und Pächter sind herabgedrückt auf den Stand von Tagelöhnern und Mietlingen, und zur selben Zeit ist der Lebensgewinn in diesem Zustande schwieriger geworden." Diese Verwandlung von kleinen Bauern in Arbeiter findet ein Gegner des Dr. Price gerade ökonomisch vorteilhaft. Es werde Surplusprodukt für die Manufakturen gebildet, „und dadurch werden Manufakturen, eine der Goldgruben dieser Nation, im Verhältnis zum produzierten Kornquantum vermehrt". Andere Schriften derselben Zeit heben hervor, wie viele ehemalige Bauern sich in den Städten Beschäftigung suchen müssen. Die Lage des Landarbeiters ist eine überaus traurige geworden: sein realer Arbeitslohn ist von 1717 bis 1777 um beinahe 25 Prozent gesunken. Und die Tendenz der ganzen Entwicklung konstatiert Price in den Worten: „Die moderne Politik begünstigt die höheren Volksklassen; die Folge wird sein, daß früher oder später das ganze Königreich nur aus Gentlemen und Bettlern, aus Granden und Sklaven besteht."

Tatsächlich verschwanden schon im 18. Jahrhundert auf dem platten Lande immer mehr alle Uebergangsstufen zwischen den ganz Reichen und den ganz Armen. Nicht nur, daß die proletarische Masse von Stufe zu Stufe herabgedrückt wurde und daß die Yeomanry samt den Copyholders auszusterben begann, es verschwand auch die Schicht, die das Bindeglied zwischen dem ländlichen Mittelstand und den oberen Zehntausend hergestellt hatte: die kleineren Landedelleute mit einem Einkommen von 200 bis 300 Pfund Sterling im Jahre, die in den Anfängen des 18. Jahrhunderts noch eine beträchtliche Rolle gespielt hatten. Der zunehmende Luxus unter den besitzenden Klassen wird in erster Linie als Grund angegeben, warum die niedere Gentry ökonomisch ruiniert wurde. Gewiß spielte aber auch eine große Rolle der Umstand, daß sie gegenüber den kapitalkräftigen Landwirten mit der verbesserten Wirtschaftsweise konkurrenzunfähig waren. Jedenfalls konstatiert schon eine Schrift aus dem Jahre 1772, daß die Existenz eines Landedelmanns mit 200 bis 300 Pfund Sterling jährlich bloß noch ein anderer Ausdruck für Notleiden sei; „natürlich werden die meisten von größeren Nachbaren ausgekauft oder sinken zu bloßen Pächtern herab". Ein anderer Gewährsmann schildert im Jahre 1792 die Lebensweise „des kleinen, unabhängigen Gentlemans von 300 Pfund Sterling jährlich" als ein Ding der Vergangenheit; es ist „eine Figur, die jetzt so gut wie verschollen ist".

367. Hausweberei.

Kupferstich von W. Hogarth.] 1747

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der Mittelstand auf dem Lande durch die agrarische Entwicklung im Laufe des 18. Jahrhunderts immer mehr zusammenschrumpfte. Dagegen blieb während der Manufakturperiode in den Städten und überhaupt in den Industriegebieten ein starker Mittelstand erhalten, ja, er mag wohl an Zahl zugenommen haben, da die gewerblichen Betriebe weitaus vorwiegend hausindustrieller Natur waren. Unter der Masse der Besitzlosen war nur erst ein verhältnismäßig geringer Teil industrielles Proletariat. Agrikoles Proletariat freilich war in millionenköpfiger und zunehmender Menge vorhanden und stand bei dem fortschreitenden Zusammenschrumpfen der ländlichen Mittelschichten immer unvermittelter unter dem Häuflein der Großgrundbesitzer und Kapitalpächter. Aber „die Zerstreuung der Landarbeiter über größere Flächen bricht", mit Marx zu reden, „zugleich ihre Widerstandskraft". Dies gilt für das England dieser Zeit um so mehr, als ein großer Teil des ländlichen Proletariats Almosen empfing und die besitzende Klasse systematisch darauf hinarbeitete, den Empfang von Zuschüssen aus der Armenkasse notwendig zu machen, damit die Abhängigkeit und Untertänigkeit der durch das Heimatsgesetz faktisch an die Scholle gefesselten Landproletarier um so größer werde.

Ganz ohne Gegenwehr ließ allerdings auch diese degradierte Klasse nicht alles über sich ergehen. Aber die Art der Gegenwehr entsprang der Degradation. Interessant ist da eine Stelle in Henry Fieldings Roman „Tom Jones" (Mitte des 18. Jahrhunderts), wo der große Sittenschilderer sich einmal beiläufig über das Verhältnis zwischen arm und reich verbreitet. „Unter den Armen verstehe ich jene große und ehrwürdige Körperschaft, die wir auf englisch den Mob nennen. Nun muß, wer immer die Ehre gehabt hat, zu irgendwelchem Grad von Vertrautheit mit diesem Mob zugelassen zu werden, wohl wissen, daß es einer ihrer feststehenden Grundsätze ist, ihre reichen Nachbarn ohne irgendwelchen Widerwillen zu plündern und zu berauben, und daß dies unter ihnen weder für Sünde noch schimpflich gehalten wird. Und so beständig verharren sie bei diesem Grundsatz und verfahren sie danach, daß fast in jeder Pfarrei im Königreich beständig eine Art von Verbündung besteht gegen eine gewisse wohlhabende Person, genannt Squire, dessen Eigentum von allen seinen armen Nachbarn als gute Beute angesehen wird, da diese dafür halten, daß in solchen Plünderungen keine Spur von Schuld ist, so betrachten sie als Ehrensache und sittliche Pflicht, einander bei allen derartigen Gelegenheiten zu verhehlen und vor Strafe zu schützen." Aus dieser urwüchsigen Art von Klasseninstinkt erklärt sich auch die Sympathie, die vielfach Straßenräubern beim Volke zuteil wurde. William Godwin legt in seinem Roman „Caleb Williams" (1794) einem Räuberhauptmann die Worte in den Mund: „Wir, die wir Diebe ohne behördliche Erlaubnis sind, liegen im offenen Kriege mit einer anderen Rotte von Menschen, die Diebe mit gesetzlicher Ermächtigung sind."

Diese Art Klassenkampf war nun zwar für die englische Plutokratie nicht angenehm, aber auch nicht gefährlich. Eine ernstliche Gefahr hätte der geheime Ingrimm des ländlichen Proletariats nur werden können, wenn er zur offenen Empörung geworden wäre, und dazu hätte es des Vorantritts der Bevölkerungszentren, der Städte und der Industriegebiete, bedurft. Aber hier war eben noch eine Schicht vorwiegend, die wohl im einzelnen mit vielem unzufrieden, aber im großen

und ganzen die neuere Ordnung der Dinge ihren Interessen genügend fand: der Mittelstand in Handel und Gewerbe war und blieb die sichere Stütze des Bestehenden. Anno 1719 hat Daniel Defoe im „Robinson Crusoe" einen wahren Hymnus auf den Mittelstand oder „Was man die höhere Region des gemeinen Lebens nennen könnte" gesungen. Er preist diese Region als die beste der Welt. In ihr gelangt man am sichersten zu irdischem Glück. Sie sei weder dem Elend und der Mühsal der Menschenklasse ausgesetzt, die nur von ihrer Hände Arbeit lebe, noch werde sie heimgesucht von dem Hochmut, der Ueppigkeit, dem Ehrgeiz und dem Neid, die in den höheren Sphären der menschlichen Gesellschaft zu Hause seien. Am besten sei die Glückseligkeit des Mittelstandes daran zu erkennen, daß er von allen, die ihm nicht angehörten, beneidet werde, daß sogar Könige oft über die Mißlichkeiten, die ihre hohe Geburt mit sich bringe, geseufzt und gewünscht haben, in die Mitte der Extreme zwischen Hoch und Niedrig gestellt worden zu sein. Auch der Weise bezeuge, daß jener Stand der des wahren Glückes sei, da er gebetet habe: „Armut und Reichtum gib mir nicht!" Das Elend der Menschen sei zumeist an die höheren und niederen Schichten der Gesellschaft verteilt. Die Mittelklasse aber sei weder so vielen Wechselfällen unterworfen, noch habe sie so sehr unter den Mißgeschicken und Unbehaglichkeiten des Leibes und der Seele zu leiden, wie jene, die durch ausschweifend üppiges Leben auf der einen, durch harte Arbeit, Mangel am Notwendigsten oder schlechten und unzulänglichen Lebensunterhalt auf der anderen Seite infolge ihrer natürlichen Lebensstellung geplagt seien. Der Mittelstand sei dazu angetan, alle Arten von Tugenden und Freuden gedeihen zu lassen. Friede und Genügsamkeit seien im Gefolge eines mäßigen Vermögens. Gemütsruhe, Geselligkeit, Gesundheit, Mäßigkeit, alle wirklich angenehmen Erheiterungen und wünschenswerten Vergnügungen seien die segensreichen Gefährten einer mittleren Lebensstellung. Durch diesen Mittelweg komme man still und gemächlich durch die Welt und sanft wieder hinaus, ungeplagt von allzu schwerer Hand- oder Kopfarbeit, frei vom Sklavendienst ums tägliche Brot, unbeirrt durch verwickelte Verhältnisse, die der Seele den Frieden und dem Leib die Ruhe entziehen, ohne Aufregung durch Neid oder den im Herzen heimlich glühenden Ehrgeiz nach großen Dingen. Dieser Weg führe vielmehr zum behaglichen Genuß des Lebens. Man gleite sanft durch dieses Dasein und genieße nur seine Süßigkeiten, ohne seine Bitterkeiten kosten zu müssen. Wer auf ihm wandle, werde mit jedem Tage mehr erfahren, wie gut es ihm geworden sei.

Ein halbes Jahrhundert nach Defoes „Robinson" kam der „Landprediger von Wakefield" des Oliver Goldsmith heraus. Auch da findet sich wieder ein Lobgesang auf den Mittelstand, der in vielem an Defoes Weise anklingt. Nachdem Goldsmith an einer Stelle von den Reichen und ihrer Herrschaft über die von ihnen abhängigen Armen gesprochen, „diesem Pöbel unter der Menschheit, deren Seele und Erziehung der Knechtschaft angepaßt ist und der von Freiheit nichts weiß als den Namen", heißt es weiter: „Aber es muß noch eine große Anzahl des Volkes außerhalb der Einflußsphäre des reichen Mannes sein, nämlich die Menschenklasse, die in der Mitte steht zwischen den eigentlichen Reichen und dem eigentlichen Pöbel; die Menschen, die zuviel besitzen, um sich dem nächsten Machthaber zu unterwerfen, die aber zu arm sind, um sich selbst zu Tyrannen aufzuwerfen. In diesem Mittelstand der

Menschheit sind im allgemeinen alle Künste, Weisheit und Tugenden der Gesellschaft zu finden. Dieser Stand allein ist bekanntlich der wahre Erhalter der Freiheit und darf das Volk genannt werden."

Nun verhehlt sich aber Goldsmith nicht, daß die Lage des Mittelstandes bei der fortschreitenden Akkumulation von Reichtum gefährdet sei. Er vergleicht den Mittelstand mit einer Stadt, die von den Reichen belagert werde. Dabei hat er wohl in erster Linie die Bedrängnis des ländlichen Mittelstandes im Auge. Er führt uns freilich im „Landprediger" in ein Dorf von Farmern, „die ihren eigenen Boden bebauten und dem Reichtum und der Armut gleich fremd waren. Da sie fast alle Annehmlichkeiten des Lebens bei sich hatten, so besuchten sie selten Marktflecke oder Städte auf der Suche nach dem Ueberflüssigen. Fern von der feinen Welt behielten sie noch die ursprüngliche Sitteneinfalt bei, und von frugalen Gewohnheiten, wußten sie kaum, daß Mäßigkeit eine Tugend sei. Sie waren an Arbeitstagen mit Frohsinn tätig, beobachteten aber Feste als Zwischenzeiten der Muße und des Vergnügens . . ." Aber der Dichter des „Landpredigers" wußte sehr wohl, daß dies bäuerliche Idyll einer untergehenden Welt angehöre.

In seinem elegischen Gedicht: „Das verlassene Dorf" hat Oliver Goldsmith den beginnenden Untergang der englischen Bauernschaft in packenden Versen beklagt. Er schildert das bescheidene Glück, das die Pächter des lieblichen Dörfchens Auburn genossen haben, bis sie durch Räubers Hand verscheucht wurden:

„Verwelkt ist all dein Schmuck, verödet deine Flur;
Nun wird dein Feld nicht mehr mit reichen Saaten grünen;
Denn Freiheit ist verbannt und Tyrannei erschienen.
Schon liegt unangebaut dein halbes Ackerland . . ."

Die Hütten sind zerstört, langes Gras bewächst verfallener Mauern Rand und die Geißel des Tyrannen hat die Söhne von Auburn gezwungen, sich selber aus ihrer Heimat zu verbannen:

„Weh einem Staate, dem nur Reichtum Stärke dünkt,
Der an Vermögen steigt und an Bevölkrung sinkt;
Erlöscht ein Fürstenhaus im letzten seiner Glieder,
Ein Hauch erschuf es einst, ein Hauch erlöscht es wieder;
Allein zerstört ein Volk von Bauern stark und kühn, —
Bald fühlt ihr den Verlust und nie ersetzt ihr ihn."

Einst gab eine Hufe Land ihrem Eigner alles Nötige, aber:

„Die Zeiten sind nicht mehr! Der Handel strebt empor;
Sein fühllos Heer verdrängt der Hirten muntern Chor;
Wo Hütt' an Hütte sonst sich reihte, längs der Weiden,
Da wohnet Reichtum nun in hohen Prunkgebäuden . . ."

In den unwirtlichen Himmelsstrichen des fernen Amerika haben die Vertriebenen neue Wohnungen suchen müssen: Des Armen Freuden schwinden, je mehr der üppige Genuß des Reichen steigt:

„Torheit grüßt am Strande
Mit jauchzendem Geschrei das Schiff, so reich beschwert
Mit Schätzen, daß sogar der Geiz nicht mehr begehrt.
Ein Heer von Reichen kehrt zum Vaterlande wieder
Und legt in seinen Schoß die goldne Beute nieder; —

368. Ueberführung eines Taugenichts auf einen Ostindienfahrer.
Kupferstich von W. Hogarth.

Welch' ein Gewinn für uns! -- Gewinn?! — ein Name bloß
Sind diese Schätze; nichts von allem, was der Schoß
Der Erde Nützliches erzeuget, wird vermehret.
Des Goldes Ueberfluß, der uns verschwenden lehret,
Verlust ist er für uns! Ein Reicher nimmt allein
Den Umfang eines Dorfs voll rüst'ger Bauern ein ..."

Das Landvolk, dem sein Feld nicht mehr die Notdurft gab, entweicht:

„Wo soll der Arme jetzt sich eine Hütte bauen?
Verdrängt hat ihn der Stolz von seines Dorfes Auen,
Die Weide, die zur Hut der Herde offen stand,
Wo sie statt fetten Klees nur dürre Gräser fand,
Auch diese mag're Trift entreißen ihm die Söhne
Des Reichtums! — Nimmt die Stadt ihn auf, welch eine Szene
Harrt seiner dort? Zu sehn den üppigsten Genuß
Verbreitet rings umher, indes er darben muß;
Zu sehn die schnöde Kunst, die durch gemischte Gifte
Des Schwelgers Gaumen reizt erfinderisch, die Grüfte
Zu füllen; hier den Mann des Glücks im goldnen Saal,
Der Freuden sich verschafft aus seiner Bücher Qual;
Und dort den Handwerksmann, der siechend früh veraltet.
Von ungesunder Müh', zum Krüppel umgestaltet,
Bei angestrengtem Fleiß die Notdurft oft entbehrt,
Zu sehn, wie dort der Stolz im Pomp vorüberfährt,
Hoch thronend wie ein Gott, von reicher Pracht umfunkelt,
Indes das Hochgericht die Gasse dort verdunkelt."

Goldsmith hat sich auch mit der Frage der Schuldhaft beschäftigt, die schon zur Zeit der puritanischen Revolution ein Hauptübelstand und eine Hauptbeschwerde der radikalen Politiker gewesen war. Das kleine Parlament wurde nur durch seine Auflösung verhindert, sich auf dem Gebiet der Schuldgesetzgebung zu betätigen. Unter Oliver Cromwells Protektorat geschah nichts, um dem Mißstand ein Ende zu machen, erst recht natürlich tat die Restaurationszeit nichts für die Schuldgefangenen. Nach der glorreichen Revolution erschien eine Schrift, die von den scheußlichen Folgen der grausamen Schuldgesetzgebung handelte. Aber das Parlament ließ alles beim alten, oder vielmehr, es wurde im 18. Jahrhundert schlimmer als je. Dies stellte sich heraus, als im Jahre 1729 das Parlament vorübergehend einige Tätigkeit auf diesem Gebiete entfaltete. Ein Bekannter des menschenfreundlichen Parlamentsmitgliedes Oglethorpe war in den Londoner Schuldturm, ins Fleetgefängnis, geraten und dort mit Blatterkranken zusammengesperrt worden, weil er sich den üblichen Erpressungen der Gefängnisverwaltung nicht hatte unterwerfen wollen und war den Pocken erlegen. Oglethorpe setzte durch, daß eine Enquete über die Zustände im Fleetgefängnis vorgenommen wurde.

Die Ergebnisse der Untersuchung waren scheußlich. Der augenblickliche Gouverneur des Londoner Schuldgefängnisses hatte seine Stelle vom Vorgänger, wie dies herkömmlich war, käuflich erworben, für 5000 Pfund Sterling. Der Fleetgewaltige nun quetschte aus seinen Gefangenen für sich soviel wie möglich heraus und schreckte vor keiner Teufelei zurück, um Widerspenstige seinen habgierigen Zwecken gefügig zu machen. Sein äußerstes Mittel war, solche Leute gefesselt in die Leichenkammer des Gefängnisses zu sperren, die über einer Kloake

369. Die Bank von England in der Mitte des 18. Jahrhunderts

lag und keine Ventilation hatte, dafür aber einen unerträglichen Gestank. Auch mit Daumenschrauben und ähnlichen Foltern wurde vorgegangen. Schuldner, welche die Sporteln nicht zahlen konnten, ohne ausreichende Nahrung zu lassen, so daß sie verhungerten, war gang und gebe. Kurz, der Gouverneur des Fleetgefängnisses wurde überführt, daß er zahlreiche Morde auf dem Gewissen hatte.

Aehnliche Zustände wurden in einer Anzahl provinzialer Schuldgefängnisse aufgedeckt. Um die allgemeine Empörung über diese Greuel zu beschwichtigen, verfügte das Parlament die Absetzung und Verfolgung einiger der Verbrecher und nahm Aenderungen in den Gefängnisreglements vor. An den Kern der Sache ging man aber nicht heran, die Schuldhaft wurde nicht beseitigt. Und so blieb auch im großen und ganzen alles beim alten. 1759 bezifferte Samuel Johnson die Schuldgefangenen auf 20 000, worunter jährlich jeder vierte infolge der Unterbringung und Behandlung zugrunde ging. In den 70 er Jahren entwarf Oliver Goldsmith im „Landprediger von Wakefield" ein ergreifendes Bild von den Leiden der Schuldgefangenen. Noch immer starben solche in den Gefängnissen Hungers. Außerhalb Londons waren sie gewöhnlich mit den gemeinen Verbrechern zusammengesperrt. Als Lager wurde bloß Stroh geliefert. Man begreift, weshalb nichts Durchgreifendes geschah: für die oberen Zehntausend und ihre juristischen Verbündeten waren die Schuldgesetze ein Machtmittel und eine Einnahmequelle. Bei der Gentry war es eine beliebte Sache, einen Freisassen oder Pächter, der verwegen genug gewesen, gegen seinen Unterdrücker die Hilfe der Gerichte in Anspruch zu nehmen, mit Hilfe der Rechtsverdreher durch ein endloses Verfahren so auf Kosten zu treiben, daß er schließlich dem Schuldturm verfiel. Gleich diesem waren überhaupt die englischen Gefängnisse dieser Zeit von einer geradezu

schreckenerregenden Beschaffenheit. „Es ist unmöglich", sagt William Godwin in seinem „Caleb Williams", „die Sorte Schmutz und Unrat zu beschreiben, wodurch diese Gebäude ausgezeichnet sind. Ich habe schmutzige Gesichter in schmutzigen Wohnungen gesehen, die trotzdem das Gepräge der Gesundheit trugen und eher von Sorglosigkeit und Leichtsinn zeugten, als von Not. Aber der Schmutz des Gefängnisses stimmt das Herz traurig und scheint schon in einem Zustande der Fäulnis und Infektion zu sein." Godwin beschreibt dann die Kellerlöcher zur Unterbringung der Gefangenen als Zellen von 7½ Fuß Länge, 6½ Fuß Breite, feucht wegen ihrer unterirdischen Lage, ohne Fenster, Licht oder Luft, außer durch ein paar Löcher in der Türe; in manchem dieser Verließe waren drei Personen auf ihrem Stroh zusammengedrängt. „‚Gott sei Dank', ruft der Engländer, ‚wir haben keine Bastille! Gott sei Dank, bei uns kann niemand, ohne ein Verbrechen begangen zu haben, bestraft werden!' Gedankenloser armer Teufel! Ist das ein Land der Freiheit, wo Tausende in Kerkern und Ketten schmachten! Geh, geh, unwissender Tor, und besuche die Szenen unserer Gefängnisse! Besichtige ihre Ungesundheit, ihren Schmutz, die Tyrannei ihrer Gouverneure, das Elend ihrer Insassen! Danach zeige mir einen Menschen, der schamlos genug, zu triumphieren und zu sagen: England hat keine Bastille! Gibt es irgendeine noch so frivole Anklage, auf die hin Menschen nicht diesen verfluchten Aufenthaltsorten überwiesen werden? Gibt es irgendeine Halunkerei, die nicht durch Richter und Verfolger praktiziert wird? Aber vielleicht hat man dir gesagt: gegen all dies gibt es Remedur. Ja, eine Remedur, die den Gipfel der Verhöhnung darstellt! Wo soll der arme Unglückliche, der in die äußerste Verzweiflung gestürzt ist, und für den die Freisprechung vielleicht gerade noch zur Zeit kommt, um ihn von dem Untergang zu retten, wo soll dieser Mensch Muße und nun gar Geld finden, um juristischen Rat und Beamte zu bezahlen und die langwierige, teuer erkaufte Remedur des Gesetzes zu kaufen? Nein, er ist nur zu glücklich, seinen Kerker und die Erinnerung an seinen Kerker hinter sich zu lassen; und dieselbe Tyrannei und willkürliche Unterdrückung werden das Erbe seines Nachfolgers."

Godwin schätzt die Zahl derer, die ohne genügenden Grund in langwierige Untersuchungshaft gesperrt werden, auf drei Viertel aller Untersuchungsgefangenen. Die Durchschnittsquires machten sich eben nicht das geringste Gewissen daraus, Leute aus dem „gemeinen Volk" einzusperren, auch wenn sie offenbar unschuldig. Ihr ganzes Richteramt diente ihnen eben bloß als Unterdrückungswerkzeug. So waren denn auch die Strafen ganz auf das Klasseninteresse der Regierenden zugeschnitten. Der Vergehen und Verbrechen, worauf der Tod stand, wurden immer mehr, im Verlaufe des 18. Jahrhunderts allmählich 160; selbst auf kleine Diebstähle war der Tod gesetzt. Und im neunten Jahr der Regierung Georgs I. erging ein charakteristisches Blutgesetz, der sogenannte Black Act, das den Wilddiebstahl mit dem Tode bedroht, wie einst zur Normannenzeit. „Unter den Bürgern verfeinerter Gesellschaften", sagt Oliver Goldsmith im „Landprediger", „werden Strafgesetze, die in den Händen der Reichen sind, auf die Armen gelegt ... Alle unsere Besitzungen werden alle Tage mit neuen Edikten umpfählt und mit Galgen umgeben, um jeden Eindringling abzuschrecken." Goldsmith sagt gewöhnlich einfach „die Reichen", wenn er von der herrschenden

370. Tuchweberei. Manufakturbetrieb in der Mitte des 18. Jahrhunderts

Klasse Englands spricht: sie erscheint ihm als homogene Masse, nicht als ein Gemisch von heterogenen Bestandteilen. Im großen und ganzen machen sich tatsächlich während des größten Teiles der Manufakturperiode keine heftigen Gegensätze unter den Besitzenden Englands geltend. Indes zeitweilig tritt doch ein scharfer Interessenkonflikt innerhalb der englischen Plutokratie zutage. Hauptsächlich in den Tagen der Königin Anna (1702—1714) und bis in die Regierung ihres Nachfolgers, Georgs I., herrscht eine scharfe Rivalität zwischen dem „Landinteresse" und dem „Geldinteresse", zwischen dem konservativen Junkertum und der whiggistischen hohen Finanz. Fast die ganze Zeit, die Anna auf dem Thron saß, wurde durch den spanischen Erbfolgekrieg (1702—1714) ausgefüllt. Der wichtigste Grund für die englische Politik, an dem großen Ringen teilzunehmen, war die Furcht, daß eine Personalunion zwischen Frankreich und Spanien für England die Ausschließung vom Handel mit Spanien und den spanischen Kolonien bedeuten werde. Um das zu verhindern und womöglich Teile des spanischen Kolonialreichs zu erwerben, trat England mit den Waffen für die Erbansprüche der österreichischen Habsburger ein. Der sich entspinnende furchtbar mörderische und außerordentlich kostspielige Krieg war lange in weiten Kreisen populär: vornehmlich deshalb, weil Ludwig XIV. es für zweckmäßig hielt, sich der Erbansprüche auf den englischen Thron anzunehmen, die des im Jahre 1701 verstorbenen Jakob II. gleichnamiger Sohn machte.

Die blutigen Siege, die der englische Feldherr Marlborough erfocht, erregten in England erst große Begeisterung. Wie der Krieg aber ins Endlose fortdauerte, erfolgte allmählich ein Meinungsumschwung, fragten sich schließlich immer mehr Leute, wozu denn die schweren Kriegslasten nutz seien, zumal seit 1708 das ökonomisch völlig erschöpfte Frankreich sich bereit zeigte, alle vernünftigen Forderungen der Verbündeten zuzugestehen. Aber die regierende Whigpartei und ihre geheimen Drahtzieher von der Börse wollten gar keinen Frieden, weil ihnen der Krieg enormen Gewinn brachte. Solange eine Kriegsanleihe die andere jagte, zog das Börsenkapital aus den Spekulationen auf die Kursschwankungen große Profite, und die parlamentarischen Werkzeuge der hohen Finanz hatten ihre Prozente davon. An der Fortdauer des Kriegs interessiert waren auch die zahlreichen Armeelieferanten, die den üblichen Schwindel auf großem Fuße betrieben; auch mit ihnen steckten die Whigführer unter einer Decke. Bis in die höchsten Spitzen war die Partei korrumpiert; auch der lange gefeierte Herzog von Marlborough gehörte zu denen, die bei der Fortdauer des blutigen Würfelspiels Gewinner waren. Die Zeche bezahlten die Massen in Gestalt von neuen Steuern. Auch litten zahlreiche Schichten des Volkes unter den Handelsstockungen, die der ewige Krieg mit sich brachte.

So wandte sich die Gunst der öffentlichen Meinung von der Kriegspartei ab, der Friedenspartei zu: und das waren die Tories. Die volkstümliche Haltung der Tories in dieser Zeit war natürlich nichts als Demagogie, als Stimmenfang. Die wirkliche Triebfeder war der wütende Neid des Landadels auf die Geldaristokratie, die im Rohre saß und Pfeifen schnitt — nach Meinung des Landjunkers auf seine Kosten: er zahlte die hohe Grundsteuer, und der Börsenmann steckte sie ein. Der Grundeigentümer, schrieb der geistreichste Führer der Tories,

St. John (Bolingbroke), und der Kaufmann, der das Land durch den Ertrag des auswärtigen Handels bereichere, hätten während zweier Kriege die ganze ungeheure Last der Nationalausgaben getragen, während der Darleiher von Geld, der dem Gesamtvermögen nichts hinzufüge, der öffentlichen Not sein Gedeihen verdanke, ohne doch einen Heller zu den öffentlichen Ausgaben beizutragen. Und weiterhin klagt Bolingbroke darüber, wie das Börsenkapital, besonders die Leiter der Bank von England und der ostindischen Kompagnie, den Landedelleuten mit Aufwendung großer Summen bei den Wahlen die Herrschaft über das Parlament streitig machten.

Daß das Geldinteresse faktisch alle Hebel in Bewegung setzte, um sichere Leute ins Parlament zu bringen, wird von zahlreichen Gewährsmännern, nicht nur konservativer Richtung, bestätigt. Schon bei den Wahlen von 1701 spielte der Stimmenkauf durch Geldleute eine große Rolle. Die kleinen Flecken mit einer Handvoll Wähler, die für gewöhnlich nach der Direktive der Landlords gestimmt hatten, waren wie geschaffen dazu, von dem Geldinteresse käuflich erworben zu werden. Schon 1701 wurden in London an der Börse Wahlflecken zum Kauf angeboten. Und das nahm bei den folgenden Wahlen zu. „Wahlflecken werden an der Börse wie Stocks und Staatsobligationen gehandelt; man kennt den Preis eines Votums, wie den eines Morgens Land, und es ist kein Geheimnis, wer die Kapitalisten und folglich die besten Kunden sind." Noch bei den Wahlen von 1707 ergaben die kapitalistischen Bestechungskünste einen großen Sieg über die Tories. Aber in den folgenden Jahren entwickelte sich eine stürmische Volksbewegung gegen die Whigs, die von den Tories zu ihren Gunsten ausgebeutet wurde. Und so gelangten sie 1710 zur Regierung und zu einer großen Mehrheit im Unterhaus.

Kaum war das Torykabinett Harley-St. John 1710 ans Ruder gekommen und eine Torymehrheit im Unterhaus installiert, als eine Veränderung des Wahlrechtes erfolgte. In die Anfänge des Jahres 1711 fallen die Bestimmungen von 9 Anne c. 5. Dadurch wurde zwar am aktiven Wahlrecht nichts geändert, wohl aber die Wählbarkeit an neue Bedingungen geknüpft. Es wurde nämlich verfügt, daß hinfort jeder, der zum Abgeordneten gewählt werden wolle, ein Mindesteinkommen aus Grundbesitz, sei es Freehold oder Copyhold, nachweisen müsse. Und zwar sollte zum Grafschaftsritter nur gewählt werden, wer eine jährliche Grundrente von 600 Pfund Sterling, zum städtischen Abgeordneten, wer eine solche von 300 Pfund Sterling einnahm. Dadurch änderte sich in bezug auf die Grafschaftswahlen nicht eben viel. Denn es galt ja seit mittelalterlichen Zeiten der Grundsatz, daß zu Grafschaftsrittern nur Ritter und solche Esquires oder Gentlemen, die Ritter werden konnten, nicht aber gewöhnliche Yeomen oder sonstige Commoners wählbar seien. Für die große Mehrheit der Wahlkreise dagegen, nämlich für die Städte und Burgflecken, bestanden bisher solche Beschränkungen nicht. Hier waren in früheren Zeiten so gut wie ausschließlich Angehörige des Bürgertums gewählt worden. Im 17. Jahrhundert freilich fungierten schon in immer zunehmendem Maße Landedelleute als Vertreter von städtischen Wahlkreisen, hauptsächlich von heruntergekommenen Burgflecken, die bloß noch wenige Wähler hatten und also unter dem Einfluß der benachbarten Gentry standen. So war es gekommen, daß im Unterhaus schon lange die Country-Gentlemen dominierten. Durch das

Gesetz des 9. Jahres der Königin Anna nun wurde dieser faktische Zustand zum einzigen gesetzlich möglichen erhoben. Hinfort konnten in Städten Bürger bloß dann gewählt werden, wenn sie soviel Grundbesitz erwarben, um 300 Pfund Sterling Rente aufweisen zu können. Der Zweck dieser Maßnahme liegt auf der Hand. Er wird übrigens auch in den Motiven des Gesetzes mit der unumwundensten Deutlichkeit ausgesprochen, daß diese Bestimmungen getroffen seien, damit nicht ein neues und verwerfliches, dem landed interest feindliches Interesse, das sich das moneyed interest nenne und hier und da im Lande rege, auch im Parlament Einfluß gewinne. Der parlamentarische Einfluß der Gentry wurde dadurch denn auch beträchtlich verstärkt.

Sechs Jahre später wurde die Legislaturperiode von drei auf sieben Jahre verlängert, und zwar gleich auch für das tagende, auf drei Jahre gewählte Unterhaus. Diese Beschneidung der Volksrechte war das Werk einer Regierung und Parlamentsmehrheit von Whigs, die 1714/15 nach dem Tode der Königin Anna und der Thronbesteigung Georgs I., des ersten Königs aus dem Hause Hannover, ans Ruder gekommen waren. Die Whigs hatten Angst vor einem neuen Aufstieg der Tories, über die sie Herr geworden waren, besonders wegen der legitimistischen Neigungen der reaktionärsten Tories, die der Königin Anna im Widerspruch zu der 1700 beschlossenen protestantischen Thronfolge der hannöverischen Seitenlinie des Königshauses den katholischen Jakob III. zum Nachfolger geben wollten. Zur Erschütterung der Toryherrschaft hatten aber auch Vorgänge im Zusammenhang mit dem Abschluß des spanischen Erbfolgekriegs beigetragen. Zwar, daß die Tories 1713 in Utrecht Frieden machten, erfüllte einen Herzenswunsch des englischen Volks. Aber in Verbindung mit dem Friedensschluß standen zwei Abkommen, von denen wenigstens das eine in England heftig angefochten wurde; der Assientovertrag mit Spanien und ein Handelsvertrag mit Frankreich.

Der Assientovertrag von 1713 gab England das ausschließliche Vorrecht, das spanische Westindien mit Negersklaven zu versorgen. „Ihre britannische

W. Hogarth inv.

371. Leben u

reiben an einem Wahltag. Der Gewählte wird im Triumph herumgetragen

Majestät", heißt es in dem Traktat, „erbietet sich, durch von ihr zu bestimmende Personen nach dem seiner katholischen Majestät gehörenden amerikanischen Westindien im Laufe von 30 Jahren 144 000 Neger oder 4800 in jedem dieser 30 Jahre zu bringen . ." 4000 davon sollten pro Kopf mit $33\frac{1}{3}$ Dollars verzollt werden. Die 4800 waren nur das vertragsmäßige Minimum. Darüber hinaus konnten die Assientisten soviel Neger einführen, wie sie wollten, zu einem geringeren Zoll von $16\frac{2}{3}$ Dollars pro Kopf. Kein Spanier, Franzose oder wer sonst durfte hinfort einen schwarzen Sklaven ins spanische Westindien einführen. England hatte also das Monopol des Negerhandels, und nicht nur in den spanischen, sondern auch in den eigenen, englischen Kolonialbesitzungen. Denn es erging in England auf Kabinettsbefehl ein ausdrückliches richterliches Gutachten, daß „Neger eine Ware seien, und daß deshalb die Schiffahrtsakte auf den Handel damit volle Anwendung finde und Ausländer davon ausschließe." Anfangs bestand wieder in England selbst ein Monopol für verschiedene Kompagnien, insbesondere die Südseegesellschaft. 1749 aber wurde der Negerhandel der freien Konkurrenz unter Engländern freigegeben; es heißt in dem Statut: „Der Negerhandel ist für Großbritannien sehr vorteilhaft." In der Tat: wird doch der Gewinn, den die englischen Kaufleute in der Zeit von 1680—1775 aus diesem Handel gezogen haben, auf etwa 1700 Millionen Mark beziffert.

Unter den englischen Hafenplätzen riß allmählich das bis dahin unbedeutende Liverpool einen immer größeren Teil des profitabeln Geschäfts an sich: Liverpool ist durch den Sklavenhandel groß geworden; 1730 beschäftigte es darin 15 Schiffe, 1751: 53, 1760: 74, 1770: 96. Es waren keine großen Schiffe, die zur Verfrachtung der menschlichen Ware dienten, sondern bloß solche von etwa 200 Tonnen, damit sie in die Baien und Flüsse der afrikanischen Küste leichter eindringen konnten. In diesen Nußschalen wurden dann 500 Neger zusammengepfercht, die man entweder für Spielzeug und dergleichen gekauft oder einfach geraubt hatte. Natürlich starben auf der Ueberfahrt immer viele, zumal die Sklaven zu allem übrigen noch je zwei und zwei aneinander gefesselt waren. Bis zur Ankunft in Amerika starben gewöhnlich 15—20 Prozent. Die Gesamtziffern der Sklaven, die englische Schiffe nach Amerika verschleppt haben, ist ganz erschreckend. Bis Anfang des 18. Jahrhunderts waren es „nur" etwa 15 000 jährlich; im ganzen wird die Zahl der zwischen 1680 und 1700 von Engländern aus Afrika weggeführten Neger auf 300 000 angegeben. Nach dem Abschluß des Assientovertrages schnellte die Zahl mächtig in die Höhe: auf mindestens 30 000 jährlich. Im ganzen haben die Engländer von 1680—1775 nach dem englischen, französischen, spanischen Westindien und nach den festländischen Kolonien wenigstens 3 Millionen Neger importiert, wovon etwa eine Viertelmillion abzuziehen sind, die auf der Ueberfahrt verstorben und ins Meer geworfen worden sind. Vielleicht erreichen diese Ziffern noch gar nicht die Wirklichkeit. Z. B. wird für die Mitte des 18. Jahrhunderts von Horace Walpole eine viel höhere Jahresziffer als 30 000 angegeben. Er schreibt im Februar 1750 folgendes: „Der britische Senat hat seit 14 Tagen über die beste Methode nachgedacht, auf welche dieser schreckliche Negerhandel noch wirksamer gemacht werden könnte. Es hat sich dabei ergeben, daß jährlich 46 000 dieser Unglücklichen bloß an unsere Pflanzungen verkauft werden." Wie man

sieht, gab es auch Gegner dieses Geschäfts. Aber die meisten Besitzenden schätzten es als ein gutes Geschäft und waren darum gleich mit dem Assientovertrag zufrieden gewesen. Anders stand es mit der anderen Abmachung von 1713, dem Handelsvertrag mit Frankreich.

372. Lord Lovat

Kurz voraufgegangen war, 1703, ein Handelsvertrag mit Portugal. Danach verpflichtete sich Portugal, englische Wollfabrikate für immer unter den Bestimmungen zuzulassen, die in Kraft waren, bis die englischen Industrieprodukte gleich allen anderen fremden prohibiert wurden. Für die gewerblichen Erzeugnisse der übrigen Länder blieb, wie der Vertrag stillschweigend voraussetzte, die Ausschließung vom portugiesischen Markt in Kraft, so daß England für seine Tuche faktisch das Monopol hatte. Die britische Gegenleistung bestand darin, daß England die portugiesischen Weine zu einem Zollsatz zulassen sollte, der um ein Drittel niedriger war, als der für französischen Wein. Wenn hieran zu irgend einer Zeit zuungunsten Portugals geändert würde, so sollte Portugal befugt sein, die britischen Wollfabrikate wieder zu prohibieren. Die Interessenten in England legten auf diesen Handelsvertrag außerordentlichen Wert: nicht bloß, weil er einen sicheren Absatz für die englischen Industrieprodukte eröffnete, sondern besonders auch, weil herausgerechnet wurde, daß trotz der portugiesischen Weineinfuhr sich die Handelsbilanz zu Englands Gunsten gestaltete. Außer dem Wein müsse Portugal eine Menge Gold nach England schaffen, um seinen Verbindlichkeiten gerecht zu werden, und so wachse der britische Reichtum enorm. Dagegen sollte nun für England eine passive Handelsbilanz herauskommen, wenn die Bestimmungen vom Parlament ratifiziert würden, die nach den Artikeln 8 und 9 des Utrechter Friedens für die ökonomischen Beziehungen zwischen England und Frankreich Geltung bekommen sollten.

Die beiden Paragraphen des Vertrages setzten fest, daß alle französischen und britischen Untertanen in allen den beiden Staaten gehörigen Plätzen in allen auf Abgaben, Zölle, Immunitäten und Gerichtsbarkeit bezüglichen Punkten dieselben Handelsprivilegien genießen sollten, wie die meistbegünstigte Nation. Das englische Parlament sollte binnen drei Monaten ein Gesetz votieren, das alle seit 1664

erlassenen Verbote französischer Waren aufhebe und zugleich verfüge, daß keine französische Ware bei ihrer Einfuhr in England höhere Abgaben zu zahlen habe, als ähnliche aus einem anderen europäischen Land eingeführte Waren. Dafür sollten die Franzosen alle seit 1664 erlassenen Verbote englischer Waren aufheben und den Tarif des Jahres 1664 wiederherstellen. Uebrigens sollten einige Warengattungen von diesen Bestimmungen ausgenommen werden. Darüber sollte noch eine besondere Vereinbarung zwischen Bevollmächtigen beider Staaten erfolgen.

Auf der Hand liegt, daß die Abmachungen von 1713 sich mit dem Methuenvertrag von 1703 nicht vereinbaren ließen; denn hinfort hätten die französischen Weine keinen höheren Zoll zu tragen gehabt, als die portugiesischen. Portugal ließ denn auch alsbald keinen Zweifel darüber bestehen, daß es im Falle der Annahme der Utrechter Handelsabmachungen durchs Parlament gemäß der Klausel des Methuenvertrages die Prohibitivbestimmungen gegen englische Fabrikate wieder in Kraft setzen werde. Verlor also die englische Industrie im Falle der Annahme des Handelsvertrags den portugiesischen Markt, so eröffnete sich ihr dagegen der unvergleichlich viel aufnahmefähigere französische Markt. Hier war freilich mit französischer Konkurrenz zu rechnen, während in Portugal die Engländer allein das Feld behaupteten. Es kann aber gar nicht zweifelhaft sein, daß die englische Industrie, zum mindesten die ausschlaggebende Tuchindustrie, der französischen bedeutend überlegen war. Kurz, die Handelsabmachungen mit Frankreich wären für England ohne Zweifel von ökonomischem Vorteil gewesen. Das war aber für die große Mehrzahl der englischen Interessenten schlechterdings unfaßbar. Eine außerordentlich heftige Bewegung setzte alsbald ein, die darauf abzielte, den geplanten Handelsvertrag zu Fall zu bringen.

Eine erhebliche Rolle spielte bei den Auseinandersetzungen in der Frage auch die merkantilistische Handelstheorie. Die ökonomischen Autoritäten rechneten heraus, daß bei Inkrafttreten des Vertrags mehr französische Waren nach England, als englische nach Frankreich gelangen, also Geld aus dem Lande gehen würde. Eine passive Handelsbilanz von jährlich mindestens 1 400 000 Pfund Sterling wurde für England prophezeit und eine rasche Verarmung des Landes vorausgesagt. Allgemein galt es für ganz ausgeschlossen, daß England gegen die französische Konkurrenz bestehen könne. Weit entfernt zu glauben, daß englische Erzeugnisse den französischen Markt erobern könnten, nahm man vielmehr als sicher an, daß der englische Markt großenteils an Frankreich verloren gehen werde. Die Whigpartei, mit ihren angesehensten Führern, nahm in diesem Sinne Stellung und pries das alte Gesetz, durch das die Einfuhr französischer Waren nach England gänzlich verboten wurde. Die Kaufmannschaft ließ ein besonderes Blatt zur Bekämpfung des Handelsvertrags erscheinen. In demselben wurde auseinandergesetzt, wenn der Vertrag in Kraft trete, so werde von da an Englands Reichtum ununterbrochen nach Frankreich abfließen, das Land seine besten Märkte im Innern und im Ausland einbüßen, das gemeine Volk entweder aus Mangel an Arbeit Hunger leiden und der Armenkasse zur Last fallen oder sein Brot in der Fremde suchen müssen, die Grundrente unfehlbar in rapides Fallen geraten. Besonders diese letzte Befürchtung hat es ohne Zweifel zuwege gebracht, daß ein großer

GIN LANE.

373. Die Schnapsgasse

Symbolische Darstellung der Folgen des Schnapstrinkens

Teil der Tories ihren Führern trotz aller Bemühungen in der Handelsvertragsfrage die Gefolgschaft versagte. Jedenfalls wurde der Vertrag schließlich vom Unterhaus mit 194 gegen 185 Stimmen abgelehnt.

Bei den bald darauf folgenden Neuwahlen spielte das gescheiterte Handelsvertragsprojekt des Torykabinetts eine beträchtliche Rolle. Die Whigs nutzten es nach Kräften gegen die Tories aus, ebenso wie die Restaurationspläne der Ultra-

konservativen, und eroberten auch eine Anzahl von Mandaten. Es blieb aber eine Torymehrheit, freilich eine, die wieder aus zwei Gruppen bestand: einer ultrakonservativen, zur Restauration bereiten und einer gemäßigten unter Sir Thomas Hanmer, demselben Politiker, der die Toryopposition gegen den Handelsvertrag geleitet hatte. Die Hanmersche Fraktion war ebenso in der Frage der Thronfolge mit den Whigs derselben Meinung, daß die Inthronisierung Jakobs III. als tödliche Gefährdung von Freiheit und Eigentum zu bekämpfen sei. Diese gemäßigten Tories unterschieden sich also nicht so sehr von den Whigs, mit denen zusammen sie eine Mehrheit gegen die Regierung bilden konnten. Diese Regierung war schließlich auch gespalten; denn von den beiden Führern trat Bolingbroke für die Restauration Jakobs III. ein, während Harley (Oxford) nicht dafür war und deshalb schließlich von den konservativen Ultras aus dem Kabinett herausgebissen wurde. Die reaktionären Heißsporne im Landjunkertum erwarteten bloß noch von dem gänzlichen Aufgeben des Revolutionssystems eine durchgreifende Aenderung, d. h. den Sturz der Geldaristokratie. Das Kabinett von 1710 hatte diesen nicht zuwege gebracht, vielmehr hatte sich Harley baldigst mit dem Geldinteresse abgefunden, das offenbar auch Mittel gekannt hat, um zahlreiche Torymitglieder zu gewinnen. Die Börse hatte zuerst bei dem Ministerwechsel von 1710 ernstlich Angst bekommen für die Sicherheit der Papierchen und mit einem Kurssturz auf die Hiobspost reagiert. Bolingbroke hatte auch wirklich Absichten, die für das Geldinteresse bedrohlich waren. Tonangebend aber war Harley, und er stellte sich mit den Geldleuten auf denselben Fuß wie seine whiggistischen Vorgänger, so daß das Vertrauen bald wiederkehrte. 1711 gab er seinen Segen zur Begründung der Südseekompagnie, wobei der springende Punkt wieder war, daß zur Erlangung von Darlehen für Kriegszwecke ein Handelsmonopol gewährt wurde.

Ins Auge gefaßt war auch schon, daß die neue Kompagnie zur Tilgung der Staatsschulden verhelfen solle. Der Ausführung des Projekts stellten sich unerwartete Hindernisse entgegen; sonst wäre es jedenfalls schon unter dem konservativen Regiment zum Südseekrach gekommen. Soviel aber ist sicher, daß der Gedanke schon 1711 ernstlich erwogen wurde: unter einem Kabinett, das das Landinteresse repräsentierte und ein entsprechendes Wahlgesetz durchgebracht hat. Darum ist unbegreiflich, wie Jonathan Swift 1721 schreiben konnte: „Ich habe immer das politische System, welches jetzt etwa 30 Jahre alt, verabscheut, nämlich ein Geldinteresse dem Landinteresse gegenüberzustellen; denn ich begriff, daß es keine richtigere Maxime für unsere Regierung geben könne als die, daß die Besitzer von Grund und Boden die besten Richter sind über das, was dem Königreiche frommt. Wenn andere ebenso gedacht hätten, so würden Kreditpapiere und Südseepapiere sich weder fühlbar gemacht haben, noch hätte man davon gehört . . .“ Die braven Tories haben, als die Riesengaunerei losging, den Tanz ums goldene Kalb ebenso eifrig mitgemacht wie die Whigs, die gerade am Ruder waren, und es ist deshalb nicht anzunehmen, daß ein ernstlich denkbares Torykabinett nicht auf den Schwindel hineingefallen wäre, da doch die Tilgung der Staatsschuld als Aushängeschild diente und dies eine konservative Lieblingsidee war. Etwas Wirkliches in dieser Richtung haben zuerst die Whigs 1717 getan, indem sie es fertigbrachten, die Zinsen der Staatsschuld von sechs auf fünf Prozent herabzusetzen: die verfügbar werdenden

374. Proſtituierte und Zuhälter beim Betrachten ihrer Diebesbeute

Summen sollten zur Amortisierung des Kapitals dienen. An Stelle dieses langsamen, aber sicheren Verfahrens wurde nun 1720 eins vorgeschlagen, das schnell und sicher zur Tilgung der ganzen Schuld führen sollte, faktisch aber zu einem ungeheuren Krach führte.

Ein gewisser Blount, seines Zeichens ein Börsenmakler, schlug vor, mit Hilfe der Südseekompagnie die Nationalschuld zu tilgen. Die Sache sollte so gemacht werden, daß die genannte Aktiengesellschaft neue Anteilscheine in großen Mengen emittieren und dabei außer barem Gelde auch die uneinlösbaren Staatsschuldenscheine in Zahlung nehmen sollte. So würde die Kompagnie zum einzigen Gläubiger des Staates, dessen Schulden nun einlösbar würden; die Tilgung sollte damit anheben, daß die Kompagnie anstatt der bisherigen 6 Prozent Zinsen, nur 5 und nach Ablauf von sechs Jahren nur 4 Prozent Zinsen von der Regierung bekomme. Die Regierung ihrerseits sollte obendrein einen gehörigen Bargeldvorschuß von der Kompagnie erhalten. Diese beanspruchte als Gegenleistung das Monopol des Handels nach der Südsee, deren Schätze sie heben wollte. Woher diese Schätze kommen sollten, ist natürlich mit nüchternem Auge unentdeckbar. Indes der Projektenmacher und seine geriebenen Hintermänner streuten aus, daß die Regierung demnächst einige Plätze in Peru erwerben werde, von dessen Reichtum an Edelmetallen noch immer abenteuerliche Vorstellungen in den weitesten Kreisen verbreitet waren. Das Ganze war eine raffinierte Spekulation auf die bornierte Habgier insbesondere der kleinen Geldleute, die auf jeden Schwindel hereinfallen, wenn ihnen nur goldene Berge vorgegaukelt werden. Indes, der Taumel ging bis in die höchsten Regionen des britischen Staatslebens hinein, wenn man nicht annehmen will, daß alle diejenigen, die im Parlament für das Blountsche Projekt eingetreten sind, mit den Börsengaunern unter einer Decke gelegen hätten, wie das bei vielen, auch im Ministerium, ganz zweifellos der Fall war. Das Ministerium selber schlug dem Parlament vor, dem Südseeplan die nötige Zustimmung zu geben. Wohl erhob sich im Haus der Gemeinen und auch bei den Lords Widerspruch; kein Geringerer als Walpole wies darauf hin, daß die Sache notwendig mit einem ungeheuren Krach endigen würde. Aber er predigte tauben Ohren: im Unterhaus stimmten drei Viertel der Mitglieder für die Annahme des Projekts, und am 7. April erhielt die Bill die königliche Genehmigung.

Alsbald begann die „Südsee-Seifenblase" anzuschwellen und zu steigen. Die ausgegebenen Aktien fanden reißenden Absatz, Schuldscheine und bares Geld gingen in ungeheuren Mengen ein, so daß der Kurs der Aktien in kürzester Zeit eine phänomenale Steigerung erfuhr. Zu Anfang des Jahres hatten die Anteilscheine von 100 Pfund Sterling auf 126 gestanden, bei Eröffnung der neuen Ausgabe (14. April 1720) stiegen sie gleich auf 325, und am 26. August erreichte der Schwindel damit seinen Höhepunkt, daß die Kauflustigen sich darum rissen, die Aktie von 100 Pfund Sterling mit 1000 zu bezahlen. Alle Hebel waren aber auch in Bewegung gesetzt worden. Um die Illusion aufrechtzuerhalten, daß die Südsee das gelobte Dorado sei, votierten die Direktoren der Gesellschaft Dividenden von 10, 20, ja 50 Prozent. In Exchange-alley, wo das Allerheiligste des Börsentempels lag, drängten sich alltäglich Menschen aller Art und jeden Standes, Männlein und Weiblein — bis zu den „besseren" Huren, die auch ihr Sündengeld in Aktien

375. Englische Richter
Karakterköpfe von William Hogarth

umzusetzen sich beeilten. Das Fieber war so groß, daß die Südseeblase noch nicht genügte. Andere Seifenblasen, bis zur Zahl von fast 200, stiegen auf. Und was für Gründungen! Da ward eine Aktiengesellschaft für den Handel mit Menschenhaar begründet, eine andere wollte Quecksilber hämmerbar machen und eine gar Esel aus Spanien importieren, als wenn es nicht schon in England Esel genug gegeben hätte.

Insgesamt stellten die verschiedenen Gründungen, einschließlich der Südseekompagnie, ein Nominalkapital von mehr als 300 Millionen Pfund Sterling oder sechs Milliarden Mark dar. Bald aber kam das schreckliche Erwachen. Im September begannen die Aktien der Südseegesellschaft zu fallen, und Ende desselben Monats standen sie bereits auf 150. Die übrigen Blasen platzten natürlich gleichfalls. Ein Bankerott jagte den anderen, eine furchtbare Krisis erschütterte das ganze Land und viele Tausende von Familien wurden vollständig ruiniert. Das widerfuhr natürlich hauptsächlich bloß den kleinen Spekulanten, die ihre Groschen hineingesteckt hatten, in der Erwartung, aus der Südsee baldigst ungeheure Silberflotten anlangen zu sehen. Die großen Börsengauner dagegen hatten eben diese Dummen gerupft, indem sie zu der Zeit, als die Aktien hoch standen, mit enormem Profit verkauften. Leute mit den glänzendsten Namen haben sich auf diese

saubere Manier bereichert; z. B. Walpole, der, wie seine parlamentarische Opposition beweist, den ganzen Schwindel von Anbeginn durchschaute, nahm keinen Anstand, Aktien, die er anfänglich gekauft hatte, zu veräußern, als der Kurs auf 1000 stand. Desgleichen hat einen riesigen Profit gemacht ein berühmter Engländer der Zeit, den die meisten wohl als einen der größten Generäle, dagegen nicht als einen der größten Spitzbuben aller Zeiten kennen: der Herzog von Marlborough „verdiente" 100 000 Pfund Sterling bei der Geschichte. Noch viel größere Beute heimsten die eigentlichen Finanziers ein, voran die Direktoren der Kompanie. Von ihnen heißt es in einer gleichzeitigen Ballade über den Südseeschwindel:

„Stehn die Aktien hoch, so kommt für sie die Stunde,
Um durch einen Strohmann zu verkaufen,
Spurlos zu verschwinden dann im Hintergrunde,
Mit Millionen Pfund davonzulaufen . . ."

Zum Trost für die ganz Dummen ward die in solchen Fällen von jeher übliche Justizkomödie in Szene gesetzt, wobei nicht viel mehr herauskam, als daß den öffentlichen Machern der Kompagnie schillingweise abgenommen wurde, was sie pfundweise geräubert hatten. Indes kam doch auch einiges von den geheimen Hintermännern des großen Schwindels ans Tageslicht. Dabei waren auch Hinterfrauen, nämlich die beiden Mätressen des Königs, die große Summen dafür erhalten hatten, daß sie Georg zugunsten des Unternehmens stimmten. Sie sowohl wie zwei Minister hatten für ihre Dienste fiktive Aktien erhalten, deren im ganzen für beinahe zwölf Millionen Mark fabriziert worden waren. Diese Enthüllungen aber wirkten auch nicht im mindesten darauf hin, daß wenigstens die Korruption unter den Politikern nachgelassen hätte. Hier blieb alles beim alten. 1724 kam ans Tageslicht, daß der Lordkanzler Graf Macclesfield u. a. riesige Summen unterschlagen hatte, die Witwen, Waisen und Irrsinnigen gehörten. Seine ganze Strafe war eine Geldbuße von 30 000 Pfund Sterling. Die „Wohltätigkeitsgesellschaft", ein Aktienunternehmen mit zwölf Millionen Mark Kapital, das unter dem Deckmantel der Nächstenliebe die Not der Armen durch Pfandleihe gegen Zinsen ausbeutete, verkrachte 1731, weil der Kassierer und der Pfandraumvorsteher zusammen mit einigen Direktoren und zahlreichen hochstehenden Persönlichkeiten zehn Millionen in der allerraffiniertesten Weise unterschlagen und in Sicherheit gebracht hatten. Jene beiden — der Kassierer, ein Parlamentsmitglied — waren ins Ausland verschwunden und dadurch kam die Geschichte ans Tageslicht. Im Zusammenhang mit dieser Affäre wurden drei ehrenwerte Mitglieder ihrer Mandate verlustig erklärt. Ebenso war es mit zwei anderen Abgeordneten, die wegen Betrügereien beim Verkauf von Jakobitengütern ausgestoßen wurden. Von diesen ganzen Gütern ist nämlich nicht ein Schilling je zu Staatszwecken verwandt worden, sondern alles fiel den Betrügern und den käuflichen Seelen zur Beute. „Jedermann hat seinen Preis!" so lautete die berüchtigte Maxime Robert Walpoles, des bedeutendsten Staatsmannes zu dieser Zeit.

Walpole war seit dem Südseekrach leitender Minister und blieb es über 20 Jahre. Er genoß den Ruf, der gewiegteste Finanzpolitiker der Zeit zu sein. Begründet hat er diesen Ruf besonders durch die Abwicklung des Bankerotts der Südseekompanie und die Wiederherstellung des öffentlichen Kredits, die ihm verhältnis-

376. Eindringen der Polizei in einen Londoner Verbrecherkeller

mäßig rasch gelang. Er hat die Hoffnung der Tories zuschanden gemacht, daß sie durch das große Mißvergnügen über den Krach zur Regierungsgewalt emporgetragen werden würden. Aber das whiggistische Regiment Walpoles hätte sicher nicht so endlos gedauert, wenn er nicht nach dem Grundsatz gehandelt hätte, die politische Taktik auf die Käuflichkeit von Wählern und Gewählten aufzubauen. Walpoles Streben ging nicht dahin, im Parlament hervorragende Redner um sich zu scharen oder große populäre Maßregeln vorzuschlagen, wodurch die Stimmen der Wähler gewonnen werden könnten, sondern er rechnete einfach auf die unwiderstehliche Macht des Goldes. Mit Hilfe von Bestechungen wurden günstige Wahlen erzielt und mit Hilfe von „Pensionen" die Gewählten zu zuverlässigen Gefolgsleuten Walpoles gemacht. Dies Korruptionssystem hat Walpole zuerst organisiert, während ja freilich die Korruption schon vor ihm vorhanden war.

Seine ganze Politik drehte sich ausschließlich um die materiellen Interessen der besitzenden Klassen, in erster Linie des Handels- nnd Industriekapitals. Als Finanzgenie betätigte er sich hauptsächlich dadurch, daß er es, wie König Georg I. von ihm rühmte, verstand, aus nichts Gold zu machen, das heißt immer neue Steuern auszuhecken und zwar allemal auf Kosten der breiten Massen. Ein Verdienst um das ganze Land hätte er sich erwerben können, wenn er ernstlich auf die Tilgung der Nationalschuld bedacht gewesen wäre. Die Möglichkeit dazu war vorhanden; denn bei sinkendem Zinsfuß erfolgte 1727 wieder eine Reduktion der Zinsen der Staatsanleihen von 5 auf 4 Prozent. Die Ersparnisse sollten dem Amortisationsfonds zugute kommen. In der Praxis aber geschah das großenteils nicht; vielmehr bediente Walpole sich der verfügbar gewordenen Summen vornehmlich dazu, dem Landadel Geschenke zu machen. Er wollte die Junker mit dem whiggistischen Regiment versöhnen und zwar durch Herabsetzung oder gar Abschaffung der Grundsteuer, die des Landadels Hauptbeschwerde über die Revolution darstellte. Walpole hat es auch dahin gebracht, die Landtaxe von 4 Schilling auf einen Schilling herunterzusetzen, teils durch Inanspruchnahme des Amortisationsfonds, teils durch indirekte Steuern. Schließlich unternahm er es sogar, die Landtaxe gänzlich zu beseitigen und zwar mit Hilfe seines berühmten Akzisesystems.

Der sogenannte Akzisеplan, den Walpole im März 1733 im Parlament einbrachte, lief darauf hinaus, den Zoll auf Tabak und Wein in eine Akzise zu verwandeln. Die beiden Waren sollten unverzollt nach England hereinkommen und dort in warehouses, Lagerhäusern, unter Kontrolle von Regierungsbeamten untergebracht werden. Eine Abgabe in der Höhe des bisherigen Einfuhrzolles sollte erst bezahlt werden, wenn die Ware im Inlande verkauft wurde. Wenn sie ins Ausland verhandelt wurde, blieb sie überhaupt zollfrei. Als Zweck der ganzen Maßnahme gab die Regierung zweierlei an: einmal wurde darauf gerechnet, daß der Schmuggel ein Ende nehmen werde, weil der Importeur „sicher kein Risiko laufen und Kosten aufwenden werde, um den Zollbeamten am ersten Eingang zu entgehen, wenn er an soviel weiteren Toren nachher in gleicher Weise ausgesetzt sein würde, durch den Akzisebeamten gefaßt zu werden". Zum zweiten werde der Wegfall der Abgaben auf wieder auszuführende Waren den englischen Handel befördern, „darauf hinwirken, London zu einem Freihafen und folglich zum Weltmarkt zu machen".

377. John Wilkes
Karikatur von Hogarth

Klar ist, daß der Bevölkerung durch diesen Plan nur insofern neue Lasten erwachsen konnten, als etwa durch die massenhafte Einschmuggelung unverzollten Tabaks und Weines die Preise dieser beiden Artikel erniedrigt worden waren; denn der bisherige Zoll war natürlich ebensogut auf die Konsumenten gefallen wie eine Akzise. Wenn aber die Regierung bei gleichbleibenden Sätzen und trotz Wegfalls der Zölle auf wiederauszuführende Waren auf eine wesentliche Erhöhung der Einnahmen aus Tabak und Wein rechnete, so mußte dieses Plus ja teils durch die Konsumenten aufgebracht werden, zum Teil freilich auch auf die Kosten des Profits der Schmuggler gehen. Diese zahlreiche Klasse, mit einflußreichen Kapitalisten an der Spitze, lief denn auch gleich gegen den Akziseplan Sturm, die Opposition im Parlament tat eifrig mit, und die oppositionelle Presse ließ alle Chöre spielen, um eine allgemeine Bewegung gegen das Walpolesche Projekt in Gang zu bringen. Das zugkräftigste Agitationsmittel bestand darin, daß das Akziseprojekt für den ersten Anfang eines viel umfassenderen Planes ausgegeben wurde, als der erste Schritt zu einer allgemeinen Akzise auf sämtliche Nahrungsmittel und Kleidungsstoffe. Durch diese Aussicht wurde die öffentliche Meinung bald bis zur Fieberhitze erregt. Man sah nicht nur unerträglich schwere Belastung durch neue indirekte Steuern auf schier alle Gebrauchsartikel winken, sondern auch umfassende Behelligung durch Haussuchungen usw. eines Heeres von Akzisebeamten, Freiheitsbeschränkungen, die sich kein Engländer gefallen lassen wollte. Als Beleg dafür, daß Walpole wirklich so etwas beabsichtigen müsse, wurde angeführt, daß er im Vorjahr die erst seit einigen Jahren aufgehobene Salzsteuer wieder eingeführt hatte.

Schon bei dieser Gelegenheit war von oppositioneller Seite behauptet worden, das sei der erste Schritt zur allgemeinen Akzise. Walpole hatte schon damals heftig gegen diese Unterstellung protestiert. Er protestierte auch jetzt. Aber im ganzen Lande wurde geglaubt, daß es sich tatsächlich darum handle, dem ersten Schritt zu einer allgemeinen Akzise und zu umfassenden Beschränkungen der persönlichen Freiheit Widerstand zu leisten. Die englischen Historiker freilich und auch ökonomische Autoritäten, wie Adam Smith und Thorold Rogers, sind der Ansicht, daß die

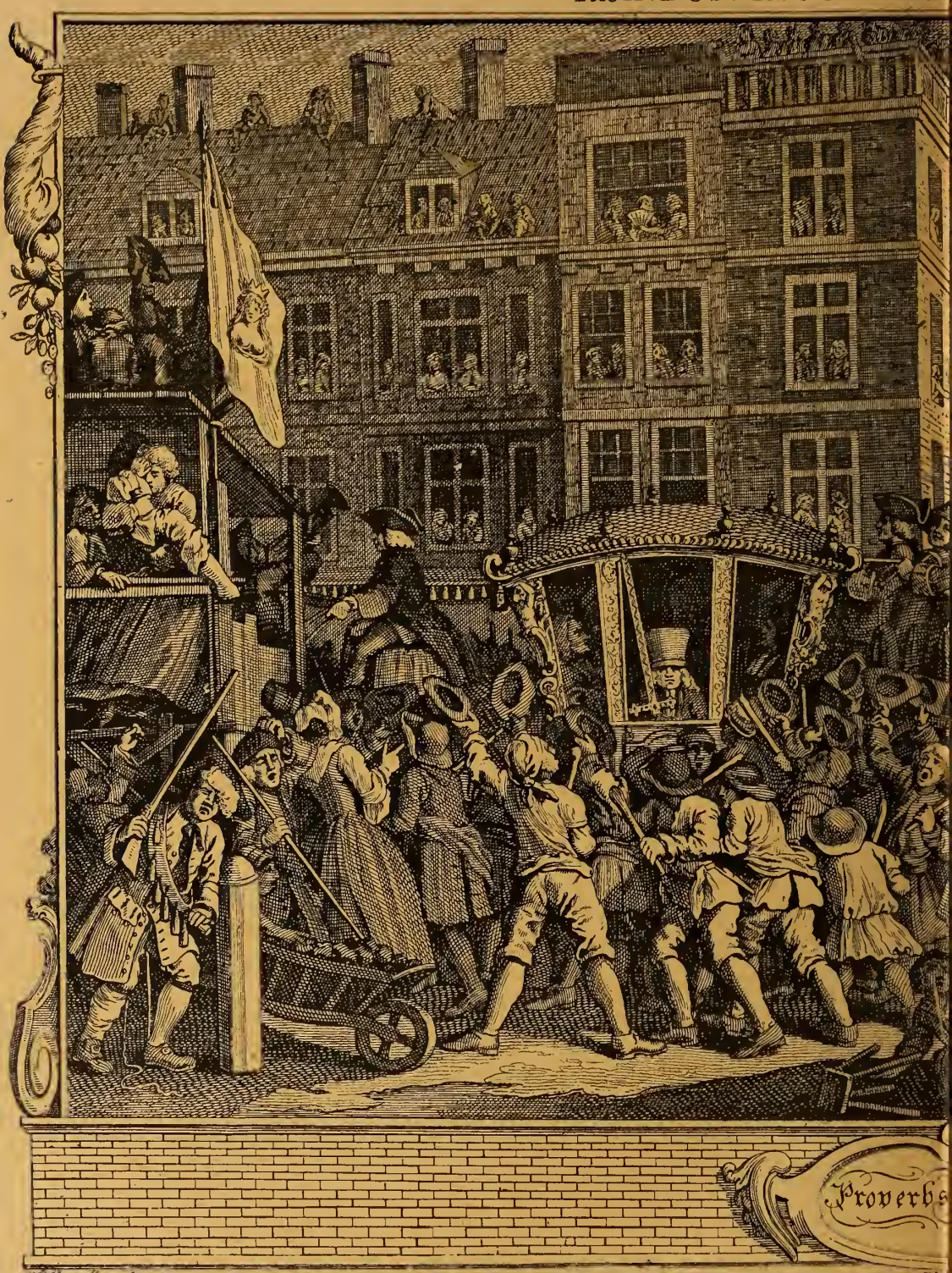
am Schmuggel interessierten Kaufleute und ihr Anhang die öffentliche Meinung systematisch irregeführt hätten. Indessen haben doch auch ganz unbeteiligte Zeitgenossen im Ausland angenommen, daß Walpole faktisch die ihm beigelegte Absicht gehabt habe.

In der Meinung, daß es sich darum handle, ein Attentat auf die Taschen und auf die Freiheit des Volkes zurückzuweisen, geriet also das ganze Land in große Aufregung. Besonders in London ging es stürmisch zu. Große Menschenmassen umlagerten das Parlamentsgebäude. Walpole wurde einmal beim Verlassen der Sitzung tätlich angegriffen und rettete sich nur unter Zurücklassung seines Mantels. Die City übersandte eine Petition gegen die Bill unter einem Aufzug von Wagen, der von Temple-bar bis Westminster reichte. Im Parlament schrumpfte die ministerielle Mehrheit zusehends zusammen. Bei der ersten Abstimmung in der Akzisefrage hatte Walpole über eine Majorität von 61 Stimmen verfügt; vier Wochen später waren es bloß noch 17 Stimmen. Er suchte dem durch reichliche Austeilung von Bestechungsgeldern entgegenzuwirken; 30 000 Pfund Sterling sollen aufgewendet worden sein. Aber die Bemühungen waren in diesem Falle nicht immer erfolgreich. Parlamentsmitglieder sagten Walpole, sie ließen sich wohl für die gewöhnlichen Dummheiten bezahlen, diese Sache aber sei jenseits aller Korruption. Möglich, daß Walpole trotzdem seinen Plan im Parlament hätte durchdrücken können. Aber er zog die Bill doch zurück, in der Erkenntnis, daß ihre Durchführung nur mit Waffengewalt zu erzwingen war; und Walpole war ein Korruptionspolitiker, aber kein Gewaltmensch. Auch ging die Meinung dahin, daß das Militär nicht zuverlässig sei, weil die Soldaten glaubten, der Tabak solle ihnen verteuert werden. Die Freude über das Scheitern des Akziseplans war ungeheuer. Walpole wurde im Bilde verbrannt. Ueberall sah man an den Hüten Kokarden mit der Inschrift: „Freiheit, Eigentum und keine Akzise." Man war bloß noch nicht beruhigt, daß etwa die allgemeine Akzise doch wieder auf der Bildfläche erscheinen möge. Aber Walpole selbst erklärte am 4. Februar 1734 im Parlament: „Ich bin nicht so verrückt, mich je wieder auf etwas einzulassen, das wie eine Akzise aussieht."

Er hielt sich noch bis Anfang der 40er Jahre, um schließlich während eines Krieges mit Spanien (1739 ff.) zu stürzen, dessen Vorgeschichte so recht die Herrschaft der Handelsinteressen auch in der auswärtigen Politik Englands dartut. Das war geradezu ein Krieg zur Unterstützung des englischen Schmuggelhandels nach dem spanischen Amerika. Man erinnert sich, wie im Utrechter Frieden England den sogenannten Assientovertrag abschloß. Außer dem Sklavenimport erhielt England dadurch auch das Recht, britische Waren zu einem Gesamtgewicht von 500 Tonnen jährlich auf die Messe des spanisch-amerikanischen Hafens Portobello zu bringen. Diese Bestimmungen wurden dazu ausgenutzt, viel größere Mengen von englischen Waren einzuschmuggeln. Desgleichen benutzte der englische Schleichhandel die Gelegenheit, die sich bei dem bislang gestatteten Schneiden von Campecheholz in der gleichnamigen Bai bot. Um diesem Schmuggel Einhalt zu tun, untersagte Spanien schließlich das Holzschneiden. Darüber entstand ein großer Lärm der in ihren Interessen beeinträchtigten englischen Kaufmannschaft. Um aber die öffentliche Meinung für sich mobil zu machen, ward besonders die Grausamkeit

hervorgehoben, womit die Spanier gegen aufgegriffene Schmuggler verfuhren. Zweifellos scheint, daß sie zahlreiche englische Seeleute, die ihnen beim Schleichhandel in die Hände fielen, zur Zwangsarbeit in die Minen von Potosi transportiert haben.

Das schien der englischen Kaufmannschaft, insbesondere den an der Spitze der ganzen Bewegung stehenden Citykapitalisten, noch nicht hinreichend, um den Krieg herbeizuführen. Das Ministerium nämlich, an dessen Spitze noch immer Robert Walpole stand, wollte keinen gewaltsamen Austrag der Sache, da es kein Vertrauen auf einen günstigen Verlauf hatte. Walpole wollte sich mit einer Geldentschädigung begnügen. Dagegen setzten die Kriegsschreier nun Himmel und Hölle in Bewegung. Ihr Haupttrick zur Aufpeitschung des Chauvinismus bestand darin, daß sie die Behauptung aufstellten, von den Spaniern würden englischen Seefahrern, die Schleichhandel getrieben haben sollten, die Ohren abgeschnitten. Zur Beglaubigung dieser Mär erschien ein gewisser Jenkins, ein Schiffsmeister, dem ein Ohr fehlte, vor dem Unterhause und erzählte des längeren, wie ihn die Spanier verstümmelt hätten. Er produzierte auch das fehlende Ohr, in Baumwolle eingewickelt. Diese Sache zog nun. Die öffentliche Meinung sprach sich so nachdrücklich zugunsten einer unverzüglichen Kriegserklärung aus, daß auch die ministerielle Mehrheit dafür eintrat und Walpole sich dem anschließen mußte. Die Einzelheiten dieses Schmuggelkriegs gehören nicht hierher. Er verlief nicht eben glänzend. Die Schuld daran ward auf fehlende Energie der Regierung geschoben. Die Kaufmannschaft griff in erster Linie den Premier aufs heftigste an. Es kam zu Neuwahlen, die eine Walpole feindliche Mehrheit ergaben. Er sah sich mit einer Ministeranklage bedroht, der er dadurch aus dem Wege ging, daß er im Februar 1742 seine Entlassung nahm. Der Sturz Walpoles bedeutete keinen Systemwechsel, wenigstens soweit die innere Politik in Betracht kommt, denn es kam ein anderes Whigministerium an die Regierung. Als dann nach einigen Jahren wieder eine Veränderung des Kabinetts erfolgte, versuchte man es einmal mit einem Koalitionsministerium, der sogenannten „Verwaltung auf breiter Grundlage": in ihr waren alle parlamentarischen Gruppen vertreten: Whigs sowohl wie Tories. Diese konservativ-liberale Paarung, um einen Ausdruck des gegenwärtigen politischen Jargons zu gebrauchen, schlug nicht deshalb fehl, weil die „Prinzipien" der beiden großen Parteien unverträglich miteinander gewesen wären, denn die alten Parteischlagworte wurden zwar noch immer gebraucht, aber in der Praxis war kein allzu großer Unterschied zwischen Whigs und Tories. Sie konnten bloß deshalb nicht zusammen regieren, weil nicht die ganze Schar der Beutepolitiker an der Staatskrippe Platz fand und deshalb das Raufen um die besten Plätze unvermeidlich war. Es folgten wieder, bis zum Anfang der 60er Jahre, whiggistische Kabinette, deren Seele je länger je mehr der berühmte William Pitt der Aeltere war. Pitt war der Typus eines merkantilistischen Kolonial- und Kriegspolitikers. Darin lag überhaupt die Aenderung, die mit Walpoles Sturz eintrat, daß auf seine Friedenspolitik rücksichtslose Kriegspolitik folgte. Zu dem Seekrieg gegen Spanien kam ein Landkrieg. England beteiligte sich am österreichischen Erbfolgekrieg gegen seinen alten Konkurrenten Frankreich. Der Aachener Friede von 1748 stellte bloß einen Waffenstillstand dar. 1755 begann ein neues sieben-



378. Der Umzug eines neugewählten
Kupferstich von

dmayors durch die Straßen von London
am Hogarth um 1750

jähriges Ringen mit Frankreich, das sich um den Besitz von Nordamerika drehte und für England schließlich die Eroberung der französischen Kolonien auf dem amerikanischen Festland brachte, nebenher auch 75 Millionen Pfund Sterling neuer Schulden. Trotz der riesigen Kriegslasten war der Krieg lange in England populär. Populär war auch der Leiter der englischen Politik, Pitt, und er sagte mit Nachdruck: er sei durch die Stimme des Volkes zur Regierung berufen worden, und er habe sich immer nur als dem Volk verantwortlich angesehen.

Das Königtum spielte in Pitts Augen keine Rolle und hat auch faktisch während der ersten sechs Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts keine erhebliche Rolle gespielt. Die Königin Anna war zu beschränkt, um etwas anderes zu sein als ein bloßer Spielball in den Händen der parlamentarischen Parteien. Und ihre beiden nächsten Nachfolger aus dem Hause Hannover-Celle begriffen wenigstens soviel von ihrer Situation, daß sie Könige von Revolutions und Parlaments Gnaden seien, weil das „göttliche Recht" mit Jakob II. zum Teufel gejagt sei. Der französische Staatsrechtstheoretiker Montesquieu nennt in seinem „Geist der Gesetze", zu Georgs II. Zeit schreibend, die Engländer ein Volk, „wo die Republik sich unter der Form der Monarchie verbirgt". In England selbst wurde gesagt, daß das Königtum jetzt ein kostspieliger, aber sonst unbedenklicher Zierat am Gesellschaftskörper sei. Es gehörte freilich ein eigentümlicher Geschmack dazu, um in Georg I. und II. Zierden zu erblicken; denn sie waren faktisch ganz ungewöhnlich gewöhnliche Europäer. Sie waren auch in England nichts weniger als populär. Dagegen wurden bei Lebzeiten Georgs II. an dessen Thronfolger viele Hoffnungen geknüpft. Die Idee von einem „patriotischen König", die Bolingbroke vertrat, hatte zeitweilig erheblichen Anhang: man meinte, daß die Macht des Königs vergrößert werden müsse, der allein, wenn persönlich dazu geeignet, imstande sei, der parlamentarischen Korruption, dem kapitalistischen Klüngel entgegenzuwirken. Selbst ein Oliver Goldsmith hat dieser Utopie angehangen. Die Seifenblase platzte bald, als Georg II. 1760 starb. Da kam ein Mann auf den Thron, dem zwar eine Erweiterung der königlichen Prärogative sehr zusagte, der aber dieses Ziel verfolgte im Bunde mit der parlamentarischen Korruption.

Das war unter dem tollen dritten Georg. Dies Beiwort wird dem König nicht etwa beigelegt, um ihn zu verunglimpfen, sondern im Gegenteil, um seine Person in milderem Licht erscheinen zu lassen durch den Hinweis auf die notorische Tatsache, daß er im Jahre 1788 tobsüchtig geworden ist. Im folgenden Jahre beruhigte er sich zwar wieder soweit, daß ihm die Zwangsjacke ausgezogen werden konnte; aber die interessierten Machthaber, die ihn für gesund und regierungsfähig ausgaben, belogen das Volk. Er war schon längst wieder unter ständiger Bewachung, als er 1810 wegen offenkundiger Tobsucht definitiv unschädlich gemacht wurde und dann noch lange Jahre in der Nacht des Wahnsinns und der Blindheit ruhelos seinen Palast durchirrte, die Wände mit langen Staatsreden anschreiend, bis ihn 1820 der Tod erlöste. Diesen tragischen Ausgang im Auge, muß man bereits die Anfänge seiner Regierung, soweit er persönlich in Betracht kommt, unter dem Gesichtspunkt einer krankhaft veranlagten Natur betrachten, die zum Wahnsinn gelangte, weil sie über dem erfolglosen Ringen mit einer unlösbaren Aufgabe an allem irre ward.

Die Aufgabe, die Georg sich stellte oder vielmehr von seiner herrschsüchtigen Mutter und seinem intriganten Günstling Lord Bute einreden ließ, war gigantisch — so gigantisch, daß sie vollständig unsinnig war. Wähnte der König sich doch dazu berufen, die geschichtliche Entwicklung Englands um hundert Jahre und mehr zurückzuschrauben. Er wollte die ausschlaggebende Stellung, die das Unterhaus seit den Zeiten der Stuarts erworben hatte, wieder durch ein selbst regierendes Königtum ersetzen. Dieses Ziel war natürlich unerreichbar. Die Mittel, die dazu verhelfen sollten, waren aber geeignet, wenigstens vorübergehende Erfolge herbeizuführen. Ein Bestechungssystem großen Stiles wurde organisiert, um die parlamentarischen Handlanger der Plutokratie im Unterhaus zu Werkzeugen der Krone umzuwandeln. Um die Abstimmungen der Wähler wie der Abgeordneten in ihrem Sinne zu lenken, wurden unausgesetzt Millionen aus der Zivilliste verausgabt. Das Walpole'sche Korruptionssystem wurde also nun im Sinne des Königtums umgebildet, um an Stelle der Whigs den Tories als des Königs Freunden zur Regierung zu verhelfen, tatsächlich aber der skrupellosen Clique von Beutepolitikern, die den König für ihre Zwecke vorschob. Seine eigenen staatsmännischen Gesichtspunkte waren die des beschränktesten Gottesgnadentums, obwohl er sich für ein Universalgenie hielt.

Daß sein System nicht für England paßte, hätten ihn und seinesgleichen schon die moralischen Niederlagen lehren können, die sie gelegentlich der Wilkesaffäre erlitten. John Wilkes war oppositionelles Mitglied des Unterhauses und der bekannteste Journalist der Zeit. Sein Blatt, der „North Briton", geißelte die herrschende Korruptionswirtschaft aufs allerschärfste. Es war zweifellos ein Racheakt der im „North Briton" an den Pranger gestellten Dreckfinken, daß der König auf die Nr. 45 des Blattes wegen einer darin enthaltenen Kritik der Thronrede aufmerksam gemacht wurde, mit der am 18. August 1763 das Parlament vertagt worden war. Die kräftigste Stelle des Artikels ging dahin, daß die Minister, als verantwortliche Redakteure der Thronrede, damit „ein würdiges Beispiel ministerieller Unverschämtheit" gegeben, dem König „eine überlegte Lüge" in den Mund gelegt hätten. Die Kritik stand durchaus auf dem Boden der konstitutionellen Lehre. Dem König aber erschien sie als eine strafwürdige Majestätsbeleidigung. Himmel und Hölle wurden in Bewegung gesetzt, um Wilkes zu fassen, und nicht ihn allein. Der Staatssekretär Halifax erließ einen völlig formlosen Haftbefehl gegen Verfasser, Drucker und Verleger von Nr. 45 des „North Briton". Demgemäß wurden außer Wilkes an 50 Personen eingesteckt. Aber Wilkes rief aus dem Tower die Hilfe eines ordentlichen Gerichts an und setzte hier den einstimmigen Beschluß durch, daß die Verhaftung ungesetzlich sei.

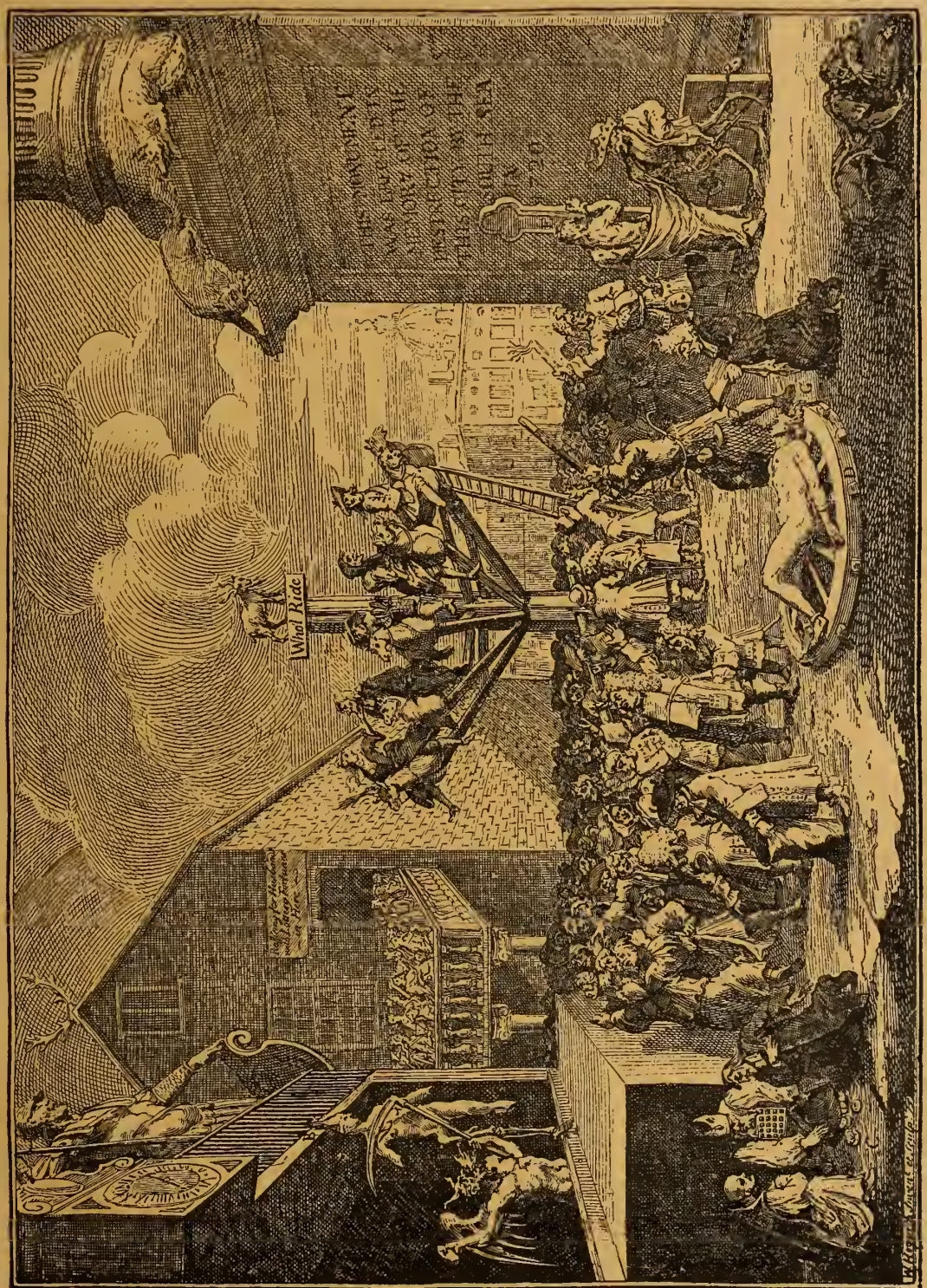
Unter großem Jubel der Bevölkerung, die an der Sache der persönlichen Freiheiten lebhaften Anteil nahm, wurde Wilkes freigelassen. Er verklagte nun den Unterstaatssekretär Wood, der den Halifaxschen Haftbefehl ausgeführt hatte, auf Schadenersatz und erzielte dessen Verurteilung zu 1000 Pfund Sterling, obwohl der Generalstaatsanwalt der Krone mit der Verteidigung betraut worden war. Auch den Druckern wurden Entschädigungen zuerkannt. Der Zorn war um so größer, als Wilkes nun alle bisherigen Nummern seines Blattes in einem Sammelband neu abdrucken ließ und saftige Bemerkungen hinzufügte, unter denen noch nicht die stärkste

die war, daß die Minister nur darauf erpicht seien, das Publikum zu plündern und die eigenen Taschen vollzustopfen. So beschlossen Georg und seine Leute, die Affäre aus allen Kräften weiterzubetreiben. Sie rechneten auf die Mitwirkung der bestochenen Parlamentsmehrheit. Hier ward denn auch eine Adresse an den König beschlossen, welche die weitere gerichtliche Verfolgung des Mitgliedes Wilkes verlangte. Außerdem ward dekretiert, daß Nr. 45 des Blattes als „falsche und umstürzlerische Schmähschrift" durch den Henker verbrannt werden solle.

Das hohe Haus hatte bei letzterem Beschluß die Rechnung ohne das Londoner Volk gemacht, das in ungeheuren Massen erschien, als am 3. Dezember 1763 das papierne Autodafé stattfinden sollte. Es entstand ein großer Tumult, wobei dem Henker Nr. 45 entrissen ward und anstatt ihrer ein Unterrock und ein Stiefel in die Flammen flogen: mit dem Unterrock war die Königin Mutter, mit dem Stiefel (boot) Lord Bute gemeint. Kurz darauf ward Wilkes von einem früheren Schatzamtsangestellten, Martin, zum Zweikampf herausgefordert und durch einen Pistolenschuß schwer verwundet. Man glaubte allgemein, daß Martin ein gedungener Bravo der Regierung sei, um den Majestätsbeleidiger aus der Welt zu schaffen. Als ein unwürdiger Argwohn kann das jedenfalls nicht erscheinen, wenn man das weitere Verhalten der regierenden Clique betrachtet. Anstatt Wilkes' Gesuch gemäß das Verfahren bis zu seiner Wiederherstellung zu sistieren, betrieb man es mit einem besonderen Eifer, seit sich der Verwundete zu seiner Erholung gegen Neujahr 1764 auf den Kontinent begeben hatte. Schleunigst faßte im Januar 1764 das Unterhaus den Beschluß, Wilkes als „Verfasser einer skandalösen und umstürzlerischen Schmähschrift" seines Mandats verlustig zu erklären. Und im Februar erkannte der Court of kings bench zu Recht, daß Wilkes der Veröffentlichung von Nr. 45 schuldig sei: da er nicht erschienen war, stellte ihn das Gericht „außerhalb der Gesetze" — ächtete ihn, wie wir sagen würden.

Vier Jahre hielt sich Wilkes im Auslande ruhig, bis im März 1768 die Neuwahlen zum Unterhaus stattfanden. Da erschien er in England und kandidierte für die Grafschaft Middlesex, zu der London zum Teil gehörte. Wie die Bevölkerung der Hauptstadt über den Fall dachte, ward am Wahltage klar. Große Menschenmengen umlagerten die Wahllokale unter unaufhörlichen Hochrufen auf Wilkes, Nr. 45 und die Freiheit und wollten niemand hineinlassen, der nicht einen Zettel mit der Aufschrift „Wilkes und Nr. 45" am Hute trug. John Wilkes ward ohne Gegenkandidaten einstimmig gewählt. Am Abend war ganz London festlich beleuchtet; wer nicht illuminieren wollte, dem warf das Volk die Fenster ein. Der König schrieb an seine jetzige rechte Hand, Lord North, Wilkes müsse unbedingt aus dem Parlament ausgestoßen werden. Auch sollte die Gerichtskomödie ihren Fortgang nehmen. Am 27. April 1768 stand die Gerichtsverhandlung über die Achtserklärung von 1764 an. Das Gericht vertagte einen Entscheid und nahm Wilkes unter Ausschlagung einer Kaution in Haft. Die versammelte Menge war darüber so aufgebracht, daß sie dem Wagen, der Wilkes nach dem Gefängnis bringen sollte, die Pferde ausspannte und das Fuhrwerk im Triumph nach der City schleppte. Wilkes hatte Mühe, sich der Ovation zu entziehen und im Gefängnis zu stellen.

Den 10. Mai 1768 war die Parlamentseröffnung. Am Parlamentsgebäude passierte weiter nichts, als daß die Menge Hochrufe auf Wilkes und die Freiheit



379. Karikatur auf den Südseeschwindel

ausstieß. Anders vor dem Gefängnis, in dem Wilkes saß. Eine kolossale Menschenmasse war dort versammelt, um Wilkes in Empfang zu nehmen, wenn er, wie man erwartete, zur Parlamentseröffnung entlassen würde. Das geschah nicht. Infolgedessen bemächtigte sich der Masse eine so große Erregung, daß die Soldaten der Gefängniswache mit Steinen beworfen wurden. Sie machten einen Ausfall, verfolgten einen der Angreifer in ein benachbartes Haus und brachten hier in der Hitze anstatt seiner einen ganz Unbeteiligten, namens Allen, ums Leben. Nachher gaben sie Feuer aufs Volk und streckten einige 20 Personen nieder. Inmitten der allgemeinen Erbitterung über diese Bluttat erkannten die Leichenbeschauer bei Allen auf Mord als Todesursache und die Geschworenen erkannten in dem darauffolgenden Prozeß verschiedene Soldaten des Mordes schuldig. Der König aber begnadigte und beschenkte sie, und der Kriegsminister erließ einen Tagesbefehl, der dem Militär die Heldentat vom 10. Mai als lobenswertes Muster hinstellte. Außerdem gelangte zur Kenntnis des gefangenen Wilkes ein Schreiben des Staatssekretärs Weymouth vom Tage vor der Parlamentseröffnung, das dem Vorsitzenden der Distriktsbehörden von Westminster aufgab, gegebenenfalls gleich die bereitgehaltene Soldateska herbeizurufen. Die Fassung des Dokuments war so, daß sich ohne besondere Auslegungskünste der Wunsch herauslesen ließ, ein Blutbad zu provozieren. In diesem Sinne besprach denn auch Wilkes die Urkunde, die er in seinem Blatte veröffentlichte. Dem Gericht der öffentlichen Meinung über die Machthaber folgte inzwischen wieder deren Quittung. Am 18. Juni 1768 fällte das obere Gericht über Wilkes das Urteil in Sachen seiner Majestätsbeleidigung von 1763: Er ward für Nr. 45 zu 1000 Pfund Sterling Geldbuße und zehn Monaten Gefängnis verurteilt, für die Drucklegung von zwei anstößigen Gedichten zu weiteren zehn Monaten. Die öffentliche Meinung bedankte sich dafür, indem ein Plakat angeschlagen wurde, das allgemeinen Beifall fand, in dem es hieß: „Ihr seid ein Pack von Mietlingen und Schurken." Ein bestochenes Pack war auch die Parlamentsmehrheit, die dem König den Willen tat und am 3. Februar 1769 Wilkes als den Verfasser von Nr. 45, der Gedichte und der Bemerkungen zu Weymouths Brief aus dem Parlament stieß.

Die Herren hatten ihre Rechnung ohne die Wähler von Middlesex gemacht. Am 16. Februar 1769 ward Wilkes einstimmig wiedergewählt. Folgenden Tages setzte dann das Unterhaus seinen Gewaltakten die Krone auf, indem es Wilkes für unfähig erklärte, im derzeitigen Parlament einen Sitz einzunehmen. Am 16. März wählte Middlesex den Verfolgten zum drittenmal einstimmig wieder. Das Haus erklärte die Wahl für nichtig. Man verfiel auf den rettenden Gedanken, für die nächste Wahl am 13. April einen ministeriellen Gegenkandidaten aufzustellen. Der — ein Oberst Lutrell — erhielt trotz aller Wahlmanöver bloß eine minimale Stimmenzahl, Wilkes die ungeheure Mehrheit. Ohne sich daran zu stören, erklärte das Haus Lutrell für gewählt. Somit war Wilkes definitiv beseitigt. Er mußte dann seine 20 Monate richtig absitzen. Aber die Machthaber waren doch nicht mit ihm fertig. Als er aus dem Gefängnis kam, wählten ihn die Londoner zum Alderman. Schon als solcher brachte er dem Unterhaus eine schwere Niederlage bei. Bald wurde er Lordmayor und nahm 1775 auch ungehindert seinen Sitz im Unterhaus ein. Und 1782, nachdem inzwischen die abenteuerliche Politik Georgs III.

und seiner Leute völliges Fiasko gemacht hatte, setzte Wilkes es sogar durch, daß das Unterhaus beschloß, aus seinen Protokollen alle auf die Wilkesaffäre bezüglichen Verfügungen als gesetzwidrig zu streichen.

Der Kampf um die Middlesexwahl hatte übrigens einen sozialen Hintergrund. 1767/68 war eine schlimme Zeit für das englische Volk. Die Ernte von 1767 war mißraten, und die Kornpreise stiegen mit so unheimlicher Schnelligkeit, daß die Regierung sich veranlaßt sah, noch ehe der Preis auf 53 Schilling 4 Pence das Quarter gestiegen war, auf eigene Faust ohne Parlamentsakte die Getreideausfuhr zu verbieten. Im Unterhaus erhob sich später einiges Geschrei über diese Eigenmächtigkeit, aber die Mehrheit konnte doch nicht umhin, der Regierung Indemnität zu erteilen. Trotz des frühzeitigen Ausfuhrverbots und trotz einer Proklamation gegen Aufkauf und Kornwucher stiegen die Getreidepreise weiter in die Höhe. Die Teuerung wurde so schlimm, daß in den verschiedensten Landesteilen Hungeraufstände ausbrachen. Es kam zur Zerstörung von Kornmühlen. An vielen Orten nahmen notleidende Volksmassen Korn, Brot und andere Lebensmittel mit Gewalt weg und zahlten dafür einen Preis eigener Bestimmung. In den westlichen Grafschaften kam es bei solchen Brotunruhen zu Kämpfen zwischen Volk und Militär, wobei Menschenleben verloren gingen.

Die Unzufriedenheit wurde dadurch gesteigert, daß auch die Industrie einen Niedergang erfuhr, guten Teils infolge der Teuerung, weil der großen Masse der Bevölkerung kaum noch Geld blieb zum Einkauf von Industrieprodukten. Außerdem aber litt der Absatz gewerblicher Erzeugnisse auch unter den gleichzeitigen Streitigkeiten mit den amerikanischen Kolonien, worauf noch in anderem Zusammenhang ausführlicher zurückzukommen ist. Das Uebereinkommen der Kolonisten, keine englischen Industrieerzeugnisse mehr zu kaufen, ließ die Ausfuhr nach Amerika 1767/68 auf weniger als die Hälfte des gewöhnlichen Betrags hinabsinken. Kurz, die englische Industrie krankte an ernstlichen Absatzschwierigkeiten, und das hatte ausgedehnte Arbeitslosigkeit zur Folge. Ein großer Teil noch beschäftigter Arbeiter griffen zur Arbeitseinstellung, um ihre niedrigen Einkünfte soweit zu erhöhen, daß sie bei der Teuerung nicht verhungern müßten.

In London traten u. a. die Hutmachergesellen, die Schneidergesellen, die Glasschleifer in den Streik ein. Auch im Hafen wurde es sehr unruhig. Die Bootführer auf der Themse legten die Arbeit nieder. Die Matrosen auf den Kauffahrteischiffen in der Themse begnügten sich nicht mit dem Streik, sondern ihrer 4000 meuterten förmlich, um höhere Löhne zu erzwingen, und hinderten alle zur Abfahrt bereiten Schiffe gewaltsam am Auslaufen. Die Kohlenträger lagen ein ganzes Jahr lang mit den Eigentümern der Kohlenschiffe im Streit. Es kam dabei zu blutigen Straßenkämpfen, bei deren einem 18 Kohlenträger erschossen wurden. Viel Blutvergießen fand auch bei dem Streik der Londoner Seidenweber von Spitalfields statt. Sie durchzogen bewaffnet die Straßen, drangen in die Werkstätten der Streikbrecher ein, zerstörten deren Webstühle und zerschnitten die fertige Arbeit. Es erging ein besonderes Gesetz, das diese Dinge mit der Todesstrafe bedrohte. Trotzdem wurden alsobald wieder 150 Webstühle in zwei Nächten zerstört. Zwei Beteiligte wurden darauf hingerichtet. Ein Mann aber, der gegen die Gehängten als Hauptzeuge gedient hatte, wurde bei hellem Tage

von 2000 Menschen zu Tode gesteinigt. Ausdrücklich wird berichtet, daß 6000 Weber bei den Wilkesschen Unruhen am meisten beteiligt gewesen seien.

Das dauernde Ergebnis der Kämpfe um die Middlesex-Wahl bestand darin, daß sich eine radikale Partei kleinbürgerlich-demokratischer Richtung in diesen Jahren zu bilden begann. Während der Erörterungen über die Wahl von Wilkes und unter seiner tätigen Mitwirkung entstand in London die „Gesellschaft der Anhänger der Bill der Rechte". Diese Vereinigung wurde einesteils gegründet, um Wilkes im Kampf gegen Hof und Parlament zu unterstützen, andererseits aber hatte sie von Anbeginn ein ausgesprochenes demokratisches Programm. Die Gesellschaft forderte nämlich Parlamentsreform und zwar auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts. Alle Kandidaten für Mandate zum Unterhaus sollten darauf verpflichtet werden, für jährliche Parlamente und für volle und gleiche Vertretung des Volkes im Parlament ihre Stimme geltend zu machen. Der Hauptorganisator und -agitator der Gesellschaft der Anhänger der Bill of rights war Horne, genannt Horne Tooke, ein gewesener Geistlicher der Staatskirche, der seinen demokratischen Grundsätzen zuliebe den Talar ausgezogen hatte. Neben Wilkes und Horne Tooke gehörten zu den namhaftesten Mitgliedern der radikalen Vereinigung die republikanische Geschichtschreiberin der englischen Revolution, Frau Macaulay, und der gleichfalls republikanisch gesinnte Hollis, der sich besonders durch Veranstaltung von Neuausgaben der freiheitlichen Schriften des englischen Revolutionszeitalters verdient gemacht hat. Dies führt darauf, daß man nicht eigentlich, wie es Lecky tut, das Jahr 1769 als das Geburtsjahr des englischen Radikalismus bezeichnen kann. Geboren war ja die bürgerliche Demokratie schon während der puritanischen Revolution. Die Levellerbewegung erstarb freilich. Dagegen starb die Erinnerung an die Gleichmacher nicht und sie lebte in der Gesellschaft der Anhänger der Bill of rights wie der übrigen republikanischen Wahlreformvereine, die demnächst entstanden.

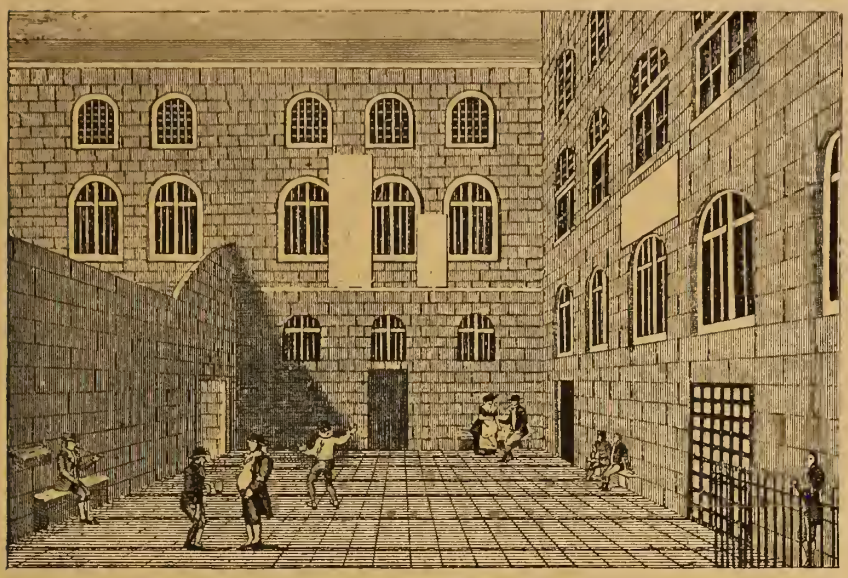
Die Tradition der puritanischen Revolution war auch in dem Manne lebendig, der seit 1775 der bekannteste und unermüdlichste Vorkämpfer der Idee des allgemeinen Wahlrechts wurde: in John Cartwright. Er wird gewöhnlich Major Cartwright genannt wegen seines Ranges in der Miliz von Nottinghamshire. Er gab den demokratischen Grundforderungen zuerst die präzise Formulierung in den vier Punkten: jährliche Parlamente, allgemeines Stimmrecht, geheime Abstimmung, gleichmäßige Wahlkreiseinteilung. Dafür ist er bis an sein Lebensende (1824) in Wort und Schrift eingetreten. Er hat an seinem Teile dazu beigetragen, daß die Frage der Reform nie mehr ganz von der politischen Tagesordnung verschwand, so entmutigend die politische Lage auch lange Zeit war. Sie war es schon, als Cartwright den Kampf aufnahm. Der Erregung der ausgehenden 60er Jahre war seit 1770 eine totale politische Erschlaffung gefolgt.

Es war ein verhältnismäßig enger Kreis, besonders in London, der sich ernstlich für das allgemeine Wahlrecht interessierte. Die Massen nahmen noch keinen Anteil an der Bewegung. So erklärte sich auch, daß manche Aristokraten, wie z. B. der Herzog von Richmond, dem allgemeinen Wahlrecht günstig gestimmt waren. Es erschien ihnen offenbar als eine harmlose Sache. Der genannte Peer hat sogar einen Antrag auf allgemeines Stimmrecht im

380. Ein zum Tode verurteilter Verbrecher auf dem Wege zur Richtstätte

Oberhaus eingebracht, gerade, als die Gordonkrawalle vor der Tür standen. Der schottische Lord, nach dem die Gordonkrawalle benannt sind, war, gelinde gesagt, ein großer Sonderling vor dem Herrn: seine letzte Exzentrizität leistete er sich kurz vor seinem Tode, im Jahre 1793, indem er zum Judentum übertrat. Gegen 1780 war er der bekannteste Papistenfresser auf den britischen Inseln. Im Parlament wurde er mit seinen wütenden Reden gegen die Katholiken nicht ernst genommen, dagegen hatte er im Lande und besonders auch in London viel Anhang. Den Anlaß zur Entflammung der Papistenfurcht gab eine gesetzgeberische Maßnahme des Jahres 1778, als das Parlament die drakonischen Bestimmungen des bekannten Katholikengesetzes aus der Zeit Wilhelms III. für England aufhob. Die Absicht, auf ähnliche Art die Lage der Katholiken auch in Schottland zu erleichtern, brachte hier große Unruhen hervor und mußte aufgegeben werden die schottischen Katholiken selbst baten darum im Interesse ihres Lebens und ihres Besitzes. Die Bewegung gegen den Papismus griff nach England über. Der leichte Erfolg der schottischen Katholikenfresser rief bei den englischen die Hoffnung hervor, daß es nicht schwer halten werde, durch einen Druck aufs Parlament die Zurücknahme der Akte von 1778 zu erzielen. Unter Lord Gordons Führung bildete sich eine „protestantische Assoziation", und unter seinem Vorsitz beschloß am 29. Mai 1780 ein großes Meeting, daß ein Massenaufzug vor dem Parlamentsgebäude stattfinden solle, um eine Monsterpetition für den Widerruf der Milderungsakte zu überreichen; diese Bittschrift trug an 120 000 Unterschriften.

Am 2. Juni nachmittags fanden sich von drei Seiten her Züge von Demonstranten mit blauen Kokarden vor dem Parlamentsgebäude ein; gegen 3 Uhr waren zirka 60 000 Menschen versammelt, welche die Losung: „No Popery!" (Kein Papismus!) erschallen ließen. Anstatt diesen Kampf gegen Windmühlen zu führen, hätten sie gerade an dem Tage für einen nützlichen Zweck demonstrieren können. Im Oberhaus stand nämlich auf der Tagesordnung des Herzogs von Richmond Antrag auf allgemeines Wahlrecht und einjährige Parlamente. Daran dachten die Massen aber gar nicht, sie machten vielmehr jede ernstliche Diskussion des Antrages im voraus unmöglich durch ihr Verhalten gegenüber den Lords, aber auch gegen viele Gemeine. Als nämlich die Parlamentsmitglieder allmählich zur Sitzung erschienen, wurden viele unter ihnen, hauptsächlich die Mitglieder des Oberhauses, nicht nur mit Verbalinjurien überhäuft und gezwungen, „No Popery" zu rufen, sondern auch tätlich mißhandelt und mit Kot beworfen. Mit zerschlagenem Körper und zerfetzten Kleidern saßen die Lords voll Angst da und horchten auf das „No Popery"-Geschrei auf der Straße, an dem Tage, wo sie sich mit dem allgemeinen Stimmrecht beschäftigen sollten. Dem Unterhaus legte Lord Gordon die Petition gegen die Milderungsakte vor und verlangte sofortige Beratung. Die Gemeinen beschlossen aber mit allen gegen sieben Stimmen, die Petition erst am 6. Juni in Erwägung zu ziehen. Diese Zurückweisung brachte Gordon sofort zur Kenntnis der Masse vor dem Parlamentsgebäude. Drinnen befürchtete man bei der Abwesenheit militärischer Bedeckung, die Menge werde nun mit Gewalt eindringen, um ihren Willen durchzusetzen. Das geschah aber nicht, offenbar, weil ein entschiedener Wille und ein bestimmter Plan nicht vorhanden war. Als am Abend Truppen eintrafen, zerstreute sich die Menge, ohne Widerstand zu leisten.



381. Der Hof des Gefängnisses Newgate

Außerdem kam es an diesem Tage zu Angriffen auf ein paar katholische Kapellen, die in Flammen aufgingen. In den nächsten Tagen wiederholten sich diese Szenen: eine Anzahl von katholischen Kirchen und Privathäusern wurde ausgeplündert und niedergebrannt. Sehr rasch aber trat die No Popery-Bewegung für die Krawaller, unter denen das Lumpenproletariat immer mehr überwog, in den Hintergrund und diente bloß noch als Vorwand für ganz andere Zwecke. Bewaffnete Banden durchzogen die Straßen, schrien „No Popery“ und erpreßten in allen Läden Geld. Mehrere Tage lang, besonders am 7. Juni, dem sogenannten „schwarzen Mittwoch“, waren die Krawaller Herren und Meister in London. An zahlreichen Stellen der Stadt gab es Feuersbrünste. Plünderung war der hervorstechendste Zweck eines großen Teiles noch Beteiligter. Es ist wahr, daß auch weniger niedrige Motive mitspielten. Besonders war es nun auf die Gefängnisse abgesehen. Der erste Angriff der Art galt dem Newgate-Gefängnis, wo eine Anzahl von Leuten inhaftiert war, die wegen der Vorgänge des 2. Juni ergriffen worden waren. Mit ihnen zugleich aber befreite eine große Menge sämtliche übrigen Gefangenen aus dem Newgate-Gefängnis, das in Flammen aufging. Und dann ging es über die anderen Gefängnisse her. Sie wurden durchweg, ebenso wie mehrere Gerichtsgebäude und das Haus des Lord-Oberrichters, niedergebrannt, die Insassen in Freiheit gesetzt. Auch gegen den Schuldturm, das Fleetgefängnis, richtete sich der Ingrimm der Aufständischen. Die Schuldgefangenen wurden herausgeholt, das Gebäude angezündet, Löschversuche der Feuerwehr vereitelt, indem man ihr die Schläuche zerschnitt.

Aber nicht bloß den englischen Bastillen war von den nicht einzig und allein plünderungslustigen Teilnehmern an den Gordonkrawallen die Vernichtung zugedacht. Man hörte Aufständische als ihr Ziel bezeichnen: Zerstörung der Gefängnisse, der Paläste der Großen und der Bank von England. Von Palästen ging dieser oder

jener in Flammen auf, die meisten aber waren durch Truppen geschützt. Am militärischen Widerstand scheiterte auch der Angriff auf die Bank, wobei viel Blut floß. Die Aufständischen waren zum Teil regelrecht bewaffnet, weil ihnen die Vorräte der Artilleriedepots in die Hände gefallen waren. Aber die Soldaten waren doch in der Lage, die wenigen Punkte, wo sie zunächst konzentriert waren, zu behaupten. Wie die Bank so verteidigten die Truppen auch das Schatzamt erfolgreich. Dagegen fielen die Zollämter auf der Blackfriarsbrücke in die Hände einer Menge, die dabei große Verluste hatte, und wurden niedergebrannt. Aus diesen Zielpunkten eines Teiles der Aufständischen spricht ja nun so etwas wie politischer Instinkt. Aber politische Ueberlegung, ein wirkliches Ziel fehlte doch so gänzlich, daß der Ausgang von vornherein feststand, zumal der Wunsch zu plündern, ja, sich bloß toll und voll zu saufen, das Auffälligste bei den Gordonkrawallen war, deren Namensvater übrigens mit den Unruhen gar nichts zu tun hatte und deshalb auch hernach von der Anklage des Hochverrats freigesprochen werden mußte. Am 7. Juni bekam die bewaffnete Macht, durch reguläre Truppen und Milizen aus der Nachbarschaft verstärkt, entschieden die Oberhand, am 8. hatten die Krawalle ein Ende. 285 Teilnehmer waren getötet worden, 21 wurden gehängt.

Zu der Zeit, als die Gordonkrawalle stattfanden, konnte schon seit einem Menschenalter von der Gefahr einer absolutistisch-papistischen Reaktion nicht mehr ernstlich die Rede sein. Als 1715 nach der Thronbesteigung Georgs I. die Fahne der legitimistischen Rebellion in England erhoben wurde, glänzten die ultrakonservativen Landjunker in ihrer Masse durch Abwesenheit, obwohl das ganze Torytum wegen der eben erfolgten Monopolisierung der Staatskrippe durch die Whigs aufs schwerste gereizt war. Wenn sich also die jakobitischen Junker größtenteils dem Aufstande von 1715 fernhielten, so ist dies sicher nicht auf Mangel an persönlichem Mut zu schieben. Das war nicht der Fehler dieser Herren. Sondern sie fanden ganz offenbar, daß doch verschiedenes zu überlegen sei, ehe man sich Papismus und Absolutismus auf den Hals lade, daß schließlich Whigs und Hannoveraner doch ein kleineres Uebel sein könnten als Papisten und papistische Stuarts. Jedenfalls in den meisten Grafschaften Englands regte es sich so gut wie gar nicht. Bloß in dem rückständigen Norden mit seinen zahlreichen Katholiken kam es zu einer nennenswerten Erhebung. Und selbst hier wäre die Zahl der kämpfenden Jakobiten unter Forster und Derwentwater überaus geringfügig gewesen, wenn sie nicht Verstärkungen erhalten hätten aus dem Nachbarlande nördlich des Tweed, aus Schottland, wo starke Neigung zur Rebellion bestand: aber auch nur zum geringsten Teil aus jakobitischer Ueberzeugung. Den eigentlichen Kern zu dem ganzen englisch-schottischen Aufstand von 1715 gaben die schottischen Hochlande her, wo der Lord Mar im September zuerst die royalistische Schilderhebung ins Werk setzte. Die kriegerischen Neigungen der hochländischen Clans aber hatten schlechterdings nichts mit dem jakobitischen Legitimismus zu tun, um so mehr mit Raublust und der Feindschaft gegen diejenigen Clans, die sich gerade auf seiten der Regierung befanden.

Zu den aufständischen Hochländern stieß nun auch zahlreicher Zuzug aus den schottischen Tieflanden und auch ein Teil der südlichen Grafschaften schloß sich der Erhebung an. Hier herrschte großes Mißvergnügen, seitdem im Jahre 1707 die

Marriage-A-la-Mode, (Plate I.)

382. Die Heirat nach der Mode

Symbolischer Kupferstich von William Hogarth. 1745

Vereinigung von Schottland und England zur Durchführung gelangt war. Die öffentliche Meinung Schottlands war vorwiegend gegen die Union gewesen. Der schottische Adel sah voraus, daß er seine Bedeutung größtenteils einbüßen werde, in den Städten wollte man nichts von den englischen Handelsgesetzen wissen, überall war man den englischen Zöllen und Akzisen abgeneigt. Trotz aller Opposition hatte das schottische Parlament die Union angenommen, vornehmlich infolge von ausgiebigen Bestechungen. Große Unzufriedenheit mit der Einverleibung in England blieb aber lange Zeit bestehen. Besonders die schottische Aristokratie fand sich großenteils degradiert und war deshalb geneigt, sich an der Erhebung zu beteiligen, weniger weil sie jakobitisch war, als weil sie darauf abzielte, die Union rückgängig zu machen. Der Aufstand wurde rasch niedergeworfen. Am selben Tage, wo die englischen Jakobiten in Preston (Lancashire) zur bedingungslosen Uebergabe gezwungen wurden, erlitten die schottischen Aufständischen unter Lord Mar auf dem Sheriff-Muir eine Niederlage (13. November 1715). Demnächst erschien zwar noch der Prätendent, Jakob III., auf schottischem Boden, seine Tätigkeit bestand aber im wesentlichen bloß darin, daß er sich zum Könige krönen ließ. Dann machte er sich aus dem Staube und ließ seine Anhänger in der Patsche. Es folgte die Gerichtskampagne, eine Anzahl von Hinrichtungen und zahlreiche Deportationen.

Dreißig Jahre später kam es zu einem neuen Jakobitenaufstand, der sich zeitweilig günstiger anließ, obwohl er faktisch viel aussichtsloser war als der von 1715. Jakob III., wie er sich noch immer nannte, erschien diesmal nicht in eigener Person; sein jugendlicher Sohn Karl Eduard unternahm es, der jakobitischen Bewegung als Führer zu dienen.

Ein erster Landungsversuch, den Karl Eduard im Jahre 1744 unternahm, schlug von vornherein infolge eines schweren Sturmes fehl, der ihn von der englischen Küste zurückwarf. Wäre dies Naturereignis aber auch nicht eingetreten und hätte ferner Karl Eduard ein Zusammentreffen mit der englischen Kanalflotte glücklich vermieden, seinen Fuß also auf englischen Boden setzen können, so läßt sich mit Sicherheit sagen, daß seine Schilderhebung ebenso hätte fehlschlagen müssen, wie später das Abenteuer von 1745 unglücklich ausgelaufen ist, obwohl er 1744 mit bedeutender Macht unterwegs war, während er im folgenden Jahre nur ein paar Mann mitbrachte. Aber die Streitmacht von 1744 bestand aus französischen Truppen. Und das französische Kabinett unterstützte das konterrevolutionäre Unternehmen des jungen Stuart bloß deshalb, weil es sich im österreichischen Erbfolgekrieg einer englischen Armee in den Niederlanden gegenüber befand und den Wunsch hatte, die Briten mit einer Diversion zu überraschen, die ihnen im eigenen Lande zu tun gab. So wenig nun auch Englands Teilnahme am Erbfolgekrieg in England populär war — Hannover wurde der Abgrund genannt, der die englischen Reichtümer verzehre; ein hungriges, unfruchtbares Kurfürstentum werde durch die britischen Schätze bereichert —, darüber kann doch kein Zweifel sein, daß die politisch interessierten Engländer in ihrer ungeheuren Mehrzahl sich gerade so gut bedankt hätten, von der Regierung in Versailles einen König von Gottes oder vielmehr Frankreichs Gnaden aufgedrängt zu bekommen, wie im Jahre darauf die öffentliche Meinung nichts davon wissen wollte, die Verfügung über den englischen Thron den schottischen Hochländern zu überlassen.

Mit diesen alten Bundesgenossen der Stuarts versuchte es Karl Eduard, als er 1745 auf legitimistische Abenteuer auszog. Es gelang ihm, an der schottischen Nordwestküste zu landen. Rasch sammelte sich eine Anzahl von Clans um ihn, die mit anderen gälischen Stämmen verfeindet waren, die gerade die Gunst der englischen Regierung genossen. Wenn aber der englische Befehlshaber in Schottland, General Cope, nicht ganz ungewöhnliche Unfähigkeit bewiesen hätte, so wäre die Erhebung sicher auf einen engen Bezirk in den Hochlanden beschränkt geblieben und im Keime erstickt worden. Bei der unglaublichen Taktik Copes aber kam es dahin, daß immer mehr Clans, teils durch die alte Feindschaft gegen die anderen Clans, teils durch Hoffnung auf reiche Beute in den schottischen Lowlands gespornt, unter die jakobitische Fahne traten, und daß Karl Eduard sich im September der Hauptstadt Edinburg ohne Widerstand bemächtigen konnte; erst ein paar Tage danach kam es zu einem ernstlichen Kampf mit Copes Truppen, bei Preston Pans, wo die Engländer von den Gälen total zusammengehauen wurden. Trotz dieses militärischen Erfolgs fand der Stuart in den Lowlands keinen nennenswerten Zulauf: bloß eine Anzahl jakobitischer Adliger mit ihren Hintersassen verstärkten seine Streitmacht. Dabei waren seine Ratgeber klug genug gewesen, in den öffentlichen Kundgebungen Karl Eduards die Sache so darzustellen, als wenn es sich in der Hauptsache darum handle, die Union mit England rückgängig zu machen, und die schottische Selbständigkeit wiederherzustellen. Aber so wenig beliebt auch das Londoner Regime in Schottland war, so wenig trug man doch nach einer papistisch-absolutistischen Regierung Begehr, die sich mit Hilfe der holländischen Viehdiebe etablieren wollte: das hieß ja den Teufel mit Beelzebub austreiben.

383. Oeffentliche Auspeitschung eines Verurteilten

Erst recht befürchtete man natürlich in England aus dem Regen in die Traufe zu kommen, wenn an die Stelle des Hauses Hannover das Haus Stuart trete. Als Karl Eduard in den letzten Monaten des Jahres 1745 die Tollkühnheit besaß, mit einigen 5—6000 Mann nach England einzudringen, mit dem Marschziel London, fand er zwar zunächst von seiten der Bevölkerung keinen aktiven Widerstand, freilich auch keine Unterstützung: bloß ein paar hundert Mann

ließen sich auf englischem Boden für die legitimistische Sache anwerben, ohne Zweifel durch das Handgeld verlockt; von irgendwelchem jakobitischen Adel war gar nichts wahrzunehmen. Und wenn im ersten Augenblick vielfach noch die Abneigung gegen die Hannoveraner, die korrupte Parlamentswirtschaft, die Schuldenmacherei, den Steuerdruck den alten Haß gegen Papismus und Despotismus überwogen hatte, so mußten die Parteigänger Karl Eduards doch bald merken, daß die Massen weder in den Städten noch auf dem Lande etwas von ihnen wissen wollten. Die Proklamation Karl Eduards fand keinen Anklang; man glaubte seinen Beteuerungen nicht, daß von Absolutismus keine Rede sein, ein freies Parlament alles regeln solle. Umsonst appellierte er an den Unwillen über die Steuer- und Schuldenlast, zumal er aus taktischen Gründen nicht die Aufhebung der Nationalschuld versprach, sondern die Entscheidung dieser Frage dem zu wählenden Parlament überlassen wissen wollte. Die bloße Möglichkeit aber einer Repudiierung der Staatsschuld trieb allein schon die ganze besitzende Klasse in die Arme der Regierung.

Nach anfänglicher Panik kam Energie in die Abwehrmaßregeln gegen die Invasion. Unendlich überlegene Streitkräfte operierten von verschiedenen Seiten gegen Karl Eduards schottisches Häuflein. Bis Derby, 200 Kilometer von London, war sein kleines Heer Anfang Dezember 1745 vorgedrungen. Da kam die Mehrheit seines Kriegsrats zu dem Beschluß, daß es notwendig sei, unverzüglich den Rückzug anzutreten. Es gelang, sich nach Schottland durchzuwinden. Hier wurde noch im Januar 1746 über einen einzelnen englischen Heerhaufen bei Falkirk ein Sieg davongetragen. Darauf folgte aber bei Culloden am 16. April 1746 die Entscheidungsschlacht. Die englischen Streitkräfte unter dem Herzog von Cumberland brachten den Hochländern eine vernichtende Niederlage bei. Karl Eduard entkam vom Schlachtfeld und nach romantischen Fluchtabenteuern auch aus Schottland. Er hat dann noch bis zum

384. Oeffentliche Gerichtssitzung

Jahre 1788 auf dem Kontinent gelebt, schließlich total dem Trunk verfallen. Nach dem Tode seines Vaters nannte er sich König Karl III. Nach seinem Tode führte sein jüngerer Bruder, der römische Kardinal York, den leeren Königstitel Heinrich IX. Das war seit Culloden bloße Spielerei. Eine ernstliche jakobitische Partei existierte seit der Rebellion von 1745 nicht mehr. Eine heftige Repression folgte auf die Niederlage der Jakobiten. Zahlreiche Kampfgefährten Karl Eduards wurden nach dem Krieg hingerichtet. Besonders aber wurden in Schottland Verhältnisse geschaffen, die den Ausbruch eines neuen Jakobitenaufstandes in diesem ehemaligen Rückhalt der Stuarts ausschlossen.

„Es gibt", schreibt einmal Schottlands großer Romandichter Walter Scott, „keine Nation in Europa, die innerhalb des Verlaufs von einem halben Jahrhundert, oder wenig mehr, eine so vollständige Umgestaltung erfahren hat, wie dies Königreich Schottland . . ." In der Tat ist zwischen dem halb feudalen, halb kommunistischen Schottland noch des ausgehenden siebzehnten Jahrhunderts und dem neuen Schottland, das sich seitdem gebildet hat, ein Unterschied wie zwischen Tag und Nacht. Die Umwälzung begann bald nach der „glorreichen" Revolution. Als ihr Wesen wird gewöhnlich nur die rapide Entwicklung von Handel und Industrie gerühmt, als ihr erstes Zeichen demgemäß die Gründung der Bank von Schottland (1695) betrachtet. Im selben Jahr wurde von Schottland aus auch schon der Versuch gemacht, eine Kolonie in Amerika zu begründen, was aber bald infolge der englischen Eifersucht fehlschlug. 1698 konstatiert der schottische Republikaner Fletcher of Saltonn, daß alle Gedanken und Neigungen der schottischen Nation auf einmal in unerklärlicher Weise auf Handel und Gewerbe hingelenkt seien.

In schnelleren Fluß kam die neue Entwicklung aber erst von 1707 ab, seit der Union mit England. Dadurch eröffnete sich für Schottland der englische Markt, von dem es bisher durch die Prohibitivzölle, und der Kolonialmarkt, von dem es durch die Navigationsakte abgeschnitten waren. Bis dahin hatten nur die Häfen an der schottischen Ostküste einen einigermaßen bedeutenden Handel gehabt, hauptsächlich mit den Niederlanden. Die Westküste dagegen war ohne nennenswerte Schiffahrt; denn der große Umweg um die ganze Insel herum schloß sie vom europäischen Handel, die Navigationsakte vom Kolonialhandel aus, auf den sonst ihre Lage sie gewiesen hätte. Von 1707 ab fiel dieses Hindernis; Glasgow und Greenock wuchsen mit großer Schnelligkeit zu bedeutenden Plätzen für den Kolonialhandel an. Bald verfügten die schottischen Händler auch über ein heimisches Industrieprodukt, das nach den Kolonien und auch nach England eingeführt werden konnte und immer wachsender Nachfrage begegnete. Das war schottische Leinwand. In Glasgow wurde sie seit 1725 manufakturmäßig fabriziert. Das Garn kam vom Lande, wo es von den Frauen allgemein gesponnen wurde. Durch die Leinenindustrie wurde auch Paisley, bis dahin nur ein Dorf mit einer einzigen Straße, zu einem bedeutenden Industrieplatz. Allein zwischen 1728 und 1738 hat sich die schottische Leinenausfuhr mehr als verdoppelt. Im ersteren Jahr betrug der Ueberschuß von Leinwand, der nicht in Schottland konsumiert wurde, 2 183 978 Ellen, 1738 schon 4 666 011 Ellen. Lobend bemerkt ein Reiseschriftsteller 1732, daß die Leinenindustrie alle Frauen, von den höchsten bis zu den niedrigsten, beschäftigt halte,

und Defoe rühmt der wachsenden Nachfrage nach schottischem Leinen die Wirkung nach, daß es hinfort den Armen nicht an Beschäftigung fehlen könne.

Nur diese Lichtseite existiert für die liberalen Lobredner der kapitalistischen Entwicklung, nicht dagegen auch die Schattenseite, die davon unzertrennlich ist. Die gleichzeitige Expropriation der Volksmasse — davon schweigt des Sängers Höflichkeit, und doch war diese Enteignungsprozedur in Schottland nicht weniger Voraussetzung des Aufschwungs von Handel und Industrie als in England, ja, sie ist in Schottland noch viel akuter aufgetreten als in England. Die agrarische Revolution in der südlichen Hälfte Schottlands hat nur etwa soviel Jahrzehnte beansprucht, wie in England Jahrhunderte. Den Beginn der Umwälzung kann man von demselben Jahr datieren, in das die Gründung der Bank von Schottland und die Kolonisation von Darien fällt. 1695 erließ das schottische Parlament ein „Gesetz, betreffs Land, das Run-rig liegt". Run-rig hieß in Schottland die Gemengelage der Aecker, verbunden mit der gemeinsamen Nutzung des Weidelandes als Almende. Das Gesetz von 1695 nun bezweckte die Beseitigung der Feldgemeinschaft; es ordnete an, daß auf Verlangen eines Beteiligten Gemeinheitsteilungen vorzunehmen seien. Der Pferdefuß kommt dadurch zum Vorschein, daß besondere Rücksichtnahme auf die Besitzer der Herrenhäuser vorgeschrieben wird. Ihnen soll der Teil des Landes zugewiesen werden, der für ihre Wohnungen am bequemsten liegt: „und dies soll auf die anderen berechtigten Anlieger nicht anwendbar sein." Womit dann die Möglichkeit gegeben war, dem Landlord das ganze Ackerland, den Bauern ein wertloses Stück Wildnis anzuweisen und sie so faktisch zu expropriieren.

Expropriation sans phrase wurde dann die Tagesordnung in den Lowlands, als sich mit der Union der englische Markt für schottisches Vieh öffnete. Besonders die Schaffarmen griffen nun um sich, und wie in England fraßen die Schafe Menschen. Bauernaustreibungen in großem Stil gingen vor sich. Als Beispiel möge die Landschaft Galloway im südwestlichen Schottland dienen. Hier machte im Jahre 1724 Sir Thomas Gordon den Anfang, indem er sein „Eigentum" mit einer Steinmauer von vier Meilen Länge einzäunte. Alsbald folgten eine Anzahl anderer Grundherren mit ausgedehnten Einhegungen. Das Land war mit Kleinbauernstellen übersät, die nun mit einem Schlag weggefegt wurden. Die gelegten Bauern ließen sich das aber nicht stillschweigend gefallen, sondern erhoben sich gegen die Landräuber. An der Spitze der Bewegung stand ein Bergprediger, der die Landlords heftig angriff, weil sie durch die Einzäunungen zu ihrem ausschließlichen Eigentum machten, was dem Volk gemeinsam gehören sollte. Ueber fünfhundert Bauern durchzogen im April und Mai 1724 die Gegend, machten die Steinmauern dem Erdboden gleich — daher wurden sie Levellers genannt — und töteten das Vieh der Gentlemen. Der Aufruhrakte, die ihnen vorgelesen wurde, setzten sie den alten Covenant entgegen. Das Ende vom Liede war natürlich, daß Militär in Galloway erschien und die Aufständischen zerstreute, von denen eine Anzahl ins Gefängnis wandern mußten wegen ihrer Verbrechen gegen die — Heiligkeit des Eigentums. Zur Zeit der Rebellion von 1745 war selbst im zurückgebliebensten Teil des schottischen Südens, in den „Borders", den gebirgigen Grenzgebieten gegen England zu, der Enteignungsprozeß in der Hauptsache vollendet.

Dagegen hatte er zu dieser Zeit in der größeren nördlichen Hälfte des Landes, in den Hochlanden, noch gar nicht begonnen. Das Clanwesen der dortigen Gälen erschien den englisch sprechenden Zeitgenossen als ein ganz abscheulicher Ueberrest vorsintflutlicher Barbarei. Insofern ja nicht mit Unrecht, als die Hochländer den „Sachsen" in Friedenszeiten bestenfalls als Viehhändler, viel häufiger aber als Viehdiebe und als Erpresser von Schutzgeldern gegen Viehdiebstahl, in Kriegszeiten aber als ein erbarmungsloser Feind und obendrein als gefährliche Bundesgenossen der Absolutisten aus dem Hause Stuart nähertraten. Darum ist es erklärlich, wenn die englischen Schriftsteller noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts die Gälen nur mit Haß und Verachtung betrachten, nichts als Vagabunden, Räuber und Mörder in ihnen erblicken. Diese Charakteristik war indes höchst einseitig und ungerecht, weil sie die Gälen nur nach ihrem Verhalten zu Sachsen und zu Stammesfremden beurteilten, ohne die Eigenschaften zu berücksichtigen, die im Stammesleben der Hochländer zutage traten. Was über das Gebiet des eigenen Clans hinauslag, galt dem Gälen nicht nur als Ausland, sondern meistenteils als Feindesland, gegen dessen Einwohner er seit Urväterzeiten her die Pflicht der Blutrache, das Recht des Plünderns ererbt hatte.

Ganz andere Eigenschaften aber entfaltete der Hochländer im Bereich des Gebirgtals, wo der Clan hauste, dessen Namen er trug. Hier war er ein Muster aller sozialen, aller kommunistischen Tugenden. Nach dem einstimmigen Zeugnis der zuverlässigsten Quellen war der Durchschnittshochländer egoistischen Beweggründen unzugänglich, ging mit seinem ganzen Sinnen und Trachten vollständig im Clan auf. „Kein Hochländer dachte jemals an sich selbst als ein Individuum", schreibt eine gälische Schriftstellerin des ausgehenden 18. Jahrhunderts: „In den unbedeutendsten sowohl wie in den ernstlichsten Angelegenheiten fühlte er sich als einer von vielen, die durch die dauerhaftesten und teuersten Bande zusammengekettet waren . . ." Der urwüchsige Kommunismus, der die Voraussetzung dieser waldursprünglichen Sittlichkeit war, ging teilweise soweit, daß die Ackerarbeit gemeinsam vorgenommen und erst die Ernte unter die Einwohner eines Dörfchens aufgeteilt wurde. Wo das nicht geschah, wurde das Ackerland alljährlich unter die Familienväter neu verteilt, und die Weide wurde unter allen Umständen gemeinsam benutzt. Unter diesem Naturvolk gab es noch keinen Gegensatz von reich und arm, hoch und niedrig. Die Dorfältesten und der Clanhäuptling waren nicht etwa bevorrechtet, eine herrschende Schicht höherer Ordnung oder gar Herren des Clanlandes, sondern gewählte Funktionäre der Dorf- bzw. Clangenossen. Ueber alle wichtigeren Angelegenheiten des einzelnen Dorfs entschied die Versammlung der Dorfbewohner unter Vorsitz des Aeltesten, über die des ganzen Clans die Aeltestenversammlung.

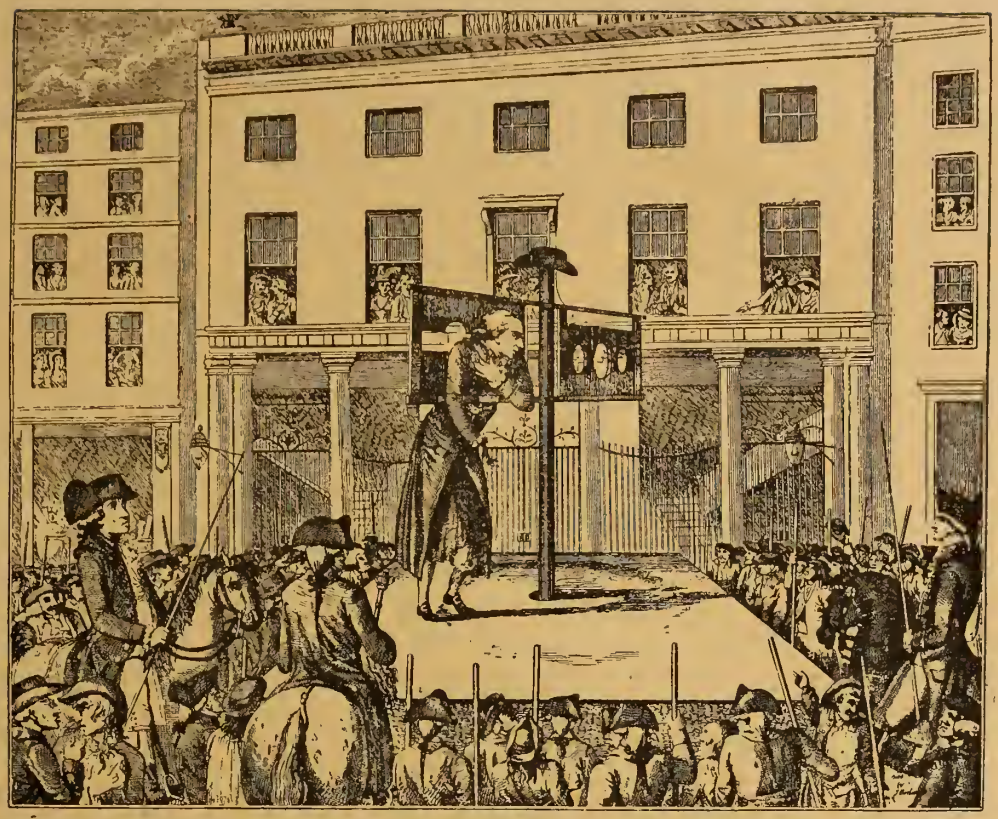
Kurz, in den unzugänglichen Gebirgen Schottlands bestand noch im 18. Jahrhundert der urwüchsige Kommunismus und die urwüchsige Demokratie der Gentilverfassung unversehrt — ein Gesellschaftszustand, der überall an der Schwelle der Kulturentwicklung nachzuweisen, anderswo aber hier und da schon so früh durchbrochen worden ist, daß die Erinnerung daran die Form des Mythus vom goldenen Zeitalter angenommen hatte. Wenn nun etwa die Hochländer ohne alle Zwischenstadien auf einmal in das moderne Zeitalter des Goldes versetzt werden

385. Der Politiker
Karikatur von William Hogarth

sollten, so war das ein Sprung, wie er sich größer oder geschwinder kaum denken läßt. Bald nach der Mitte des 18. Jahrhunderts läßt der schottische Nationalökonom James Steuart seinen „Machiavellisten" die Meinung begründen, daß die Hochlande für die Einführung des Schaffarmsystems vortrefflich geeignet seien. Er fügt aber hinzu, daß er keinen Menschen für fähig halte, in so unmenschlicher Weise zu denken, und meint, „die hier vorgeschlagene Revolution sei eine unmögliche Annahme, wenn sie plötzlich durchgeführt werden solle". Tatsächlich war diese Revolution, als Steuart schrieb, schon eingeleitet. Eingeleitet hatte sie gleich nach der Schlacht von Culloden die englische Staatskunst durch ihre Maßnahmen, um die Wiederkehr solcher Erhebungen der Barbarei gegen die Zivilisation unmöglich zu machen. Zunächst wurde eine systematische und durchgreifende Entwaffnung der Hochländer vorgenommen. Dann kam ein Gesetz, daß die „erbliche Gerichts-

barkeit" in den Hochlanden aufhob und von der juristischen Fiktion ausging, daß die gälischen Häuptlinge Feudalherren und Eigentümer des Clanlandes seien, auf dem die Clanleute nur als jederzeit legbare tenants-at-will sitzen sollten. Damit wurde den Häuptlingen die gesetzliche Handhabe gegeben, ihre Clangenossen zu berauben. Lust dazu wurde ihnen gemacht, indem man sie durch die großen Geldsummen korrumpierte, durch die sie für ihre angebliche „erbliche Gerichtsbarkeit" entschädigt wurden. Der Hunger nach Gold erwachte in den Häuptlingsfamilien und trieb sie bald dazu an, in ihren Clanverwandten Ausbeutungsobjekte zu sehen, die man ganz ungeniert melken konnte, weil sie ja nun wehrlos waren. Die Sache begann also mit Umwandlung der Naturalabgaben in eine Geldrente, mit deren rascher Erhöhung auf das 5—6 fache. Damit aber waren die nunmehrigen Landlords nicht lange zufrieden, sondern begannen in den sechziger Jahren auf das Schaffarmsystem als Mittel zu viel höheren Einnahmen zu verfallen. Die Schafe verdrängten natürlich Menschen in Menge, die teils das städtische Proletariat vermehrten, teils der britischen Regierung als geschätztes Kanonenfutter dienten, teils übers große Wasser nach Amerika gingen. Welche Dimensionen die Revolution in den Hochlanden schon im dritten Viertel des 18. Jahrhunderts angenommen hatte, zeigt die Tatsache, daß allein in den drei Jahren von 1772—1774 über 30 000 Hochländer nach Amerika ausgewandert sind. Hier langten zur gleichen Zeit noch aus einem anderen Teil der britischen Inseln große Scharen ausgetriebener Kelten an.

Damals fanden nämlich auch in dem unglückseligen Irland Pächteraustreibungen auf großer Skala statt. Das war dem irischen Volk mit dem schottischen wie auch mit dem englischen gemeinsam. Im übrigen aber ging es den keltischen Bewohnern der grünen Insel noch unvergleichlich viel schlechter als denen der schottischen Hochlande. Es war gewiß für die Gälen ein geringer Trost, daß sie der Raubluft der eigenen Stammesgenossen überantwortet waren. Daß sie aber tatsächlich noch ganz anders malträtiert worden wären, wenn sie einer Bande von stammesfremden Eindringlingen hätten gehorsamen müssen, zeigt das Schicksal Irlands, seit es nach der Uebergabe von Limerick wieder unter dem Joche der Sassenach fronte. Unbekümmert um die Kapitulationsbedingungen machten die restaurierten Zwingherren, durch Rasse, Sprache, Sitten, Religion von den Unterworfenen getrennt, nicht nur ein Vergnügen, sondern geradezu ein Verdienst daraus, den Iren, den Wilden und vor allem den Papisten so tief zu erniedrigen, wie es irgend menschenmöglich war. Das geschah durch ein im Verlauf von Jahrzehnten ausgebautes System von einfach teuflischen Strafgesetzen gegen die Katholiken, alias die Kelten, das selbst ein Angloire des 18. Jahrhunderts, der sich später zu einem wüsten Reaktionär entwickelt hat, Edmund Burke, stigmatisiert hat als „eine Maschine von durchaus weiser und überaus feiner Erfindung, so vorzüglich zur Unterdrückung, Verarmung und Erniedrigung eines Volkes und zur Herabwürdigung selbst seiner menschlichen Natur geeignet, wie sie jemals von dem verderbten Scharfsinn eines Menschen erfunden worden ist". In der Tat, dies System von Strafgesetzen war so sorgsam ausgebaut, daß es den Kelten zu einem vollständigen Paria degradierte, dem sämtliche Staatsbürger und die Eigentumsrechte, ja, überhaupt alle Menschenrechte entzogen waren.

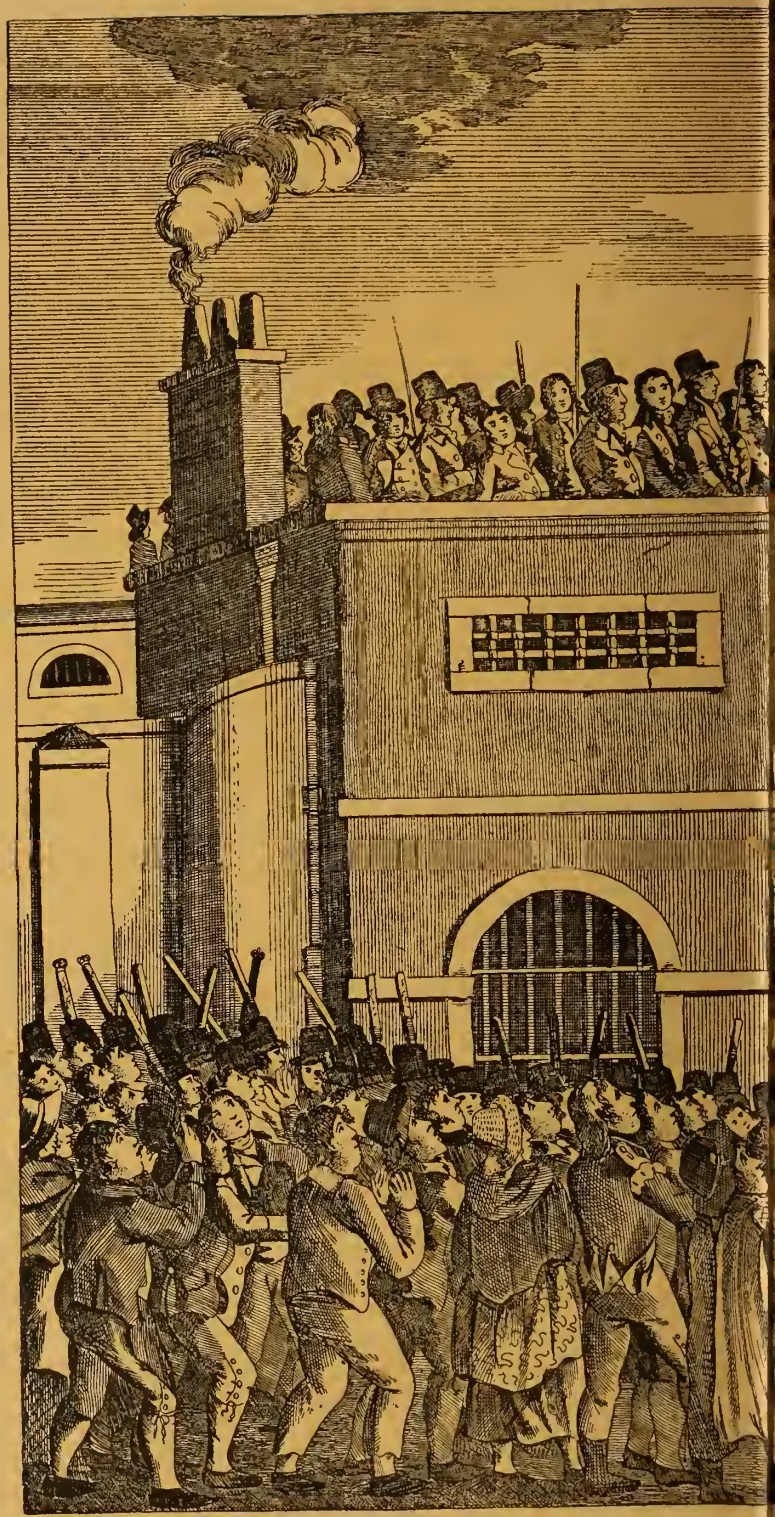


386. Prangerstehen

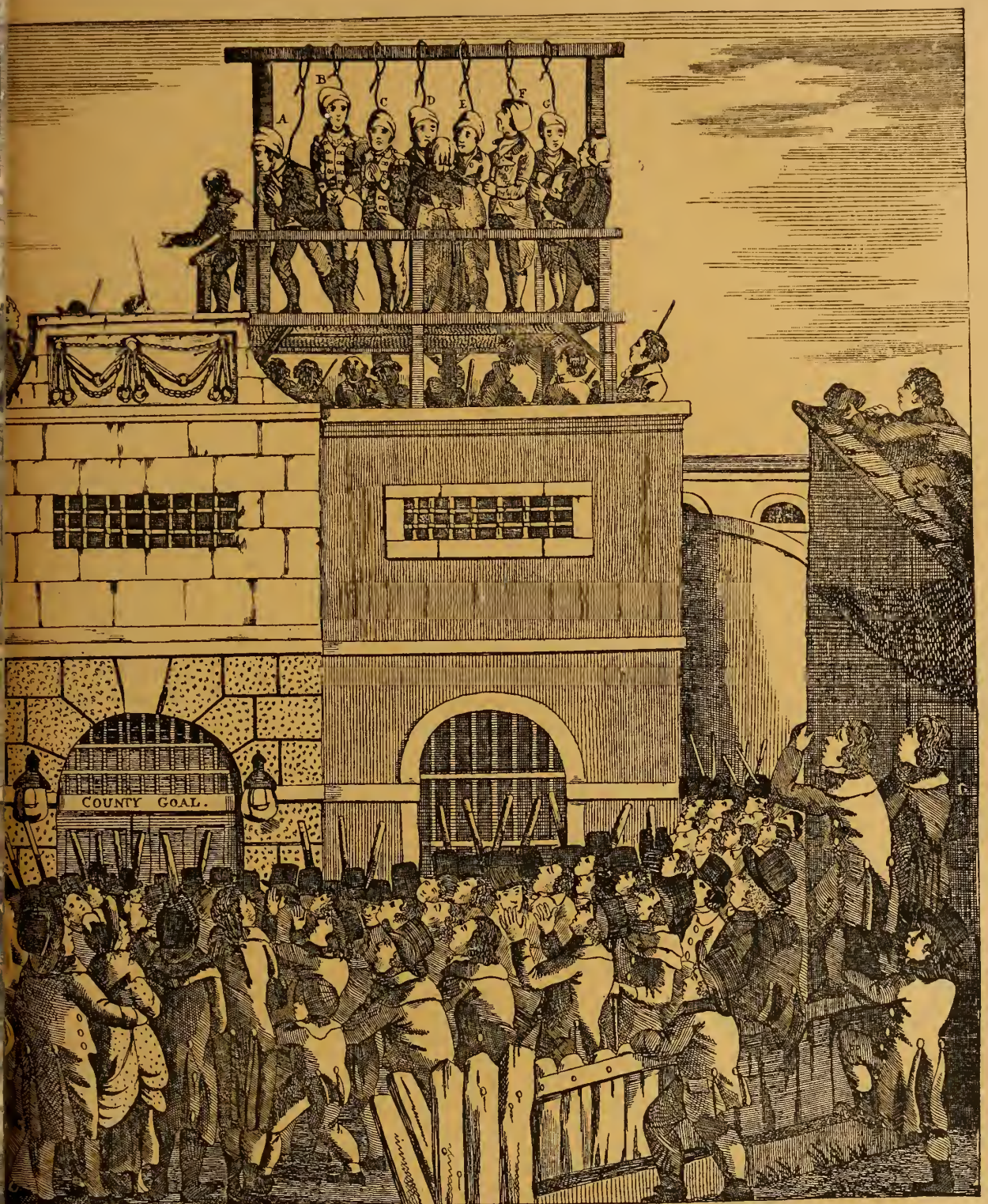
Damit noch nicht genug, hatte Irland nicht allein darunter zu leiden, daß es ein unterworfenes Land war, sondern auch noch darunter, daß es nicht vollständig unterworfen war. Wäre es wie Schottland organisch mit England vereinigt gewesen, so hätten die allgemeinen Gesetze von Großbritannien auch für Irland gelten müssen, hätten keine besonderen Gesetze für irische Verhältnisse geschaffen werden können. Der Schatten von Selbständigkeit, den Irland besaß, diente tatsächlich bloß dazu, das Joch der Fremdherrschaft zu verdoppeln. Das sogenannte Parlament in Dublin war so eingerichtet, daß es tatsächlich nur ein willenloses Werkzeug des englischen Parlaments war. Das war nun gleichbedeutend mit einer Unterwerfung Irlands nicht allein unter die Interessen der protestantischen Landräuber, sondern außerdem unter die Interessen der das englische Wirtschaftsleben beherrschenden Kreise. Was das hieß, davon sind bereits in der Restaurationszeit Fälle zur Sprache gekommen. Der Handelsneid der englischen Kapitalisten sorgte damals dafür, daß Irland vom Kolonialhandel ausgeschlossen wurde. Demnächst bewirkten die englischen Grundbesitzer, daß das irische Schlachtvieh nicht mehr auf den englischen Markt gebracht werden konnte, daß insbesondere die irischen Schafe nicht mehr übers Meer kamen.

Seitdem hatte man sich in Irland auf die Ausfuhr von Schafwolle, aber auch von Wollgeweben verlegt. Die Wollmanufaktur nahm einen gewaltigen

Aufschwung, so daß bald der Konkurrenzneid des englischen Wollkapitals wach wurde und nun, nach der glorreichen Revolution, auf Vernichtung des irischen Wettbewerbs sann. Im Jahre 1698 schlug das englische Parlament Lärm, indem eine gemeinsame Adresse beider Häuser an den König Maßnahmen gegen die irischen Tuche verlangte. Wilhelm III. antwortete unter dem 2. Juli 1698: er werde alles tun, was in seinen Kräften stehe, um der Wollmanufaktur in Irland den Mut zu benehmen. Die Folge war, daß vom 1. Januar 1699 ab die irische Wollmanufaktur vom englischen wie vom Weltmarkt vollständig abgeschnitten wurde, indem ein für allemal ein Exportverbot für irische Tuche erging, womit denn die Hauptindustrie des Landes einfach mit einem Schlage ruiniert war. Dazu kam im gleichen Jahr ein weiteres Gesetz, das den Export irischer Rohwolle bloß noch nach England gestattete. Es ist nicht nötig, die furchtbaren Folgen dieser brutalen Maßnahmen in Gestalt von Arbeitslosigkeit, Hungersnot, Verbrechen weiter auszumalen. Erwähnt sei nur noch, daß auch auf anderen Gebieten industrieller Tätigkeit mit Ausnahme der Leinenmanufaktur, die in den protestantischen Teilen der Insel zu Hause war, das englische Parlament sofort mit Ausfuhrverboten einschritt, wenn sich irischer Wettbewerb bemerkbar machte. Unter solchen Umständen war natürlich an eine gewerbliche Entwicklung des unglücklichen Landes nicht zu



387. Oeffentliche Hinricht



von „Verschwörern" durch den Strang am Ende des 18. Jahrhunderts

denken. Aber so tief war dies geknechtete Volk gesunken, daß es all das ohne einen Versuch ernstlicher Gegenwehr ertrug.

Indes begann sich nun der Oppositionsgeist unter den Protestanten zu regen, die unter den Handelsgesetzen ja auch zu leiden hatten; freilich nur ganz allmählich und schüchtern. Erst im Jahre 1720 fand unter ihnen eine glänzend geschriebene Broschüre über den Zustand der irischen Manufakturen einigen Anklang. Der ungenannte, aber wohlbekannte Verfasser forderte das irische Volk auf, den seinem Handel auferlegten tyrannischen Beschränkungen dadurch entgegenzutreten, daß es nichts konsumiere, was aus England stamme, insbesondere keine englischen Tuche, sondern ausschließlich irische Erzeugnisse verbrauche; nebenher legte er auch ein Wort für die überbürdeten irischen Pächter ein. Das Aufsehen, das die Schrift erregte, war groß genug, um die Regierung alsbald zu einer gerichtlichen Verfolgung des Druckers zu treiben. Es war jedoch nicht möglich, eine Geschworenenbank zusammenzubringen, die nach dem Willen der Regierung eine Verurteilung ausgesprochen hätte. Der Autor, Dechant Jonathan Swift in Dublin, war seitdem der populärste Mann Irlands. Das war aber auch der hauptsächliche Erfolg seiner Broschüre. Sein Boykottvorschlag hatte kein positives Ergebnis.

Zu einem solchen brachte es Swift erst einige Jahre später, als 1724 die Regierung einen gewissen Wood ermächtigte, eine große Menge Kupfergeld für den Umlauf in Irland herzustellen. Es war ein niedliches Stückchen schamloser Korruption bei der Sache. Die Münzen waren, wie bei Scheidemünzen üblich, weit unter ihrem Nominalwert, und den Ueberschuß steckte zum Teil jener Wood ein, während er den anderen Teil der Herzogin von Kendal, einer Mätresse des Königs, abgeben mußte, worin denn die Basis des ganzen Geschäftes lag. Indes weniger dieser schamlose Schwindel entfesselte heftigen Widerspruch im irischen Volk als die irrige Annahme, daß das minderwertige Kupfergeld eine Erhöhung aller Warenpreise zur Folge haben müsse, was Scheidemünzen bekanntlich nicht bewirken können. Dies wird wohl auch Swift, als einem Mann von der allerhöchsten Bildung, nicht unbekannt gewesen sein. Er nahm aber keinen Anstand, seinerseits das populäre Vorurteil gegen die Sache zur flammenden Entrüstung anzufachen, um auf diese demagogische Manier das irische Volk zur Opposition nicht allein gegen diese spezielle Maßregel, sondern gegen das ganze System der englischen Herrschaft zu vereinigen. Swifts wiederum anonyme „Briefe eines Tuchhändlers“ hatten einen riesigen Erfolg. Der gegen den Drucker angestrengte Prozeß mußte wegen der ungeheuren Aufregung des Volkes fallen gelassen, ja, schließlich aus dem gleichen Grunde das Woodsche Patent zurückgenommen werden.

Das genügte Swift aber nicht. In seinem vierten Briefe hatte er es unternommen, die Erbitterung der Massen über diesen Einzelfall in die weitere Bahn einer großen nationalen Bewegung überzuleiten. Er beklagt da die Schwäche und Unterwürfigkeit der Iren: „Ein Volk, das lange Unterdrückungen duldet, verliert allmählich die wahren Begriffe der Freiheit, es betrachtet sich selbst als Geschöpf der Gnade und alle ihm von starker Hand auferlegten Beschränkungen, nach der Redeweise der Rechtsverdreher, als gesetzmäßig und verbindlich.“ Demgegenüber verficht Swift die Unabhängigkeit Irlands und die rechtliche Nichtigkeit aller Maßregeln, welche ohne Einwilligung des irischen Volkes erfolgen; denn „eine

Regierung ohne Zustimmung der Regierten ist nach Begriff und Wesen nichts anderes als Sklaverei". Mit der Auflehnung gegen diese Sklaverei ging es nun Swift nicht schnell genug. Es ist ja eine alte Wahrheit, daß eine Bewegung, die nur der Entrüstung über einen bestimmten Skandal entspringt, schnell emporflutet, aber auch bald wieder verebbt, während eine dauernde Bewegung mit allgemeinen, umfassenden Zielen der Zeit bedarf, um sich zu entwickeln und zum Siege zu gelangen. Dem stürmischen Swift aber gingen die Samenkörner, die er gestreut, nicht schnell genug auf, und er verzweifelte schließlich ganz daran, daß dem irischen Volke noch eine bessere Zukunft beschieden sein könne.

388. Englisches Modebild um 1780

Wie ihm das gegenwärtige Irland in seinen letzten Jahren erschien, spricht er programmatisch in ein paar Versen aus, die er im Jahre 1745 in sein Taschenbuch schrieb, als ihm bei einer Spazierfahrt durch Dublin ein Neubau als „das Pulver- und Waffenmagazin für die Sicherheit der Stadt" bezeichnet wurde:

„So erweist sich klärlich unsres Volks Verstand,
Darin spricht sich Irlands Witz aus:
Nichts Verteid'genswertes blieb in unsrem Land,
Wir aber bau'n ein Zeughaus."

Derselbe Swift hat in seinem größten Werk, in „Gullivers Reisen" (1727), den englischen Gesellschaftszustand seiner Zeit in meisterhafter Weise gezeichnet. Es ist ein ungeschmeicheltes Bild der damaligen englischen Verhältnisse, wie sie sich im Geist eines hochgebildeten, freiheitlich gesinnten und menschlich denkenden Zeitgenossen spiegelten. Da erscheint dies liberale Musterland der „glorreichen Revolution" in scharfen Umrissen, die einen nichts weniger als glorreichen Eindruck machen. Hier muß es genug sein mit der Wiedergabe einer kurzen Stelle aus dem vierten Teil, wo Kapitän Gulliver sich bestrebt, einem der Houyhnhams, zu denen er auf seinen Fahrten durch alle Weltteile schließlich gelangt, von Englands Wirtschaftsverfassung eine Vorstellung zu geben. Das ist kein kleines Stück Arbeit; denn diese genügsamen und edlen Wesen wissen nichts von Geld, Geldgier, Ausbeutung, sondern sind der naiven Anschauung, daß alle Geschöpfe gleichmäßig ein Anrecht auf ihren Anteil an den Erzeugnissen der Erde hätten. „Worauf ich mir viel Mühe gab, ihm den Zweck des Geldes klar zu machen, den Stoff, woraus es gemacht wird, und den Wert der Metalle. Wenn ein Yahoo (d. h. ein Engländer) einen großen Vorrat dieser wertvollen Substanz in seinem Besitz hat, so ist er in der Lage, sich alles zu kaufen, was sein Herz begehrt, die feinste Kleidung, die vornehmsten Häuser, ausgedehnte Striche Landes, die

kostspieligsten Speisen und Getränke, und er kann unter den schönsten Frauen seine Auswahl treffen. Da also Geld allein imstande ist, alle diese Kunststücke zu vollbringen, so glauben unsere Yahoos, sie könnten nie genug davon zu verausgaben oder zu sparen haben, je nachdem sie durch natürliche Anlage zur Verschwendung oder zur Habgier neigen. Der Reiche genießt den Ertrag der Arbeit des Armen, und die letzteren sind im Verhältnis zu ersteren wie tausend zu eins. Die große Masse unseres Volkes ist gezwungen, im Elend zu leben und alle Tage für niedrige Löhne zu arbeiten, damit einige wenige in Fülle leben können."

Das ist ein strenges, aber gerechtes Urteil über den Kapitalismus jener Zeit — und auch der unseren. Sonst aber haben sich die Zeiten derart geändert, daß heute eine bessere Ordnung der Dinge von Millionen Menschen erstrebt wird, während damals selbst ein Swift pessimistisch für ausgeschlossen hielt, daß es je anders werden könne.

XVI.

Die englische Kolonialpolitik und die amerikanische Revolution.

Rückblick auf die Geschichte der ostindischen Kompagnie. — Vereinigte ostindische Kompagnie. — Clives Konquistadorentätigkeit in Indien. — Ausplünderung von Bengalen. — Warren Hastings' indische Heldentaten. — Sein Prozeß in England. — Expropriierung der indischen Bauern. — Die amerikanischen Kolonialkriege. — Zustände in den amerikanischen Kolonien. — Koloniale Wirtschaftsgesetze des englischen Parlaments. — Beginnender Widerstand der Amerikaner. — Der amerikanische Schmuggel. — Der Kampf um die Stempelakte. — Amerikanischer Boykott gegen englische Waren. — Zurücknahme der Stempelakte. — Neue Zölle für Amerika. — Heftiger Widerstand. — Neuer Boykott. — Zurücknahme der neuen Zölle mit Ausnahme des Teezolls. — Fortdauer des Teeboykotts. — Bostoner Gemetzel. — Teeakte. — Bostoner Teesturm. — Englische Maßregeln gegen Boston und Massachusetts. — Allgemeiner Kongreß in Philadelphia. — Boykottbeschlüsse. — Vorbereitungen zum bewaffneten Widerstand. — Beginn des Revolutionskriegs: Treffen bei Lexington. — Belagerung von Boston. — Schlacht bei Bunker-Hill. — Einnahme von Boston. — Unabhängigkeitserklärung. — Die ewigen Menschenrechte. — England kauft bei deutschen Fürsten Kanonenfutter. — Englischer Vorstoß gegen Philadelphia. — Washingtons Siege bei Trenton und Princeton. — Amerikanische Niederlage am Brandywine. — Besetzung Philadelphias durch die Engländer. — Die ökonomischen Schwierigkeiten der Amerikaner. — Burgoynes Zug und die englische Kapitulation von Saratoga. — Englische Versöhnungsversuche. — Bündnis Frankreichs mit den Amerikanern. — Fortgang und Entscheidung des Kriegs. — Amerikanische Unabhängigkeit im Frieden anerkannt. — Die Verfassung der Union und ihre Vorgeschichte. — Anerkennung der Negersklaverei. — Rückwirkung der amerikanischen Revolution auf Europa.

Um die revolutionäre Rolle des englischen Kapitalismus im 18. Jahrhundert voll zu erfassen, darf man den Blick nicht ausschließlich auf dem engen Bereich der britischen Inseln haften, sondern muß ihn nach den fernen Räumen von Ost- und Westindien schweifen lassen. Die indischen Reichtümer, von denen das 16. und 17. Jahrhundert voll gewesen war, sie hatten auch im 18. Jahrhundert noch nichts von ihrer Zugkraft eingebüßt — wenigstens soweit Ostindien in Betracht kommt. Erst im 18. Jahrhundert wurden die ostindischen Schätze gründlichst gehoben durch jene englisch-ostindische Handelsgesellschaft, die Anno 1600 unter Königin Elisabeth begründet worden war. Wenn diese Kompagnie, ihrem offiziellen Titel zufolge, nach Ostindien „Handel" zu treiben vorgab, so war das in dem ersten Jahrdutzend ihres Bestehens eine äußerst gewagte Behauptung. Die Schiffe der Kompagnie getrauten sich zunächst noch gar nicht nach Ostindien, wo das portugiesisch-spanische Monopol bislang nur von den Holländern durchbrochen worden war, sondern beschränkten sich darauf, die mit indischen Waren beladenen Fahrzeuge der Dons zu leichtern.

Der Reingewinn bei dem Geschäft war ungeheuer, jährlich über 100 Prozent im Durchschnitt. So konnte das Kapital der Kompagnie von den anfänglichen 1 500 000 Mark im Jahre 1612 auf 8 Millionen erhöht werden. Und nun wuchs die Gesellschaft mit ihrem höheren Geldhaufen zu höheren Zwecken heran. Kühnlich drang sie seitdem mit wohlgewaffneten Flottillen nach dem gelobten Lande Ostindien vor, um nun wirklich mit den Untertanen des indischen Kaisers in Delhi, des Großmogul, direkte Handelsbeziehungen anzuknüpfen und bald durch eifriges Kriechen vor der orientalischen Majestät in die Stelle der meistbegünstigten Nation einzurücken.

Unter Karl I. zeitweilig zurückgegangen, konnte die Gesellschaft nach ihrer Reorganisierung unter Cromwell wieder Jahr für Jahr stattliche Dividenden verteilen, bis kurz vor Schluß des 17. Jahrhunderts die englische Regierung einen Schritt tat, der nicht allein den Profit, sondern auch das Kapital der Aktionäre mit jäher Vernichtung bedrohte. 1698 wurde der geldbedürftigen Regierung von einer Kapitalistengruppe ein Darlehen von 40 Millionen Mark angeboten; dafür sollte den Geldgebern ein ausschließliches Anrecht auf den ostindischen Handel erteilt werden. Die Regierung erteilte wirklich unter Ignorierung der älteren Rechte der bisherigen Gesellschaft einer neuen Kompagnie das Monopol — die alte schien verloren. Aber ihre Leiter wußten sie mit großer Gerissenheit über Wasser zu halten. Es gelang ihnen nämlich auf Schleichwegen, von dem vorgestreckten Kapital stark sechs Millionen mitzuzeichnen. Da nun die bezügliche Parlamentsakte nachlässig so redigiert war, daß nach ihrem Wortlaut alle Zeichner der Anleihe das Alleinrecht auf den indischen Handel hatten, ohne ausdrücklich zur Beteiligung an der neuen Gesellschaft verpflichtet zu sein, so war die alte Kompagnie gerettet und es bestanden nun zwei Gesellschaften gleichzeitig, die sich in dem nächsten Jahrzehnt mit allen Mitteln zu Tode zu konkurrieren strebten. Dadurch schließlich beide am Rande des Bankerotts angelangt, kamen sie zu der Ueberzeugung, daß, wie man heute sagt, eine Fusion das einzig Richtige sei: im Jahre 1708 schlossen sie sich zur Vereinigten Ostindischen Kompagnie zusammen, deren Kapital von 64 Millionen Mark sich aus Aktien à 10 000 Mark zusammensetzte: das Geschäft florierte nun bald wieder in hohem Maße.

Auf andere als rein geschäftliche Ziele hatte es die Kompagnie in den nächsten vier Jahrzehnten ihres Bestehens noch nicht abgesehen, obwohl sie tatsächlich auch schon zu den Funktionen einer souveränen Staatsgewalt genötigt war. Sie besaß an der Westküste von Vorderindien die Insel Bombay, an der Küste von Malabar hatte ihnen der Radscha von Tschandergerry 1639 gestattet, in Madras ein Fort anzulegen, und vom Großmogul waren sie 1700 mit einem Stück Land am Hooghly belehnt worden, auf dem sich seitdem Kalkutta zu entwickeln begann. Die britischen Händler sahen aber in diesen Pachtungen bis gegen Mitte des 18. Jahrhunderts bloß Stapelplätze ihres Handels, nicht Stützpunkte für weitausschauende Eroberungspläne. Der folgenschwere Uebergang zu solchen hatte zur Voraussetzung gewaltige Wandlungen in den inneren Verhältnissen Indiens und ward den Engländern durch den Vorgang einer konkurrierenden europäischen Macht nahe gelegt.

Etwa seit dem Tode Aurengzebs (1707) war aus dem Land des Großmoguls mehr und mehr ein Land der Nabobs geworden. Das Mongolenreich von

389. Hafenleben in London im 18. Jahrhundert

Delhi zerfiel. Allenthalben errangen Provinzialstatthalter — das heißt Nabob eigentlich — faktische Selbständigkeit. Der Oberherr in Delhi wurde immer mehr zum Schattenkönig und die Nabobs prügelten sich untereinander herum. Der Gedanke, die Zersplitterung Indiens zur Eroberung des Landes und zur Vertreibung der Konkurrenz auszunutzen, tauchte zuerst in den Köpfen der Franzosen auf, die ihre Hauptniederlassung in Pondicherry, südlich von Madras, hatten. Sie hatten zeitweilig im Dekhan große Erfolge zu verzeichnen; im Verlauf der fünfziger Jahre und des siebenjährigen Krieges gelang es aber den Engländern, den französischen Wettbewerb niederzukämpfen und die alleinige Anwartschaft auf die indische Beute zu erringen. Deren Einheimsung hatten sie inzwischen schon begonnen: in den Anfängen des siebenjährigen Krieges legten sie die Hand auf die Gangesprovinz Bengalen, den reichsten und dichtest bevölkerten Teil des Mogulreichs mit mindestens 30 Millionen Einwohnern.

Mit dem Nabob dieses Gebiets, Suradscha ed Daulah, hatte die Kompanie 1756/57 einen Krieg geführt und einen vorteilhaften Frieden geschlossen, der ihr Zollfreiheit in Bengalen zubilligte. Der englische Führer in diesem Feldzug, Oberst Clive, von Hause aus ein kaufmännischer Angestellter der Kompagnie, aber eine richtige Konquistadorennatur, war über das Arrangement mißvergnügt und wußte den englischen Autoritäten klarzumachen, daß man die Gelegenheit gleich zur Eroberung und Ausplünderung von Bengalen hätte wahrnehmen sollen. Auf Clives Veranlassung beteiligte sich die Kompagnie an einer Verschwörung gegen Suradscha ed Daulah, die auf eine Thronrevolution mit Hilfe englischer Truppen und also Ersetzung des bisherigen Nabobs durch eine englische Kreatur hinauslief; sein Oberbefehlshaber Mir Dschafir ward zu dieser ehrenwerten Rolle ausersehen. Nach sorgfältiger Einfädelung des Komplotts, wobei eine schwere Urkundenfälschung Clives eine wichtige Rolle spielte, warf er die Maske ab und drang mit Truppenmacht in Bengalen ein. Suradscha ed Daulahs Heer lief bei Plassey, wo am 23. Juni 1757 der Zusammenstoß erfolgte, infolge des Verrats der Befehlshaber gänzlich auseinander. Etliche Tage später ward Mir Dschafir als neuer Herrscher von Gnaden der ostindischen Kompagnie inthronisiert, der unglückselige Vorgänger in landesüblicher Weise umgebracht. Zu erledigen war noch die Aufteilung der Beute. Im ganzen hatte der neue Nabob als Preis für seine Erhöhung der Kompagnie und ihren obersten Beamten 50 Millionen an „Geschenken" versprechen müssen. Als erste Rate wurden 16 Millionen Mark nach Kalkutta geschafft. Clive selbst hatte das kleine Trinkgeld von $5\frac{1}{2}$ Millionen eingesteckt und ward demnächst noch von dem dankbaren Mir Dschafir mit einer jährlichen Rente von 600 000 Mark bedacht.

Die unersättliche Geldgier seiner christlichen Verbündeten wurde ihm aber schließlich doch zuviel und er sah sich bald nach einem Gegengewicht gegen die unerträgliche Last der britischen Vormundschaft um. Er knüpfte mit den Holländern, die nördlich von Kalkutta eine Faktorei hatten, Verhandlungen an, um sich ihren Beistand zu sichern. Aber Clive trieb den Holländern die Neigung, ihm ins Gehege zu kommen, dadurch aus, daß er sie im November 1759 greulich zusammenhauen ließ, obwohl tiefer Friede zwischen Holland und England war. Bald darauf verließ Clive Indien, nachdem er sich binnen drei Jahren ein Vermögen von

390. Das Haus der ostindischen Kompagnie in London im 18. Jahrhundert

20 Millionen zusammmengeräubert hatte, und kehrte nach England zurück, wo er von allen Mammonsanbetern jubelnd empfangen wurde. Der König ernannte ihn zum Lord Clive von Plassey, die Wähler schickten ihn ins Unterhaus, wo er mit seinem Geld eine ganze Clique um sich scharte. Niemand fragte danach, daß der Held des Tages bei Licht besehen ein ganz gemeiner Räuberhauptmann sei. Am meisten galt er natürlich bei den Aktionären der ostindischen Kompagnie, die in ihm den Vater des reichen Dividendensegens verehrten. Es konnte nicht fehlen, daß sie ihn zum Oberstkommandierenden in Bengalen und zum Statthalter ernannten, als von dort böse Kunde nach London kam.

Seit Clives Abgang war Bengalen zu einem Tohuwabohu geworden. Das Inszenieren von Thronrevolutionen, das sich 1757 so einträglich erwiesen hatte, gehörte jetzt zum regelmäßigen Geschäftsbetrieb der Kompagniebeamten. Bei jeder dieser Umwälzungen ward die Schatzkammer des gestürzten Nabobs rein ausgefegt, der Inhalt unter die Kompagniebeamten aufgeteilt, das unglückliche Hinduvolk jedesmal um viele Millionen geschröpft. Allein in den Jahren 1758—1766 haben die Engländer aus Bengalen an sogenannten „Geschenken" 120 Millionen Mark erpreßt. Das war aber noch nicht das schlimmste. Die Kompagniebeamten betrieben außer den überseeischen Handelsgeschäften der Kompagnie noch ihren eigenen, unerlaubten Privathandel. Küstenschiffahrt und Binnenverkehr hatten sie zu dem Zweck schließlich ganz für sich monopolisiert. Sie konnten die hilflosen Eingeborenen zwingen, billig zu verkaufen und teuer zu kaufen; denn Recht und Gesetz existierten für den Europäer nicht. Der Jammer der bengalischen Bevölkerung, die eine solche Tyrannei noch nie erlebt hatte, würde die Aktionäre und ihre Direktoren wenig gerührt haben; ihre höchste sittliche Entrüstung aber erregte, daß bei diesem ganzen Ausbeutungssystem für

die Kompagnie selber zu wenig abfiel. Seit die Kommis, zu politischen Machthabern geworden, sich daran gewöhnt hatten, Langfinger zu machen, war ihr Geldhunger immer größer geworden, so daß infolge allgemeiner, fortgesetzter und riesiger Unterschlagungen in die Kassen der Kompagnie schließlich fast nichts mehr gelangte. Während jeder Ostindienfahrer Scharen sogenannter „Nabobs" nach London brachte, Leute, die im Handumdrehen fürstliche Vermögen zusammengestohlen hatten, sanken die Dividenden der Kompagnie, drohte ihr der Bankerott.

Clive sollte Abhilfe schaffen, als er 1764 wieder nach Bengalen ging. Er richtete hier zunächst die unverhüllte Herrschaft der Kompagnie auf, indem er von dem Großmogul, der nun auch schon in englische Abhängigkeit geraten war, eine Urkunde erwirkte, wonach die Kompagnie das Recht auf alle Einnahmen von Bengalen erhielt. Das waren jährliche Bezüge von 60 Millionen Mark, wovon freilich fünf Millionen als Tribut an den Großmogul, zwölf als Pension an den Nabob abgingen. Die indische Nabobwirtschaft in Bengalen war zu Ende. Unmöglich war es aber auch für Clives rücksichtslose Energie, der englischen Nabobwirtschaft ein Ziel zu setzen. Er tat wohl sein möglichstes, um das Geschenkenehmen, den Privathandel und die ganze Diebswirtschaft der Angestellten zu unterdrücken. Kaum war er aber 1767 — und diesmal für immer — nach England unter Segel gegangen, als das ganze Spitzbübereisystem eine fröhliche Urständ erlebte und in ein paar Jahren grauenhafte Folgen zeitigte. Die Kompagniebeamten betrieben vor allem ein massenhaftes Aufkaufen von Reis mit großem Profit, zumal in Jahren der Dürre, wie 1770. Da schlugen sie denn das Hauptlebensmittel der Hindus zum Acht-, Zehn-, Zwölffachen des Einkaufspreises los. Ein Beamter, der im Jahr zuvor keine hundert Pfund besessen hatte, schickte 1 200 000 Mark nach London. Die Kehrseite der Medaille war eine schreckliche Hungersnot, der nicht weniger als acht Millionen Menschen zum Opfer fielen. Das mußte notwendig auch die Stenereinnahmen der Kompagnie in Mitleidenschaft ziehen und somit die daraus auf 12 Prozent gesteigerten Dividenden. Da nun seit 1767 auch die englische Regierung jährlich acht Millionen von der indischen Beute für sich in Anspruch nahm, so kam die Kompagnie wieder in die Finanzklemme. Sie mußte sich von der Regierung 28 Millionen leihen und die Verpflichtung übernehmen, vorläufig bloß 6 Prozent Dividende zu verteilen. Daß die Aktionärversammlungen bei diesem Stand der Dinge sehr lebhaft verliefen, braucht kaum gesagt zu werden; die heiligsten Güter waren ja in Gefahr.

Zum Retter in diesen Nöten ward von der Kompagnie ein junger Mann ausersehen, der seit einigen Jahren in Madras mit vielem Erfolge die kaufmännischen Geschäfte geleitet hatte: Warren Hastings. 1772 ward er Gouverneur von Bengalen, dessen Finanzen zu reformieren seine nächste Aufgabe sein mußte, natürlich nicht zu dem Zweck, die ersparten Millionen zur Linderung des grenzenlosen Massenelends unter den ausgehungerten Hindus zu verwenden, sondern den mißvergnügten Aktionären daheim neue Profite zuzuschanzen. Es gelang Hastings in der Tat, durch verbilligende Umformung der korrupten Verwaltung und durch Reduktion der Nabobpension um mehr als drei Millionen hübsche Summen herauszuwirtschaften — freilich lange nicht genug für die hochgespannten Erwartungen der unersättlichen Dividendenschlucker am Themse-

391. Lordmayorstag in London um 1780

strand. Der Statthalter mußte also über die Grenzen Bengalens hinausgreifen, um mehr zu erzielen. Da kam zunächst das Verhältnis zum Großmogul in Betracht, dem die Kompagnie für das ihr übertragene Gebiet einen jährlichen Tribut von sechs Millionen schuldete. Durch diese Verpflichtung machte Hastings ohne Umstände einen dicken Strich, indem er den Mogul für eine bloße Marionettenpuppe in den Händen Dritter erklärte. Gleichzeitig verkaufte er zwei kaiserliche, den Briten gar nicht unterworfene Provinzen für zehn Millionen an Schudja, den Nabob von Audh.

Mit diesem hohen Herrn ward dann gleich noch ein profitables Geschäftchen gemacht. Schudja war seit langem begierig, das benachbarte Volk der Rohillas zu unterjochen und auszuplündern. Diesem Kampf fühlte Schudja sich aus eigener Kraft nicht gewachsen. Wenn aber die britischen Truppen dabei mitwirkten, so konnte der Ausgang nicht zweifelhaft sein. Hastings nahm in der Tat, obwohl die Rohillas den Briten schlechterdings nichts zuleide getan hatten und sehr zu ihrem Vorteil von allen Umwohnern abstachen, nicht den mindesten Anstand, die Unterdrückungsabsichten des Nabobs zu unterstützen. Freilich sprang eine hübsche Einnahme und gleichzeitig eine beträchtliche Verminderung der Ausgaben bei dem ehrenwerten Handel heraus. Schudja mußte sich nämlich zur Zahlung einer einmaligen Summe von acht Millionen und zur dauernden Uebernahme des Unterhalts der Truppen verpflichten, die Hastings ihm gegen die Rohillas zur Verfügung stellte. Hierdurch ward das bengalische Budget um fünf Millionen Jahresausgaben entlastet. Das Schicksal von Rohilkand war natürlich besiegelt. In einem mit unmenschlicher Grausamkeit geführten Krieg gelangte Schudja 1774 durch die englischen Schergendienste zum erstrebten Ziel und Hastings zu den ausbedungenen acht Millionen, deren Blutgeruch ihm so wenig empfindlich war wie seinen Auftraggebern in der Londoner City.

So hatte der Finanzkünstler den jährlichen Reingewinn des Regierungsgeschäftes im Verlauf von ein paar Jahren um mindestens 15 Millionen gesteigert, zudem einmalige Bareinnahmen von insgesamt 20 Millionen beschafft. Hastings mußte aber bald darauf Bedacht nehmen, weitere indische Gebiete zum Besten der Kompagnie zu exploitieren, damit die Ueberschüsse nicht zurückgingen; denn Kriege mit indischen Machthabern brachten große Mehrausgaben für das Budget der Kompagnie mit sich. Um für entsprechende Mehreinnahmen zu sorgen, verfiel Hastings diesmal zunächst auf das schon so oft bewährte Mittel einer Thronrevolution. Tschait Sing, der Radscha von Benares, am Ganges, war dazu ausersehen, gestürzt zu werden, damit seine „heilige Stadt", die durch ausgedehnten Handel und durch Massenbesuch von Pilgern reich war, unter einem Nachfolger englischer Mache gehörig geschröpft werden könne.

Zu diesem Zweck brach man einen Streit mit ihm vom Zaun und ersetzte ihn, nachdem der Widerstand der Bevölkerung von Benares durch ein greuliches Gemetzel gebrochen worden war, durch einen Strohmann, in dessen Namen die Kompagnie herrschte.

Diese Umwälzung, die im Jahre 1782 stattfand, bedeutete für die Kompagnie jährliche Mehreinnahmen von 4 Millionen. Außerdem hatte Hastings auf eine Schatzkammerfüllung von 20 Millionen gerechnet. Tatsächlich fanden sich aber nur 5 vor, und deren bemächtigten sich ohne weiteres die Truppen der Kompagnie,

um sie als Prisengeld unter sich zu verteilen. Der Ausfall ward aber anderweitig wettgemacht. Audh war dazu ausersehen, ihn zu decken. Der hier regierende Nabob Asuph ul Daulah war auch geldbedürftig. Mit ihm schloß Hastings einen Vertrag, der darauf hinauskam, zur Sanierung ihrer beiderseitigen Finanzen eine dritte Partei auszuplündern, und zwar die Mutter und Großmutter des Nabobs, die sogenannten Begums. Diese Damen besaßen ausgedehnte Ländereien und hatten den Schatz des früheren Nabobs geerbt, der auf 60 Millionen geschätzt wurde. Der Grundbesitz ward ohne weiteres konfisziert. Die Gelder waren dagegen nicht leicht zu finden, weil sie nach indischer Sitte vergraben waren. Indem man aber das Gefolge der Begums aushungerte und zwei Eunuchen, die ihrem Hofhalt vorstanden, im Gefängnis ausgesuchten Folterqualen unterwarf, erpreßte man nach und nach (1782) 20 Millionen Mark für die Kassen der Kompagnie.

Ein paar Jahre später (1785) kehrte Hastings in die Heimat zurück, wo ihn der Beifall der Kompagnie und auch des Königs, außerdem aber schwere Vorwürfe und eine Anklage erwarteten. So war es vor 18 Jahren auch Lord Clive ergangen, als er sich in England zur Ruhe setzen wollte. Die „öffentliche Meinung" behandelte ihn sehr unfreundlich — teils aus ehrlicher Entrüstung über die Folgen seiner Taten, zum größeren Teil aber aus weniger uninteressierten Beweggründen: Clives Maßnahmen während seiner letzten Anwesenheit in Bengalen hatten manch einen beim Zusammenraffen eines Vermögens gestört, und diese Leute entrüsteten sich nun am lautesten über ihn. Ein parlamentarischer Ausschuß zur Untersuchung der indischen Mißwirtschaft wurde eingesetzt. Man tadelte vieles an Clives Verfahren — schließlich aber beschloß das Unterhaus, er habe seinem Lande große und unschätzbare Dienste geleistet.

Gleichartig verlief schließlich auch das Verfahren gegen Warren Hastings. Er wurde freilich formell unter Anklage gestellt; das kam aber nur daher, daß der jüngere Pitt mit seiner Gefolgschaft auf Hastings' Einfluß beim König eifersüchtig geworden war. Das Verfahren vor den Lords verlief mit vielem Theater und donnernden Anklagereden der Fox, Burke, Sheridan sehr langsam, zog sich vom Jahre 1786 immer weiter durch sieben Jahre, bis schließlich im Frühling 1795, als längst andere Ereignisse das allgemeine Interesse beanspruchten, die Lords den Angeklagten in aller Gemütsruhe freisprachen. Der Prozeß hatte Hastings freilich anderthalb Millionen gekostet, darunter allein 400 000 Mark für Zeitungsbestechungen. Die Kompagnie hielt ihn aber für die Einbuße durch eine jährliche Pension von 80 000 Mark schadlos, und als er hochbetagt und hochgeehrt 1818 starb, ward er unter Englands großen Männern in der Westminster-Abtei beigesetzt.

Die Ehrung des toten wie die Freisprechung des lebenden Hastings muß als durchaus folgerichtig und mannhaft bezeichnet werden. Ohne faustdicke Heuchelei konnte über die Clive und Hastings überhaupt nur zu Gericht sitzen, wer ein grundsätzlicher Gegner der Erwerbung und Ausnutzung von Kolonien war. Davon waren aber die englischen Politiker beider Parteien weit entfernt, wie die fortgesetzte Eroberungspolitik in Indien bewies. Es ward gewiß der Versuch gemacht, an den Mitteln zu bessern, indem 1784 ein staatlicher Aufsichtsrat die oberste Kontrolle der indischen Regierung zugeteilt bekam. Es ward auch das eine erreicht, daß sich so leicht

niemand mehr über Nacht in Ostindien ein Millionenvermögen zusammenstehlen konnte. Aber es wäre weit gefehlt, wenn man glauben wollte, daß die Lage der Eingeborenen sich durch das staatliche Eingreifen gebessert habe. Im Gegenteil bewirkte die Art, wie nun die Ausbeutung Indiens in ein System gebracht wurde, daß die Hindus von Bengalen vollends entrechtet und enterbt wurden. Es gab dort von den Zeiten des Mongolenreichs her allenthalben für je eine Anzahl von Dörfern Talukdare und Zemindare, eingeborene Steuerpächter und Steuereinnehmer. Diese Leute hatten für die Regierung die Abgaben zu erheben, weiter dagegen in den Dörfern nichts zu sagen, deren Bauern ihre inneren Angelegenheiten selber ordneten. Das Land war Gesamteigentum der Bauernschaft.

Was tat nun die britische Regierung 1793 für ganz Bengalen? Sie erklärte mit einem Strich aus fiskalischen Gründen die Talukdare und Zemindare für die Grundeigentümer ihrer Bezirke. Durch diese Latifundienzüchtung ward mit einem Male dem urwüchsigen Kommunismus der indischen Dorfgemeinde die rechtliche Grundlage entzogen, der Bauer aristokratischer Habgier wehrlos ausgeliefert. Die Hindus haben sich diese Umwälzung von oben widerstandslos gefallen lassen. In zahllose Stämme und zusammenhangloſe Gemeinden zersplittert, nahmen sie die Tyrannei der Weißen als ein unabwendbares Faktum hin. —

Der Handels- und Kolonialkrieg der sieben Jahre von 1756—1763 hatte nicht nur in Ostindien zwischen Frankreich und England die Entscheidung gebracht, sondern auch in Nordamerika. Um die Herrschaft in der Neuen Welt drehte sich der Streit sogar in erster Linie. Nicht zum ersten Male — vielmehr war dieser ausschlaggebende Waffengang seit 1688 der fünfte in der Reihe der englisch-französischen Kolonialkriege in und um Nordamerika. Die früheren Friedensschlüsse waren im großen und ganzen auf Grund des Besitzstandes vor dem Krieg erfolgt, so daß bei Beginn des siebenjährigen Krieges England die Länder zwischen dem Atlantischen Ozean und den Alleghanies, Frankreich das ganze Stromgebiet des Mississippi — „Louisiana" —, die kanadische Seenplatte und die Uferländer des St. Lorenz sein nannte. Vollständig besiegt, mußte Frankreich im Pariser Frieden von 1763 auf sein ganzes amerikanisches Kolonialreich verzichten: England war nun Herr vom Mississippi bis zum Atlantik, vom Busen von Mexiko bis zur Hudsonbay. Aber es war Herr doch nur in sehr engen Grenzen. Wenn auch keine europäische Macht mehr den Exploitierungsideen der herrschenden Klassen von Großbritannien entgegentreten konnte, so war doch in Amerika selbst mit einer einheimischen Macht zu rechnen, die ein ganz gewichtiges Wörtchen sprechen konnte, sobald sie nur wollte oder dazu genötigt war.

Diese Macht saß nicht in dem neugewonnenen Gebiet, sondern in den bisherigen englischen Kolonien, den dreizehn „Staaten" längs der Meeresküste, die zur Zeit des Pariser Friedens bereits von zwei Millionen Menschen bewohnt waren und damals in Perioden von je etwa 25 Jahren eine Verdopplung ihrer Einwohnerzahl erfuhren. Gewiß war das Land selbst in seinen vorgeschrittensten Teilen, den sogenannten Neuenglandstaaten, Connecticut, Rhode Island, Massachusetts, New-Hampshire, noch recht dünn bevölkert; aber hier sah es denn doch überall anders aus, als in den Gebieten westlich der Alleghanies, wo außer den Eingeborenen bloß dünn gesäte Trapper zu finden waren. Von Industrie war

freilich noch nicht viel zu finden. Hinter den weit überwiegenden Farmern traten Kaufleute und Handwerker an Zahl sehr zurück. Außerdem gab es einen beträchtlichen Stamm kühner Fischer und Schiffer. „Keine Gegend der Welt", schrieb damals ein Besucher Neuenglands, „hat in kurzer Zeit solchen Aufschwung genommen. Die Städte rundum in Connecticut und östlich durch ganz Massachusetts sind groß, stark bevölkert und äußerst angenehm. Alle 5 (englischen) Meilen trifft man eine Herberge und angemessene Bewirtung. Das Reisen ist hierzulande keine Plage, sondern ein wahres Vergnügen. Selbst die Dörfer bestehen aus reinlichen, niedlichen Häusern, rings um die Schule und Kirche errichtet, mit Gärten, Wiesen und Obstbäumen.

392. Englische Karikatur
auf die Freisprechung des Lord Clive und Warren Hastings
durch das parlamentarische Gericht.

Nun betrachte man noch die Wohlhabenheit und das unabhängige Gefühl der Einwohner! Wahrlich, das ist ein herrlicherer Anblick, als die verfallenden Burgen und Klöster der alten Welt". Von der hier hervorgehobenen Wohlhabenheit der Kolonisten zeugt auch die Angabe eines anderen Reisenden jener Zeit, wonach er auf seiner ganzen Tour von 1200 Meilen nicht einen Bettler gesehen hat, und die statistische Tatsache, daß bereits für mehr als zwei Millionen Pfund englischer Waren jährlich über den Ozean nach Nordamerika gingen und daß die Arbeitslöhne aller Art über das Niveau des Mutterlandes bei weit niedrigeren Lebensmittelpreisen um ein Bedeutendes hinausgingen.

Auch mit dem „unabhängigen Sinn" der Yankees hatte es seine Richtigkeit. Die Bürgertugend der Freiheitsliebe war hier alte Tradition, insofern die englische Bevölkerung in ihrer Mehrzahl von jenen Puritanern und Dissenters abstammte, die einst vor der Tyrannei der Stuarts in die neue Welt übergesiedelt waren, um hier ihren republikanischen Idealen ungestört zu leben. Das gilt wenigstens für die Neuenglandstaaten. Im Süden freilich hatten sich zum Teil aristokratischere Elemente niedergelassen, so daß hier der Großgrundbesitz mit Negersklaven eine große Rolle spielte. Auf den mittleren Küstengebieten waren in der Provinz Neuyork die Niederländer ein einflußreicher Bestandteil. In Pennsyl-

vanien, nach dem Quäker William Penn benannt, der die Kolonisation dieses Gebiets unternahm, um seinen verfolgten Gesinnungsgenossen eine Zuflucht zu verschaffen, waren die Quäker immer noch der hervorstechendste Teil der Einwohnerschaft. Von der revolutionären Vorgeschichte der Sekte war freilich nicht mehr viel zu spüren. Sie waren längst brave Philister geworden und viele betätigten schließlich die alten Grundsätze bloß, indem sie in der Schicksalsstunde Amerikas von Gewalt nichts wissen wollten. Demgegenüber hielten die Bewohner der Neuenglandstaaten aufs entschiedenste an den revolutionären Traditionen ihrer Väter fest, die in der neuen Welt Ruhe vor ihren Gegnern gesucht hatten. Ungestört blieben sie in den schlimmsten Zeiten des Absolutismus ja selbst da nicht. Aber seit den Anfängen des 18. Jahrhunderts war es denn doch tatsächlich dahin gekommen, daß die Bevölkerung der verschiedenen Kolonien sich in Gemeinde, Grafschaft, Staat selbst regierte und die vom König ernannten Statthalter und sonstigen königlichen Funktionäre in gehörigem Respekt hielt. Freilich war das Stimmrecht zu den öffentlichen Körperschaften durchweg nicht allgemein, sondern von einem allerdings geringen Besitz abhängig, der Lohnempfänger ausschloß, immerhin aber bei dem Vorherrschen des Kleinbesitzes große Massen von Farmern und Handwerkern gleichberechtigt neben die führenden Schichten der Kaufleute und größeren Grundeigentümer stellte. Ein Adel im britischen oder festländischen Sinn existierte nicht, und überhaupt herrschte, mit Adam Smith zu sprechen, „unter den englischen Kolonisten mehr Gleichheit als unter den Einwohnern des Mutterlandes". Auf derselben Seite sagt der schottische Nationalökonom, der nach dem Pariser Frieden und vor der amerikanischen Revolution schrieb: „In allem, außer ihrem Auslandshandel, genießen die englischen Kolonisten volle Freiheit, ihre eigenen Angelegenheiten nach ihrem eigenen Belieben zu erledigen." Da ist nun ganz besonders die Ausnahme richtig und wichtig. Die Ausnahme war sogar derartig wichtig, daß die Regel sich nicht mehr mit ihr vertrug. In allem, was irgendwie mit dem englischen Auslandshandel zusammenhing, waren die amerikanischen Kolonien seit der Mitte des 17. Jahrhunderts derartig geknebelt worden, daß Adam Smith die betreffenden Gesetzesbestimmungen als den Amerikanern aufgebrannte „Abzeichen der Sklaverei" bezeichnet.

Die endlose Litanei beginnt mit der Schiffahrtsakte, die England den ganzen Kolonialhandel reservierte. Seitdem entwickelt sich ein wahrer Rattenkönig von Gesetzen, die den gemeinsamen Sinn haben, die nordamerikanischen Kolonien bloß als Ausbeutungsobjekt für das britische Kapital zu behandeln. Die speziell sogenannten Kolonialwaren amerikanischer Herkunft, Zuckerrohr, Sirup, Kaffee, Kokosnüsse, Tabak, Pfeffer, Baumwolle, Pelze, Indigo, Farbhölzer usw. müssen ausschließlich in England zu Markte gebracht werden; — die Zuwiderhandlung wird wie bei den anderen Uebertretungen der Handelsgesetze mit drakonischen Strafen belegt — das soll hier den Preis niedrig halten und dem englischen Zwischenhandel nach dem Kontinent gebührende Profite sichern. Das gleiche Monopol gilt für eine Reihe von Erzeugnissen der Kolonien, die auch England hervorbringt, aber nicht in genügenden Mengen: alles was zum Schiffbau gehört, wie Masten, Raen und Bugsprits, Teer, Pech und Terpentin, ferner Roh- und Stangeneisen, Kupfererz. Damit bei diesen und verwandten Waren die koloniale

Konkurrenz den englischen Produzenten nicht gefährlich werden kann, wird sie unter entsprechende Einfuhrzölle gestellt. Klar ist, wie die Einengung auf die beschränkte und künstlich noch weiter eingeschränkte Aufnahmefähigkeit des englischen Marktes bei jenen Erzeugnissen der Forstwirtschaft und bei den Mineralien das amerikanische Wirtschaftsleben ganz allgemein in Mitleidenschaft ziehen mußten. Die Entwertung von Holz und Eisen wirkte als Hemmung der Rodetätigkeit im Urwald, der dem Vordringen der Zivilisation hindernd im Wege stand.

Während diesen Kolonialprodukten einzig und allein der englische Markt offenstand, war er anderen durch Einfuhrverbote total verschlossen — solchen nämlich, deren Konkurrenz die englische Landwirtschaft fürchtete: in erster Linie Körnerfrüchten aller Art, eingesalzenem Fleisch und Fisch, die sonst für Amerika Hauptausfuhrartikel gewesen sein würden. Man gestattete den Kolonisten nun freilich gnädigst, diese und etliche andere Waren direkt dem Ausland zuzuführen. Daraus konnte aber nicht allzuviel werden, so lange das Gesetz von 1663 in Kraft stand, wonach europäische Erzeugnisse den Kolonien ausschließlich via England — durch den englischen Zwischenhandel — zugeführt werden sollten; denn infolge davon war den amerikanischen Schiffen untersagt, Rückfracht an Bord zu nehmen, weshalb also der Satz für den Transport hin auch gleich die Kosten der Heimfahrt einschließen mußte. Unter solchen Umständen war es natürlich nicht möglich, daß Amerika z. B. mit dem holländischen Getreidehandel in erfolgreichen Wettbewerb treten konnte. Und doch durfte es bloß mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und sonstigen Rohprodukten auf den Märkten der alten Welt, unter all jenen Einschränkungen, erscheinen, sintemal es ihnen einfach nicht gestattet war, gebrauchsfertige Industriewaren herzustellen. Diese sollten sie aus dem Mutterlande beziehen, für dessen Hauptindustrien das Monopol auf dem kolonialen Absatzmarkt nicht allein gegenüber dem Ausland, sondern auch gegenüber den Kolonien selbst gesetzlich garantiert war.

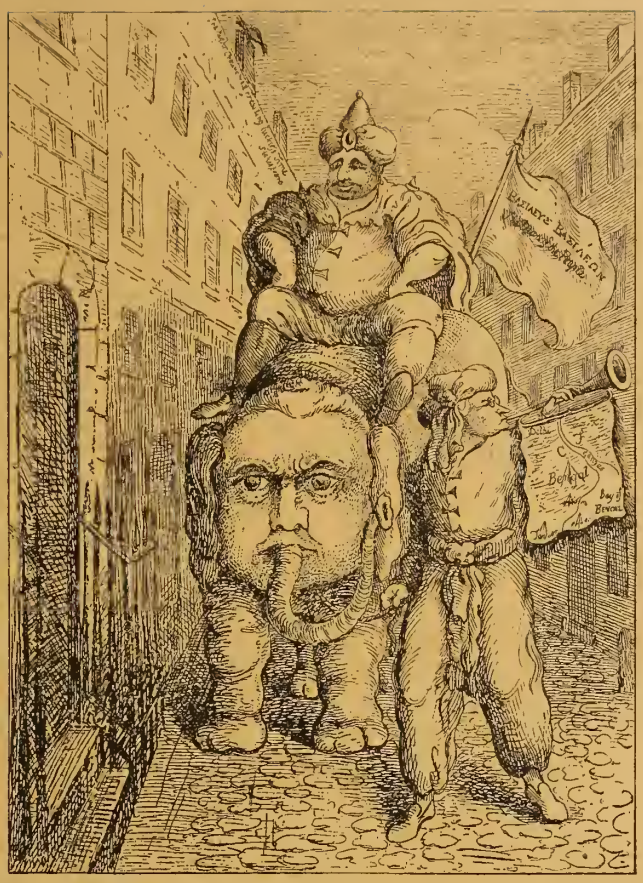
Da kommt natürlich zuvörderst die Wollindustrie in Frage. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts haben sich Anfänge eines amerikanischen Manufakturbetriebs in der Wollenbranche gezeigt. Flugs schlagen die allmächtigen Wollenkönige Englands Lärm über diesen unlauteren Wettbewerb, und alsobald wird die amerikanische Konkurrenz gesetzlich totgeschlagen. Seitdem gilt die Bestimmung, daß Wolle und Wollwaren amerikanischen Ursprungs nicht aus einer Grafschaft in die andere geschafft werden dürfen, sei es zu Schiff, Pferd oder Wagen, womit selbstverständlich keine Massenerzeugung verträglich war. Genau die nämliche Bestimmung ward gegen die amerikanischen Hüte erlassen, als die Londoner Hutmachergilde sich beklagte, daß aus Massachusetts massenhaft Hüte exportiert würden. Die Kolonien erzeugen große Mengen von Eisen, sie dürfen es aber nicht verarbeiten; denn dafür ist ja England da: es ist also verboten, Eisenhämmer oder Stahlöfen in Amerika zu errichten und auch bloß Nägel zu fabrizieren. Daß die Eisenwaren den amerikanischen Konsumenten durch die englischen Zölle, durch Hin- und Rückfracht verteuert wurden, schadete nichts: die englischen Fabrikanten brauchten das ja nicht zu tragen.

Tatsächlich war unter den englischen Politikern beider Parteien auch nicht einer, der auf dem Standpunkt gestanden hätte, daß diese ganze koloniale Wirtschaftsgesetzgebung eine faule Sache sei. Sie alle waren übereinstimmend der Meinung, daß die Kolonien dazu da seien, vom Mutterland nach Belieben ausgebeutet zu

werden: „Wir dürfen," sagte noch im Jahre 1766 mit größter Seelenruhe William Pitt im Unterhaus, „wir dürfen ihren Handel unterbinden, ihre Manufakturen beschränken . . ." Um eben diese Zeit brütete freilich schon in dem schottischen Landstädtchen Kirkealdy über den Grundsätzen der herrschenden Wirtschaftspolitik ein Denker, dem alle jene Beschränkungen, Auflagen, Verbote des Merkantilismus als „offenkundige Verletzung der heiligsten Rechte der Menschheit" erschienen. Als aber zehn Jahre später Adam Smiths Werk erschien, da waren bereits drüben in Amerika Menschenrechte viel umfassenderen Sinnes proklamiert worden, da konnten durch Worte, die zudem noch geraume Zeit hindurch die Stimme eines Predigers in der Wüste blieben, nicht mehr die notwendigen Folgen einer Politik rückgängig gemacht werden, deren naturgemäße Weiterentwicklung ein revolutionärer Versuch, die Amerikaner zu Heloten zu machen, und revolutionäre Gegenwehr der Kolonisten gewesen ist. Hierbei traten allerdings tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen Whigs und Tories zu Tage. Die Konservativen, mit König Georg an der Spitze, waren die Verfechter einer Gewaltpolitik gegenüber den Kolonien, wogegen die Whigs, die in den innerenglischen Kämpfen dieser Zeit auch ihren politischen Liberalismus wieder stärker betonten, für gelindere Methoden und Belassung der Kolonien bei ihren politischen Freiheiten eintraten. In bezug auf den handelspolitischen Kern der Gegensätze aber waren die Whigs mit den Tories einer Meinung, was bei ihren Reden gegen die Brutalität der Torypolitik leicht übersehen wird. Sie wollten Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes, der sich faktisch als unhaltbar erwiesen hatte. Politische Freiheit und wirtschaftliche Unterwerfung, das reimte sich nicht zusammen. Entweder mußte die amerikanische Demokratie den britischen Merkantilismus abschütteln, oder die englische Plutokratie Amerika auch politisch unterjochen. Die endgültige Auseinandersetzung darüber erfolgte mit Hilfe jener letzten Gründe, die alle anderen Argumente übertönen, und das Ergebnis war die volle Unabhängigkeit Nordamerikas, die gleichbedeutend war mit der Zerschneidung aller ökonomischen und politischen Bande zwischen Mutterland und Kolonien.

Aber die Entwicklung der Dinge, die da eben vorweggenommen worden ist, weil die englische Handelsgesetzgebung als ihr Hauptgrund unmittelbar darauf führt, muß nun doch ein wenig mehr im einzelnen skizziert werden. Angekündigt hat sie sich bereits vor dem Pariser Frieden so deutlich, daß Kalm, einem schwedischen Besucher Amerikas, bereits 1748 die Begründung voller Unabhängigkeit der Kolonien für die nächsten 30—50 Jahre prophezeit wurde; er fand durch die wirtschaftliche Fesselung der Kolonisten ihre Liebe zum Mutterlande sehr vermindert, durch die Steigerung des Wohlstandes und der Einwohnerzahl ihre Freiheitsliebe vermehrt. Im allgemeinen war bis zu diesem Termin Frieden zwischen Mutterland und Ansiedelungen, teils, weil fast ununterbrochen der Krieg mit Frankreich den Kolonisten Verderben drohte, teils auch, weil die Kolonisten zunächst noch zu schwach waren, um dem gewaltigen England ernstlich gegenüberzutreten, und wirtschaftlich zu wenig entwickelt, um die Gesetzmacherei an der Themse als unerträgliches Hindernis ihres Aufstiegs zu empfinden. Besonders wesentlich aber ist der Umstand, daß bei den unruhigen Zeitläuften England einfach nicht in der Lage war, die Kontrolle des amerikanischen Handelsverkehrs sorgfältig zu hand-

haben, daß daher die Yankeehändler, ganz besonders die von Boston (Massachusetts), sich planmäßig über die Handelsgesetzgebung hinwegsetzten und, um es mit einem Wort zu sagen, einen einträglichen Schmuggelhandel betrieben. Dies Geschäft ward allmählich in solchem Umfang betrieben, daß dadurch die Parlamentsakte in großem Maß unwirksam wurden. Schon 1676 erklärte ein nach Massachusetts entsandter Agent der englischen Regierung die Schiffahrtsgesetze für unausgeführt und den Schmuggel für so allgemein, daß der Handel frei sei. Auch weiterhin blieben die Yankees Anhänger dieses „Freihandels", wie denn auch die amerikanischen Schmuggler sich keineswegs so, sondern Freihändler zu nennen pflegten. Eben diese Wareneinschwärzung aber veranlaßte die erste Karambolage: schon im Verlauf des siebenjährigen Krieges.



393. Karikatur auf Fox und Burke wegen ihres vergeblichen Versuchs, an Stelle der ostindischen Kompagnie dem Parlament die Regierung von Bengalen zu übertragen. Das positive Ergebnis beschränkte sich auf Einführung des staatlichen Aufsichtsrats (1784)

Die englische Regierung wollte dem riesigen Schmuggel steuern. Das war bei der großen Ausdehnung der nordamerikanischen Küste mit großen Schwierigkeiten verknüpft, und so ging man zu dem gehässigen Versuch über, in Läden und Häusern nach verdächtigen Waren spähen zu lassen, damit Konfiskation und Bestrafung erfolgen könne. Das mußte die freiheitlichen Begriffe der Amerikaner in bezug auf Unverletzlichkeit der Privatwohnungen im höchsten Maße verletzen. Den richtigen Resonanzboden aber bekamen die heftigen Reden, womit im Februar 1761 die Anwälte der Kaufmannschaft von Massachusetts, Thatcher und James Otis, vor dem zuständigen Gerichtshof in Boston die Zulässigkeit des Verfahrens bestritten, eben dadurch, daß die Bevölkerung in dem Schmuggel berechtigte Notwehr gegen die amerikanischen Handelsgesetze Englands erblickte. Und darum konnte ein nachmals berühmter Amerikaner, der jenen Verhandlungen beiwohnte, John Adams, niederschreiben: „An diesem Tage, dort vor dem Gerichtshofe zu Boston, wurde die amerikanische Unabhängigkeit geboren."

James Otis nahm in seiner Gerichtsrede kein Blatt vor den Mund; u. a. erinnerte er an die Vorgänge der englischen Revolution. Otis ist auch insofern interessant, als er zu den ersten literarischen Vertretern der revolutionären Ideologien Amerikas gehört. In einem politischen Pamphlet von 1762 und einer größeren Schrift von 1764 verfocht er den Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, im engen Anschluß an John Locke. Die Menschen sind ihm von Natur gleich, und jede Gesellschaft hat das Recht, sich eine solche Regierungsform zu geben, die ihr am besten scheint; Regierungen, die ihren Aufgaben nicht nachkommen, darf man Widerstand leisten. Dieselben Ideen vertrat der junge Advokat Patrick Henry 1763 vor einem virginischen Gerichtshof mit Ausführungen über Gesellschaftsvertrag, Volkssouveränität, Recht auf Revolution. In der nächsten Zeit begannen dann auch schon Kolonialparlamente, die „grundlegenden Naturrechte" anzurufen. Diese Anschauungen waren in den Kolonien nichts Neues, etwa gerade von Frankreich Importiertes, wie man vielfach geglaubt hat, sondern seit langem zu Hause. Ein englischer Tory jener Zeit meint, daß die Amerikaner die Grundsätze der Rebellion mit der Muttermilch einsaugten. Tatsächlich waren die Ideologien, auf die man sich in den Kolonien berief, die Grundsätze der Rebellion, nämlich der großen Rebellion, d. h. der englischen Revolution. Der Puritanismus entschiedenerer Richtung lebte unter den Kolonisten fort, und in England wurde beklagt, daß sie zuviel Harrington und Locke gelesen hätten. Es war ein aus dem Mutterland übernommenes Erbteil, womit die Neuengländer wucherten, wenn sie sich in ihrem Ringen nach Selbstbestimmung auf die ewigen Menschenrechte beriefen. Auch der „Gleichmachergeist" ging schon in den 60er Jahren um; so verfocht der Virginier Richard Bland bereits den Gedanken des allgemeinen Wahlrechts. Kurz, kommende Ereignisse warfen ihre Schatten schon voraus, als der Streit scheinbar erst um konkrete Einzelfragen ging.

Der Streit zog sich bis ins Jahr 1762. Dann machte ihm der Friede für den Augenblick ein Ende. Daß da vorübergehend in den Kolonien eitel Wonne herrschte, darüber kann kein Zweifel sein, wenn man sieht, wie selbst Otis, den „Feuerbrand von Neuengland", die definitive Beseitigung der bedrohlichen französischen Nachbarschaft zu begeisterten Lobeserhebungen des Mutterlandes antreibt. Indes, die Freude war von gar kurzer Dauer. Das englische Kabinett Grenville wußte nämlich nichts Besseres zu tun, als noch im Jahre 1763 den Kolonien etliche neue Handelsgesetze zu bescheren. Zunächst ging es wieder darum, die alten Gesetze wirklich durchzuführen. Sie werden also neu eingeschärft, an zahlreichen Küstenpunkten Zollschiffe installiert, die verdächtige Schiffe revidieren sollen. Hierzu werden auch die Kriegsschiffe durch Aussetzung von Prämien angespannt, das Militär der Küstenstädte und die Kolonialbeamten sollen den Zöllnern Beistand leisten. Dann aber die funkelnagelneuen Paragraphen von 1763. Einmal der, daß amerikanische Häute bloß noch nach England ausgeführt werden dürfen — eine Absatzerschwerung und Preisdrückerei für die amerikanische Viehzucht. Mit der Preisdrückerei aber geht Hand in Hand eine Preistreiberei für die europäischen, nicht-englischen Waren, die via England nach Amerika gehen. Bisher sind da die Einfuhrzölle größtenteils rückvergütet worden, wie bei der Wiederausfuhr nach dem Ausland. Seit 1763 fällt diese Rückvergütung für die Kolonien weg — mit

394. Aelteste Ansicht von Neuyork

Ausnahme von Kattunen, Musselinen und Weinen; für das Ausland bleibt sie bestehen. Grund der verschiedenen Behandlung, die für Amerika eine bedeutende Preiserhöhung bedeutet, ist die Rücksichtnahme auf den englischen Zwischenhandel. Er bedarf der Rückvergütnng unbedingt für das Ausland, dagegen nicht für die Kolonien, weil hier ja jede Konkurrenz gesetzlich ausgeschlossen ist. Folglich werden die Kolonien im Interesse der englischen Zolleinnahmen schlechter behandelt, als das Ausland. Daß es danach den Kolonisten wünschenswert erscheinen mußte, selber Ausländer zu werden, bedachte man in England nicht. Hinzugenommen sei des Zusammenhangs halber gleich noch ein Gesetzchen aus dem Jahre 1765, dessen viele Worte den kurzen Sinn hatten, die Amerikaner für diejenigen Waren, die sie auch oder nur außerhalb Englands verkaufen durften, auf die Länder südlich vom Kap Finisterre zu beschränken, d. h. auf die Mittelmeerländer. In französischen, niederländischen, deutschen Häfen hätten die amerikanischen Schiffe, der Rückfracht bedürftig, Manufakturen geladen, die eingeschmuggelt wurden. Dies aber sollte verhindert werden, und daher erfolgte die Beschränkung auf südlich vom Kap Finisterre, alldieweil es in den Mittelmeerländern nicht mehr viel Industrie gab.

Der allgemeine Unwille der Amerikaner über diese tolle Gesetzesfabrikation, deren Ende noch gar nicht abzusehen war, fand seinen Ausdruck weniger unmittelbar, als indirekt, aber um so heftiger in der machtvollen Opposition gegen eine anders geartete Maßnahme der mutterländischen Gesetzgebung, gegen die Grenvillesche Stempelakte von 1765. Schon die bloße Ankündigung dieses Gesetzes, einer Steuer auf alle Geschäftspapiere, Zeitungen usw. eingeschlossen, Anno 1763 ließ in den Kolonien eine ungeheure Agitation ins Leben treten, neben der die

Bekämpfung der neuen Handelsgesetze mehr in den Hintergrund trat. Und das war sehr verschmitzt von den politischen Vorkämpfern der Yankees; denn es ließ die englischen Minister in der Rolle der Revolutionäre erscheinen. Darüber konnte nämlich kein Zweifel sein, daß die Stempelakte eine durchaus revolutionäre Maßnahme war. Die Gesetzgebung des englischen Parlaments in Handels- und Zollangelegenheiten hatten die Amerikaner seit stark hundert Jahren über sich ergehen lassen; da konnte also von einem gewohnheitsrechtlichen Verhältnis die Rede sein. Dagegen war ein Versuch des Parlaments, den Kolonien eine innere Steuer aufzulegen, etwas Unerhörtes, noch nicht Dagewesenes. Das Recht der Steuerbewilligung nahmen die Volkvertretungen der dreizehn Kolonien für sich allein in Anspruch, und zwar nicht bloß gewohnheitsrechtlich, sondern auf Grund ihrer „königlichen Freibriefe". Eine parlamentarische Durchbrechung jenes Rechtes bedeutete demnach, daß das englische Parlament sich die Befugnis anmaßte, über diese Konstitutionen zur Tagesordnung überzugehen, bedeutete also den Umsturz des bisherigen Rechtszustandes in den Kolonien. Und wirklich hatten es die englischen Staatsweisen auf einen völligen Umsturz abgesehen. Die Stempelakte war bloß als erster Schritt gedacht, auf den als weitere „Fortschritte" die Zusammenfassung sämtlicher Staaten unter ein einheitliches, straffes Beamtenregiment, Einführung einer Aristokratie und der Bischofskirche, sowie alle übrigen Gottesgaben folgen sollten, die aus den Amerikanern ein Volk von willenlosen Knechten der englischen Plutokratie, eine milchgebende Kuh für alle Arten großer und kleiner Parasiten machen sollten.

Der große Plan war ein Staatsgeheimnis, wurde aber von den amerikanischen Wortführern vollständig durchschaut und den Kolonien in zahllosen Reden, Artikeln und Flugschriften denunziert, deren kühnste mit dem Protest gegen den beabsichtigten Verfassungsbruch bereits die deutliche Ankündigung verbanden, daß die Kolonien ihre Lage nicht verschlechtern lassen, sondern im Gegenteil verbessern wollten, daß nicht bloß die neueingeführten, sondern schon die althergebrachten Fesseln ungerecht seien. Das englische Parlament ließ sich weder dadurch noch durch die feierlichen Rechtsverwahrungen der amerikanischen Volksvertretungen warnen, sondern beschloß im Februar 1765, das Unterhaus mit überwältigender Mehrheit, die Lords einstimmig, daß vom 1. November ab in den Kolonien Stempelsteuer erhoben werden solle. Der hingeworfene Fehdehandschuh ward drüben ohne Zögern aufgenommen. Die gesetzgebenden Versammlungen der Kolonien erhoben alsbald einzeln erneuten Einspruch gegen die Rechtskräftigkeit der Stempelakte; aber sie taten zugleich einen bedeutsamen Schritt von revolutionärer Tragweite, indem sie sich zu gemeinsamer Aktion zusammentaten. Auf Antrag von Massachusetts versammelten sich im Oktober zu Neuyork Delegierte der verschiedenen Kolonialparlamente zum ersten allgemeinen Kongreß. Seine Taten waren freilich noch ziemlich winzig: es ward bloß eine Petition an den König und das englische Parlament beschlossen, die gegen die Steuerpolitik und die Handhabung der Zollgerichtsbarkeit Einspruch einlegte. Aber es war doch ein Anfang gemacht zur gemeinsamen Verfechtung der gemeinsamen Interessen der Staaten.

Inzwischen hatte schon das amerikanische Volk selber seine Sache energisch in die Hand genommen. Im Sommer begannen große Mengen von Stempel-

papier in den amerikanischen Häfen einzutreffen, Stempelhäuser wurden gebaut, Stempelmeister ernannt. Diese Vorbereitungen wurden von der Bevölkerung allenthalben, zumal aber in Neuengland und ganz besonders in dem durch die neuerlichen Handelsbeschränkungen schwer geschädigten Boston, einem der größten Häfen der Kolonien, mit steigender Aufregung beobachtet. Die regsamsten Elemente aller Klassen hatten sich bereits politisch organisiert: „Söhne der Freiheit" nannten sich die Mitglieder der zahlreichen oppositionellen Klubs, die unausgesetzt Versammlungen abhielten. Bostoner Arbeiter hingen den Stempelmeister in effigie an einem Baum auf, den sie als den „Freiheitsbaum" bezeichneten. Am folgenden Abend wurde das Stempelamt zerstört, mit den hölzernen Trümmern ein großes Freudenfeuer unterhalten, worin das Bild des Stempelmeisters verschwand. Er selbst, dessen Haus auch nicht unbeschädigt davonkam, schwor den Freiheitssöhnen in Todesängsten, sein Amt niemals anzutreten, worauf die versammelte Menge den schlotternden Sünder unter dreimaligem Hip, hip, hurra! laufen ließ.

395. Karikatur auf Lord North als Waschweib

Aehnliche Szenen gab es allenthalben, und allenthalben bemächtigte sich das Volk des ganzen Stempelpapiers. Die Ballen wurden teils vernichtet, teils zurückgeschickt, teils unter Verschluß genommen. Als der 1. November erschien, war überhaupt gar kein Stempelpapier vorhanden, und es wurde kein Versuch gemacht, die Stempelsteuer einzuziehen. Eine Zeitlang kamen unter diesen Umständen keine gerichtlichen Urkunden und keine geschäftlichen Verträge zustande; bald aber setzte man sich allgemein darüber hinweg und verfuhr nach alter Gewohnheit — ohne Stempelpapier.

War so bis auf weiteres dafür gesorgt, daß die Stempelakte nicht durchgeführt wurde, so zielte gleichzeitig eine rein wirtschaftliche Maßnahme darauf ab, das englische Parlament zur förmlichen Zurücknahme des verhaßten Gesetzes zu zwingen. Die Kaufleute von Neuyork ergriffen die Initiative, indem sie beschlossen, vom 1. November ab keine Waren mehr aus England zu beziehen, bis die Stempelakte aufgehoben sei. Die Kaufleute von Boston und Philadelphia traten bei, und die ganze Bevölkerung, den weiblichen Teil nicht zu vergessen, beteiligte sich an der Boykottierung der englischen Industrieerzeugnisse. Der Hieb saß, zumal gleichzeitig vielsagende Vorbereitungen getroffen wurden, im Lande selbst Kleidungsstücke zu fabrizieren. Bald rangen in England die am Kolonialhandel interessierten Kapitalisten, die vom Wollsack voran, verzweifelt die Hände und brachten in dringlichen Petitionen zur Kenntnis des Parlaments, daß die Amerikaner die Zahlung ihrer Schulden eingestellt hätten, die Ausfuhr nach den Kolonien rapid abnähme, neue Bestellungen nicht mehr zu verzeichnen seien, der Betrieb zum Teil schon habe eingestellt werden müssen. 10 000 Arbeiter waren

schon außer Brot infolge des amerikanischen Boykotts. Unter diesen Umständen verzichtete man in England auf den sonst vermutlich unternommenen Versuch, die Stempelakte mit Gewalt durchzuführen, und verstand sich unter dem Druck der um ihren Profit besorgten Kapitalisten dazu, einen Schritt zurückzuweichen und die Stempelakte aufzuheben. Dieser schwere Schritt ward dadurch erleichtert, daß er nicht von den nämlichen Ministern getan zu werden brauchte, die 1765 die Stempelakte beantragt hatten. Auf das Torykabinett Grenville war das whiggistische Kabinett Rockingham gefolgt, unter dem im Februar 1766 im Parlament der Beschluß gefaßt wurde, die Stempelakte zurückzunehmen.

Es war ein bedeutender Erfolg der Kolonien, aber sie konnten sich darüber keine Illusionen machen, daß der endgültige Sieg noch zu erringen sei. Schon das Erklärungsgesetz, womit das Whigministerium die Aufhebung der Stempelakte begleitete, ließ darüber keinen Zweifel, daß die regierenden Cliquen Englands, gleichviel ob Whig oder Tory, jenen Rückzug bloß der äußersten Not gehorchend antraten und das Parlament sich das Recht vorbehielt, bei Gelegenheit neue Vorstöße zu unternehmen. Die Erklärungsbill besagte nämlich, daß Krone und Parlament befugt seien, „in allen ordentlichen Angelegenheiten" für Amerika verbindliche Gesetze zu erlassen, womit also grundsätzlich der Anspruch beibehalten wurde, sich über alle Rechte der Kolonisten mit souveräner Willkür hinwegsetzen zu können. Von Zugeständnissen auf dem Gebiete der Handels- und Zollpolitik war überhaupt nicht die Rede, obwohl den englischen Parlamentariern von kompetentester Seite mündlich klargemacht worden war, welche ausschlaggebende Bedeutung gerade diesen Fragen innewohne. Der berühmteste Bürger Amerikas, Benjamin Franklin, der Buchdrucker, Journalist, Naturforscher, Erfinder, aber auch Staatsmann, weilte in London, um dort die Interessen zunächst von Pennsylvanien, aber auch der übrigen Provinzen in jeder Hinsicht zu vertreten. Als die Aufhebung der Stempelakte zur Debatte stand, wurde er vor die Barre des Hauses geladen, um über die amerikanischen Fragen vernommen zu werden. Er erklärte zu Anfang die neuen Handelsbeschränkungen für die oberste Ursache des kolonialen Mißvergnügens und verhehlte zum Schluß nicht, daß es jetzt der Stolz seiner Landsleute sei, „ihre alten Kleider immer wieder zu tragen, bis sie sich selbst in eigenen Manufakturen neue machen könnten".

Diese gewichtigen Eröffnungen blieben, wenn nicht eindruck-, so doch einflußlos. Das erste, was englischerseits nach dem Rückzug in Sachen der Stempelsteuer auf dem Gebiet der Handelspolitik geschah, war der beste Beweis dafür. Dem Whigministerium Rockingham folgte bald nach Aufhebung der Stempelbill ein bunt zusammengewürfeltes Koalitionskabinett von Whigs und Tories, in dem erst Lord Townshend, seit dessen Tode (1767) Lord North den Ton angab. Dies Ministerium dachte nicht allein nicht daran, den wirtschaftlichen Interessen der Kolonisten entgegenzukommen, sondern ganz im Gegenteil führte es sich bei ihnen ein durch die Errichtung einer obersten Zollbehörde für Amerika, die instruiert wurde, über die gewissenhafte Beobachtung aller Handelsgesetze sorgfältigst zu wachen. Demnächst lebten, in veränderter Gestalt, die Besteuerungsideen wieder auf. Am 26. Januar 1767 rühmte sich Townshend im Parlament, Amerika besteuern zu wollen, ohne daß ein Widerspruch von seiten der Kolonisten

396. Der Tee-Tax-Sturm

Symbolische Darstellung des Ausgangs der amerikanischen Revolution

laut werden würde. Beständig an das kühne Versprechen gemahnt, brachte das Ministerium ein paar Monate später die Bill ein, die jenes Wunder vollbringen sollte. Vorgeschlagen wurde eine Auflage auf Papier, Malerfarben, Glas und Tee, die aber nicht in Amerika selbst, sondern bei der Einfuhr in die Koloniehäfen erhoben werden sollte. Dem ganzen Parlament, Ober- und Unterhaus, erschien dies Verfahren, auf einem Umweg doch zu der Besteuerung Amerikas zu gelangen, einwandfrei. Es handelte sich ja nicht um eine innere Steuer, sondern um einen Einfuhrzoll. Und in Zollsachen hatte das Parlament ja von jeher über die Kolonien bestimmt. Wenn die Kolonien dagegen auf einmal sich auflehnen sollten, so verteidigten sie also nicht mehr die bestehende Ordnung, sondern suchten sie umzustürzen. Im Parlament erhob sich kein Widerspruch gegen die ministeriellen Vorschläge und so wurden sie am 29. Juni 1767 Gesetz.

Die ministerielle Prophezeiung, daß die Kolonien sich in die neue Steuerbill fügen würden, ward durch die Tatsachen Lügen gestraft. Die Kolonien nahmen um so weniger Anstand vor revolutionären Maßnahmen, als ihnen das Mutterland in dieser Hinsicht mit so gutem Beispiel vorangegangen war, nicht allein durch die zurückgenommene Stempelakte und die papierene Deklarationsbill, sondern auch durch eine neue Tat, die das Parlament wenige Tage nach dem neuen Zollgesetz (2. Juli 1767) sich geleistet hatte. Da wurde der Volksvertretung des Staates Neuyork jede gesetzgeberische Tätigkeit untersagt, bis sie gemäß dem Verlangen des königlichen Statthalters die englischen Garnisonen auf ihre Kosten unterhalte — ein ganz offenkundiger Verfassungsbruch, der in sämtlichen Kolonien die größte Aufregung erzeugte. Das neue Zollgesetz ward daher ohne weiteres als verkleidete und verschlimmerte Stempelakte empfangen. Die allgemeine Versammlung von Massachusetts motivierte ihren Protest sehr plausibel also: „Der Unterschied zwischen äußeren und inneren Steuern ist bloß scheinbar. Abgaben sind Abgaben. Da wir im Parlament nicht vertreten sind und nicht vertreten sein können, so ist auch das Parlament nicht befugt, uns mit Abgaben zu belegen". In gleicher oder ähnlicher Weise erklärten sich die übrigen Volksvertretungen, und mehrere wurden, wie die von Massachusetts, zur Bestrafung ihrer Widerborstigkeit aufgelöst. Hier und da kam es zu Gewaltsamkeiten, vor allem in Boston, wo die verhaßten Zöllner im Juni 1768 von einem wütenden Volkshaufen mißhandelt und verjagt wurden; die Uebeltäter wurden von den Bostoner Geschworenen freigesprochen. Der Statthalter ließ darauf von Halifax mehrere Regimenter Militär und einige Kriegsschiffe nach Boston kommen, was den Ingrimm der Bürger natürlich steigerte. Schon faßte eine Gemeindeversammlung den Beschluß, daß die Bürger sich bewaffnen sollten. Der Augenblick zum Kampf war aber noch nicht gekommen. Inzwischen tat nämlich nochmals die erprobte Waffe des Boykotts ihren Dienst.

Die Kaufleute von Boston waren diesmal zuerst mit dem Beschluß, nichts mehr aus England zu importieren, vorgegangen, und überall folgte man ihnen. Die Ausfuhr nach Neuengland sank in Jahresfrist von acht auf vier Millionen Mark, die nach Neuyork von beinahe zehn auf dreieinhalb Millionen. Gleichzeitig ging man nun wirklich in den Kolonien daran, selbst industriell tätig zu sein — unbekümmert um die Parlamentsverbote. Das war ein Menetekel für die englischen

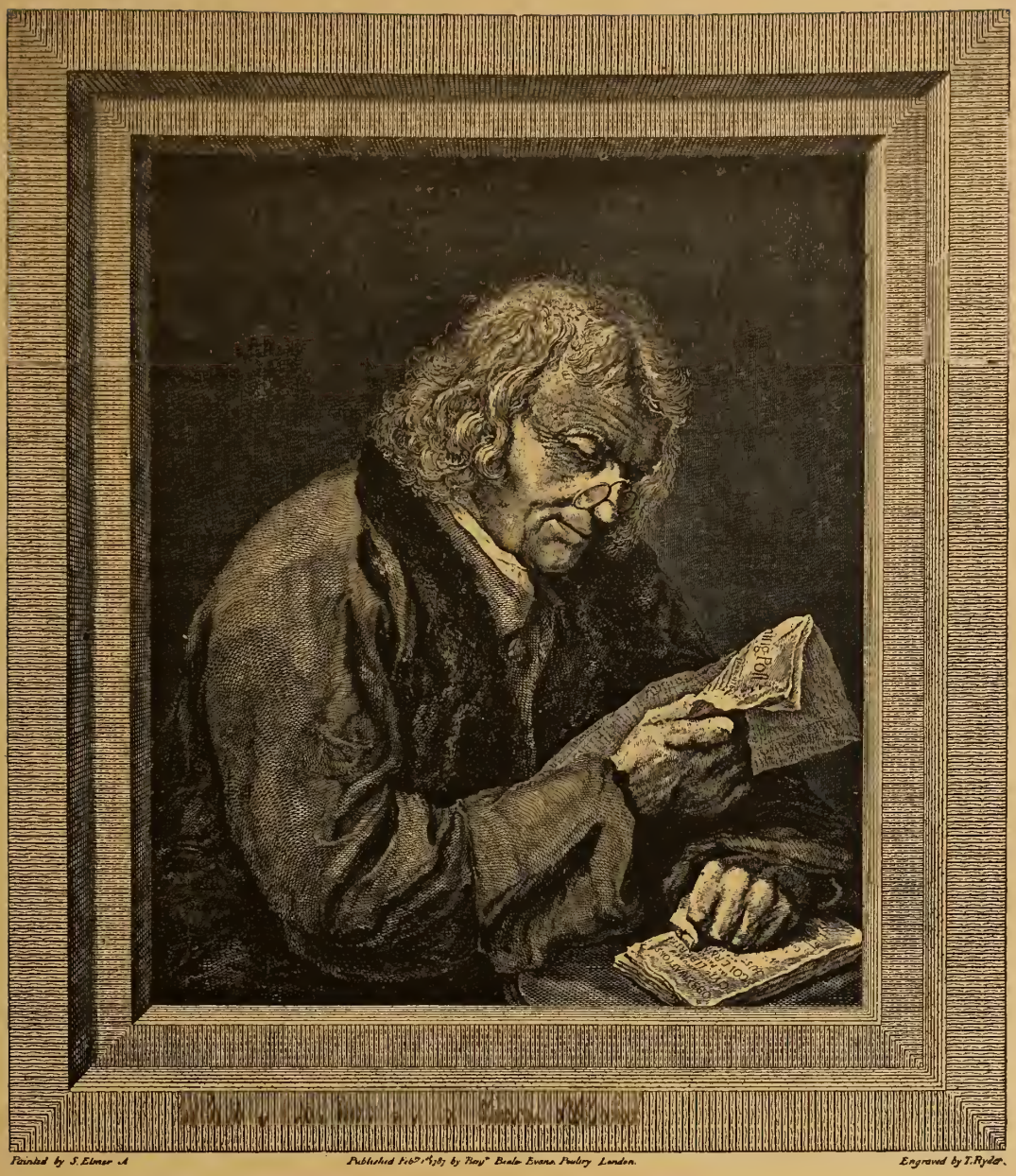
Fabrikanten, die immer unruhiger wurden. Die berufsmäßigen Politiker beider Parteien nahmen den Mund zwar erst noch sehr voll, erklärten, daß die Parlamentsbeschlüsse unter allen Umständen und mit allen Mitteln durchgeführt werden müßten; sie leisteten sich sogar eine neue Provokation, indem sie im November 1768 die flagrante Verletzung der Habeaskorpusakte dekretierten, daß amerikanische Unruhestifter nötigenfalls zur Prozessierung nach England gebracht werden sollten, weil und wenn in Amerika keine Verurteilung zu erzielen sei. Die ehrenwerten Herren wurden aber immer weniger großmächtig, je mehr ihnen die englischen Kapitalisten die Ohren vollklagten. Und das Ende vom Liede war, daß im Ministerrat vom 1. Mai 1769 die Frage zur Debatte stand, ob man nicht in der nächsten Parlamentssession die Abschaffung der neuen Zölle beantragen solle. So ward beschlossen, aber auf Verlangen des Lord North im Interesse der Autorität von König und Parlament des Prinzips halber die Ausnahme gemacht, daß der Teezoll bestehen bleiben sollte; die übrigen Zölle sollten nach dem ministeriellen Schreiben an die Statthalter der Kolonien nur deshalb aufgehoben werden, weil sie den wahren Handelsgrundsätzen widersprächen.

397. Amerikanischer General Arnold

Durch diese faule Ausrede ließen sich die Kolonisten natürlich nicht um das Hochgefühl ihres neuen Sieges bringen. Es war aber noch kein vollständiger Sieg, auch nur in der Zollfrage, solange der Teezoll bestehen blieb. Während also im übrigen die geschäftlichen Beziehungen mit dem Mutterlande wieder aufgenommen wurden, blieb der Teeboykott bestehen und ward mit vermehrter Energie durchgeführt. Er bedeutete übrigens keineswegs einen allgemeinen Verzicht auf den Teegenuß. Vielmehr ward massenhaft holländischer Tee eingeschmuggelt, was die Meidung des englischen natürlich erleichterte. Der Boykott ward sogar in Gedichtform gepredigt. Hier ist ein Pröbchen aus der Boykottballade einer virginischen Dame, die den englischen Tee also anredet: „Fliege wieder heim nach Britannien, dessen käufliche Männer für Geld ihr Geburtsrecht ver-

handeln. Sage dem North und seinem bestochenen Schurkenhaufen, daß ihre blutigen Beschlüsse in der Hölle geboren. Sie wollen uns das Sklavenjoch aufhalsen und die heiligen Normen der Gerechtigkeit zerstören. Nein, die Söhne Amerikas werden sich nicht unterdrücken lassen! ....." Die erbitterte Stimmung, die schon aus diesen paar Zeilen spricht, war nirgends allgemeiner als in Boston, das die fortdauernde Anwesenheit von vier englischen Regimentern unter General Gage mit gutem Grund als eine ständige Bedrohung der Bürgerschaft und ihrer Freiheit betrachtete. Nur eine Kategorie Menschen ward den Bostonern noch verhaßter als das Militär: die Spitzel der Regierung, denen es übel erging, wenn sie in amerikanische Hände fielen. Dann zog man sie nackt aus, strich sie mit Teer, wälzte sie in Federn umher und jagte sie also kostümiert durch die Straßen. „Solche Kleidung", urteilt ein zeitgenössisches Lustspiel über das Teeren und Federn, „ist sehr leicht, schützt gegen den Regen und liegt fest am Körper." Einen tragischeren Verlauf nahmen die Reibereien mit dem Militär, die von Schimpfworten zu Prügeleien führten und schließlich — am 5. März 1770 — damit endigten, daß Soldaten auf eine Menschenmenge Gewehrfeuer abgaben; eine Anzahl Tote und Verwundete blieben auf dem Platz.

Das „Bostoner Gemetzel" hat, wie kaum gesagt zu werden braucht, die Erbitterung der Amerikaner mächtig gesteigert. Zum gewaltsamen Aufeinanderprallen der Gegensätze ist es aber noch nicht gekommen. Im Gegenteil waren die nächsten drei Jahre eine Zeit verhältnismäßiger Ruhe, so daß revolutionäre Feuergeister, wie der junge Jefferson, schon ungeduldig wurden. „Meine Landsleute", meint der Genannte, „scheinen in eine Art Stumpfsinn zu verfallen. Die Teezölle und das Erklärungsgesetz schweben noch über unseren Häuptern. Und dies alles können sie leichten Mutes ertragen." Damit tat nun Jefferson seinen Landsleuten ganz Unrecht. Am Einschlummern hinderte sie schon die aggressive Haltung der Regierung, die es, zumal in Massachusetts, an verfassungswidrigen Akten nicht fehlen ließ. Aber als letztes Mittel, das über die bisher gebrauchten hinausführte, blieb nur noch der Appell an den Entscheid der Waffen. Daß sich das amerikanische Volk in die Nöte und Gefahren eines Kampfes auf Tod und Leben gegen das mächtige Mutterland nicht blindlings hineinstürzte, sondern erst bis zum Aeußersten getrieben werden mußte, ehe es alle Bedenken fahren ließ, ist leicht zu begreifen. Während der Pause in den großen Ereignissen ging nun der Teeboykott ruhig weiter und tat denn auch schließlich seine Wirkung. Die ostindische Kompagnie, die den Tee nach England importierte, blieb jetzt mit dem beträchtlichen Bruchteil, der sonst weiter nach Amerika ausgeführt wurde, vollständig sitzen, so daß sich in den ersten Monaten des Jahres 1773 nicht weniger als 17 Millionen Pfund Tee in ihren Lagerhäusern angehäuft hatten. Der Profit der Kompagnie, deren häufige Geldnöte wir schon kennen, litt unter dieser Stockung natürlich ganz enorm, und so machte die mächtige Kapitalistengruppe ihren ganzen Einfluß geltend, damit die Behinderung der amerikanischen Einfuhr aufhöre. Von einfacher Beseitigung des amerikanischen Teeinfuhrzolls wollten König, Kabinett und Parlament aber im Interesse ihrer Autorität nichts wissen. Sie verfielen vielmehr auf eine Auskunft, die ihnen riesig verschmitzt erschien.



398. Benjamin Franklin

Der Kompagnie sollten laut Teeakte vom Mai 1773 drei Fünftel der britischen Einfuhrzölle rückvergütet werden für allen Tee, den sie nach Amerika weiterexportiere. Infolge davon würde der Tee den Amerikanern billiger zu stehen kommen, als wenn der koloniale Einfuhrzoll nicht erhoben würde. Indem die klugen Staatsmänner bloß mit der gemeinsten Selbstsucht rechneten, glaubten sie, die Amerikaner würden den billigen Tee mit Wonne kaufen. Die Enttäuschung war groß.

Erklärten doch die Kolonien einstimmig, es sei kein verzollter Tee zu kaufen und wenn er noch so billig sei. Sie gingen jetzt schon durchaus im Einvernehmen vor, das seit eben diesem Frühjahr durch ständige „Korrespondenzausschüsse" vermittelt wurde. Das war nun eine faule Sache für die Kompagnie, die zahlreiche Teeschiffe hinübergeschickt hatte in der sicheren Erwartung, die Ware reißend abzusetzen. Die Agitation dagegen stützte sich auch stark auf den monopolistischen Charakter der Kompagnie. Man solle sie von Amerika fernhalten, damit sie nicht dem freien Handel auch mit anderen Dingen ein Ende mache und die amerikanischen Kaufleute um ihr Geschäft bringe, das amerikanische Volk im indischen Stil traktiere. So war die allgemeine Stimmung dem Beginnen der Kompagnie höchst feindselig. Die Schiffe wurden teils zur Rückkehr gezwungen, teils konnte der Tee in feuchten Kellern verschimmeln, dies in Charleston, jenes in Neuyork und Philadelphia. Am schwierigsten aber gestaltete sich die Lage in Boston, wo auch einige Teeschiffe eingetroffen waren und auf Befehl des Statthalters liegen bleiben sollten, bis die Ware verzollt und abgesetzt sei. Das Verweilen der Schiffe erfüllte die freiheitlichen Elemente mit der Besorgnis, daß der Tee heimlich ans Ufer gebracht und unter der Hand verkauft werden könnte. Dem beschloß man zuvorzukommen. Am 16. Dezember 1773 fand eine Versammlung statt, bei der von den 15 000 Einwohnern Bostons an 7000 zugegen waren und heftige Reden der führenden Geister, wie Samuel Adams, hörten. Auf einmal ertönt indianisches Kriegsgeschrei. Eine Menge von Mohawkindianern taucht auf, strömt nach den Werften, besteigt die Schiffe und wirft den ganzen Tee ins Wasser: 342 Kisten im Werte von 360 000 Mark. Die Indianer waren natürlich verkleidete Bürger von Boston.

Auf die Kunde von diesen unerwarteten Vorgängen entstand an der Themse ein fürchterliches Lärmen; diesen wütenden Rebellen war ja nicht einmal das Eigentum mehr heilig. Alles war sich also darüber einig, daß man sie mit drakonischer Strenge zur Vernunft bringen müsse. Lord North brachte 1774 im Parlament ein Gesetz ein und durch, wonach der Hafen in Boston geschlossen, die Zollstätte nach dem benachbarten Salem verlegt wird. Zwei Monate später folgte eine Bill „zur besseren Regierung der Provinz Massachusetts", die mit sämtlichen Freiheiten der Kolonisten radikal aufräumte. Nicht einmal mehr die Gemeindeversammlungen durften künftighin noch stattfinden. Eine komplette Diktatur und zwar eine militärische ward über die Provinz verhängt. General Gage wurde zum Statthalter ernannt und versprach, mit vier Regimentern ganz Amerika zur Räson zu bringen. Den 1. Juni 1774 trat die Schließung des Bostoner Hafens in Kraft. In Salem sollte die Sache nun losgehen. Dessen Bewohner weigerten sich aber in öffentlicher Erklärung, aus dem Unglück der Nachbarstadt Nutzen zu ziehen. Bei dem vollständigen Aufhören der Geschäfte brach natürlich große Not über Boston herein. Aber alle Kolonien wetteiferten, um durch Uebersendung von Geld und Naturalien das Elend zu lindern. Das Maß lief nun über, zumal das Parlament eben jetzt durch die sogenannte Quebecakte von 1774 das ganze westlich der Alleghanies gelegene Hinterland der Kolonien zu Kanada schlug, riesige Gebiete, die von den Amerikanern für ihre Pioniertätigkeit beansprucht wurden. Das war für Franklin auch ein Anlaß, brieflich als wahres Ziel der

399. Amerikanischer General Gates

Torypolitik hinzustellen, man wolle ein größeres Feld erhalten, um eine Herde unwürdiger Schmeichler darauf mästen zu können. Die Quebecakte war auch ein starker Ansporn für die übrigen Provinzen, sich mit Massachusetts solidarisch zu erklären. Alle Kolonien standen zusammen, um der bedrängten Schwester nicht bloß mit Werken der Mildtätigkeit beizuspringen, sondern nun für alle das zu erringen, was sie sonst nach der einen allesamt einbüßen mußten, soweit sie es noch hatten, die Freiheit, die volle Freiheit. Den 5. September 1774 trat in Philadelphia der zweite „allgemeine Kongreß" zusammen und faßte binnen wenigen Wochen eine Reihe einschneidender Beschlüsse: die üblichen Proteste wurden votiert, dann aber ein Bündnis eingegangen, nichts mehr von England ein-, nach England auszuführen, und demgemäß Bestimmungen zur Hebung der Industrie und des inneren Verkehrs der Kolonien vereinbart. Man faßte auch schon die Notwendigkeit ins Auge, sich der Gewalt mit Gewalt zu erwehren; die Rüstungen dazu aber blieben den Einzelstaaten überlassen. Am geschäftigsten war natürlich Massachusetts.

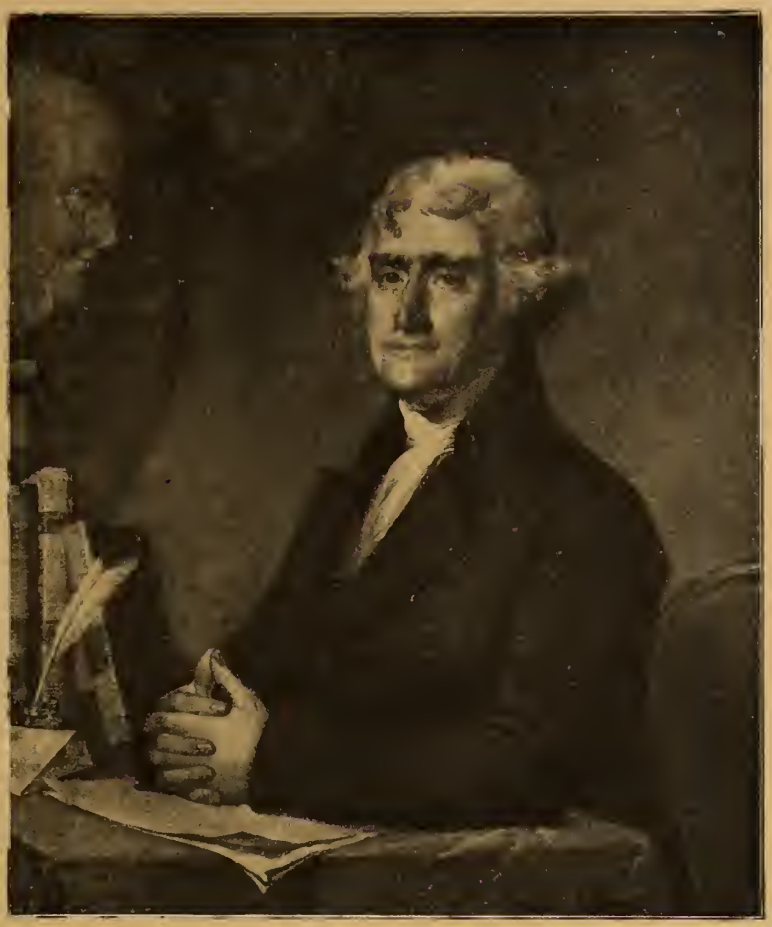
Die waffenfähigen Bürger dieser Provinz, deren Volksvertretung, obwohl in Salem aufgelöst, in Cambridge weitertagte und eine revolutionäre Regierung einsetzte, wurden mit Waffen versehen, zum Teil auch besoldet, damit sie als „Minutenleute" jeden Augenblick zur Verfügung ständen. Aber auch in den anderen Provinzen machte man sich zum Kampfe bereit. Allgemeines Gefühl war, was in der gesetzgebenden Körperschaft Virginiens bei Beratung des Antrags, die Provinz in Kriegsbereitschaft zu setzen, am 23. März 1775 ein heißblütiger Abgeordneter ausrief: „Wollen wir frei sein, so müssen wir Schlachten schlagen! Bei Gott, wir müssen Schlachten schlagen!" Bereits im Februar 1775 war vom englischen Parlament Massachusetts für im Zustande der Rebellion befindlich erklärt worden. Bei den Verhandlungen darüber warnte John Wilkes mit prophetischen Worten: „Wisset, daß man einen mit Erfolg gekrönten Widerstand Revolution nennt, nicht Rebellion; das Wort Rebellion ist auf den Rücken des Aufrührers geschrieben, der flieht, das Wort Revolution dagegen glänzt auf der Brust des siegreichen Kriegers. Wer will uns versichern, daß die Amerikaner, wenn sie einmal den Degen gezogen haben, die Scheide, nach unserem Beispiel, nicht weit von sich werfen? Und wer weiß, ob sie nicht eines Tags die Revo-

lution von 1775 feiern werden, wie wir die von 1688 feiern?“ Wilkes predigte tauben Ohren. Die Mehrheit blieb dabei, die Amerikaner förmlich zum Kampf herauszufordern.

Bei diesem Stand der Dinge konnte der erste Zusammenstoß der revolutionären Gegensätze nicht mehr lange auf sich warten lassen. Der britische Oberbefehlshaber in Boston, General Gage, gab den Anlaß zum Ausbruch des Revolutionskrieges, indem er am späten Abend des 18. April 1775 eine 800 Mann starke Kolonne ausschickte, um sich der Kriegsvorräte zu bemächtigen, die der Kongreß in dem Städtchen Concord, etwa 4 Meilen landeinwärts, untergebracht hatte. Ohne Hindernissen zu begegnen, gelangte das Detachement bis zu dem Dorfe Lexington, wo es bei Tagesanbruch eintraf und eine kleine Schar amerikanischer Milizen aufgestellt fand. Vom Führer der britischen Avantgarde zum Auseinandergehen und Niederlegen der Waffen aufgefordert, regten sie sich nicht vom Fleck. Erst als die Rotröcke aus nächster Nähe eine Salve auf sie abgaben, gingen die Amerikaner unter Zurücklassung einer Anzahl von Toten und Verwundeten zurück und feuerten nun auch ein paar Schüsse ab; der Freiheitskrieg hatte begonnen. Ohne weiterem Widerstand zu begegnen, trafen die Engländer dann in Concord ein, wo sie nach den Vorräten suchten, aber nicht mehr viel fanden. Gegen Mittag hatte sich dann von den durch Sturmläuten aufgerufenen Amerikanern eine genügende Zahl gesammelt, um zum Angriff auf eine vorgeschobene britische Abteilung schreiten zu können, die mit Verlust weichen mußte. Demnächst trat die ganze Kolonne den Rückmarsch nach Boston an. Dieser Rückmarsch aber verlief anders als der Hinmarsch. Der Weg führte durch ein bewaldetes und hügeliges Gebiet, das von Hecken und Gräben durchschnitten war. All diese natürlichen Deckungen benutzten die amerikanischen Schützen, um, selber ungesehen, die Briten unter ein wohlgezieltes Einzelfeuer zu nehmen, das bald mächtig unter ihnen aufräumte.

Von der neumodischen Taktik des Tiraillierens, die hier zum ersten Mal zwischen zwei zivilisierten Kriegführenden in die Erscheinung trat, stand nichts geschrieben in den Drillbüchern der Briten, die mit der übrigen alten Welt bloß auf den Kampf geschlossener Truppenkörper eingeübt waren. Hilflos und dezimiert, verloren sie die Haltung und begannen in regelloser Flucht ihr Heil zu suchen. Nun wäre es um sie alle geschehen gewesen, wenn sie nicht in letzter Minute hinter Lexington von bedeutenden britischen Verstärkungen mit Geschütz aufgenommen worden wären. Unter deren Schutz konnten die Gehetzten einen Augenblick verschnaufen; die Zunge hing ihnen buchstäblich aus dem Hals. Dann trat die ganze nun ungefähr 2000 Mann starke Truppenmacht den Rückzug nach Boston an, und es erging ihr nicht anders als zuvor dem kleineren Detachement. Das mörderische Feuer des ungesehen sie begleitenden und verfolgenden Feindes brachte sie außer Fassung und verwandelte den Rückzug in eine Flucht. Kapitulation der ganzen Truppe wäre das Ende gewesen, ohne die Verspätung eines amerikanischen Führers, der den Briten den Weg nach Boston hatte abschneiden sollen. So gelangten sie gegen Abend unter den Schutz der Kanonen von Boston, aber um mehr als 270 Mann geschwächt und in einem bemitleidenswerten Zustand.

Gewaltig war natürlich der moralische Eindruck der Niederlage, die den stolzen Veteranen Albions von den verachteten Milizen der Yankees beigebracht



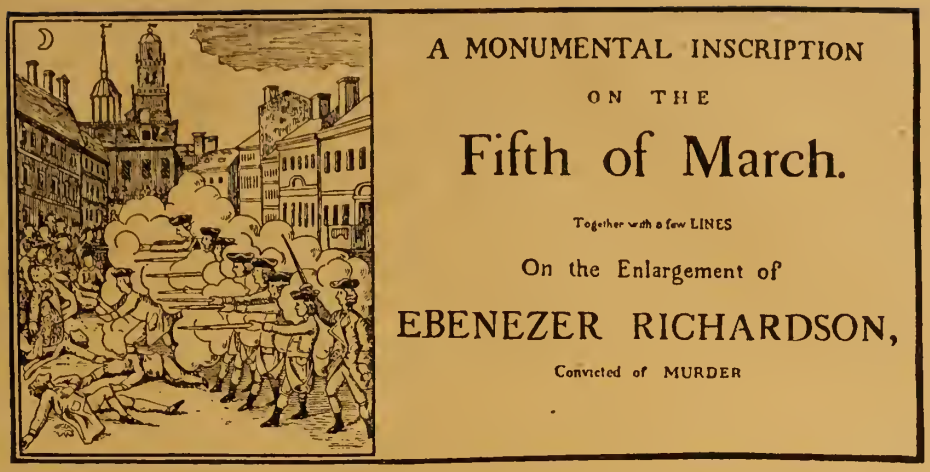
400. Thomas Jefferson, der Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung

worden war. Er äußerte sich auf amerikanischer Seite alsbald in starkem Andrang von Freiwilligen nach der Nachbarschaft von Boston, dessen Belagerung binnen wenigen Tagen ihren faktischen Anfang nahm. Die englischen Führer freilich nahmen die Einschließung zunächst nicht recht ernst. Ueber die Schlappe von Lexington tröstete sich der militärische Dünkel bald. Man glaubte, die Amerikaner getrauten sich bloß aus dem sicheren Hinterhalt zu schießen, vor offenem Kampf mit Englands glänzendsten Regimentern würden sie sich schönstens hüten; waren doch nach Eintreffen von Verstärkungen unter den Generälen Howe, Clinton und Burgoyne im Mai 10 000 Mann Militär in der Hauptstadt von Massachusetts konzentriert. Nun konnte es nicht mehr fehlen, daß die amerikanischen Milizhorden zu Paaren getrieben würden. Zuvor erließ Gage am 12. Juni großmächtigst und großmütigst eine Proklamation, worin er allen Rebellen, die sich unterwürfen, mit Ausnahme von Adams und Hancock, Pardon zusicherte; bei weiterer Widersetzlichkeit sollte nach der vollen Strenge des Standrechts verfahren werden. Die Ueberraschung der siegessicheren Engländer war also ungeheuer, als sie fünf Tage später, am 17. Juni, beim Morgengrauen die angenehme Entdeckung machten, daß diese

frechen Bauern und Bürger, anstatt unverweilt zu Kreuze zu kriechen, sich während der Nacht dreist in den Besitz der benachbarten Höhen von Breeds-Hill und Bunker-Hill gesetzt und darauf verschanzt hatten. Diese Hügel sind von der Bostoner Halbinsel durch einen ganz schmalen Meeresarm getrennt und beherrschen, militärisch gesprochen, die niedriger liegende Stadt. Wenn die Yankees sich dort, ohne vertrieben werden zu können, mit Geschütz festsetzten, so war Boston unhaltbar. Der britische Kriegsrat beschloß also unverweilt die Höhen zu nehmen. Eine Sturmkolonne von 3000 alten Soldaten wurde nach Charleston übergesetzt, erklomm die Anhöhe und gab unterwegs eine Salve nach der anderen auf die Verteidiger der amerikanischen Stellung, bloß 1200 Mann unter Prescott und Putnam, ab. Die Amerikaner antworteten nicht. Erst als die Briten in nächster Nähe waren, brach ein mörderisches Feuer los und jagte sie in die Flucht. Sie sammelten sich und rückten wieder an; der Ausgang war der gleiche. Erst ein dritter Angriff mit frischen Kräften hatte Erfolg, jedoch nur, weil den tapferen Freiheitskämpfern die Munition ausgegangen war. So war die Schlacht bei Bunker-Hill zwar ein britischer Sieg, aber ein Pyrrhussieg. Die Amerikaner hatten 453 Mann verloren, die Briten dagegen 1054, darunter nicht weniger als 157 Offiziere, auf die das Feuer der amerikanischen Scharfschützen mit Vorliebe gerichtet war.

Infolge dieses Gemetzels mußten die Engländer die Absicht der Offensive vollständig aufgeben und zufrieden sein, wenn bis zum Eintreffen von Verstärkungen, die nicht so bald zu erwarten waren, das belagerte Boston behauptet werden konnte. Da saßen sie auf engem Raum den Rest des Sommers, den Herbst und den Winter von 1775 auf 76, immer mehr vom Mangel am Nötigsten bedrängt, weil die Zufuhren zur See vollständig ungenügend waren. Derweil waren freilich auch die Belagerer nichts weniger als auf Rosen gebettet, weil dem amerikanischen Milizheer, wie leicht erklärlich, zunächst die nötige Organisation noch fehlte. Indes stand ein Mann an der Spitze des ganzen Militärwesens, der sein Möglichstes tat: George Washington, der, vom Kongreß zum Oberbefehlshaber ernannt, kurz nach der Schlacht von Bunker-Hill im Hauptquartier vor Boston eintraf. Als 1776 der Frühling nahte, waren die langen Anstrengungen der Amerikaner endlich von Erfolg gekrönt. Am 4. März ließ Washington die Höhen von Dorchester, die Boston von Südosten her beherrschen, in der Nacht besetzen und verschanzen. Es war wieder die Situation wie bei Bunker-Hill, aber mit dem Unterschied, daß die Engländer nicht imstande waren, die Amerikaner zu vertreiben und demgemäß am 17. März Boston auf ihren Schiffen verlassen mußten, begleitet von 1100 Royalisten, die die Rache der siegreichen Republikaner zu fürchten Anlaß hatten. „Einige haben sich umgebracht," schrieb Washington, „sie hätten dies schon längst tun sollen". Und einer der befreiten Bostoner schrieb in sein Tagebuch: „Möge die Luft dieser herrlichen Hauptstadt niemals mehr durch den schlechten Atem jener Königlichen verpestet werden."

Aus solchen Aeußerungen spricht ein heißer Ingrimm über die Amerikaner, die es mit England hielten, die sogenannten „loyalists", d. h. Treugesinnten. Ihr Kern bestand aus einem Teil der besitzenden Klassen und zwar der Schicht, die vor dem revolutionären Umschwung als Anhang der Gouverneure in Amt und Würden gewesen war, und aus solchen Ordnungsfanatikern, die über „Pöbel-



401. Das Boston-Massacre. Titelkopf eines zeitgenössischen Flugblattes

herrschaft" jammerten. Den loyalists ging es vielfach sehr übel, da man sie als Verräter haßte, zumal sie bald in größeren Mengen auf englischer Seite am Kampf teilnahmen; von persönlichen Mißhandlungen, wie Teeren und Federn, abgesehen, erging auch bald allenthalben Eigentumskonfiskation über sie. Die Selbsthilfe, zu der die Patrioten vielfach griffen, erregte auch bei besitzenden Anhängern der Revolution viel Anstoß. Ueberhaupt war es da vielen unheimlich, daß energische Männer aus den unteren Schichten der Bevölkerung nun im öffentlichen Leben eine bedeutende Rolle zu spielen begannen. Das Mißbehagen darüber klingt noch bei neueren amerikanischen Geschichtschreibern nach; so bezeichnet S. G. Fisher den „Aufstieg der unwissenden Klassen zur Macht" als eines der ersten Ergebnisse der revolutionären Bewegung: „Flickschuster und Handwerker wurden Kaufleute und Obersten oder erlangten Stellungen in Staatsregierungen . . . In einigen der Kolonien fegten die unwissenden Klassen, die nie an der Macht gewesen waren, alles vor sich her." Von der Revolutionsarmee vor Boston berichtet ein amerikanischer Augenzeuge, daß keiner der Subalternoffiziere zu den oberen Klassen der Kolonialgesellschaft gehört habe. Das war für die nobeln Engländer öfter ein Gegenstand der Belustigung, so, als sie bei einem unglücklichen Angriff der Amerikaner auf Quebec, zu Ende des Jahres 1775, eine größere Anzahl von Gefangenen machten. „Sie können keine Vorstellung haben," schrieb Major Caldwell, „aus was für einer Art Menschen ihre Offiziere bestanden. Von denen, die wir gefangen nahmen, war ein Major Grobschmied, ein anderer Hutmacher, unter ihren Hauptleuten gab es einen Schlächter, einen Gerber, einen Schuhmacher, einen Gastwirt usw.; doch behaupteten sie, Gentlemen zu sein." So wird auch noch bei späterer Gelegenheit das homerische Gelächter der britischen Offiziere berichtet, als so und so viele zerlumpte Bauern sich als Hauptleute bezeichneten. Indes ist es den feinen Herren sicher nicht zum Lachen gewesen, als sie sich mit solchen plebejischen Offizieren bei Lexington und Bunker Hill messen und schließlich Boston vor ihnen räumen mußten.

Unter dem frischen Eindruck dieses Erfolges trat im Mai 1776 der Kontinentalkongreß zum vierten Mal in Philadelphia zusammen. Die Tagung begann

402. John Hancock, Präsident des ersten Kongresses der 13 vereinigten Staaten von Amerika

in gehobener Stimmung und zeitigte die nachträgliche Erklärung dessen, was tatsächlich bereits vollzogen war, die formelle Loslösung der Kolonien vom Mutterland, ihre definitive Absage an König und Parlament. Am 7. Juni brachte der virginische Abgeordnete Henry Lee den Antrag ein, der Kongreß möge beschließen, daß die Vereinigten Kolonien freie und unabhängige Staaten seien, die von jeder Untertanenpflicht gegen die englische Krone entbunden, alle staatliche Verbindung mit dem britischen Reich für immer aufhöben. Demgemäß beschloß der Kongreß am 10. Juni und ernannte eine Kommission, die eine motivierte Unabhängigkeitserklärung entwerfen sollte. Die Abfassung des Schriftstücks wurde dem federgewandten jungen Südländer Thomas Jefferson übertragen. Seine Arbeit fand — mit einigen Abänderungen — die Zustimmung der Kommission und des Kongresses, der am 4. Juli 1776 das berühmte Aktenstück zum Beschluß erhob. Nach voraufgeschickten Erwägungsgründen zieht es das Fazit: „Wir, die Repräsentanten der Vereinigten Staaten Amerikas, im allgemeinen Kongreß versammelt, erklären deshalb, indem wir den obersten Richter der Welt zum Zeugen der Gerechtigkeit unserer Absichten anrufen, im Namen und durch die Befugnis des guten Volkes dieser Kolonien und machen feierlich bekannt, daß diese vereinigten Kolonien freie und unabhängige Staaten sind und von Rechts wegen sein sollen; daß sie allen Gehorsams gegen die britische Krone entbunden, daß alle politischen Bande zwischen ihnen und dem Staate Großbritannien vollkommen aufgehoben sind und aufgehoben sein sollen; daß sie als freie und unabhängige Staaten volle Macht besitzen, Krieg zu führen und Frieden zu machen, Bündnisse einzugehen, den Handel zu regulieren und alles andere vorzunehmen, was unabhängige Staaten von Rechts wegen tun dürfen."

Der ökonomische Hintergrund dieser Sätze tritt schon in dem Hinweis auf Regelung des Handels zu Tage. In diesem Zusammenhang sind auch voraufgegangene wirtschaftliche Maßregeln des Kongresses von Interesse. Schon im Januar 1776 nämlich ließ er alle Zollhäuser schließen und sämtliche amerikanischen Häfen für die europäischen Staaten zollfrei öffnen. Wie wichtig den Patrioten diese Einladung an alle Welt zum Handel mit Amerika war, ersieht man aus Thomas

Paines kurz zuvor erschienener Schrift: „Gesunder Menschenverstand", die weiteren Kreisen die Ideen und das Programm der Unabhängigkeitsbewegung näher bringen sollte. Da wird als „unser Plan" Handel angegeben und weiter gesagt, daß Amerika zum Vorteil von ganz Europa Freihafen sein müsse, Europa hingegen Marktplatz von Amerika. Vorausgeschickt ist den nüchternen Erwägungen, in die Paines Schrift ausläuft, eine theoretische Ableitung des Rechts auf Revolution im englischen Stil des 17. Jahrhundert, wobei Gleichheit, Gesellschaftsvertrag usw. die Grundlage bilden. Darauf fußt nun auch die Unabhängigkeitserklärung.

Ihrem Schluß geht eine schwungvolle Begründung voraus, die in ihrem Verlauf die einzelnen Anklagen Amerikas gegen Georg III. und das englische Parlament erhebt, zum Ausgangspunkt aber allgemeine Grundsätze nimmt, wie sie tatsächlich noch in keinem Lande der alten Welt praktische Geltung hatten, hier aber als ewiges Menschenrecht in Anspruch genommen wurden: „Alle Menschen seien gleich. Sie besäßen unveräußerliche Rechte, unter anderm das Recht auf Leben, Freiheit und ein glückliches Dasein. Um diese Rechte zu sichern, würden Regierungen angeordnet; sie bedürften der Zustimmung der Regierten. Zerstöre eine Regierung diese unveräußerlichen Rechte, so seien die Völker befugt, solch eine Regierung zu ändern oder ganz aufzuheben. Sie könnten neue Regierungen einrichten, nach solchen Grundsätzen und in solcher Weise, wie es am besten erscheine für ihre Sicherheit und ihre Wohlfahrt." Welche Erwägung dafür maßgebend war, daß die Berufung auf die Volkssouveränität und das Recht auf Revolution als allgemeines Menschenrecht an die Spitze der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung gesetzt wurde, hat ihr Verfasser Thomas Jefferson als alter Mann einmal ausgesprochen: „Diese Schrift sollte der Welt ein Feuerzeichen bleiben, um die Ketten zu brechen, welche mönchische Unwissenheit und Aberglaube ihr über den Nacken gelegt haben. Mögen die Menschen endlich einsehen, daß sie nicht mit Sätteln auf dem Rücken geboren sind, damit sich einige legitime Reiter darauf setzen, ihre Sporen und Peitschen nach Belieben gebrauchen können. Der Mensch soll seinen Verstand und seine Fähigkeiten ausbilden, auf daß er der Selbstregierung teilhaftig werde, zu der er geboren ist."

Wie unendlich weit die Menschheit in der alten Welt noch davon entfernt war, jene Rechte in Anspruch zu nehmen, ward den Amerikanern bald genug eindringlichst vor Augen geführt, und zwar in Gestalt jener unglücklichen Deutschen, die von ihren biederen Landesvätern an England verkauft wurden, um als Schlachtvieh nach Amerika verfrachtet zu werden. In der Thronrede, womit Georg am 26. Oktober 1776 das Parlament eröffnete und zur Anspannung aller Kräfte gegen die „verzweifelte Verschwörung und allgemeine Rebellion" der 13 Kolonien scharf machte, auch sämtliches amerikanische Eigentum für gute Beute erklärte, war das saubere Handelsgeschäft bereits angekündigt und in der Antwortadresse des Unterhauses von einer großen Mehrheit gebilligt worden. Die braven Landesväter von Hessen-Kassel, Braunschweig, Anhalt usw. rechneten es als einen Teil ihres göttlichen Rechtes, ihre Untertanen ins Ausland zu verschachern, damit ein fürstliches Finanzwesen saniert, d. h. mehr Kleingeld zum standesgemäßen Verjuxen beschafft werde. Daß die fürstlichen Schandbuben das offerierte Blutgeld schmunzelnd einsackten und seit 1776 für die britischen Millionen an die

30 000 Mann deutscher Landeskinder nach Amerika ans Messer lieferten, ist bei den sonstigen moralischen Qualitäten jener lieblichen Menschengattung weiter nicht verwunderlich. Dagegen ist es ein erstaunliches Zeugnis von hindumäßiger Unterwürfigkeit, daß die Verschickung der Unglücklichen nur von vereinzelten, rasch unterdrückten Meutereien begleitet war.

Die Masse ließ sich auch in Amerika stumpfsinnig gegen die Freiheitskämpfer als Schießmaschine gebrauchen und zeigte dabei die zu derartig sklavischem Wesen gehörige brutale Unmenschlichkeit in solchem Maße, daß die „Hessen", wie man auf amerikanischer Seite die deutschen Mietlinge nach ihrer zahlreichsten Kategorie nannte, sich den tödlichsten Haß der Republikaner erwarben. Demgegenüber sei jedoch auch die für das deutsche Volk ehrenvollere Tatsache nicht verschwiegen, daß die bereits äußerst zahlreichen Deutsch-Amerikaner ihre Menschenrechte und -pflichten besser begriffen hatten, indem sie es durchweg mit der guten Sache ihrer neuen Heimat hielten und ganze deutsche Regimenter bildeten, die mit großer Auszeichnung fochten.

Im Frühling des Jahres 1776 kreuzten zahlreiche Transportschiffe mit deutschen und englischen Truppen den Atlantischen Ozean, so daß zu Anfang des Sommers die Stärke des britischen Heeres von 10 000 auf 30 000 Mann gestiegen war. Das war gewiß nach wie vor herzlich wenig, um ein freiheitsliebendes Volk von 3 Millionen Seelen zu unterjochen. Die englische Heeresleitung konnte aber doch wenigstens augenblickliche und lokale Erfolge erringen, da die englische Flotte das Meer beherrschte. Dadurch war es möglich, die ganze verfügbare Macht überraschend an einen Punkt der langgestreckten Küstenlinie zu werfen und den Yankees mit großer Ueberlegenheit entgegenzutreten, da es für die amerikanische Heeresleitung naturgemäß unmöglich war, zu Lande rechtzeitig eine ebenbürtige Truppenmacht an jeden bedrohten Punkt zu werfen, zumal die dauernd unter Waffen gehaltene Armee insgesamt nicht übermäßig stark war. Trugen aber die Briten zur Ausnutzung des in der Nähe der Küste errungenen Vorteils ihre Waffen ins Innere, so mußte sich das Kräfteverhältnis allmählich umkehren. Die amerikanischen Milizen strömten zur Bekämpfung des Feindes zusammen und bedrohten gleichzeitig seine immer längeren Verbindungslinien. Von dem dünnbevölkerten und planmäßig ausgeräumten Lande konnte er nicht leben und mußte sich schließlich vor die Alternative gestellt sehen, entweder rechtzeitig den Rückzug anzutreten oder eine Katastrophe zu riskieren. Beide Fälle sind zu verzeichnen. Ende August 1776 landeten die Engländer auf Long Island und schlugen die Amerikaner unter General Putnam in der Nähe von Brooklyn. Die Folge war, daß Washington Neuyork preisgeben und den Rückzug ins Innere antreten mußte — zunächst den Hudson aufwärts, dann südwärts bis aufs rechte Ufer des Delaware. Der Kongreß im nahen Philadelphia fühlte sich nicht mehr sicher und verzog sich nach Baltimore. Aber General Howe war so bald nicht in der Lage, die Bundeshauptstadt zu besetzen.

Weil Washington auf dem Delaware alle Fahrzeuge hatte beseitigen lassen, mußten die Engländer auf dem linken Ufer stehen bleiben und abwarten, bis im Winter das Zufrieren des Stromes den Uebergang ermöglichen würde. Dazu ist es aber nicht gekommen, weil Washington zuvor angriff.

Am Weihnachtstag des Jahres 1776 überschritten die Amerikaner in der Nacht auf Booten trotz starken Eisganges den Delaware und überfielen in der Frühe die schlaftrunkenen Hessen, denen sie einen Verlust von 1000 Mann, hauptsächlich Gefangenen, beibrachten. Zehn Tage später (3. Januar 1777) gelang Washington eine neue Ueberrumpelung bei Princeton, wobei die Engländer wieder schwere Verluste erlitten. Die Folge war, daß General Howe unter Verzicht auf alle Früchte seines Sieges bei Brooklyn die ganze Provinz New Jersey räumte und nach Neuyork zurückging. Im Herbst erst unternahm er einen neuen Versuch von neuem Ausgangspunkt auf das alte Ziel Philadelphia. Die Landung erfolgte nicht in der Delaware-, sondern in der Chesapeakbucht. Die viel schwächeren amerikanischen Streitkräfte wurden am Brandywine (16. September 1777) überwältigt, und zwölf Tage später zog General Howe hochgemut in die Bundeshauptstadt ein. An der Themse war darob eitel Freude, als wenn nun wirklich etwas ausgerichtet wäre, als wenn das Quäkernest militärisch-politische Bedeutung im europäischen Sinne besitze. Wie gefährdet tatsächlich die englische Situation in Philadelphia war, bewies binnen anderthalb Wochen das Gefecht bei German Town, wo Washington ein vorgeschobenes Korps der Briten abzuschneiden suchte und nur infolge eines unerwarteten Nebels einen Mißerfolg zu verzeichnen hatte.

403. Amerikanischer General Putnam

Howe traute der Kriegslage so wenig, daß Washingtons Armee in Valley Forge, nur fünf Wegstunden von Philadelphia, unbehelligt überwintern konnte. Die Republikaner hatten da allerdings viel auszustehen, aber nicht infolge feindlicher Unternehmungen, sondern weil die bitterste Not unter ihnen herrschte. Es fehlte ihnen an den notwendigsten Lebensbedürfnissen, ein Uebelstand, der sich schon vorher geltend gemacht hatte, auch weiterhin fortdauerte und ihre Operationsfähigkeit vielfach in solchem Maß lähmte, daß der schleppende Verlauf und die mehr als siebenjährige Dauer des Krieges sich viel mehr aus den ökonomischen Umständen

erklärt, als aus den militärischen Schachzügen der Engländer. Die wirtschaftliche Situation des Landes hatte sich bei der Beherrschung der See durch die Briten so gestaltet, daß von Auslandshandel so gut wie keine Rede mehr war. Indes beschäftigte sich die seefahrende Bevölkerung großenteils mit einem ertragreichen Kaperkrieg gegen englische Kauffahrteischiffe, der dem englischen Handel schwere Wunden schlug. Der Ackerbau wurde durch den Krieg, der bloß kleine Teile des Landes wirklich berührte, nur wenig behindert. Schlimm war die gewerbetreibende Bevölkerung daran; denn der Krieg rief zwar Manufakturen zur Befriedigung militärischen Bedarfs hervor, andererseits aber wurde der Warenumlauf bald gelähmt durch Mangel an vollwertigen Zirkulationsmitteln.

Der Kongreß war, des Rechts der Steuerauflegung entbehrend, zur Aufbringung der Kriegskosten dazu übergegangen, Kreditscheine auszugeben, die bald ein Papiergeld mit Zwangskurs wurden, bei steigender Menge und Mangel an sicherer Deckung dann rasch im Kurs sanken. Anfang der 80 er Jahre waren die Kreditscheine, die bald allein, in einer Menge von nominell 160 Millionen Dollars, umliefen, auf ein Vierzigstel ihres Nennwertes heruntergekommen. Schon zur Zeit des Lagers von Valley Forge meinte Washington einmal, ein Wagen voll Papiergeld reiche kaum hin zur Bezahlung einer Wagenladung Lebensmittel. Versuche, ein Preismaximum für notwendige Bedürfnisse gesetzlich festzulegen, halfen ebensowenig wie Requisitionen. Am meisten litt unter diesem Stand der Dinge alles, was auf Lohn angewiesen war, darunter auch die Soldaten. Dagegen blühte bei den Kurstreibereien der Weizen des Spekulantentums, das gräulich um sich griff. Vor- und Aufkäufer spielten eine große Rolle, und die Armeelieferanten schlugen aus dem Hunger und der Blöße der Armee Kapital. Washington ist in seiner Korrespondenz über dieses wucherische Treiben außer sich. Immer wieder klagt er über die Spekulanten, Erpresser, Monopolisten, Vor- und Aufkäufer. Er bezeichnet sie als die Pestbeulen der Gesellschaft und spricht als seinen Herzenswunsch aus, daß zur Abschreckung die schlimmsten an den Galgen müßten. Aber seine Rufe nach Bestrafung verhallten ungehört. Munkelte man doch, daß viele Mitglieder des Kongresses selber der Korruption verfallen seien. Washington behauptet wiederholt geradezu, daß die Spekulanten einer raschen Beendigung des Krieges im Wege ständen, weil sie ein Interesse an seiner Fortdauer hätten. Unbestreitbar ist zweifellos, daß Washingtons fabische Kriegführung sich aus den materiellen Kalamitäten erklärt. Auf die ökonomischen Umstände besonders ist auch zurückzuführen, daß selbst auf einen so großen Erfolg kein baldiger Abschluß des Kampfes folgte, wie ihn zur Zeit der Einnahme von Philadelphia die Republikaner auf dem nördlichen Kriegsschauplatz über General Burgoyne davontrugen.

Hier mußte die Hauptentscheidung fallen, denn alles übrige bedeutete gar nichts, solange der Hauptherd der Revolution, die Neuenglandstaaten mit Massachusetts, nicht von den übrigen Kolonien abgesondert und im einzelnen erobert waren. Dies sollte von Kanada aus Burgoyne mit 9000 Mann erreichen. Er bemächtigte sich (6. Juli 1777) des Forts Ticonderoga am Champlainsee und drang dann den Hudson abwärts nach Süden vor. Wenn es ihm gelang, Clinton, der in Neuyork stand und nordwärts marschieren sollte, die Hand zu reichen, so waren die Neuenglandstaaten abgeschnitten. Ueber dieses

404. Die Kapitulation von Saratoga

„Wenn" ist Burgoyne gestolpert. Wohl trieb er zunächst schwache amerikanische Streitkräfte vor sich her, aber je weiter er kam, um so zahlreicher umschwärmten ihn amerikanische Milizen, die das barbarische Wüten der Eindringlinge massenhaft zu den Waffen trieb, und um so mehr wuchsen die natürlichen Hindernisse in Gestalt von Sümpfen, künstliche in Gestalt von Verhauen, während gleichzeitig keine Lebensmittel aufzutreiben waren: die Amerikaner schleppten das alles beizeiten fort. Ein Versuch Burgoynes, aufgestapelte Vorräte der Amerikaner durch eine dazu ausgesandte Kolonne wegnehmen zu lassen, bescherte ihm am 16. August die erste Niederlage durch Neuyorker Milizen unter General Stark. Dann lag Burgoyne in Erwartung von Proviant aus Kanada einen Monat stille. Am 19. September unternahm er einen Angriff auf die verschanzten Amerikaner und wurde zurückgeworfen. Seitdem jagte ein Gefecht das andere und die Briten zogen gewöhnlich den kürzeren; denn das Gelände war der Taktik der amerikanischen Schützen, die sich bei Lexington zuerst bewährt hatte, ausnehmend günstig.

Zunehmender Mangel an Lebensmitteln zwang den englischen General am 7. Oktober zum entscheidenden Kampf auf den Bemushügeln bei Saratoga. Schwere Verluste, vor allem an Offizieren, die von den im dichten Urwald versteckten Schützen weggepfeffert wurden, und eine entscheidende Niederlage war das Ergebnis der Schlacht. Die Briten flüchteten nach Saratoga und waren so erschöpft, daß sie sich im strömenden Regen zu Boden warfen, ohne Zelte aufzuschlagen und Feuer zu machen. Auf allen Seiten von den Streitkräften des amerikanischen Generals Gates eingeschlossen und mit seinen Lebensmitteln zu Ende, mußte

Burgoyne kapitulieren; den 17. Oktober 1777 ward die denkwürdige Uebergabe von Saratoga abgeschlossen. Dieser herrliche Sieg der Demokratie und ihrer Milizen über die wohlgedrillten Mietlinge der herrschenden Kreise von Großbritannien hatte überaus schwerwiegende Folgen. Auf dem Kriegsschauplatz zunächst die, daß Clinton, der sich auf dem Marsch nach Norden, Burgoyne entgegen, mit barbarischem Verwüsten des Landes vergnügt hatte, schleunigst nach Neuyork zurückeilen mußte, um nicht das Los seines Kameraden zu teilen. An Howes Stelle zum britischen Oberbefehlshaber aufgerückt, hatte Clinton als dringendste Aufgabe des Feldzugs von 1778 die Konzentrierung der geschwächten Gesamtmacht in Neuyork durchzuführen. Das aber bedeutete die Räumung von Philadelphia und Pennsylvanien, die im Juni unter heftiger Verfolgung von Seiten Washingtons noch eben bewerkstelligt werden konnte. Das ganze Land, mit Ausnahme des einen Hafenplatzes Newyork, war frei vom Feinde.

Drüben in England, wo man sich wegen der Scheinerfolge Howes und Burgoynes in den sicheren Glauben gewiegt hatte, die völlige Niederwerfung der Rebellen stehe vor der Türe, wirkte die Hiobspost von Saratoga wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Selbst den dickköpfigsten Vätern der bisherigen Politik, dem König und seinen Ministern, ging nun ein Licht auf, daß es allerhöchste Zeit sei, den Amerikanern weitgehende Zugeständnisse zu machen. Den 17. Februar 1778 brachte Lord North im Parlament Versöhnungsvorschläge ein, die einen Verzicht auf alle bisherigen Ansprüche der Steuerauflage bedeuteten und den Stand der Dinge wiederherstellen sollten, wie er vor 1763 gewesen war. Damit war jetzt natürlich bei den Yankees nichts mehr zu erreichen. Nach allem, was geschehen war, mußten unbedingt auch alle früher gelittenen Einschränkungen des kolonialen Selbstbestimmungsrechts, bis zur Navigationsakte zurück, fallen, und somit war für die Kolonien Anerkennung ihrer Unabhängigkeit Vorbedingung jedes Friedens. Im Londoner Parlament machten sich bereits gewichtige Stimmen geltend, die angesichts der Aussichtslosigkeit des Krieges dazu rieten, in die völlige Trennung zu willigen. Mutmaßlich wäre die Einsicht in die Notwendigkeit, sich diesem Unvermeidlichen zu fügen, eher allgemein geworden, als es tatsächlich geschehen ist, wenn nicht die Lage durch ein Ereignis kompliziert worden wäre, das gewöhnlich als eine besonders segensreiche Folge des Sieges von Saratoga und als ein besonders glänzender Erfolg Franklinscher Diplomatie gefeiert wird: das Zustandekommen eines Bündnisses zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich (6. Februar 1778), bald auch Spanien und schließlich Holland gegen England.

Frankreich hatte schon seit Jahren die amerikanischen Revolutionäre unter der Hand unterstützt, indem ihnen die Regierung insgeheim Geldmittel zugehen ließ und das Einlaufen amerikanischer Kaperschiffe samt Prisen, das Auslaufen von Fahrzeugen mit Kriegsvorräten und Freiwilligen aus französischen Häfen stillschweigend duldete. Unter diesen Freiwilligen, die teils Freiheitsliebe, teils Ehrgeiz über den großen Teich führte, ist besonders der junge Marquis Lafayette bekannt geworden. Der europäische Zuzug rekrutierte sich übrigens auch aus anderen Ländern. So hat sich der ehemalige preußische Offizier v. Steuben um die Organisation des Bundesheeres große Verdienste erworben, der Pole Kosziusko zum Erfolg

der Operationen bei Saratoga wesentlich beigetragen. Jene Begünstigung der amerikanischen Freiheitskämpfer durch die französische Regierung und auch das Bündnis mit ihnen waren in Frankreich bestimmt sehr volkstümlich, aber aus Beweggründen, die mit denen des Kabinetts von Versailles schlechterdings nichts gemein hatten. Im französischen Volke herrschte große Begeisterung für die Amerikaner, weil sie Republikaner waren und ihre demokratischen Grundsätze als allgemeine Menschenrechte proklamierten. Was man sich selbst wünschte, dem sollte zunächst jenseits des Ozeans zur Geltung verholfen werden. Mit solchem demokratischen Kosmopolitismus hatte der französische Absolutismus selbstverständlich schlechterdings nichts gemein. Den verantwortlichen Staatsleitern ging es bloß darum, die Gelegenheit wahrzunehmen, daß das meerbeherrschende Albion seine koloniale und kommerzielle Ueberlegenheit einbüße, daß insbesondere die amerikanische Kundschaft an Frankreich übergehe und daß überhaupt der alte Handelskrieg mit England unter günstigeren Chancen von neuem durchgefochten werde. Damit aber war, weil der Vertrag mit Frankreich bestimmte, daß die Verbündeten nur gemeinsam Frieden schließen sollten, die Beendigung des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges von Faktoren abhängig geworden, die mit seinem eigentlichen Wesen nichts zu tun hatten. Und England, das nun um seine ganze bisherige Weltstellung kämpfte, mußte auch den Krieg in Amerika fortsetzen, obschon er keine Aussichten bot.

405. George Washington

Das französische Bündnis war in Amerika von vornherein keineswegs besonders volkstümlich; in den Neuenglandstaaten wenigstens wollte man gar nichts davon wissen. Rasche militärische Erfolge hätten es vielleicht bald populärer gemacht. Die blieben aber zunächst aus, weil die englische Marine im allgemeinen das Uebergewicht zur See behauptete und das französische Landungskorps nur schwach war. Der Krieg hat sich in den Jahren 1779 und 1780 schleppend

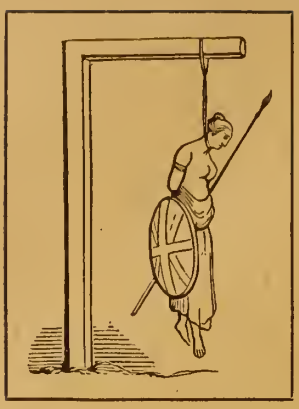
bewegt. Im Norden, wo Washington bei Neuyork Clinton gegenüberstand, geschah nichts Erhebliches. Das aufregendste Ereignis war hier die Verräterei des amerikanischen Generals Arnold, der sich den Engländern verkauft hatte. Seine Machenschaften kamen noch rechtzeitig heraus und brachten den jungen englischen Major André, der mit ihm unterhandelt hatte, als Spion an den Galgen, während es Arnold gelang, sich ins britische Lager zu retten (1779). Im Süden machten die Engländer unter Cornwallis den fruchtlosen Versuch, die beiden Carolinas zu erobern; sie konnten aber das dünnbevölkerte Land trotz einzelner Erfolge nicht besetzen und mußten schließlich im Herbst 1781 nach schweren Niederlagen den amerikanischen Guerillas bis auf Charleston alles wieder preisgeben. Mittlerweile aber fiel endlich auch eine wirkliche Entscheidung. Cornwallis mit 7000 Mann ließ sich 1781 durch Lafayette, der sich bei dieser Gelegenheit ein wirkliches Verdienst erwarb, nordwärts nach Virginien locken, bis er bei Yorktown die Meeresküste erreichte. Weit entfernt davon, zu merken, daß er genasführt werde, glaubte Cornwallis den vollen Sieg vor Augen: „Der Knabe Lafayette", schrieb er ans Ministerium, „kann mir nimmermehr entrinnen. Ist dieser Schlag geschehen, so ist der ganze Süden in unseren Händen. Baltimore wird dann leichten Kaufes gewonnen. Hierauf ziehen wir nach Philadelphia, verjagen den Kongreß und vereinigen uns mit der von Neuyork herbeieilenden Land- und Seemacht . . . "

Derweil war das Netz schon im Begriff, sich um ihn zusammenzuziehen. Während eine französische Flotte ihn zur See abschnitt, belagerte ihn Washington und der Franzose Rochambeau zu Lande, und binnen drei Wochen mußte er sich mit seinen Truppen ergeben (17. Oktober 1781). Die Kapitulation von Yorktown bedeutete das faktische Ende des Krieges, obschon bis zum formellen Friedensabschluß noch beinahe zwei Jahre verstrichen. Das Ministerium bramarbasierte zwar noch bei Beginn der Parlamentssession von 1782 davon, ausharren und einen „Postenkrieg" führen zu wollen. Aber nun verweigerte ihm ein großer Teil seiner bisherigen Gefolgschaft in der Erkenntnis, daß England von diesem zweiten siebenjährigen Kriege über und übergenug habe, weitere Unterstützung. Im März 1782 erklärte das Unterhaus auf Antrag des Generals Conway, daß alle, die Sr. Majestät zur Fortsetzung des amerikanischen Krieges rieten, als „öffentliche Feinde" angesehen werden sollten. Der König, der noch vor kurzem an Lord North geschrieben hatte, er werde nie seine Zustimmung zu einem Verzicht auf Amerika geben, mußte sich vor der parlamentarischen Mehrheit beugen und sein bisheriges Kabinett entlassen. Am 30. November 1782 kam ein Präliminarfriede zustande, der die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten enthielt und durch den allgemeinen Frieden von Paris und Versailles am 3. September 1783 endgültig wurde, nachdem sich inzwischen auch die übrigen Verbündeten mit England verglichen hatten.

Damit trat an die Seite der bestehenden Großmächte eine neue, die auf ganz anderer Grundlage beruhte, als die übrigen alle: eine dem Prinzip nach demokratische Republik, insofern sie in feierlicher Proklamation die Gleichheit aller Menschen für ihr Fundament erklärt hatte. Mit der praktischen Durchführung dieses erhabenen Grundsatzes haperte es freilich von vornherein ganz gewaltig.

Unter der weißen Bevölkerung zwar existierten noch nicht so scharf ausgeprägte Klassengegensätze wie in England. Es gab hier wohl Kapitalisten und Großgrundbesitzer, aber nicht eine Klasse dauernd besitzloser Proletarier. Das Land war noch so dünn bevölkert, daß es auf lange hinaus spottbilligen und selbst ganz unentgeltlichen Raum zur Ansiedlung bot, daß nach Arbeitskräften fortgesetzt große Nachfrage und darum der Stand der Löhne außerordentlich hoch war. Hier durfte schließlich jeder hoffen, es zu etwas zu bringen. Das hinderte aber nicht, daß Klasseninteressen und -gegensätze sich mit großer Schärfe geltend machten, als die Vereinigten Staaten sich 1787 nach langen Vorberatungen und vielen partikularistischen Streitigkeiten auf dem Konvent von Philadelphia die bundesstaatliche Verfassung gaben, die im wesentlichen heute noch gilt. Die Zentralgewalt verdankte ihre Entstehung wesentlich den wirtschaftlichen Interessen der besitzenden Klassen, besonders des Handelskapitals. Einmal war es bei dem bisherigen Mangel wirtschaftspolitischer Einheit unmöglich, Handelsverträge vor allem mit England zu erzielen. Auch bestand schon ein Verlangen nach einem Schutzzolltarif zur Beförderung einheimischer Manufakturen. Der stärkste Hebel für das Zustandebringen einer starken Unionsregierung war aber die Angst, in die letzhin die Geldleute vor den sozialen Gegensätzen, besonders in Neu-England, geraten waren.

Diese hatten hier ein paar Jahre nach dem Krieg eine außergewöhnliche Schärfe angenommen und zwar größtenteils infolge von Verschuldung, der weite Volkskreise, zumal auch viele Farmer, in dem Drang der Revolution verfallen waren. Diese Schulden, die gemäß dem damaligen Tiefstand der Papiergeldkurse auf sehr hohe Ziffern gelautet hatten, waren unerschwinglich, wenn sie nun in anderem Geld eingetrieben werden sollten. Uebrigens waren weiter unzähligen Leuten nach erfolgtem Friedensschluß von der Kaufmannschaft auf Kredit Manufakturwaren aufgenötigt worden, mit denen die englische Geschäftswelt Amerika überschwemmte. Das Ende vom Liede war schwere Bedrängnis und hochgradige Unzufriedenheit großer Mengen von verschuldeten Farmern und Lohnarbeitern. 1786 bis 1787 kam es in New-Hampshire, Rhode Island, Vermont und vor allem in Massachusetts zu heftigen Zusammenstößen der sozialen Gegensätze. In Massachusetts erhoben sich 12 bis 15 000 Mann zum bewaffneten Aufstand. Einer der Führer, Shattuck, forderte Aufhebung aller Schulden; man müsse von vorne anfangen. Ein Freund Washingtons, General Knox, bezeichete als Glaubensbekenntnis der Insurgenten, daß das Eigentum der Vereinigten Staaten, da es durch die vereinten Anstrengungen aller vor der Konfiskation durch die Engländer beschützt worden sei, auch das gemeinsame Eigentum aller sein müsse. Knox meint weiter, sie wollten alle Schulden aufheben und Ackergesetze einführen, wozu die Ausgabe von Papiergeld dienen solle. Tatsächlich verlangten in New-Hampshire, wo es auch heftige Ausbrüche gab, die Unzufriedenen Papiergeld, gleiche Verteilung des Eigentums, Aufhebuug der Schulden und Erleichterung der Steuerlast. In Rhode Island wurde auch Verstaatlichung des Handels gefordert, um der Ausbeutung durch das Kaufmannskapital ein Ende zu machen. Die Bewegung unterlag schließlich überall, zum Teil nach Anwendung von Waffengewalt. Solche wurde besonders in Massachusetts gegen die dortigen Aufständischen unter Daniel Shays gebraucht, nach dem man die ganze Bewegung gewöhnlich Shays' Rebellion



406. Die englische Freiheit am Galgen

nennt. Sie flößte große Angst ein, daß z. B. Madison, der später (1809 bis 1817) Präsident der Vereinigten Staaten gewesen ist, die amerikanische Gesellschaft fast als verloren ansah. Unter solchen Umständen tagte und beschloß der Konvent, und es begreift sich, daß er es als ein Parlament von Besitzenden besonders auch deshalb auf eine starke Zentralgewalt absah, um Sicherheiten für das Eigentum zu schaffen. Daraus erklären sich auch solche konservativen Bestandteile der Bundesverfassung, wie das Suspensivveto des Präsidenten und wie der neben das Haus der Repräsentanten gesetzte Senat. Ueber diesen sagte Madison in den Debatten, er solle dazu dienen, die Minorität der Reichen gegen die Majorität zu schützen. Er war als Gegengewicht gegen die eigentliche Volksvertretung gedacht, die man sich schließlich doch nicht in ausdrücklichen Worten auf ein Geldsackwahlrecht zu basieren traute, obwohl der Wunsch bei vielen Mitgliedern des Konvents vorhanden war. Aber der Paragraph der Verfassung, der bestimmte, daß die Repräsentanten vom Volk gewählt werden sollten, blieb doch noch lange insofern eine leere Redensart, als bei den Wahlen zum Kongreß in den verschiedenen Staaten das Wahlrecht zum Staatsparlament gelten sollte, womit denn faktisch auf Umwegen doch wieder die Eigentumsklausel eingeschmuggelt war. Allerdings setzte bald schon in den Einzelstaaten die Tendenz zur Erweiterung des Wahlrechts ein. Mit am ersten begann die Demokratisierung merkwürdigerweise in dem zuvor stark aristokratischen Virginien, freilich in Beschränkung auf die Weißen. Für die Farbigen galten in in der Praxis die Menschenrechte nicht.

In dieser Hinsicht ist auch ein Punkt der Verfassung interessant. Diese Stelle lautet: „Volksvertreter und Steuern sollen unter die verschiedenen Staaten, die in diese Union eingeschlossen werden mögen, gemäß ihrer Einwohnerzahl verteilt werden, welche zu ermitteln ist, indem zur ganzen Anzahl freier Personen, einschließlich der für eine Reihe von Jahren zum Dienen Verpflichteten und ausschließlich der nicht besteuerten Indianer, drei Fünftel aller anderen Personen hinzugefügt werden." Diese merkwürdige politische Rechenkunst ist nicht ohne weiteres verständlich. Die Erwähnung der Indianer erinnert sofort daran, welch grausames Unrecht die Weißen den roten Ureinwohnern zugefügt haben, indem sie ihnen erst — auch die frommen Puritaner — ihr Land bald abgaunerten, bald abnahmen, nachher Preise auf ihre Skalps setzten und sie mit Feuerwasser entnervten, um sie nun zum guten Schluß vollständig gleich Null zu setzen. Wer aber sind die „anderen Personen", von denen drei Fünftel zu den freien Personen hinzugerechnet werden sollen? Es sind hunderttausende Neger in den Südstaaten der Republik, deren Sklaverei damit in versteckter Form durch die Verfassung als rechtskräftige Einrichtung anerkannt wird.

Die originelle Gleichung „fünf Schwarze gleich drei Weißen" war das Resultat eines Kompromisses zwischen den sklavenhaltenden Plantagenbesitzern, die im Süden den Ton angaben, und dem Handel treibenden Norden, dessen Interessen schon

damals vielfach denen des agrarischen Südens entgegengesetzt waren. Die Sklaverei war für den Süden ein Kräutchen Rührmichnichtan, dessen Ausrottung er mit dem Austritt aus der Union beantwortet haben würde; Rechte durfte der Schwarze überhaupt nicht haben. Wenn er aber als Angehöriger einer „untergeordneten Rasse" nicht der Menschenrechte gewürdigt werden sollte, so erforderte die Logik, daß er sowenig wie das übrige lebende Inventar der südstaatlichen Pflanzungen mitgezählt wurde, um die jedem Staat zustehende Zahl von Repräsentanten der allein wählenden Weißen im Kongreß zu ermitteln. So wollte es auch der sklavenfreie Norden. Dann aber hätten die vier Sklavenstaaten bloß ein kleines Häuflein von Abgeordneten erhalten, und damit waren sie zur Vertretung ihrer Interessen durchaus nicht zufrieden. Sie verlangten also volle Mitzählung der Negersklaven, die der Norden ganz ignoriert wissen wollte. Indem man sich nun, um nicht das ganze Verfassungswerk scheitern zu lassen, beiderseits auf halbem Wege entgegenkam, erfolgte die wundersame Einigung dahin, daß die Neger als Dreifünftelmenschen zu rechnen seien.

Der Verfasser der Unabhängigkeitserklärung mußte von dieser Parodie auf die Lehre der Menschenrechte sehr wenig erbaut sein, ebenso wie die übrigen Hauptleiter der Revolutionsbewegung, die gleich Jefferson durchweg Gegner der Sklaverei waren. Besonders überrascht konnten sie aber nicht sein, denn bereits am 23. März 1776, also noch ein Vierteljahr vor der Unabhängigkeitserklärung, mußte John Adams brieflich die Klage anstimmen, das größte Unglück des Landes seien die aristokratischen Neigungen der „Barone" des Südens und der selbstsüchtigen Mammonsanbeter, denen die volkstümlichen Grundsätze widerstrebten, weil ihre gesellschaftliche Stellung auf der Sklaverei beruhe. Die Sklavenhalter ließen sich trotzdem die demokratische Gleichheitslehre der Unabhängigkeitserklärung gefallen, aber erst, nachdem eine Stelle gestrichen worden war, die mit scharfen Worten die Einführung der Sklaverei und den Sklavenhandel als Hauptsünden des englischen Königtums brandmarkte: dies scheinen sie für praktisch gefährlich, jenes für graue Theorie gehalten zu haben. Aber in jener Zeit der revolutionären Blütenträume hoffte man noch, die Sklaverei in einer ganz nahen Zukunft verschwinden zu sehen. Mit diesem schönen Traum war es nun vorbei, wurde doch nebenher sogar der Sklavenhandel auf 20 Jahre sanktioniert. Bittere Tatsachen waren das. Jefferson sah bereits prophetischen Geistes den Augenblick kommen, da die Sklavenfrage „Verwirrung und Bürgerkrieg, einen völligen Umsturz" herbeiführen werde. Das lag freilich noch in weitem Felde, wie man überhaupt bemerken muß, daß die Negersklaverei der Südstaaten vorläufig, ehe der Baumwollexport Riesendimensionen annahm, noch vergleichsweise patriarchalisch aussah. Aber deshalb bleibt sie doch ein häßlicher Fleck an dem Bilde der amerikanischen Revolution. Ebenso unerquicklich ist die schmutzige Geldgier, die von den Geldleuten des Nordens schon im Verlauf des Unabhängigkeitskrieges an den Tag gelegt worden war. Gerade diese Klasse aber kam jetzt unter der neuen Verfassung ans Ruder. Als Washington 1789 erster Präsident der Union wurde, da versteckte sich hinter dem Glanz seines Namens die weniger schöne Wahrheit, daß tatsächlich die Interessen des Handels- und Finanzkapitals jetzt dominierten, als deren Vertreter der Finanzminister Hamilton die eigentliche Seele der Regierung war.

Alles das zwingt zu der Erkenntnis, daß die große Umwälzung in Nordamerika nach ihrem innersten Wesen doch bloß eine bürgerliche Revolution für Klassen- und Rasseninteressen war.

Die herrliche Illusion aber, daß es ein Kampf für die allgemeinen Menschenrechte gewesen sei, war trotzdem von gewaltiger Bedeutung — nicht bloß für die Amerikaner, die von diesem festen Glauben beseelt und begeistert waren, sondern vor allem dadurch, daß er nach der alten Welt zurückschlug und Unzählige mit dem Gedanken erfüllte, dem preiswürdigen Beispiel der Amerikaner nachzustreben, gleiches Menschenrecht zu erringen für die weißen Sklaven von Europa. Das gilt vor allem von Frankreich. Aber selbst in unserem armen Deutschland, wo die Bedientenhaftigkeit noch so unendlich fest wurzelte, regten sich in den besten Geistern Gefühle von Menschenrecht und Menschenwürde beim Anblick der amerikanischen Volkserhebung; selbst in der Berliner Kasernenluft, unter der Fuchtel der preußischen Zensur, wagte sich 1783 eine Ode ans Tageslicht, worin die amerikanische Unabhängigkeit gefeiert und zum Schluß den Menschenrechten eine zweite Heimat geweissagt wurde:

„Und du, Europa, hebe das Haupt empor!
Einst glänzt auch dir der Tag, da die Kette bricht,
Du, Edle, frei wirst, deine Fürsten
Scheuchst und ein glücklicher Volksstaat grünet."

XVII.

Die Anfänge der industriellen Revolution.

Die englischen Kolonialkriege und die englische Staatsschuld. — Ausschaltung der niederländischen Konkurrenz. — Ruin der holländischen Industrie. — Holland in den amerikanischen Revolutionskrieg hineingezogen und des Ostseehandels beraubt. — Irische Bewegung während des amerikanischen Kriegs. — Freihandel und gesetzgeberische Unabhängigkeit für Irland. — Englische Weltmarktstellung durch die internationale Konkurrenz gefährdet. — Durch die beginnende industrielle Revolution gesichert. — Anfänge der englischen Baumwollindustrie. — Das Bedürfnis ruft die Erfindung der Spinnmaschine hervor. — Die Erfinder. — Arkwrights Kettenstuhl. — Aufschwung der Baumwollindustrie. — Baumwollmühlen. — Aufkommen der Dampfmaschine. — Die soziale Umwälzung an einem typischen Beispiel demonstriert. — Goldenes Zeitalter der Weber. — Bethlehemitischer Kindermord in den Spinnereien. — Verhältnisse in den Fabrikstädten, Wohnungsnot, Lage der Glasgower Spinner. — Ausdehnung des maschinellen Betriebs auf die Wollspinnerei. — Der mechanische Webstuhl. — Wirkung der industriellen Revolution auf Amerika. — Ausblick auf den Fortgang der ökonomischen Entwicklung.

Das amerikanische „Geschäft" war — darüber konnte auch der eifrigste Imperialist zur Zeit des Pariser Friedens von 1783 nicht mehr zweifelhaft sein — eine total verfehlte Spekulation gewesen, die bloß ungeheure Kosten verursacht hatte. Dies beweist allein schon das Anwachsen der englischen Nationalschuld, die in den Kriegszeiten seit 1775 um mehr als 100 Millionen Pfund Sterling, gleich zwei Milliarden Mark, gestiegen war. Dadurch war der gesamte Staatspump auf 4800 Millionen Mark angeschwollen — ein Schuldenberg, der mit Ausnahme der Anno 1689 vorhandenen 121 Millionen ausschließlich durch die „glorreichen" Kriege seit der glorreichen Revolution angehäuft worden war. Diese Kriege aber waren vor allem Kolonialkriege, ganz besonders um das Monopol auf die neue Welt, die nun auf den unvorhergesehenen Gedanken gekommen war, sich von niemandem monopolisieren zu lassen. Folglich gehörten die ganzen Milliarden, die für den gedachten Zweck verausgabt worden waren, aufs Verlustkonto, um hier in Gestalt von Zinsen mit ungefähr dem Dreifachen des Gesamtbetrages vom amerikanischen Handel von einem Jahr zum anderen weitergebucht zu werden: bis zum Ende der besten aller Welten. Diesen pekuniären Verlust freilich konnten die besitzenden Herrschaften des Inselreichs mit stoischem Gleichmut tragen, sintemal ja ihr Musterstaat bereits soweit in der Kultur fortgeschritten war, daß allemal die

Masse des Volks dafür büßen mußte, wenn die oberen Zehntausend bei Wahrnehmung eigener Interessen auf den Holzweg gerieten. Man weiß da genug, wenn gesagt wird, daß die Mittel zur Bezahlung der Zinsen für die neuen Staatsschulden vermittelst neuer indirekter Steuern aufgebracht wurden. Den herrschenden Klassen brachte ihr mordspatriotischer Kriegseifer sicheren Profit ein von Geldern, die sie großmütigst dem Staate vorstreckten, weil sie keine gewinnbringendere Anlage dafür wußten, und nicht zu vergessen, die Staatsschuldscheine wie Bargeld weiterfungieren lassen konnten, also tatsächlich nichts gaben, wohl aber etwas kriegten — von dem noch so unendlich fügsamen Lasttier, das John Bull hieß und doch so wenig stiermäßige Stößigkeit zeigte.

Was die Frage der Kostendeckung anging, so konnten demnach die Gentlemen am Ruder unbesorgt den alten Kurs als den einzig richtigen weitersteuern und sich mit der ganzen Welt aussöhnen, indem sie der Nation ein neues Schuldbuch verehrten. Sie konnten sogar mit Stolz erklären, daß die zwei Milliarden doch nicht ganz nutzlos verpulvert worden seien; wenn es ihnen nicht gelungen war, auf der anderen Seite des breiten Grabens ihr gesetzliches Monopol zu behaupten, so hatten sie wenigstens nebenher das eine erzielt, jenseits des schmalen Grabens, den man sonst den Kanal nennt, ihren ältesten Konkurrenten vollends aus dem Felde zu schlagen. Die englischen Kapitalisten hatten es inmitten aller Ungunst der weltpolitischen Umstände dahin zu bringen gewußt, daß die einst so großmächtigen Mynheeren sich nach dem allgemeinen Frieden fast ganz auf die Herings-, Käse- und Gewürzkrämerei beschränkt fanden. Es war kein Blitz aus heiterem Himmel, was die Holländer nun traf, sondern der letzte Stoß, dem so und so viele andere Schläge voranfgegangen waren. Zunächst hatte die holländische Industrie daran glauben müssen. Bald nach dem Anfang des 18. Jahrhunderts setzte ihr Verfall ein, der bei Ausbruch des amerikanischen Krieges beinahe vollständig war. Greifen wir eine Stadt und eine Hauptbranche heraus, wo ein statistischer Nachweis möglich ist: die Wollweberei von Leyden. Sie hatte ihren Höhepunkt erreicht 1700, in welchem Jahr die unerhörte Zahl von 24 782 Stück Tuch zur Lakenhalle gebracht wurde. Seitdem aber ging es rapid abwärts; 1720 waren es bloß mehr 18 527, 1730 11 552, 1740 7391, 1750 6708, 1760 3822, 1770 3021 Stück. Das war binnen sieben Jahrzehnten ein Sturz von 88 Prozent. Und anderswo sah es nicht etwa besser aus, als in dem alten Zentrum der holländischen Tuchindustrie. In Amsterdam z. B., das früher auch auf diesem Gebiete große Bedeutung besessen hatte, war schon 1763 die Wollweberei total verschwunden. Wie mit der Tuchproduktion, so ging es aber auch in den anderen Zweigen gewerblicher Tätigkeit. Das Schicksal der Wollweberei von Leyden teilten die Seidenweberei von Utrecht, die Leinenweberei von Haarlem usw. Kurz, der industrielle Verfall war ganz allgemein und schon besiegelt, ehe Holland in die amerikanischen Wirren verwickelt wurde.

Die erbauliche Prozedur ging in einem Zeitalter tiefsten Friedens für die niederländische Republik vor sich und hat demnach keineswegs etwa in der wirtschaftlichen Ungunst kriegerischer Zeitläufte ihren Grund. Ein Grund liegt ja auf der Hand nach allem, was über die Handelspolitik Englands gesagt worden ist und mehr oder minder für alle Kulturländer jener Zeit gilt: das System der Ausfuhrverbote von Rohstoffen, der Prohibitivzölle auf fertige Industrieprodukte, wo-

durch den Holländern die von ihnen nicht in genügenden Mengen erzeugten Rohstoffe verteuert, die Absatzgebiete eingeengt wurden. Aber der internationale Merkantilismus, vorab der Englands und demnächst Frankreichs, war nicht der Hauptgrund für den Verfall der niederländischen Industrie. Mehr als alles andere verursachten ihren Ruin die famosen Regierungsgrundsätze der Niederlande selbst, genauer gesagt, die tolle Finanzwirtschaft des Landes. Hier war zuerst der Grund gelegt worden zu jener infamen Schuldenmacherei und zu jenem schönen System der indirekten Steuern, das sich dann über alle Welt erstreckt hat. Hier kamen nun auch zuerst die Früchte an den Tag. So lückenlos war hier die unendliche Reihe der Verbrauchsabgaben, daß im 18. Jahrhundert einem steuerfindigen Kopf bloß noch eine Steuer vergessen und nachzuholen dünkte — eine Nachtlichtsteuer. Vor allem aber waren die notwendigsten Lebensmittel dermaßen von Staats- und Gemeindewegen verteuert, daß ihr Preis allmählich auf das Doppelte des allgemeinen Niveaus stieg. Dies aber war, wie schon Adam Smith erkannt hat, der wichtigste Grund des industriellen Verfalls in den Niederlanden. Die Löhne stiegen infolge der Brotverteuerung und mußten steigen, wenn das Volk nicht einfach verhungern sollte; aber sie stiegen nicht entsprechend, und die Folge war Sinken der Arbeitsleistung infolge von Unterernährung.

407. Englischer Admiral Lord Rodney

Das letztere wird ausdrücklich bezeugt von einem unbefangenen Gewährsmann, dem berühmten Geschichtsschreiber Roms, B. G. Niebuhr, der darüber schreibt: „Die Besteuerung der ersten Lebensmittel war so gräßlich, daß das Brot aus halb ausgequollenen und nicht gemahlenen Körnern verbacken ward, um der Mehlsteuer zu entgehen, daß Tee der elendesten Art die einzige Würze dieses elenden Mahls ward und es ausgemacht ist, wie Abhungerung die menschliche Natur soweit ausgemergelt hatte, daß am Ende des 18. Jahrhunderts 5 Arbeiter nur die Kraft äußern konnten, die hundert Jahre früher 4 geäußert". Diese paar Worte lassen schon ahnen, wie die holländischen

Arbeiter im 18. Jahrhundert haben leiden müssen. Eine allseitige Vorstellung aber von dem entsetzlichen Elend, das mit dem langsamen Absterben der holländischen Industrie für die bisher darin beschäftigten Massen notwendig verknüpft war, kann auch die blühendste Phantasie kaum ausdenken. — Wohl wählten viele den Ausweg der Abwanderung ins Ausland, um dort Beschäftigung zu suchen, so daß bisherige Großstädte, wie Haarlem und Leyden, zu toten Provinzstädtchen herabsanken und den Ruinenstädten ausgestorbener Kulturen glichen. Aber übergenug blieben im Lande, um einen riesigen Pauperismus hervorzurufen. Die unabweisbare Notwendigkeit, die erwerbslosen Massen durchzufüttern, damit sie nicht etwa der Raserei der Verzweiflung anheimfielen, das war der Hauptjammer der Reichen: die öfters aufgestellte Preisfrage, wie man sich die Armen vom Hals schaffen könne, blieb ein ungelöstes Problem. Sonst büßten die besitzenden Klassen nicht allzu viel bei dem industriellen Zusammenbruch ein; da es sich vorwiegend um hausindustrielle Betriebe handelte, konnte das Kapital leicht zurückgezogen und anderweitig angelegt werden. Nicht im eigenen Land, wo infolge von Ueberfülle freien Kapitals der Zinsfuß bis auf 2 Prozent gesunken war, wohl aber durch Ausleihgeschäfte im Ausland, hauptsächlich in England, das zwar den alten Konkurrenten mit allen Mitteln bekämpfte, den stillen Teilhaber dagegen sich gern gefallen ließ.

Der Niedergang der holländischen Industrie hatte natürlich auch den holländischen Handel in Mitleidenschaft gezogen, insofern die Einfuhr von Rohstoffen und die Ausfuhr von fertigen Waren darunter litt. Indes behauptete der holländische Handel, seinem absoluten Betrage nach, nicht im Verhältnis zum steigenden Gesamtwert des Welthandels, als Kolonial- und vor allem Transithandel seine alte Höhe bis in die ersten Jahre des amerikanischen Krieges. Diese Verwicklungen verhießen ihm sogar beträchtlichen Zuwachs, wenn Holland, wie bei den letzten Kolonialkriegen, neutral blieb und also außer in Kontrebande unbekümmert mit den Kriegführenden Geschäfte machen konnte. Diese holländische Neutralität war England schon früher ein Dorn im Auge gewesen wegen der fetten Bissen, die dem Rivalen dadurch zufielen, und sie war durch brutale Vergewaltigungen neutraler Kauffahrteischiffe möglichst beeinträchtigt worden. Diesmal war der englische Konkurrenzneid ganz besonders groß, weil schon vor der Revolution in Amerika holländische Händler beträchtliche Profite durch Einschmuggelung unverzollten Tee's erzielt hatten und auch seitdem gewinnreiche Geschäfte mit den Rebellen machten, während Englands Kolonialhandel still lag. Noch gespannter wurde das Verhältnis, als nun Frankreich und Spanien mit England anbanden. Die Holländer importierten nun massenhaft Schiffsbaumaterialien und andere Artikel aus den Ostseeländern nach Frankreich und blieben trotz aller englischen Proteste dabei. England wollte nun die holländische Neutralität nicht mehr dulden, sondern verlangte dreist nnd gottesfürchtig, als alter Verbündeter hätten die vereinigten Provinzen gegen Amerika, Frankreich und Spanien an Englands Seite zu treten. Daran dachten die Holländer natürlich nicht im Traum, suchten sich vielmehr eine Sicherstellung ihrer Neutralität zu verschaffen, indem sie daran gingen, dem Bund der Neutralen beizutreten, der unter Rußlands Führung zwischen den nordischen Mächten geschlossen worden war und unberechtigte Störungen

408. Verherrlichung der irischen Freiwilligen

des neutralen Handels durch die englische Seetyrannei nötigenfalls mit Gewalt verhindern sollte. Wenn Holland erst in diese bewaffnete Koalition aufgenommen war, konnte seine Neutralität und der daraus entspringende Handel nicht mehr angefochten werden — man hätte denn gleich so und so viele neue Feinde müssen bekämpfen wollen. England, zum Krieg mit Holland längst entschlossen, spielte also das Prävenire und brach, ehe die Republik förmlich zum Bund der Neutralen gehörte, unter faulen Vorwänden den Streit vom Zaum.

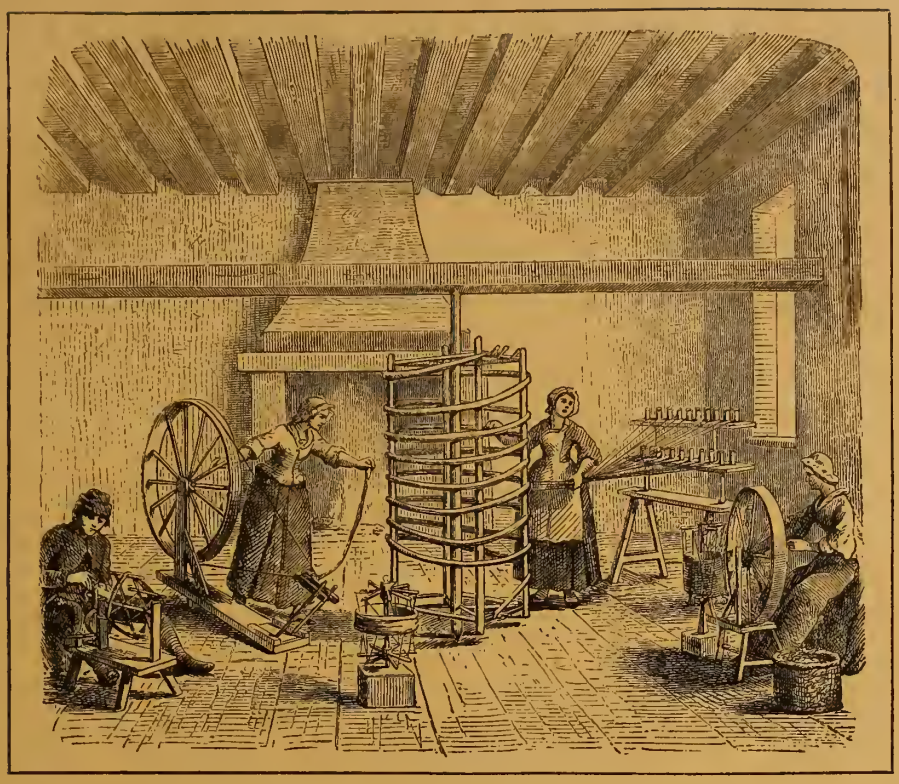
Am 20. Dezember 1780 erfolgte die britische Kriegserklärung, und binnen wenigen Wochen waren bereits 200 holländische Kauffahrer mit Waren im Wert von 15 Millionen Gulden „aufgebracht", ohne daß irgendwelche Warnung erfolgt wäre. Das tollste Stückchen aber leistete sich der britische Handelsneid in Westindien, wo die Insel St. Eustach holländischer Stapelplatz für den Amerikahandel war. Hier konnten, solange Hollands Neutralität bestand, Güter jeder Art und Herkunft für sicher geborgen gelten, und daher war hier zu Beginn des Jahres 1781 ein internationales Warenlager von ca. 60 Millionen Mark aufgespeichert. Auf schleunigen Befehl von London her stürzte sich alsbald der englische Admiral in den westindischen Gewässern, Lord Rodney, auf diese lockende Beute und konfiszierte alles vermöge eines flagranten Aktes gemeiner Seeräuberei. Lord Rodney zählt noch heute so gut wie Francis Drake unter die englischen Nationalhelden. Indes sind ihm seine Lorbeeren teuer zu stehen gekommen. Es war ihm nämlich

das Pech passiert, englische Güter mit dem übrigen zusammen zu räubern. Die Eigentümer schlugen gewaltigen Lärm und setzten schließlich Rodneys Verurteilung zum Schadenersatz durch; das machte den Admiral zum armen Mann.

Wie in West- so in Ostindien. Die niederländisch-ostindische Kompanie konnte infolge der jahrelangen Handelsunterbrechung ihren Verbindlichkeiten nicht mehr nachkommen und ward nur noch durch staatliche Unterstützungen über Wasser gehalten. Am schlimmsten aber war die Stockung des europäischen Zwischenhandels der Holländer; denn die Engländer brauchten ihnen bloß den Zugang zur Ostsee zu sperren und sie konnten auch nach den Mittelmeerländern nicht mehr Handel treiben. Die Absperrung der Ostsee für den holländischen Handel durch die englischen Kriegs- und Kaperschiffe war eine so hermetische, daß im Jahre 1781 bloß noch 55 holländische Schiffe den Sund passierten, gegen 2080 im Vorjahr. Während der folgenden Jahre ward die Lage für die Holländer nicht besser. Inzwischen aber bemächtigten sich teils Dänen und Schweden, zum größten Teil aber Engländer des Ostseehandels, und als 1783 der Friede zustande kam, fanden sich die früheren Vermittler des Handels zwischen Nord- und Südeuropa so ziemlich verdrängt. 1784 gingen zwar wieder 1366 holländische Schiffe durch den Sund, daneben aber 3172 englische, und 1793 war das Verhältnis so, daß neben 807 holländischen 3478 englische Schiffe passierten. So war denn infolge des amerikanischen Kriegs nun auch der größte Teil des holländischen Zwischenhandels zum Teufel gegangen. Dieser englische Erfolg gab im unmittelbaren Anschluß einen minder seegewaltigen Potentaten den Mut zu einem Versuch, den Mynheeren möglichst viel von dem ihnen gebliebenen Rest abzuknöpfen. Wir wissen, wie einstmals die sieben nördlichen Provinzen ihre kommerzielle Weltherrschaft auf den Ruin Belgiens und die Scheldesperrung basiert hatten. Seit dem Münsterer Frieden war an diesem Vertragspunkt nicht gerüttelt worden.

Nun aber, 1784, bekam der deutsche Kaiser Joseph II. als derzeitiger Herr Belgiens, durch den offenkundigen Kräfteverfall der vereinigten Provinzen Courage, die Scheldesperre tatsächlich zu durchbrechen. Da zeigten die Generalstaaten freilich noch einmal die Zähne und fanden den Kaiser schließlich mit einem Millionentrinkgeld ab. Daß sie den erfolgreichen Widerstand aber nur wegen der Aussicht auf französischen Beistand hatten leisten können, zeigte sich ein paar Jahre später (1787), als der preußische König Friedrich Wilhelm II. sich in die inneren Streitigkeiten der Republik zugunsten der ihm verwandten Oranier einmischte und ein Heer einrücken ließ. Schier ohne einen Schwertstreich war das nämliche Land erobert, das einst einem Alba und einem Sonnenkönig Trotz geboten hatte. Es war vorbei mit der politischen wie mit der wirtschaftlichen Weltstellung der Niederlande und das Volk hatte die Suppe auszulöffeln, die ihm von den Plutokraten eingebrockt worden war.

Für England war die gänzliche Verdrängung Hollands aus der Reihe der ernstlichen Konkurrenten gewiß ein nicht zu unterschätzender Erfolg neben dem amerikanischen Mißerfolg. Aber dieser Niederlage konnte jener Sieg um so weniger als gleichwertig gegenübergestellt werden, da noch ein weiteres Fiasko im engen Zusammenhang mit dem amerikanischen zu verzeichnen war. Der Widerstand gegen das herrschende Wirtschaftssystem kam auch schon in den europäischen



409. Englische Familie in der Grafschaft Lancaster beim Spinnen und Garnhaspeln vor der Erfindung der Spinnmaschine

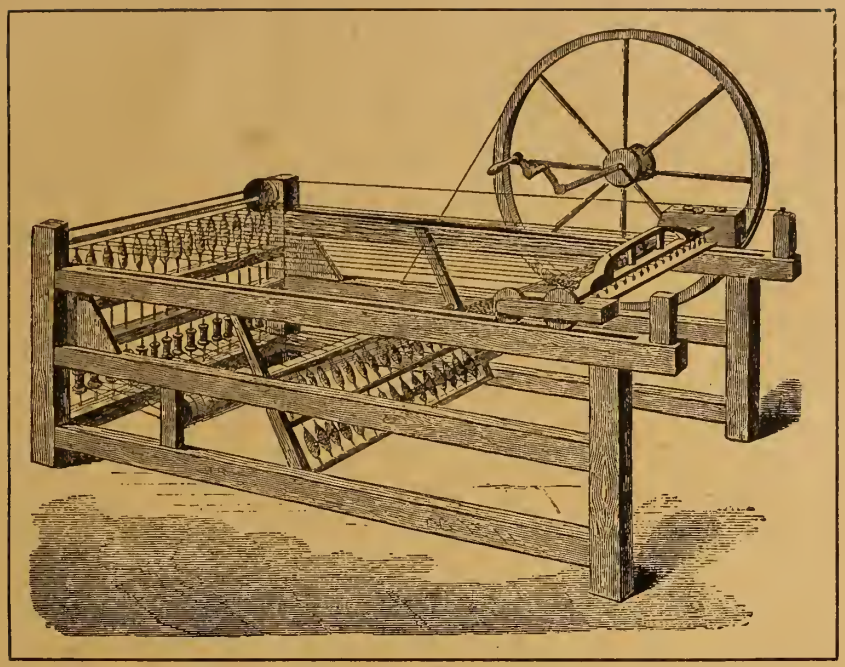
Besitzungen der englischen Geldsackskoalition zum Ausbruch, und zwar gerade da, wo durch unmenschlichsten Druck jede Neigung zur Rebellion endgültig erstickt schien, in dem unglücklichen Irland. Allerdings muß man der englischen Tyrannei den Erfolg zugestehen, daß es nicht die keltisch-katholische, gänzlich entrechtete und enterbte Mehrheit der Iren war, von denen die erste Auflehnung ausging, sondern die angelsächsisch-protestantische Minderheit, die in Irland herrschende Klasse war. Sie hatte über mannigfaltige Beeinträchtigung ihrer Interessen durch die englische Politik zu klagen: das irische Parlament, obwohl so korrumpiert, wie kaum das englische, war mißvergnügt über die Nichtigkeit, zu der es durch die Poyningsakte verdammt war, ehrgeizige Leute und Stellenjäger aller Art über die systematisch betriebene Besetzung der irischen Beamtenstellen mit geborenen Engländern; die finanzielle Aussaugung des Landes zugunsten exklusiv englischer Zwecke machte auch viel böses Blut. Der Hauptgegenstand der irischen Angriffe aber war die englische Handelsgesetzgebung, die das Land einst so schwer getroffen hatte und fortdauernd in Fesseln hielt, indem sie ihm keine Industrie außer der Leinenweberei gestattete und es vom Kolonialhandel ausschloß.

Seit dem Beginn des amerikanischen Revolutionskrieges erhob sich in Irland immer lauter der Ruf nach Abschaffung der Handelsgesetze; aber das englische Kapital sträubte sich hartnäckig dagegen und ließ es lieber auf das Aeußerste

ankommen. Das Jahr 1779 brachte den irischen Protestanten eine Chance, die alsbald ausgenutzt wurde. England zog sämtliche Truppen aus dem Land, um sie in Amerika zu verwenden. Auf die Frage, wie denn die befürchtete französisch-spanische Landung in Irland abgewehrt werden solle, antwortete das britische Kabinett, die Iren müßten sich selber verteidigen. Das war für sie das Signal, eine freiwillige Bürgerwehr zu bilden; die nötigen Waffen zu liefern, konnte sich die englische Regierung füglich nicht weigern, obwohl ihr gewiß Befürchtungen aufstiegen, was die Folgen sein möchten. Bald standen in Irland 100 000 Freiwillige unter Waffen und waren nicht nur militärisch, sondern besonders auch politisch organisiert. Was ihre Losung sei, zeigte zur Genüge die Inschrift auf etlichen ihrer Kanonen: „Freihandel oder dies!" Auf Kugelwechsel hätte unter den obwaltenden Umständen bloß der vollendete Wahnwitz es ankommen lassen können, und so mußte sich das englische Parlament entschließen, bis zum Jahre 1782 die ganze Handelsgesetzgebung, soweit sie Irland betroffen hatte, zurückzunehmen.

Damit nicht zufrieden, verlangte im Februar der Freiwilligenkonvent als Garantie gegen zukünftige Rückfälle die gesetzgeberische Unabhängigkeit Irlands. Das Parlament in Dublin nahm diese Forderung auf und das englische mußte sich zu einem förmlichen Verzicht auf jedes Recht der Einmischung in irische Angelegenheiten verstehen. Ein kleiner Trost lag darin, daß die Iren verabsäumten, ihre unblutige Revolution durch eine gründliche Parlamentsreform zu vervollständigen und vor Rückschlägen zu versichern. Die bisherigen Inhaber der verfaulten Flecken wollten davon nichts wissen. Darauf ließ sich die Hoffnung gründen, daß man vielleicht unter veränderten Umständen durch ausgiebige Bestechungen die irischen Gesetzgeber dahin bringen könne, alles auf den früheren Stand zurückzuführen. Aber mit solchen Zukunftsmöglichkeiten war nicht über die Gegenwartstatsache hinwegzukommen, daß infolge der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung nun auch Irland die englische Vormundschaft abgeschüttelt hatte, daß Irland sowohl wie die amerikanischen Kolonien von jetzt ab ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten nach eigenem Ermessen und eigenen Interessen regelten. Mit dem gesetzlich gewährleisteten Industriemonopol Englands war es in diesen Gebieten vorbei, die bisher zusammen weit über ein Drittel der gesamten englischen Ausfuhr aufgenommen hatten. Von jetzt ab hatten hier die englischen Kapitalisten mit fremder Konkurrenz zu rechnen. Und das hieß etwas, trotz Hollands Ausscheiden. Zwar Irland selber und Amerika konnten nicht im Handumdrehen auf den in Betracht kommenden Gebieten große Industrieländer werden; dafür bürgte der Kolonialcharakter der neuen Republik und der radikale Ruin der Wollindustrie Irlands. Aber auf beiden Absatzmärkten war das Auftreten ausländischer Bewerber zu gewärtigen — vor allen Dingen Frankreichs, dessen überseeischer Handel zurzeit größer war als der Englands, und dessen Industrie auch sonst beträchtliche Konkurrenz machte.

Außerdem war zu berücksichtigen, daß allenthalben in Europa die Staatslenker alle Hebel in Bewegung setzten, um Manufakturen in die Höhe zu bringen. Wie da England ungeschoren oder vielmehr das englische Schaf geschoren davonkommen sollte, war unter den hergebrachten Umständen schwer einzusehen. Zwar war mittlerweile die Eroberung Indiens angebahnt worden: indes hier war kein Absatz zu erhoffen, so lange es sich darum handelte, mit englischer Handarbeit den



410. Die von dem Weber James Hargreaves erfundene Spinnmaschine „Jenny" mit Handbetrieb

unendlich billigen Erzeugnissen der anspruchslosen Hindus die Spitze zu bieten. Was aber Einschränkung des bisherigen Umschlags zu bedeuten hatte, war den herrschenden Kreisen Englands derweil mit großem Nachdruck klargemacht worden. Der Absatz der Wollweberei war durch die amerikanische Revolution in solchem Maße beeinträchtigt worden, daß die Wolle niedriger im Preise stand, als je seit Anbruch der Neuzeit, und daß 1782 die Wollernte von zwei Jahren noch unverbraucht war. Da konnte in der Tat guter Rat teuer scheinen, wenn nichts Unvorhergesehenes geschah, wenn nicht, wie in den alten griechischen Tragödien, ein Deus ex machina, ein rettender „Gott aus der Maschine" überraschend auftauchte, um die Schwierigkeit zu lösen. In diesem Falle war es tatsächlich im buchstäblichsten Sinne des Wortes ein Gott aus der Maschine, was die englische Vorherrschaft auf dem Weltmarkte sicherte und erweiterte: Der Beginn der maschinellen Gütererzeugung im Großen, die ungeheuere Industrierevolution, die dadurch bewirkt wurde, verschaffte den englischen Kapitalisten ein rein ökonomisches Uebergewicht auf dem ganzen Erdenball, das auch der bedeutendste ökonomische Genius dieser Epoche, Adam Smith, 1776 noch nicht ahnen konnte, und das darum Inhaber patentierter Religiosität wohl für eine Gottesgabe halten mochten.

Die grundstürzende Umwälzung der Produktionsverhältnisse, die den ganzen gesellschaftlichen Ueberbau in neue Formen zwang, die neue Klassen mit neuen Interessen und Bedürfnissen schuf, die selbst das Aeußere des Landes änderte, diese Revolution nahm ihren Ausgang nicht von der alten, dominierenden Hauptindustrie, sondern von einer jüngeren, bislang wenig geschätzten und auch wenig

411. Weber Samuel Crompton, Erfinder einer mechanischen Spinnmaschine

bedeutenden Fabrikationsbranche, von der Verarbeitung der Baumwolle. Diese auf den ersten Blick überraschende Erscheinung erklärt sich einfach dadurch, daß die Wollindustrie durch die staatliche Gesetzgebung zwar einerseits mit aller Macht protegiert, andererseits aber auch aus der Beengung durch zünftlerische Bestimmungen nicht ganz freigelassen war, wohingegen in der Baumwollindustrie dem Fortschritt zum Großbetrieb keine gesetzlichen Hindernisse im Wege standen. Sie hatte sich zwar demgemäß auch keiner staatlichen Begünstigung erfreut; es waren ihr aber trotzdem Vorteile erwachsen aus Bestimmungen, die eigentlich zu ihrem Schaden gedacht waren. Gegen Ausgang des 17. Jahrhunderts strömten von der indischen Heimat der Baumwollweberei wachsende Mengen von Kalikos usw. herein, die beim Publikum immer größeren Anklang fanden. Alsbald erwachte in den Woll- und Tuchhändlern die Angst, ihre Artikel könnten etwa durch die indischen Kattune mehr oder weniger verdrängt werden und sie gaben darum nicht eher Ruhe, bis durch ein Gesetz von 1699—1700 Verkauf und Gebrauch gedruckter Kalikos aus Indien einfach bei Strafe verboten wurden. Seitdem aber wurden weiße Kalikos eingeführt, die dann erst in England gedruckt wurden; jenes Gesetz wurde dadurch unwirksam und auf andauerndes Drängen der Wollkapitalisten 1720 dahin erweitert, daß in England überhaupt keine gedruckten Kalikos mehr gestattet waren bei 200 Pfund Sterling Geldstrafe für jede Uebertretung, gleichviel ob sie beim Verkäufer oder beim Käufer festgestellt wurde. Da auch die mit Leinwand gemischten Baumwollstoffe in das Verbot einbegriffen waren, so hätte demzufolge überhaupt keine Baumwollindustrie in England aufkommen können. Indes waren an einer Stelle Barchente ausgenommen, und als sich nun ein Streit erhob, ob Barchente doch unter das Verbot fielen, entschied das Parlament 1736 dahin, daß der Gebrauch aller gedruckten Stoffe aus Leinwand und Baumwolle gestattet sei, wenn die Kette ganz aus Leinwand bestehe. Barchente waren aber zu jener Zeit das einzige Baumwollgewebe, das in England hergestellt wurde und werden konnte; reine Baumwollgewebe bekam man noch gar nicht fertig. Das gänzliche Verbot indischer Gewebe hatte also den von seinen Vätern nicht beabsichtigten Effekt, die englische Barchentfabrikation von der indischen Konkurrenz zu befreien, der sie nicht gewachsen gewesen wäre.

Es erfolgte denn auch ein erheblicher Aufschwung der Baumwollweberei bereits bis zur Mitte des Jahrhunderts: die Menge eingeführter Baumwolle wuchs von den jährlichen 1 200 000 Pfund (Gewicht) in den Anfängen des 18. Jahr-

hunderts auf beinahe 3 Millionen im Jahre 1751. Im Jahre 1760 wurden schon für rund 12 Millionen Mark Baumwollwaren in England produziert von einer Arbeiterschaft, die im ganzen rund 40 000 Personen zählen mochte. Diese Industrie hatte fast ausschließlich ihren Sitz in der Grafschaft Lancaster, bisher einem der zurückgebliebensten Landesteile, und war eine Hausindustrie ganz nach Analogie der schon bekannten Art. Die Kapitalisten, meist in dem größten Landstädtchen von Lancashire, in Manchester ansässig, lieferten irisches, schottisches oder deutsches Leinengarn und rohe Baumwolle zur Kette an die Weber in den Ortschaften rundum, um nachher gegen Lohn die fertigen Barchente zurückzuempfangen, die sie dann noch färben ließen und sodann in den Handel brachten. Sache der Weber, die außer am Webstuhl in ihrem Häuschen gewöhnlich noch auf einem zugehörigen Pachtgrundstück arbeiteten, war es, für die Verspinnung der Baumwolle zu sorgen. Das Spinnrad war in jeder Hütte dieser Dörfer in einem oder mehreren Exemplaren zu finden und ward gegen eine Entlohnung von 3—4 Schilling die Woche in den Dienst der Baumwollweber gestellt. Einmal aber waren auch noch die heimische Wolle sowie Flachs zu verspinnen, dann aber kam, bei steigender Produktion, selbst wenn die Spinnräder bloß Baumwolle verarbeiteten, bald eine Grenze, wo sämtliche Spinnräder im Dorf dem Garnbedarf der Weber nicht mehr genügen konnten; denn ein Weber konnte 6—8 Spinnräder in Tätigkeit setzen. Die Sache gestaltete sich also derart, daß der Webstuhl oft und lange stillstehen mußte, weil nicht das nötige Garn verfügbar war. Und daher kam nicht nur den Kapitalisten, sondern auch den Webern zum Bewußtsein, daß die Baumwollindustrie keiner weiteren Entwicklung fähig sei, wenn es nicht möglich sei, eine Vorrichtung auszusinnen, die mehr Baumwolle spinnen könne, als das hergebrachte Spinnrad. Das ökonomische Bedürfnis war die Mutter der Erfindungen, die nach der zweiten Hälfte, hauptsächlich aber im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts zunächst die Baumwollindustrie revolutionierten.

412. Richard Arkwright,
der Begründer des modernen Fabriksystems

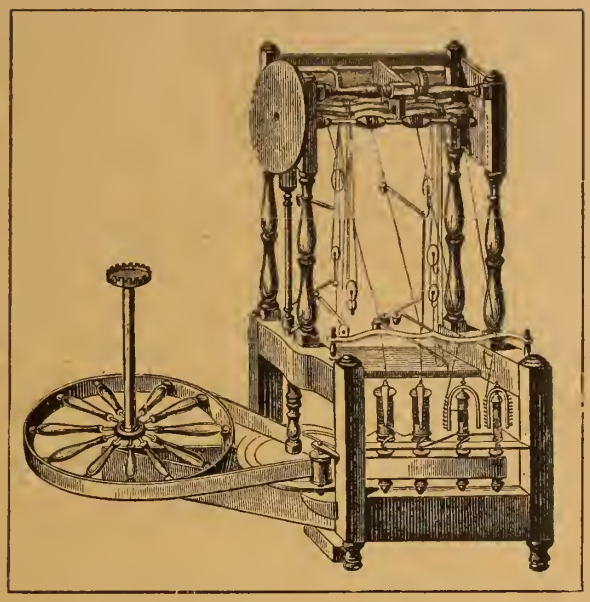
Drei Mechanismen, „um ohne Finger zu spinnen", sind als grundlegend zu nennen: die spinning jenny, der Kettenstuhl und die Vereinigung beider, die mule. Als die „Erfinder" werden gewöhnlich der Weber James Hargreaves, der Barbier Richard Arkwright und der Weber Samuel Crompton aufgeführt. Das Prädikat kommt ihnen aber nur mit großen Einschränkungen zu. Marx weist im „Kapital" einmal beiläufig darauf hin, wie wenig irgendeine Erfindung des 18. Jahrhunderts

einem einzelnen Individuum gehöre. Niemandem weniger, als dem schlauen Barbier aus Preston, der sich aufs Einseifen so vortrefflich verstand, daß er bis auf den heutigen Tag in allen Zungen als der Erfinder der Spinnmaschine und gar noch als edler Wohltäter der Menschheit gepriesen wird, während bei näherer Bekanntschaft mit Arkwrights Laufbahn nicht der mindeste Zweifel bestehen kann, daß er von Marx mit vollstem Recht als „unstreitig der größte Dieb fremder Erfindungen und der gemeinste Kerl" unter den großen Erfindern des 18. Jahrhunderts gekennzeichnet worden ist. Eben seine Spitzbubentalente aber und seine vollständige Skrupellosigkeit waren die Eigenschaften, die ihn so hoch emportrugen, daß er als Millionär und Mitglied des niederen Adels 1792 seine Erfinder- und Fabrikantenlaufbahn beschloß, bei deren Anfang 1767 er ein armer Teufel in zerlumpten Kleidungsstücken gewesen war. Vor allem anderen war er ein ökonomisches Genie im gemeinsten Sinne des Worts, und er kann mit viel größerem Recht der Vater des Fabriksystems in seiner greulichsten Gestalt, als der Erfinder der Spinnmaschine genannt werden, die er zwar auch technisch verbessert, hauptsächlich aber wirtschaftlich nutzbar gemacht hat.

Ein Spulenmacher namens Highs war der Mann, aus dem Arkwright das Geheimnis des Kettenstuhls in raffinierter Weise herausholte. Indes war Highs selber auch nicht der Originalerfinder, sondern fußte auf einer freilich noch sehr unvollkommenen Spinnmaschine, die John Wyatt aus Birmingham bereits 1733 konstruiert hatte, aber so wenig profitabel fand, daß zwei damit ausgerüstete Fabriken fallierten, er selber im Schuldgefängnis dafür büßen mußte, eine Erfindung gemacht zu haben, bevor die Zeit ihrer wirtschaftlichen Verwendbarkeit und Notwendigkeit gekommen. Die Vorgeschichte der Spinnmaschine ließe sich noch weiter zurückverfolgen; aber wir wissen genug, um die eiserne Stirn zu bewundern, womit Arkwright 1769 in der Beschreibung zu seinem Patent auf die von ihm sogenannte Wassermaschine (water-frame), seinen Kettenstuhl für ein ganz „neues Stück Maschinerie, niemals zuvor erfunden, angefertigt oder gebraucht" ausgab. Ein Dutzend Jahre später mußte er freilich den Schmerz erleben, dies und damit die Gültigkeit seiner Patente bestritten zu sehen — von bösen Konkurrenten, die keine Lust hatten, ihm seine angebliche Erfindung für schweres Geld abzukaufen, sondern lieber eigenmächtig sich damit versahen. Arkwright klagte zweimal und verlor ebensooft, was ihn bei seiner unersättlichen Geldgier nicht wenig wurmte. Aber als Mann von grenzenlosem Selbstvertrauen, das schon mehr Größenwahnsinn zu nennen war, trug er sich mit der kühnen Idee, den Verlust des gesetzlichen Maschinenmonopols durch die Begründung eines faktischen Rohstoffmonopols wettzumachen: vermittelst Aufkaufens sämtlicher Baumwolle in aller Welt. Für solche Rockefellereien war natürlich die Zeit noch nicht gekommen, und Arkwright würde sich bloß selber das Genick gebrochen haben, wenn er Zeit gehabt hätte, die Durchführung zu versuchen. Die britische Einfuhr von Rohbaumwolle schwoll nämlich gerade in den zwölf Jahren, die er nach Erlöschen seines Patents noch lebte, mit märchenhafter Schnelligkeit an.

Hatte sich zwischen 1751 und 1780 der Import erst von nicht ganz 3 auf stark 6¾ Millionen Pfund (Gewicht) gesteigert, so betrug er 1782 bereits beinahe 12 Millionen, in Arkwrights Todesjahr wenig unter 35 und im letzten Jahre des

18. Jahrhunderts nicht weniger als 56 Millionen Pfund; insbesondere war in dem Jahrzehnt von 1781 auf 1791 die Einfuhr um nicht weniger als 320 Proz. gewachsen. Entsprechend schwoll, vom inländischen Konsum ganz abgesehen, die Ausfuhr von Baumwollgeweben kolossal an: 1751 wurden noch nicht für 1 000 000 Mark Baumwollwaren ausgeführt, 1780 schon für über 7 Millionen Mark, 1792 für 40 Millionen und im Jahre 1800 für 110 Millionen Mark, womit die altehrwürdige Wollindustrie schon übertrumpft war. Diese letztere war denn auch nicht in der Lage, gegenüber der kapitalkräftigen Nebenbuhlerin, die alten Baumwollgesetze aufrecht zu erhalten, die sonst die ganze Entwicklung unterbunden haben würden. Als sich mit den Spinnmaschinen die technische Möglichkeit ergab, zum erstenmal auf englischem Boden reine Baumwollgewebe ohne die teure Leinenkette und bis zu den feinsten Marken herzustellen, da geschah es auch alsbald, und die Ware wurde gedruckt, ohne daß man erst auf die gesetzliche Ermächtigung wartete, die aber selbstverständlich dem revolutionären Akt post festum erteilt wurde. Für den Aufschwung der Baumwollindustrie war dies Ueberspringen gesetzlicher Hindernisse eine notwendige Voraussetzung. Als eine andere sind die verbesserten Verkehrs- und Transportmittel zu nennen, für die nach der Mitte des 18. Jahrhunderts gerade in Lancashire viel geschah: vor allen sei der 1759 unter James Brindleys Leitung erbaute Bridgewaterkanal erwähnt, der eine künstliche Wasserstraße zwischen Manchester und Liverpool herstellte und eine massenhafte und billige Zufuhr von Baumwolle erst ermöglichte.



413. Die von Arkwright angeblich erfundene, in Wahrheit aber nur ausgebeutete mechanische Spinnmaschine

Wenn Baumwollgarn Nr. 100 im Jahre 1786 noch 38 Schilling kostete, 1800 aber bloß 9½, so hat zu diesem Preissturz die Verbilligung des Rohstoffs sehr viel beigetragen. Mindestens eben soviel aber die arbeitersparende Spinnmaschinerie, die inzwischen soweit vervollkommnet worden war, daß es nur mehr eines Menschen bedurfte zur Erzielung eines Ergebnisses, das früher hundert und mehr Spinnräder vorausgesetzt hätte. Damit diese Maschinerie in größter Ausdehnung und intensivster Weise ausgenutzt werden könnte, wurden leistungsfähigere, gleichmäßigere und unausgesetztere Kräfte, als die von Mensch und Tier erheischt. Es ist wahr, die erste Hargreavessche Jenny, die zwar erst 1770 patentiert wurde, aber vor dem Kettenstuhl in allgemeinen Gebrauch kam, war noch auf Handbetrieb nach Art des Spinnrades, aber mit zwölffacher Leistungsfähigkeit ein-

gerichtet. Arkwrights erster Kettenstuhl, der 1768 zu Nottingham aufgestellt wurde, ward noch durch Pferdekraft angetrieben. Dagegen setzt sein Patent im folgenden Jahr schon Naturkraft als Antrieb voraus, und zwar konnte, weil der Wind aus naheliegenden Gründen sich nicht empfahl, fürs erste bloß das Wasser in Frage kommen: Arkwright selber erschien gerade dieser Punkt so wesentlich, daß er seinen Apparat darum Wassermaschine taufte. Das Wasserrad ist denn auch während der nächsten Jahrzehnte, als immer mehr Spinnereien mit Kettenstühlen entstanden und demnächst Cromptons 1775 erfundene Mule die Jenny vollständig ausschaltete, auch für die Fabrizierung von Schußgarn den Großbetrieb nötig machte, vorherrschende Bewegungsmaschine geblieben.

Seit dem Jahre 1785 aber begann neben dem Wasser eine andere Naturkraft in den Dienst der Baumwollspinnerei gestellt zu werden: der Dampf, den eben erst James Watt zweite doppeltwirkende Dampfmaschine (patentiert 1784) für industrielle Zwecke verwendbar gemacht hatte. In Manchester ward erst 1789 die erste Wattsche Dampfmaschine aufgestellt; am Ausgang des Jahrhunderts hatte das Zentrum der Baumwollindustrie schon mindestens 32 Spinnereien mit Dampfbetrieb aufzuweisen. Und es war bereits ganz klar, daß der neuen Bewegungsmaschine die Zukunft gehöre, weil sie vor dem Wasserrad ganz unverkennbare Vorzüge voraus hatte: weniger begrenzte Leistungsfähigkeit und räumlich unbegrenzte Aufstellbarkeit. Während das Wasserrad dazu zwang, Ufersteilen mit starkem Gefälle aufzusuchen, also durchweg in der ländlichen Einöde sich zu etablieren, konnte die Dampfmaschine in die städtischen Mittelpunkte des Verkehrs und der Bevölkerung verpflanzt werden: und so ist sie die Mutter der großen Fabrikstädte geworden — eine Entwicklung, deren Anfänge sich in den Ausgängen des 18. Jahrhunderts schon sehr bemerkbar machten.

Um nun zu erfahren, wie die industrielle Revolution auf den Menschen wirkte, begeben wir uns zunächst wieder dahin, von wo wir ausgingen, in die Weberdörfer von Lancashire. Als typischer Fall darf eines herausgegriffen werden, bei dem wir zufällig in der angenehmen Lage sind, durch einen intelligenten Einwohner, der alles miterlebt hat, von den Hauptzügen der Umwälzung unterrichtet zu sein. Es ist das Dörfchen Mellor, vier bis fünf Wegstunden von Manchester. In diesem Ort gab es 1770 zwischen 50 und 60 „Farmer", die durchschnittlich nicht mehr als 10 Schilling Grundrente pro Acre bezahlten; für das Häuschen nebst zugehörigem Gärtchen waren weitere 30 bis 40 Mark Miete jährlich zu entrichten. Unter den 50 bis 60 „Farmern" waren aber bloß sechs oder sieben, die als richtige Bauern nur von der Landwirtschaft lebten. Alle übrigen trieben die letztere bloß nebenbei, als Hauptberuf dagegen das Spinnen und Weben von Leinen, Wolle oder Baumwolle. Ein Familienvater verdiente am Webstuhl acht bis zehn Mark die Woche, seine Söhne sechs bis acht. Alle übrigen im Dorf von sieben bis zu 80 Jahren, die ihre Hände und Augen gebrauchen konnten, vermochten mit dem Spinnrad ein paar Schilling zu verdienen, ohne der Armenkasse zur Last zu fallen.

Seit dem Jahr 1770 vollzieht sich allmählich ein vollständiger Umschwung im Garnspinnen. Wolle wird überhaupt nicht mehr, Leinen fast nicht mehr gesponnen: „Cotton, Cotton, Cotton!" (Cotton englisch = Baumwolle) ist die

allgemeine Parole. Die Spinnräder sind samt und sonders in die Rumpelkammer gewandert, alles Garn wird mit der gewöhnlichen Jenny gesponnen. Der nämliche Materialwechsel gilt natürlich für die Weber: auch sie verarbeiten keine Wolle mehr und Leinengarn bloß noch, soweit es als Kette für gemischte Waren dient. Im Lauf der Jahre bis 1788 kam dann auch water twist, d. h. Garn, das auf Arkwrightschen Kettenstühlen gesponnen war, in Gebrauch. Ein Hauptum- und -aufschwung aber datiert von dem ebengenannten Zeitpunkt. Seit 1788 gelangen die Mulegarne in Mellor zur Einführung. „Die zunehmende Nachfrage nach allen Fabrikaten, die der Webstuhl produzieren konnte," sagt unser Gewährsmann, „setzte nun alle Hände jeden Alters und jeder Art in Tätigkeit. Während die Fabrikate aus Wolle und Leinen verschwanden, wurde gleichzeitig wegen Nichtgenügens der alten Webstuben jede Rumpelkammer, selbst alte Scheunen, Remisen und Wirtschaftsgebäude aller Art repariert, Fenster durch die alten blinden Wände gebrochen und alles zu Webstuben hergerichtet. Als diese Methode, Raum zu schaffen, endlich erschöpft war, erstanden in allen Richtungen neue Weberhütten mit Webstuben; alle füllten sich sofort." Die wöchentliche Gesamtsumme der Arbeitslöhne im Ort stieg gegen früher bis aufs Fünffache, indem jede Familie 40, 60, 80 bis zu 120 Schilling die Woche heimbrachte. Der größte Teil dieses Segens wanderte natürlich in die Taschen der diversen Krämer und der Bauern, sintemal die Preise für Lebensmittel und alles übrige nachgerade gegen früher aufs Dreifache stiegen. Und auch die Squires der Umgegend blieben keine uninteressierten Zuschauer des großen „boom", denn die Renten ihrer Farmen verdoppelten und verdreifachten sich.

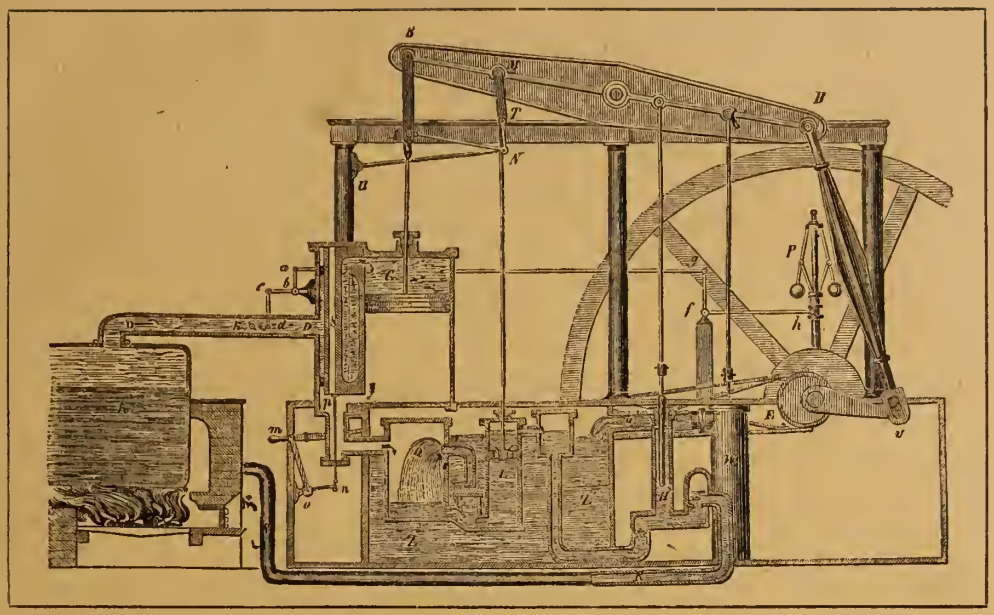
414. James Watt,
der Erfinder der Dampfmaschine

Der eben benutzte Gewährsmann bezeichnet die fünfzehn Jahre von 1788 bis 1803 als das „goldene Zeitalter" der Baumwollindustrie, und diese Zeit verdient den Namen, soweit die Weberdörfer in Betracht kommen. Die arbeitersparende Tendenz der Maschinen machte sich im großen und ganzen noch nicht dadurch bemerkbar, daß beschäftigte Leute überflüssig wurden; im Gegenteil stieg der Garnbedarf so riesig, daß die Gesamtzahl der in der Baumwollindustrie Beschäftigten von den 40 000 des Jahres 1760 auf ca. 300 000 im Jahre 1790 anschwoll. Der größere Teil dieser Zunahme entfiel auf die Weberei, die, mit dem hergebrachten Handwebstuhl weiterbetrieben, schier nicht so viel liefern konnte, wie verlangt wurde. Und es ist eine vollständig feststehende Tatsache, daß im

letzten Dezennium des 18. Jahrhunderts die Weberfamilien bei zehnstündiger Arbeitszeit einen durchschnittlichen Wochenlohn von 80 Mark erzielten. Daß sie nun bloß noch Weber waren, braucht kaum erwähnt zu werden. Das Ackern hatten sie ja schon lange als Nebenbeschäftigung behandelt. Kurz, es war wirklich für die Weberdörfer ein goldenes Zeitalter. Um die Kehrseite der Medaille kennen zu lernen, müssen wir den großen Spinnereien zustreben, deren es schon 1787 in Großbritannien 143 gab. In diesen Baumwollmühlen herrschten Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Die Hauptschwierigkeit bestand von vorneherein darin, geeignete Arbeitskräfte — möglichst billig und möglichst fügsam — für die Spinnereien aufzutreiben. Erwachsene hatten eine so heilige Scheu vor diesen neumodischen Tretmühlen, daß es mit einem schon ganz verzweifelt stehen mußte, ehe er sich dazu entschloß, hineinzugehen; man muß im Auge behalten, daß die Wasserradbetriebe auf dem Lande lagen — nicht in den Bevölkerungszentren, wo sich die Enterbten zusammenfanden. Arkwright nun war gerade der rechte Mann, um das Problem zu lösen. Meister in der edlen Kunst, die Kopfarbeit anderer für sich auszubeuten, verstand er sich noch besser darauf, die Handarbeit in den Dienst seiner Bereicherungsabsichten zu zwingen. Dreist und gottesfürchtig trat er an die Armenverwaltungen von London, Birmingham usw. mit dem Ansinnen heran, ihm von den ihrer Obhut anvertrauten Armenkindern eine genügende Anzahl zur Verwendung in seinen Spinnereien zu überlassen. Und diese Biedermänner gaben dem Ersuchen ohne weiteres statt, nicht allein in Arkwrights Fall, sondern sie versorgten seitdem ganz allgemein die Spinnereibesitzer, die insgesamt den Spuren Arkwrights folgten, mit den erforderlichen Mengen jugendlicher Arbeiter.

Das Geschäft ist zuvörderst als Sklavenhandel zu charakterisieren; um sich nämlich der unnützen Mäuler dauernd zu entledigen und gleichzeitig den Schein zu wahren, als wenn sie ihre Mündel pflichtgemäß etwas „lernen" ließen, versahen die christlichen Armenbehörden das Verhältnis mit der schönen Etikette einer „Lehrlingschaft", wodurch die verratenen und verkauften Würmer auf lange Jahre, gewöhnlich bis zur Mündigkeit, willen- und schutzlos der Habgier kapitalistischer Blutsauger überliefert wurden. Die übrigen Umstände aber erheben den sauberen Handel zum Rang eines Kindermordes von einer Massenhaftigkeit, womit verglichen der legendäre bethlehemitische des Herodes wirklich als Kinderspiel erscheint; waren doch bereits seit 1788 neben 26 000 Männern und 31 000 Frauen nicht weniger als 35 000 Kinder in Spinnereien beschäftigt. Davon war ein großer Teil unter 10 Jahren; verlangten doch die Armenbehörden selber, daß die Kinder schon im Alter von 6 Jahren als „Lehrlinge" angenommen werden sollten. Der Kapitalist nun war verpflichtet, den ihm überantworteten Kindern Unterkunft, Beköstigung und Erziehung angedeihen zu lassen.

Was letzteren Punkt angeht, so bestand die ganze Erziehung der Kinder in den Spinnereien durchweg in den Stockhieben oder Riemenschlägen, womit die Aufseher sie zu unablässiger Arbeit anfeuerten; die Aermsten 15—16 Stunden, großenteils des Nachts, ins Joch zu spannen, galt nämlich allgemein für durchaus korrekt: wenn etwa hier und da ein Fabrikant sich mit 13stündiger Fron der Kleinen begnügte, so war das bereits nicht „geschäftsmäßig". Pausen galten für über-



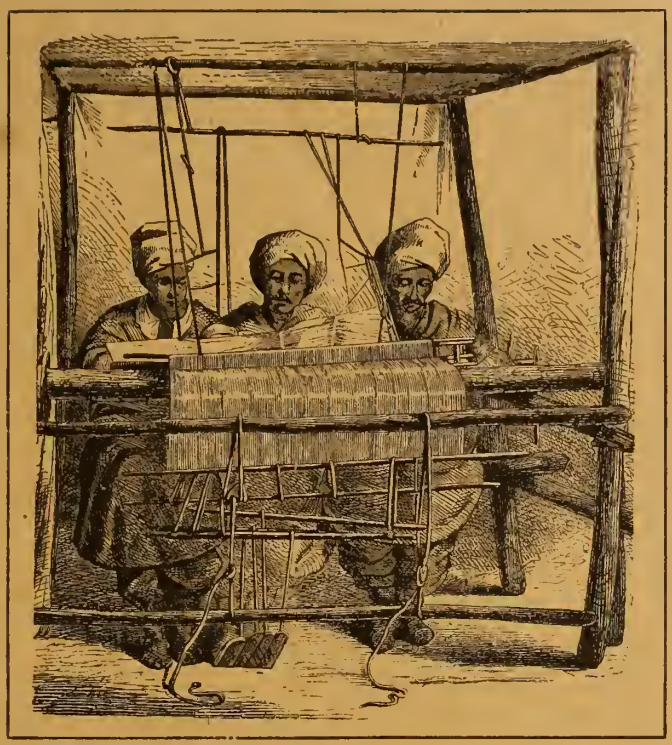
415. Eine der früheſten Konſtruktionen der von Watt erfundenen Dampfmaſchine

flüſſig; der von den Unternehmern gelieferte Fraß konnte ja während der Arbeit heruntergeſchlungen werden. Die paar Stunden Schlaf waren der einzige Lichtblick in dem ſchauerlichen Sklavenleben der Spinnereikinder. Daß ein Kind Spiel und friſche Luft, ein bißchen Liebe oder gar Unterricht brauche, der Gedanke kam den Spinnereibeſitzern nicht. Wenn nur die Mühle möglichſt unausgeſetzt läuft, auf daß möglichſt viel Geld „gemacht" werde, ſo iſt alles andere Nebenſache. Mögen die Kinder getroſt haufenweiſe zugrunde gehen, die Ueberlebenden verkümmern und niemals zu Menſchen werden können, was ſchadet das? Iſt doch Material zum Erſatz des Abgangs genügend vorhanden. Man iſt ſogar, ſeit der Umzug in die Stadt begonnen, nicht einmal mehr auf die Armenhäuſer allein angewieſen; denn in den werdenden Fabrikſtädten gibt es Eltern genug, die das Elend ſoweit abgeſtumpft hat, daß ſie das eigene Kind den Blutſaugern überantworten, wenn nur für ſie ſelbſt ein Stück Brot dabei abfällt.

Der Umzug in die Stadt bewirkte aber auch, daß die himmelſchreienden Vorgänge in den Spinnereien ſich nicht mehr fern von aller Kontrolle durch die Oeffentlichkeit abſpielten, und daß ſich in den neunziger Jahren denn doch allmählich ſo etwas wie ein öffentliches Gewiſſen zu regen begann. Selbſt vereinzelten Fabrikanten, wie Robert Peel, war nicht ganz wohl bei der Sache. Dem eben Genannten, deſſen Haus an 1000 Armenkinder beſchäftigte, fiel bei ſeinen Beſuchen in den Fabriken „das bei allen Kindern ungeſunde Ausſehen und in vielen Fällen die verkümmerte Geſtalt derſelben ſehr auf": aber ein weißer Rabe unter ſeinesgleichen, wagte er ſich noch nicht mit ſeinem Proteſt hervor. Dagegen erhob bereits 1795 ein Schriftſteller ſeine Stimme, um die unglaublichen Zuſtände in den Spinnereien von Lancaſhire anzuklagen. Aikin in ſeiner „Beſchreibung des Landes um Mancheſter" beſchreibt das herrſchende Syſtem der Kinderausbeutung

ausführlich und hebt hervor, wie die Opfer dieses Systems physisch und moralisch zugrunde gehen müssen. Im folgenden Jahr legt dann der Dr. Percival dem Gesundheitsrat in Manchester (25. Januar 1796) eine Resolution vor, die auseinandersetzt, daß die Insassen der Baumwollfabriken, insbesondere die Kinder, Fieberansteckungen besonders ausgesetzt seien und solche Krankheiten rasch weiter verbreiteten. „Die großen Fabriken sind allgemein der Konstitution der in ihnen Beschäftigten schädlich, selbst wo keine besonderen Krankheiten vorwalten, wegen der engen Einsperrung, die sie auferlegen, der schwächenden Wirkung heißer oder unreiner Luft und wegen des Mangels an körperlichen Uebungen, welche die Natur in der Kindheit und Jugend als wesentlich erweist, um den Organismus zu kräftigen . . ." Die unzeitige Nachtarbeit und die übermäßige Arbeit bei Tage, soweit sie Kinder betreffe, zerstöre die Erwartungen, die man auf die heranwachsende Generation setzen könne und schädigten dadurch die Industrie. Dr. Percival schlägt schließlich einen gesetzlichen Eingriff des Parlaments vor, um „ein allgemeines System für die weise, menschliche und billige Einrichtung aller solcher Werke zu schaffen". Damit predigte er aber noch tauben Ohren.

Auch ein anderer Arzt aus Manchester, Dr. Ferrior, blieb, als er schon ein oder mehrere Jahre früher die Oeffentlichkeit auf die grauenhaften Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in Manchester hinwies, ein Prediger in der Wüste: die Reichen wohnten ja in schönen Villen außerhalb der Stadt, deren Straßen noch nicht einmal gepflastert und beleuchtet waren. Die Armen aber waren in ganz unsagbaren Löchern zusammengedrängt. Feuchte und fensterlose Kellerwohnungen, die ganzen Familien den Garaus machten, waren gang und gäbe. Die Abortgruben waren in zahlreichen Hinterstraßen offen, woraus Fieberkrankheiten resultierten. „In einem Haus in Bootle Street ist die Mehrzahl der Bewohner gelähmt infolge der Lage der Häuser in einer Sackgasse ohne Licht und Luft, in solchen Winkeln sind Schwindsuchtsanfälle und Blödsinn gewöhnlich." So geht es weiter zur Beschreibung von dunkeln und furchtbar schmutzigen Kellerräumen mit je 4—5 Betten, in die frisch vom Lande Zugezogene sich hineinlegen, nachdem die letzten Fieberkranken erst eben herausgenommen worden sind, um eingescharrt zu werden usw. Der Menschheit ganzer Jammer faßt einen an, wenn man im einzelnen vernimmt, wie in „Cottonopolis" (Baumwollstadt, Spitzname von Manchester) schon damals für die Arbeiter gesorgt war. Anderswo war es ganz gewiß, wie um die Kinder, auch um die erwachsenen Fabrikarbeiter nicht besser bestellt. Da kam schon nicht mehr allein Lancashire in Betracht, sondern auch ein Teil Schottlands, die Glasgower Gegend, die bereits Arkwright selbst als geeigneten Boden für die Baumwollspinnerei erkannt hatte. Zufällig ist ein Bericht vorhanden, der schildert, wie es den Spinnern in Glasgow, meistenteils Hochländern, um das Jahr 1799 ging; sie arbeiteten von 6 Uhr morgens bis $^1/_2$9 abends für einen Wochenlohn von 12 bis 14 Schilling und lebten von Haferbrei, Kartoffeln und Hering; Fleisch aßen sie höchstens einmal wöchentlich. Die Kinderarbeit herrschte hier ebenso uneingeschränkt wie in Lancashire: die frommen Armenväter von Edinburgh lieferten ebenso unbedenklich, wie die englischen Brüder im Herrn, ihre wehrlosen Schützlinge ans Messer. Aehnliche Verhältnisse wie in der neuen Baumwollindustrie hatten sich inzwischen auch in der alten Wollindustrie herausgebildet. Die Spinnmaschinen



416. Indische Weber

waren baldigst auch der Verarbeitung von Wolle angepaßt worden, und so erstanden seit den beginnenden achtziger Jahren, hauptsächlich im West-Riding von Yorkshire, zahlreiche große Wollspinnereien, in denen es nicht weniger lieblich zuging als in den cotton-mills. Gleich dem Spinnen von Wolle und Baumwolle waren mittlerweile auch die Nebenoperationen des Kämmens, Krempelns usw. dem maschinenmäßigen Betrieb unterworfen worden, und bloß noch das Weben geschah in der altherkömmlichen Weise. Wenn es etwa auch hier gelang, eine mechanische Vorrichtung zu konstruieren, die um ein Vielfaches mehr webte als der fleißigste Handwerker, so mußten für letztere die Folgen geradezu furchtbar sein; denn infolge der hohen Weberlöhne war gegen Ausgang des 18. Jahrhunderts die Zahl der Handweber in Großbritannien auf 750—800 000 angeschwollen. Tatsächlich war der mechanische Webstuhl erfunden — 1785 von dem Landgeistlichen Edmund Cartwright. Aber die Erfindung erwies sich noch nicht rentabel, weil die Maschine öfters stillgesetzt werden mußte, um die Kette aufzuziehen, und also je einen Mann zur Bedienung brauchte. Die baldige Beseitigung dieses Hindernisses, die im Jahr 1803 durch die Erfindung einer besonderen Maschine zum vorherigen Aufziehen der Kette erfolgte, ließ sich am Ausgang des 18. Jahrhunderts schon voraussehen. Dann standen die englischen Handweber vor dem Untergang. Und nicht die englischen allein. Die Wirkungen mußten weit über die Grenzen der britischen Inseln hinaus sich erstrecken, weil die englische Textilindustrie sich nicht auf den heimischen Markt beschränkte, sondern auf Eroberung des Weltmarktes ausging.

Hier konnte die indische Baumwollweberei noch einigermaßen ihre alte Position behaupten, so lange in England zwar trotz der minimalen indischen Löhne, wegen der Maschinen viel billiger gesponnen, aber infolge der hohen Handwerkerlöhne viel teurer gewebt wurde. Wenn nun aber in England der mechanische Webstuhl in Gebrauch kam, so hörte für die Indier jede Möglichkeit des Konkurrierens auf, so mußten sie nicht allein ihren Anteil am Weltmarkt, sondern auch

den inneren Markt einbüßen: und das war für Millionen Menschen das Todesurteil. Ruhten die transozeanischen Wirkungen der englischen Industrierevolution auf Ostindien zu Ende des 18. Jahrhunderts noch im Schoß einer freilich ganz nahen Zukunft, so waren sie dagegen voll in die Erscheinung getreten in Westindien, in Amerika. Bezugsquellen für Rohbaumwolle waren bis in die 80er Jahre einmal Ostindien, dann aber die erheblich näher gelegenen Inseln Westindiens. Nun kamen spekulative Köpfe aus den südlichen Teilen der Vereinigten Staaten auf den Gedanken, die gewinnversprechende Pflanze nach den nordamerikanischen Südstaaten überzusiedeln. So kamen zum erstenmal 1784 ganze 8 Säcke südstaatlicher Baumwolle auf einem amerikanischen Schiff in Liverpool an. 1792 waren es schon 140.000 Pfund Baumwolle, die aus der Union exportiert wurden, mit Riesenschritten ging es von Jahr zu Jahr weiter, so daß 1800 schon ungefähr 18 Millionen Pfund aus amerikanischen Festlandhäfen ausgeführt wurden. Das heißt aber, daß infolge des kolossalen Aufschwungs der englischen Baumwollindustrie in der südlichen Union große Baumwollplantagen von westindischem Muster wie Pilze emporschossen. Und das heißt wieder soviel, daß die Negersklaverei als Voraussetzung dieses Plantagenbetriebs in den Südstaaten immer riesigere Dimensionen annahm und ein immer brutaleres Gepräge aufwies; an die Stelle der halbwegs gemütlichen Hausklaverei trat eine rücksichtslose Menschenschinderei, die mit den schwarzen Sklaven womöglich noch mörderischer umsprang, als das englische Industriekapital mit seinen weißen.

Hundert Jahre später erscheint uns trotz alledem die Industrierevolution im Lichte der geschichtlichen Entwicklung als Einleitung eines großen Fortschritts, als unerläßliche Vorbedingung zur Befreiung der Menschheit aus den Banden der Ausbeutung, der Unterdrückung, der Not und der Ueberarbeit.

Der große Emanzipationskampf des Proletariats schloß sich an die wirtschaftliche Umwälzung an. Schon in den ersten Stadien der industriellen Revolution zeigten sich Vorboten der Arbeiterbewegung besonders in Gestalt von tumultuarischen Auflehnungen größerer Volksmengen gegen die Einführung von Maschinen. Mit solchen urwüchsigen Ausbrüchen der Empörung haben Hargreaves, Arkwright, Peel persönlich zu tun bekommen. Spinnmaschinen in bedeutender Zahl sind mitunter, besonders im Jahre 1779, zerstört worden von Leuten, die brotlos gemacht zu werden befürchteten, bis die enorme Ausdehnung und Prosperität der Baumwollindustrie darüber vorläufig beruhigte. Mit dem mechanischen Webstuhl und dem weiteren Umsichgreifen der industriellen Revolution kam dann aber auch die dauernde Arbeiterbewegung in Sicht und das erste Dämmern der Erkenntnis, daß nicht die Maschine zu bekämpfen sei, sondern ihre Ausnutzung und Aneignung durch einzelne, überhaupt das Privateigentum an den Produktionsmitteln.

Schluß.

Die industrielle Revolution unterscheidet sich offenbar wesentlich von anderen Revolutionen, insofern sie, nach Engels' Ausdruck, eine stillere Umwälzung ist, als etwa die bald nach ihrem Beginn einsetzende große politische Katastrophe in Frankreich. Ungleich dieser wurde sie von ferner stehenden Zeitgenossen kaum bemerkt, weil sie sich nicht in der Sphäre der Haupt- und Staatsaktionen vollzog, sondern in den ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft vor sich ging. Das hindert aber nicht, daß diese wirtschaftliche Revolution trotzdem mit der politischen im engsten Zusammenhang steht. Die ursächliche Verknüpfung, die hier existiert und die, alles in allem genommen, als eine Wechselwirkung zu bezeichnen ist, erscheint als eine so verwickelte, daß selbst noch Ferdinand Lassalle bei richtigem Empfinden dafür sich doch nicht völlig klar darüber war. Lassalle sagt im „Arbeiterprogramm" über den Zusammenhang zwischen der französischen Revolution und der kurz zuvor durch die Erfindung der Spinnmaschine begonnenen industriellen Revolution: „Man kann sagen, daß diese Maschine an und für sich schon die Revolution nicht hervorbrachte, dazu geht ihr diese Erfindung, die überdies auch nicht augenblicklich in Frankreich eingeführt wurde, viel zu kurze Zeit vorher, sondern daß sie die bereits tatsächlich eingetretene, bereits vollzogene Revolution in sich verkörperte. Sie war selbst schon, so unschuldig sie aussah, diese Maschine, die lebendig gewordene Revolution."

Das stimmt noch in etwas anderem Sinn, als Lassalle meint. Er denkt bloß an die zur französischen Revolution hinführende soziale Revolution als Mutter der industriellen; wenn man aber die Heimat der Maschine, England, ins Auge faßt, so erscheint sie auch als Ausgeburt der politischen Revolution. Ist doch keine Frage, daß die industrielle Revolution zur unerläßlichen Voraussetzung die großen bürgerlichen Revolutionen, zunächst Englands, hatte. Davon überzeugt schon ein Blick auf die Vorgeschichte von Lancashire. Dieser Sitz der englischen Baumwollindustrie war im 17. Jahrhundert eins der rückständigsten Gebiete von England, äußerst unwegsam, halbe Wildnis, Sitz katholischer Krautjunker. Damit ein solches Revier Sitz einer bedeutenden Industrie werden konnte, war Voraussetzung jene Umwälzung aller Verhältnisse, die von der englischen Revolution ausging. Durch diese wurde in Großbritannien im ganzen nicht weniger als in solchen einzelnen Teilen wie Lancashire oder Schottland dem kommerziell-industriellen

Fortschritt erst recht Bahn gebrochen. Man braucht sich bloß den Absolutismus der Stuarts zu vergegenwärtigen, mit dem durch die beiden Revolutionen aufgeräumt wurde, um einzusehen, daß ohne diese die industrielle Revolution undenkbar gewesen wäre. Monopolwirtschaft, Staatsbankerotte, und wie die despotischen Eingriffe in die Sicherheit und Verwertbarkeit von Kapitalbesitz alle hießen, waren der Akkumulation von Handels- und Industriekapital im höchsten Maße hinderlich und bewirkten, daß reich gewordene Kaufleute ihr Geld mit Vorliebe in Großgrundbesitz anlegten, anstatt es in Geschäften stecken zu lassen. Die Bank von England als Mittelpunkt des Geld- und Kreditwesens war erst eine revolutionäre Errungenschaft der kapitalbesitzenden Kreise.

Erscheint demnach als eine Voraussetzung für die Akkumulation von Handels- und Industriekapital die Ersetzung des Absolutismus durch die Parlamentsherrschaft, so wurde eine andere gleichfalls durch die Revolutionen des 17. Jahrhunderts gegeben in dem Aufräumen mit den Resten des Feudalismus, in der völligen Verwandlung des Grundherrn in einen kapitalistischen Eigentümer, in der Eindämmung altadligen Treibens, in der Oekonomisierung der Gentry Mit der Kapitalsanhäufung Hand in Hand ging die Schaffung einer anderen Voraussetzung der industriellen Revolution, die zunehmende Proletarisierung des Landvolks: eine Prozedur, der gleichfalls die politische Revolution die Bahn ebnete, indem der Grundbesitz völlig mobilisiert, von den feudalen und kommunistischen Resten befreit wurde. So zerrüttete das englische Revolutionszeitalter auch die mittelalterliche Gewerbeordnung vollends. Zu Ende des 17. Jahrhunderts war die Zunftverfassung bereits derartig durchlöchert und ihrer ehemaligen, allgemeinen Autorität beraubt, daß sie der industriellen Revolution kein ernstliches Hindernis mehr bereiten konnte. Wie die Gilden, so hatten auch die Fabrikationsvorschriften in der Revolutionszeit an Bedeutung immer mehr verloren. Mit Reglements im französischen Stile hätte sich die beständige Revolutionierung der Fabrikationsmethoden durch die Maschinen nicht vertragen. Im ganzen waren eben in den Klassenkämpfen der politischen Revolution die kapitalistischen Interessen zu dominierender Stellung gelangt, auch nach außen hin, wo die Erlangung von Märkten eine so große Rolle spielte.

Im Gefolge der englischen Revolution nahm also der britische Handel und Gewerbfleiß immer größere Dimensionen an, wurde aus dem Agrar- mehr und mehr ein Industrieland. „Als in England," sagt Marx im „Elend der Philosophie," „der Markt eine solche Entwicklung gewonnen hatte, daß die Handarbeit ihm nicht mehr genügen konnte, empfand man das Bedürfnis nach Maschinen. Man sann nun auf die Anwendung der mechanischen Wissenschaft, die bereits im 18. Jahrhundert fertig da war." Diese mechanische Wissenschaft war tatsächlich ein Produkt der bürgerlichen Revolution, war aus jener Experimentalphilosophie hervorgegangen, auf die um 1660, mit Macaulay zu sprechen, der „revolutionäre Geist" sich legte. Die puritanischen Ideologien lösen sich auf in Oekonomie und Naturwissenschaften. Dem Gelehrtensenat dieser Bestrebungen, der Royal Society, wurde schon vor Ende des 17. Jahrhunderts von Savery die erste ernstliche und praktisch brauchbare englische Vorläuferin der Wattschen Dampfmaschine vorgelegt. Da sann man schon seit mehr als einem Menschenalter auf Maschinen, deren

nachherige Einführung im 18. Jahrhundert faktisch schon in der Revolutionszeit des 17. Jahrhunderts vorbereitet worden war.

Erscheint die industrielle Revolution derart als Konsequenz der bürgerlichen Revolution, so führt sie andererseits zu deren Vollendung. Rasch werden jetzt die Reste der mittelalterlichen Gewerbeordnung vollends unhaltbar und dann auch gesetzlich abgeschafft, nachdem die neuen großindustriellen Interessen genügende Kraft erlangt haben, deren Evangelium die freie Konkurrenz wird. Die Losung von Manchester erscholl schon in einer Liverpooler Petition von 1792, die in den Fabrikstädten lauten Widerhall fand. Sie erhob zunächst die Forderung der Handelsfreiheit gegenüber dem Monopol der ostindischen Kompagnie, das besonders auch als dem Absatz der englischen Fabrikate hinderlich bekämpft wird. Unter anderem heißt es an einer Stelle allgemein: „Der freie Handel und Industriebetrieb von Großbritannien haben ein solches Einströmen von Reichtum und solche Akkumulation von Kapital hervorgerufen, daß keine Unternehmung für private Kaufleute oder private Gesellschaft von Kaufleuten zu schwer ist, anzugreifen; der Genius, die Betriebsamkeit und die Talente unserer Landsleute sind derart, daß es keinen Weltteil gibt, wohin sie nicht einen freien Handel profitabel machen können. . ." In Beginn der Petition wird ausgeführt, daß der Handel zwischen verschiedenen Erdteilen, die sich durch ihre verschiedenen Produkte ergänzten, der Regulierung durch das gegenseitige Interesse überlassen und von jeder Einschränkung möglichst freibleiben sollte. Da haben wir also gegenüber dem hergebrachten Merkantilismus, die der großindustriellen Ueberlegenheit Englands über andere Länder sich empfehlende Forderung des Freihandels, bei dem es sich für die Einfuhr nach England hauptsächlich um zollfreien Import von Rohstoffen und Lebensmitteln handelt. Korneinfuhr wird seit dem Beginne der industriellen Revolution in steigendem Maße nötig, und die sich entwickelnde Fabrikbourgeoisie hat also ein Interesse an Zollfreiheit, während die Gentry schutzzöllnerisch ist. Diese hat ihren starken Rückhalt am hergebrachten Wahlrecht mit seinen kleinen Burgflecken, jene erstrebt also und erreicht schließlich Wahlreform, um zur Macht zu gelangen. Auch auf diesem Gebiet hilft die industrielle Revolution dem zum Siege, was schon in der bürgerlichen Revolution des 17. Jahrhunderts angestrebt worden war.

Ihr Merkantilismus freilich war nun überlebt und ging der Ersetzung durch die freie Konkurrenz auch gegenüber dem Auslande entgegen. Schwer erschüttert ward das Ansehen des Merkantilismus bereits durch die ökonomischen Konsequenzen der amerikanischen Revolution. Trotz Wegfalles aller Zwangsmaßregeln entwickelte sich Englands Handel mit Nordamerika mehr als je zuvor. Für die praktische Politik blieben indes die alten Tendenzen noch lange so lebendig, daß auch der Krieg gegen die französische Revolution von englischer Seite durchaus ein Handels- und Kolonialkrieg war, von demselben Charakter wie in den früheren Stadien des bürgerlichen Revolutionszeitalters der Seekrieg der Vereinigten Provinzen gegen Spanien, die niederländisch-englisch-französischen Kriege der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und die späteren Franzosenkriege, zuletzt der englisch-französische Krieg der amerikanischen Revolutionszeit. Aber schon zu Zeiten des niederländischen Krieges gegen Spanien war der Ruf nach freier Konkurrenz in jeder Beziehung laut geworden. In den englischen Revolutionen des 17. Jahrhunderts

wurde die Freihandelslosung nur hier und da aufgenommen, triumphierte dann in Amerika, um auch in England schließlich durchzudringen, als die industrielle Revolution die manchesterliche Freihandelslehre für die englischen Kapitalsinteressen vorteilhaft erscheinen ließ. Diese letzte logische Konsequenz des bürgerlich-revolutionären Ideals der freien Konkurrenz hat sich die große französische Revolution, zwar wohl erst theoretisch, aber hernach nicht praktisch angeeignet. Dagegen gelangte die bürgerliche Revolution in Frankreich, zum Unterschiede von der englischen, gleich im ersten Anlauf zur Gewerbe- und Handelsfreiheit, um sie dann über Europa hin zu verbreiten.

Darin zeigt sich, daß die Umstände, unter denen die französische Katastrophe vor sich ging, entwickelter waren, als die der Niederlande und Englands im 16. und 17. Jahrhundert. Die Tendenzen aber, die in Frankreich zum Siege gelangten, machten sich in England und Holland schon geltend. Wie wenig überhaupt die herkömmliche Zurücksetzung der älteren Revolutionen gegenüber der französischen gerechtfertigt ist, zeigt, nach der Seite der Ideologien hin betrachtet, die Tatsache, daß in der französischen Revolution keine allgemeinen Ideen verfochten worden sind, die ihr nicht schon von den früheren Umwälzungen überliefert worden wären. Das gilt nicht nur für die bürgerlichen Ideologien, sondern auch für die proletarischen, die auch in der französischen Revolution nicht über den asketischen Gleichheitskommunismus hinauskamen, den wir in der englischen Revolution finden. Ein Novum ist bloß die gänzliche Loslösung der Ideologien von ihrer ehemaligen theologischen Einkleidung: ein Prozeß, der sich aber auch schon im Laufe der Revolutionen des 17. Jahrhunderts vollzieht und in der amerikanischen Revolution so gut wie vollendet ist. Zu einem Sieg demokratischer Bestrebungen ist es vor der französischen Revolution nur in der amerikanischen gekommen, nicht in der niederländischen und englischen. Dadurch erscheint die französische Revolution radikaler als ihre Vorgängerinnen im 16. und 17. Jahrhundert, radikaler gegenüber England vor allem auch in sozialer Hinsicht durch die Bauernbefreiung, die sie nicht nur in Frankreich, sondern auch in einem großen Teil des übrigen Teils von Europa im Gefolge hatte, wie sie auch völlig mit dem hergebrachten materiellen Machtfundament der Kirche aufräumte, das in England nicht dauernd beseitigt wurde. Wenn man aber im übrigen die tatsächlichen Wirkungen der französischen Revolution universaler findet, als die der älteren, so ist demgegenüber daran zu erinnern, daß die frühere Revolutionsperiode ausläuft in die industrielle Revolution, die sicher nicht weniger als die große französische Katastrophe zu dem heutigen Zustand der Dinge beigetragen und insbesondere die materiellen Voraussetzungen geliefert hat für die proletarische Revolution der Zukunft.

Anmerkungen.

Zu Seite 4. Die Entdeckung von Amerika und die Auffindung des Seeweges nach Ostindien bezeichnet der englische Nationalökonom Adam Smith als „die beiden größten und wichtigsten Ereignisse, die in der Geschichte der Menschheit berichtet werden". Zu den wichtigsten gehören sie ohne Zweifel, und es erscheint nicht so unberechtigt, wenn von diesen großen Entdeckungen der Anfang der Neuzeit datiert wird. 1492 gelangte der in Genua geborene Christoph Columbus, im Auftrage der spanischen Krone reisend, in die Gewässer von Westindien, zunächst nach der Bahamainsel Guanahani; 1498 erreichte der Portugiese Vasco da Gama als Sendbote der Regierung seines Landes zur See Calicut an der Südwestküste von Vorderindien. Den Schätzen Indiens strebten beide Entdecker zu, Columbus in westlicher, Vasco da Gama in östlicher Richtung. Dem Portugiesen war seit langem von seinen seefahrenden Landsleuten vorgearbeitet worden, die an der afrikanischen Westküste immer weiter südwärts gelangt waren. Bartholomäus Diaz war 1487 schon über das Cap der guten Hoffnung hinausgekommen und hatte dadurch die Erreichbarkeit des Zieles, auf dem Seeweg Ostindien zu erreichen, dargetan. An das Ziel gelangt, legte Vasco da Gama den Grund zur portugiesischen Macht- und Handelsstellung in Ostindien. Seine Nachfolger in Indien, besonders Albuquerque, erreichten dann auf dem Wege rücksichtslosester Gewalt die Ausschließung jeder fremden Konkurrenz, das Monopol des ostindischen Handels, besonders auch des Handels mit den kostbaren Gewürzen, in deren Herkunftsgebieten die Portugiesen sich bald festsetzten. Die Gewürzinseln waren auch eines der Ziele, die Columbus verfolgt hat. Zuerst aber hatte er es hauptsächlich darauf abgesehen, den Weg zu den Schätzen von Cipangu oder Cipangri zu finden, einer mit Japan identischen Insel, von deren Reichtümern der Venetianer Marco Polo Ungeheuerliches gefabelt hatte.

Columbus meinte in der unmittelbaren Nachbarschaft dieses Landes zu sein, als er in die Inselwelt der Antillen gelangt war. Und obwohl er tatsächlich schon 1498 an das Festland von Amerika gelangt ist, so hat er doch bis an sein Lebensende keine Ahnung davon gehabt, daß er einen neuen Erdteil, die Neue Welt entdeckt hatte. Er blieb bei der Illusion, in die ostasiatischen Gewässer gelangt zu sein. Aus diesem Irrtum des Columbus erklärt sich auch, daß die Ureinwohner Amerikas noch heute Indianer heißen, und daß die amerikanischen Inselgruppen der großen und kleinen Antillen nebst den angrenzenden Meeresteilen bis jetzt den Namen Westindien führen. Amerika ist nach einem italienischen Reisenden des Entdeckungszeitalters, nach Amerigo Vespucci benannt, obwohl dieser keinerlei Entdeckerehren beanspruchen kann. Das amerikanische Festland ist in seinen nördlichen Teilen noch vor Columbus von Sebastian Cabot betreten worden, der in englischen Diensten 1497 an die Küsten von Neu-Schottland und Neu-Fundland kam. Der Grundirrtum des Columbus erschien zuerst augenfällig unhaltbar, als Balboa 1513 über die Landenge von Panama an den Stillen Ozean gelangte. Die weitere Tätigkeit der spanischen Conquistadoren — Eroberer — in Amerika, vor allem die Eroberung Mexikos durch Ferdinand Cortez (1519—21), Perus und Chiles durch Franz Pizarro und Almagro (1532—37), zeigten immer deutlicher die gewaltigen Größenverhältnisse des neuen Kontinents, und die ungeheure Ausdehnung der Meeresfläche, die Amerika von Ostindien trennt, sprang in die Augen infolge der ersten Weltumsegelung unter Magellan, dessen Expedition 1521 um die Südspitze von Amerika nach den Philippinen und Molukken kam.

□ □ □ □

Zu Seite 15. Comuneros heißt eigentlich soviel wie Gemeindevertreter. Der andere Name, der für die Erhebung der Städte von Kastilien gebraucht wird, die Bezeichnung als Aufstand der comunidades heißt soviel wie Aufstand der Kommunen oder Gemeinden.

□ □ □ □

Zu Seite 23. Die 17 Provinzen der Niederlande waren: Brabant, Limburg, Luxemburg, Geldern mit Zutphen, Flandern, Artois, Hennegau, Holland, Zeeland, Namur, Lille mit Douay und Orchies, Tournay, Mecheln, Friesland, Utrecht, Overyssel mit Drente, Lingen und Westerwolde, Groningen. Was also damals unter dem Namen der Niederlande zusammengefaßt wurde, war ein etwas größeres Gebiet als die heutigen Königreiche Belgien und Holland zusammen. Insbesondere gehörten dazu erhebliche Bezirke, die heute französisch sind, so Artois, ein Teil vom Hennegau, sowie Lille mit seinem Zubehör, ferner das Luxemburger Land, wohingegen das Lütticher Gebiet nicht zu den damaligen Niederlanden gehörte, sondern unter der Herrschaft des Bischofs von Lüttich stand.

□ □ □ □

Zu Seite 36. Die Abdankung Karls V. zugunsten seines Sohnes Philipp erfolgte zu Brüssel am 25. Oktober 1555. Zunächst handelte es sich um die Niederlegung der Herrschaft über die Niederlande, während der Verzicht auf die Regierung über Spanien und Amerika formell erst einige Monate später erfolgte. Während dieser Akt vergleichsweise still verlief, erfolgte die Uebertragung der Herrschaft über die Niederlande in ganz theatralischer Weise, mit großem Gepränge, feierlichen Reden, obligatem Fußfall und Handkuß Philipps, sowie wahren Tränenbächen des Kaisers und der ganzen Versammlung. Schon Schiller hat den Vorgang als ein rührendes Gaukelspiel bezeichnet. In der Tat hat zweifellos ein gut Teil der Anwesenden die Empfindung gehabt, bei einer Komödie mitzuwirken. Es wurde schon damals in Frage gestellt, ob der angegebene Beweggrund des ungewöhnlichen Schrittes Karls das wahre Motiv sei, ob er wirklich wegen seines unzweifelhaft schlechten Gesundheitszustandes abdanke, der als Folge allzu guten Lebens dem Kaiser bös zu schaffen machte. Schon damals war die Ansicht allgemein, daß mindestens noch andere Dinge sehr maßgebend mitgespielt hätten, um dem Kaiser das Verbleiben am Staatsruder zu verleiden. Manche glaubten, Karl habe sich bei Zeiten gedrückt, weil er merkte, daß nichts mehr gelinge. Vieles spricht aber dafür, daß er einem Druck nachgegeben hat, den sein Nachfolger Philipp ausgeübt hat, weil es ihm nicht behagte, noch länger auf die väterliche Erbschaft zu warten. Es liegt nahe, eine Stelle in der Anrede Karls an seinen Sohn gelegentlich des Brüsseler Rührstücks als eine bittere Anspielung hierzu aufzufassen. Nach der einen Version schloß sie mit den Worten, der Allmächtige möge Philipp mit einem Sohn segnen, dem er, wenn alt und mit Krankheit geschlagen, seine Würde mit derselben Freiwilligkeit übertragen könne, womit Karl sie jetzt ihm übergebe. Tatsächlich aber lauteten die Worte so: „Möge der Himmel auch Euch einen Sohn schenken, dem Ihr Eure Macht übergeben könnet, der Euch aber nicht dazu zwingt!“ Zu verwundern wäre es jedenfalls nicht, wenn auch bei der Schlußszene der Regierung Karls V. ein Blick hinter die Kulissen eine Wirklichkeit enthüllte, die von dem offiziellen Gaukelspiel ebenso verschieden wäre wie der wirkliche Schlußakt seines Lebens von der herkömmlichen Legende. Karls sogenanntes Klosterleben zu St. Juste in Estremadura während seiner letzten Lebensjahre (1556—58) hat sich der historischen Forschung als das gerade Gegenteil von dem Büßerdasein herausgestellt, wovon man früher fabelte. Er bewohnte dort nämlich, außerhalb des Klosters, ein besonderes Haus von sechs oder sieben Zimmern, ließ sich von einem Dutzend Lakaien bedienen und verfügte über ein Jahreseinkommen von 100000 Kronen. Seine Lebensweise war alles andere als mönchisch. Er führte vielmehr ein reguläres Schlemmerleben, stopfte sich förmlich voll mit allerlei Leckerbissen und vertilgte dabei große Quantitäten geistiger Getränke, alles zum Entsetzen seines Leibarztes, der mit ausgiebiger Zuführung von Rhabarber und Sennesblättern die Folgen der kaiserlichen Völlerei hintanzuhalten bemüht war. Ebensowenig wie Karls Leib einem asketischen Leben, gehörte sein Geist bußfertigen Gedanken. Vielmehr beschäftigte sich der Exkaiser unentwegt mit der geliebten Politik, las nichts anderes als Depeschen ohne Ende und schrieb selber solche in großen Mengen. Soweit er sich mit Gedanken an sein verflossenes Leben beschäftigte, geschah es hauptsächlich mit Ausdrücken des Aergers darüber, daß er nicht noch ganz anders mit Ketzern und Rebellen umgegangen. Keine Spur von den milderen Gedanken, die das überlieferte Märchen seinem frommen Büßer zuschreibt. Kurz, die urkundlich feststehenden Tatsachen bieten, mit dem amerikanischen Geschichtschreiber Motley zu reden, „ein Schauspiel, das für die Einbildungskraft weniger anziehend ist als das alte Bild von Karl im Kloster. Unglücklicherweise ist es das, welches nach dem Leben gemalt ist.“ Keine Frage auch, daß die Richtigstellung der Legende von Karls Klosterleben Anhaltspunkte liefert zur Scheidung von Wahrheit und Dichtung in der Brüsseler Theaterszene mit ihrem philosophischen Verzicht des Kaisers auf die gewohnte Macht.

□ □ □ □

Zu Seite 64. Bei Erwähnung der Bartholomäusnacht mögen hier ein paar Worte Platz finden über diesen großen Hugenottenpogrom und seine Bedeutung für die niederländischen Angelegenheiten. Zwischen diesen und den gleichzeitigen französischen Vorgängen hatten immer schon Zusammenhänge bestanden. Bereits unter den ersten Verkündigern des Kalvinismus in den Niederlanden hatten Franzosen eine große Rolle gespielt, und so knüpften die Geusen immer Hoffnungen

auf Unterstützung an Erfolge der französischen Kalvinisten, der Hugenotten, in den inneren Kämpfen ihres Landes. Anfang der siebziger Jahre war die Hugenottenpartei zeitweilig obenauf. Noch bis in den Sommer 1572 befand sich der unselbständige König Karl IX. von Frankreich unter dem Einfluß der kalvinistischen Partei, in der auch ein Teil des französischen Adels ein Werkzeug für seine Interessen sah. Sie trieb eine antispanische Politik und unterhielt enge Verbindungen mit den Geusen, ebenso wie die katholisch-reaktionäre Partei mit Philipp und Alba Hand in Hand ging. Ein französisches Hilfsheer war im Begriff, Oranien zuzuziehen, als Karl IX. ganz unerwartet wieder unter den Einfluß der papistischen Partei geriet und durch Bangemachen mit umstürzlerischen Plänen der Kalvinisten dazu bestimmt wurde, seine Einwilligung zu einem großen Schlag gegen die Hugenotten zu geben, deren Hauptführer gerade in Paris weilten. Ihr Anwärter auf die Thronfolge, Heinrich von Bourbon, machte Hochzeit mit Karls IX. Schwester, und zu der Festlichkeit war eine große Anzahl angesehener Hugenotten nach Paris gekommen: daher die Bezeichnung des Massakers als Bluthochzeit. Tatsächlich war die Hochzeit schon eine Woche vorbei, als die heimtückische Ueberrumpelung der ahnungslosen Hugenotten in der Nacht des 24. August 1572 stattfand. Allenthalben wütete in Paris das Gemetzel, das die lumpenproletarischen Schwarzen Hunderte der klerikalen Partei ausgiebig mit Raub verquickten. In den Aufzeichnungen des Tirolers Lukas Geizkofler, der damals in Paris studierte, liest man u. a.: „Es hat bei dieser Gelegenheit jeder seinen feind unter dem schein, als wenn er ein Hugenot wäre, ja ein brueder den andern, damit er nur die Erbschaft allein erlangete, umbringen lassen, ja wol auch etliche Papisten ihre glaubensgenossen aus geiz, neid und feindschaft nit verschont. Und ist immerzue ein rott über die andere auf den gassen, sonderlich aber wo die buechfüerer (Buchhändler) gewont, gegangen. Etliche wurden aus ihren häusern von den höchsten gemachen in das Feuer herabgeworfen, so sie von den angezündeten Hugenotischen buechern, wie sie darfür hielten, gemacht, ihre weiber mit ihren kindern, die sie nit von sich lassen wolten, zu dem flueß Sequana (Seine) gefüert, daselbst zu tod gestochen und darein geworfen in solcher großen anzahl, daß der fluß vom bluet rot worden." Die Zahl der Ermordeten scheint sich in Paris auf stark 2000 belaufen zu haben; es fanden dann aber auch im Lande Hugenottengemetzel statt, wobei etwa 30 000 Menschen ihr Leben einbüßten. Die Nachricht von der Bluthochzeit war natürlich Musik in den Ohren Philipps II. von Spanien. Der französische Gesandte am Madrider Hof bestätigt dies ausdrücklich in einem Bericht an Karl IX. und schreibt weiter über seine Unterredung mit Philipp: „Ich sagte, daß ich Gott dankte, weil er Ew. Majestät in Stand gesetzt habe, Ihrem Meister zu beweisen, daß sein Lehrling sein Handwerk gelernt habe und seinen Titel „Allerchristlichster König" verdiene. Ich fügte hinzu, daß er zugestehen müsse, daß er Ew Majestät die Erhaltung der Niederlande verdanke." Hierüber war sich Philipp natürlich nicht im unklaren, und er hat sicher auch nichts dagegen einzuwenden gehabt, daß er als Karls IX. Lehrmeister für den Massenmord gelten sollte: erschienen ihm doch die Bluthochzeit und die niederländischen Metzeleien als gleich preiswürdige Taten, als wohlverdiente Strafgerichte über verruchte Rebellen gegen die göttliche Weltordnung.

□ □ □ □

Zu Seite 134. Die Geschichte der Amsterdamer Bank, deren Gründung 1609 erfolgte, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Bedeutung der Umwälzung, die sich während der Revolution in den Niederlanden vollzogen hatte. Ein solches Institut, mit öffentlicher Garantie in aller Welt als sichere Grundlage des Kredits angesehen, wäre unter dem absolutistischen System undenkbar gewesen. Nicht nur wäre damit zu rechnen gewesen, daß die zügellosen Schergen der Despotie bei Gelegenheit über die Bank hergefallen wären, um sich bezahlt zu machen, auch der Regierungsgewalt wäre ein kühner Griff in die aufgespeicherten Reichtümer zuzutrauen gewesen. In der Republik dagegen, die von den Vertretern der kaufmännischen Interessen beherrscht wurde, hätten die Staatslenker selber ihre Existenz aufs Spiel gesetzt, wenn sie nicht nach Kräften für Aufrechterhaltung des Kredits gesorgt hätten und also auch für Innehaltung der Satzungen der Amsterdamer Bank, nicht nur hinsichtlich einer soliden Geschäftsführung, sondern besonders auch in bezug auf die staatliche Garantie für die Bankbestände gegen Beschlagnahme. Die Bank galt für so gut, daß im Laufe des 17. Jahrhunderts auch ausländische hohe Herren Summen darin niederlegten und sogar die kapitalkräftigen Jesuiten der Bank der Ketzerrepublik Gelder zur Aufbewahrung anvertrauten. Sie war rasch über ihren ursprünglichen Hauptzweck einer Wechselbank hinausgewachsen. Eine solche hatte sich als dringendes Bedürfnis herausgestellt, weil bei dem massenhaft umlaufenden abgenutzten oder beschnittenen, minderwertigen Geld, das aus dem Ausland kam, die Wechselkurse außerordentlich schwankend waren. Dem sollte die Bank abhelfen, indem alle größeren Wechsel über 600 Gulden auf vollwertiges Amsterdamer „Bankgeld" lauten und also auf die Amsterdamer Bank gezogen sein mußten. Daraus ergab sich aber für das Gros der Kaufmannschaft die Notwendigkeit eines Bankguthabens. Die Höhe der deponierten Kapitalien, die 1609 erst eine Million Gulden betrug, stieg rasch. Adam Smith schätzt für seine Zeit (1775) das Kapital der Amsterdamer Bank auf drei Millionen Pfund, gleich sechzig Millionen Mark.

Interessante Mitteilungen über die Bank von Amsterdam finden sich in William Temples „Bemerkungen über die Vereinigten Provinzen". Die Schrift des englischen Staatsmannes, der lange Zeit als Gesandter in den Niederlanden weilte, ist reich an Belehrung über die Verhältnisse der Republik; sie erschien zuerst im Jahre 1672, dessen politische Ereignisse auch die Amsterdamer Bank auf eine harte Probe stellten, ohne daß es aber zum Bankbruch kam. Temple schreibt über das große, damals zwei Menschenalter bestehende Kreditinstitut folgendes: „In dieser Stadt Amsterdam ist die berühmte Bank, welches der größte Schatz, sei er nun wirklich oder imaginär, ist, der irgendwo auf der Welt bekannt ist. Sein Platz ist ein großes Gewölbe unter dem Stadthaus, das mit allen Arten von Türen und Schlössern und anderen sichtlichen Sicherheitsvorkehrungen befestigt ist, die es nur geben kann; und es ist gewiß, daß, wer immer mitgenommen wird, um die Bank zu sehen, nie verfehlen wird, den Augenschein eines mächtigen wirklichen Schatzes zu finden, in Gold- und Silberbarren, Silberplatten und endlosen Säcken voll Metall, von dem man annimmt, daß es alles Gold und Silber ist, es mag dies auch sein, soviel ich weiß. Da aber nur die Bürgermeister die Beaufsichtigung dieser Bank haben und niemand jemals im einzelnen eine Aufstellung macht, was von einem Menschenalter zum anderen ein- und ausgeht, so ist es unmöglich, zu berechnen oder zu raten, in welchem Verhältnis der wirkliche Schatz zu seinem Kredit stehen mag. Daher liegt die Sicherheit der Bank nicht nur in den Effekten, die darin sind, sondern auch in dem Kredit der ganzen Stadt oder des Staates Amsterdam, dessen Kapital und Einkommen dem mancher Königreiche gleich ist, und der verpflichtet ist, für alle Gelder gut zu stehen, die in die Bank gebracht werden. Ihre Scheine oder Wechsel dienen zu allen gewöhnlichen großen Zahlungen, die zwischen Leuten in der Stadt gemacht werden, und nicht nur in den meisten anderen Plätzen der Vereinigten Provinzen, sondern in vielen anderen Handel treibenden Teilen der Welt. Sonach ist diese Bank eigentlich eine allgemeine Kasse, wo jedermann sein Geld unterbringt, weil er es für sicherer ansieht und als leichter ein- und ausgezahlt, als wenn es zu Hause in seinen Kästen wäre. Und die Bank ist so weit davon entfernt, irgendwelche Zinsen für das zu zahlen, was dort hineingebracht wird, daß Geld in der Bank etwas mehr in gewöhnlichen Zahlungen wert ist, als was in Gestalt von Münze von Hand zu Hand umläuft; denn es passiert kein anderes Geld in der Bank, als in der Münzart, die am besten bekannt ist, am meisten feststeht und am allgemeinsten umläuft in allen Teilen von Hoch- sowohl als Niederdeutschland."

□ □ □ □

Zu Seite 136 und 172/73. Die Angaben über die Bevölkerung Londons im 17. Jahrhundert scheinen sich meistens schwer in Einklang bringen zu lassen. Ein Teil dieser Differenzen erklärt sich aber daraus, daß nicht die gleichen Komplexe zugrunde gelegt sind. Die Kommune London war zunächst die City, das im Süden durch die Themse, nach den anderen Seiten durch eine Mauer begrenzte Gebiet. Wenn man von Fleet Street auf den Strand kam, so war man schon nicht mehr in London im verwaltungstechnischen Sinne, sondern in der Nachbarstadt Westminster, der königlichen Residenz und dem Sitz des Parlaments. Wenn aber etwa ein Aristokrat seinen Landsitz mit einer Stadtwohnung in Westminster vertauschte, so reiste er selbstverständlich nach — London. Und so gehörten auch die Vorstädte außerhalb der Citymauern tatsächlich zu London. Die größte dieser Vorstädte war auf dem südlichen Themseufer Southwark, mit der City durch die steinerne, mit Häusern besetzte Brücke London Bridge verbunden. Aber auch auf dem linken Ufer gab es außerhalb der City beständig wachsende stark proletarische Quartiere. Die City sowie die Vorstädte, seit 1626 auch Westminster, kamen für die sog. Sterblichkeitsregister in Betracht, statistische Aufnahmen der Todesfälle und Geburten, die einen Anhalt geben für die Höhe der Bevölkerung von London. Wenn Kapitän Graunt auf Grund der Sterblichkeitsregister die Einwohnerzahl Londons gegen 1600 auf 180 000 angibt, so wird das annähernd stimmen. Nach einer Notiz Meterens wurden 1604 im größeren London 5458 Kinder geboren oder — richtiger — getauft. Mit den Totgeburten, den vor der Taufe gestorbenen und den aus anderen Gründen ungetauft bleibenden Kindern dürfte sich die Gesamtzahl der Geburten auf ca. 6000 stellen. Wenn man die Zahl der jährlichen Geburten pro tausend Einwohner auf einige 30 annimmt, so ergibt sich für 1604 eine Bevölkerung von 180 000 bis 200 000. 1631 bezifferte der Lord Mayor die Bevölkerung der Londoner City auf 130 268. Hierzu sind nun die ganzen Vororte zu rechnen, von denen Clarendon, von der Zeit des beginnenden Bürgerkrieges (1642) sprechend, sagt, sie hätten am stärksten zugenommen, so daß „die Vorstädte der City ungefähr gleichkamen". Die Einwohnerschaft wuchs bis 1650 auf etwa 350 000, bis 1700 auf etwa 550 000. Das Wachstum der Stadt erscheint für die Verhältnisse jener Zeit um so bedeutender, als es ganz und gar durch Zuzug von außen herbeigeführt wurde. In der Stadt übertrafen nämlich im 17. Jahrhundert die Todesfälle an Zahl durchschnittlich die Geburten. Enorm wurde der Ueberschuß der Todesfälle in Pestjahren, wie sie im Lauf des 17. Jahrhunderts noch öfters eintraten. Ganz starb die Pest in London dazumal wohl nie aus. Die Schuld lag natürlich, von der traurigen Lage eines großen Teiles der Bevölkerung abgesehen, an den gesundheitswidrigen Verhältnissen der Stadt. Auf solche läßt schon eine vielsagende Bemerkung Meterens schließen. Er schreibt 1612 über London u. a.: „Die Straßen seind mehrertheils eng und heßlich, weil das außgeschutte Wasser

aus den Häusern mitten durch die Straßen laufft: die Hauser seind mehrertheils von Holtz und Lehm gebawet unnd hangen uber die Straßen". In manchen Straßen der City stießen die oberen Stockwerke beider Seiten fast zusammen, so daß es an Luft und Licht in hohem Maße fehlte. Es wurde damit etwas besser nach dem großen Brand von 1666, dem zwei Drittel der City zum Opfer fielen und eine Neuanlage mit breiteren Straßen folgte. Außerdem wandelte sich London nun insofern, als seitdem Fachwerkbauten nicht mehr errichtet werden durften. War also im letzten Drittel des 17. Jahrhunderts London etwas heller und luftiger als in den voraufgegangenen zwei Dritteln, so blieb es immer noch ein arges Schmutzloch. Immer noch lief ein übelriechendes Bächlein mitten durch die Straßen in Ermangelung unterirdischer Kanalisation. Davon waren nur schwache Anfänge vorhanden. So wurde besonders der Fleetgraben, ein Abfluß für alle möglichen Fäkalien, in den dreißiger Jahren des 17. Jahrhunderts zum Teil überdacht, weil er gar zu arg zum Himmel stank. Sonst sammelten sich die Abwässer 2c. in Gruben, die von Zeit zu Zeit einfach in die Rinnsteine der Straßen ausgepumpt wurden. Auch sonst muß der Schmutz auf den Straßen ungeheuer gewesen sein, weil alles mögliche hinausgeworfen und erst durch den nächsten Regen weggespült wurde. Die bösen Sterblichkeitsverhältnisse von London werden noch begreiflicher, wenn man die Beschaffung des Trinkwassers in Betracht zieht. Eine Wasserleitung, die im 17. Jahrhundert andauernd einen großen Teil der City mit Trinkwasser versorgte, hatte ihre Pumpstation auf London Bridge und schaffte Themsewasser in die Wohnungen. Als Trinkwasser genossen, kann die Themse im Hafenbereich auch damals schon nicht besonders bekömmlich gewesen sein. Kurz, das London des 17. Jahrhunderts wäre für Menschen von heute kein besonders angenehmer Aufenthalt, wenn man etwa noch hinzunimmt, daß es keine Hausnummern und keine Laternen hatte; damals aber marschierte es trotz alledem mit an der Spitze der Zivilisation.

□ □ □ □

Zu Seite 144 und 160. Das englische Parlament hat die Gestalt, die es zu Anfang des 17. Jahrhunderts hatte, im wesentlichen aus mittelalterlichen Zeiten herübergebracht. Seine Geschichte soweit zurückzuführen, wie es viele Verfassungsgeschichtsschreiber getan haben, und von tausendjährigen Wandlungen des enalischen Parlaments zu sprechen, heißt aber Dinge verschiedener Art zusammenbringen. In den angelsächsischen Zeiten vor der normannischen Eroberung bestand freilich eine Reichsversammlung, die auf angelsächsisch Witenagemot hieß. Diese Körperschaft hatte aber mit einem modernen Parlament gar keine Ähnlichkeit, sondern war einfach ein Adelstag, an dem auch die geistliche Aristokratie teilnahm. Das gilt auch für die ersten beiden Jahrhunderte der normannischen Zeit, nur, daß an die Stelle der altsächsischen Thane die Räuber ihres Besitzes, die normannischen Barone getreten sind. Es ist auch nicht zutreffend, wenn das Jahr 1215 als Anfang der politischen Freiheit Englands hingestellt wird wegen der magna charta libertatum, des „großen Briefs der Freiheiten", den in diesem Jahr König Johann ohne Land den auffässigen Baronen bewilligen mußte. Wie diese berühmte Urkunde überhaupt im wesentlichen bloß adlige Privilegien enthielt, so ist auch der große Rat, dem die magna charta das Recht der Steuerbewilligung zuspricht, bloß ein Adelstag der Barone und Prälaten. Und das blieb noch ein halbes Jahrhundert so, wenn auch bereits der Name für den großen Rat gebraucht wurde, der noch heute für die beiden Häuser der Lords und der Gemeinen dient. Damals bestand das Parlament nur aus dem einen Hause der Herren, der Baronen und Prälaten. 50 Jahre nach der magna charta aber kamen zuerst Vertreter der Gemeinen in den großen Rat. Da lagen die Barone sich wieder mit dem Königtum der Plantagenets in den Haaren. Unter Führung des Simon von Montfort, Grafen von Leicester, hatte der Adel es soweit gebracht, sich des Königs Heinrich III. zu bemächtigen. Das Ziel der Feudalen ging auf die Herstellung einer Adelsrepublik. Sie waren auf Kräftigung ihrer Position durch Gewinnung von Bundesgenossen bedacht, und da hatten sie besonders die aufstrebenden Städte im Auge, die gleichfalls über das Königtum zu klagen hatten. Ihre Vertreter wurden nun als Hilfstruppe der Barone durch Simon von Montfort 1265 erstmals zum Parlament aufgeboten. Zwei Bürger sollten für jede Stadt und zwei Ritter für jede Grafschaft den niederen Adel vertreten. Damit war das Parlament nun immer noch keine moderne Repräsentativkörperschaft, sondern eine Ständeversammlung mit drei Häusern: hoher Adel und Klerus, Ritterschaft, Städte. Gegenüber festländischen Verhältnissen, unter denen es die Städte auch zur Reichsstandschaft brachten, bildete sich ein wesentlicher Unterschied in England erst dadurch heraus, daß es schon vor 1400 zur Verschmelzung des zweiten und dritten Standes im Parlament kam.

Besonders durch das gemeinsame Interesse an der Wollausfuhr werden niederer Adel und Kaufmannschaft einander soweit genähert, daß Grafschaftsritter und städtische Abgeordnete hinfort gemeinsam berieten und auch beschlossen, nach Köpfen und dem Mehrheitsprinzip. Damit war das Haus der Gemeinen zwar noch keine Volksvertretung, aber es war auch keine ständische Körperschaft mehr, wenn auch Bestandteil einer solchen, nämlich des Parlaments, mit dem Haus der Herren, die niemand vertraten und doch das meiste besagten. Die Gemeinen bildeten faktisch nicht viel mehr als den Schweif der Barone, bis in der Zeit der Rosenkriege, Ende des 15. Jahrhunderts, die Macht der Feudalherren gebrochen wurde

Sonst ist aus der mittelalterlichen Geschichte der Parlaments noch zu erwähnen die generelle Fortsetzung des Wahlrechts für die Grafschaften, während die Städte und Flecken sich selbst überlassen blieben. 1430 kam die Bestimmung, daß nur Besitzer eines Freiguts von wenigstens 40 Schilling Jahresertrag an den Grafschaftswahlen sollten teilnehmen dürfen, weil „die Wahlen der Grafschaftsritter neuerdings von großen lärmenden und sich ungebührlich benehmenden Massen von Leuten der betreffenden Grafschaften gemacht wurden, von denen die meisten Leute von geringem Einkommen und wenig Gewicht waren". Diese Bestimmung, die gedacht war als Schranke zur Fernhaltung der nicht Ritterbürtigen, hat hernach, als bloße Besitzklausel, dazu gedient, den Kreis der Grafschaftswähler zu erweitern. Als nämlich die Preisrevolution auch in England vor sich zu gehen begann, war die vorgeschriebene Voraussetzung des Stimmrechts schon bei einem kleinen Bauerngut gegeben, so daß bei Anbruch des 17. Jahrhunderts die große Mehrzahl der Freisassen im Besitz des Wahlrechts war und dies im oppositionellen Sinne gebrauchte, ohne sich darum zu kümmern, ob die Mehrheit der Gentry anderen Sinnes war.

□ □ □ □

Zu Seite 184/185. Der englische Merkantilismus wird gewöhnlich von Thomas Muns „Abhandlung über den Handel von England nach Ostindien" datiert, die 1609 in erster, 1621 in zweiter Auflage herauskam. Völlig umgearbeitet erschien sie nach des Verfassers Tode 1664 unter dem neuen Titel: „Englands Schatz durch Auslandshandel, oder Die Bilanz unseres Auslandshandels ist der Maßstab unseres Schatzes". In dieser Gestalt wurde die Munsche Schrift nach dem Ausdruck von Marx „merkantilistisches Evangelium". Schon in ihrer ersten Ausgabe hat sie, wie Marx an gleicher Stelle (in dem Kapitel des Engelsschen Buches gegen Dühring: Aus der „Kritischen Geschichte") ausführt, „die spezifische Bedeutung, daß sie gegen das ursprüngliche, damals noch als Staatspraxis in England verteidigte Monetarsystem gerichtet ist, also die bewußte Selbstscheidung des Merkantilsystems von seinem Muttersysteme darstellt." War also die Schrift Muns tatsächlich ein epochemachendes Werk, so gilt das freilich nicht in dem Sinne, als ob er Vater aller der Gedanken gewesen wäre, die sich bei ihm zusammengefaßt finden: insbesondere des merkantilistischen Grundgedankens, daß eine günstige Handelsbilanz, d. h. ein vom Ausland in barem Geld zu begleichender Wertüberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr, durch Hebung der Industrie zu erstreben sei.

Diese Ideen lagen vielmehr längst, den kapitalistischen Kreisen mehr oder weniger klar bewußt, in der Luft, ehe Thomas Mun sie in systematische Form brachte. Wie man in den nach Stafford benannten Gesprächen ein halbes Jahrhundert vor Mun eine Reihe von Gedanken findet, die in der Richtung des Merkantilismus liegen, so vertritt in der späteren Elisabethanischen Zeit William Harrison ähnliche handelspolitische Ideen in seiner Beschreibung von England. „Wollte Gott," sagt er einmal, „wir möchten einmal klüger werden und jeder bemüht sein, daß das englische Gemeinwesen wieder in seinem alten Maße blühen möge, und daß unsere Artikel zu Hause fertiggestellt werden mögen (wie Tuch), wenn ihr ein Beispiel wollt) und nicht ausgeführt, um im Auslande geschoren und fertiggemacht zu werden, während unsere Tuchmacher hier hungern und ihr Brot erbetteln und aus Mangel an täglicher Uebung ganz verabsäumen, in dieser Fertigkeit geschickt zu sein." Sehr beachtenswert ist auch wegen ihrer knappen Zusammenfassung der merkantilistischen Grundgedanken eine anonyme Abhandlung, die Stow 1598 im Anhang seines Werkes über London veröffentlicht hat mit der vorangeschickten Bemerkung, daß sie vor ungefähr 20 Jahren von einem Londoner verfaßt sei. Da heißt es u. a. über Englands ökonomische Interessen: „In Ansehung, daß wir kein Mittel haben, unseren Schatz durch Gold- und Silberminen zu Hause zu vermehren und nichts ohne Geld oder Ware von anderen Ländern draußen bekommen können, so ergiebt sich mit Notwendigkeit, daß, wenn wir dem Rat jenes guten, alten Wirtes Marcus Cato folgen, der sagt: Ein Hausvater soll mehr aufs Verkaufen, als aufs Kaufen bedacht sein,' und an Wert mehr Waren über See schaffen, als wir von da hierher bringen, daß dann das Reich diesen Ueberschuß in Geld erhalten wird; wenn wir aber über See Waren von mehr Wert bringen, als der, den wir hinübersenden, aufzuwiegen vermag, dann bezahlt das Reich für diesen Ueberschuß in barem Gelde und ist folglich durch solche schlechte Wirtschaft ein Verlierer; und deshalb muß in dieser Hinsicht große und sorgsame Aufmerksamkeit herrschen, daß Symmetrie und richtiges Verhältnis aufrecht erhalten werde, damit nicht anderenfalls entweder das Reich seines Schatzes beraubt werde oder die Untertanen in Eitelkeit korrumpiert werden durch übermäßige Einfuhr überflüssiger und unnötiger Waren oder sonst, daß wir Mangel fühlen selbst in unserem größten Ueberfluß und Vorrat durch unmäßige Ausfuhr unserer eigenen notwendigen Artikel." Diese Ausführungen laufen gleich denen in den Staffordschen Gesprächen darauf hinaus, gegenüber dem Ausland eine merkantilistische Handelspolitik mit Ausfuhrverboten für wichtige einheimische Rohstoffe, Einfuhrverboten für ausländische Industrieerzeugnisse zu empfehlen, wie sie hernach konsequent betrieben worden ist, als die Revolution den puritanischen Besitz zur Herrschaft brachte, dessen handelspolitisches Glaubensbekenntnis der Merkantilismus war.

□ □ □ □

Zu Seite 202. Ehrenrettungen für Francis Bacon sind wiederholt versucht worden, besonders umfassend von Montagu und Hepworth Dixon, die beide aus ihrem Helden einen Engel machen. Tatsächlich aber laufen diese Reinigungsversuche auf eine Mohrenwäsche hinaus; die feststehenden Tatsachen sind nun einmal auch mit allem advokatorischen Talent nicht aus der Welt zu schaffen. Wenn man Bacon wirklich gerecht werden will, so ist nur ein Verfahren möglich. Seine Charakterschwächen sind nicht zu beschönigen, wohl aber darf man zu seinen Gunsten sagen, daß er sich bei alledem durch seine wissenschaftlichen Bestrebungen große Verdienste um die Menschheit erworben hat. Auch als Gelehrten würde man ihn freilich noch mehr loben können, wenn er sich nicht in dem höfisch-feudal-klerikalen Milieu bewegt hätte, auf dessen glattem Boden er schließlich zu Fall kam. Friedrich Albert Lange hat ganz recht, wenn er von Bacon sagt, daß ihm „zum Materialismus fast nichts fehlte als ein wenig mehr Konsequenz und Klarheit", daß er „bei größerer Reinheit und Festigkeit des Charakters durch die Eigentümlichkeit seines Denkens ohne Zweifel auf streng materialistische Grundsätze wäre geleitet worden. Nicht die unerschrockene Konsequenz, sondern die wissenschaftliche Halbheit und Weichlichkeit zeigt sich hier wieder im Bunde mit sittlicher Entartung." Als junger Mann hat Bacon bereits einmal bekannt, daß er sich in der Philosophie mit großen Plänen trage. Bacon selber war sich der zwei Seelen in seiner Brust sehr wohl bewußt; spricht er doch einmal von Menschen, die sich durch ihr Wissen zum Himmel erheben, aber infolge ihrer Begierden gleich Erdenwürmern im Staub herumkriechen. Dessenungeachtet ist er als ein bahnbrechender, revolutionärer Kopf zu bewerten. Was die Philosophie angeht, so steht er für England an der Spitze einer Entwicklungsreihe, die sich mit Hobbes und Locke fortsetzt. Er hat als einer der ersten, nachdem bis dahin die mittelalterliche Weltanschauung in der Hauptsache mit theologischen Waffen bekämpft worden war, philosophisch zum Bruch mit der Vergangenheit aufgerufen. Sein Ehrgeiz war, der Reformator der Wissenschaft zu werden, und so hat er sein Lebenswerk, wovon bloß zwei größere Abschnitte 1620 und 1623 herausgekommen sind, Instauratio magna „die große Erneuerung" betitelt. Die mittelalterliche Scholastik, diese Anpassung der Philosophie des Aristoteles an die kirchlichen Lehren, erschien Bacon, wie freilich vielen anderen vor ihm, als grundverkehrt mit ihrem abgeschlossenen System, das im Besitz aller Wahrheit zu sein behauptete. Es war nach Bacon ein schlimmer Tag, an dem der unselige Bund zwischen der alten Philosophie und dem neuen Glauben des Christentums geschlossen wurde. Er wollte die Wissenschaft auf eine neue, festere Grundlage stellen. An die Stelle der alten Logik des Aristoteles, deren scholastische Vertreter, von ein paar allgemeinen Sätzen eine Weltanschauung von lauter Hirngespinsten ableiten, muß ein neuer Weg zur Erforschung der Wahrheit eingeschlagen werden, der von der Erfahrung ausgeht. Diese induktive Methode hat Bacon nicht etwa erfunden, aber er hat ihre Bedeutung zuerst weiteren Kreisen klargemacht. Er überschätzte übrigens ihre allgemeine Brauchbarkeit, indem er meint, daß bei Anwendung seiner Methode der minder Befähigte wissenschaftlich ebensoviel leisten könne, wie der hervorragendste Kopf. Die Unrichtigkeit dieses Satzes geht aus Bacons eigenem Mißgeschick beim Anstellen naturwissenschaftlicher Experimente hervor, womit andere gleichzeitige Gelehrte weit bessere Resultate erzielten. Das nimmt Bacon aber nichts von dem Verdienst, die Bedeutung des Experiments für die Naturforschung zuerst wirksam propagiert zu haben. Bacons eigener wissenschaftlicher Grundsatz war der Spruch, den er in seiner technischen Utopie, der „Neuen Atlantis" über dem Eingang zum wissenschaftlichen Institute, dem Hause Salomons anbringen läßt: „Der Zweck unserer Stiftung ist die Erkenntnis der Ursachen und geheimen Triebkräfte der Dinge und die Erweiterung der Grenzen des Reiches der Menschheit behufs Ausführung aller Möglichkeiten." Mit dreißig Jahren bezeichnet Bacon die sämtlichen Wissenschaften als sein Gebiet. Er ist auch ein vielseitiger Gelehrter gewesen; so hat er außer den schon erwähnten Gegenständen auch historische, politische und ökonomische Stoffe behandelt, in englischer Sprache, die er als einer der ersten Gelehrten für wissenschaftliche Zwecke verwandt hat. Man hat ihn auch zum Dichter machen wollen, und zwar darf man sagen, zum größten aller Dichter. Es ist nämlich die Behauptung aufgestellt worden, Bacon sei der Urheber der Shakespeareschen Dramen, eine ganz groteske Verirrung. Bacon war durchaus keine poetische Natur, wie schon die ungeschickte Erzählung in der „Neuen Atlantis" beweist. Auch hätte er sicher nicht, was bei dem Schauspieler Shakespeare kein Wunder ist, Böhmen ans Meer grenzen, im alten Rom die Glocke schlagen, Coriolan den alten Cato erwähnen lassen. Diese Beweise lückenhafter formaler Bildung erledigen auch die jüngste Behauptung, daß der gleich Bacon mit Universitätsbildung ausgerüstete Graf Roger Rutland die Shakespeareschen Dramen geschrieben hätte. Sie bleiben das Eigentum Shakespeares, der bei allen Mängeln seiner Bildung unendlich vieles wußte, wovon sich selbst Bacons Weisheit nichts träumen ließ.

□ □ □ □

Zu Seite 272 bis 284. Das Befremden über das aktive Eingreifen der Bevölkerung in den Gang der Bewegung, über die Handwerkerpredigten und Vorstadtdemonstrationen spricht auch aus einer Stelle in einer englischen Dichtung des 17. Jahrhunderts, die vom royalistischen Standpunkt aus und im richtigen Kavalierston die puritanische Revolution verspottet. Das ist Samuel Butlers komisches Heldengedicht, der „Hudibras", dessen Titelheld, ein presbyterianischer

Don Quichote, mit seinem independentischen Knappen Ralph auszieht, um das Prälatentum zu bekämpfen und die Lustbarkeiten auszurotten. Dabei tragen sich dann allerlei absonderliche Abenteuer zu, die in der denkbar grobkörnigsten, zotigsten Manier ausgemalt sind. Der vorletzte Gesang beschäftigt sich ausschließlich mit dem historischen Hintergrund des Gedichts. Die Auffassung ist natürlich reaktionär, aber trotzdem können die Butlerschen Knittelreime mit ihrem handfesten Realismus dazu helfen, gangbare Illusionen über den Charakter der kämpfenden Parteien zu zerstören. Den letzten Wochen des Jahres 1641 gilt eine Stelle, wo Hudibras, über den Gang der Dinge unzufrieden, an das Volk eine Ansprache richtet, die wie folgt lautet:

„Rief man nur darum mit Geschrei
und Zeter soviel Volk herbei,
Bischof und Kirche zu verrufen,
statt ihre Waren auszurufen?
Es sammelte beim Palast sich,
wie sonst beim Galgen monatlich,
um stracks auf das gegebne Zeichen
in Lärm und Aufruhr auszubrechen.
Klempner, statt „Kesselflicken", schrien:
„Flickt eure Kirchen-Disziplin"
Schweinschneider bliesen nicht ihr Horn,
sondern verlangten Staatsreform.
Das Austerweib lief weg vom Fischkorb
und schrie: „Weg Liturgie und Bischof!"
Der Mausfallmann ließ Holz und Draht
und schimpft' und schmäht' auf bösen Rat.
Der Schneider kam mit Lappenstücken,
um an der Kirche mit zu flicken.
Hier schrie man: „Schwört dem Covenant!"
statt: „wollt ihr Nadeln, Zwirn und Band?"
Dort statt: „Besen und alte Schuh"
„Fegt's Parlament und schafft uns Ruh."
Statt „Küchenabfall" hörte man:
„Schafft bibelfeste Minister an."
Statt „alte Kleider allerhand"
„Weg Westerhemd und Meßgewand."
Mit wundersamer Einigkeit
rang jeder Stand nach Reinigkeit . . ."

Dieselben Vorgänge spiegeln sich vom puritanischen, also vom entgegengesetzten Standpunkt aus in den Knittelreimen eines Anonymus, der in den Tagen, als die Bischöfe in den Tower wanderten, den Pegasus bestieg und „die Stimme des Volkes auf gut Englisch" erschallen ließ. Dies merkwürdige Erzeugnis geht davon aus, daß derzeit in Stadt und Land die Meinungen geteilt seien. Manche setzten alle Hebel in Bewegung, um den stolzen Pralaten wieder in den Sattel zu helfen, damit sie Canones machen und ihre „Brühe", wir würden sagen, ihren Kohl, austeilen könnten. Hiermit ist ihr Formelkram gemeint. Viele, die durch den Bischof Laud hochgekommen waren und jetzt vor dem Fall stehen, suchen natürlich aus Angst alle auf die Beine zu bringen, die da lieben müßige Prälaten und lauwarmen Kohl. In der nächsten Strophe bekommen die Pfründenhäuser ihr Teil und daneben ihre „Vorleser", die sich damit ernährten, solchen Inhabern diverser Pfarreien durch Herunterleiern des notdürftigsten Surrogats für einen richtigen Gottesdienst das persönliche Amtieren zu ersparen. Diese Strophe ist sehr interessant, desgleichen die nächste. Deutsch lassen sie sich etwa so wiedergeben:

„Fettbäuchige Pfaffen mit Pfründen in Menge,
Kommen Bischöfe ab, sind auch sie im Gedränge,
Vorleser-Gesellen sind gleichfalls in Not,
Daß sie laufen Gefahr, zu verlieren ihr Brot,
Daß schließlich gar Arbeitstracht antun man soll.
Drum sind sie für Bischöf' und lauwarmen Kohl.

Und die großen Hansen halt' nicht für so dumm,
Sich als Jungens auf Schulen zu treiben herum,
Wenn nicht wäre die Hoffnung, im Laufe der Zeit
Auf den Bischofssitzen zu machen sich breit
Und da zu gebieten. Daher ihr Groll
Auf die Feinde der Bischöf' und von ihrem Kohl."

So sind, etwa noch vornehme Freigeister und Papisten hinzugerechnet, die Elemente zu einer Partei zusammengekommen, die mit aller Macht bemüht ist, die Bischöfe hochzuhalten. Als

ihre würdigen Vertreter marschierten ja eben jetzt die wilden Kavalierhorden auf, die gegen Ende Dezember die Straßen unsicher machten. Darauf wird in den folgenden Strophen angespielt:

„Doch solch rohen Scharen bieten tapfer die Spitze
Unerschrockene Männer in Kampfeshitze,
Gewillt, den gefährlichen Mob zu besiegen.
Horch: Nieder! sie rufen, daß bald erliegen
Papisten, Prälaten. Der Teufel sie hol';
Denn wir woll'n sie nicht haben, noch ihren Kohl.

Gemeines Volk ist's nicht, wie man sagt nach dem Stande,
Vielmehr grade die besten Leute im Lande.
Das Beste des englischen Staats sie erstreben,
Was ihnen Schuld Baalpfaffen auch geben,
Die heißer Liebe zum Müßiggang voll,
Hochzuhalten bemüht sind lauwarmen Kohl!

Darum von dem Joch unchristlicher Tyrannei
Seid tapfer bestrebt euch zu machen frei,
Und da die Schotten die Freiheit bekamen,
Laßt England im Kampfe dafür nicht erlahmen,
Drum reicht euch die Hände, trotzt ihrem Groll,
Ruft: Nieder Prälaten! Speit aus ihren Kohl!"[2]

□ □ □ □

Zu Seite 298. Von dem Charakter des Junkerheeres gibt ein ungeschmeicheltes aber getreues Bild ein Schriftchen aus den letzten Monaten des Jahres 1642. Darin werden die Erlebnisse und Beobachtungen zweier Londoner Kaufleute erzählt, die, auf einer Reise begriffen, das Pech hatten, einer vorgeschobenen Abteilung der königlichen Armee in die Hände zu fallen, als diese im November zum Zwecke einer Ueberrumpelung von London vorstieß und bis Brentford gelangte. Die beiden Bürger, die als Gewährsmänner für die Angaben der Flugschrift dienen und die den Inhalt unter Eid zu bekräftigen bereit sind, waren zu Pferd bis Hounslow gelangt, wo sie, um sich zu erfrischen, im Gasthaus einkehrten, ahnungslos, daß ihnen irgendwelche Gefahr drohe. Es waren aber schon einige fünfzig Kavaliere am Ort, die auf der Suche nach Beute sich umhertrieben. Diese Bande nahm die beiden Londoner sofort gefangen, bemächtigte sich ihrer Pferde und nötigte sie, hinter zwei von den Kavalieren, also auf dem bloßen Pferderücken, ins Hauptquartier des Prinzen Rupert mitzukommen. Nach Beendigung des für Nichtkunstreiter sehr ungemütlichen wilden Ritts wurden sie dem Prinzen vorgeführt und einem Verhör unterzogen, das nichts gegen sie ergab. Nach der Wache gebracht, mußten sie am Feuer Platz nehmen, dessen Qualm sie schier erstickte. Sie durften sich aber nicht rühren und sogar nötige Bedürfnisse nur unter Aufsicht verrichten, wobei sie mit Niederknallen bedroht und mit Flüchen überhäuft wurden, besonders mit dem, der das zweite Wort der Kavaliere war: Gott verdamm' euch! Nebenbei bemerkt bezeichnete man in der Zeit der Bürgerkriege die Royalisten oft als die „Verdamm'-mich-Kerls". In der Nacht brach Prinz Rupert auf, und die beiden Londoner sollten als Führer dienen. Es war ihnen dabei übel zu Mut; denn ihre Eskorte war mit den Pistolen hinter ihnen und bedrohte sie mit sofortigem Erschießen, wenn sie nicht den richtigen Weg zeigten, und sie kannten sich bald nicht mehr aus, weil plötzlich ein dichter Nebel sich erhob. Das hinderte ihre Treiber nicht, sie in diesem Stil anzuschnauzen: „Vorwärts, vorwärts, ihr Parlamentshunde; wenn ihr uns nur eine Elle vom Weg abführt, so werden wir euch hängen, werden wir euch beide niederknallen." Endlich erreichten sie den allgemeinen Treffpunkt der Armee, vor der sie nun nebst vielen anderen, mit Stricken zu zwei und zwei aneinandergebundenen Gefangenen hergetrieben wurden. Den Tag wurde ein Gentleman eingebracht und wegen Aeußerung seiner Gesinnungen an einen Baum gehängt, worauf die ganze Armee an dem Schauspiel vorbeigeführt wurde. Das war zwischen Egham und Staines. Der Pfarrer von Staines, ein Royalist, ritt mit großem Vergnügen den Heerzug entlang und war mit den Befehlshabern sehr vertraut, von denen hinwiederum einige mit den Töchtern des Geistlichen sehr familiär waren. Diese jungen Damen ritten nämlich mit den Offizieren und teilten mit den Soldaten die Aufmerksamkeit der auserkorenen Kavaliere. Als der Vorstoß der königlichen Armee gegen London gescheitert war, gelang es den beiden Bürgern nach achttägiger Gefangenschaft, sich aus dem Staube zu machen. Sie hatten genug von den Prügeln, die sie von den Kavalieren bekommen hatten, als sie wie Tiere vor der Armee hergetrieben wurden. Sie hatten mit ansehen müssen, wie ihre Parteifreunde niedergemetzelt oder standrechtlich gemordet worden waren, und waren beständig in Angst gewesen, daß es ihnen ebenso gehen würde; denn es verging kaum eine Stunde, in der man sie nicht mit Aufhängen bedrohte. Sie waren voll Entrüstung über die unsägliche Brutalität der Royalisten. Hatten diese doch

die armen Leute unter den Gefangenen, die nicht imstande waren, ein Lösegeld aufzubringen, in der kalten Novembernacht nackt in einen Teich getrieben, wo sie bis an die Knie im Schlamm stehen mußten; die Soldaten überhäuften sie mit Schimpfnamen, wie rundköpfige Bürger, Parlamentsschurken, Parlamentshunde. Einem Gefangenen schnitten sie wegen seiner offenen Erklärung, er sei fürs Parlament, die Ohren ab und brachten ihm noch dreißig andere Wunden bei. Dann warfen sie ihn auf einen Misthaufen und sagten: Mögen ihn doch die Hunde lecken. Einen anderen führte die Flucht vor ihrer Wut in ein Haus. Er riegelte zu, war aber genötigt, wieder aufzumachen, weil auch seine Frau gelaufen kam. Hinter ihr drängten die Kavaliere herein, befestigten einen Strick an seinem Fuß und schleiften ihn durch die Straßen; dieses Zeitvertreibs müde, sagten sie: „Was wollen wir uns noch länger mit diesem Hund herumschleppen" und erschossen ihn. Sie machten zur guten Beute, was sie kriegen konnten. Was sie in der einen Stadt geraubt, verkauften sie in der anderen und nötigten die Leute, es ihnen abzukaufen. Sie verspeisten alles, sogar trächtige Schafe, und was sie nicht aufzehren konnten, warfen sie weg; auch übrigbleibendes Pferdefutter vernichteten sie bei ihrem Abmarsch, damit die Rundköpfe nichts finden sollten. Trinken und Fluchen war ihre Hauptstärke. Obwohl ihr Vorstoß gegen London fehlgeschlagen war, hofften sie doch zuversichtlich, bald hineinzukommen. Wenn etwas schief ging, so trösteten sie sich damit: „Macht nichts, in kurzem soll uns London für alles schadlos halten." In der Tat war London den Kavalieren das gelobte Land, sie sollten aber nicht hineinkommen.

o o o o

Zu Seite 306/7. Ein anschauliches Kriegsbild aus der langen Reihe von Kämpfen um royalistische Festen ergibt sich aus den Schilderungen, die zwei Augenzeugen, Oliver Cromwell und der revolutionäre Feldprediger Hugh Peters, von der Einnahme von Basing House gegeben haben. Das war ein fester Rittersitz in Hampshire, südwestlich von London. Die Gebäude, vor allem eine mittelalterliche Burg und ein Schloß aus der Tudorzeit, alles umschlossen mit Befestigungen von ungefähr einer Meile Umfang, gehörten dem Marquis von Winchester, einem katholischen Aristokraten, der gleich der Masse seiner feudalen Glaubensgenossen ein eifriger Parteigänger der Kavaliere war. Sein Haushalt bot das richtige Bild hochfeudalen Aufwandes; neben anderen Kostbarkeiten gab es da ein Luxusbett, das allein seine 1300 Pfund (nominell gleich 26 500 Mk.) wert war. Enorme Vorräte waren noch zuletzt in Basing House aufgespeichert, u. a. 400 Malter Weizen, Hunderte von Speckseiten, dazu Schinken und Rindfleisch in Masse, mehrere Keller voll Bier. Die Besatzung des Kastells hatte sich auch wiederholt nach Belagerungen durch die Rundköpfe neu verproviantiert, mitunter auf die einfache Art, daß vom Landvolk der weiteren Umgegend das Nötige eingetrieben wurde, ohne die Umständlichkeit des Bezahlens. So war Basing House überhaupt im Bürgerkrieg ein reguläres Raubritternest. Der Handelsverkehr zwischen London und dem Westen und Süden litt aufs ärgste unter dem feudalen Diebesgesindel der festen Burg. Warenzüge konnten nur unter starker Eskorte ungefährdet durch die Nachbarschaft kommen; sonst liefen die Besitzer das größte Risiko, geplündert oder wenigstens um ein schweres Lösegeld gebrandschatzt zu werden. Basing House war also besonders für London ein wahrer Pfahl im Fleisch, und es hatte daher schon in den ersten Jahren des Bürgerkrieges nicht an Versuchen gefehlt, die royalistische Räuberhöhle auszuräumen. Alle Belagerungen waren aber fehlgeschlagen, und Basing House stand noch unerschüttert, als die Entscheidung von Naseby erfolgte. Vier Monate danach kam auch diese Hochburg der Junker zu Fall. Vorangegangen war eine enge Belagerung durch den Obersten Dalbier, einen Deutschen, dem Cromwell die Bekanntschaft mit der militärischen Routine zum Teil verdankte. Am 8. Oktober erschien Cromwell selber vor Basing House. Er brachte einen Belagerungspark mit, schweres Geschütz, um Bresche zu schießen. Nun wurde, nachdem die Belagerten abgelehnt hatten, zu kapitulieren, die Feste sechs Tage lang unausgesetzt, auch bei Nacht, bombardiert. Die Kanonade richtete schweren Schaden an, sowohl an den Gebäuden, wo glühende Kugeln aus Mörsern zündeten, als auch besonders an den äußeren Befestigungen, die allmählich klaffende Lücken aufzuweisen begannen. Natürlich floß auch Blut, auch die Rundköpfe hatten bei einem der letzten Entscheidung vorausgehenden Kampf schwere Verluste zu beklagen und waren äußerst erbittert, als es schließlich zum Sturm ging. Am 13. Oktober abends hatte die Beschießung nachgerade so weit gewirkt, daß der Beschluß gefaßt wurde, am 14. Oktober in der Frühe die Feste zu erstürmen. Um 6 Uhr morgens standen die Kolonnen bereit. „Das Signal zum Losbrechen," schreibt Cromwell an den Sprecher des Unterhauses, „waren vier Kanonenschüsse, worauf unsere Leute mit großer Entschlossenheit und Freudigkeit vorstürmten." Unter heftigem Kampf drangen die Rundköpfe auf allen Seiten unwiderstehlich vor und bemächtigten sich aller Baulichkeiten nacheinander, wobei auch die Benutzung der mitgenommenen Sturmleitern notwendig wurde. Die Kavaliere wehrten sich mehrere Stunden mit dem Mut der Verzweiflung, weil sie nach damaligem Kriegsrecht nicht viel Gnade zu erwarten hatten, nachdem sie einmal abgelehnt hatten, sich zu ergeben. Unter solchen Umständen hatten die Royalisten des öfteren alles niedergemacht, was ihnen nach erfochtenem Sieg vorkam. In Hopton Castle z. B. waren alle gefangenen Puritaner getötet worden, und das nicht etwa in der Kampfeshitze, sondern als alles vorbei war. Lord

Byron ließ 1643 die Verteidiger der Kirche von Barthomley in Wales allesamt töten, nachdem sie die Kapitulation abgelehnt hatten; der Edle schreibt darüber: „Ich ließ sie alle über die Klinge springen, was ich als die beste Methode ansehe, mit dieser Menschengattung zu verfahren; denn Gnade für sie ist Grausamkeit.“ So unbarmherzig gingen die Rundköpfe in Basing House nicht zu Werke. Wohl kamen 74 Kavaliere ums Leben, aber es wurden 300 Gefangene gemacht. Die Frauen wurden mit einer Ausnahme — schonend behandelt, auch die anwesenden Edeldamen. Auch der Marquis von Winchester kam mit dem Leben davon. Mit seinem Anwesen allerdings wurde nicht viel Federlesens gemacht; die Sieger sahen alles als gute Beute an. Im Laufe des Tages entwickelte sich der reine Jahrmarkt. Das Landvolk nämlich, das den Untergang der bösen Nachbarn mit Genugtuung wahrnahm, kam in Menge herbei, um sich bei der Ausräumung des Raubnestes für frühere Verluste ein wenig zu entschädigen. Alles wurde von den Bauern gekauft, bald zu Schleuderpreisen. Hernach ging es an den Hausrat. Viele Wagen voll fuhr das Landvolk weg, das nun die feudalen Sessel, Stühle und dergleichen an sich gebracht hatte. So gründliche Arbeit wurde gemacht, daß schließlich sogar die Eisenstangen und das Blei aus den Fenstern verschwanden. Vieles Wertvolle fiel aber auch der Feuersbrunst zum Opfer, die durch eingeschlagene glühende Kugeln hervorgerufen worden war und immer mehr um sich griff, nach Hugh Peters' Angabe, „in weniger als zwanzig Stunden nichts übrig ließ als nackte Mauern und Schornsteine“. Dann wurde die alte Zwingburg auf Veranlassung Cromwells gänzlich geschleift, und heute bezeichnen nur wenige Trümmer noch die Stelle, wo Basing House den Rundköpfen getrotzt, bis die Eisenrippen die starke Feste brachen.

o o o o

Zu Seite 519. Englische Reiseskizzen aus den Anfängen der Restaurationszeit gibt der bekannte französische Freund und Uebersetzer von Hobbes, Sorbière, in seinem Bericht über einen Aufenthalt in London und anderen Plätzen, der ins Jahr 1663 fällt. Der gelehrte Besucher Englands interessierte sich in erster Linie für den Zustand der Wissenschaften, hauptsächlich der Naturwissenschaften. Er bringt aber auch eine ganze Menge interessanter Bemerkungen über die politischen und sozialen Verhältnisse Englands. Er sah noch die Rebellenköpfe auf London Bridge und den Türmen von Westminster aufgepflanzt, woran er die Hoffnung knüpft, daß sie noch lange den Aufrührern als Schreckbild dienen möchten. Diese Erwartung begründet sich für Sorbière darauf, daß der letzte Bürgerkrieg noch zu frischen Datums sei und zu lange gedauert habe, um sobald von einer neuen Erhebung gefolgt zu werden. Man werde sich vorerst begnügen, über Gegenwart und Vergangenheit mit all der Freiheit zu sprechen, die man sich in England herausnehme. Darum sieht Sorbière auch den Mißerfolg der parlamentarischen Angriffe voraus, denen der leitende Staatsmann Clarendon gerade ausgesetzt war. Für ihn waren aus Ruhebedürfnis nicht nur der Adel, sondern auch „die Haupttaufleute und das ganze bessere Bürgertum, das kein Verlangen nach Unruhen hat“. Sorbière verhehlt aber nicht, daß die allgemein und überall in England üblichen politischen Diskussionen wieder in stark oppositionellem Tone gehalten sind. Er berichtet, daß die Engländer in den Wirtshäusern sich unaufhörlich über die öffentlichen Angelegenheiten verbreiten und Gespräche pflegen „über die neuen Auflagen, über die Herdsteuer, über die Verwendung der Staatseinnahmen, über die Verminderung des Handels“. Sorbière hat sogar, und zwar in den „besseren“ Kreisen, wo er verkehrte, Vergleiche des gegenwärtigen Zustandes mit dem unter Cromwell und der Republik vernommen, die nicht eben zum Vorteil des restaurierten Königtums ausfielen. Freilich hatten diese Nörgler hauptsächlich die höhere Weltstellung im Auge, die England damals eingenommen hatte, seine Seeherrschaft, seine führende Rolle in Europa. Sorbière nimmt aber in diesen „gehässigen Vergleichen“ einige Neigung zu „neuen Anordnungen“ wahr. Allerdings sind diese Tadler des augenblicklichen Systems bei alledem monarchisch gesinnt. Sie sehen aber die Hauptaufgabe des Königtums darin, die Ruhe im Innern aufrechtzuerhalten und den Ruhm des Landes nach außen hin zu befördern; zu dem Zweck bewilligt das Parlament dem Monarchen die Mittel zu einem glänzenden Leben, nicht aber, damit einige höfische Blutegel sich auf allgemeine Unkosten vollsaugen. Im Parlament aber hat, nach diesen Kritikern, die souveräne Gewalt ihren eigentlichen Sitz. Wo aber seit der Revolution im Parlament das Schwergewicht liegt, darüber ist sich Sorbière nicht im unklaren. Er sagt nämlich vom Haus der Gemeinen, daß man da gern Opposition mache, und daß es im Parlament „tatsächlich der mächtigere Teil ist oder, um mich besser auszudrücken, der wahre Körper des Parlaments, auf die Art, wie die Dinge heute gelagert sind“. Im englischen Staatswesen findet Sorbière Monarchie, Aristokratie und Demokratie gemischt. Das demokratische Element erscheint ihm auch im Wesen des Volkes sehr stark vertreten. Er bemerkt, daß in England auch der Adel genötigt sei, anständig mit Bürgern, Gutsuntertanen und Bedienten umzugehen. Darauf führt Sorbière auch die finanzielle Unordnung bei den englischen Großen zurück: sie müßten ihren Pächtern die Ländereien zu niedrigem Preis ablassen, wenn sie sich in Respekt und Gehorsam behaupten wollten. Andererseits meint er, die Engländer unterwürfen sich allem leicht, vorausgesetzt, daß man sie sättige, daß man sie sprechen lasse, und daß man ihre Faulheit nicht zu sehr antreibe. Die Charakterisierung des Durchschnittsengländers als faul kehrt bei Sorbière öfters wieder

Dabei ist nicht außer acht zu lassen, daß er immer den Vergleich mit Frankreich im Auge hat. Das gilt auch für seine Bemerkungen über die Lebenshaltung der Massen in England. Er behauptet, man sehe dort kein Gesicht, das einen mitleidig mache, kein Kleid, das von Elend spreche. Es gebe wohl Armut ebensogut wie anderswo, sie sei aber nicht so groß. „Man leidet dort kaum am Notwendigen Mangel," und wenn es mal geschehe, so mache ihre angeborene Faulheit, daß sie sich leicht über alles andere hinwegsetzten. Vor allem aber findet Sorbière den Engländer stolz, auch der geringste Handwerker ist voll Selbstbewußtsein. Er ist aber nicht so arbeitsam (d. h. rackert sich nicht so ab), wie der Franzose und der Holländer. Daher sind die Niederlande England ökonomisch überlegen. Uebrigens hat Sorbière auch schon beizeiten vorausgesehen, daß das Uebergewicht sich nach England zu verschieben im Begriff scheine. Schon in einem Brief von 1652 ahnt er nicht nur die britische Seeherrschaft, sondern auch die industrielle Uebermacht Englands voraus. Ein besonderes Interesse erregen in England die Bestrebungen, die Erforschung der Natur für das praktische Leben nutzbar zu machen. Er sah sich auch in erster Linie nach den Leuten um, die „nur Maschinen im Kopf" hatten, wie er denn selber Mitglied der Königlichen Gesellschaft wurde. Er rühmt solche einsichtigen Mitglieder des englischen Adels, die „haben Laboratorien bauen, Maschinen errichten, Minen eröffnen lassen und hundert Arten Handwerker verwandt haben, um zu versuchen, einige neue Erfindungen zu machen". Dabei erwähnt er auch Baeon als geistigen Vater der Experimentalwissenschaft und natürlich auch seinen Freund Hobbes, den er einmal einen „Rest Baeons" nennt.

□ □ □ □

Zu Seite 524. Von der ökonomischen Bedeutung des Gewürzhandels in den ersten Jahrhunderten der Neuzeit kann man sich heute nur schwer eine richtige Vorstellung machen. Die Gewürze waren damals der Hauptartikel des Handels mit Indien, die vorzugsweise Gewürzinseln genannten Molukken eingeschlossen. Von hier kamen Nelken, Muskatnüsse und Muskatblüten nach Europa, während das eigentliche Indien Zimt und Pfeffer lieferte. Zur Zeit, als diese Waren über Vorderasien und Italien nach Europa gelangten, hatten sie sehr hohe Preise, und die Preise blieben hoch, auch nachdem durch die Entdeckung des Seeweges nach Ostindien die Möglichkeit geschaffen war, größere Mengen zu billigeren Preisen auf den europäischen Markt zu bringen und auf einen Massenabsatz zu spekulieren. Danach ging aber das Verlangen des engen Kreises der portugiesischen Interessenten gar nicht, sondern sie hatten es gerade darauf abgesehen, die Preise hoch zu halten, indem sie nur beschränkte Mengen herüberbrachten, alle ausländische Konkurrenz ausschlossen und also die Preisbildung bestimmten. Dadurch erzielten sie mit verhältnismäßig geringem Kapitalaufwand enorme Profite. Tatsache ist z. B., daß der Zentner Pfeffer, der in Lissabon 40 Dukaten erzielte, in Indien nur 3 bis höchstens 5 Dukaten gekostet hatte. Bei 250 000 Pfund Muskatnüssen sprang ein Ueberschuß von fast 900 000 Gulden heraus. Als die Niederländer an die Stelle der Portugiesen traten, ward dieselbe Politik weiter betrieben. Zunächst freilich schien es, als ob ein Wandel eintreten würde; denn solange keine privilegierte Gesellschaft für den Indienhandel existierte und einige Konkurrenz vorhanden war, gingen die Gewürzpreise stark herunter. Um dem entgegenzuwirken, setzten aber die interessierten holländischen Geldleute das Monopol des indischen Handels für die niederländisch-ostindische Kompagnie durch. Ihr Streben war nun eben dahin gerichtet, alle Fremden vom indischen Handel auszuschließen. Zur Erreichung dieser Zwecke schreckten sie nicht davor zurück, auf dem größten Teil der Molukken die Gewürzbäume planmäßig auszurotten. So behielten auch die niederländischen Kapitalisten des 17. Jahrhunderts die Preisbildung in der Hand und schlugen enorme Gewinne aus Produzenten und Konsumenten heraus.

□ □ □ □

Zu Seite 594 ff. Zur Geschichte der Jahre 1685—1688 möge hier noch einiges nachgetragen werden, was auf die Vorgänge Licht wirft, zunächst auf die Zeiten des Monmouthaufstandes. Parallel sollte diesem eine Erhebung in Schottland gehen. Diese scheiterte aber gleich, nachdem schottische Flüchtlinge unter der Führung Argyles auf der Insel Isla gelandet waren und die Fahne der Rebellion erhoben hatten. Argyle und andere endigten auf dem Schafott. Unter den Opfern dieser Hinrichtungen war auch ein alter englischer Demokrat aus der ersten Revolution, Rumbold, der vor seinem Ende die berühmt gewordene Aeußerung tat, er glaube nicht, daß Gott den größeren Teil der Menschheit mit Sätteln auf dem Rücken und Zügeln im Mund geschaffen habe und einige wenige gestiefelt und gespornt, um auf den übrigen zu reiten. Die Kirchhofsruhe war in Schottland schon hergestellt, als Monmouth in Lyme landete. Seine rechte Hand war ein verwegener Flüchtling namens Ferguson, der übrigens viel vom politischen Abenteurer an sich hatte und von manchen sogar, aber wohl zu Unrecht, für einen Lockspitzel gehalten wurde. Von Ferguson rührte auch das Manifest her, das der Herzog von Monmouth erließ. Darin wurden die papistisch-absolutistischen Antezedentien und Absichten Jakobs II. aufs schärfste angegriffen, der Nation als Frucht siegreicher Erhebung bürgerliche und kirchliche Freiheit versprochen. Eine große Rolle spielt in dem Schriftstück die Beeinträchtigung der Selbstverwaltung und des Wahlrechts. Demgegenüber wurden Wiederherstellung des früheren Zustandes und jährliche, freie Parlamente verheißen.

Hier war damit gerechnet, daß in den weitesten Kreisen beträchtliches Mißvergnügen bestand nicht nur über die Maßregeln unter Karl II., sondern auch über ihre neuerliche Fortsetzung und die Wahlmache bei der Besetzung des augenblicklichen Parlaments. Man erzählte sich überall, daß die Korporationsposten, mit denen nun das Wahlrecht in den Flecken verknüpft war, allenthalben mit gefügigen Leuten besetzt worden waren, in Cornwall sogar mit Gardeoffizieren. Zahlreiche Proteste gegen die massenhaften Wahlbeeinflussungen waren beim Parlament eingelaufen. Indes kam das Mißvergnügen über die Wahlentrechtung und Wahlbeeinflussung dem Monmouthaufstand nicht in dem Maße zugute, wie Ferguson gedacht haben mag. Denn in den besitzenden Klassen verbreitete sich alsbald beträchtliche Abneigung gegen die Erhebung, weil sie einen stark proletarischen Charakter trug. Darüber findet sich in den Evelynschen Tagebüchern eine sehr interessante Stelle. Da wird der Verlauf des Treffens auf dem Sedgemoor bei Bridgewater erzählt und berichtet, daß die Bergleute von Mendip mit ihren Werkzeugen den königlichen Truppen große Verluste zugefügt und ihr Leben teuer verkauft hätten. Weiter sagt Evelyn über den Charakter des Aufstandes: „Die meisten von seiner Partei waren Wiedertäufer und arme Tucharbeiter vom Lande".

Die Furcht vor den Konsequenzen der papistisch-absolutistischen Politik begann im Frühjahr 1686, als die Mönchszulassungen losgingen, schon ernstlich auf den Handel zu drücken. Der holländische Gesandte berichtete nach Hause, das Geschäft an der Börse stehe still. Die Zolleinnahmen im Londoner Hafen gingen alsbald, wie dem König gemeldet wurde, um so und so viel tausend Pfund zurück. Mehrere Aldermen sagten sich jetzt durch Amtsniederlegung von der Regierung los, da sie denn doch keine Sympathien für eine papistische Despotie und Säbelherrschaft hatten, die sich nicht mit gutem Geschäftsgang vertrug. Den Einfluß der Handelsinteressen bei den Vorgängen dieser Jahre darf man überhaupt nicht gering anschlagen. Schon 1671 veröffentlichte Roger Coke eine Abhandlung, die nach ihrem Titel zeigen wollte, „daß die Kirche und der Staat von England mit seinem Handel in gleicher Gefahr ist". Dies zielt besonders auch auf die materielle Abhängigkeit der Stuarts von Frankreich ab, die auf Preisgabe von Handelsinteressen der besitzenden Klassen hinauslief. Dafür gab es nun auch wieder in den Regierungsjahren Jakobs II. Beweise genug. Man beklagte sich in England bitterlich, daß der englische Handel nach der Hudsonbai, nach Westindien und nach Afrika von den Franzosen mit Gewalt behindert werde. Auch wurde konstatiert, daß Frankreich Prohibitivzölle auf die englischen Baumwollfabrikate legte. Gegen alles das protestierte auch der englische Gesandte in Paris, wurde dann aber auf französische Beschwerden in London von seiner Regierung verleugnet, so daß er schließlich sein Amt hinwarf. Die Klagen der britischen Kaufmannschaft aber erfuhren keine Abhilfe. Sehr wichtig war auch eine neue handelspolitische Spannung zwischen Frankreich und den Niederlanden. Ludwig XIV. verfiel eben in diesen Jahren auf Prohibierung holländischer Gewebe und Heringe, worauf mit einem Einfuhrverbot gegen französische Weine und Branntweine geantwortet wurde. Wilhelm von Oranien war infolgedessen der freudigen Unterstützung seiner politischen Pläne durch die niederländischen Geldleute sicher. Ehe er die britische Expedition unternahm, ließ er in England ein Manifest verbreiten, daß dem papistischen, für Freiheit und Eigentum verderblichen Absolutismus des Königs durch ein freies auf Grund des vernichteten früheren Rechtszustandes gewähltes Parlament Abhilfe verspricht. Wiederholt wird in dem Manifest erklärt, daß selbst die Sicherheit des Eigentums erschüttert sei. Die englischen Grundbesitzer dachten dabei hauptsächlich an ihre Renten aus ehemaligen katholischen Kirchengütern und Kirchenzehnten. Vergeblich hatte Jakob die Gentry zu beruhigen gesucht, indem er seiner Toleranzerklärung vom April 1687 ein Versprechen anhing, er wolle alle seine Untertanen in ihrem Eigentum erhalten und besonders in dem Besitz der Abteiländereien. Diese Beteuerung schadete dem König, insofern daraus der Schluß gezogen wurde, daß also die allgemeine Zurückführung des Papismus vor der Türe stehe, wonach dann ein solches Versprechen baldigst als null und nichtig behandelt werden würde. So stand Jakob, als die Dinge zum Klappen kamen, allein und fiel ohne Schwertstreich, wenn man von ein paar unbedeutenden Scharmützeln absieht, wie dem von Reading. Zu Blutvergießen kam es in England auch nach dem Siege der Revolution nicht: es erfolgte kein Strafgericht. Bloß des Königs Lordkanzler Jeffries ereilte die Nemesis. Als er sich in Matrosenkleidung an Bord eines Schiffes nach dem Auslande retten wollte, wurde er in der proletarischen Londoner Vorstadt Wapping erkannt und von der Bevölkerung sehr unsanft angefaßt. An seinen Verletzungen und dem erlittenen Nervenchock starb er im Tower, wohin man ihn nach Dalrymples Ausdruck mehr zu seiner Sicherheit, als zur Bestrafung gebracht hatte. Eine Strafaktion gegen königliche Werkzeuge vertrug sich auch nicht mit dem Wesen einer Umwälzung, die aus einem Kompromiß beider Flügel der besitzenden Klassen, der Whigs und der Tories hervorgegangen war.

□ □ □ □

Zu Seite 634. Die glorreiche Revolution präsentiert sich von der großartigsten Seite in den Werken ihres bedeutendsten literarischen Vertreters John Locke. Von seinen Büchern gehören hierher außer etlichen ökonomischen Schriften die beiden Abhandlungen über Regierung und der Brief über Toleranz von 1689. In Verbindung mit seiner politischen

Tätigkeit ist aber auch sein philosophisches Hauptwerk über den menschlichen Verstand zu betrachten, wie denn Karl Marx Locke als den Denker charakterisiert, „der die neue Bourgeoisie in allen Formen vertrat, die Industriellen gegen die Arbeiterklasse und die Paupers, die Kommerziellen gegen die altmodischen Wucherer, die Finanzaristokraten gegen die Staatsschuldner und in einem eigenen Werk sogar den bürgerlichen Verstand als menschlichen Normalverstand nachwies." Seine Hauptschwäche, Mangel an Konsequenz, zeigt sich in seinem philosophischen Wert darin, daß sein Empirismus beim praktischen Materialismus stehen bleibt, die Religion aber unangetastet lassen will, so daß er es im ersten Brief über Toleranz sogar fertig bringt, Atheisten von der allgemeinen Duldung auszuschließen, die er sonst fordert. Diese Schrift über die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist im übrigen höchst interessant als Manifest gegen die althergebrachte Vermischung von Politik und Religion. Die Kirchengemeinschaften sollen sich als private, auf der Freiwilligkeit beruhende Vereinigungen ganz auf das religiöse Gebiet beschränken, und der Staat wiederum hat als eine Anstalt ausschließlich für zeitliche Zwecke nichts mit dem Jenseitigen zu schaffen. Wenn man die Dissidenten bis zu den Quäkern hin frei gewähren läßt, so wird das nicht, wie die Staatskirchlichen behaupten, zum Aufruhr führen, sondern im Gegenteil zum Frieden, indem Aufruhr bloß aus der Unterdrückung hervorgeht, zu der Hab- und Herrschsucht die Religion zum Deckmantel nehmen. Die kirchenpolitische Auffassung Lockes wird bestimmt durch seinen allgemeinen politischen Standpunkt, bei dem von der mittelalterlichen Verquickung von Staatslehre und Theologie um so weniger die Rede sein konnte, als Locke den Zweck des Staats ausschließlich in der Beschützung des Eigentums erblickt, in das er übrigens Leben und Freiheit einbegreift. Dies Thema behandelt er in den beiden Abhandlungen über Regierung von 1689, die ausdrücklich bestimmt sind zur Rechtfertigung der glorreichen Revolution und überall den zeitgeschichtlichen Hintergrund durchschimmern lassen.

Von Hobbes' ursprünglichem Krieg aller gegen alle will Locke nichts wissen. Für den Naturzustand hat er viel Sympathien, nennt ihn sogar gelegentlich das goldene Zeitalter. Da wurden die Beziehungen der Menschen durch das ihnen eingepflanzte natürliche Gesetz geregelt. Bei gegenseitigen Beeinträchtigungen blieb freilich nur Selbsthilfe übrig, und um den Schäden eines solchen Zustandes abzuhelfen, kamen die Menschen auf dem Wege des Vertrages überein, sich zu dauernden Staatswesen, deren Leitung die Rechte des einzelnen zu schützen hat, zu vereinigen. Das Eigentum war schon vorher vorhanden und sein Recht gegenüber dem ursprünglichen Gemeinbesitz der Erde darin begründet, daß der Mensch dem von ihm zur Bestellung eingehegten Land seine Arbeit einverleibt hatte. Der urwüchsige Kommunismus und seine englischen Reste sind Locke wohlbekannt, aber nicht sympathisch. Den Staatszweck der Eigentumsbeschützung zu erfüllen, sind verschiedene Staatsformen, unter denen Locke persönlich der konstitutionellen Monarchie den Vorzug gibt, als geeignet anzusehen, bloß eine nicht, und dadurch unterscheidet er sich grundsätzlich von Hobbes: die absolute Monarchie paßt überhaupt nicht zur staatlichen Gesellschaft, weil mit Freiheit und Eigentum unverträglich. Aber auch bei anderen Regierungsformen kann das Recht auf Revolution eintreten, wenn sie ihren fundamentalen Zweck nicht mehr erfüllen. Die Menschen sind von Natur frei und gleich. Auch in der staatlichen Gesellschaft sollen Freiheit und Gleichheit herrschen. Unter Gleichheit denkt sich Locke natürlich nur die Gleichheit im bürgerlichen Sinne gegenüber dem feudalen Vorrecht, d. h. die Gleichheit vor dem Gesetz, das dasselbe sein soll für den Günstling bei Hof wie für den Landmann am Pflug. Locke will Majoritätsherrschaft. Man darf ihn aber nicht für einen Anhänger des allgemeinen Stimmrechts ansehen. Locke repräsentiert den linken Flügel der Whigspartei und ist schließlich, den Zeitumständen angepaßt, Repräsentant des alten Independententums. Seine Beschränkung der Staatsaufgaben auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung läßt ihn als einen Vorläufer des Manchestertums erscheinen. Freilich, das Freihandelsideal der Manchesterleute findet sich bei ihm noch nicht, sondern er glaubt noch an die Handelsbilanzlehre des Merkantilismus. Darum ist ihm von Zeitgenossen hauptsächlich Dudley North voraus, dessen Abhandlung über den Handel von 1691 Marx als „eine klassische, mit rücksichtsloser Konsequenz geschriebene Auseinandersetzung der Freihandelslehre" charakterisiert. Immerhin ist Locke auch als Ökonom bemerkenswert, indem er zu den ersten Vertretern der Meinung gehört, daß es im wesentlichen die in den Dingen verkörperte Arbeit ist, die ihnen ihren Wert verleiht.

Kapitelübersicht

—□—

Erster Band.

I. Wirtschaftliche Umwälzung und revolutionäre Bewegungen zu Beginn der Neuzeit 1
II. Vorgeschichte und Anfänge der Revolution in den Niederlanden 25
III. Vlämische Freiheitskämpfe, Niederländische Republik . . 74
IV. Old England 135
V. Parlamentarische Kämpfe, persönliches Regiment . . . 194
VI. Der Sieg der Rundköpfe 245
VII. Die Spaltungen der Puritaner und das Ende Karls I. . 308
VIII. Englische Klassenkämpfe im ersten Jahr der Republik . . 356

Zweiter Band.

IX. Herrschaft und Sturz der Independenten, das kleine Parlament 393
X. Die Zeiten des Protektorats 434
XI. Republik und Restauration 476
XII. Oranje boven 520
XIII. Englische Geschichte von 1672—1685 559
XIV. Glorreiche Revolution 592
XV. Die britischen Inseln nach der glorreichen Revolution . . 635
XVI. Die englische Kolonialpolitik und die amerikanische Revolution 705
XVII. Die Anfänge der industriellen Revolution 749

Notizen 773

417. Freiheitsbaum
Symbol der kommenden Freiheit.

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 097607631